



## Protokoll

der 1. - 5. Sitzung, Amtsjahr 2022 / 2023

Mittwoch, den 9. Februar 2022, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Mittwoch, den 16. Februar 2022, um 09:00 Uhr, 15:00 Uhr und 20:00 Uhr

**Vorsitz:** *Jo Vergeat, Grossratspräsidentin*  
**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Tamara La Scalea, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher und Andrea Steffen, Texterfassung*

### Abwesende:

9. Februar 2022, 09:00 Uhr 1. Sitzung *Lorenz Amiet (SVP)*  
9. Februar 2022, 15:00 Uhr 2. Sitzung *Lorenz Amiet (SVP)*  
16. Februar 2022, 09:00 Uhr 3. Sitzung *Salome Bessenich (SP)*  
16. Februar 2022, 15:00 Uhr 4. Sitzung *Brigitte Kühne (GLP)*  
16. Februar 2022, 20:00 Uhr 5. Sitzung *Brigitte Kühne (GLP), Salome Bessenich (SP).*

### Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung .....	7
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte .....	8
3.	Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge François Bocherens, LDP) .....	8
4.	Wahl eines Mitglieds der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge François Bocherens, LDP) .....	9
5.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Stadtbibliothek Basel für die Jahre 2022-2025 .....	10
6.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2022–2025. Staatsbeiträge an die Trägerschaften Verein «Knaben- und Mädchenmusik Basel 1841», Verein «Knabenkantorei Basel», Verein «Mädchenkantorei Basel», Verein «Musikverband beider Basel», Genossenschaft «Musikwerkstatt Basel Genossenschaft zur Förderung improvisierter Musik» sowie Bericht der Kommissionsminderheit .....	18
7.	Ratschlag betreffend Denkmalsubvention an die Liegenschaft Hegenheimerstrasse 200 (Altbau des Felix Platter-Spitals, ehemalige Adresse Burgfelderstrasse 101) .....	28
8.	Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Sanierung und Umgestaltung der Hörnliallee, am Otto Wenk-Platz und im Kohlstieg zugunsten von mehr Sicherheit, hindernisfreier Bushaltestellen sowie für die ökologische Aufwertung des Strassenraums .....	30
9.	Neue Interpellationen .....	33
	Interpellation Nr. 1 Andreas Zappalà betreffend Heizungsersatz in Quartieren, in welchen keine Fernheizungsanschlüsse möglich sind.....	33
	Interpellation Nr. 2 André Auderset betreffend unerfüllbare Auflagen für Jungfasnachtler.....	33
	Interpellation Nr. 3 Roger Stalder betreffend was unternimmt der Regierungsrat, dass endlich Quartier-Parkings entstehen? .....	34
	Interpellation Nr. 4 Michael Hug betreffend Erwerb des Clara-Areals .....	35
	Interpellation Nr. 5 Jenny Schweizer betreffend Einführungsklassen Schuljahr 21/22 und 22/23, Vorgehen ..	36
	Interpellation Nr. 6 Beat Braun betreffend Durchführung Fasnacht 2022.....	36

	Interpellation Nr. 7 Toya Kruppenacher betreffend kantonale Umsetzung Bundesgerichtsentscheid zur Unterstellung von Betreuer:innen in Privathaushalten unter das Arbeitsgesetz (2C_470/2020) .....	37
	Interpellation Nr. 8 Sasha Mazzotti betreffend Umgang mit den Corona Massnahmen an der Volksschule und der Sek II.....	39
	Interpellation Nr. 9 Catherine Alioth betreffend bleibt die Art Basel in Basel?.....	39
	Interpellation Nr. 10 René Brigger betreffend Kosten und Dauer der Corona-Tests .....	40
	Interpellation Nr. 11 Michelle Lachenmeier betreffend (unzulässiger?) Beeinflussung des Abstimmungskampfes zur Initiative "Ja zur Primateninitiative" durch den Regierungsrat .....	41
	Interpellation Nr. 12 Thomas Gander betreffend den Sporthallensanierungen auf dem Campus Bäumlhof, Drei Linden und Hirzbrunnen.....	42
	Interpellation Nr. 13 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Vorbereitung auf eine Strommangellage .....	42
	Interpellation Nr. 14 Pascal Pfister betreffend Aufarbeitung der Ereignisse beim Messeplatz vom 24. November 2018 .....	42
	Interpellation Nr. 15 Pascal Messerli betreffend "Stadtflucht von Schweizerinnen und Schweizer infolge links-grüner Regierungsmehrheit - was wird dagegen unternommen?" .....	43
	Interpellation Nr. 16 Patrizia Bernasconi betreffend einer klimafreundlichen Nationalbank .....	43
	Interpellation Nr. 17 Annina von Falkenstein betreffend Gärtnerhaus im Schwarzpark .....	44
	Interpellation Nr. 18 Lorenz Amiet betreffend "Mobilfunkloch Basel-Stadt" .....	44
	Interpellation Nr. 19 Joël Thüring betreffend "Die Steuerverwaltung geht in die Quartiere - wieso wird das Feld nicht den privaten und gemeinnützigen Institutionen überlassen?" .....	45
	Interpellation Nr. 20 Eric Weber betreffend Antänzer in Basel - Migrantenübergriffe zu Silvester .....	46
10.	Vorgezogene Budgetpostulate zum Budget 2023 1 bis 3 .....	46
	1. vorgezogenes Budgetpostulat Michelle Lachenmeier betreffend Erziehungsdepartement, Dienststelle 290, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Robi-Spielaktionen, Kindertankstellen).....	46
	2. vorgezogenes Budgetpostulat Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Bau- und Verkehrsdepartement, 661 Globalbudget Öffentlicher Verkehr, Produktgruppe Tram und Bus (Verlängerung Buslinie 64) .....	48
	3. vorgezogenes Budgetpostulat Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Bau- und Verkehrsdepartement, 661 Globalbudget Öffentlicher Verkehr, Produktgruppe Tram und Bus (Taktverdichtung) .....	48
11.	Antrag Balz Herter und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend rasche und proportionale Rückerstattung der Krankenkassen-Reserven an der Bevölkerung.....	49
12.	Motionen 1 - 10 .....	50
	1. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend attraktives Steuerumfeld für Familien und Fachkräfte .....	50
	2. Motion Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Planung einer neuen gedeckten Radrennbahn .....	54
	3. Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend gerechtes und ausgewogenes OeV-Angebot in allen Quartieren zur Bewahrung der Wohn- und Lebensverhältnisse (Tram und Bus für Alle!).....	58
	Mitteilungen .....	62
	4. Motion Beda Baumgartner und Konsorten für Unterstützung von aufsuchender Arbeit im Altersbereich ....	62
	5. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend «Für alle statt für wenige! Keine unfairen Beschränkungen und Mehrkosten für Schlüssel und Depot bei den Freizeitgärten Basel-Stadt» .....	62
	6. Motion Michael Hug und Annina von Falkenstein betreffend Durchführung eines Pilotprojekts Gratis-Tests für sexuell übertragbare Krankheiten (STI) .....	66
	7. Motion Daniel Hettich und Konsorten betreffend Regionales Logistikflächenkonzept.....	67
	8. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30 .....	67
	9. Motion David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Änderung §11 Abs. 2 Bürgerrechtsgesetz .....	76
	10. Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Runder Tisch zwischen Kantonen und Bund zum Thema "eine verlässliche und belastbare Zusammenarbeit mit der Europäischen Union" .....	79
13.	Anzüge 1 - 13 .....	83
	1. Anzug Edibe Gölgeli betreffend Doppelspurausbau der S6 in Riehen .....	83
	2. Anzug Eric Weber betreffend höhere Monats-Pauschale für alle Grossräte .....	83
	3. Anzug Eric Weber betreffend höheres Sitzungsgeld für die Grossräte .....	84
	4. Anzug Eric Weber betreffend Tag der offenen Tür im Basler Grossen Rat.....	85
	5. Anzug Eric Weber betreffend Parlamentarischer Abend .....	85
	6. Anzug Eric Weber betreffend Fussball-Weltmeisterschaft in Basel.....	86
	7. Anzug Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend «temporäre Genussorte» in der Freien Strasse .....	87
	8. Anzug André Auderset und Konsorten betreffend Effizienzsteigerung der Ratsarbeit .....	87
	9. Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend «Ruhezonen» im öffentlichen Raum .....	88
	10. Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend umfassende Information aller HauseigentümerInnen im Kanton über die Installation von Solaranlagen auf Dächern und an Fassaden im Bring-System .....	90
	11. Anzug Tobias Christ und Konsorten betreffend Kunstmuseum-Parking nicht konkurrenzieren .....	90
	12. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Veloführung Birschöpfli - Lehenmatt.....	93
	13. Anzug Andrea Strahm und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Überwachung der Gebühren gemäss NöRV .....	95

14.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug der Gesundheits-, und Sozialkommission betreffend Schaffung von Sozialen Anstellungen innerhalb der kantonalen Verwaltung und kantonsnahen Betrieben bei erfolgreicher Integration .....	95
15.	Schreiben des Regierungsrates zur Motion Beatrice Messerli und Konsorten betreffend Verbot einer diskriminierenden Geschäftspraxis durch die Basler Kantonalbank und ihre Tochterfirma Bank Cler .....	96
16.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 166 Beat Leuthardt betreffend das Sankt-Florian-Prinzip der Pensionskasse BS — was kann die Basler Regierung gegen die Verdrängung Dutzender langjähriger Mietparteien im Kanton Zug unternehmen? .....	99
17.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jenny Schweizer und Konsorten betreffend ein Zeichen des Dankes des Kantons an die Basler Jugend während der Corona-Pandemie.....	100
18.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend Praxisbezug im Lehrkörper der FHNW .....	102
19.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Alexandra Dill und Konsorten betreffend Einsatz von digitalen Lehrmitteln und Lernprogrammen .....	104
20.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatrice Messerli und Konsorten betreffend Modul zu gendergerechtem Unterricht in der Ausbildung für Lehrpersonen.....	106
21.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 124 Sasha Mazzotti betreffend Schulraum.....	110
22.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Evaluation und Beruhigung der integrativen Schule .....	111
23.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Kampf gegen sexuelle Ausbeutung: Aufklärungs- und Präventionsmassnahmen in Schulen und für Eltern zur Loverboy-Problematik.....	114
24.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend Pavillon für die Bildungslandschaft Bläsiversum.....	114
25.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend mehr männliche Betreuungs- und Lehrpersonen in Basler Kitas, Tagesstrukturen, Kindergärten und Primarschulen.....	115
26.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 145 Melanie Nussbaumer betreffend Jugendliche und Corona	118
27.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 156 Eric Weber betreffend Trainerhosen erlaubt oder nicht.	118
28.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 162 Oliver Bolliger betreffend Schlussfolgerungen aus der Swiss Corona Stress Study.....	119
29.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend Begleitmassnahmen zum Thema Betteln «Basler Weg».....	120
30.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Verbesserung der Ausschilderung bei Baustellen.....	123
31.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 77 Beda Baumgartner betreffend Härtefallpraxis in Basel-Stadt	124
32.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 78 Laurin Hoppler betreffend der neu veröffentlichten Richtlinien für Kundgebungen .....	124
33.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 109 Barbara Heer betreffend tatsächlichen Zugang zum Recht für Opfer von Vergewaltigungen verbessern .....	125
34.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 118 Eric Weber betreffend wie werden Mädchen und Frauen in Basel geschützt?.....	125
35.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Velodiebstähle im Kanton Basel-Stadt .....	126
36.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 128 Eric Weber betreffend Kleber in der Stadt Basel – wie verhält sich die Polizei? .....	127
37.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend regionale Kulturangebote als Schwerpunkt-Projekt stützen .....	127
38.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Verbesserung der Sicherheit im Strassenbereich Nähe Endstation Tram 8 Neuweilerstrasse .....	128
39.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einem Stadthotel gegen die Obdachlosigkeit (Umsetzung von Recht auf Wohnen) .....	128
40.	Bericht des Regierungsrates zur Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend würdige Unterbringung von Nothilfebeziehenden alleinstehenden Asylsuchenden .....	130
41.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Basel liegt am Meer – Unterzeichnung der Genfer Erklärung über Menschenrechte auf See .....	130
42.	Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Solardachpflicht auf öffentlichen Gebäuden.....	131
43.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Einhaltung des Luftreinhalteplans 2016: Stromanschlüsse für Schiffe im Basler Rheinhafen .....	132
44.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Lärm- und Klimaschutz durch gute Zugverbindungen .....	133
45.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend einer finanziellen Belastung des CO2-Ausstosses des Flugverkehrs am Euroairport via Flughafentaxe .....	133
46.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend Asphaltkollektoren auf Nordwestschweizer Strassen.....	134

47.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Transparenz, Interessenkonflikte und Zukunft der Beteiligung bei der MCH Group.....	134
48.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend kleinere Bebbi-Säcke.....	136
49.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 127 Andrea Strahm betreffend Vogelschlagbeauftragter Euroairport Basel-Mulhouse (EAP) .....	136
57.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 150 Lea Wirz betreffend Covid-Testkapazitäten an Primarschulen & in Kindergärten.....	137
Anhang A: Abstimmungsergebnisse .....		139
Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen) .....		192
Anhang C: Neue Vorstösse .....		194

## Beginn der 1. Sitzung

Mittwoch, 9. Februar 2022, 09:00 Uhr

*Jo Vergeat (Grossratspräsidentin):* «Mir stöhn ständig im Dilemma, zwüsche Umbruch und Stillstand, wän Fortschritt erziele, au wens nid immer Sinn macht, Dräum sin unsere Läbensinhalt, aber z wenig läbe sy, well si falschi Wärt verfolge, denn dr Wäg isch s Ziil.» (Brandhård, dr Wäg isch s Ziil).

Ich weiss ja nicht, wie es Ihnen geht,  
geschätzter Herr Statthalter,  
Liebe Grossrätinnen und Grossräte,  
Sehr geehrte Regierungsrätinnen und Regierungsräte,  
Liebe Anwesende,

Aber bei mir fühlt sich der Weg selten an wie das Ziel. Wir alle sind Spaziergänger\*innen auf den Wegen unserer so unterschiedlichen Leben. Wir verfolgen Ziele und Träume, manchmal realistische und manchmal unrealistische, draussen, aber auch hier drin. Wie Brandhård mir auf meinem Weg zur Matura ins Ohr rappte, sagen es viele: Nicht das Ende ist das Ziel, sondern der Weg. Man zeichnet eine Linie auf das Papier und fragt sich, wo fängt er an? Wo hört er auf? Ich stehe also auf meinem Weg und frage mich: Wo fing es an?

Ingrid Nonnenprediger, spätere Grimm. Geboren 1932 in Neudamm, Deutschland, heute Debno in Polen. Geflüchtet nach Buckow, Brandenburg. Ausgebildete Kindergärtnerin in Berlin.

Heirat in Stockholm mit Fritz Grimm, selig, geborener Prattlemer, Vulkaniseur.

Einreise in die Schweiz, Verlust all ihrer Ausbildungszertifikate, Mutter zweier Kinder.

Ursula Schaub, spätere Müller. Geboren 1938 in Basel, Eltern aus dem Badischen Raum.

Ausgebildete Primarlehrerin, Schülerin am Maitligymmeli, Mutter von vier Söhnen.

Heirat in Basel mit Werner Müller, Bürger von Langenbruck, Schüler des Humanistischen Gymnasiums.

Das sind meine Grosseltern. Da komme ich her. Würden wir weiter zurückgehen, fände sich in meiner DNA neben Deutschland, Polen, dem Baselbiet und der Schweiz auch noch Ungarn. Und eine weitere Fluchtgeschichte: die meiner Urgrossmutter aus ihrem Geburtsland Tunesien.

Die Grossmütter in meiner Familie waren nicht sonderlich politisch. Meine Oma Ingrid machte aber aus ihrer Wut über die erfahrenen Ungerechtigkeiten keinen Hehl. Wütend. Wütend auf den Verlust ihrer Ausbildung, wütend auf die Flucht aus ihrem Heimatland und den Verlust ihres Wohlstands, wütend darauf, im neuen Zuhause nicht nur nicht arbeiten, sondern auch nicht mitbestimmen zu dürfen. Das ist ein Teil meiner Herkunft.

Sie prägt uns, sie gibt uns einen Startpunkt auf unserem Weg und sie definiert Ziele. Es gibt Studien, die zeigen, sie kann uns sogar ungelebte Traumata vererben. Für mich war meine Herkunft nie gross ein Thema. Das ist ein Privileg, denn für viele ist sie mehr als ein Anfang des Wegs. Sie kann eine Last sein, eine Einschränkung, eine Verminderung von Rechten. So war es nach dem Zweiten Weltkrieg, so zeigte es Emil im Film «Die Schweizermacher» und so ist es noch heute.

Mir wird nachgesagt, ich sei Baslerin, durch und durch. Stimmt, ich kann hier mitbestimmen und bin Basler Bürgerin, mache Fasnacht – aber durch und durch? Auf dem Papier, ja. Ganz viel Schweiz. In meinen Stammbüchern jedoch eher weniger. Wie ist das bei Ihnen? Wo nimmt Ihr Weg seinen Anfang? Wissen Sie das überhaupt? Und wie weit zurück zieht er sich? Ich bin sicher, er hat Ihren Werdegang beeinflusst.

Unsere Demokratie ist dann stark, wenn sie alle repräsentiert: wer in unserem Kanton wohnt, zur Schule geht, Steuern zahlt oder Sozialhilfe bezieht. Wie unsere Demokratie das auch in Zukunft tun kann, ist etwas, das ich mein Spiegelbild immer öfter frage. Die direkte Demokratie macht unsere Politik aus, aber nur solange wir weiterdenken. Was dabei Herkunft, aber auch Alter und Bildung für eine Bedeutung haben, müssen wir intensiv weiter diskutieren und damit dürfen wir nie aufhören.

Als 1966 das Frauenstimmrecht in Basel-Stadt eingeführt wurde, waren meine beiden Grossmütter noch «nur Mütter». Und für die damalige Zeit stimmte das sogar halbwegs. Die eine hat tagsüber gehauswartet und den Haushalt gemacht, Kinder und Familie gepflegt und nachts geputzt. Die andere war die Frau eines angehenden Arztes und arbeitete ebenfalls Zuhause.

Sie war weniger wütend, Grossmama Ursula, immer eher stolz. Zum Beispiel stolz darauf, in dieses geschichtsträchtige Maitligymmeli gegangen zu sein. Stolz auf die Frauen in der Schule und die Lehrerinnen auf der Strasse und auf die Einführung des Frauenstimmrechts. Zwei Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts in Basel wurde Gertrud Spiess zur Grossrätin gewählt, sie war Lehrerin und Konrektorin an eben diesem Maitligymmeli und wurde 1975 erste Grossratspräsidentin des Kantons.

Indirekt hat mein Weg sich mit dem Weg von Gertrud Spiess schon mehrmals gekreuzt. Über die Schulzeit im Leonhard von Oma Ursula und später von mir. Heute kreuzen sich unsere Wege wieder. Ich bin nach Gertrud Spiess die elfte Grossratspräsidentin, die diesen Platz einnehmen darf. Es ist mir eine unglaublich grosse Ehre und ich denke dabei heute an all die Vorkämpferinnen, die mir das hier ermöglicht haben. Sie hatten ein Ziel, waren wütend, fleissig und stolz.

Wir sind immer noch mitten auf dem Weg, den diese mutigen Frauen schon beschritten haben. Hin zu einer Demokratie, die mit der sich wandelnden Gesellschaft mitgeht.

Wo es Wege gibt, kreuzen sich diese. Zum Beispiel meiner, mit Ihnen allen. Bei den meisten hauptsächlich durch unser Amt. Denn ausserhalb von hier stehen wir auf ganz unterschiedlichen Pfaden. Einige von uns sind mit dem Auto unterwegs, andere sausen auf E-Trottis durch die Strasse, wieder andere chauffieren ein Tram oder blitzen durch einen Autotunnel auf ihrem Velo. Die ganz Gemächlichen spazieren, wie die Biologie es plante: auf zwei festen Füssen durch die Stadt.

Ich bin glücklich, dass sich unsere Wege gekreuzt oder bei einigen gar miteinander verwoben haben. Durch die Politik habe ich Freundschaften geschlossen, von denen ich nie dachte, dass es sie geben kann. Mir wurden Gemeinsamkeiten aufgezeigt und ich habe von all den Gesprächen, die wir führten, während wir brav auf die grüne Ampel warteten, bedeutend viel mitgenommen.

An diesen Kreuzungen des kommenden Jahres möchte ich Sie unterstützen und leiten. Politik zu machen ist eine Herausforderung. Die Ansprüche, die wir an uns stellen, wurden gerade in diesem Pandemiejahr nicht kleiner. Unser Milizsystem hat uns oft an die Grenzen des «Alles-Unter-Einen-Hut-Bringens» gebracht. Manchmal kommt es mir vor, als würden wir von einem Staubsauger eingesaugt und in den Ratssaal befördert. Hier fühlt es sich für mich manchmal an, als würde die Welt ausserhalb stillstehen. Die Diskussionen in unserem Parlament sind wichtig, vielseitig, hektisch und teilweise ausserordentlich lang(-sam). Wir haben aber gerade in der Pandemie gezeigt, dass wir alle hier drin das Beste wollen für unseren Kanton. Halt einfach auf unserem Weg. Die einen lieber asphaltiert und modern. Die anderen bunt und voller Leben. Nochmal andere lieber ruhig und mit gut gesicherten Gehwegen.

Und, wie wir uns an Kreuzungen wünschen, dass «alli zämme besser fahre», wünsche ich uns das auch hier und werde darauf besonders achten im kommenden Jahr.

Der Weg ist also unser Ziel, und weil sich das auch in unserem Paralleluniversum des Grossen Rats durchaus nach einer langen Reise anhört, habe ich mal einen Koffer vorbereitet.

Für meinen Weg in diesem Jahr habe ich mein Päckli angeschaut. Und ein Päckli tragen wir alle mit. Wir tun gut daran, das in unserer Arbeit hier und ausserhalb nicht zu vergessen. Drum pack ich in my Koffer...

eine grosse Portion Empathie. Ich bin sicher, dass wir uns in der Politik um Inhalte streiten können, ohne dem Gegenüber seinen Raum zu nehmen.

Ich pack in my Koffer, ganz viel Geduld. Zum Glück habe ich mir davon schon im letzten Jahr einiges angeeignet. Und wenn ich so auf die Traktandenliste schaue und auf die Zunahme der persönlichen Vorstösse, dann mach ich mir nichts vor. Wir werden dieses Jahr nicht schneller werden, da hilft es auch nicht, wenn ich meine Stimme auf die doppelte Geschwindigkeit erhöhe. Sie aber können das beeinflussen. Auch wer von seiner 10-minütigen Redezeit ganz freiwillig ab und an nur 5 Minuten braucht, hat meistens alles Wichtige gesagt.

Dann nehme ich auch noch Respekt mit in den Koffer. Vor Ihrer Arbeit, Ihrem Engagement und unseren unterschiedlichen Meinungen. Und wie am Hafen und vor Bankeingängen sind die Kameras hier drin an und zeigen, wie wir arbeiten und wie wir miteinander umgehen. Die Zunahme von Hass im Internet und der raue Umgangston müssen nicht in unser Parlament übergehen. Falls das früher anders war, war früher halt auch nicht alles besser. Wir haben es immer wieder bewiesen, wir können hitzig diskutieren und uns dennoch respektieren.

Obwohl David als Maskenpolizist in die Geschichte unseres Rates eingeht, packe ich eine Maske mit. Wir haben jetzt zwar 365 Tage eine Maske getragen, umso mehr freue ich mich auf die drei Tage mit Larve. «Zwinker zwinker an den Regierungsrat». Und trotzdem werden wir die Pandemie auch mitnehmen. Ihre Entwicklung, aber auch ihre Nachwehen werden uns lange und bedeutend beschäftigen, da bin ich mir sicher.

Darum nehme ich auch mein Handy mit. Nicht nur liefert es mir Musik für die schönen und schweren Stunden und hat meine geliebte, aber aus allen Nähten platzende Agenda ersetzt, es ist auch ein Tor zu einer Generation, die mir ihre Anliegen mitteilt. Gerade die jungen Menschen haben in dieser Zeit unglaublich viel durchgemacht. Ich bin echt froh, war ich nicht mehr SO jung. Denn diese jungen Menschen werden nie mehr so jung sein, und ein abgelaufener Weg lässt sich nur schlecht nochmal laufen und das Gleiche dabei fühlen. Wir haben Euch, liebe Jugend, immer wieder vergessen. Eure Kultur musste leiden, der Druck auf Leistung stieg und unsere Ansprüche an Euch waren sehr hoch. Mir tut das leid.

Es ist unser Auftrag, die Anliegen der gesamten Bevölkerung wahrzunehmen. Darum bleiben Sie, liebe Grossrätinnen und Grossräte, erreichbar und empfänglich. Am besten schaffen wir's nämlich zusammen!

Und zum Schluss packe ich in meinen Koffer eine grosse Portion Snacks, weil wir nicht wir sind, wenn wir hungrig sind. Dazu eine Prise Humor, denn neben aller Verantwortung und den wichtigen Geschäften, die wir hier verhandeln, muss Politik, und davon bin ich überzeugt, auch Spass machen. Sonst hält mensch das auf Dauer doch nicht aus.

Ausserdem, wer über sich selbst lachen kann, hat es noch ein wenig einfacher. So packe ich nämlich keinen Anspruch auf Perfektion in meinen Koffer, dafür eine Fehlertoleranz. Etwas, das der Politik und auch der Gesellschaft im Allgemeinen ganz guttut. Unser Anspruch auf Perfektion kann uns nämlich auch erdrücken, und dann sehen wir die schöne Aussicht unseres Weges doch nicht mehr. Sind wir lieber reflektiert, fokussiert und ehrlich, dann fallen wir mit einem Fehltritt auch nicht direkt ins Game Over.

Unser Weg ist das Ziel und wir stehen mittendrin. Möge unsere Arbeit uns weiterbringen zu einem gemeinsamen und doch sehr unterschiedlichen Ziel: dem Wohle unseres Kantons und seinen Mitbürger\*innen. Aber lassen wir das Grosse und die Träume nicht zu kurz kommen. Auch wenn seit dem Dabeisein Laurins «jung» nochmals jünger ist: Lassen Sie mich dennoch als jüngste Grossratspräsidentin etwas von der Jugendlichkeit miteinpacken für uns alle: die grossen, schier endlosen Träume und den Mut sie anzugehen. Für unseren Kanton, unsere Stadt und die Region. So werden unsere Wünsche eines Tages vielleicht ihre Wohnung verlassen und mit uns unseren Weg gehen. Vielen Dank Ihnen allen, aber auch insbesondere meiner Fraktion für das grosse Vertrauen und die gute Zusammenarbeit, bis heute und im kommenden

Jahr.

Hiermit eröffne ich das 2. Amtsjahr der 44. Legislatur des Grossen Rats Basel-Stadt.

Ich schliesse, wie ich angefangen habe, mit einem Reim aus einem Vers von Blasius, quasi dem Brandhänd des 20. Jahrhunderts und mit etwas, das uns alle wohl auf unserem Wege eint, vielleicht gerade dann, wenn wir kaum eine gemeinsame Abzweigung sehen:

I bi doch in dyyne Muure,  
mit der Aarbet, mit de Draim,  
mit de Fraide mit em Druure  
fir e Lääbe lang dehairm.

## 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[09.02.22 09:17:07, MGT]

### Mitteilungen

*Daniel Albietz (die Mitte/EVP)*: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

#### Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen.

Philip Karger (LDP) nimmt den Platz des zurückgetretenen François Bocherens ein.

Ich bitte Philip Karger, sich kurz von seinem Sitz zu erheben.

Ich wünsche dem neuen Mitglied für seine verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse es hier herzlich willkommen.

[Applaus]

#### Gratulation

Die beiden Mitglieder des Grossen Rates Daniel Hettich und Felix Wehrli wurden am Sonntag als Mitglieder des Riehener Gemeinderates gewählt. Ich möchte den beiden zur Wahl herzlich gratulieren.

[Applaus]

Die Mitglieder des Grossen Rates Edibe Gölgeli, Andreas Zappalà, Thomas Widmer-Huber, Jenny Schweizer und Daniel Albietz wurden am Sonntag in den Riehener Einwohnerrat gewählt und auch Ihnen möchte ich ganz herzlich zur Wahl gratulieren.

[Applaus]

#### Neue Interpellationen

Es sind 20 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 1, 2, 4, 6, 7, 9, 11, 14, 16 und 19 werden mündlich beantwortet.

#### Präsidiumsfest

Ich möchte Ihnen gerne mitteilen, dass ich mein Präsidiumsfest welches nach Usanz heute Abend stattfinden würde auf den 25. Juni 2022 verschoben habe.

#### Schriftliche Interpellationsantworten

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass Sie die Möglichkeit haben Interpellationsantworten schriftlich einzureichen. So werden diese Stellungnahmen im Protokoll gedruckt, dafür behandeln wir das Traktandum nicht mehr in der Sitzung und sparen Zeit. Falls Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen, bitte ich Sie, ihre Stellungnahme dem Parlamentsdienst zu senden.

#### Der Grosse Rat ist neu auf Instagram

Ab heute werden Informationen zum Grossen Rat auf der Instagram-Seite grosserrat\_bs publiziert. Wir freuen uns auf die Interaktion mit Ihnen.

### **Farbige Karten**

Ich möchte Sie bitten für die Wortmeldungen weiterhin die farbigen Karten zu nutzen. Grün bedeutet Fraktionssprecher, blau Einzelsprecher und rot Zwischenfrage. Um Ihnen die Farbwahl zu erleichtern werden die jeweilige Farben auf den Traktandenfolien angezeigt.

### **Schutzkonzept**

Hier im Saal Montréal gilt weiterhin eine Maskenpflicht sowie eine Empfehlung eine FFP2 Maske zu tragen. Sie sollen ebenfalls an Ihrem Sitzplatz bleiben.

### **Sitzungsort März**

Falls sich die Coronasituation weiterhin gut entwickelt, ist es geplant, dass unsere Grossratsitzung vom März wieder im Rathaus stattfindet.

### **Tagesordnung**

*Eric Weber (fraktionslos):* Ich beantrage zur Tagesordnung, sollte die Regierung heute 12.30 Uhr die Basler Fasnacht absagen, dass wir aus Protest die Nachmittagssitzung absagen und geschlossen vor dem Rathaus demonstrieren. Wenn dieser Antrag nicht durchkommt, stelle ich den letzten Antrag, dass wir heute Nachmittag eine Sondersitzung machen und ab 15 Uhr die Diskussion führen, warum die Fasnacht abgesagt wurde. Die Regierung sitzt hier friedlich da unten, aber die Regierung weiss schon genau, was verkündet wird. Wir haben jetzt die einmalige Chance als Parlament die Regierung zu kontrollieren und ich bitte Sie als Grossräte, Ihrer Verantwortung nachzukommen. Deshalb die zwei Anträge, wenn die Fasnacht abgesagt wird, die Nachmittagssitzung absagen, wenn das nicht durchkommt, bitte die Diskussion ab 15 Uhr.

*Jo Vergeat (Grossratspräsidentin):* Eric Weber, ich habe Insiderinformationen, dass das nicht der Fall sein wird. Können wir auf die Anträge verzichten?

Eric Weber (fraktionslos): Regierungspräsidentin Jo Vergeat, dann möchte ich kooperativ sein. Dann bedanke ich mich, dass man den Medien jetzt schon diese Möglichkeit gegeben hat, das mitzuteilen. Ich verzichte dann auf diese Anträge, weil Sie mir als Regierungspräsidentin diese Insiderinformation gegeben haben.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Tagesordnung zu genehmigen.

## **2. Entgegennahme der neuen Geschäfte**

[09.02.22 09:21:19, ENG]

### **Zuweisungen**

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Es liegen keine Zuweisungen vor.

### **Kenntnisnahmen**

#### **Der Grosse Rat nimmt Kenntnis**

von den im Geschäftsverzeichnis zur Kenntnisnahme beantragten Geschäften gemäss Anhang B zu diesem Protokoll.

## **3. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge François Bocherens, LDP)**

[09.02.22 09:21:19, WA1]

*Jo Vergeat (Grossratspräsidentin):* Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 und 4 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Selbstverständlich werden die Abstimmungen dann aber einzeln durchgeführt.



Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehr, also doppelt so viele JA-Stimmen wie NEIN-Stimmen.

**Abstimmung**

Durchführung offener Wahlen bei den Traktanden 3 und 4 (Zweidrittelmehr)  
JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

**Ergebnis der Abstimmung**

95 JA  
1 NEIN  
0 ENT

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Wahlen bei den Traktanden 3 und 4 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Die Fraktion LDP nominiert Philip Karger (LDP) als Mitglied der Finanzkommission. Es sind nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion LDP lauten.

**Abstimmung**

Wahl von Philip Karger  
JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

**Ergebnis der Abstimmung**

94 JA  
0 NEIN  
2 ENT

**Der Grosse Rat wählt**

Philip Karger als Mitglied der Finanzkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.  
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**4. Wahl eines Mitglieds der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge François Bocherens, LDP)**

[09.02.22 09:23:27, WAH]

Die Fraktion LDP nominiert Annina von Falkenstein (LDP) als Mitglied der Wirtschafts- und Abgabekommission.  
Wählbar sind Mitglieder der Fraktion LDP.

**Abstimmung**

Wahl von Annina von Falkenstein  
JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

**Ergebnis der Abstimmung**

95 JA  
1 NEIN  
1 ENT

**Der Grosse Rat wählt**

**Annina von Falkenstein** als Mitglied der Wirtschafts- und Abgabekommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 5. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Stadtbibliothek Basel für die Jahre 2022-2025

[09.02.22 09:25:25, BKK, PD, 21.0626.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und den Beschlussvorlagen zuzustimmen.

*Franziska Roth, Präsidentin BKK:* Ergänzend zum Ratschlag und zum Bericht der BKK werde ich hier nur noch auf die Diskussion in der Kommission und die Schlüsse, die die BKK gezogen hat, eingehen. Klar festhalten möchte ich, dass die Bibliotheken der GGG ein wichtiges und wirklich gutes Angebot für die gesamte Bevölkerung in Basel bieten. Dieses Angebot geht dabei stets mit der Zeit und reagiert auf die veränderten Nutzerbedürfnisse, was uns allen zugutekommt. Uns allen muss aber auch klar sein, dass das Führen von Bibliotheken eine Staatsaufgabe ist. Diese Aufgabe beinhaltet das Sicherstellen eines freien Zugangs zu Wissen und Information, womit die Freude am Lesen und Lernen gefördert und die freie Meinungsbildung der Gesellschaft unterstützt wird. Zudem leistet eine Bibliothek einen wichtigen Beitrag zur Leseförderung der Kinder und Jugendlichen, ist ein Treffpunkt und Aufenthaltsort für viele und trägt somit zur Integration bei.

Diese Staatsaufgabe ist der GGG übertragen und wird zu 35% via Mitgliederbeiträge, Spenden und einem eigenen Beitrag von der GGG mitfinanziert. Der Staatsbeitrag, der Basel aufzuwenden hat, beträgt somit 65% der Gesamtkosten und zeigt, dass die GGG mit der Führung des Bibliotheknetzes die entsprechende Staatsaufgabe zu verhältnismässig niedrigen Kosten für uns erfüllt. Dies bestätigt auch die Analyse der Bibliotheklandschaft Basel-Stadt aus dem Jahre 2016. Die Berechnungen im Jahr 2020 der GGG für die Budgetierung der neuen Staatsbeitragsperiode ab 2022 zeigten einen zusätzlichen Mehraufwand von insgesamt Fr. 466'933. Diese Mehrkosten entstehen, weil sich die Bibliotheken den aktuellen Entwicklungen vor allem im Bereich der Digitalisierung anpassen müssen. Durch organisatorische Massnahmen konnte die GGG eine Kostensenkung von Fr. 351'400 erwirken. Um die Differenz von Fr. 115'533 auszugleichen, hat die GGG um eine Erhöhung des Staatsbeitrags ersucht. Mit dem Ratschlag beantragt der Regierungsrat allerdings nur eine Erhöhung des bisherigen Staatsbeitrags um Fr. 43'000. Dies ist die Erhöhung der Pro Litteris-Gebühren, die in der gesamten Schweiz gestiegen sind und von den Kommunen übernommen werden müssen. Die restlichen Fr. 72'533 wird die GGG hälftig beim Verwaltungsaufwand einsparen und hälftig durch eine Erhöhung des eigenen Beitrages auffangen.

Die GGG hat eine Strategie erarbeitet, wie sie in Zukunft das Bibliotheknetz mit den acht Filialen betreiben möchte. Diese Strategie hat die GGG dem PD vorgelegt und das PD hat sich von der Gesamtheit der Strategie überzeugen lassen. So war dem PD und dem Regierungsrat bekannt, dass die GGG einen Teil der Filialen zu Open Librarys umbauen möchte. Für Filialen, die als Open Library geführt werden, bedeutet das, dass die erwachsene Kundschaft auch ausserhalb der Öffnungszeiten die Bibliothek besuchen kann. Dies ist ganz klar als Angebotserweiterung anzusehen. Allerdings hat die GGG als eine der Konsequenzen für die nötige Kostensenkung bei einigen als Open Library geführten Filialen die Randöffnungszeiten zu unbedienten Öffnungszeiten gemacht, was für die Kundschaft wohl keine Einschränkung ist.

Die Filiale im Hirzbrunnen allerdings wird aus Kostengründen zu einer Open Library ganz ohne bediente Öffnungszeiten umgebaut. Dieser Umbau, der bereits im Gange ist, hat bei der Bevölkerung, aber auch bei den Schülern im Hirzbrunnenquartier grosses Unverständnis hervorgerufen. Der Umbau und das Führen des Standorts als Open Library ohne bediente Öffnungszeiten werden als Angebotsabbau angesehen, weil Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren nicht mehr alleine und selbstständig in die Bibliothek können. Es wird keine Beratung für die gesamte Kundschaft mehr geben und ältere und körperlich eingeschränkte Menschen werden die Bibliothek nicht mehr niederschwellig nutzen können. Mit einer Petition ist der neutrale Quartierverein Hirzbrunnen an die GGG und an den Grossen Rat gelangt und bittet, die Hirzbrunnen-Bibliothek für Kinder und Jugendliche weiterhin zugänglich zu halten.

Die BKK hat die ihr überwiesene Petition in ihre Überlegungen einbezogen und hat nebst den Hearings mit dem PD und der GGG Stadtbibliothek auch ein Hearing mit der Petentschaft geführt. Diese Strategieänderung bei der Hirzbrunnen-Bibliothek ist dem Kostendruck geschuldet, unter dem die GGG Stadtbibliothek stehen. Die Verantwortlichen der GGG haben klar geäussert, dass sie lieber einen Bibliothekstandort als unbedienten Standort führen würden, als ihn zu schliessen. Als das Präsidialdepartement die Strategie für gut befunden hat, war dem Departement gemäss eigenen Angaben nicht klar, was die Konsequenzen für die Hirzbrunnen-Bibliothek sind und man ist überrascht worden von sehr grossem Unmut im Quartier.

Nebstdem, dass es anscheinend bei der Kommunikation zwischen GGG und PD Missverständnisse gegeben hat, musste die BKK auch feststellen, dass die Verhandlungen zwischen dem PD und dem GGG für den neuen Leistungsauftrag und die neue Finanzhilfe schwierig verlaufen sind und auf beiden Seiten Unverständnis zurückgelassen hat. Für die BKK ist offensichtlich geworden, dass der Kanton nicht vollständig nachvollziehen kann, was Bibliotheken heutzutage leisten und wie sie sich weiterentwickeln müssten, um für die kommenden Herausforderungen gerüstet zu sein. Um das in Zukunft verbessern zu können, wird die BKK mit einem Kommissionsvorstoss anregen, dass der Regierungsrat eine Bibliothek-Strategie erarbeiten soll, damit für alle Beteiligten ersichtlich wird, welche und wie viele Bibliotheken Basel in Zukunft braucht.

Nach intensiven Beratungen in der Kommission sieht eine Mehrheit die Übernahme des Modells der Filiale in der Breite

als gangbaren Kompromiss. Die GGG Breite weist von Dienstag bis Freitag von 14.30 bis 18 Uhr und am Samstag von 11 bis 16 Uhr bediente Öffnungszeiten aus. Ausserhalb dieser bedienten Zeiten wird zudem von 6 Uhr am Morgen und am Abend bis 22 Uhr zusätzlich Open Library an sieben Tagen in der Woche angeboten. Gemäss Auskunft der Verantwortlichen der GGG würde die Umsetzung dieses Kompromissvorschlages zusätzliche Kosten von Fr. 121'325 jährlich verursachen. Die Gründe der Mehrheit für diesen Vorschlag, aber auch die Gründe der Minderheit gegen diesen Vorschlag stehen im Bericht und werden sicher von den Fraktionssprechenden in der anschliessenden Diskussion noch erläutert, darum gehe ich jetzt nicht darauf ein.

Die BKK beschliesst mit 8 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen, dass die Filiale Hirzbrunnen analog der Filiale Breite weiterhin bediente Öffnungszeiten anbieten soll und beantragt dem Grossen Rat, dafür jährlich zusätzlich zu der vom Regierungsrat beantragten Finanzhilfe Fr. 121'325 zu sprechen. Zudem beschliesst die BKK, die Petition zur Hirzbrunnen-Bibliothek erst nach dem Beschluss des Grossen Rates zum vorliegenden Ratschlag fertig zu beraten. Die BKK fordert ausserdem den Regierungsrat dazu auf, dass künftig ein intensiverer Austausch über die Strategie und den Leistungsauftrag zwischen dem Präsidialdepartement und der GGG stattfinden soll. Die GGG hat beispielsweise mitgeteilt, dass die Bibliothek Bläsi ausgebaut werden soll, weil sie aus allen Nähten platzt. Nebst der Investition wird das auch finanzielle Auswirkungen auf den Betrieb haben. Solche finanziellen Auswirkungen müssten rechtzeitig zwischen GGG und PD besprochen und geregelt werden.

*Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD:* Zuerst möchte ich mich bedanken für den sehr differenzierten Bericht der BKK und vor allem auch für die hervorragende Leistung, die die GGG im Bereich Stadtbibliotheken seit Jahren in Basel vornimmt. Die GGG liefert Bibliotheken in unserem Kanton in einer Qualität, in einer Modernität, wie man sie wahrscheinlich selten findet. Sie sind öffentlich zugänglich, wir haben zahlreiche Filialen, der Bevölkerung wird jede Möglichkeit eröffnet, möglichst gut zu Lese- oder Bildstoff zu kommen. Mit dem Netz aus Hauptstelle Schmiedenhof und sieben Quartierfilialen, dazu Projekte wie Kinderliteraturbus, Leseförderung Kleinhüningen, Leseanimation, Bibliothekspädagogik für Kinder und Jugendliche, etc. ist sie wirklich nahe beim Publikum und macht ein Angebot für möglichst viele zugänglich und hat uns in den letzten Jahrzehnten bewiesen, dass sie am Puls der Bevölkerung ist und weiss, was sie macht. Wichtig scheint auch, dass sie zusätzlich noch die Zusammenarbeit mit den Schulen sucht und dass vier Sekundarschulbibliotheken ebenfalls von der GGG geführt werden. Dazu gibt es ein reiches Angebot an ausserschulischer Leseförderung und es werden laufend Anpassungen von Dienstleistungen vorgenommen. Der Heimlieferdienst, Bestellservice, Rückgabekästen, Online-Ausleihen, alles wurde ausgebaut. Namentlich im Bereich Digitalisierung hat die GGG enorm vorwärts gemacht, hat da auch hohe Prioritäten gesetzt und in diesem Sinne wahrscheinlich auch immer den Bedürfnissen der Basler Bevölkerung Rechnung getragen.

Die GGG, das möchte ich auch betonen, hat auf Herausforderungen der Coronapandemie sehr flexibel und kundenfreundlich reagiert. Wir haben diese Dankbarkeit der GGG auch ganz klar zum Ausdruck gebracht, immer wieder, auch in den Verhandlungsgesprächen, die wir geführt haben. Weil wir so zufrieden sind mit der GGG, die zu zwei Drittel vom Kanton finanziert wird und den übrigen Drittel selber aufbringt über Abo-Erträge einerseits, aber eben auch über Gelder aus ihrem eigenen Vermögen, weil sie diese Aufgabe so hervorragend macht, haben wir in der letzten Subventionsperiode die Beiträge erhöht. Wir haben sie um Fr. 400'000 pro Jahr erhöht und haben Investitionsbeiträge in der Höhe von Fr. 860'000 gesprochen. Das ist der Grund, warum wir gesagt haben, diese enormen zusätzlichen Mittel sollten aus unserer Sicht reichen, um wie auch in Vergangenheit ein Angebot sicherzustellen, das einerseits weitere Möglichkeiten eröffnet, andererseits aber keine unnötigen Einschränkungen nötig macht.

Wir haben denn auch ein Gesuch erhalten von der GGG, das wurde richtig dargestellt, indem weitere Ausbauprojekte gewünscht wurden, nämlich im Onlineservice-Bereich, Zuwachs elektronische Ausleihen, erhöhter Supportaufwand für Digitalisierung, also ein Ausbauwunsch, ein weiterer, plus eben diese Pro Litteris-Beiträge, die den Bundesrechtsänderungen geschuldet sind. Wir haben uns da auf den Standpunkt gestellt, diese Pro Litteris-Beiträge, klar, diese Erhöhung sprechen wir, aber weitere Ausbaubereiche im Online-, im Digitalisierungsbereich, die sollten aus unserer Sicht mit den bestehenden Mitteln möglich sein, weil wir sie, wie gesagt, in diesem Bereich schon stark unterstützt haben.

Die GGG hat uns dann auch bei diesen Gesprächen auf den Strategiewechsel zu Open Library hingewiesen und das auch erwähnt, dass es im Bereich Hirzbrunnen zu einer unbedienten Open Library kommen soll. Und es ist sicher richtig, das hat die Kommissionspräsidentin gesagt, dass wir zu diesem Zeitpunkt nicht realisiert haben im Präsidialdepartement, dass das zu einer Einschränkung des Zugangs für Jugendliche führen könnte. Zumindest wenn man diese Probleme nicht angeht und löst, dann sind einige, unter anderem vielleicht auch Schulklassen weniger einfach zugänglich für diese Bibliotheksstelle. Das haben wir damals tatsächlich nicht realisiert. Das kam erst später auf mit der Kritik, die dann entstanden ist, namentlich im Quartier. Die Kritik kam auch für die GGG, das ist mein Eindruck, eher überraschend, sie hätten nicht gedacht, dass diese Ausweitung der Öffnungszeiten via Open Library eigentlich von der Quartierbevölkerung als Einschränkung eher empfunden wird, namentlich weil eben niemand mehr da ist, der die Kinder reinlassen kann. Das ist die Situation.

Die Regierung hat sich dann aber wirklich immer auf den Standpunkt gestellt, dass wir gesagt haben, wir haben ein Ausbaubot gemacht, wir bezahlen Fr. 43'000 mehr, wenn Sie jetzt stattdessen auf die Wünsche der Bevölkerung eingehen und die Bedienung aufrechterhalten, dann können Sie das machen, wenn Sie andere Ausbauprojekte zum Beispiel im Bereich der Digitalisierung halt zurückstellen. So geht das bei uns immer, übrigens auch bei den Dienststellen bei unserem Kanton, die haben im Hinblick auf das Budget immer grosse Ausbauwünsche und es kommt dann immer der Hammer vom Finanzdepartement, ja, dann müssen Sie halt schauen, Sie können nicht alles miteinander machen. Das ist der Grund, warum wir bei diesen Verhandlungen dabei geblieben sind, dass wir das Angebot, das wir gemacht haben, nicht korrigieren wollten. Das macht die Regierung eigentlich immer, sie geht über das Verhandlungsmandat, das sie

ursprünglich vom Regierungsrat erhalten hat, nicht darüber hinaus. Das ist courant normal bei uns, das ist nicht etwas Ungewöhnliches.

Deshalb beantrage ich Ihnen auch jetzt, dass wir dabei bleiben. Die Regierung hat zwar tatsächlich auch erkannt wie die GGG, dass diese Aufhebung der Bedienung keine gute Idee ist, das Quartier wünscht etwas anderes und für uns ist es tatsächlich zum ersten Mal die Situation, dass wir sehen, die GGG hat die Bedürfnisse der Bevölkerung offenbar nicht richtig eingeschätzt in ihrer Strategie. Das sehen wir, das anerkennen wir, wir hätten allerdings das Problem anders gelöst. Wir hätten nicht wie die BKK einfach einen zusätzlichen Lohn eingestellt, sondern wir hätten die GGG gebeten, sich doch bei der Priorisierung ihrer Ausbauwünsche entsprechend nach den neuen Wünschen der Bevölkerung zu richten. Das wäre unsere Strategie gewesen.

Ich möchte zusammenfassen, weil es zum Teil in den Medien sehr falsch wiedergegeben wurde, die Regierung hat nie einen Sparauftrag erteilt, die Regierung hat den Staatsbeitrag erhöht, die Regierung hat auch zu keinem Zeitpunkt den Auftrag erteilt, Personal im Hirzbrunnen einzusparen, das war nicht unser expliziter Wunsch, das war von Anfang an der Wunsch und die Strategie der GGG. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag des Regierungsrates Folge zu leisten und damit der GGG Stadtbibliothek eine sinnvolle und innovative Weiterentwicklung ihres Angebotes für das Basler Publikum zu ermöglichen, so dass es auch die Quartierbevölkerung versteht.

*Sandra Bothe (GLP):* Die GGG fördert als moderne öffentliche Bibliothek der Stadt Basel den freien Zugang der Bevölkerung zu Wissen und Information. Durch das Netz der Quartierfilialen sind sie nahe am Publikum und ihr Angebot ist leicht zugänglich. Bibliotheken sind generationsübergreifend, ein Ort der Begegnung, wo Integration aktiv gelebt wird. Wer also in eine Bibliothek geht, kann sich als Teil einer Gesellschaft fühlen. Dorthin gehen Leute, die neugierig sind und ihre Chancen nutzen wollen. Hat aber die Bibliothek mit der Zunahme der Digitalisierung von Medien und der Möglichkeit, sich diese per Internet zugänglich zu machen auch weiterhin die Notwendigkeit, als bedientes Angebot physisch in den Quartieren zur Verfügung zu stehen? Ja, davon bin ich überzeugt. Sie bleiben ein Ort der Begegnung, der Vielfalt und ein Ort der Kulturen, auch dann, wenn sie klein und wie ein gemütliches Bücherzimmer eingerichtet sind. Denn das soziale Miteinander wird in der Zukunft nicht weniger, sondern wichtiger werden. Ich meine also, Bibliotheken sind weit mehr als ein Ort, wo sich Leute treffen, sie sind eine Schatzkammer. Menschen treffen auf Werke, auf Abenteuer, auf Kreativität, auf Produktivität. Bibliotheken bilden den Raum für Kommunikation, sind also Informationsaustausch, Bildung und Unterhaltung und trotzdem, der digitale Wandel fordert seinen Tribut. Dagegen wehrt sich die GLP nicht.

Damit Veränderungen als Chancen verbucht werden können, ist die GGG gefordert, eine ausbalancierte zeitgemässe Strategie aufzulegen. Das führt wiederum zu Mehraufwand und infolgedessen zu mehr Kosten. Die GGG hat deshalb Massnahmen zur Kostenreduktion erarbeitet, dazu gehört die Anpassung der bedienten Öffnungszeiten. Sie werden durch den Ausbau der unbedienten Open Library für Personen ab 18 Jahren kompensiert. Die flexiblen Öffnungszeiten für Leute, die sich zum Beispiel nach der Arbeit selbstständig Medien ausleihen wollen, tragen der Entwicklung Rechnung, die aufgrund der neuen Möglichkeiten durch die Digitalisierung entstehen, ausser im Fall der Filiale im familiären Hirzbrunnenquartier. Sie soll eine komplette Umstellung auf Open Library erfahren, ganz ohne bediente Zeiten. Wegen der Haftungsfrage führt es zum Ausschluss der Kinder und der Jugendlichen, sie haben keinen selbstständigen Zugang mehr zum Angebot. Dies zum Zeitpunkt, wo die Bibliothek umgebaut und kinderfreundlicher wird. Ein absoluter Widerspruch.

Die GLP wertet darum die komplette Umstellung nicht als Zusatzangebot und Beitrag zur Niederschwelligkeit, sondern erkennt darin einen Abbau am bestehenden Angebot. Davon betroffen sind Kinder aus dem Quartier, die in ihrem Radius selbstständig unterwegs sind, also den täglichen Schulweg selbst meistern und bisher auch die Quartierbibliothek besuchten. Sie leihen sich Computerspiele aus, von denen sie gehört haben, oder stöbern in einer neuen Folge ihrer Lieblingscomics. In der Bibliothek treffen sie auf Klassenkameraden und referieren über die Neuerscheinung ihrer Lieblingsbuchreihe. Sie schnappen sich ein Sachbuch, auf das sie gerade gestossen sind, vertiefen sich ins Thema, dabei stellen sich ihnen neue Fragen. Wie gut, dass die Bibliothekarin weiss, wo weitere Bücher zum Thema stehen oder dass sie ein anderes Computerspiel empfehlen kann, wenn das gewünschte schon weg ist. Ebenso vielleicht einen Ratgeber, der zum Beispiel von jemand Älterem dringend gebraucht wird. Das spielte aber bisher keine Rolle, weil die Mitarbeiterin das Buch für den kommenden Tag bestellen oder einen anderen Ratgeber empfehlen kann.

Das zeigt, neben den Kindern und Jugendlichen sind auch die älteren Quartierbewohner\*innen von der radikalen Massnahme einer unbedienten Bibliothek betroffen. Das Angebot ist für sie nicht mehr leicht zugänglich, viele haben Mühe, mit der komplexen Technik der Automatisierung zurecht zu kommen und verzichten dann ganz auf das wertvolle und für sie gut erreichbare Angebot. In der Konsequenz verliert die Bibliothek ihren Charakter als lustvoller Ort und generationsübergreifenden Treffpunkt und darüber hinaus kann sie ihren Leistungsauftrag im Bereich der Leseförderung und die Koordination mit den Schulen nicht mehr erfüllen. Dazu gehört zum Beispiel auch die Erstklässlerkarte, die in der ersten Schulwoche an alle Schulanfängerinnen und Schulanfänger verteilt wird. Denn Bildung braucht Anregung, zur Anregung braucht es eine Bedienung, eine Betreuung, die anregt, ermutigt und andeuten kann, welche Bücher mit welchen Abenteuern es hier und dort zu finden gibt. Kinder, die schon früh mit Büchern aufwachsen, sind im Vorteil. Sie lernen, dass Geschichten Spass machen. Das ist eine wichtige Motivation, um zu lesen. Lesen ist nicht nur buchstabieren und Worte entziffern oder Sätze erkennen, richtig lesen heisst verstehen, begreifen, kreativ weiterdenken, Bücher lieben. Einige Stimmen meinen, das Jugendzentrum Eglisee sei eine valable Alternative für die Kinder. Aus der vorgängigen Schilderung wird klar, dass die Zielsetzung eines Jugendzentrums nicht der einer Bibliothek entspricht. Es sind definitiv zwei Paar Schuhe, die sich ergänzen, aber das eine nicht durch das andere abgelöst werden kann.

Basierend auf den Ausführungen unterstützt die Fraktion der Grünliberalen den Antrag auf den Nachtragskredit für die Hirzbrunnen-Filiale als gangbaren Kompromiss. Die Quartierbibliothek soll neu nach dem Modell Breite betrieben werden. Eine hybride Lösung, die sich durch beschränkte Öffnungszeiten auszeichnet, aber die Open Library implementiert. Weiter

sprechen wir uns für die Bewilligung der Staatsbeiträge an die GGG Stadtbibliothek aus. Die Grünliberalen sind grundsätzlich von der wertvollen, vielfältigen Arbeit überzeugt. Die GGG leistet einen grossen gesellschaftlichen Beitrag. Wir meinen aber auch, dass es jetzt notwendig ist, die Strategie über die Ausrichtung und Grundstruktur der GGG mit dem Leistungsauftrag in Einklang zu bringen. Aktuell stehen sie im Widerspruch, da die Open Library Kinder und Jugendliche wegen der Haftung ausschliesst, hingegen die Leseförderung als Leistungsziel benennt. Die GLP fordert die Regierung dazu auf, mit der Sprechung des Staatsbeitrages die strategische Ausrichtung der GGG als Grundlage für die Verhandlungen über den neu abzuschliessenden Leistungsauftrag zu nehmen, denn die Umsetzung der Strategie muss ohne Übersteuerung durch den Grossen Rat finanzierbar sein.

*David Jenny (FDP):* Die Bibliotheken zu romantisieren können andere besser. Nur eine biografische Anmerkung, ich war einmal als Bibliothekar tätig, nämlich der Oberstufenbibliothek des Humanistischen Gymnasiums. Die Hauptaufgabe bestand darin, Dubletten an die Bibliothekare zu verteilen, meine Goethe-Ausgabe stammt immer noch aus dieser Zeit, Ausleihungen waren nicht bekannt. Jetzt zum Wesentlichen. Die FDP kann dieser Erhöhung zustimmen, sie wird der nächsten Erhöhung im nächsten Traktandum nicht zustimmen. Was sind die Unterschiede; hier wird eine zusätzliche Leistung bestellt von der GGG. Ich glaube auch, die GGG hat sich in den Verhandlungen mit dem Staat richtig und korrekt verhalten. Dass es gegenseitig zu Missverständnissen kam, dies mag der Fall sein, ist aber hier nicht von Bedeutung. Es sind neue Erkenntnisse, das hat auch Regierungspräsident Beat Jans gesagt, eingeflossen in die Kommissionsberatungen, die Wichtigkeit dieser teilweisen physischen Öffnung der Filiale im Hirzbrunnen wurde vollständig erst während den Kommissionsverhandlungen und aufgrund dieser Petition erkannt. Daher kann hier zugestimmt werden und es sei auch betont, dass das Lobbying der GGG immer sehr angemessen und nicht aufdringlich und immer für die Sache war und darum wird die FDP hier zustimmen und ich glaube, einige meiner zehn Minuten gebe ich an den nächsten Redner oder Rednerin weiter.

*Beat von Wartburg (LDP):* Als Kultur- und Bildungspolitiker steckt man immer wieder mal in der Zwickmühle, denn natürlich möchte man so viel Kultur und so viel Bildung wie nur möglich. Dies hat naturgemäss seinen Preis, den man meistens gerne zu zahlen bereit ist, weil man weiss, dass in Bildung und Kultur investiertes Geld gut investiertes Geld ist. Aber es ist auch klar, dass die finanziellen Mittel des Staats begrenzt sind und es daher sorgfältig abzuwägen gilt, wenn es um eine Subventionserhöhung geht. Zum anderen geht es auch um den Respekt und die kulturunternehmerische Freiheit des Anbieters von kulturellen Leistungen und die Bedarfsfrage und die Klarheit staatlicher Leistungsaufträge. Und genau diese Mischung macht das vorliegende Geschäft etwas komplizierter, als es auf den ersten Blick erscheint.

Die GGG Stadtbibliotheken haben sich in den vergangenen Jahren von einer reinen Volksbibliothek zu einer dynamisch unternehmerisch geführten Medien- und Bildungsvermittlungsorganisation gewandelt, zu einer Organisation, die sich laufend den unterschiedlichsten sozialen Ansprüchen und dem sich rasch ändernden Medienkonsumverhalten anpassen und darüber hinaus auch proaktiv den Anforderungen an die Digitalisierung gerecht werden muss. So hat die GGG seit längerem erkannt, dass ihre Bibliotheken mehr als nur die Funktion eines Medienverleihs haben, sondern dass sie als sogenannter dritter Ort, als nicht kommerzielle Treffpunkte auch soziale und pädagogische Aufgaben wahrnehmen müssen. Dementsprechend bauten die Stadtbibliotheken das Angebot der Leseförderung mit Projekten und Workshops aus, starteten das Projekt Kinderliteraturbus, betreut Schulbibliotheken, schuf eine Bibliothekspädagogik, beschäftigt Jugendarbeiterinnen und -arbeiter, lanciert weitere Angebote für bildungsferne und für fremdsprachige Jugendliche, bietet Hand für Angebote gegen Illettrismus und leistet einen wertvollen Beitrag an die Integration von Migrantinnen und Migranten und Expats.

Als Antwort auf die Digitalisierung haben die Stadtbibliotheken das ganze Bestellwesen, die Online-Dienstleistungen inklusive Abhol- und Hausdienst ausgebaut und auch das Medienangebot mit E-Books, E-Games, Audio-Books und neu können sogar in Zusammenarbeit mit den Kultkinos Filme gestreamt werden. Darüber hinaus bieten die Stadtbibliotheken mit dem GGG finanzierten Projekt Digi-Coach ein niederschwelliges digitales Hilfsangebot an und mit den Open Library an ausgewählten Standorten einen 24-Stundenservice. Die GGG Stadtbibliotheken haben all diese Angebote und Massnahmen entwickelt, nicht weil dies der Kanton verlangt hätte, sondern weil sie sich erstens ihre Rolle für die Leseförderung, die Integration, die Wissens- und Kulturvermittlung bewusst sind und zweitens, weil sie in einem umkämpften Medienmarkt auf die sich ständig verändernden Kundenwünsche reagieren müssen, wenn sie nicht Mitglieder und dadurch Einnahmen verlieren möchten. Was ich damit sagen will, die GGG verwaltet ihre Bibliotheken nicht, sondern sie versucht mit den vorhandenen Mitteln für Basel ein Topangebot bereitzustellen und keine Frage, die Stadtbibliotheken haben damit grossen Erfolg, die Ausleihzahlen sprechen eine deutliche Sprache. Aber gerade weil der Innovations- und der Erwartungsdruck hoch sind, kämpft die GGG mit den Finanzen, versucht zu optimieren, zu sparen, noch effizienter zu werden. Sie hat dargelegt, warum die Kosten gestiegen sind, warum die Online-Serviceleistungen den Aufwand des Kundendienstes erhöhen, der Zuwachs bei den elektronischen Medien nicht zu einem Abbau bei den analogen Ausleihen führt und warum der Support- und Social Media-Aufwand steigt.

Weil die Digitalisierung ihren Preis hat, beantragt die GGG eine Erhöhung der Subvention von Fr. 115'000, dies nach der Umsetzung aller Sparmassnahmen und bei einer gleichzeitig klar kommunizierten Umwandlung der Hirzbrunnen-Filiale in eine unbediente Open Library. Gut geheissen hat der Kanton lediglich die Fr. 43'000 für die erhöhten Pro Litteris-Abgaben. Die verbleibenden Fr. 72'000 müssen nun von der GGG und den Stadtbibliotheken beigebracht werden. Die GGG musste dieses Verdikt wohl oder übel akzeptieren. Nicht akzeptiert, wir haben es schon gehört, wurde dieses Verhandlungsergebnis vom Quartierverein und auch von der BKK, die nun auch eine Erhöhung der Subvention beantragt, um eine Bedienung der Hirzbrunnen-Filiale ermöglichen zu können. Das ist ja ehrenwert und auch aus der Sicht des Quartiers gesehen völlig verständlich, aber ist diese partikulare, punktuelle Erhöhung mit Blick auf das Ganze sinnvoll? Die

Fraktion der LDP meint nein, denn es ist eine klassische Pflasterlipolitik.

Die strukturelle Finanzierungsthematik der GGG ist damit in keiner Weise gelöst und schon gar nicht beantwortet es die Frage, welches Bibliotheksangebot der Kanton überhaupt will. Hat er überhaupt eine Strategie, wie die Bibliotheken sich entwickeln sollen, wie sie mit der Digitalisierung, mit der Quartiersversorgung, mit den sozialen und pädagogischen Herausforderungen und Angeboten umgehen sollen? Pflegt der Kanton einen inhaltlichen, strategischen Dialog mit der GGG als Betreiberin und welche Leistungen sind dem Kanton wie viel Geld wert? Müssen die GGG Stadtbibliotheken nicht die Möglichkeit haben, ihre Filialen entsprechend den zur Verfügung stehenden Flächen entsprechend der quartierspezifischen Nachfrage und den verfügbaren Finanzen unterschiedlich zu gewichten und zu bespielen? Muss dieses Filialnetz auf immer und ewig unverändert bleiben und müsste man nicht erst mal schauen, ob eine reine Open Library entgegen allen Befürchtungen nicht doch ein zeitgemässes und bedarfsgerechtes Angebot sein könnte? Und schliesslich, das Kleinbasel verfügt lediglich über zwei öffentliche Bibliotheken, beide sind für die zukünftigen Anforderungen zu klein. Müsste nicht zumindest die Vergrösserung einer der beiden Bibliotheken ernsthaft geprüft werden?

All diese Fragen sind für die LDP nicht geklärt. Sie werden aller Voraussicht nach dem Antrag der BKK zustimmen und ein Teil der LDP-Fraktion tut es auch. Es ist, wie ich eingangs erwähnt habe, gut investiertes Geld, aber vielleicht, so findet der andere Teil der LDP-Fraktion, ist es kulturpolitisch kein kluges Zeichen, denn es nimmt die GGG mit ihren betrieblich finanziellen Anstrengungen und Sorge nicht ernst. Es verhindert eine Diskussion über Sinn und Zweck des Filialnetzes und mögliche Schwerpunktsetzungen. Ausserdem müsste man jetzt, wo klar ist, dass kein Quartier je eine Filialschliessung hinnehmen wird, vielleicht einmal darüber diskutieren, ob die einzelnen Leistungen der Stadtbibliotheken, die Treffpunkt- und Quartiersversorgung, die sozialpädagogischen, die migrationsspezifischen Angebote und das eigentliche Bibliotheksgeschäft nicht gesondert betrachtet werden müssten. Wie auch immer, es braucht unserer Meinung ein klares Hinschauen, es braucht eine nachhaltige Finanzierung und keine punktuelle, petitionsgetriebene ad hoc und Partikularlösung.

In diesem Sinne bittet die LDP die Regierung, im Dialog mit der GGG eine tragfähige und finanzielle nachhaltige Zukunftsstrategie für die Stadtbibliotheken zu entwickeln.

*Brigitte Gysin (die Mitte/EVP):* Es wurde aus bisherigen Voten schon klar, es ist ein Glücksfall für uns, dass die staatliche Aufgabe, öffentliche Bibliotheken zu führen, in Basel der GGG übertragen werden kann. Es ist ein Glücksfall, weil, wie wir es schon gehört haben, die GGG ihre Bibliotheken nicht nur über diese staatlichen Gelder, über Beiträge der Kundinnen und Kunden und Spenden finanziert, sondern selbst aus ihrem Vermögen einen substantziellen finanziellen Beitrag leistet. Und es ist ein Glücksfall, auch das wurde schon mehrfach deutlich, weil die Stadtbibliothek der GGG auch sehr flexibel auf aktuelle Veränderungen reagiert, neue Bedürfnisse aufnimmt und ihr Angebot laufend anpasst. Es ist, wie es schon erwähnt wurde, auch wirklich nicht selbstverständlich, dass sie zum Beispiel im Lockdown ein erst in der Planung befindliches Projekt, die Heimplieferung von Medien, dann doch frühzeitig und erfolgreich umgesetzt hat. Auch das schon erwähnte oft vorkommende Konzept der Open Library zeigt, dass die GGG Stadtbibliothek hier laufend innovativ sich weiterentwickeln will.

Die Fraktion Mitte/EVP möchte diese seit Jahrzehnten gute Arbeit der GGG Stadtbibliothek anerkennen und wir den Anträgen der BKK darum auch zustimmen. Als Mitte/EVP stehen wir auch ausdrücklich hinter dem, gegenüber dem im Ratschlag vorgesehene Betrag, erhöhten Beitrag, wie ihn die BKK zur Abstimmung bringt. Dies soll es erlauben, dass die Filiale Hirzbrunnen teilweise bedient zu führen ist, wie auch andere Filialen wie zum Beispiel jene in der Breite. Kindern und Jugendlichen unter 18 muss es unbedingt weiterhin möglich sein, auch unbegleitet in die Bibliothek zu gehen. Ich vermute, dass ich nicht die Einzige im Grossen Rat bin, die bereits im Primarschulalter regelmässig, ja, wahrscheinlich wöchentlich unbegleitet in die nächste GGG Filiale gegangen bin, dort mehr oder weniger lange Zeit verbracht hat und am Ende mit Büchern und Kassetten, Gesellschaftsspielen, Comics und anderen Dingen nach Hause gegangen bin. Dies hat sicherlich dazu beigetragen, meine Freude am Lesen zu wecken und wach zu halten. Meine Vorredner haben schon viele weitere Überlegungen dazu sehr differenziert dargelegt, ich möchte das hier nicht nochmals wiederholen.

Der im Ratschlag von der Regierung vorgesehene Betrag hätte nun diese weitere bediente Öffnung der Filiale Hirzbrunnen, wie wir gehört haben, nicht mehr möglich gemacht. Es ist aus Sicht unserer Fraktion allerdings nicht sinnvoll und auch nicht förderlich im Bereich der Bildung, der Leseförderung, dass die Kinder und Jugendlichen nicht mehr selbstständig in die Bibliothek gehen können, sondern warten müssen, bis ihre Eltern zum Beispiel von der Arbeit nach Hause kommen und vielleicht auch mehr oder weniger Zeit und Lust haben, die Kinder in der Bibliothek länger verweilen zu lassen.

Da die GGG einerseits viele finanzielle Optimierungsbemühungen aufgezeigt hat und andererseits auch bereits beträchtliche eigene Mittel neu in die Bibliotheken einfließen lässt, sind wir der Ansicht, dass es angemessen ist, dass darum hier der Beitrag von staatlicher Seite entsprechend erhöht und so die bediente Öffnung der Hirzbrunnen-Filiale ermöglicht wird. Ich bitte Sie im Namen der Fraktion Mitte/EVP, den Anträgen der BKK zuzustimmen.

*Beatrice Messerli (GAB):* Die Präsidentin der BKK, meine Vorrednerinnen und Vorredner haben bereits auf die ausführlichen Beratungen in der BKK hingewiesen und auch auf die verschiedenen Problemfälle, die geortet wurden, und auch, dass die BKK den stetigen Einsatz der GGG Stadtbibliothek anerkennt und unterstützt. Beat Jans hat aufgezählt, welche Projekte alle von der GGG geleistet werden und auch aufgegleist werden. Die schnelle Reaktion auf den Lockdown, der den Benutzerinnen und Benutzer die weitere Nutzung ihrer Bibliothek bzw. die Möglichkeit geboten hat, weiterhin Bücher auszuleihen und diese auszuliefern, wurde von allen Seiten gelobt. Die Bibliothek bemüht sich auch mit der Zeit zu gehen und bietet verschiedene Möglichkeiten der Nutzungen an. Wir haben gehört, die Ausweitung digitaler

Angebote wird vorangetrieben.

Die Digitalisierung hat ihren Preis, denn es gibt einen Zuwachs an elektronischen Medien und auch bei der Ausleihe steigt die Anzahl elektronischer Medien, was aber nicht zu einem Abbau bei den analogen Medien führt und auch nicht führen darf. Die Ausweitung des Ausbaus kann darum nicht kostenneutral sein. Deshalb hat die GGG nach Möglichkeiten gesucht, um die Kosten zu senken. Auch davon haben wir bereits gehört. Die mögliche Massnahme, die Umwandlung der Hirzbrunnen-Bibliothek in eine Open Library ohne bediente Öffnungszeiten, stiess aber bei den Nutzerinnen und Nutzern der Bibliothek, dem Quartierverein, den Schulen und Kitas des Quartiers auf Unverständnis und grossen Widerstand, den wahrscheinlich weder die Regierung noch die GGG so erwartet haben, und es entsteht der Eindruck, dass die Regierung im Hinblick auf diese neue strategische Ausrichtung der GGG diesem Aspekt zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat. Es ist die Aufgabe, auch das wurde bereits erwähnt, der Regierung, den künftigen Leistungsauftrag neu zu diskutieren und genau hinzuschauen, wo Abbau möglich ist und wo nicht.

Sowohl die Regierung wie auch die GGG bestreiten aber im Zusammenhang mit der Umwandlung der Bibliothek Hirzbrunnen in eine Open Library einen Leistungsabbau, im Gegenteil, es sei eine Angebotserweiterung. Selbstverständlich erhöhen sich durch das Angebot Open Library die Öffnungszeiten, aber dies auf Kosten des Beratungsangebotes für alle Besuchenden und dem Ausschluss von Kindern und Jugendlichen, da es keine Präsenz und keine Beratung durch Bibliothekarinnen oder Bibliothekare vor Ort mehr gibt. Selbstverständlich könnten Kitas, Kindergärten und Schulen als Klassenverband weiterhin die Bibliothek besuchen, aber die erklärte Absicht, den Kindern und Jugendlichen mit Schulbesuchen die Bibliothek und deren Nutzung bekannt zu machen, damit sie in der Lage wären, selbstständig die Möglichkeiten der Bibliothek zu nutzen, wird hinfällig, da sie keinen Zugang mehr hätten. Bibliotheken sichern den Zugang zu Wissen und Information, dienen der Bildung und Unterhaltung und der Lese- und Sprachförderung, sie fördern auch die Meinungsbildung.

Es täuscht nichts darüber hinweg, dass für die Quartierbibliothek Hirzbrunnen nicht mehr genügend Geld vorhanden ist, um bediente Öffnungszeiten anzubieten. Die übrigen Bibliotheken, die in eine Open Library umgebaut werden oder wurden, werden nicht gänzlich ohne bediente Öffnungszeiten geführt, sondern haben weiterhin bediente Öffnungszeiten, wenn auch verkürzt. Aber diese Bibliotheken bleiben für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Quartiere oder den Besuchenden der Bibliotheken zugänglich. Übrigens auch die in den Kommissionsberatungen angeführten Beispiele aus anderen Kantonen behalten alle die bedienten Öffnungszeiten bei und erweitern die Öffnungszeiten durch den elektronischen Zugang.

Mit dem vorliegenden Strategiewechsel in der Bibliothek Hirzbrunnen wird ein Teil der Nutzerinnen und Nutzer ausgeschlossen, nämlich alle Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre. Nicht nur Eltern, auch Schulen im Quartier sind enttäuscht über diesen Ausschluss, denn lesen und vor allem auch selbstständiges Recherchieren in der Bibliothek wäre nicht mehr möglich. Ich weise da auf die Aussage von Brigitte Gysin hin, die erklärt hat, dass eben auch Kinder bereits in der Lage sind, selbstständig eine Bibliothek zu besuchen, aber auf Bedienung angewiesen sind. Allenfalls sind eben nicht nur die jüngeren, sondern auch ältere Personen betroffen, die mit der elektronischen Nutzung ihre Mühe haben oder eine Beratung wünschen. Dies bedeutet im schlimmsten Fall einen Ausschluss an der Teilhabe des gesellschaftlichen Lebens.

Die BKK beantragt deshalb eine Erhöhung des Staatsbeitrages für die GGG Stadtbibliothek und ich bitte Sie, dieser Erhöhung zuzustimmen, damit weiterhin alle Filialen der Stadtbibliothek Basel bediente Öffnungszeiten anbieten können.

*Barbara Heer (SP):* Auch die SP-Fraktion wird der BKK folgen und die beantragte Erhöhung sprechen. Es freut mich auch der Blick auf den "Chrüzlistich", die breite Unterstützung durch die verschiedenen Fraktionen, ich denke, das darf die BKK auch als wirklich klare Unterstützung für diese Arbeit lesen. Ich nehme nur noch Punkte auf, die mir wichtig sind zu erwähnen seitens der SP-Fraktion. Als erstes Mal auch von unserer Seite ganz herzlichen Dank an die GGG Stadtbibliothek für dieses hervorragende hochqualitative Angebot, das unsere Bevölkerung geniessen darf, und eben auch, was schon viel betont worden ist, wirklich die Fähigkeit bei dem gleichbleibenden Grundauftrag auf die neuen gesellschaftlichen Entwicklungen zu reagieren, sich ändernden Bedürfnissen anzupassen, das schafft nicht jede Institution.

Auch wir sind aber mit einer strategischen Prioritätensetzung eben nicht einverstanden, es geht da natürlich um diese bedienten Öffnungszeiten der Zweigstelle Hirzbrunnen. Strategische Entscheide treffen bedeutet eben Gewichtungen vornehmen, also was ist wichtiger als das andere, in welchem Bereich erlauben wir wie weit Kostenwachstum und da sind wir eben der Meinung, dass die GGG Stadtbibliothek die Verkürzung ein Stück weit an der Bevölkerung vorbeigeplant hat. Wir hatten als Kommission einfach nur die Handlungsmöglichkeit, diese Bedienung weiterhin sicherzustellen durch die Erhöhung vom Staatsbeitrag. Es wäre aus unserer Sicht natürlich auch wünschenswert gewesen, wenn zum Beispiel bereits die Regierung das vorher in den Aushandlungen der Leistungsvereinbarung gemacht hätte. Wenn es um den Abbau von städtischer Infrastruktur für Kinder und Jugendliche geht, da sind wir von der SP-Fraktion grundsätzlich immer sehr kritisch. Einen solchen Abbau liesse sich aus unserer Sicht eigentlich höchstens rechtfertigen, wenn der Kanton tiefrote Zahlen schreiben würde, einen solchen Spardruck haben wir zum Glück nicht.

Dann auch mit Blick auf die langfristige Leseförderung konnte uns die GGG Stadtbibliothek wirklich nicht erklären, wieso es da sinnvoll ist, bei den Kindern und den Jugendlichen den Zugang zu Büchern zu verschlechtern. Wer in der Jugend und der Kindheit keinen Bezug zum Buch aufbaut, dann wird das auch später weniger möglich sein. Dann auch die Wahl des Quartiers Hirzbrunnen ist für uns eigentlich nicht logisch, da sehr viele Kinder und Jugendliche hier wohnen. Ein letzter Punkt vielleicht noch, die Bibliothek bietet ja auch Support für die eduBS-Books an, also die Arbeitsgeräte für Schülerinnen und Schüler, die von den Schulen zur Verfügung gestellt werden, und die Schliessung der bedienten Öffnungszeiten hätten auch bedeutet, dass die Kinder weiter weg gehen müssen, die Schülerinnen und Schüler, um diesen Support für ihre Geräte zu erhalten. Das ist ein gutes Beispiel, wieso die Bibliotheken nicht nur ein Ort zur Bücherausleihe sind,

sondern eben viel mehr. Abgesehen von wirklich praktischen Angeboten wie diesen Support für die eduBS-Books, haben sie auch Funktionen als öffentliche Quartierräume, hier begegnen sich Quartierbewohnende. Wichtig ist, Kinder und Jugendliche können hier Zeit verbringen, ohne konsumieren zu müssen. Auch mit Blick auf die Stadtentwicklung, die Ausgestaltung von den Quartieren ist es wichtig, dass ein Quartier wie das Hirzbrunnen nicht einfach zu einem Schlafquartier wird, sondern eine lebendige Infrastruktur hat.

Dann vielleicht noch ein letzter Punkt. Der Weg vom Hirzbrunnenquartier in die Hauptfiliale in der Innenstadt ist aus Sicht von Kindern durchaus ein weiter Weg. Kinder bewegen sich viel kleinräumiger in der Stadt, als Erwachsene das tun, und je kürzer die Wege in der Stadt sind, desto mehr Lebensqualität kann eine Stadt für Kinder bieten. Deshalb stehen wir als SP-Fraktion auch hinter diesen verschiedenen Zweigstellen. Als allerletztes, das Ziel der Digitalisierung eines Angebotes ist es ja eigentlich, den Zugang zu verbessern. Wenn jetzt aber Digitalisierung zu Ausschlussmechanismen führt, dann sind das Fehlentwicklungen. Ja, die Open Library sind wirklich ein Gewinn für die Stadt, sie dürfen aber bediente Öffnungszeiten nicht ersetzen.

Dann auch noch an die Regierung gewandt möchten wir auch eigentlich wünschen, dass die Regierung eine klarere Vision hat, in welche Richtung sich die Stadtbibliotheken entwickeln sollen, also nicht nur ein Preisschild definieren für die Aushandlungen, sondern auch eine gewisse Richtung haben, in der die Bibliotheken sich entwickeln sollen. Nur weil die Bibliotheken keine Dienststellen sind, heisst das nicht, dass die Regierung nicht auch in einem gewissen Raum eine inhaltliche Steuerung des Angebotes vornehmen kann. Die Strategie könnte deshalb auch aus unserer Sicht wirklich ein vertraglicher Bestandteil der Leistungsvereinbarung werden, so dass Anpassungen der Strategie durch das Präsidialdepartement nicht einfach nur zur Kenntnis genommen werden, sondern explizit gutgeheissen werden müssen.

Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, diesen Staatsbeitrag zu bewilligen und den Erhöhungsantrag der BKK gutzuheissen.

*Eric Weber (fraktionslos):* Ich spreche vom Fach, ich war 40 Jahre lang Nachbar dieser angesprochenen Bibliothek im Kleinbasel. Vor dieser Bibliothek liegen Bücher draussen, die man gratis mitnehmen kann. Es gibt auch den Bücherschrank beim Wettsteinplatz, wo man sich gratis bedienen kann. Es geht, wie die Vorredner gesagt haben, um junge Leute, aber die jungen Leute lesen keine Bücher mehr. Die jungen Leute wollen Social Media, das wurde auch angesprochen. Diese Bibliothek kann man nicht retten und Sie wissen, ich bin oft der Zeit voraus, auch jetzt wegen dieser Sache, ich habe vor ein paar Jahren gesagt, das Kunstmuseum wird geschlossen. Bücher werden irgendwann abgeschafft, 90% der Kinder lesen keine Bücher mehr. Wir haben hier wieder mal ganz klar an der Sache vorbeigeredet. Ein Beispiel, Zeitungen liest auch niemand mehr, die Basler Zeitung hatte eine Auflage von 160'000, jetzt sind es 37'000. Die GGG muss einfach wissen, wo man die jungen Leute abholt, und darum sage ich einfach, zum Beispiel die chinesische Video-Plattform TikTok, sie macht Lokalpolitiker zu Stars. Die GGG müsste mehr zum Thema TikTok bringen und Social Media, weil für Jugendliche TikTok das wichtigste Unterhaltungsportal für Lektüre überhaupt ist. Der Massstab für das, was morgen wichtig ist und heute bereits über hunderte Millionen Smartphones flimmert. Ich möchte einfach noch drei Sätze zu dieser Bibliothek sagen. Die Bibliothek muss wissen, dass TikTok den Zeitgeist einfängt und dass das die Bibliothek der Neuzeit ist und solange das von GGG nicht gemacht wird, geht das nicht. Das wollte ich damit sagen und darum bin ich stolz, dass ich da über Nacht zum Star geworden bin.

*Jenny Schweizer (SVP):* Gemäss "Chrüzlistich" wird der Nachtragskredit von Fr. 121'325 für 2022 und der Staatsbeitrag von Fr. 27'384'300 entgegen dem Entscheid des Regierungsrates angenommen. Es ist mir trotzdem ein Anliegen, gewisse Punkte auch von einer anderen Seite zu beleuchten. Die GGG Stadtbibliothek hat einige Anstrengungen unternommen, Massnahmen zur Kostensenkung in die Wege zu leiten, und zwar so, dass von Fr. 467'000 noch Fr. 115'533 übrig blieben. Ich bin der Meinung, dass dieses Engagement wirklich zu begrüessen ist. Darunter fiel aber auch der Umbau der Hirzbrunnen-Bibliothek von einer bedienten in eine unbediente Bibliothek, was ja sofort eine Petition im Quartier zur Folge hatte. Es ist verständlich, dass eine Veränderung immer Skepsis auslösen kann, dass aber gleich eine solche Ablehnung entsteht, finde ich etwas unverständlich. Es ist ja nicht so, dass die Bibliothek verschwindet, es ist auch nicht so, dass die Kinder nicht mehr in die Bibliothek gehen können, einfach nur in Begleitung eines Erwachsenen.

Ich bin überzeugt, dass Kinder, welche alleine in eine Bibliothek laufen, sich beraten lassen und sich auch noch ruhig verhalten können, ebenfalls in der Lage sind, die nächstnähere Bibliothek aufzusuchen. In diesem Falle wäre dies in der Breite mit einer Fahrdistanz von vier Minuten. Diese bietet erst noch eine aktive Jugendarbeit an. Das Argument, dass die Leseförderung in Zukunft im Hirzbrunnen missachtet wird, kann ich nicht nachvollziehen. Da müssen Sie im Umkehrschluss ja auch der Meinung sein, dass ein Kind beim Bruderholz mit einem Weg von über 20 Minuten zur Gundeli-Bibliothek keine Leseförderung bekommt, weil der lange Anfahrtsweg nicht zumutbar ist.

Ich bedaure, dass hier nicht mehr Ehrlichkeit gezeigt wird, nämlich dass bis jetzt die Hirzbrunnen-Bibliothek ein Treffpunkt war für Schulkinder, die sich in einem geschützten Rahmen aufhalten konnten. Dass dort nicht das Ausleihen von Büchern im Vordergrund stand, zeigen schon die wirklich schlechten Ausleihzahlen. Aber eine Bibliothek ist in diesem Fall kein Kindertreffpunkt, den es zu finanzieren gilt, zudem das Quartier von einem sehr attraktiven und aktiven Quartierverein profitiert. Auch das Argument, dass ältere Menschen Probleme mit dem Zugangssystem bekunden werden, erscheint mir nicht ganz plausibel. Die GGG Stadtbibliothek ist gerade im betroffenen Quartier Schoren/Hirzbrunnen mit der mobilen Altersarbeit unterwegs. Ich bin überzeugt, dass sie daher schnell diese Problematik erkannt hätte, wenn sie bestehen würde, und hätte dies in ihrer Entscheidungsfindung einbezogen. Ich bin der festen Überzeugung, falls sich wirklich diese unbediente Bibliothek im Hirzbrunnen als Fehler erweisen sollte, dass gerade die GGG Stadtbibliothek eine Neuauslegung machen wird, so wie sie stets ihre Anpassungsfähigkeit in der Vergangenheit bewiesen hat.



*Franziska Roth, Präsidentin BKK:* Ich danke für die angeregte Diskussion, die sich etwas widergespiegelt hat, wie wir es in der Kommission auch diskutiert haben. Zum Votum von Beat Jans, ja, wenn halt mal ein Geschäft in der Kommission ist, dann hat die Kommission nicht viel mehr Möglichkeiten als via Geld etwas zu verändern und ich fände wirklich, und das haben wir bei verschiedenen Fraktionsprechenden gehört, wenn das in der Zeit, bevor der Ratschlag fertig erarbeitet ist, geschehen würde, dass man auf einem gemeinsamen Weg und nicht so etwas gegeneinander diese Bibliotheken finanziert und bespielt. Ich möchte wirklich, und da sind wir uns in der Kommission einig gewesen, dem Regierungsrat mit auf den Weg geben, die Zeit jetzt bis zu den nächsten Verhandlungen zu nutzen, um die Basis mit der GGG auf einen besseren Level zu heben. Und dann sind wir überzeugt, dass wir bei der nächsten Diskussion in vier Jahren keine solchen Übungen mehr machen müssen.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

#### **Detailberatung**

des Grossratsbeschlusses 1 (Nachtragskredit 2022)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel.

#### **Schlussabstimmung**

Grossratsbeschluss 1 Nachtragskredit

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

64 JA

8 NEIN

3 ENT

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Für die GGG Stadtbibliothek Basel wird ein Nachtragskredit in Höhe von Fr. 121'325 für das Jahr 2022 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

#### **Detailberatung**

des Grossratsbeschlusses 2 (Bewilligung Staatsbeiträge)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

*Jo Vergeat (Grossratspräsidentin):* Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er lehnt die Erhöhung des Staatsbeitrages um jährlich 121'325.- ab und beantragt Ausgaben von 26'899'000.

#### **Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

#### **Ergebnis der Abstimmung**

17 JA

63 NEIN

1 ENT

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Änderungsantrag abzulehnen.

#### **Detailberatung**

Publikations- und Referendumsklausel

### Schlussabstimmung

Grossratsbeschluss 2

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

77 JA

4 NEIN

2 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

Für die GGG Stadtbibliothek Basel werden Ausgaben in Höhe von Fr. 27'384'300 (Fr. 6'846'075 p. a.) für die Jahre 2022–2025 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

## 6. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2022–2025. Staatsbeiträge an die Trägerschaften Verein «Knaben- und Mädchenmusik Basel 1841», Verein «Knabekantorei Basel», Verein «Mädchenkantorei Basel», Verein «Musikverband beider Basel», Genossenschaft «Musikwerkstatt Basel Genossenschaft zur Förderung improvisierter Musik» sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[09.02.22 10:28:19, BKK, PD, 21.0630.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 3'348'000 zu bewilligen.

*Franziska Roth, Präsidentin BKK:* Der Ratschlag musikalische Bildung enthält fünf Beschlüsse für Staatsbeiträge an Trägerschaften, die Angebote für die musikalische Bildung der Bevölkerung machen. Dies sind der Verein Knaben- und Mädchenmusik, der Verein Knabekantorei Basel, der Verein Mädchenkantorei Basel, der Verein Musikverband beider Basel und die Genossenschaft Musikwerkstatt Basel. Die fünf Staatsbeitragsgesuche werden gemeinsam behandelt, weil der Grosse Rat mit der Überweisung des Anzugs Claudio Miozzari beantragt hat, dass Ausgabenberichte und Ratschläge für Rahmenausgabenbewilligungen insbesondere im Bereich Kultur vermehrt thematisch gruppiert dem Grossen Rat vorgelegt werden sollen.

Der Verein Musikverband beider Basel und die Genossenschaft Musikwerkstatt haben die Weiterführung der Beiträge im gleichen Umfang beantragt. Der Verein Knaben- und Mädchenmusik, der Verein Knabekantorei und der Verein Mädchenkantorei haben höhere Beiträge beantragt. Bei der Knaben- und Mädchenmusik und der Knabekantorei ist der Regierungsrat auf die Anträge eingegangen, bei der Mädchenkantorei nur teilweise. Die BKK ist sich einig, dass die fünf genannten Institutionen einen nennenswerten Anteil im Bereich der musikalischen Bildung im Kanton Basel-Stadt leisten und entsprechend unterstützt werden sollen. Sie sind eine wertvolle Ergänzung zur Musikakademie und tragen zu einem vielfältigen Bildungsangebot bei. Da sich die BKK ausser bei der Mädchenkantorei einstimmig dafür ausgesprochen hat, den beantragten Staatsbeiträgen inklusive den Erhöhungsanträgen des Regierungsrats zuzustimmen und in der Kommissionsberatung auch keine Diskussion aufgekommen ist, werde ich nur zur Mädchenkantorei noch ein paar Sätze sagen und dies als Vertreterin der Mehrheit.

Wie die BKK-Mehrheit in ihrem Bericht ausführt, ist die Mädchenkantorei seit 2014 auf der Suche nach geeigneten Proberäumlichkeiten. In den Schulhäusern, in denen die Kantorei jeweils proben konnte, war das nicht mehr möglich, da die Schulen ihre Räumlichkeiten vermehrt selber brauchen, beispielsweise für die Tagesstrukturen, und weil die Chorklassen der Mädchenkantorei zudem in den letzten Jahren erheblich gewachsen sind und mehr Platz brauchen. Die neuen Räumlichkeiten, die die Mädchenkantorei seit 2020 in der Don Bosco Kirche mieten kann, sind sehr geeignet und bedeuten einen qualitativen Quantensprung für die Institution. Problematisch ist aber, dass der geforderte Mietzins die finanziellen Möglichkeiten der Mädchenkantorei übersteigen. Im Hearing mit dem Verein und dem PD hat die BKK erfahren, dass die Verantwortlichen der Kantorei auch andere Räumlichkeiten geprüft haben, diese aber einerseits nicht geeignet gewesen seien oder aber die Räumlichkeiten dann doch nicht zur Verfügung gestanden hätten. So stand die Mädchenkantorei vor der schwierigen Entscheidung, entweder Räumlichkeiten zu mieten, die zwar sehr geeignet sind, aber die finanziellen Möglichkeiten übersteigen oder aber vor einer sehr ungewissen Zukunft zu stehen.

Über diese lange Raumsuche und den Entscheid, die Räumlichkeiten in der Don Bosco Kirche zu mieten, ist das Präsidialdepartement immer informiert gewesen, hat aber keine Finanzierungszusicherungen gemacht. Der BKK-Mehrheit ist bewusst, dass geeignete Räume für Chorproben in Basel Mangelware sind und dass die Zukunft der Mädchenkantorei alles andere als gesichert wäre, wenn sie ohne adäquaten Ersatz aus den Räumlichkeiten der Don Bosco Kirche

ausziehen müssten. So hat die Mehrheit der Kommission versucht, einen Kompromiss zu finden. Die Kommissionsmehrheit möchte klar festhalten, dass es nicht einfach Aufgabe des Kantons ist, schwierige finanzielle Situationen von subventionierten Vereinen aufzufangen. Darum erwartet die Kommissionsmehrheit von der Mädchenkantorei, dass sie auch selber einen Teil der Mehrkosten erarbeitet. Übrigens hat das der Verein in der Vergangenheit auch bereits gezeigt, dass verantwortlich mit den Ressourcen umgegangen wird. So wurden die Chorschulgelder erhöht und das Wachstum wurde gebremst.

Zwar erhält die Mädchenkantorei seit dem Jahr 2021 endlich gleich viel Unterstützung vom Kanton Basel-Landschaft, wie das die Knabenantorei seit vielen Jahren bekommt, und auch der Regierungsrat beantragt in diesem Ratschlag eine Erhöhung von Fr. 20'000, wie das für die Knabenantorei auch gemacht wird, aber auch mit diesen zusätzlichen Finanzen übersteigt der höhere Mietzins die zur Verfügung stehenden Mittel der Mädchenkantorei deutlich. Da es höchst unwahrscheinlich ist, dass der Verein bei Stiftungen Gelder beantragen kann und da es der Kommissionsmehrheit wichtig ist, dass die Mädchenkantorei ihre wertvolle Arbeit auch in Zukunft in guter Qualität machen kann, beantragt sie eine zusätzliche Erhöhung um weitere Fr. 20'000 jährlich ab 2023.

Ich habe vorhin die Knabenantorei ins Spiel gebracht. Die Knabenantorei ist in der glücklichen Lage, dass sie von der Evangelisch-reformierten Kirche Proberäumlichkeiten im Bischofshof zur Verfügung gestellt bekommt und sie somit den Mietzinsaufwand sehr gering halten kann. Dass sich die Evangelisch-reformierte Kirche für die Knabenantorei engagiert und der Institution sehr günstige Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, schätzt die BKK-Mehrheit sehr und anerkennt, dass sich da die Kirche in einem Kulturbereich grosszügig zeigt, der nichts mit dem Kerngeschäft der Kirche zu tun hat, der aber dem Gemeinwohl zugutekommt.

Die BKK beantragt einstimmig dem Grossen Rat, für die Knaben- und Mädchenmusik, für die Knabenantorei Basel, dem Musikverband beider Basel und die Musikwerkstatt Basel die gemäss Ratschlag des Regierungsrats und gemäss Bericht der BKK bezifferten Staatsbeiträge zu genehmigen. Die BKK-Mehrheit beantragt dem Grossen Rat, für die Mädchenkantorei Basel zusätzlich zum vom Regierungsrat beantragten Beitrag jährlich Fr. 20'000 ab 2023 zu genehmigen.

Wir haben heute Morgen zum Antrag der GLP gehört, ich werde erst nach der Diskussion dazu noch Stellung nehmen.

*Jenny Schweizer (SVP):* Die Kommissionsminderheit wird sich nur zum Begehren der Mädchenkantorei äussern, bei den anderen Begehren folgt sie der Kommission. Die Kommissionsminderheit ist sich des Erfolgs der Mädchenkantorei bewusst und würdigt diese. Wenn es aber um die Betriebsführung geht, müssen wir leider feststellen, dass diese nicht zu unserer Zufriedenheit gelang. Die Mädchenkantorei war sich dem finanziellen Risiko absolut bewusst, als sie das Mietverhältnis mit der Don Bosco Kirche einging. Es war schon zu diesem Zeitpunkt ersichtlich, dass die Mietkosten für den Verein zu hoch und deshalb nicht zu finanzieren sind. Es darf nicht sein, dass ein Verein Mietverhältnisse eingeht, die er sich nicht leisten kann und danach erwartet, dass der Staat die Defizite ausgleicht. Die Kommissionsminderheit muss hiermit auch ein Zeichen an andere Organisationen setzen, dass solche Strategien vom Kanton nicht unterstützt werden. Ein Präzedenzfall muss vermieden werden.

Zudem appelliert die Kommissionsminderheit daran, dass eine Übersteuerung der Subventionsverhältnisse nur bei Unzumutbarkeit und nicht entsprechend dem öffentlichen Interessen gerechtfertigt ist. Ansonsten sollten Verhandlungsergebnisse zwischen Regierungsrat und gesuchstellenden Organisationen, wie es in diesem Fall gemacht wird, nicht neu ausgehandelt werden. Die Kommissionsminderheit bittet Sie daher, der Erhöhung des Staatsbeitrages, so wie es die Kommissionsmehrheit für die Mädchenkantorei vorschlägt, nicht zuzustimmen, sondern dem Regierungsrat zu folgen.

Zum Anzug der GLP wird sich die Minderheit nicht äussern, da er weder der Kommission noch der Minderheit vorgängig vorlag. Ich danke Ihnen im Namen der Minderheit für Ihre Aufmerksamkeit.

*Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD:* Die Behandlung des Ratschlages musikalische Bildung als Sammelratschlag ist ein Primeur und ist Ihnen zu verdanken, Sie haben den Anzug Claudio Miozzari überwiesen, der das wünscht. Zum ersten Mal können wir das liefern, denn in den vergangenen Jahren wurden fünf Institutionen gestaffelt vorgelegt: KMB Knaben- und Mädchenmusik, KKB Knabenantorei, die MKB Mädchenkantorei, die MVBB Musikverband beider Basel und Musikwerkstatt Basel. In separaten Berichten früher, jetzt können wir das zusammen behandeln, das gibt Ihnen die Möglichkeit, den Überblick zu sehen und auch die Vielfalt und die Qualität des gesamten musikalischen Bildungsbereiches zu erfassen.

Der Ratschlag bettet musikalische Bildung ein in übergeordnete Gesetze und Leitbilder von Bund und Kanton. Im Kanton sind in der musikalischen Bildung von Laien zum einen Musikschulen unter dem Dach Musik-Akademie Basel verantwortlich, die Finanzierung geschieht über den Staatsbeitrag des Erziehungsdepartementes und betrug 2020, als er erneuert wurde, Fr. 13'600'000 pro Jahr. Bei den kleinen Institutionen, die Sie jetzt vorliegen haben, ist musikalische Bildung ergänzend mit der Musikwerkstatt Basel, mit der Knaben- und Mädchenmusik Basel und der Knabenantorei Basel und mit der Mädchenkantorei Basel zusammengefasst. Hier sind Einzel- und Gruppenunterricht sowie Ensemble-Musizieren eng verzahnt. Es bestehen Angebote im Hinblick von Singen als auch Spielen von Instrumenten. Weiter, das sei wichtig hier erwähnt, bestehen etliche Vereine, in welchen Erlernen von Blasinstrumenten und gemeinsames Musizieren im Vordergrund steht. Diese wichtige Basisarbeit der Vereine wird durch den Musikverband beider Basel koordiniert und begleitet.

Es geht also hier um fünf Institutionen, bei drei von diesen fünf Institutionen der musikalischen Bildung wurden Erhöhungsanträge gestellt, nämlich bei der Knaben- und Mädchenmusik, bei der Knabenantorei und bei der

Mädchenkantorei. Die Regierung konnte den beiden ersten Anliegen vollumfänglich nachkommen, beim dritten, demjenigen der Mädchenkantorei soll die Erhöhung teilweise erfolgen, nämlich um Fr. 20'000 pro Jahr von Fr. 75'000 auf Fr. 95'000. Das entspricht nicht dem vollen Umfang des Gesuches. Sie finden die Details zu den einzelnen Institutionen im Ratschlag auf Seite 17. Die Differenz, die jetzt thematisiert wird, ist eben diese bei der Mädchenkantorei, da wurde dem Antrag von Fr. 45'000 auf Erhöhung zu Fr. 120'000 nicht vollumfänglich entsprochen. Der Antrag wurde mit zwei Gründen gestellt. Erstens, es gäbe höhere Mietkosten beim Musik- und Kulturzentrum Don Bosco und zweitens, es gibt einen Anstieg der Stellenprozente bei der Chorschule, weil man prognostiziert, dass der Anstieg bei den Chorsängerinnen und Chorsängern in den nächsten Jahren weitergehen wird. Parallel dazu wird von einem Rückgang der Gemeindebeiträge ausgegangen.

Die BKK möchte nun über den Vorschlag des Regierungsrates hinausgehen und den vollen Betrag leisten, das heisst, um Fr. 20'000 pro Jahr ab 2023 nochmals erhöhen. Der Regierungsrat hingegen möchte bei seinem Antrag bleiben, da er ein Problem darin sieht, wenn seine Vorschläge im Parlament regelmässig zugunsten höherer Beiträge übersteuert wird. Ich kann gleichzeitig sagen, dass wir die problematische Situation von fehlenden Proberäumlichkeiten zu moderaten Konditionen für Ensembles wie der Mädchenkantorei zur Kenntnis genommen haben und das auch tatsächlich anerkennen. Es ist wirklich schwierig, ideale Voraussetzungen und gute Mietkonditionen zu finden. Die Institution hat sich auch wirklich sehr bemüht, hier bessere Lösungen zu finden. Es ist deshalb nachvollziehbar, dass die neue Lösung im Musikzentrum Don Bosco sowohl für die MKB wie auch für die Don Bosco-Betreiber natürlich und auch für das Quartier sehr attraktiv sind. Ebenso ist bekannt, dass Betriebskosten in Mieten schwierig über längere Zeit durch Drittmittelakquise einzuwerben sind und dass es dafür nachhaltige Lösungen braucht.

Der Regierungsrat sieht damit durchaus, dass es gute Gründe gibt, weshalb der Erhöhungsantrag in dieser Form von der Mädchenkantorei gestellt wurde. Er ist aber der Meinung, dass die MKB versuchen sollte, den Fehlbetrag durch Drittmittel zu decken und er wäre bereit, nochmals eine Runde zu starten und die MKB bei der Suche nach alternativen Räumlichkeiten zu unterstützen.

Ich bitte Sie deshalb, dem Erhöhungsantrag des Regierungsrates für die MKB zu folgen, um damit eine absolut berechnete oder vernünftige Entwicklung der Institution zu unterstützen.

*Sandra Bothe (GLP):* Die Grünliberalen unterstützen die Bewilligung von Staatsbeiträgen für die fünf Institutionen und wir würdigen ihr grosses Engagement und das Schaffen und Wirken im Bereich der musikalischen Bildung. Dank ihrem Einsatz haben Menschen und insbesondere Kinder und Jugendliche die Chance, ihre musikalischen Fähigkeiten und Fertigkeiten gemäss den eigenen Interessen zu entwickeln und in das kulturelle Leben einzubringen, ob mit der Stimme oder einem Instrument allein oder gemeinsam. Die Auswahl an Angeboten ist vielfältig und sorgt dafür, spielerisch mit Musik und den zahlreichen Facetten in Berührung zu kommen. Das Musizieren wirkt sich wiederum positiv auf die Entwicklung der Persönlichkeit aus, vor allem aber ist es auch ein gemeinschaftliches Erlebnis. Ebenso wird die kulturelle Integration gelebt und die soziale Durchmischung durch die Angebote der musikalischen Bildung gefördert. Ein weiterer Aspekt ist die Ermöglichung der Chance einer gemeinsamen Zusammenarbeit zwischen Laien und Profis. Weiter sind die Institutionen Ausbildungsstätte für besonders interessierte und befähigte Kinder und Jugendliche und stellen die Weichen für den professionellen Nachwuchs. Allen fünf Institutionen gebührt unsere Begeisterung und unser Dank für die wertvolle Arbeit, die sie täglich leisten. Ihr Beitrag hat noch einen weiteren Effekt. Wir sind überzeugt, die Schüler\*innen von heute sind das Publikum von morgen.

Die GLP folgt der BKK und spricht sich für die Beitragsleistungen des Kantons Basel-Stadt aus. Dies für den Verein Knaben- und Mädchenmusik Basel, für den Verein Knabekantorei Basel, für den Verein Musikverband beider Basel und die Genossenschaft Musikwerkstatt Basel zur Förderung improvisierter Musik. Damit gewährleisten wir weiterhin ein breites Angebot für unterschiedliche Gruppen, auf die musikalisch spezifisch eingegangen werden kann. Die Fraktion der Grünliberalen bedauert hingegen die überaus missliche Lage der Mädchenkantorei bezüglich der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten. Die staatliche Unterstützung für diese sozial und kulturell wichtige Institution ist gerechtfertigt und für uns unbestritten. Das Vorgehen der Gesuchsteller bezüglich der Raumbeschaffung bricht jedoch prozessuale Dämme und führt in der Folge wegen den neuen sehr beachtlichen Mietkosten zum Antrag auf Beitragserhöhung. Es geht nicht an, dass staatlich subventionierte private Institutionen den Grossen Rat vor vollendete Tatsachen setzen. Es darf sich nicht durchsetzen, dass einzelne Institutionen sich darauf verlassen, dass im Notfall der Staat einspringt. Nichtsdestotrotz ist zu bedenken, dass die Mädchenkantorei alles Menschenmögliche unternommen hat, um ihr nötiges und nützliches Überleben zu sichern. Im Übrigen ist anzumerken, dass tatsächlich ein Notstand im Bereich kostengünstige Probelokale besteht, welcher der Staat durchaus noch mehr angehen müsste. Mit grosser Achtung nehmen wir den Einsatz der Mädchenkantorei im Bereich der musikalischen Bildung zur Kenntnis und sehen auch ihre Bemühungen um die Beschaffung von Drittmitteln, beispielsweise mit der Auflage von Mitgliederanleihen. Eine zukunftssträchtige Idee, weil die Mädchenkantorei mit mehr Schülerzahlen und somit mehr Mitgliedern rechnet.

In Würdigung der Gesamtsituation und der damit beantragten Erhöhung des Staatsbeitrages um Fr. 20'000 durch die Regierung auf Fr. 380'000 sprechen sich die Grünliberalen für diesen Beitrag für die Periode 2022 bis 2025 aus. Des Weiteren stellt die GLP den Antrag, dass die Mädchenkantorei im Rahmen eines Sonderkredits unterstützt wird, dies wegen der offensichtlichen Problematik in Bezug auf die Raumsituation. Wir anerkennen die langjährige und schwierige Suche für passende und aber kostengünstige Mieträume, die der Kantorei die notwendige Stabilität bringt. Dass sie nun ein geeignetes Zuhause in der Don Bosco Kirche gefunden hat, ist eine gute Nachricht. Mit dem Kompromissvorschlag will die grünliberale Fraktion der Mädchenkantorei Zeit verschaffen, die Drittmittelfinanzierung zu intensivieren und nachhaltig zu verbessern, womit die positive Entwicklung des Betriebs bewahrt wird. Wir tragen damit auch der Einschätzung der Regierung in Bezug auf die Drittmittelbeschaffung Rechnung, die durch die Institution eher bescheiden budgetiert worden

sei. Der Vorschlag will als gangbarer Weg ebenso eine Brücke zwischen der Ratsminderheit und der Ratsmehrheit schlagen.

Die GLP bittet deshalb um Unterstützung unseres Antrags, damit die für Basel bedeutende Chorschule eine zukunftssträchtige Lösung aufgleisen kann. Die GLP findet, die Mädchenkantorei hat es verdient, diese Chance zu erhalten, und wir sind überzeugt, sie wird sie nutzen, auch wenn diese Diskussion hier hoffentlich dazu führt, die Öffentlichkeit auf das wertvolle Angebot noch mehr aufmerksam zu machen und private Unterstützer anzusprechen.

*Joël Thüring (SVP):* Namens der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, den Anträgen der BKK grundsätzlich zu folgen. Bei der Mädchenkantorei bitten wir Sie, der Minderheit der BKK zu folgen und die Beitragserhöhung nicht zu sprechen. Ich kann mich in Bezug auf die Knaben- und Mädchenmusik, die Knabenkantorei und dem Musikverband beider Basel, aber auch der Musikwerkstatt Basel den Ausführungen der BKK-Sprecherin anschliessen. Auch die SVP anerkennt den wichtigen Stellenwert der in diesem Ratschlag zusammengefassten Institutionen, welche allesamt auf unterschiedliche Art und Weise das Bildungsangebot der Musik-Akademie ergänzen und für eine grosse Angebotsvielfalt sorgen. Besonders hervorheben möchten wir an dieser Stelle auch die Institutionen, welche sich unter dem Dach des Musikverbandes beider Basel zusammenfassen. Sie gehen hier allenfalls nicht nur heute namentlich etwas unter, weil sie eben nicht namentlich genannt sind, aber dennoch einen wichtigen Stellenwert auch haben. Sie sind ein Ausdruck dieser Musikvielfalt, die auch im Ratschlag erwähnt wird, wie auch Regierungspräsident Beat Jans vorher erwähnt hat, und ich wünsche Ihnen allen, dass Sie einmal ein Spiel dieser verschiedenen Institutionen hören dürfen, von Heilsarmee Musikkorps über den Feldmusikverein, die Polizeimusik, die Stadtmusik, den Musikverein Kleinhüningen, den Musikverein Riehen, auch den Posaunenchor der CVJM Riehen oder selbstverständlich auch das Veteranenspiel Basel. Ich habe jetzt bewusst nur die Vereine aufgezählt, die in Basel-Stadt domiziliert sind, die Wertschätzung gilt natürlich auch den Vereinen ennet der Hülftenschanze.

Eine Gemeinsamkeit haben für den Moment aber leider ohnehin alle diese Vereine, die auch mit sehr viel ehrenamtlichen Engagement und Freude tätig sind, ihre Auftrittsmöglichkeiten sind wegen der anhaltenden Corona-Pandemie stark eingeschränkt, was sich auch an den Auftrittszahlen ablesen lässt, die Sie im Ratschlag des Regierungsrates sehen können. Wir sind aber zuversichtlich, dass nun mit der vermutlich sich bald verbessernden pandemischen Situation auch das musikalische Leben wieder entsprechend Fahrt aufnehmen kann. Hier möchten wir ausdrücklich auch all jenen Akteuren danken, die diesen Vereinen in der Pandemie auch finanziell unter die Arme gegriffen haben und sie beispielsweise auch mit reduzierten Mieten oder zusätzlichen Spenden unterstützt haben.

Nicht einverstanden sind wir hingegen mit dem Erhöhungsantrag der knappen Mehrheit der BKK bei der Mädchenkantorei. Hier hat unsere Minderheiten-Sprecherin, aber auch Regierungspräsident Beat Jans schon ausgeführt, weshalb dieser Antrag so falsch ist. Wir möchten an dieser Stelle auch gerne nochmal daran erinnern, dass ja bereits der Regierungsrat bei der Mädchenkantorei, auch das wurde erwähnt, eine Staatsbeitragserhöhung gesprochen hat, welche wir ebenfalls mittragen. Es handelt sich dabei auch um doch schon angemessene zusätzliche Staatsbeitragselder von Fr. 20'000, was bei einem Staatsbeitrag von bis anhin Fr. 75'000 doch eine sehr ordentliche Erhöhung ist, wenn man das prozentual anschaut.

Die Erhöhungsbegründung der BKK-Mehrheit ist aus unserer Sicht auch nicht schlüssig. Wenn ein Verein feststellt, dass die finanzielle Situation sich durch hohe Mietkosten für den Verein verschlechtert, dann muss der Verein eigenverantwortlich handeln und andere Lösungen zu finden. Sei es, es wurde erwähnt, durch eine verstärkte Drittmittelakquise oder durch das Finden neuer Lokalitäten. Man kann nicht, und im vorliegenden Fall war es so, im Wissen eines Staatsbeitrages mit einem Vermieter, in diesem Falle die Don Bosco Kirche, ein Mietverhältnis eingehen, bei welchem man schon beim Abschluss dieses Mietverhältnisses merkt, dass es finanziell kaum funktionieren kann. Auch Sie als privater Mieter können nicht eine Wohnung für Fr. 4'000 im Monat mieten, wenn Sie wissen, dass Sie spätestens nach einem halben Jahr dadurch in eine finanzielle Schieflage geraten. Das ist nicht seriös. Man muss also auch davon ausgehen können, dass ein Verein, wenn er einen entsprechenden Mietvertrag abschliesst, ein Mietverhältnis eingeht, hier vorgängig entsprechende Massnahmen ergreift, um dann diese Beträge auch tragen zu können.

Wir würden heute also ein falsches Signal setzen, wenn wir nun sagen, dass der Staat hierfür in die Presche springen muss, um ein Defizit auszugleichen, welches durch die Miete eines Lokals entstanden ist, welche die verfügbaren finanziellen Mittel des Vereins strapaziert. Wir schaffen damit aber auch, und das ist uns besonders wichtig, ein gefährliches Präjudiz für kommende Staatsbeitragsverhandlungen und schwächen, auch dies sei an dieser Stelle noch gesagt, jeweils die Position des Regierungsrates, wenn wir solche Dinge nachträglich noch durchgehen lassen. Deshalb möchte die SVP-Fraktion an dieser Stelle gerne nochmals daran erinnern, dass die Aushandlung eines Staatsbeitrags in erster Linie Sache des Regierungsrates ist. Das von der BKK zuletzt oft betriebene Mikromanagement, nicht nur bei diesem Ratschlag, stets zu Ungunsten der Staatskasse, ist aus unserer Sicht nicht förderlich.

Die SVP-Fraktion hat dies auch schon an anderer Stelle kritisiert und möchte diese Kritik heute gerne noch einmal wiederholen und deponieren. Ansonsten könnten dereinst die Verhandlungen mit den Staatsbeitragsempfängern ja direkt auch in der BKK erfolgen und der Regierungsrat muss gar nicht mehr mit den Verhandlungen mandatiert werden. Wir schaffen damit gefährliche Voraussetzungen einer Ungleichbehandlung. Diejenigen, die sich bemühen, sich auch mit dem Abschluss eines Mietverhältnisses weiterhin im machbaren finanziellen Rahmen zu bewegen, sind die Dummen und werden ein Stück weit abgestraft, währenddem diejenigen, welche hier aus welchen Gründen auch immer eher unvorsichtig sind, hierfür sogar noch belohnt werden.

Wenn der Regierungsrat bereit ist, mit der Mädchenkantorei eine Lösung zu finden, was die Unterstützung bei der Suche nach neuen Mieträumlichkeiten angeht, dann begrüssen wir dies, das ist ein nettes Angebot des Regierungsrates. Aber auch wir möchten noch einmal festhalten, in erster Linie ist das eine operative Aufgabe eines Vereins und kann keinen

direkten Einfluss auf einen Staatsbeitrag haben, weder bei der Mädchenkantorei, es geht hier gar nicht so sehr um die Mädchenkantorei, sondern um einen grundsätzlichen Punkt, noch bei einer anderen Institution.

Entsprechend bitten wir Sie, der Minderheit zu folgen. Wir werden auch den Antrag der GLP-Fraktion ablehnen, weil wir da ebenfalls der Ansicht sind, dass damit das Problem letztlich nicht gelöst wird und ebenfalls ein Präjudiz geschaffen wird, das nicht sinnvoll ist. Wir bitten Sie deshalb, den Ratschlag anzunehmen und bei der Mädchenkantorei der Minderheit der BKK oder dem Regierungsrat zu folgen.

*David Jenny (FDP):* Die FDP-Fraktion lehnt das Ansinnen der Mehrheit bezüglich der Mädchenkantorei ab und folgt der Minderheit. Hier liegen die Voraussetzungen für ein Eingreifen der BKK des Plenums nicht vor. Es sind keine neuen Erkenntnisse zu Tage getreten bei der Kommissionsberatungen, wie dies bei den GGG Stadtbibliotheken der Fall war. Eine subventionierte Institution ist ins Risiko gegangen und wer ins Risiko geht, kann das nicht nachträglich dem Steuerzahler überwälzen. Ich glaube auch, die Art und Weise des Lobbyings war durchaus schwierig. Es wurde Dritten, die Andere durch Drittmittel in Naturalien und sonst unterstützen, vorgeworfen, intransparent zu handeln. Ich glaube, das ist nicht die feine Art und Weise, wie Lobbying zu betreiben ist.

Dann nur noch zwei Ergänzungen. Es wurde die Idee vorgebracht von Ausgabe von Mitgliederanleihen. Dies ist teilweise rechtlich schwierig, das wäre dann noch entsprechend zu prüfen durch den Verein, damit nicht die Bankenaufsicht einschreiten wird. Und dann hat Joël Thüring die Wertschätzung für alle in diesem Bereich tätigen zum Ausdruck gebracht, ich teile das auch. Er hat von den Vereinen in unserem Kanton und ennet der Hülftenschanze geredet, ich gebe die Wertschätzung der FDP auch für die Vereine und Vereinsmitglieder zwischen Kantonsgrenze bis Hülftenschanze zum Ausdruck.

*Brigitte Gysin (die Mitte/EVP):* Es gehört zum kulturellen Reichtum unseres Kantons, dass sich verschiedene Institutionen der musikalischen Bildung widmen und nicht zuletzt jungen Menschen die Möglichkeit bieten, ein Instrument zu lernen oder die eigene Stimme zu bilden und ihnen zugleich auch das gemeinsame Musizieren ermöglichen. Dass in allen fünf Institutionen, um die es heute geht, junge Menschen nicht nur in ihren musikalischen Fähigkeiten gefördert werden, sondern auch in ihren emotionalen und sozialen ist unbestritten und sehr wertvoll. Es ist auch für die Fraktion Mitte/EVP selbstverständlich, dass die fünf Institutionen, um welche es hier geht, weiterhin mit Staatsbeiträgen in ihrer wertvollen Arbeit unterstützt werden. Unsere Fraktion nimmt auch zur Kenntnis, dass manche Rahmenbedingungen für die Institutionen eine Herausforderung sind. Die Fraktion stimmt aber mit der Minderheit der BKK darin überein, dass davon abzusehen ist, den Staatsbeitrag zugunsten der Mädchenkantorei, mehr als im Ratschlag ja bereits vorgesehen, zu erhöhen. Auch wenn die bisherige Probesituation in vielen Belangen unbefriedigend gewesen ist und sich die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten schwierig gestaltet, geht es aus unserer Sicht nicht an, ein Mietverhältnis mit deutlich höheren Mietpreisen einzugehen, obwohl man aktuell nicht über die dazu notwendigen Mittel verfügt. Eine entsprechende Finanzierung, sei es durch Drittmittel oder eben auch durch bereits in Verhandlungen rausgeholt weiteren Beiträgen vonseiten des Kantons, müsste eben vorgängig geklärt werden. Es kann nicht sein, dass diese erst gefordert wird, nachdem man eine finanzielle Verbindlichkeit eingegangen ist. Wir sind also mit der EVP der Meinung, dass mit der Zustimmung zum Mehrheitsantrag der BKK ein falsches Signal gesendet würde.

Als Resultat der Verhandlungen zwischen Präsidialdepartement und Mädchenkantorei wurde eine Erhöhung um Fr. 20'000 in den Ratschlag aufgenommen und die Mädchenkantorei hat auch ein darauf basierendes Musterbudget vorgelegt. Während kurzfristig der Verbleib am jetzigen Probeort finanzierbar ist, scheint dies langfristig nicht realistisch. Es ist darum wichtig, jetzt auch ein klares Signal zu geben, dass, so man sich nicht in der Lage sieht, via Drittmittel die nötigen Gelder zu beschaffen, die Suche nach einem neuen Ort Priorität hat. Die Fraktion Mitte/EVP ist danach der Ansicht, dass auch der Änderungsantrag der GLP hierzu ein falsches Signal sendet. Unsere Fraktion unterstützt die Sicht der BKK-Minderheit, dass am ursprünglich vereinbarten Betrag festgehalten werden muss und ein sich abzeichnendes Defizit aufgrund der hohen Mietpreise nicht durch den Kanton ausgeglichen werden soll. Sie ist aber ebenfalls der Meinung, dass das Präsidialdepartement die Mädchenkantorei in der Suche nach günstigem Proberäumen durchaus weiterhin unterstützen soll.

Im Namen unserer Fraktion bitte ich Sie darum, den Ratschlag grundsätzlich anzunehmen und bei der Mädchenkantorei dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

*Catherine Alioth (LDP):* Erstmals liegt das Angebot der musikalischen Weiterbildung als Sammelratschlag vor. Dies ermöglicht den Überblick über die musikalische Weiterbildung in unserem Kanton, welche das Bildungsangebot in der Musik-Akademie ergänzt und gleichzeitig aufzeigt, wie vielfältig die Angebotsauswahl ist. Für die LDP-Fraktion ist die staatliche Unterstützung für die wertvolle Arbeit dieser fünf Institutionen unbestritten. Sie folgt dem regierungsrätlichem Antrag, der für die Knaben- und Mädchenmusik, Knabenskantorei und Mädchenkantorei eine Erhöhung der Staatsbeiträge und für die Musikwerkstatt und den Musikverband beider Basel eine Weiterführung der Beiträge im bisherigen Umfang vorsieht. Der von der BKK-Mehrheit wie auch von der GLP zusätzlich beantragten Erhöhung der Beiträge an die Mädchenkantorei für die Mietkosten der Probelokalitäten folgt die LDP-Fraktion nicht, sie schliesst sich in diesem Punkt der Kommissionsminderheit an. Im "Chrüzlistich" ist dies nicht richtig eingetragen.

Wir anerkennen und würdigen das Angebot der Mädchenkantorei. Wir sind aber gegen eine Erhöhung, weil wir grundsätzlich der Meinung sind, dass ein Verein die Miete für seine Lokalitäten aus seinem verfügbaren Budget finanzieren können soll. Ist das nicht möglich, dann soll eine andere Lösung für Proberäumlichkeiten gefunden werden. Es kann nicht sein, dass bewusst auf eine solche Ausgabe eingegangen und im Nachgang erwartet wird, der Staat möge das

Defizit ausgleichen. Das PD bietet auch an, wir haben es gehört, bei der Suche nach Proberäumlichkeiten beratend und unterstützend zur Seite zu stehen. Das PD hat sich auch bereit erklärt, die prekäre Proberaumsituation im Kanton anzugehen. Staatlich unterstützte Organisationen sollen gleich behandelt werden, denn Präzedenzfälle müssen möglichst vermieden werden. Wir stellen fest, dass in letzter Zeit regierungsrätlich ausgehandelte Staatsbeiträge mit gesuchstellenden Organisationen von der BKK neu ausgehandelt werden und übersteuert werden. Wir wollen diese Entwicklung nicht unterstützen. Ziel muss sein, dass das Verhandlungsergebnis zwischen dem Regierungsrat und der gesuchstellenden Organisation für die Organisation tragbar ist und ein öffentliches Interesse rechtfertigt.

Namens der LDP-Fraktion bitte ich Sie, die Ausgaben der Grossratsbeschlüsse 1 und 2 sowie 4 und 5 zu bewilligen und beim Grossratsbeschluss 3 der Kommissionsminderheit zu folgen.

*Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB):* Es sind schon viele Dankensworte gesprochen und Wertschätzung ausgedrückt worden, da schliessen wir uns vom GAB natürlich vollsten an. Ich spreche deshalb jetzt nur noch zu der Mädchen- und der Knabekantorei. Da möchte ich zwei Blicke des BKK-Berichts aufnehmen und einen dritten Blick dazufügen. Der erste Blick, der Blick zurück in die Vergangenheit. Die Knabekantorei wurde 1927 gegründet, damals als Singknaben der Evangelisch-reformierten Kirche Basel-Stadt, und 1970 wurde sie konfessionell und institutionell unabhängig. Sie proben historisch gewachsen im Bischofshof neben dem Münster. Die Mädchenkantorei wurde erst 1991 gegründet. Sie sind seit 2014 auf der Suche nach einer Lokalität für ihre Proben. Sie wechseln von Schulhaus zu Schulhaus, haben keine Bleibe. Der Druck wird grösser, das wurde schon genannt, die Schulhäuser werden zunehmend von den Schulen, aber auch von Externen genutzt, zum Beispiel kann das Material zwischen den Proben nicht oder kaum stehen gelassen werden.

Der zweite Blick, der Blick ins Heute, in die Gegenwart. Die Knabekantorei probt immer noch im Bischofshof. Sicher nicht Räume nach den modernsten Standards, aber immerhin, sie haben eine Bleibe am gleichen Ort. Und die Mädchenkantorei, sie findet endlich auch eine Bleibe, dies in der ehemaligen katholischen Kirche Don Bosco, die jetzt ein Musik- und Kulturzentrum geworden ist. Moderne und nahezu perfekte Bedingungen und ja, der Negativpunkt, die Kosten sind hoch. Die Politik schaut die Kosten an, vergleicht sie mit der Knabekantorei, Mann oder Frau, die BKK will ja gendergerecht sein. Doch Gleichbehandlung heisst nicht unbedingt gleiche Finanzbeiträge, denn die Blicke in die Vergangenheit und die Gegenwart zeigen klar, dass die Voraussetzungen ungleich sind und berücksichtigt werden müssen.

Jetzt sage ich noch ein weiterer Blick in die weite Zukunft, also der Blick ins Morgen, in die Zukunft. Ich stelle mir vor in weiter Zukunft, weitere Kirchen werden umgenutzt, nicht nur Kirchen, auch andere Gebäude. Die Knabekantorei muss vielleicht umziehen oder will es, es entstehen neue Möglichkeiten. Beide Kantoreien wachsen, wer weiss, die Knaben- und Mädchenkantorei am gleichen Ort? Der Regierungsrat hat hier allerdings die Raumproblematik schon benannt. Und lassen Sie mich mit einem Augenzwinkern noch die folgende Bemerkung anfügen; wir geben es zu, wir vom GAB subventionieren gerne die Miete für ein Sing- und Musikzentrum für Kinder und Jugendliche. Sie werden nämlich mit ihren musikalischen Auftritten zur allgemeinen Stärkung der psychischen Gesundheit aller Generationen beitragen. So werden wir gemeinsam gestärkt und optimistisch auch die nächsten Krisen überstehen oder wollen Sie in Zukunft nur Miete zahlen für neue Impf- und Testzentren oder mehr Mieten für Psychotherapie-Praxen? Wir nicht.

Deshalb sagt das GAB aus voller Überzeugung Ja zu den beantragten Subventionen der Mädchen- und Knabekantorei gemäss der Mehrheit der BKK. Und eine Bemerkung zu den GLP-Anträgen wurde schon genannt, für uns sind sie nur Augenwischerei, das Problem für die Mädchenkantorei wird so nur um ein Jahr verschoben. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Mehrheitsantrages der BKK.

*Sasha Mazzotti (SP):* Musikalische Bildung ist mehr als nur ein klassisches Instrument als Pflichtübung zu lernen. Wir haben jetzt in diesem Saal unterschiedliche Beziehungen zum Erlernen eines Instrumentes oder des Singens, ich hoffe, einige von Ihnen erfreuen sich nach wie vor des Musizierens mit mehr oder weniger Talent. Musizieren und Singen fördern mehr als nur, ich kann ein bisschen Klavier spielen. Es fördert schöpferische, emotionale und soziale Fähigkeiten. Gemeinsames Musizieren verbindet. Vielleicht sollten wir nebst einem Grossrats-Fussballteam, Jass-Turnier, Velo-Gruppe einen Chor gründen. Zurück zum Thema. Ich muss ja gar kein Plädoyer für die Notwendigkeit und die Wichtigkeit der musikalischen Bildung halten. Im Ratschlag steht es gut formuliert, die Regierung sieht sich in der Pflicht und setzt vieles daran, die musikalische Bildung verschiedener Richtungen auf einem hohen Niveau zu unterstützen und zu fördern. An dieser Stelle meinen Dank an die fünf Institutionen für Ihre Arbeit und Ihr Wirken und Ihre Vielfalt. Schön müssen wir hier dafür nicht kämpfen.

Aber zum Singen ist mir trotzdem nicht zumute, feilschen wir doch nachher um Fr. 20'000 im Jahr. Dies entspricht drei Monatslöhnen eines Durchschnittslohns unserer Region. Aber erst mal, es freut mich, dass alle Institutionen einstimmig von den Mitgliedern der BKK aufgrund des Ratschlages der Regierung unterstützt werden. Dass wir eine allgemeine Aufstockung für ein paar der hier aufgelisteten Institutionen leisten, hat nichts mit einem fehlenden Beitrag des Nachbarkantons zu tun, sondern mit der allgemeinen Senkung der Beiträge der umliegenden Kantone. Ein Verein, der ebenfalls beim Vorschlag der Regierung zur Erhöhung etwas bekommt, ist die Mädchenkantorei, aber eben, sie brauchen mehr. Die Gründe dafür haben wir schon gehört. Trotzdem, reden wir doch noch etwas über die Mädchenkantorei.

Max und Mathilda gehen zusammen in eine Klasse. Sie bekommen jeweils Fr. 100 Taschengeld im Monat, also gleich viel. Das war so eine Empfehlung der Klassenlehrerin. Mathilda muss nun davon aber ihr U-Abo selber bezahlen, ihre Eltern finden, sie könnte ja auch mit dem Velo in die Schule, das wurde leider geklaut. Sie spart zwar für ein neues, aber so richtig viel Geld kommt da nicht zusammen, denn auch die Bücher, die sie verschlingt, kosten Geld. In der Bibliothek ist das neuste Exemplar immer schon ausgeliehen. Max bekommt auch Fr. 100. Seine Eltern zahlen ihm das U-Abo und das geklaute Velo wurde am folgenden Wochenende gleich ersetzt. Der hat es gut. Nun, er hat andere Eltern und über

Erziehung lässt sich streiten. Jetzt stellen wir uns vor, sie hätten dieselben Eltern. Da wäre es doch gegenüber der Tochter doch einfach ein No-Go oder nicht? Und kommen Sie jetzt nicht mit dem Argument, sie schliesse ihr Velo nie ab und er sei super vorsichtig und hätte drei Schlösser am Velo, denn diese Geschichte soll ja nur veranschaulichen, was im Moment zwischen den beiden Kantoreien abgeht.

Die Mädchenkantorei kann sich sehen lassen resp. hören lassen. Sie ist eine gute Chorschule und leistet im Bereich der musikalischen Bildung einen wichtigen Beitrag in unserem Kanton.

Die Diskussion ist ja nicht nur Beitrag erhöhen, sondern eben diese Sache mit dem Vertrag mit Don Bosco und dass sie den unterschrieben haben, ohne das Geld wirklich schon zu haben. Für die einen deutet dies auf wenig Seriosität hin, für andere wie mich ist es ein Zeichen, wie viel Mut sie haben und wie sehr ihnen die Mädchenkantorei und ihre Existenz in gesicherten Räumen zu schaffen am Herzen liegt. Es kommt einem fast vor, als hätten sie, ohne gross zu suchen, beim teuersten Angebot gleich zugesagt. Die lange Sucherei für geeignete Räume bis Liestal, in den Quartieren steht ja auch im Bericht. Diese dauernde Suche und die Unsicherheit kosten Ressourcen und Energie, die in die Chorschule investiert werden müsste, und ich rede hier nicht von Geld, sondern von den überzeugten Menschen hinter der Mädchenkantorei und ihrem Engagement. Das Angebot und die Aktivitäten brauchen konstante Probemöglichkeiten. Sie haben nicht einfach die hohle Hand geöffnet, sie haben die Mitgliederbeiträge erhöht und weiterhin Drittmittel akquiriert. Ein Zyniker wird jetzt vorschlagen, dass auch die Knabenantorei sich einfach in irgendwas Teures einmieten kann und der Staat wird schon zahlen. Zynisch deshalb, weil sie schon seit Jahren einen Probeort haben und die Mädchenkantorei sich mit etwas Vergleichbarem auch zufrieden gegeben hätte. Sie haben nicht das Teuerste gewählt, sie haben das Einzige gewählt. In der Kommission wurde ausführlich berichtet, wo sie überall gesucht haben.

Es ist kein falsches Signal, wenn wir dieser Erhöhung zustimmen, ich sehe darin auch kein Präzedenzfall. Ich sage nicht, dass alles rosig und reibungslos lief und dass man einfach stürmen muss, damit man etwas bekommt. Jetzt liegt ein Mittelweg auf dem Tisch, ein Vorschlag der GLP. Etwas Geld zu geben, um mehr Zeit zu haben, neue Räumlichkeiten zu suchen. Eine Möglichkeit, ja, aber konkret bedeutet das, das Damoklesschwert hängt weiter über den Köpfen der Verantwortlichen. Sie werden wieder ihre Energie und Ressourcen nicht in ihr Kerngeschäft stecken, sondern weitersuchen, verhandeln, weit mehr Drittmittel akquirieren müssen, als sie schon tun. Der Fokus sollte auf der musikalischen Bildung der Mädchen liegen und nicht wieder gestört werden und mit der Unsicherheit leben müssen, dann doch wieder umzuziehen. Der SP geht es hier um eine langfristige Lösung und Perspektive, so auch der Mehrheit der BKK. Die Mädchenkantorei sagt, dass sie durch ihre Proben und Wirken im Quartier auch etwas Belebung ins Quartier bringen, nebst natürlich den anderen musikalischen Angeboten im Don Bosco. Ich kann mir das gut vorstellen und sehe, dass das auch längerfristig ein Aspekt ist für unsere Kulturstadt Basel, die ja, wie wir wissen, nicht nur aus Leuchttürmen besteht. Ein Wunsch möchte ich noch anbringen, fordern kann ich es ja nicht. Kann der Verein Don Bosco ihre Mietpolitik überdenken? Sie schreiben auf ihrer Webseite, sie wollen verhältnismässig günstige Proberäume ermöglichen, günstig scheint hier relativ. Proberäume sind in Basel-Stadt eine Rarität.

Max und Mathilda bekommen weiterhin beide Fr. 100 Sackgeld. In der Zwischenzeit ist Max Göpel nicht mehr so neu, aber es fährt gut. Mathildas Eltern haben endlich Verständnis und sie bekommt ein Nigelnagelneues. Mit ihren Velos fahren beide an die Proben. Mathilda zieht zwar etwas mehr Blicke auf sich, aber trampeln müssen ja beide. Und an dem Tag, wo Max einen Platten hat, nimmt Mathilda ihn mit auf dem Gepäckträger. Auch hier, das ist kein Märchen, das ist einfach eine Allegorie.

Die Mehrheit, wenn auch knapp, der BKK fordert Fr. 20'000 mehr pro Jahr. Die GLP schlägt etwas halbes vor. Damit kann sich Mathilda ein Velo mieten, aber muss immer wieder bangen, was macht sie, wenn sie das Velo zurückgeben muss. Stehen wir zu einer starken und ausgeprägten musikalischen Bildung in all ihren Facetten und freuen uns der singenden und musizierenden Jugend und stimmen dem Antrag der BKK-Mehrheit zu. Falls Sie sich über unser Verhalten beim Drücken wundern, wir sind auch gezwungen zu taktieren. Wir bevorzugen den Vorschlag der GLP gegenüber der Minderheit natürlich, gut finden wir ihn nicht. Wer also für Fr. 20'000 mehr im Jahr für die Mädchenkantorei ist, soll doch ausnahmsweise mit der SP drücken. Wir sitzen ganz vorne und ich sitze in der Mitte hinten.

*Beatrice Messerli (GAB):* Ich möchte nicht alles wiederholen, mir ist aber eine Betonung wichtig. Es wurde gesagt, wie wertvoll dieses musikalische Bildungsangebot ist. Es ist eben nicht nur ein musikalisches Angebot, es ist auch ein Präventionsangebot, das dringend unterstützt werden muss. Dass die Mädchenkantorei wirklich seit Jahren geeignete Räumlichkeiten sucht, wurde eingehend beschrieben. Es ist tatsächlich so, dass sie keine Chance hatte, eine bessere Lösung zu finden. Und ich möchte noch einmal betonen, egal, ob Sie dem GLP-Antrag zustimmen oder der Minderheit, es trifft eine Institution und damit die Mädchen, die in dieser Institution einen Platz gefunden haben, in dem sie ihre Freizeit sinnig verwenden können und verbringen können. Ich möchte Sie darum genauso inständig, wie das Sasha Mazzotti gemacht hat, bitten, hier mit der BKK-Mehrheit zu stimmen und damit der Mädchenkantorei eine gute weitere Existenz zu garantieren.

*Felix Wehrli (SVP):* Es wurde nun viel darüber diskutiert und votiert und es wurde gesagt, dass die Mädchenkantorei so nicht unterstützt werden kann, wie es die Mehrheit der BKK verlangt. Es wurde auch gesagt, dass die Verantwortlichen der Mädchenkantorei Fehler begangen haben und die Mietkosten zu hoch seien. Ja, was machen Sie, wenn Sie Räumlichkeiten suchen müssen und keine günstigeren finden? Lösen Sie den Verein dann auf oder machen Sie alles, damit der Verein weiter bestehen kann? Und ich muss Ihnen sagen, die Mädchenkantorei muss weitergeführt werden können. Ich frage Sie, haben Sie Räumlichkeiten, welche geeignet und günstiger sind, um Proben der Kantorei abzuhalten, dann können Sie nachher zu mir kommen, sehr gerne. Können Sie sich vorstellen, dass die Mädchen der Kantorei für angebliche Fehler der Verantwortlichen, die für mich nicht nachvollziehbar sind, bestraft werden? Waren Sie



schon mal an Konzerten der Mädchenkantorei? Ich würde Ihnen das sehr empfehlen und bin überzeugt, dass Sie diesen sehr kleinen Mehrbetrag, um den es hier geht, unterstützen werden. Fr. 20'000 im Jahr, also Fr. 1'666 im Monat. Wir haben hier schon viel grössere Beträge gesprochen für Sachen, ja. Bestrafen Sie nicht die Kinder und folgen Sie der Kommissionsmehrheit. In diesen drei Jahren, welche danach gesichert sind, kann der Regierungsrat zusammen mit den Verantwortlichen der Kantorei und den Vermietern der Don Bosco geeignete Räumlichkeiten suchen oder die Mädchenkantorei kann sich um Sponsorengelder bemühen. Ich bitte Sie, der Mehrheit der BKK zu folgen und diesen zu unterstützen und auch ich werde ausnahmsweise mit der SP den richtigen Knopf drücken.

*Franziska Roth, Präsidentin BKK:* Nur noch ganz kurz zum Antrag der GLP. Wir haben solche Ideen in der Kommissionsberatung auch besprochen und wir haben festgestellt, dass wir somit kein Problem lösen. Was die GLP jetzt vorschlägt, ist ein Kompromiss vom Kompromiss und das ist einfach etwas faul. Wir verschieben die Entscheidung nach dem Prinzip Hoffnung, denn wir wissen alle, für Betriebskosten steht keine Stiftung hin und gibt Gelder, das ist allgemein bekannt. Wir wissen aber auch, die Mädchenkantorei hat jetzt sechs Jahre lang Räumlichkeiten gesucht. Es ist reines Prinzip Hoffnung, dass sie in den nächsten zwei, vielleicht drei Jahren günstigere Räumlichkeiten finden. Wir haben aber auch gehört, das Thema Anteilscheine rausgeben ist vielleicht nicht so eine gute Idee. Also wenn Sie möchten, dass die Mädchenkantorei auch in Zukunft qualitativ gut arbeiten kann, dass sie in Zukunft dieses tolle Angebot machen kann, dann bitte ich Sie wirklich, beim BKK-Mehrheiten-Bericht zu bleiben.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

### **Detailberatung**

des Grossratsbeschlusses 1 Verein Knaben- und Mädchenmusik beider Basel 1841

Titel und Ingress

1. Staatsbeitrag
  2. Teuerungsausgleich
- Publikationsklausel

### **Schlussabstimmung**

Grossratsbeschlusses 1

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

94 JA

1 NEIN

0 ENT

### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Für den Verein «Knaben- und Mädchenmusik beider Basel 1841» werden Ausgaben in Höhe von Fr. 768'000 (Fr. 192'000 p. a.) für die Jahre 2022–2025, zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss den Bestimmungen in § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

### **Detailberatung**

des Grossratsbeschlusses 2 Verein Knabenkantorei Basel

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

### **Schlussabstimmung**

Grossratsbeschlusses 2

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

94 JA  
0 NEIN  
1 ENT

**Der Grosse Rat beschliesst**

Für den Verein «Knabenkantorei Basel» werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 380'000 (Fr. 95'000 p. a.) für die Jahre 2022–2025 bewilligt.  
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**Detailberatung**

des Grossratsbeschlusses 3 Verein Mädchenkantorei Basel  
Titel und Ingress  
1. Staatsbeitrag 2022  
2. Staatsbeitrag 2023 – 2025

*Jo Vergeat (Grossratspräsidentin):* Bei diesem Geschäft liegen zwei Änderungsanträge für die Jahre 2023-2025 vor. Einer der Kommissionsminderheit und des Regierungsrates sowie einer der GLP.

Zuerst stellen wir in einer Eventualabstimmung den Antrag der GLP dem Antrag der Kommissionsminderheit/RR gegenüber.

Der obsiegende Antrag wird dem Antrag der Kommissionsmehrheit gegenübergestellt.

Sind Sie damit einverstanden?

Die Kommissionsminderheit und der Regierungsrat beantragen für die Jahre 2023 - 2025 Ausgaben von CHF 95'000 p.a. . Die GLP beantragt CHF 113'000 für das Jahr 2023 sowie CHF 104'000 für das Jahr 2024 und wieder CHF 95'000 für das Jahr 2025

**Eventualabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der Kommissionsminderheit/RR, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der GLP

**Ergebnis der Abstimmung**

38 JA  
40 NEIN  
18 ENT

**Der Grosse Rat beschliesst**

eventualiter dem Antrag der GLP zu folgen.

**Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der GLP, Nein heisst Zustimmung zum Antrag der Kommissionsmehrheit

**Ergebnis der Abstimmung**

45 JA  
49 NEIN  
1 ENT

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Antrag der GLP abzulehnen und dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu folgen.

**Schlussabstimmung**

Grossratsbeschlusses 3

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

82 JA  
7 NEIN  
8 ENT

**Der Grosse Rat beschliesst**

1. Für den Verein «Mädchenkantorei Basel» werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 95'000 für das Jahr 2022 bewilligt.  
2. Für den Verein «Mädchenkantorei Basel» werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 345'000 (Fr. 115'000 p. a.) für die Jahre 2023–2025 bewilligt.  
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**Detailberatung**

des Grossratsbeschlusses 4 Verein Musikverband beider Basel  
Titel und Ingress  
Einziger Absatz  
Publikationsklausel

**Schlussabstimmung**

Grossratsbeschlusses 4  
JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

97 JA  
1 NEIN  
0 ENT

**Der Grosse Rat beschliesst**

Für den Verein «Musikverband beider Basel» werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 440'000 (Fr. 110'000 p. a.) für die Jahre 2022–2025 bewilligt.  
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**Detailberatung**

des Grossratsbeschlusses 5 Musikwerkstatt Basel Genossenschaft zur Förderung improvisierter Musik  
Titel und Ingress  
Einziger Absatz  
Publikationsklausel

**Schlussabstimmung**

Grossratsbeschlusses 5  
JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

95 JA  
1 NEIN  
1 ENT

**Der Grosse Rat beschliesst**

Für die Genossenschaft «Musikwerkstatt Basel Genossenschaft zur Förderung improvisierter Musik» werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 1'320'000 (Fr. 330'000 p. a.) für die Jahre 2022–2025 bewilligt.  
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 7. Ratschlag betreffend Denkmalsubvention an die Liegenschaft Hegenheimerstrasse 200 (Altbau des Felix Platter-Spitals, ehemalige Adresse Burgfelderstrasse 101)

[09.02.22 11:32:28, BRK, BVD, 21.1626.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 3'250'000 zu bewilligen.

*Jeremy Stephenson, Präsident BRK:* Das ehemalige Felix Platter-Spital wurde in den Jahren 1962 bis 1967 erbaut. Das von den Architekten Fritz Rickenbacher und Walter Baumann geplante und realisierte Spitalhauptgebäude ist ein hervorragendes Architekturzeugnis der Nachkriegsmoderne. Die unter Schutzstellung des Gebäudes war dennoch ein heftig diskutiertes Thema und ein Totalabbruch stand ernsthaft zur Diskussion. Aufgrund seines baukünstlerischen Zeugniswertes kommt dem Bauwerk aber besondere Denkmalbedeutung zu, die durch Aufnahme des Objekts ins Kantonale Denkmalverzeichnis im März 2016 gesichert wurde.

Das 100 Meter lange und 35 Meter hohe Gebäude liegt in einem Mehr- und Einfamilienhaus-Quartier und überragt die umgebenden Häuser und setzt somit einen markanten städtebaulichen Akzent. Hinsichtlich der Grünräume bildet es ein Bindeglied zwischen der Bachgraben-Promenade und dem Kannenfeldpark. Die entsprechende Parzelle wurde durch den Kanton Basel-Stadt im Sommer 2019 der Baugenossenschaft wohnen&mehr abgetreten. Die Baugenossenschaft wird auf dem gesamten Areal rund 500 Wohnungen realisieren und hat sich verpflichtet, den Umbau des denkmalgeschützten Spitalgebäudes durchzuführen und darin rund 130 Wohnungen zu schaffen. Nach dem Planerwettbewerb hat man sich auf eine Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Müller Sigrist Architekten und Rapp Architekten geeinigt.

Auf Grundlage der mit dem Denkmal-Subventionsgesuch durch die Baugenossenschaft wohnen&mehr eingereichten Kostenschätzung ergab die Ausscheidung der subventionsberechtigten Kosten bei Gesamtbaukosten von rund Fr. 74'000'000 die Summe von Fr. 17'300'000. Nach den gängigen Ansätzen für die einzelnen Arbeitsgattungen resultiert hier ein Subventionsrahmen von rund Fr. 3'250'000. Im Dezember 2019 hat die Kommission für Denkmalsubventionen diesem Subventionsrahmen grundsätzlich zugestimmt und mit Empfehlung an den Regierungsrat und den Grossen Rat weitergeleitet. Da es sich beim vorliegenden Gebäude um ein eingetragenes Denkmal von nationaler Bedeutung handelt, hat die Kantonale Denkmalpflege auch ein Gesuch um Finanzhilfe beim Bundesamt für Kultur eingereicht. Dieses hat nach Prüfung des Gesuchs eine Finanzhilfe von zusätzlich rund Fr. 1'200'000 in Aussicht gestellt, sofern sich der Kanton ebenfalls finanziell beteiligt, was jetzt der Fall sein wird.

Die Vorlage wurde in der BRK zunächst kontrovers diskutiert. Auf der einen Seite überwog die Freude am Erhalt des Bestandes und an der wertvollen Architektur, am Einsparen von grauer Energie und am sinnvollen Wohnkonzept. Andererseits wurden auch Stimmen laut, die es schade fanden, dass nicht mehr bauliche Veränderungen vorgenommen werden können, zum Beispiel mehr Balkone, oder dass die Denkmalsubvention sogar zu einem wesentlichen Teil der Abfederung der Minderung der Wohnqualität gegenüber einem kompletten Neubau dienen.

Unter dem Strich allerdings hat die BRK dann den Ratschlag einstimmig gutgeheissen und beantragt Ihnen heute, den Gesamtbetrag von Fr. 3'250'000 gemäss Ratschlag zu bewilligen.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Wir haben es gehört, dieses markante Gebäude in Basel West, das ehemalige Spitalgebäude, das kann jetzt erhalten und umgebaut werden. Das ist auch ganz im Sinne der Forderungen, die immer mehr an uns herangetragen werden, dass historische Bausubstanz eben weiter genutzt wird und nicht abgerissen wird, einerseits um das Gesicht auch der Quartiere zu wahren, aber auch aufgrund der grauen Energie.

Der Regierungsrat bittet Sie darum, diese Ausgabe von Fr. 3'250'000 für die Denkmalsubvention zu bewilligen, damit der Kanton sich an den Kosten für die Erhaltung und Restaurierung beteiligen kann. Die Baugenossenschaft wird dort 130 Wohnungen schaffen begleitet von der Kantonalen Denkmalpflege. So bleibt dieses Architekturzeugnis der Nachkriegsmoderne bestehen, das übrigens auch eine hohe städtebauliche Qualität hat.

Ich danke der BRK und ihrem Präsidenten für ihre Arbeit und Unterstützung und ich bitte Sie, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

*René Brigger (SP):* Nach kurzer Beratung in der BRK und nach der Vorstellung durch den Präsidenten kann ich Ihnen erfreut mitteilen, dass die SP-Fraktion diesem Geschäft klar ohne Abstriche zustimmt. Diese maximal Denkmalsubvention des Kantons von Fr. 3'250'000 ist daher zu genehmigen. Schon hier möchte ich anfügen, dass auch die Bundessubvention von zusätzlich maximal ca. Fr. 1'200'000 erfreulich bzw. im Denkmalschutzbereich nicht selbstverständlich ist. Der Bund hat offenbar per Ende 2021 schon Fr. 1'000'000 auf ein Spezialkonto des Kantons bezahlt. Nach Rechtskraft dieser kantonalen Subvention ca. Ende März, davon ist auszugehen, besteht keinen Anlass, dieses im Kanton weiter zu horten und allenfalls Negativzinsen zu zahlen. Die somit total ca. Fr. 4'300'000 sind ein willkommener Beitrag und mehr als nur ein Tropfen auf den heissen Stein in Sachen Umbau des alten Spitals mit neu 130 Wohnungen und allgemeiner Nutzung im EG für gut Fr. 70'000'000. Diese Fr. 4'300'000 sind durchaus mietzinsrelevant. Das grosse Projekt übrigens kostet gut Fr. 200'000'000. Ich gestatte mir auch als Mitgründer und Begleiter der verantwortlichen Genossenschaft hier das Projekt zu würdigen.

Ein paar Kerndaten. Das Felix Platter-Spital neu Westfeld wird zu 100% durch den vor 6,5 Jahren im Sommer 2015 gegründeten gemeinnützigen Wohnbauträger Baugenossenschaft wohnen&mehr erstellt. Es ist ein absolutes Erfolgsmodell, das lässt sich heute dreiviertel Jahre vor Einzug dieser Wohnungen im alten Spitalgebäude schon sagen. Es entstehen bis Mitte 2023 total 550 neue Wohnungen. Die Akzeptanz war gross, 117 private und ca. 80 genossenschaftliche Organisationen haben Anteilschein-Kapital sowie Eigenkapital geleistet. Es gab keinerlei Planungs- und Baueinsprachen, es fand ein Einbezug der Nachbarschaft statt, viele verschiedene Wohn- und Arbeitsmodelle finden ihren Platz. Es ist eine Bereicherung für das Quartier Basel West und den ganzen Kanton. Es ist auch schweizweit eines der grössten genossenschaftlichen Projekte, welches aktuell in der Bauphase ist. Die Baugenossenschaft dankt der Regierung resp. der damaligen Finanzdirektorin speziell nachträglich noch für diese Möglichkeit, hier ein Stück solidarisches und neues Basel entstehen zu lassen.

Jetzt hypothetisch, wäre das Areal damals aufgeteilt worden oder wäre ein gewinn- oder anlageorientierter Investor zum Zuge gekommen, da wage ich ohne weiteres folgende Einschätzungen. Erstens, das Projekt wäre lange nicht so weit wie heute und wir müssten oder dürften nicht schon heute über diese Denkmalsubvention diskutieren. Und zweitens, das Projekt wäre generell nicht so gut geworden und nicht so akzeptiert worden im Umfeld. Es ist eine absolute Win-win-Situation für den Kanton auch als Baurechtsgeber und die neuen Mitglieder und Mieter. Dieses Projekt hatte natürlich auch relevante denkmalpflegerische Implikationen und gipfelt nun in der vorliegenden Subvention.

Diese Geschichte war nicht immer spannungsfrei. Dies ist im Subventionsratschlag nicht abgehandelt oder erwähnt worden, Jeremy Stephenson hat einiges dazu gesagt. Folgende Stichworte dazu, die vielleicht auch Massstab für analoge Projekte sein könnten. Im Jahr 2014 gab es ein Vorvertrag zwischen IBS und Kanton und Denkmalpflege, dass nicht nur das Spital, sondern auch die weitverzweigten Beton-Passerellen, die kennen Sie noch, die massiven Beton-Passerellen, und die beiden Schwesternhäuser ganz in das Denkmalverzeichnis gekommen wären. Gut die Hälfte des Areals wären damit für eine neue Wohnnutzung nicht zu gebrauchen gewesen. Die Regierung genehmigte, meines Erachtens zum Glück, am 31.03.2015 diesen Vertrag nicht, es fand daher keine Aufnahme ins Denkmalverzeichnis statt. Daraufhin haben Heimatschutz und freiwillige Denkmalpflege das Verwaltungsgericht rekuriert, sie wollten vollen Schutz des hälftigen Areals. Dank intensiver Verhandlungen zwischen der Genossenschaft, dem Dachverband und den Rekurrenten konnte dann bilateral einvernehmlich ein reduzierter Schutz vereinbart werden, und zwar wurde die Passerelle und die beiden Schwesternhäuser nicht geschützt und gewisse Eingriffe im alten Spitalgebäude wurden möglich. Das war der Vergleich und dann kam dieser reduzierte Schutz in das Verzeichnis. Ich persönlich bedaure, dass damit nicht einmal in der Westfassade des alten Spitals Balkone möglich waren und auch Dachterrasse etc. nicht ausgebaut werden können. Es bestehen geschlossene, abgeschrägte kleinere Loggen und die Aussenterrassen nur an den Stirnseiten. Dies senkt meines Erachtens den Wohnwert. Das sind Kröten, die nun zum Teil mit dieser Subvention ausgeglichen werden.

Es ist im Nachhinein müssig zu diskutieren, ob der Erhalt des alten Spitalgebäudes, Bezug im Jahre 1967, in der Güterabwägung Sinn macht, der Ratschlag spricht hier von einer Architektur von aussergewöhnlicher Qualität, von feingliedrigem Betongitterwerk an der Ostfassade, markanter städtebaulicher Akzent, typologische Qualität mit den grossen Patientenzimmer im Zentrum der Gestaltung, etc. Das ist sicher richtig und kann so auch unterstützt werden. Die Regierung gemäss Chronologie und auch die betroffene Genossenschaft sahen es vor sechs Jahren etwas anders, Stichworte dazu aus den Rechtsschriften waren; das ist ein hoher Klotz, ein Riegel des Areals, das das neue Areal nach oben Westen abschliesst, ein funktionsloser Walfisch im Quartier, unverhältnismässig, Altlasten, hat zwar eine Landmarkfunktion, Wiedererkennungseffekt, es fehlt aber kulturelle, geschichtliche, künstlerische oder städtebaulich erhaltenswürdige Qualität. Das war die Diskussion.

Wie gesagt, es kam ein Kompromiss zustande, wie auch immer, Ende gut, alles gut. Der denkmalschützerische Kompromiss ist erfolgt, das Resultat ist gut bzw. alle haben Kröten schlucken müssen, die Akzeptanz wurde gesteigert, die Umsetzung des Baus mit den Denkmalschutzbehörden war positiv und erfreulich, dies ist zu unterstreichen. Dieser Ratschlag ist ein weiterer fast finaler Meilenstein bei dieser Quartierentwicklung. Dem Ratschlag kann daher mit Dank an alle Beteiligten ohne Abstriche zugestimmt werden.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

### **Detailberatung**

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

### **Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

74 JA

1 NEIN

0 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 3'250'000 zur Finanzierung einer Denkmalsubvention an die im kantonalen Denkmalverzeichnis eingetragene Liegenschaft Hegenheimerstrasse 200 ausserhalb der laufenden Rahmenausgabenbewilligung für Denkmalsubventionen

2018-2021 genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

## 8. Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Sanierung und Umgestaltung der Hörnliallee, am Otto Wenk-Platz und im Kohlistieg zugunsten von mehr Sicherheit, hindernisfreier Bushaltestellen sowie für die ökologische Aufwertung des Strassenraums

[09.02.22 11:46:23, BVD, 20.0775.03, RAT]

Der Regierungsrat beantragt, auf das Geschäft einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

*Jean-Luc Perret (SP):* Wir haben es alle mitbekommen, das grosse grüne Dorf hat sich für den grossen grauen Parkplatz entschieden und diesen Volksentscheid respektieren wir selbstverständlich. Deshalb macht es auch nicht besonders viel Sinn, hier nochmals alle Argumente vom letzten März zu wiederholen, obwohl wir natürlich immer noch von ihrer Richtigkeit vollkommen überzeugt sind. Trotzdem, ganz kommentarlos geht es auch heute nicht. Erfreut haben wir zum Beispiel festgestellt, dass die Veloverbesserungen, die die UVEK in den ersten Ratschlag eingebracht hatte, auch ins neue Projekt eingeflossen sind. Konkret erwähnen möchte ich die vertiefte Prüfung von Tempo 30 am Kohlistieg und die Verbesserungen an der Kreuzung zum Rauracherweglein.

Fragezeichen setzen möchten wir hingegen bei der Bewirtschaftung der Parkplätze. Praktisch der ganze Projektperimeter umfasst ja Kantonsstrassen. Wir finden es deshalb nicht völlig selbstverständlich, dass die Parkplätze, obwohl vom Kanton gebaut, nun allesamt nach der billigen Riehener Gebührenordnung bewirtschaftet werden oder eben nicht bewirtschaftet und nicht nach den kantonalen Vorgaben, die wir letztes Jahr mit dem Ratschlag zur Parkierungspolitik verabschiedet haben. Wir erinnern an dieser Stelle daran, dass der Grosse Rat für den Kanton die verursachende Gerechtigkeit beschlossen hat und die Riehener Fr. 8 pro Jahr sind nicht verursachendengerecht, das sind wir uns wahrscheinlich einig. Es wäre nun unserer Meinung nach ein chancenreicher Zeitpunkt, diese Gerechtigkeit nach Riehen zu tragen. Zumindest der Hörnli-Vorplatz mit seinen blauen und weissen Parkplätzen gehört bewirtschaftet. Wir fordern die involvierten Fachstellen auf, dies auf Fachebene noch einmal zu diskutieren.

Ein weiterer Punkt, wenn wir als Kanton schon fast die ganze Umgestaltung planen und finanzieren, wäre die Vorbereitung für E-Ladestationen. Wir haben hunderte davon bewilligt, auch Riehen soll davon profitieren. Der Friedhofs-Vorplatz ist und bleibt einer der wenigen grossen Allmend-Parkflächen in der Gemeinde. Hier liessen sich in der Nacht effizient die Elektro-Fahrzeuge der Anwohnenden und Gewerbetreibenden der Nachbarschaft aufladen. Eine unbestrittene Verbesserung, welche die UVEK vorgeschlagen hat, betraf noch die Ausschilderung der Parkplätze am Grenzacherweg oben. Es wäre wirklich sinnvoll, diese Möglichkeit zum Abstellen der Autos besser auszuschildern, möglicherweise sogar mit einer Anzeige, wie viele Plätze aktuell frei sind. Auch damit liesse sich unnötigen Verkehr in die umliegenden Quartiere verhindern.

Und zum Schluss möchte ich noch sagen, dass ich mich etwas wundere, wie bemerkenswert still alle Baumfreundinnen und -freunde bei dieser Vorlage bleiben. Hier hätten Sie die Chance gehabt, klima- und öffentlichkeitswirksam Bäume zu pflanzen, was ausserdem bedeutend einfacher gewesen wäre, als sich anderenorts den kreischenden Kettensägen entgegenwerfen zu müssen. Aber wie gesagt, das sind alles nur Vorschläge, die wir der Ausarbeitung mitgeben möchten, wir werden dieser neuen Vorlage ansonsten zustimmen.

*Daniel Albietz (die Mitte/EVP):* Ich möchte zunächst einen Dank an die Regierung entrichten und an die zuständige Regierungsrätin, dass dieses Geschäft so schnell wieder in den Rat gebracht wurde. Es wurde ja nach der Abstimmung, die einigermaßen denkwürdig war, befürchtet, es sei dieses Projekt nun um Jahre zurückgeworfen und andere Schauergeschichten, aber es war ja klar, worum es ging, es ging wirklich nur um diese eine Frage schon damals im Grosse Rat, um die Frage, ob diese 48 Parkplätze bestehen bleiben oder ob sie gestrichen werden. Und Sie erinnern sich auch an die denkwürdige Debatte im Grosse Rat, hier ging es um eine einzige Stimme, die uns dann einen Abstimmungsaufwand beschert hat, der sich gewaschen hatte, und es war wirklich aus unserer Sicht auch rückblickend eine unnötige Übung gewesen. Es war besonders schmerzhaft, weil eben Riehen, es ist zwar eine Kantonsstrasse, aber sie liegt auf dem Gebiet der Gemeinde Riehen, weil Riehen durch die UVEK nicht mehr begrüsst wurde, nicht angehört wurde, wie diese Lösung mit der Regierung zustande kam, warum das wichtig ist.

Aus einer ideologiebeschwerten Debatte erging dann dieses Verdikt, das nun aufgehoben wurde. Ich bin daher dem Rat auch sehr dankbar, dass auf eine weitere Beratung in der UVEK verzichtet wurde und dass dieses Geschäft jetzt, so wie

es eigentlich geplant war, nochmals kommt. Ich bin auch dankbar, dass jetzt nicht wieder eine Übung veranstaltet wird, dass doch noch über gewisse Aspekte diskutiert wird, sondern dass dieses Verdikt jetzt akzeptiert wird. In den Medien war viel die Rede von einem quasi Konflikt zwischen der Landgemeinde und der Stadt Basel oder dem Kanton und hier ist es mir sehr wichtig, zwar hat Riehen ein deutliches Ausrufezeichen gesetzt mit einer Zustimmung von fast dreiviertel der Stimmbevölkerung zur Ablehnung des durch den Grossen Rat beschlossenen Projekts und Zustimmung zu den Parkplätzen, aber was mir wichtig ist, ist, dass wir nicht auf irgendein Recht pochen müssen, als Riehener angehört zu werden, sondern dass die Partnerschaft zwischen den Gemeinden, die Gemeindeautonomie, dass das ein Austausch ist, ein konstruktives Miteinander. Und da wäre es uns sehr wichtig, es gibt auch einen schwächelnden Vorstoss meines Kollegen Thomas Widmer, dass diese Anhörung der Gemeinden in Dingen, die sie betreffen, dass die auf eine gewisse Weise institutionalisiert wird.

Es ist halt so, wir haben einen grossen Teil des Kantons, der aus einer Einwohnergemeinde besteht, Basel, die wird durch dieselbe Regierung vertreten wie der Kanton und das führt manchmal zu Unschärfen. Die Einwohnergemeinde Basel ist immer vertreten in den Kommissionssitzungen durch den Regierungsrat, der kann sich einbringen, aber bei den Gemeinden wäre es wichtig, dass die Exekutive in spezifischen Fragen, wie es auch schon geschehen ist, viele Kommissionspräsidenten beherzigen das, dass man bei Fragen, die Gemeinden betreffen, diese anhört, dass das eben Gepflogenheit wird und zwar im Sinne nicht einer Konfrontation, sondern einer Partnerschaft, eines Austausches von Positionen, auf dass die bessere dann gewinne.

Und hier scheint mir, dass Riehen halt klar gemacht hat in dieser Abstimmung, wir kennen die Situation vor Ort. Wir kennen einerseits den Parkplatzbedarf bei Bestattungen, wir kennen aber auch den Bedarf des Gewerbes, das dort vor Ort ist und unter Corona nicht eben gerade prosperiert, wir wissen um das Gewerbe, das angesiedelt werden soll, wir wissen um Genossenschaften, die auch froh sind um diese Parkplätze. Und einfach um korrekt zu sein, nur ein Teil vor Ort sind blaue Parkplätze. Es wird ein Teil schon bewirtschaftet, es gibt zeitliche Beschränkungen, einfach damit hier auch nichts dramatisiert wird. Riehen ist sich bewusst, dass gewisse Parkplätze kurzfristig nur zur Verfügung stehen dürfen und auch nur gegen Gebühr, also hier bitte ich, auch sachlich zu bleiben und jetzt diese Vorlage unaufgeregt zu verabschieden und ihr zuzustimmen. Die Fraktion Mitte/EVP wird es jedenfalls so tun und wir danken, wenn wir auch in Zukunft partnerschaftlich miteinander unterwegs sein können.

### **Zwischenfrage**

*Lisa Mathys (SP):* Das Projekt ist ja im Aufgabenbereich des Kantons und wird auch vom Kanton finanziert. Im letzten Sommer hat der Grosse Rat USG § 16 1ter beschlossen, der sagt, Parkplätze auf öffentlichem Grund werden zeitlich und monetär bewirtschaftet. Die Gebührenhöhe orientiert sich dabei an der Kostenwahrheit und am Verursachendenprinzip. Die sogenannte kommunale Bewirtschaftung in Riehen, die entspricht dem Grundsatz ja nicht, stimmt Riehen dann aber der Bewirtschaftung der Parkplätze auf dem Hörnli-Vorplatz gemäss dieses kantonalen Gesetzes zu?

*Daniel Albietz (die Mitte/EVP):* Ich muss kurz antworten auf die lange Frage, wir sind am Abklären, was diese Änderung des USG bedeutet. Wir werden aber dort, wo wir noch Gemeindeautonomie haben bezüglich der Parkierung, sicher davon Gebrauch machen.

*Daniel Hettich (LDP):* Daniel Albietz hat schon einiges gesagt, was ich nicht nochmal wiederholen will. Das Geschäft, so wie es nun vorliegt, entspricht ja ungefähr dem Vorschlag, wie er ohne den UVEK-Zuschlag schon im Rat war. Die wichtigen Parkplätze sind eingeflossen und die LDP kann dem so zustimmen. Wir hoffen, wie Daniel Albietz das auch schon betont hat, dass in Zukunft die beratenden Kommissionen etwas rücksichtsvoller mit den Geschäften in Riehen umgehen und die Anliegen respektieren und auch einfließen lassen. Miteinander eben im Vorfeld klärt oft die Anliegen und es können Lösungen gefunden werden, wir als Parlamentarier sollten das ja eigentlich können. Und ja, zu den Parkplätzen, sie werden bewirtschaftet, halt teilweise nach dem Riehener-Modell und auch das muss akzeptiert werden. Und das Thema Ladestationen, das ist in Abklärung, wir freuen uns natürlich auch von Riehen, dass wir teilhaben dürfen an den grosszügigen Mengen der Ladestationen und werden sie geschickt platzieren, so dass sie auch von vielen Bürgern genutzt werden können, die dort ihr Auto abstellen.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich melde mich zum Schluss, damit ich auch zu Ihren Voten Stellung nehmen kann. Der Regierungsrat hat ja bereits deutlich gemacht, dass wir uns freuen und froh sind, wenn Sie uns diesen Ratschlag heute überweisen. Wir haben tatsächlich sehr schnell nach der Abstimmung den Kontakt zur Gemeinde Riehen gesucht, genauer zum Gemeinderat, um zu klären, wie es weitergehen soll und eben auch Einigkeit da zu erzielen, denn die Sanierungen, man sieht das auch vor Ort, werden wirklich langsam dringend. Und es wäre eine verpasste Chance, jetzt die Bauarbeiten dort zu tätigen und diese Gelegenheit für die Verkehrssicherheit und Begrünung nicht wahrzunehmen.

Sie haben die Parkplatzbewirtschaftung angesprochen, Daniel Hettich hat sich schon kurz dazu geäussert, wir werden das im Auge behalten, wir werden das gemeinsam mit der Gemeinde Riehen anschauen. Es gibt ja auch schon einige bezahlpflichtige Parkplätze, aber ich denke, es gibt auch noch den Anzug Mahir Kabakci, wo wir das gesamte Parkplatzmanagement auch in diesem Bereich nochmals anschauen, auch auf dem Friedhof Hörnli selber.

Aus all diesen Gründen danke ich Ihnen heute für die Zustimmung, das alles zugunsten von einer verbesserten Verkehrssicherheit für alle Teilnehmenden, zugunsten von entsiegelten Böden, auch wirklich eine zusätzliche Begrünung und wie gesagt, das in Absprache mit der Gemeinde Riehen.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

### Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1

Alinea 1 – 6

Publikations- und Referendumsklausel

### Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

84 JA

1 NEIN

0 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

Vorbehältlich der Zustimmung des Einwohnerrats Riehen, zum Anteil der Gemeinde Riehen an dem vorliegenden koordinierten Projekt, wird ein Gesamtbetrag von Fr. 4'858'500 für die Sanierung und Umgestaltung der Hörnliallee, am Otto Wenk-Platz und im Kohlistieg zugunsten von mehr Sicherheit, hindernisfreier Bushaltestellen „Friedhof am Hörnli“ und „Otto Wenk-Platz“ sowie einer ökologischen Aufwertung des Strassenraums bewilligt.

Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 1'370'000 neue Ausgaben für die Sanierung und Umgestaltung der Hörnliallee und des Kohlistiegs zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich IB1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur»
- Fr. 385'000 neue Ausgaben für die Sanierung und Umgestaltung der Bushaltestellen „Friedhof am Hörnli“ und „Otto Wenk-Platz“ auf Kantonsallmend gemäss Haltestellen-ausstattungskonzept als Darlehen an die BVB
- Fr. 22'000 als einmalige Betriebsaufwendung zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Busverkehrs während der Baustelle zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Globalbudgets ÖV, Amt für Mobilität
- Fr. 7'500 als jährliche Folgekosten für die Pflege der Vegetationsflächen und Bäume zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei
- Fr. 3'020'000 gebundene Ausgaben für die Erhaltung der Strasse gemäss dem heuti-gen Standard zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich IB1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur», Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infra-struktur Strassen
- Fr. 54'000 gebundene Ausgaben für den Abbruch von Trolleybusmasten als Darlehen an die BVB, Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung ÖV-Anlage

Die gebundenen Ausgaben können vom Regierungsrat auch dann realisiert werden, wenn der Grosse Rat oder die Stimmbevölkerung das Gesamtprojekt ablehnen würde.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

### Schluss der 1. Sitzung

12:00 Uhr

---

### Beginn der 2. Sitzung

Mittwoch, 9. Februar 2022, 15:00 Uhr

*Jo Vergeat (Grossratspräsidentin):* Grossrat Stefan Suter ist ebenfalls in den Einwohnerrat der Gemeinde Riehen gewählt worden, als Nachrückender für Felix Wehrli, welcher in den Gemeinderat gewählt wurde. Entsprechend möchte ich natürlich auch Stefan Suter zur Wahl gratulieren.

Ein kleiner Hinweis von meiner Seite. Weil es heute und auch am Samstag kein Präsidialfest geben wird, spielt meine Clique ein kleines Ständeli für mich und es gibt dazu einen kleinen Apéro unter dem Loch beim Messeplatz. Sie sind gerne eingeladen, einige Fasnachtsklänge zu hören und auch den Apéro zu geniessen.



## 9. Neue Interpellationen

[09.02.22 15:01:32]

### Interpellation Nr. 1 Andreas Zappalà betreffend Heizungsersatz in Quartieren, in welchen keine Fernheizungsanschlüsse möglich sind

[09.02.22 15:01:32, WSU, 22.503, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Die Liegenschaftseigentümerinnen und -eigentümer können heute bereits auf der IWB-Homepage ihre Adresse angeben und so erfahren, ob und bis wann ein Anschluss an die Fernwärme möglich sein sollte. Auf dieser Seite können Anfragen gestellt und Beratungen angefordert werden.

Zu Frage 2:

Der Regierungsrat erliess den Teilrichtplan Energie am 17. März 2020. Im Teilrichtplan Energie sind die Zonen bezeichnet, welche nicht mit Fernwärme oder einem Wärmeverbund versorgt werden können. Eigentümerinnen und Eigentümer können sich auch bei der IWB oder beim Amt für Umwelt und Energie beraten lassen. Schon vor der Festsetzung des Teilrichtplans Energie wurden diverse Informationsveranstaltungen in den entsprechenden Quartieren durchgeführt.

Zu Frage 3:

Zwischen April und November 2019 wurden in folgenden Quartieren Informationen zu Heizungsersatz durchgeführt. Bachletten, Gotthelf Neubad, Bruderholz, Wettstein, oberes Kleinbasel, St. Alban, Gellert und Breite. Ausserdem wurden früher schon Anlässe in Riehen und Bettingen durchgeführt. Die Quartiere wurden ausgesucht, weil dort vornehmlich individuelle Heizungen eingesetzt werden müssen. Die Anlässe wurden in Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen, der IWB, der BKB und dem AUE durchgeführt. Die Erfahrung mit diesen Informationsveranstaltungen zeigt, dass betroffene Eigentümerchaften sich besser direkt über die Energieberatungen von IWB und AUE informieren.

Zu Frage 4:

Ja, sowohl mit Wärmepumpen als auch mit Holzpelletsheizungen können schon heute mehrere Häuser mit Wärme versorgt werden. Da die Situation aber meist individuell ist, ist es kaum möglich, eine Standardlösung für alle Probleme zu entwickeln. Es müssen fast immer situative Lösungen gesucht werden, was eine Frage der Planung und der Bereitschaft der Eigentümerinnen und Eigentümer ist, ein solches Projekt zu initiieren. Studien für solche Lösungen werden teilweise auch vom Kanton Basel-Stadt finanziell gefördert.

*Andreas Zappalà (FDP):* Ich danke Ihnen für die Beantwortung dieser Interpellation, aber ich kann mich in keiner Weise zufrieden erklären. In der Frage 1 und 2 ist die Frage eigentlich auch verbindliche Informationen, dass man heute Informationen erhält, das ist uns klar, nur diese Informationen sind nicht verbindlich und wir wünschen uns eigentlich, dass die Hauseigentümer\*innen in jenen Quartieren, wo es eben schwierig wird, Fernwärmeanschlüsse zu erhalten, verbindlich informiert werden, wann oder was sie allenfalls tun können. Dann zu Frage 3, diese Infoveranstaltungen, die reichen jetzt länger zurück, auch der HEV war zum Teil dort eingeladen, aber das sind Veranstaltungen, die vor zwei, drei, vier Jahren stattgefunden haben, also zu einer Zeit, wo weder der Energierichtplan in Kraft war noch die zusätzlichen Beschlüsse gefasst wurden, die wir hier im Grossen Rat debattiert haben. Es geht uns vor allem darum, dass eine grosse Verunsicherung bei den Eigentümern besteht und bevor diese einfach schauen, dass sie eigene Lösungen finden, wäre es unseres Erachtens sinnvoll, dass hier die Regierung oder die Verwaltung vorangeht und auch längerfristige Planungen bringt, damit man weiss, was auf einem zukommt. Es macht keinen Sinn, dass die Hauseigentümer dann individuelle Lösungen finden und am Schluss wird das Fernwärmenetz nicht mehr beansprucht. Aus diesem Grund bin ich nicht befriedigt mit dieser Beantwortung.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.503 ist **erledigt**.

### Interpellation Nr. 2 André Auderset betreffend unerfüllbare Auflagen für Jungfasnächtler

[09.02.22 15:06:02, ED, 22.5031, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Ich darf Ihnen diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt beantworten:

Zum Zeitpunkt, als die Bewilligungsgesuche für die angesprochenen Fasnachtsveranstaltungen eingingen, mussten aufgrund der drohenden Omikron-Welle mit noch unklaren Konsequenzen hinsichtlich Hospitalisierungen und Überlastung des Gesundheitswesens die Schutzmassnahmen bei Veranstaltungen generell hoch angesetzt werden. Bei den genannten Veranstaltungen wären viele Kinder und Jugendliche zusammengekommen, welche aktuell noch zu den am wenigsten guten Gruppen gehören. Zudem wäre aufgrund der Vorveranstaltung, unter anderem mit Piccolo spielen, ein grosses Potenzial zur Virusverbreitung vorhanden gewesen. Aus diesen Gründen wurde aus Schutzmassnahmen die 2G+-Regel für alle Mitwirkenden ungeachtet ihres Alters angeordnet. Zu beachten ist, dass diese Massnahme für alle melde- und bewilligungspflichtigen Veranstaltungen mit Auftritten nur mit Möglichkeit des Maskentragens und mit Aerosol produzierender Tätigkeit galt, wie dies beim Piccolo spielen eben auch der Fall ist. Das Kinder-Charivari wird unter diesen Bedingungen stattfinden.

Spezifisch zu Frage 1:

Die Eidgenössische Kommission für Impffragen (EKIF) empfiehlt die Covid-19-Impfung allen Kindern im Alter von 5 bis 11 Jahren, deren Eltern bzw. Erziehungsberechtigte diese aufgrund der individuellen Nutzen-/Risikoabwägung für ihr Kind wünschen. Dies, um das Kind vor einer Covid-19-Erkrankung bzw. der damit verbundenen Komplikationen zu schützen sowie um indirekte negative Auswirkungen von individuellen und kollektiven Massnahmen sowie die Folgen häufiger Exposition zu vermeiden. Die Auflagen des Gesundheitsdepartements stehen damit in keinem Widerspruch zu den Empfehlungen der EKIF. Zudem standen die Auflagen im Einklang mit den bundesrechtlichen Vorgaben.

Zu Frage 2:

Die Organisatoren machen geltend, dass es sich um Veranstaltungen mit weniger als tausend Personen handle. Solche Veranstaltungen sind nicht bewilligungs-, sondern gemäss der Kantonalen Covid-19-Verordnung zusätzliche Massnahmen meldepflichtig. Das Gesundheitsdepartement zeigt im Einklang mit den gesetzlichen Grundlagen des Bundes die Mindeststandards auf, welche es für die Durchführung einer Veranstaltung zu beachten gilt und versucht diese, wenn immer möglich, zuzulassen.

Zu Frage 3:

Aufgrund der sehr hohen Zahl an Neuinfektionen stellte die Überlastung des Gesundheitswesens in den vergangenen Wochen eine reale Gefahr dar. Es galt und gilt daher, die schwierige Balance zu finden zwischen Inkaufnahme von Risiken auf der einen Seite sowie Einschränkungen für die Gesellschaft auf der anderen Seite. In diesem Spannungsfeld ist es unausweichlich, auch unpopuläre Entscheide treffen zu müssen. In den konkreten Fällen wurde bei dieser Güterabwägung aufgrund fachlicher Kriterien zugunsten des Gesundheitsschutzes entschieden. Diese Entscheidung fiel den Verantwortlichen nicht leicht. Der Regierungsrat ist jedoch zuversichtlich, dass mit dem Überwinden der aktuellen schwierigen Pandemiephase sehr bald wieder Veranstaltungen möglich sein werden, an denen sich Kinder werden erfreuen können.

*André Auderset (LDP):* Danke für die Antwort. Nach der heutigen Medienorientierung bin ich natürlich freudig gestimmt, weil ja die Fasnacht stattfinden wird und dementsprechend auch etwas milder mit der Beurteilung der Antwort, als ich sonst vielleicht wäre, und erkläre mich als teilweise befriedigt. Nur teilweise deshalb, weil es mir immer noch nicht einleuchtet, wieso man bei einer Kinderveranstaltung als Schutzauflage 2G+-Regel einführt, die von Kindern gar nicht erfüllt werden können, weil sie noch gar keine Impfung haben können. Etwa ähnlich hätte man die Schutzauflage machen können, Sie können eine Kinderveranstaltung durchführen, aber jeder Teilnehmende hat ein Führerschein beizubringen. In diesem Sinne nur teilweise befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5031 ist **erledigt**.

### **Interpellation Nr. 3 Roger Stalder betreffend was unternimmt der Regierungsrat, dass endlich Quartier-Parkings entstehen?**

[09.02.22 15:11:05, BVD, 22.5032, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

*Roger Stalder (SVP):* In verschiedenen Medien hat die Vorsteherin des Bau- und Verkehrsdepartements Regierungsrätin Esther Keller in der vergangenen Woche behauptet, dass in Basel aktuell in diversen Quartieren Parkings eruiert werden und es nicht ausschliesslich zu einem Abbau von oberirdischen Parkplätzen kommt. Als konkrete Beispiele erfragt wurden, nannte sie jedoch nur zwei Projekte im Westfeld und im Erlenmatt. Weitere Quartierparkings wurden nicht erwähnt. Wohl weil sie, zumindest die Vermutung, aktuell überhaupt nicht entstehen. Gleichzeitig war aber Esther Keller als

Parlamentarierin an vorderster Front dabei, als es darum ging, aktuelle Quartierparking-Projekte zu versenken. So hat sie noch im Regierungsratswahlkampf das Quartierparking beim UKBB abgelehnt und bekämpft. Nun sind ihre diesbezüglichen Aussagen eher widersprüchlich. Auch beim Landhof bleibt unklar, wie stark das Interesse an diesem Quartierparking tatsächlich war. So bleibt der Verdacht bestehen, dass zwar bei der Aufhebung der Parkplätze gerne reflexartig auch von Esther Keller, dass Quartierparkings realisiert werden sollen, hingewiesen wird, wenn es dann aber konkret wird, bleibt sie wie so oft auch bei diesem Thema vage und es geschieht wenig bis nichts. Doch die dafür aufgehobenen Parkplätze sind dann eben schon aufgehoben, ohne dass ein Ersatz geschaffen wurde.

Noch in seiner Stellungnahme auf eine Interpellation meines Kollegen Beat Schaller vom 1.07.2020 antwortete der Regierungsrat, dass auch weiterhin bei anstehenden Arealentwicklungen bei relevanten Neuüberbauungen die Möglichkeit eines Quartierparkings geprüft werde. Im April 2021 beantragte der Regierungsrat zudem eine Überweisung des Anzugs Luca Urgese betreffend konkrete Planung von Quartierparkings stehen zu lassen und Grundlagen aufzuarbeiten. Die in den Medien getätigten Äusserungen von Regierungsrätin Esther Keller sind angesichts der unkorrekten Beantwortung dieser Vorstösse schwammig. Es ist angesichts des permanenten Abbaus von oberirdischen Parkplätzen und der zunehmenden Parkplatzknappheit für Anwohnende und Gewerbetreibende in den Quartieren aber wichtig, dass die zuständige Bau- und Verkehrsdirektorin in der Öffentlichkeit verlässliche und präzise Aussagen zur Situation und zum Planungsstand macht. Deshalb bin ich gespannt auf die schriftliche Beantwortung meiner Interpellation.

#### **Interpellation Nr. 4 Michael Hug betreffend Erwerb des Clara-Areals**

[09.02.22 15:13:56, FD, 22.5033, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Der Regierungsrat beantwortet diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1, 2 und 3:

Der Kauf des Clara-Areals erfolgte ins Finanzvermögen, welches der Kompetenz des Regierungsrats untersteht. Der Regierungsrat erteilt Immobilien Basel-Stadt ein Verhandlungsmandat mit einem Kostenrahmen und im Falle eines Zuschlags entscheidet der Regierungsrat abschliessend über den Kaufvertrag. Wenn sich der Kanton an Kaufgeschäften beteiligt, macht er ein marktübliches Angebot. Dieses beruht auf Einschätzungen von Dritten und von IBS. Oft erhält er den Zuschlag auch nicht, aber die Strategie von marktüblichen Angeboten ist für den Kanton wichtig, da er eben nicht als preistreibender Faktor am Immobilienmarkt agieren will. In den Medien gemachte Aussagen, dass der Kanton mit marktunüblich hohen Kaufpreisen operiert, sind schlicht falsch. Beim Kauf einer Liegenschaft nimmt der Kanton am wirtschaftlichen Wettbewerb teil und handelt privatrechtlich. In dieser Funktion untersteht er nicht dem Informations- und Datenschutzgesetz des Kantons Basel-Stadt, daher unterliegt er nicht dem Öffentlichkeitsprinzip und muss den Kaufpreis nicht offenlegen. Die Höhe des Preisangebotes des Kantons beruht auf der Immobilienbewertung von Dritten und wird grundsätzlich nicht kommuniziert. Dies ist bei Kaufs- und Verkaufsgeschäften im Immobilienbereich üblich und Voraussetzung, dass der Kanton auch in Zukunft am Markt aktiv sein kann. Im vorliegenden Fall des Erwerbs des Clara-Areals wurde ausserdem vertraglich Stillschweigen über den Verkaufspreis vereinbart.

Zu Frage 4:

Das stimmt, es gibt Wohnungen in unterschiedlichen Preiskategorien. Der Regierungsrat sieht zurzeit keinen Korrekturbedarf bei den Mietpreisen auf dem Clara-Areal. Er will den Charakter des Wohnareals erhalten.

Zu Frage 5, 6 und 7:

Der Kanton hat einen marktüblichen Preis bezahlt. Mit dem Kauf kann der Kanton seinen Auftrag einer aktiven Bodenpolitik umsetzen und Einfluss auf die Entwicklung dieses Areals nehmen. Der Kauf eines Wohnareals dieser Grössenordnung aus verschiedenen Preissegmenten ist eine einzigartige Chance, um Wohnraum für alle Bedarfsgruppen langfristig zu sichern.

Zu Frage 8:

Der Regierungsrat setzt den in mehreren Volksabstimmungen ausgedrückten Willen der Bevölkerung um. Aktive Bodenpolitik, Schaffung und Erhaltung von Wohnraum für die gesamte Bevölkerung inklusive preisgünstigen Wohnraum. Aktivitäten in diesem Bereich fallen nicht unter das Verwaltungsvermögen und somit wurde auch die Ausgabenkompetenz des Finanzhaushaltsgesetzes eingehalten. Wenn der Kanton bei jedem Landerwerb ins Finanzvermögen zuerst den Grosse Rat konsultieren müsste, würde dies jegliche Käufe verunmöglichen. Einerseits aufgrund der längeren Dauer des Prozesses und andererseits aufgrund der Offenlegung des Kaufpreises. Das Finanzhaushaltsgesetz beschreibt im § 50 Abs. 4, dass bei der Bewirtschaftung und Entwicklung des Finanzvermögens die wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Nachhaltigkeit berücksichtigt wird. Genau das hat der Regierungsrat beim Kauf des Clara-Areals gemacht.

*Michael Hug (LDP):* Regierungsrätin Tanja Soland, vielen Dank für die Beantwortung. Vielleicht zwei Aspekte, die mir in diesem Zusammenhang mit der Beantwortung aufgefallen sind. Zum einen ist die Strategie, die der Kanton verfolgt,

entscheidend auch für den Steuerzahler zu wissen, wieso man dieses Areal und auch andere Areale in der Vergangenheit erworben hat, gerade im Perimeter des Kleinbasels. Dort wird einfach verwiesen auf die Volksabstimmungen und den damit ausgedrückten Willen der Bevölkerung, dass man eine aktive Bodenpolitik verfolge und die Schaffung und den Erhalt von Wohnraum für die gesamte Bevölkerung gewährleisten will und der preisgünstige Wohnraum ist damit inbegriffen. Die Beantwortung geht nicht konkret auf die Unterscheidung zwischen dem Finanz- und Verwaltungsvermögen ein. Ich habe jetzt auch keine juristische Auseinandersetzung erwartet, aber es wird einfach direkt darauf hingewiesen, dass das Finanzvermögen dasteht und darum ist der Regierungsrat zuständig. Wenn man die Medienmitteilungen liest, dann steht, dass man sich einen Handlungsspielraum sichern wolle und nach meiner Leseart entspricht das dann eben nicht dem Finanzvermögen, sondern man nimmt eigentlich Einfluss und wird dann eine Renditeschmälerung in Kauf nehmen, zum Beispiel auch für preisgünstigen Wohnraum, und dieser Einnahmeverzicht ist eigentlich als Ausgabe zu qualifizieren, die der Steuerzahler zu zahlen hat. Es ist nicht nur einfach eine mittelbare Anlage wie eine Aktie oder eine Immobilie, die normale Rendite abwirft, sondern man schreibt ja aktiv, dass man auch preisgünstigen Wohnraum anbieten will und in diesem Delta zwischen Marktpreis und einem reduzierten Preis, dort würde ich sagen, ist es eine Ausgabe und dann ist zumindest nicht eindeutig, ob es Finanz- oder Verwaltungsvermögen konkret ist. Ich hätte mir erhofft, dass man mehr auf diesen Punkt eingehen würde, darum bin ich auch nicht befriedigt mit dieser Beantwortung.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5033 ist **erledigt**.

#### **Interpellation Nr. 5 Jenny Schweizer betreffend Einführungsklassen Schuljahr 21/22 und 22/23, Vorgehen**

[09.02.22 15:20:52, ED, 22.5043, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

*Jenny Schweizer (SVP):* Die Einführungsklassen wurden 2019 neu wieder eingeführt. Sie wurden eingeführt, weil sie gebraucht werden. Sie werden gebraucht, um Schüler mit Entwicklungsverzögerungen in einem anderen Rahmen zu unterrichten, damit sie nach zwei Jahren Primarschule wieder in die Regelklassen zurückkehren und dort die restliche Primarschulzeit verbringen können. Die Einführungsklassen wurden nicht nur von Eltern, sondern auch von der Lehrerschaft und dem Erziehungsrat gewünscht. Umso erstaunlicher finde ich es, dass nicht von Anfang an Gebrauch davon gemacht wurde und so freue ich mich auf die Beantwortung meiner Interpellation.

#### **Interpellation Nr. 6 Beat Braun betreffend Durchführung Fasnacht 2022**

[09.02.22 15:22:03, PD, 22.5057, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD:* Nachdem die Katze schon aus dem Sack ist, komme ich mir ein bisschen wie die alte Fasnacht vor, bin aber selbstverständlich sehr gerne bereit, Ihnen diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt zu beantworten:

Die epidemiologische Lage ist weiterhin angespannt. So bewegen sich die Ansteckungszahlen weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Die Situation in den Spitälern ist jedoch unter Kontrolle, sodass die diesjährige Fasnacht mit Einschränkungen grundsätzlich stattfinden kann. Der Regierungsrat will eine Fasnacht für Aktive. Hingegen soll die Attraktivität für Zuschauende limitiert werden. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass er so die Gesundheit der teilnehmenden Fasnächtlerinnen und Fasnächtler grösstmöglich schützen kann.

Zu den Fragen, Frage 1:

Aufgrund der epidemiologischen Entwicklung hat der Regierungsrat beschlossen, dass Gässle während 72 Stunden möglich zu machen, das heisst, von Montagmorgen, 7. März, 4 Uhr bis Donnerstagmorgen 10. März, 4 Uhr. Hingegen möchte der Regierungsrat aufgrund der erhöhten Ansteckungsgefahr im Innenbereich an den Einschränkungen der Gastronomie festhalten. Hier gelten angepasste Öffnungszeiten von 5 bis 1 Uhr morgens und die Zertifikatskontrollpflicht. Betriebe mit permanent verlängerten Öffnungszeiten gemäss ihrer Betriebsbewilligung können geöffnet bleiben. Die Cliquenkeller können ebenfalls von 5 bis 1 Uhr offen bleiben, sind aber nur für Mitglieder zugänglich. Für den gleichen Zeitraum werden im Aussenbereich auf den Boulevardflächen Gelegenheits- und Festwirtschaftsbewilligungen erteilt.

Zu Frage 2:

Wie einleitend erwähnt, möchte der Regierungsrat bei den Rahmenbedingungen für die Fasnacht die Aktivitäten im Freien

möglich machen, zumal hier die Ansteckungsgefahr mit Covid-19 wesentlich geringer ist als im Innenbereich. Vor diesem Hintergrund verzichtet der Regierungsrat auf die Aufhebung der Sperrstunde, hingegen können alle Gastronomiebetriebe einheitlich von 5 Uhr morgens bis 1 Uhr abends öffnen und es können in diesem Zeitfenster auch Bewilligungen für Gelegenheitsgastronomie im Aussenbereich erteilt werden.

Zu Frage 3:

Die Covid-Ansteckungsgefahr ist nicht von Tageszeiten abhängig. Hinsichtlich der zugelassenen Zeiten für das Gässle verweisen wir auf die Antwort von Frage 1.

Zu Frage 4:

Der Regierungsrat hat früh signalisiert, dass er den Handlungsspielraum nutzen möchte, um an allen Fasnachtstagen ein unorganisiertes Gässle möglich zu machen. Darüber hinaus soll auch ein Morgenstreich mit Einschränkungen möglich sein. Ferner wird der Regierungsrat dafür besorgt sein, dass die Lichter am Montagmorgen, 7. März um 4 Uhr gelöscht werden.

Zu Frage 5:

Am 2. Februar 2022 hat der Bundesrat bei den Kantonen eine Konsultation über mögliche Lockerungen der Covid-Massnahmen gestartet. Am 20. Februar 2022 wird der Bundesrat aufgrund der Antworten zur Konsultation und der epidemiologischen Lage entscheiden, ob die heute bestehenden Covid-Massnahmen schrittweise gelockert oder gesamthaft aufgelöst werden können. Deshalb kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine abschliessende Aussage gemacht werden, welche Vorschriften des Bundes für eine Durchführung der Basler Fasnacht von 7. bis zum 9. März berücksichtigt werden müssen. Aber selbstverständlich wird die Weiterentwicklung berücksichtigt und Anpassungen für die Rahmenbedingungen für die Fasnacht 2022 sind möglich.

*Beat Braun (FDP):* Do uff däm Bank für d'Antwort sag ich vile Dank. Ich glaub, do in däm Parlamänt, isch das jetzt mi scheentscht Momänt. Nachdäm die letschte beide Joohr, bim Bermudadreyeck ungfohr e Stimmig gseh isch als zum Gähne wie jewils als bim Hörnli äne, isch dert denn bald s`Gegeteil, das isch exgüsi megageil. E Monat lang darf me sich fräie, mit Vorfasnacht und Faschtewäie, jä, bis es denne Vieri schloht und gemäss Regierig sogar s'Liecht abgoht. Es wird gschränzt und grötzt, ganz bierewach, Schnurrebege dank mit Zitterstreich. Ich hoff, es wird sich denn ergäh, dass mir denn könne aine näh. Zletscht gib ich jetzt noh zum Attäscht, d'Antwort isch rächt, e scheene Räscht. Dr Interpellant isch befriedigt. [Applaus]

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 22.5057 ist **erledigt**.

### **Interpellation Nr. 7 Toya Krummenacher betreffend kantonale Umsetzung Bundesgerichtsentscheid zur Unterstellung von Betreuer:innen in Privathaushalten unter das Arbeitsgesetz (2C\_470/2020)**

[09.02.22 15:28:26, WSU, 22.5059, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Das Bundesgericht hat in einem Grundsatzurteil vom 22. Dezember 2021 entschieden, dass das Arbeitsgesetz für 24-Stunden-Arbeitsverhältnisse in Privathaushalten zur Anwendung kommt, wenn ein Dreiparteienverhältnis besteht, also eine Verleihfirma oder Organisation beteiligt ist. Weiterhin keine Anwendung findet das Arbeitsgesetz auf Konstellationen, in welchen die jeweilige Arbeitskraft direkt vom privaten Haushalt angestellt wird, denn das Arbeitsgesetz definiert Privathaushalte explizit als Ausnahme von seinem Anwendungsbereich. Gemäss Vorgabe des SECO wurde das Arbeitsgesetz bisher in der ganzen Schweiz nicht auf die 24-Stunden-Betreuung in privaten Haushalten angewendet, wenn diese mittels Personalverleih erbracht wurde.

Zu den Fragen, zu Frage 1:

Die betroffenen Verleihfirmen und Organisationen werden vom Amt für Wirtschaft und Arbeit schriftlich über die Konsequenzen des Bundesgerichtsentscheides sowie über die Art der künftigen Überprüfung der Einhaltung der arbeitsgesetzlichen Vorschriften informiert. In diesem Schreiben wird auch ausgeführt sein, dass gemäss den Regeln des Arbeitsgesetzes eine 24-Stunden-Betreuung über mehrere Wochen hinweg durch eine einzelne Person nicht mehr möglich ist und somit die bisherige kantonale Praxis, welche auf der Vorgabe des SECO beruhte, nicht mehr weitergeführt wird.

Zu Frage 2:

Der Beginn der Vollzugskontrollen wird so festgelegt, dass den Verleihfirmen genügend Zeit zur Verfügung steht, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Bereits jetzt steht das Arbeitsinspektorat in Betrieben als Ansprechpartner für eine korrekte Umsetzung der neuen Rechtsprechung zur Seite.

Zu Frage 3:

Beabsichtigt sind 10 bis 15 Kontrollen, je nach Ergebnis der anfänglichen Inspektion besteht die Möglichkeit, die Kontrolltätigkeit zu intensivieren. Zusätzlich zu den geplanten ordentlichen Kontrollen werden bei entsprechenden Meldungen spezifische Überprüfungen durchgeführt.

Zu Frage 4:

Die Überprüfung der Einhaltung der Arbeits- und Ruhezeit erfolgt stichprobenweise, bei den Verleihfirmen und Organisationen insbesondere durch Einsichtnahme in das Zeiterfassungssystem. Es wird voraussichtlich auch Kontrollen am Einsatzort geben. Wird ein Verstoss festgestellt, wird der Betrieb ermahnt. Bei anhaltender Nichteinhaltung des Arbeitsgesetzes wird das Amt für Wirtschaft und Arbeit eine Strafandrohung verfügen.

Zu Frage 5:

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen bei Inspektionen den Behörden sowie bei Abklärungen, welche auf Anweisung der Behörden vorgenommen werden, vom Arbeitgebenden beigezogen und umfassend orientiert werden. Besteht in einem Betrieb eine Arbeitnehmervertretung, so steht das Mitwirkungsrecht dieser Vertretung zu. Werden von den Behörden Massnahmen angeordnet, so muss der Arbeitgebende die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bezugsweise deren Vertretung umfassend über diese Anordnungen orientieren.

Zu Frage 6:

Es können direkt Anzeigen bei der Behörde gemacht werden. Die anzeigende Person hat Anspruch darauf, dass ihre Identität nicht bekannt gegeben wird. Ausserdem geht die Kontrollbehörde auch anonymen Anzeigen nach. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind privatrechtlich vor Repressionen geschützt. Kommt es dennoch zu solchen, etwa zu einer Racheündigung, müssen sie zivilrechtlich dagegen vorgehen. Die Kontrollbehörde kann dies nicht für sie übernehmen.

Zu Frage 7:

Die Einhaltung der arbeitsgesetzlichen Vorschriften wird überwiegend beim Arbeitgebenden sowie bei den Verleihfirmen und Organisationen überprüft. Wo notwendig, kann auch eine Überprüfung am Einsatzort stattfinden. Da hier die Privatsphäre der betroffenen Parteien, das heisst, die betreute Person, ihre Familie und ihre Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer tangiert ist, ist Augenmass und Fingerspitzengefühl gefragt.

Zu Frage 8:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zuständigen Behörde nehmen schon heute Kontrollen in anderen sensiblen Betrieben bezugsweise Bereichen vor, etwa in Heimen oder Spitälern, und verfügen über die notwendigen Erfahrungen für diese Kontrolltätigkeit.

Zu Frage 9:

Gemäss ersten Abklärungen bieten 17 Verleihfirmen und Organisationen mit Sitz in Basel-Stadt eine 24-Stunden-Betreuung in Privathaushalten an.

Zu Frage 10:

Die gesamte Anzahl der 24-Stunden-Beschäftigten, die in der häuslichen Pflege und Betreuung in Privathaushalten im Kanton Basel-Stadt arbeiten, ist nicht bekannt. Im Rahmen der künftigen Kontrollen bei den Verleihfirmen und Organisationen wird sich die Zahl der von ihnen angestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der 24-Stunden-Betreuung in Privathaushalten jedoch erstellen lassen.

Zu Frage 11:

Es wird keine spezifische Allokation von Stellenprozenten für diesen konkreten Kontrollbereich erfolgen. Das Arbeitsinspektorat wird die für eine eingehende und nachhaltige Kontrolle notwendigen Ressourcen bereitstellen.

Zu Frage 12:

Angesichts der überschaubaren Anzahl von betroffenen Betrieben, siehe Antwort zu Frage 9, ist eine Aufstockung zurzeit nicht erforderlich.

*Toya Krummenacher (SP):* Vielen Dank, Regierungsrat Kaspar Sutter, für die Beantwortung meiner Interpellation. Die Arbeitsbedingungen in der 24-Stunden-Betreuung sind unbestrittenermassen, denke ich, äusserst prekär, um nicht zu sagen, unmenschlich, insofern sind wir sehr erleichtert, dass das Bundesgericht hier Klarheit geschaffen hat. Ich höre den Regierungsrat so, dass er das auch so sieht und auch bereit ist, hier den Vollzug vorzunehmen. Was mich nach wie vor beunruhigt, ist die Tatsache, dass der Regierungsrat sehr viel Spielraum nach wie vor einräumt. Bei 10 bis 15 Kontrollen sehe ich nicht, dass diese Arbeit von heute auf morgen faktisch unterbunden werden könnte, denn Tatsache ist, dass das Bundesgerichtsurteil dazu führt, dass eben diese Betreuung durch nur eine Person, wie das Regierungsrat Kaspar Sutter korrekt gesagt hat, faktisch nicht mehr durchführbar ist. Ich hoffe allerdings, dass vielleicht doch noch eine zusätzliche Ressourcenallokation mit der Erfahrung gemacht werden könnte, um diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen, zu schützen vor Ausbeutung und diesen prekären Arbeitsverhältnissen. Insofern kann ich mich nur für teilweise befriedigt erklären.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5059 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 8 Sasha Mazzotti betreffend Umgang mit den Corona Massnahmen an der Volksschule und der Sek II**

[09.02.22 15:35:26, ED, 22.506, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

*Sasha Mazzotti (SP):* Danke für die Gelegenheit Stellung zu nehmen zu meiner Interpellation. Es freut mich Ihnen zu berichten, dass vom Kindergarten bis Sek I-Stufe die Lehrpersonen ab dieser Woche beim Spucktest innerhalb von ein paar Stunden ein individuelles Resultat erhalten, auch wenn die Primarschulklasse am nächsten Tag trotzdem noch zum Depooling muss. Mein Unmut über diese ganze Sache steht allerdings in der Interpellation. Da sie schriftlich beantwortet wird und ich wahrscheinlich erst in drei, vier Monaten meine Befriedigung in einer Nachtsitzung kundtun kann, möchte ich sagen, warum ich diese Interpellation eingereicht habe.

Conradin Cramer sagte neulich in einem Interview, dass es für Lehrpersonen im Moment Knochenarbeit sei in der Schule. Ich danke für diese Anerkennung. Umso mehr erstaunt es mich, dass er zugelassen hat, dass das letzte Semester geprägt war von Ausfällen wegen Depooling und Lehrpersonen, die nicht zum Unterricht konnten, weil ihr Pool, aber nicht sie unbedingt, positiv war. Und auf Sek II-Stufe gab es schon seit Sommer eine Lösung, damit der Unterricht dort mit möglichst wenig Ausfällen stattfinden konnte, und die Schülerinnen und Schüler über 18 Jahren bekamen sogar für 72 Stunden gleich ein persönliches Zertifikat. Schülerinnen und Schüler werden den restlichen Lehrpersonen im Kanton bevorzugt, habe ich das richtig verstanden? Als ich das erfahren habe, war ich mehr als baff, als Lehrerin auf der Primarstufe und als Mutter. Woher kommt diese Ungleichbehandlung? Und wenn es eine finanzielle Frage ist, warum nicht die Lehrpersonen bevorzugen, wo der Fernunterricht eben schwieriger ist und die Schulstunden nicht einfach ausfallen können oder mit einer Aufgabe gelöst werden kann? Ist dem ED bewusst, was an den Schulen los war am Abend nach dem Spucktest? Die Suche nach Vertretungen wegen den Ausfällen der Lehrpersonen für einen Tag und jetzt wo zurecht die genesenen Kinder trotz des positiven Klassenpools in die Schule kommen, die Lehrpersonen aber beim Depooling sind, was das bedeutet? Und dann die Eltern, die alles stehen und liegen lassen müssen, um ihr Kind zum Depooling zu begleiten?

Es ändert sich jetzt, aber diese Ungleichbehandlung der Lehrpersonen auf Sek II-Stufe im Gegensatz zur Primarstufe und Sek I ist doch eigentlich ein Skandal oder liege ich völlig falsch? Es fehlen konstant 5% der Lehrpersonen an den Schulen wegen Corona. Diese Lehrpersonen müssen vertreten werden. Wenn dann bis diese Woche auch die, die zum Depooling müssen, fehlen, ist das eine grosse Arbeit und ja, Knochenarbeit. So lange an den Knochen schaben, bis nur noch ein dünnes Skelett da steht. Ich danke dem ED, dass das jetzt endlich klappt mit dem individuellen Pooltest und bin gespannt auf die doch bitte selbstkritische Antwort.

**Interpellation Nr. 9 Catherine Alioth betreffend bleibt die Art Basel in Basel?**

[09.02.22 15:38:38, WSU, 22.5061, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Regierungsrat beantwortet diese Interpellation wie folgt:

Das Team der Art Basel hat sich an der öffentlichen Ausschreibung der Réunion des musées nationaux für die Durchführung einer Messe für zeitgenössische und Moderne Kunst im Grand Palais resp. im Grand Palais Éphémère in Paris beworben und den Zuschlag bekommen. Das ist für das Unternehmen eine gute Nachricht. Die neue Messe in Paris hat eine andere Ausrichtung als die Art Basel. Im Zentrum stehen die französischen Kulturindustrien mit Kunst, Mode und Design, Film und Musik. Die strategische Ausrichtung der Art Basel ändert sich durch den Entscheid nicht. Die MCH Group AG ist schon heute neben dem Standort Basel bereits international ausgerichtet und organisiert seit längerem Kunstmesen in anderen Weltregionen. Aber trotz der unterschiedlichen Ausrichtung der Art Basel und der neuen Messe in Basel, die Konkurrenz zwischen den Standorten existiert und diese Konkurrenz ist hart. Auch ohne den Sieg des Art Basel-Teams bei der Ausschreibung der Réunion des musées nationaux würde es diese Messe in Paris geben.

Zu Frage 2:

Der Kanton Basel-Stadt hat im Verwaltungsrat der MCH Group AG zwei Sitze, die mit Dagmar Kamber Borens und mit Christoph Brutschin besetzt sind. Zusammen mit dem Vertreter der Stadt und des Kantons Zürich nehmen die Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen Hand drei von insgesamt neun Verwaltungsratssitzen ein. Mit einem Aktienanteil von 33,34% haben die öffentlichen Hände eine Sperrminorität, auch was eine Änderung der Statuten der MCH Group AG betrifft und gemäss diesen Statuten sollen Messen, Kongresse und weitere Veranstaltungen in den vorhandenen Infrastrukturen an den Standorten in Basel und Zürich durchgeführt werden.

Zu Frage 3:

Ja, das kann bestätigt werden. Die Zusicherung des Investors, wonach der Unternehmenszweck mit der Durchführung von Messen, Kongressen und weiteren Veranstaltungen in den hiesigen Infrastrukturen erfüllt werden soll, nennt die Art Basel explizit und gilt für 15 Jahre ab dem Eintritt im Jahre 2020. Eines sei trotz dieser Zusicherung festgehalten, langfristig ist keine Messe sicher, weder in Basel noch anderswo. Die MCH Group AG und Basel als Standort sind gefordert beizutragen, dass die Art Basel hier erfolgreich bleibt und bleiben kann.

Zu Frage 4:

Diese Frage ist mit Blick auf die obige Antwort obsolet.

Zu Frage 5:

Der Regierungsrat setzt sich auf verschiedenen Ebenen für die Art Basel ein und unterstützt ihre Durchführung. Der Stellenwert der Art Basel ist für Basel-Stadt sehr hoch, sowohl für das Unternehmen MCH Group AG und insbesondere für den Standort Basel mit der Hotellerie, Gastronomie und dem Detailhandel. Aber nicht nur das, Basel ist Kunststadt und die Art Basel stärkt diesen Ruf und Anspruch bezugsweise ist ein sehr wichtiger Ankerpunkt dafür.

*Catherine Alioth (LDP):* Ich bedanke mich bei Regierungsrat Kaspar Sutter für die rasche mündliche Beantwortung meiner Interpellation. Die Art Basel ist eine Erfolgsgeschichte. Durch sie hat unsere Stadt definitiv internationale Ausstrahlung erreicht. Sie bürgt für Qualität und zieht dadurch nicht nur namhafte Galerien, Sammler, Museumsdirektoren und Kuratoren an, sondern auch weitere Messen, etwa die Scope Basel oder die photo Basel Kunstmesse und andere mehr, die parallel stattfinden. Die Stadt wird zu einem Kunstmesseerlebnis. Die Art bringt viele Besucherinnen und Besucher nach Basel, sie nähren unsere Volkswirtschaft. Die Basler Hotelier-, Gastronomie- und Tourismusbranche hat denn auch in den letzten Jahren ausgebaut und profitiert stark davon. Nun hat sich die Art Basel für die Durchführung einer Messe für zeitgenössische Kunst in Paris beworben und den Zuschlag erhalten. Die vielen Exponenten in Basel beobachten diese Entwicklung mit grosser Sorge. Sie befürchten Konkurrenz und diese ist ja nicht ganz auszuschliessen.

Mit der Art Basel in Miami Beach und der Art Basel in Hongkong hat sich die Art Basel zusätzliche Veranstaltungsorte aufgebaut, die eine auf dem nordamerikanischen Kontinent, die andere auf dem asiatischen Kontinent. Mit dem Zuschlag, eine Messe in Paris auszurichten, findet neben der Art Basel auf dem europäischen Kontinent eine zweite Kunstmesse statt. Geografisch nahe gelegen, drei Zugstunden voneinander entfernt. Paris ist eine kreative und pulsierende Weltstadt und ist auch kulturell dominant. Wird die Art Basel dieser Expansion standhalten können oder ist ein schleichender Abzug der Art Basel nach Paris zu befürchten? Der Messestandort Basel hat bereits die Basel World nach Genf verloren, auch eine Muba gibt es nicht mehr, eine weitere Messe zu verlieren wäre doch katastrophal. Ich kann den Antworten der Regierung folgen, natürlich ist es ein Blick in die Glaskugel, wir wissen nicht, wie es in den nächsten Jahren aussehen wird, von dem her erkläre ich mich teilweise befriedigt von der Antwort.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5061 ist **erledigt**.

### Interpellation Nr. 10 René Brigger betreffend Kosten und Dauer der Corona-Tests

[09.02.22 15:45:02, GD, 22.5063, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

*René Brigger (SP):* Meine Interpellation datiert vom 2.02.2022, da habe ich einen Presseartikel aufgenommen, nachdem ein österreichischer Konkurrent geschrieben hat, dass die PCR-Tests in der Schweiz 14-mal teurer sind und auch die Zeitdauer, bis zur Bekanntgabe des Resultates, doppelt so lang sind. Ich habe zwei, drei Mal hier als Grossrat an diesem Pooltest mitgemacht, ich wusste nicht, wie teuer das ist. Offenbar kostet das Fr. 88, das scheint mir viel und ich habe jeweils die Resultate immer gut 48 Stunden später, also nach drei Uhr nach Abgabe auf der Post erhalten. Erstens mal der Preis, zweitens ist das Testergebnis gut zwei Tage nach Abgabe dieser Probe mit dieser Salzwasserlösung natürlich nur noch beschränkt sinnvoll. Und jetzt neuerdings, vor zwei Tagen habe ich es gehört, der Preisüberwacher geht da von einem Preisunterschied von 31-fach aus, die Schweizer Anbieter machen einen 31-fach höheren Tarif geltend. Die Leistungen sind offenbar nicht besser, sondern eher schlechter, auch was die Dauer betrifft. Ich habe da grosse Mühe und ich glaube, wir sind da etwas abgezockt worden und ich habe überhaupt Mühe, wenn in einer Notlage zugeschlagen wird. Ich weiss, es ist auch ein Problem der Tarifierung, da ist der Bund zuständig, aber ich wäre doch froh, wenn die Antworten - also die überschlagen sich und vielleicht ist in einem Monat der PCR-Test nicht mehr ganz so relevant, aber trotzdem, da wird offenbar ein Umsatz von Fr. 1'500'000'000 gemacht oder Fr. 1'500'000'000 hätte die Schweiz zu viel bezahlt, also das ist schon ein Thema. Ich bin nicht der grosse Interpellant, aber das hat mich schon ziemlich genervt und da danke ich Lukas Engelberger im Voraus für die Antwort.



**Interpellation Nr. 11 Michelle Lachenmeier betreffend (unzulässiger?) Beeinflussung des Abstimmungskampfes zur Initiative "Ja zur Primateninitiative" durch den Regierungsrat**

[09.02.22 15:47:25, PD, 22.5064, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD:* Gerne beantworte ich die Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Vorsteher des Gesundheitsdepartements bringt im fraglichen Statement zwar die Position des Gesamtregierungsrates zur Primateninitiative zum Ausdruck, hat das Video jedoch in eigener Verantwortung aufgenommen. Der Regierungsrat ist sich einig, dass der Kontext des Statements nicht optimal war.

Zu den Fragen 2 und 3:

Der Regierungsrat sieht im Video des Gesundheitsdirektors keine behördliche Propaganda in dem Sinne, dass dadurch unsachlich und ausgewogen in die Meinungsbildung der Stimmberechtigten eingegriffen worden wäre. Insbesondere ist kein Regierungsratsmitglied Mitglied des Nein-Komitees und dieses wird weder finanziell noch auf andere Weise unterstützt.

Zu Frage 4:

Der Regierungsrat sieht im Video des Vorstehers des Gesundheitsdepartements eine Meinungsäusserung unter zahlreichen anderen, welche im Vorfeld der Abstimmung geäussert werden. Eine unangemessene Beeinflussung der laufenden Diskussion ist nicht zu erkennen, weshalb der Regierungsrat die laufende Meinungsbildung nicht für beschädigt hält.

*Michelle Lachenmeier (GAB):* Ich danke Beat Jans für die mündliche Beantwortung meiner Interpellation. Auch die Regierung hat den Auftritt von Regierungsrat Lukas Engelberger als nicht optimal eingestuft, das nehme ich gerne zur Kenntnis. Auch dass es ein Thema geworden ist und man zu diesem Schluss gekommen ist. Was mich aber vor allem stört, ist der Umstand, dass Lukas Engelberger auf einem Plakat mit dem Slogan "Keine Menschenrechte" posiert hat. Darauf ist die Regierung in ihrer Antwort leider nicht explizit eingegangen. Regierungsrat Lukas Engelberger weiss als Jurist ja genau, dass es einen Unterschied zwischen Menschenrechten und Grundrechten gibt, natürlich weiss das auch das Gegenkomitee, und hat diesen Begriff auch ganz bewusst verwendet und damit suggeriert, dass Affen hier vermenschlicht werden sollen. Die Verwendung des Begriffs Menschenrechte ist nicht nur rechtspragmatisch falsch, in diesem Zusammenhang ist sie auch reisserisch und irreführend.

Dass die Initiative keine Menschenrechte für Affen fordert, das zeigen auch die beiden Urteile. Lukas Engelberger kennt als zuständiger Regierungsrat die beiden Urteile über die rechtliche Zulässigkeit der Initiative bestens. Ich erlaube mir hier noch aus dem Urteil des Bundesgerichts zu zitieren, dort heisst es: "Mit der Initiative "Grundrechte für Primaten" wird nicht verlangt, bestehende für Menschen geltende Grundrechte auf bestimmte Tiere anzuwenden, sondern die Einführung von speziellen nur für nichtmenschliche Primaten geltende Rechte. Die Gewährleistung von solchen speziellen Rechten im öffentlichen Bereich für bestimmte Tiere durch einen Kanton würde zwar ungewohnt erscheinen, sie widerspricht jedoch an sich nicht übergeordnetem Recht, zumal damit nicht auf Menschen zugeschnittene Grundrechte auf Tiere ausgeweitet werden sollen und die grundsätzliche Unterscheidung zwischen Rechte für Tiere und menschlichen Grundrechte nicht in Frage gestellt wird."

Trotzdem stellt sich Lukas Engelberger vor diesen falschen und irreführenden Slogan, nicht nur für ein Foto, sondern für ein ganzes Video, in welchem er vor gravierenden Folgen warnt und das sogar noch mit den Worten beendet, dass der Gesamtregierungsrat die Initiative aus den genannten Gründen ablehnt. Damit wurde meines Erachtens die Pflicht der Regierung einer objektiven und ausgewogenen Orientierung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger missachtet. Es gibt eben einen guten Grund, dass die Regierung nur sachlich und ausgewogen über eine Abstimmung informieren darf und dafür ihre eigenen Kanäle nutzen muss. Wenn sich nämlich ein Regierungsrat in der Öffentlichkeit vor ein Plakat eines privaten Komitees hinstellt, dann verleiht er diesem Komitee eine besondere Aufmerksamkeit und er verleiht dem falschen Slogan auch eine gewisse Legitimation. Auf den durchschnittlichen Stimmbürger wirkt das dann so, als ob das, was dort geschrieben steht, auch korrekt ist. Aber eben, es ist nicht korrekt, es sind hier keine Menschenrechte, worüber wir abstimmen.

Ich erwarte daher von Regierungsrat Lukas Engelberger, dass er das Video, soweit das noch möglich ist, vom Netz nimmt oder wenigstens die angesprochenen Punkte berichtigt oder dass Lukas Engelberger meinetwegen ein neues Statement veröffentlicht, sowie das auch im Übrigen Regierungsrat Kaspar Sutter gemacht hat. Kaspar Sutter hat sich aber an die Regeln gehalten und vor neutralem Hintergrund ein sachliches Argument vorgebracht, was eben zulässig ist. Aus diesem Grund bin ich von der Antwort nur teilweise befriedigt.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5064 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 12 Thomas Gander betreffend den Sporthallensanierungen auf dem Campus Bäumlhof, Drei Linden und Hirzbrunnen**

[09.02.22 15:53:18, ED, 22.5066, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

*Thomas Gander (SP):* Ich möchte es kurz machen, aber trotzdem auf die Dringlichkeit hinweisen. Dort läuft zurzeit wieder eine Projektierung, die damals von der Finanzkommission klar als gebunden deklariert worden ist, und es geht um die Turnhalle Hirzbrunnen. Dort ist die Idee schon länger, auf die Sporthallenknappheit gerade im Schulsport mit einer Dreifachturnhalle zu reagieren und die Projektierung sieht es aber vermeintlich, sage ich jetzt mal oder ich weiss es eben nicht, deshalb bin ich auch auf die Antwort gespannt, nicht so vor. Man muss einfach wissen, die Schüler\*innenzahlen oder auch die Klassenzahlen sind seit 2010, als man das erste Mal über diese Sanierung gesprochen hat, natürlich massiv gestiegen und die Kapazitäten entsprechen heute auch nicht mehr den Gegebenheiten, die eben benötigt werden. Deshalb ist es wichtig, dass diese Projektierungsphase, ich habe das nachgelesen im Finanzkommissionsbericht, jetzt im 2022 weitergeführt wird, dass dort die neue Ausgangslage antizipiert ist.

Das ist der Grund für diese Interpellation und ich weiss, wir sprechen hier von einem 3-Rollen-Modell, wo auch das BVD und das Finanzdepartement darin involviert sind und deshalb auch mein Appell an diese Seite, nicht nur an die Seite des Erziehungsdepartements, hier wirklich noch mal auf diese Projektierung zu achten und zu schauen, wurde die neue Ausgangslage hier wirklich gut antizipiert. Ich hätte keine Probleme, wenn das Geschäft dann in die Finanzkommission kommt und als gebunden erklärt wird, wie wir das auch schon bei anderen Sanierungsprojekten gemacht haben, wie zum Beispiel bei der Margarethen, dieses als neu zu deklarieren und dann gibt es eine politische Diskussion, denn wir müssen auch langfristig angelegte Sanierungsprojekte antizipieren, sonst laufen wir der Entwicklung immer hinterher. Deshalb bin ich sehr auf die schriftliche Antwort gespannt.

**Interpellation Nr. 13 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Vorbereitung auf eine Strommangellage**

[09.02.22 15:55:52, WSU, 22.5067, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 14 Pascal Pfister betreffend Aufarbeitung der Ereignisse beim Messeplatz vom 24. November 2018**

[09.02.22 15:56:19, JSD, 22.5068, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Der Regierungsrat kann bekanntlich keine laufenden Strafverfahren kommentieren. Gemäss § 29 Abs. 3 des Gesetzes betreffend die Organisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft kann er aber für besondere Aufgaben ausserordentliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ernennen. Sie müssen die Wählbarkeitsvoraussetzungen gemäss § 12 Abs. 2 GOG erfüllen. Der Fall einer besonderen Aufgabe wird regelmässig dann angenommen, wenn die Staatsanwaltschaft aufgrund einer Strafanzeige, mit der sie selber oder ein Mitglied einer Strafbehörde einer Straftat beschuldigt wird, wegen eigener Befangenheit die Voruntersuchung nicht selber führen kann. Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt hat bezüglich der gegen sie in der vom Interpellanten erwähnten Strafanzeige erhobenen Vorwürfe bereits im Dezember des vergangenen Jahres einen Antrag auf Einsetzung einer ausserordentlichen Staatsanwältin oder eines ausserordentlichen Staatsanwalts gestellt. An seiner gestrigen Sitzung hat der Regierungsrat diesem Antrag folgend einen ausserordentlichen Staatsanwalt ernannt. Das Verfahren bezüglich der gegen die Kantonspolizei Basel-Stadt erhobenen Vorwürfe führt die Staatsanwaltschaft selbst.

*Pascal Pfister (SP):* Diese Interpellation ist der Ausdruck davon, dass diese Ereignisse, es handelt sich da ja um eine Grossdemonstration, die stattgefunden hat, die verschiedentlich im Nachgang zu Diskussionen geführt hat, zu immer wieder neuen Informationen, die an die Öffentlichkeit gedrungen sind, und ich glaube, wir brauchen eine politische Aufarbeitung dieser Ereignisse, insbesondere die Rolle der Staatsanwaltschaft ist wirklich zu beleuchten. Wenn Sie die

Interpellation gelesen haben, geht es auch darum, wie auf eine frühere Interpellation die Staatsanwaltschaft Auskunft gegeben hat, so dass man wirklich auch Zweifel an der Darstellung der Staatsanwaltschaft haben kann. Das finde ich politisch doch sehr wichtig, dass das alles sauber aufgearbeitet wird. Wenn es jetzt zuerst juristische Verfahren geben wird in dieser Sache, dann kann ich die Antwort der Regierung so nachvollziehen, dass man hier nicht Stellung nehmen muss oder will, und ich nehme mit Dankbarkeit zur Kenntnis, dass das jetzt auch ausserhalb von Basel-Stadt oder mit einer Sonderstaatsanwältin oder Staatsanwalt untersucht werden soll. Ich glaube, das ist jetzt die richtige Massnahme und erkläre mich deshalb im Moment befriedigt mit der Antwort.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 22.5068 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 15 Pascal Messerli betreffend "Stadtflucht von Schweizerinnen und Schweizer infolge links-grüner Regierungsmehrheit - was wird dagegen unternommen?"**

[09.02.22 15:59:48, PD, 22.5069, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 16 Patrizia Bernasconi betreffend einer klimafreundlichen Nationalbank**

[09.02.22 15:59:56, FD, 22.507, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Der Regierungsrat beantwortet die Fragen 1 bis 4 dieser Interpellation wie folgt:

Der Regierungsrat hat kürzlich die Petition "Klimarisiken, Kantone müssen die SNB in die Pflicht nehmen" behandelt, welche die Kantone auffordert, ihre Stellung als Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank zu nutzen, um Einfluss auf die Anlagestrategie der SNB zu nehmen. Dem Regierungsrat sind Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit zentrale Anliegen. So bildet Klimaschutz auch einer der Schwerpunkte in der kommenden Legislaturperiode 2021 bis 2025. Dem Regierungsrat ist es aus rechtlichen Gründen nicht möglich, auf die Anlagestrategie der SNB Einfluss zu nehmen, wie es die Interpellantin formuliert. Die Aufgaben der SNB und die Möglichkeiten der Kantone sind in Artikel 5 des Bundesgesetzes über die Schweizerische Nationalbank abschliessend geregelt. Die Unabhängigkeit der SNB ist dem Regierungsrat wichtig und er stellt sie in keiner Art und Weise infrage.

Der Regierungsrat würde es begrüessen, wenn die SNB den Klimawandel als möglichen Einflussfaktor stärker berücksichtigen würde. Ein Vorbild könnte die Europäische Zentralbank EZB sein. Die EZB schreibt: "Der Klimawandel kann sich auf die Preisstabilität auswirken. Deshalb werden wir im Rahmen unseres Mandats unseren Teil dazu beitragen, den Klimawandel zu bekämpfen". Der Regierungsrat hat die genannte Petition zum Anlass genommen, der SNB per Brief mitzuteilen, dass er sich von der Nationalbank eine vergleichbare Haltung wünschen würde. Die von der Interpellantin formulierten detaillierten Fragen an die Nationalbank erscheinen dem Regierungsrat zu operativ. Die konkrete Ausformulierung der Strategie und ihre operative Umsetzung sind Sache der zuständigen Gremien der SNB, nicht aber der Generalversammlung.

Betreffend der Ausschüttungspolitik kann angemerkt werden, dass die Vereinbarung zwischen dem Eidgenössischen Finanzdepartement und der Schweizerischen Nationalbank über die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank erst im letzten Jahr erneuert wurde. Sie läuft bis 2025. Die Ausschüttung ist aus unserer Sicht angemessen.

*Patrizia Bernasconi (GAB):* Zuerst möchte ich mich bei der Finanzdepartementsvorsteherin Tanja Soland bedanken, dass sie in der Beantwortung meiner Interpellation Bezug auf die Campax-Petition nimmt, die im August direkt an den Regierungsrat eingereicht wurde. Zwar ist der Regierungsrat aus formellen Gründen nicht auf die Petition eingegangen, dennoch, so wie Tanja Soland ausgeführt hat, hat er das Anliegen der Petent\*innen unterstützt und den Schweizer Nationalbank-Direktoren einen Brief geschickt. Darin führt er aus, dass er eine klimafreundlichere Anlagepolitik der Nationalbank unterstützen würde. Dieses Bekenntnis erkenne ich auch heute im Votum von Tanja Soland. Mir ist es bewusst, dass die Einflussmöglichkeit der Kantone auf die Nationalbank aufgrund des Nationalbankgesetzes sehr eingeschränkt ist. Trotzdem bin ich überzeugt, dass etwas mehr als ein Brief an das Direktorium drin liegen würde. Eine Gelegenheit wäre, wie ich in meiner Interpellation ausgeführt habe, die nächste Generalversammlung gewesen. Der Regierungsrat würde die Möglichkeit haben, Fragen zur Anlagepolitik zu stellen.

Die Finanzvorsteherin hat gerade ausgeführt, dass die von mir möglich formulierten Fragen an die Nationalbank zu operativ sind. Auf meine Frage aber, welche sonstigen Fragen angebracht wären, um dem Anliegen einer

klimafreundlicheren Anlagepolitik Ausdruck zu verleihen, erhalte ich keine Antwort. Auch auf die Frage, ob der Regierungsrat sich vorstellen kann, weitere Kantone zu motivieren, gemeinsam auf die SNB-Anlage- und Investitionspolitik im Sinne des Klimaabkommens von Paris Einfluss zu nehmen, erhalte ich keine Antwort. Ich höre jedoch, obwohl ich keine Frage dazu gestellt habe, dass der Regierungsrat mit der neusten Vereinbarung betreffend der Gewinnausschüttung an die Kantone zufrieden ist, so kann man das sagen. Das kann auch nicht anders sein, da in der Rechnung 2020 die Nationalbank-Gewinnausschüttung mit Fr. 61'000'000 verbucht worden ist. Vor ein paar Tagen konnten wir aus den Medien entnehmen, dass Basel-Stadt aus dem Gewinn 2021 der Nationalbank Fr. 92'000'000 erhalten wird. Das ist doppelt so viel, als im Budget erwartet. Das ist viel Geld und es darf nie aus den Augen verloren gehen, dass ein Teil dieses Geldes aus klimaschädlichen Finanzanlagen stammt. Wir können also nicht wirklich sehr zufrieden sein. In diesem Sinne bin ich mit der Beantwortung meiner Interpellation teilweise befriedigt.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.507 ist **erledigt**.

### **Interpellation Nr. 17 Annina von Falkenstein betreffend Gärtnerhaus im Schwarzpark**

[09.02.22 16:06:14, BVD, 22.5073, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Sehr gerne möchte ich kurz begründen, wie es zu dieser Interpellation gekommen ist. Ich bin Beirätin des Vereins "Gärtnerhaus Schwarzpark" für dieses Projekt, welches für die Ausschreibung des BVD beworben wurde. Ich habe mich bis jetzt politisch stark zurückgehalten in dieser Angelegenheit, weil der Verein sehr gut aufgestellt ist, sehr diverse Kompetenzen vorhanden sind bei den Mitgliedern und ich den Eindruck hatte, dass sie auf sehr gutem Weg sind. Jetzt zeichnet sich aber einiges ab, das gar nicht so toll ist, obwohl die ersten Interaktionen mit dem BVD sehr positiv waren und von der Allmendverwaltung auch Hoffnung für diese Ausschreibung und Erfolg auf die Ausschreibung hin in Aussicht gestellt wurde. Jetzt sieht es plötzlich danach aus, dass wegen einem Formfehler das "Gärtnerhaus Schwarzpark" nicht mehr so tolle Chancen hat, in dieser Ausschreibung weiterhin berücksichtigt zu werden und es sieht aus, als ob sie kurz vor dem aus stehen.

Vor 25 Jahren, als der Verein "Gärtnerhaus Schwarzpark" sich um das Gärtnerhaus im Schwarzpark gekümmert hat, hat er dort für die Bevölkerung, nicht nur von der Breite, sondern vom Gellert, vom Lehenmatt und von der Breite, also drei sehr unterschiedliche Quartiere, tolle verschiedene Angebote auf die Beine gestellt. Die Situation ist ein bisschen absurd, weil die Ausschreibung nach GATT/WTO-Form erfolgen muss und es sind soziokulturelle Aspekte erwähnt, dabei finden dort seit 25 Jahren genau soziokulturelle Angebote statt. Vielleicht ohne sich gross mit Modewörtern oder entsprechenden Ausbildungen zu schmücken, aber mit sehr grosser Wirkung in der Bevölkerung. Und dass aufgrund eines Formfehlers eines Vereins, der nur ehrliche Arbeit macht, der im Quartier wertgeschätzt wird, das nicht mehr weitergeführt werden kann, ist einfach relativ "bireweich", muss ich sagen und finde ich auch nicht nachvollziehbar, weil es findet Partizipation statt. Vielleicht nicht zwischen der Bevölkerung und dem Kanton, aber zwischen der Bevölkerung und dem Verein und das ist extrem wertvoll und soll nicht verloren gehen. Und in diesem Fall können die Unstimmigkeiten des BVD auch nicht wie Tendenzen, wie es hier ist, einfach weggemunkelt werden, weil es momentan danach aussieht, dass der Verein und die ganze Erfahrung einfach wegradiert werden und das ist ein herber Verlust für die Region und kann nicht ersetzt werden durch irgendein Angebot eines Bewerbers, der die Modewörter soziokulturell mit noch ein bisschen Erfahrung einer Betriebsführung erfüllt.

Entsprechend bin ich sehr gespannt auf die Beantwortung der Fragen. Es sind vielseitige Fragen und ich hoffe sehr, dass es hier noch eine Chance gibt, dass der Verein "Gärtnerhaus Schwarzpark" seine tolle Arbeit weiter leisten kann und das auch an diesem Ort, der von der geografischen Lage her in diesen drei Quartieren extrem wertvoll ist und nicht unterschätzt werden darf.

### **Interpellation Nr. 18 Lorenz Amiet betreffend "Mobilfunkloch Basel-Stadt"**

[09.02.22 16:09:18, WSU, 22.5074, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 19 Joël Thüring betreffend "Die Steuerverwaltung geht in die Quartiere - wieso wird das Feld nicht den privaten und gemeinnützigen Institutionen überlassen?"**

[09.02.22 16:09:32, FD, 22.5075, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Der Regierungsrat beantwortet diese Interpellation wie folgt:

Mit der Einführung des Steuerportals eSteuern.BS am 1. Februar 2021 hat die Steuerverwaltung einen weiteren Schritt zur Digitalisierung der Steuergeschäfte unternommen. Um die vielfältigen Angebote zu nutzen, ist die Registrierung und Anmeldung im E-Konto des zentralen Behördenportals des Kantons Basel-Stadt notwendig. Wie die Erfahrungen bei der Einführung von eSteuern.BS gezeigt haben, stellen insbesondere das Registrations- und Anmeldeverfahren im E-Konto sowie das Hochladen von Steuerbelegen eine Hürde für weniger Technik affine Menschen dar. Das Ziel ist, dass möglichst viele Menschen das elektronische Angebot nutzen. Deshalb unterstützt die Steuerverwaltung Menschen, welche noch Schwierigkeiten haben mit dem Umsteigen auf die Online-Steuererklärung. Dies wurde auch letztes Jahr von Grossrätin Beatrice Isler in einer Interpellation gefordert. Das neue Angebot, BalTax Help Point, ist niederschwellig und persönlich und richtet sich insbesondere an ältere und wenig Technik affine Personen.

Zu Frage 1:

Die Steuerverwaltung pflegt seit Jahren einen regelmässigen Austausch mit sozialen Institutionen im Zusammenhang mit dem Ausfüllen der Steuererklärung. So führte die Steuerverwaltung auch dieses Jahr eine Informationsveranstaltung bei Pro Senectute vor Ort durch. Auch BalTax Help Point wurde mit Pro Senectute zusammen erarbeitet. Bei diesem Angebot stehen aber die technischen Aspekte im Vordergrund, wofür das spezifische Knowhow bei der Steuerverwaltung vorhanden ist. Eine Schulung von externen Personen wäre zeitintensiv und aufwendig. Die Unsicherheit aufgrund der Corona-Pandemie, ob eine Durchführung möglich ist, erschwerte die Planung. BalTax Help Point ist ein Pilotprojekt und es geht auch darum, mit einem möglichst geringen Aufwand erste Erfahrungen zu sammeln. Falls ein grosses Bedürfnis besteht, ist eine Ausweitung des Projekts denkbar.

Zu Frage 2:

Der Aufwand ist vor allem personeller Natur durch die Präsenz der Mitarbeitenden vor Ort. Dieser Aufwand ist abhängig von der Nachfrage. Andererseits dürften die persönlichen Gespräche an BalTax Help Point zu weniger telefonischen Beratungen führen. Beim Angebot von BalTax Help Point betragen die Sachkosten Fr. 3'788.05.

Zu Frage 3:

Weitere Angebote sind denkbar und hängen vom Bedürfnis der Bevölkerung ab. Für eSteuern.BS besteht ein Support-Telefon für technische Anfragen. Anlässlich von BalTax Help Point wird auch auf diese Unterstützung hingewiesen.

Zu Frage 4:

Mehr als 24'000 Steuererklärungen der Steuerperiode 2020 sind bis heute komplett elektronisch mit BalTax, das heisst, inklusiv Beilagen eingereicht worden. Dies entspricht etwa 20% der versendeten Steuererklärungen. Gegen 90% der Steuererklärungen werden mit einer Steuersoftware wie BalTax oder Dr. Tax ausgefüllt.

Zu Frage 5:

Diese Ergebnisse bewegen sich im Rahmen unserer Erwartungen. BalTax Help Point soll dazu dienen, die Online-Nutzung weiter auszubauen.

*Joël Thüring (SVP):* Ich danke Regierungsrätin Tanja Soland für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich bin sehr dafür, dass es ein solches Angebot gibt. Wenn man mehr Personen davon überzeugen möchte, dass es sinnvoll ist, dieses eSteuern.BS zu benutzen, dann kann es sinnvoll sein, wenn man in die Quartiere geht. Tanja Soland hat nun insbesondere auch erwähnt, dass man mit Pro Senectute zusammenarbeitet. Ich habe einfach gehört, man hat gefragt, ob man dort in diesem einen Lokal im Kleinbasel sein darf, und die Aufgabe aber in erster Linie trotzdem der Steuerverwaltung überlassen. Das ist auch in Ordnung selbstverständlich. Ich würde mir wünschen, wenn man diese Aktionen auch in kommenden Jahren allenfalls durchführt und dann vor allem auch dort ansetzt, wo die Personen hingehen, die beim Ausfüllen der Steuererklärung eine Unterstützung brauchen. Gerade bei älteren Menschen ist das Angebot von Pro Senectute ja da, aber auch die GGG macht das und ich gehe davon aus, dass gerade auch Organisationen, die in der Unterstützung und Beratung von Migrantinnen und Migranten tätig sind, dort auch eine gewisse Rolle haben. Dass man diese Ressourcen dafür benutzt, halte ich persönlich für nachhaltiger, wie wenn die Steuerverwaltung quasi selber in die Quartiere geht. Das ist eine Anregung vielleicht auch für die kommenden Jahre.

Ich musste ein bisschen schmunzeln, auch weil wir gerade in diesen Tagen ja die Steuererklärung 2021 per Post zugestellt erhielten und Tanja Soland dort sich geoutet hat als jemand, der es auch nicht so gerne ausfüllt, so zumindest habe ich den Brief von ihr gelesen. Ich fand es ein bisschen lustig, das wäre ja die Gelegenheit gewesen, Tanja Soland, auf dieses Angebot aufmerksam zu machen. Sie haben in Ihrer Medienmitteilung ein Begleitblatt, wo diese Angestellten der Steuerverwaltung in den Quartieren dann an welchen Tagen sind, beigelegt, aber dieses Blatt fehlt in diesem Kuvert. Es wird darauf hingewiesen, dass auf der Homepage gewisse Informationen einsehbar sind, aber gerade um die vielleicht wenig Technik affinen Personen zu animieren, ein solches Angebot wahrzunehmen, wäre es vielleicht sinnvoll gewesen, wenn die Steuerverwaltung noch ein zusätzliches Blatt in dieses Kuvert gelegt hätte, denn ich glaube jetzt auch nicht, dass die Verbreitung über eine Medienmitteilung, die dann nur teilweise von den Zeitungen, die es noch gibt, aufgenommen

wird, so wirklich dann diese Leute auch erreicht, die man vielleicht damit ansprechen würde. Aber auch das wäre vielleicht eine Anregung für einen nächsten Versand, dass man sich da überlegt, wie man das Angebot tatsächlich dann auch ein bisschen bekannter macht, wenn man es schon entsprechend auch pushen will.

Ich erkläre mich mit der Beantwortung befriedigt, auch wenn ich dann noch gespannt wäre, wie diese Fr. 0.05 zustande gekommen sind zu diesen Fr. 3'788 Sachkosten. Dass es da noch Fr. 0.05 dazu gibt, das würde mich noch wundernehmen, woher die kommen, aber ich bin trotzdem sehr befriedigt.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 22.5075 ist erledigt.

### **Interpellation Nr. 20 Eric Weber betreffend Antänzer in Basel - Migrantenübergriffe zu Silvester**

[09.02.22 16:17:31, JSD, 22.5076, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

*Eric Weber (fraktionslos):* Ich muss mal wieder an meine Wähler denken. Basel ist nicht irgendeine Stadt, sondern Basel ist das Tor zur Schweiz und immer wieder im Zentrum des internationalen Interessens. Die Basel World machte Basel weltweit bekannt, auch die Art Basel oder die vielen Kongresse. Als eines der bekanntesten Mitglieder des Basler Kantonsrates decke ich praktisch wöchentlich Missstände in Basel auf, über die auch international berichtet wird, so auch die Interpellation. Die Themen reichen dabei von Gewalt und Sexualdelikten an Schulen über die systematische Schwächung von Polizei und Justiz bis hin zu Verkehrschaos und den finanziellen Folgen der Corona-Massnahmen. Auch diese Anfrage macht den desolaten Zustand unseres Kantons deutlich. Blinder Aktionismus, Beugung von Recht und Gesetz, Korruption und immer wieder die Verschleierung der wirklichen Zustände. Ein erschütterndes Zeugnis täglich scheidender Politik, dass jeden Bürger in unserer Demokratie etwas angeht. Aufgabe der Abgeordneten ist es, alle Bürger, den Souverän, uns alle wahrheitsgemäss und vollständig anhand objektiver Zahlen über die wahre Leistung der Regierung und hier der Polizei zu unterrichten und aufzudecken, wo und für wen dieser Staat aktuell scheidet. Seit 1984 mache ich das mit zahlreichen Interpellationen und auch jetzt diese. Diese Geschichten, manche würden von Skandalen sprechen, gehen meist deutlich tiefer und sie sind vielschichtiger, als es sich auf einer Zeitungs- oder Magazinsseite bestenfalls darstellen lässt.

Mit meiner Interpellation stelle ich diese Fragen, wie man Basel wieder auf einen richtigen Kurs bringt. Diese Tendenz ist vorhanden, sie müsste aber nur von engagierten Abgeordneten und ihren Wählern angewendet werden. Basel ist bei der Polizei nicht vollkommen gescheitert, sondern positiv gesehen ein Sanierungsfall. Der Werkzeugkoffer eines Grossrats sind die Interpellationen. Ich habe das von einem Buch abgeschrieben von einem Abgeordneten vom Berliner Abgeordnetenhaus, der ist auch fraktionslos und er hat eben das schöne Wort gesagt, der Werkzeugkoffer eines Grossrats sind die Anfragen.

Wenn man selbst mehrere Töchter hat, dann beschäftigt einem das Thema Antänzer. Hätte ich keine Töchter, würde ich sagen, okay, das ist mir egal. Aber wenn man dann Rückmeldungen bekommt von Mädchen, von jungen Frauen, was hier auf der Strasse abgeht, dann muss ich schon sagen, es ist traurig und darum habe ich auch geschrieben, dass mit dieser Migrationspolitik vor allem die grosse Mehrheit der Zuwanderer, wiederum Grossteils Wirtschaftsflüchtlinge, junge Männer sind. Bei einer derartigen Quantität besteht keine Chance darauf, genügend junge Frauen im selben Alter kennenzulernen. Das gibt diese Probleme, wie in der Silvesternacht in Köln. Ich will wissen, was in der Silvesternacht in Basel passiert ist, warum wir dann 50% mehr Polizei im Einsatz haben und was mit den Antänzern auf dem Claraplatz ist.

## **10. Vorgezogene Budgetpostulate zum Budget 2023 1 bis 3**

[09.02.22 16:27:14]

### **1. vorgezogenes Budgetpostulat Michelle Lachenmeier betreffend Erziehungsdepartement, Dienststelle 290, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Robi-Spielaktionen, Kindertankstellen)**

[09.02.22 16:27:15, ED, 21.5838.01, NVP]

Der Regierungsrat ist bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 21.5838 entgegenzunehmen.

*Joël Thüring (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Wir bitten Sie, dieses Budgetpostulat nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Wir haben diese Diskussion über die Kindertankstellen schon im letzten Monat geführt für das Budget 2022 und an der Haltung der SVP hat sich nichts geändert, auch wenn Sie damals gegen unseren Antrag das Budgetpostulat überwiesen haben. Wir sind nicht der Ansicht, dass es notwendig ist, dass der Kanton hier für den Moment zusätzliche Gelder einstellt resp. spricht, sondern dass dann, wenn die neue Leistungsvereinbarung, auf die Michelle Lachenmeier in ihrer Begründung dann auch Bezug nimmt, wenn dann die neue Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton und den Robi-Spielaktionen ausgearbeitet werden kann, man diesen Punkt diskutieren kann, dafür gibt es dann verschiedene Varianten. Man kann sagen, man möchte dieses zusätzliche Angebot so aufnehmen in die Leistungsvereinbarung und dann muss man schauen, ob man es ergänzend finanzieren möchte oder nicht oder ob es andere Wege gibt oder man sagt, es braucht dieses zusätzliche Angebot nicht, dann muss es nicht finanziert werden, weil es auch nicht Bestandteil der Leistungsvereinbarung wird. Wenn die Robi-Spielaktionen das Angebot trotzdem heute schon aufbauen wollen oder weiter ausbauen wollen, dann sind sie selbstverständlich herzlich eingeladen, das zu tun im Rahmen einer ordentlichen Akquisition von Drittmitteln, sowie das andere Institutionen und Vereine auch machen.

Es ist aus unserer Sicht nicht zielführend, wenn der Kanton resp. dann auch der Grosse Rat in einer laufenden Leistungsperiode ergänzend dann noch Gelder spricht, weil man in einem speziellen Bereich einen zusätzlichen Bedarf erkennen möchte. Das, glaube ich, wäre falsch, weil dann bräuchte es auch keine vierjährige Leistungsperiode, sondern dann könnte man jährlich darüber entscheiden. Das hätte dann vielleicht auch den Vorteil, dass man rasch auf neue Entwicklungen eingehen kann. Ich möchte das gar nicht werten, aber wenn wir eine Leistungsvereinbarung haben, die über eine gewisse Zeitdauer geht, dann bin ich schon der Meinung, dass der Kanton auch bei diesem Vertrag so bleiben sollte und nicht nachträglich dann noch entsprechende zusätzliche Gelder sprechen muss, insbesondere als dass wir auch der Meinung sind, das haben wir schon im letzten Monat gesagt, dass die Robi-Spielaktionen in den vergangenen Jahren sehr häufig zusätzliche Staatsbeiträge einverlangt haben und es zumindest in der Vergangenheit, ich beziehe das jetzt nicht auf den neuen Vereinsvorstand, aber es zumindest in der Vergangenheit tatsächlich auch grössere Probleme mit der Finanzierung gab, die teilweise auch einer suboptimalen Organisationsstruktur der Robi-Spielaktionen geschuldet waren. Deshalb glauben wir, ist es gut, wenn wir das bereinigen, wenn die neue Leistungsperiode beginnt und man dann im Rahmen dieser Diskussion entweder seitens des Regierungsrates oder dann aber der vorberatenden Kommission auf eine solche Idee zurückkommen kann und dann dort auch allenfalls über die zusätzliche Finanzierung spricht.

Für den Moment halten wir das allerdings für nicht sinnvoll und bitten Sie deshalb, das Budgetpostulat nicht zu überweisen.

*Jessica Brandenburger (SP):* Die SP-Fraktion geht nicht mit Joël Thüring einig. Vieles wurde ja schon gesagt im letzten Dezember, wieso wir diese Kindertankstellen eine gute Idee finden, wieso wir es auch eine gute Idee finden, wenn diese eben auch im Winter offen haben. Das Budgetpostulat, das geändert wurde, wurde ja angenommen und dieses Vorgezogene Budgetpostulat ist jetzt quasi der nächste Schritt, dass dieser Winterbetrieb eben nicht nur einen Winter lang möglich ist, sondern dass das auch längerfristig möglich ist. Darüber, wie wichtig die Tankstellen sind und wie begehrt dieses Angebot ist, haben wir ja schon gesprochen und genau darum unterstützen wir auch dieses Budgetpostulat und freuen uns über die breite Unterstützung.

*Michelle Lachenmeier (GAB):* Ich bitte Sie, das Vorgezogene Budgetpostulat zu überweisen. Es ist meines Erachtens eine logische Konsequenz des letzten Budgetpostulats für das Budget 2022, das wir letzten Monat überwiesen haben. Mit diesem Vorgezogenen Budgetpostulat erhalten wir nun die Möglichkeit, dass der Regierungsrat den gleichen Betrag auch für das Budget 2023 in das Budget einstellt.

Zu Joël Thüring möchte ich einfach noch sagen, es stimmt, es ist eine laufende Leistungsperiode, es ist aber so, dass es in der Zwischenzeit eine Konzeptänderung bei diesen Kindertankstellen gegeben hat und die Robi-Spielaktionen, die haben sich das nicht irgendwie gesucht, sondern die wurden einfach regelrecht von der Nachfrage aus den Quartieren überrannt. Die Menschen, die Kinder und Jugendlichen aus dem Quartier können es einfach nicht verstehen, dass die Kindertankstellen im Winter geschlossen haben und der Verein Robi-Spielaktionen war auch nicht untätig im ersten Corona-Winter, sondern er hat sehr grosse Anstrengungen gemacht, auch Drittmittel einzuwerben. Das hat er teils auch erfolgreich gemacht, es gab auch eine grosse Initiative von Anwohnenden, insbesondere von der Claramatte, da gibt es einen Verein von Anwohnenden, die haben dort auch viel Geld gespendet, also private Leute, die sich dafür einsetzen, dass es im Quartier ein sinnvolles Angebot gibt. Es scheint aber einfach nicht nachhaltig, wenn solche riesigen Anstrengungen unternommen werden müssen oder man von den Anwohnenden verlangt, dass sie hier private Gelder in ein solches Angebot investieren.

Deshalb finde ich es sinnvoll, wenn man jetzt auch dieses Budgetpostulat überweist und damit verhindert, dass es eine Lücke im Angebot gibt, denn es wären dann die Kinder, die dann wieder die Verlierer wären, und diese Zeit soll und kann der Kanton nutzen, um die Leistungsperiode ab 2024 dann genauer zu definieren. Es kann gut sein, dass das Angebot dann neu definiert wird, dass es vielleicht auch nicht zwingend von Robi-Spielaktionen alleine, sondern vielleicht gemeinsam mit anderen Institutionen aus dem Quartier betrieben wird. Da bin ich jedenfalls offen und ich weiss auch, dass hier schon gewisse Anstrengungen laufen mit dem Kanton. Wichtig ist einfach wirklich, dass es keine Lücke im Angebot gibt und dass wir hier jetzt mit diesem Vorgezogenen Budgetpostulat sicherstellen können, dass die Gelder nochmals für ein Jahr freigegeben werden, damit es dann ab 2024 eine wirklich nachhaltige Lösung auch für das Winterangebot gibt.

## **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

72 JA

10 NEIN

2 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

auf das Vorgezogene Budgetpostulat 21.5838 einzutreten und es dem Regierungsrat zu **überweisen**.

### 2. vorgezogenes Budgetpostulat Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Bau- und Verkehrsdepartement, 661 Globalbudget Öffentlicher Verkehr, Produktgruppe Tram und Bus (Verlängerung Buslinie 64)

[09.02.22 16:31:25, BVD, 22.5018.02, NVP]

Der Regierungsrat ist bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 22.5018 entgegenzunehmen.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend das Vorgezogene Budgetpostulat **abzulehnen**.

Das Vorgezogene Budgetpostulat 22.5018 ist **erledigt**.

### 3. vorgezogenes Budgetpostulat Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Bau- und Verkehrsdepartement, 661 Globalbudget Öffentlicher Verkehr, Produktgruppe Tram und Bus (Taktverdichtung)

[09.02.22 16:31:52, BVD, 22.5019.01, NVP]

Der Regierungsrat ist bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 22.5019 entgegenzunehmen.

*Pascal Messerli (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Die SVP-Fraktion bittet Sie, dieses Budgetpostulat nicht zu überweisen. Es stimmt, dass wir zwar diesem ÖV-Programm 2022 bis 2025 zugestimmt haben, da gab es aber auch verschiedene Projekte, welche wir die meisten davon zumindest unterstützen. Bei der Taktverdichtung ist aber die Mehrheit der Fraktion eher skeptisch. Im Vergleich zum anderen Budgetpostulat vorhin, dort hatten wir ein konkretes Projekt, was wir wann zu welchem Preis wollen, stehen hier noch sehr viele Fragen im Raum. Der SVP-Fraktion ist es nicht ganz klar, wie man auf diese Fr. 3'000'000 kommt, das klingt eher etwas aus der Luft gegriffen. Es ist auch nicht wirklich klar, welche Linien jetzt wichtig sind. Aus dem Budgetpostulat geht dann hervor, dass plötzlich jede Tramlinie grundsätzlich als wichtig gilt und von dieser Taktverdichtung profitieren sollte und es wird weiterhin von wichtigen Buslinien gesprochen. Hier habe ich das Gefühl, dass wahrscheinlich die Wichtigkeit einer Buslinie je nach Quartier subjektiv unterschiedlich bewertet wird, also auch hier stehen noch sehr viele Fragen im Raum und es ist nicht wirklich ersichtlich, was man jetzt für was konkret benötigt.

Dann steht im Budgetpostulat auch, dass man eine Taktverdichtung wünscht bis ca. 22.15 Uhr mit der Argumentation, dass nach 19 Uhr noch viele Leute unterwegs sind. Das stimmt zwar, aber wir wagen dann schon zu behaupten, dass vielleicht nach 20 Uhr oder nach 21 Uhr an einem normalen Dienstagabend oder einem Mittwochabend vielleicht nicht mehr so viele Leute unterwegs sind. Vielleicht etwas mehr in der Innenstadt, da gibt es auch mehrere Linien, wenn man beispielsweise vom Claraplatz zum Barfi gehen will, aber ausserhalb der Quartiere sind diese Trams schon eher leer. Und wenn wir jetzt eine Taktverdichtung noch ausweiten auf den 7,5-Minutentakt, dann werden wir einfach das Gefühl nicht los oder sind uns ziemlich sicher, dass beispielsweise die Trams nach Riehen, auf das Bruderholz hinauf oder ins Neubad, ins Bachlettenquartier dann schon eher leer sind.

Verstehen Sie mich nicht falsch, auch ich bin ein treuer ÖV-Fahrer und auch am Abend häufig unterwegs, wenn man von einer Versammlung nach Hause kommt, das ist ja klar, und selbstverständlich möchte man auch immer sehr schnell in ein Tram, aber man kann sich dann schon auch die Frage stellen, ob man dann weniger ein Anspruch auf einen 7,5-Minutentakt hat, wenn man dann fast alleine in diesem Tram ist, ob dann nicht hier auch ein 15-Minutentakt ausreichen würde. Stattdessen müsste man sich doch eher die Frage stellen, wann wäre eine Taktverdichtung sinnvoll, beispielsweise am Wochenende, beispielsweise wenn man weiss, dass in der Stadt Grossveranstaltungen stattfinden, dann sind die Trams auch belegt, aber hier an einem gewöhnlichen Dienstagabend oder einem gewöhnlichen Mittwochabend sehen wir



dieses Bedürfnis nicht.

Diese Fr. 3'000'000 sind jetzt auch nicht ein kleiner Betrag, es ist für uns ein hoher Betrag und in einer Abwägung möchten wir das nochmals diskutiert haben und sind hier nicht dafür, dass wir dieses Budgetpostulat überweisen.

*Raffaela Hanauer (GAB):* Das GAB wird, wie Sie wohl alle erwartet haben, diesem Budgetpostulat zustimmen und es überweisen. Die Taktverdichtung am Abend ist längst überfällig und wird in anderen Städten bereits so praktiziert und wäre ein Gewinn für Basel. Eine Taktverdichtung ist zeitgemäss, steigert die Attraktivität des ÖVs und bringt einen grossen Nutzen für einen grossen Teil der Bevölkerung. Wir freuen uns deshalb, dass die UVEK dieses Budgetpostulat hier einbringt, und freuen uns auch auf bald bessere Verbindungen in den Abendstunden.

*Raphael Fuhrer, Präsident UVEK:* Die UVEK hat sich Zeit genommen, um dieses Budgetpostulat auszuarbeiten. Wir haben diese Fragen, die von der SVP-Fraktion angetönt wurden, relativ lange diskutiert und uns dann auf diesen Text geeinigt. Erstens mal muss man sich überlegen, warum ist der ÖV bei uns am Abend vielleicht nicht so gut besucht, weil er eben nicht attraktiv ist und wenn er attraktiver wird, würden vielleicht auch mehr Leute ihn nutzen. Das ist mal die erste Überlegung. Wir haben einen Rückstand im Vergleich zu anderen Städten, dort hat sich die Taktverdichtung bewährt. Dann zur Frage 7,5 Minuten oder 10 Minuten oder 15 Minuten, wo macht man die Grenze, vielleicht ab 20 Uhr nochmals eine Stufe. Das haben wir abgeklärt, das kostet am Schluss fast mehr, weil jedes Mal ein Wechsel im Fahrplan dann auch wieder mit Kosten, mit Organisation, usw. verbunden ist. Zudem muss es ja kompatibel sein mit den Linien, die beim 15-Minutentakt bleiben und 7,5 ist dann eben immer jeder zweite Kurs, der dann einen Anschluss hat, bei 10 Minuten würde man das auseinanderreissen, auch wenn man bedenkt, dass im Baselland oder anderen Gebieten dann noch der 15-Minutentakt gilt.

Dann zur Frage, warum steht im Text ca. 22.15 Uhr. Wir haben das auch länger erörtert. Es ist nicht ganz klar, wo dann diese Grenze ist, ist es 22 Uhr ist es 22.15 Uhr, ist es 22.30 Uhr. Wir haben gesagt, die Fachleute im BVD werden das noch prüfen müssen und wir schreiben darum ca. 22.15 Uhr in das Budgetpostulat hinein, weil das etwa der Zeitraum ist, den wir uns vorstellen, damit klar ist, was gemeint ist. Aber die konkrete Umsetzung, das ist nicht Aufgabe der Antragstellerin, des Antragstellers des Budgetpostulats.

Und dann noch der letzte Punkt, was sind wichtige Linien, was sind unwichtige Linien und da ist es eben gerade nicht so, wie das die SVP-Fraktion angetönt hat, dass man das subjektiv beurteilen soll, sondern dass das anhand von objektiven Kriterien passieren soll. Erstens, was ist das Aufkommen auf einer Linie, das Potenzial, und zweitens, welche Kombinationen machen Sinn, damit alle Quartiere, damit der ganze Kanton in etwa gut abgedeckt ist, dass ein sinnvolles Gesamtangebot entsteht. Und daraus hat sich dann die Formulierung ergeben, dass das wahrscheinlich fast alle Tramlinien sind und einige viele der Buslinien, die dann dazugehören. Wir wollten aber nicht einzelne Linien aufführen.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

83 JA

9 NEIN

1 ENT

### **Der Grosse Rat beschliesst**

auf das Vorgezogene Budgetpostulat 22.5019 einzutreten und es dem Regierungsrat zu **überweisen**.

## **11. Antrag Balz Herter und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend rasche und proportionale Rückerstattung der Krankenkassen-Reserven an der Bevölkerung**

[09.02.22 16:40:09, WSU, 21.5793.01, NAT]

Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative dem Regierungsrat in der eingereichten Fassung zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

## 12. Motionen 1 - 10

[09.02.22 16:40:49]

### 1. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend attraktives Steuerumfeld für Familien und Fachkräfte

[09.02.22 16:40:51, FD, 21.5794.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 21.5794 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Harald Friedl (GAB):* beantragt Nichtüberweisung.

Namentlich im Bereich der Besteuerung natürlicher Personen besteht erheblichen Handlungsbedarf. Dieser Satz steht so als Hauptaussage in der Begründung der vorliegenden Motion. Als Beleg für diese Aussage führt Luca Urgese, der Autor dieser Motion, diverse Standortratings auf. Ich habe mir die Mühe gemacht, diese Rankings und Ratings zu studieren und habe einiges dabei gelernt. Nebst dem, dass der Kanton Basel-Stadt stets in den Medaillenrängen ist, lese ich aber nirgends etwas davon, dass es einen erheblichen Handlungsbedarf bei den Steuern geben sollte oder hat. Ganz im Gegenteil. Im Standortqualitätsranking einer schweizerischen Grossbank erscheint der Kanton Basel-Stadt in einer Grafik auf Seite 4 im Feld der Kantone mit tiefen Steuerbelastungen für juristische und natürliche Personen. In derselben Studie ist auf Seite 9 ersichtlich, dass der Steuerindex in Basel-Stadt für natürliche Personen mit geringem bis mittlerem Einkommen sowie für Personen mit sehr hohem Einkommen unter dem nationalen Schnitt liegt. Und auch der Freiheitsindex von Avenir Suisse belegt, dass der Kanton Basel-Stadt bei der Steuerbelastung einer Durchschnittsfamilie einen Mittelfeldplatz belegt unter den Kantonen.

Sogar das Themendossier Kantonsfinanzen vom Arbeitgeber des Verfassers der Motion habe ich konsultiert. Auch hier stosse ich auf eine Aussage, die den Kernsatz der Motion nicht stützt. Ich zitiere daraus: "Im Vergleich zu den steuergünstigsten Schweizer Gemeinden ist die Stadt Basel vor allem für Einkommen bis Fr. 90'000 attraktiv. Für Einkommen ab Fr. 300'000 ist die Stadt Basel ähnlich attraktiv wie die günstigste Gemeinde im Kanton Baselland." Zitat Ende. Wie kommen nun die Motionär\*innen bloss zum Schluss, dass erwähnte Ratings übereinstimmend aufzeigen, dass im Bereich der Besteuerung natürlicher Personen erheblicher Handlungsbedarf bestehe hier im Kanton und insbesondere, dass der Kanton mitunter am schwächsten abschneide? Diese Aussage ist mit Verlaub sehr vermessen in meinen Augen.

Die Motionär\*innen relativieren dann ihre Aussage selber in der Motion, indem sie schreiben, dass die steuerliche Belastung bei der Einkommenssteuer in Basel-Stadt nur teilweise höher liegen als im schweizerischen Mittel. Und interessant ist auch die Aussage, die sie dann noch anfügen, dass die Differenz zu anderen Kantonen vor allem bei Vermögenssteuern viel markanter ist. Ich persönlich hätte daraus den Schluss gezogen, dass eine Forderung, die Vermögenssteuern zu senken, sinnvoller wäre. Davon ist aber merkwürdigerweise bei den Forderungen überhaupt nichts zu lesen. Und auch die Gebühren, wo der Kanton Basel-Stadt gemäss den Rankings wirklich sehr schlecht abschneidet, auch da kommt keine Forderung von den Motionär\*innen. Wenn schon Entlastungen gefordert werden, dann hätten wenigstens die Prioritäten richtig gesetzt werden müssen, was mit dieser Motion definitiv nicht der Fall ist.

Noch zu den Aussichten. Wir vom GAB lehnen die Steuersenkungen und damit auch die vorliegende Motion zum jetzigen Zeitpunkt vehement ab. Nach Annahme der Steuerreform 2017 sind wir immer noch im Prozess der Umsetzung, das heisst, die Steuern werden sukzessive gesenkt für natürliche Personen. Dafür sind Schritte definiert, die klar sind für alle und die betreffen auch alle Einkommensklassen, also von den tiefen, mittleren bis zu den sehr hohen. Zudem kommt, und das wissen wir alle, auch die OECD-Steuerreform auf uns zu und die Kosten für die Anpassungen und Bewältigung des Klimawandels werden auch noch auf uns zukommen. Wie viel uns das alles kosten wird, wissen wir im Moment noch gerade nicht. Gerade aber beim Klimawandel gehen die Schätzungen in die Milliarden für die Schweiz. Einen kleinen Anschauungsunterricht hatten wir im letzten Sommer mit dem Starkregen und den Hochwassern hier in der Schweiz und in ganz Europa. Die Frage ist daher, ob es vernünftig ist, schon die nächste Steuererleichterung anzutreiben. Wir vom GAB sind ganz klar der Meinung, dass die Antwort hier Nein lauten muss.

Falls die Motion eine Mehrheit finden sollte, wovon wir leider ausgehen müssen, dann werden wir uns natürlich an den Diskussionen beteiligen und dafür sorgen, dass weitere Steuererleichterungen sozial aufgegleist werden, dass also auch untere Einkommen profitieren sollen und nicht nur die Gutverdienenden. Das GAB bittet Sie daher, die Motion nicht zu überweisen.

*Beda Baumgartner (SP):* Die uns vorliegende Motion von Luca Urgese redet davon, dass Familien und Fachkräfte entlastet werden sollten und es ist grundsätzlich ein Anliegen, das auch die Sozialdemokratische Partei teilen kann und ihr nicht fremd ist. Denn wir setzen uns dafür ein, dass primär nicht der Lohn und die Arbeit belastet werden sollen, sondern dass das Kapital in die Pflicht genommen werden soll. In vielen Kantonen und schweizweit ist nämlich seit ca. 30 Jahren die gegenteilige Entwicklung Tatsache. Darum lohnt es sich für uns, bei der Motion genauer hinzuschauen. Erst einmal sind die Begriffe Familie und Fachkräfte sehr offen und ungenau beschrieben und genau da kommen wir dann auf den teilweise gefährlichen Weg. Die Motion referenziert auf das Dossier der Handelskammer beider Basel und in dieser werden zwei wichtige Beispiele festgehalten. Das Basel-Stadt bei Einkommen zwischen Fr. 100'000 und Fr. 500'000 zu dem Kanton gehört, bei dem es eine höhere Belastung gäbe.

Jetzt wäre es interessant gewesen, über die Doppelverdiener zu diskutieren, die zwischen Fr. 100'000 und Fr. 300'000 verdienen. Die Beispiele, die dann als Grundlage für den herrschenden Missstand erhalten müssen, sind folgende: Das "Fachkräfte-Ehepaar" mit einem Einkommen von Fr. 250'000 und nur einem Vermögen von Fr. 500'000 und zusätzlich das vermögende Ehepaar mit Einkommen von Fr. 500'000 und einem Vermögen von Fr. 10'000'000. Nur um das mal in eine Relation zu setzen. Der Medianlohn der Männer in der Nordwestschweiz liegt bei Fr. 91'000 brutto pro Monat, derjenige der Frauen bei Fr. 82'000. Was auch in der Analyse der HKBB klar wird, eigentlich sind wir bei Fr. 250'000 Einkommen und Fr. 500'000 Vermögen durchaus konkurrenzfähig, um im Standortjargon zu bleiben. Wir schneiden lediglich beim Beispiel mit Fr. 500'000 Einkommen und Fr. 10'000'000 Vermögen schlechter ab.

Und jetzt ein wenig Kontext, in Basel-Stadt haben wir eine enorm ungleiche Vermögensverteilung. 0,3% der steuerpflichtigen Einheiten besitzen 50% des Vermögens. Wenn wir also bei den Beispielen der Handelskammer bleiben, wenn es um Menschen geht, die Fr. 500'000 verdienen und Fr. 10'000'000 Vermögen haben, dann ist es wichtig, dass diese Personen nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Es ist darum nur konsequent, das Vermögen in Basel-Stadt entsprechend besteuert wird und dass diese Besteuerung immer noch relativ moderat ist. Und auch hohe Einkommen müssen ihren Beitrag zu dieser Gesellschaft leisten. Und weil es hier auch vielfach moniert wird, es ist keine Light-Debatte aus unserer Sicht, eine hohe Vermögenskonzentration ist schlicht volkswirtschaftlich schlecht. Gewisse Menschen haben so viel, sie können gar nicht genügend ausgeben. Ihr Konsum ist deshalb ökonomisch zu tief, ihre Sparquote zu hoch und sie blasen hier Börsenspekulationen, den Finanzmarkt auf, machen die gesamte Wirtschaft instabil. Ihr Geld fehlt gleichzeitig der Realwirtschaft und die Konsument\*innen müssen sich verschulden oder verzichten. Und aktuell treiben sie damit unter anderem die Immobilien- und Bodenpreise in die Höhe, was wir in Basel-Stadt nur zu gut erleben.

Und dann lassen Sie mich noch was Grundsätzliches zur höheren Besteuerung von Personen mit einem Einkommen von über Fr. 200'000 bzw. Fr. 300'000 sagen. Sie merken es, es geht um die besagten Topverdiener. Am 19. Mai 2019 wurde die Topverdienersteuer angenommen mit 53% Ja-Anteil. Auf das Jahr 2020 wurde sie eingeführt. Ich habe wirklich nicht die Haltung, dass Volksentscheide nie angepasst werden können, aber ich muss Ihnen schon sagen, knapp zwei Jahre nach der Einführung zu einem Zeitpunkt, bei dem Ihnen nicht mal die Regierung antworten würde, dass sie die tatsächlichen Auswirkungen wirklich kennt, da schon wieder schrauben zu wollen, das finde ich bedenklich. Und vor allem, die Bevölkerung hat sich für mehr Steuergerechtigkeit ausgesprochen, für mehr Verteilungsgerechtigkeit, das sollten sich alle hier im Raum bewusst sein.

In der Motion wird auch der strukturelle Überschuss angesprochen, der die Motionär\*innen abbauen wollen. Der Kanton Basel-Stadt hat gut gewirtschaftet in den letzten Jahren, das ist eine Tatsache und diese Finanzpolitik macht jetzt auch möglich, dass wir mit weitreichenden Hilfsmassnahmen durch die Pandemie kommen und sie ermöglicht die Diskussion, was wir mit diesen vorhandenen Mitteln erreichen können für die Allgemeinheit. Und hier würden wir sehr gerne ansetzen. Wir finden, dass wir investieren sollten, und zwar viel. Beispielsweise in eine Kinderbetreuung für alle, beispielsweise in die Attraktivität der Care-Arbeit und die Arbeitsbedingungen im jeweiligen Sektor. Und in den Umbau unseres Kantons hin zu Klimaneutralität und den Umgang mit einem sich wandelnden Planeten. Und wir können sogar über eine Rückverteilung von Geld an Personen des unteren Mittelstands diskutieren. Was wir aber nicht unterstützen können, ist, dass Personen, welche sehr gut verdienen und überdies auch noch ein beträchtliches Vermögen haben, von der Verantwortung befreit werden, ihren steuerlichen Beitrag an diese Gesellschaft zu leisten.

Ich bitte Sie darum im Namen der SP, die Motion nicht zu überweisen.

*Joël Thüring (SVP):* Wir bitten Sie, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen. Ich habe von Harald Friedl zum ersten Mal gehört, dass er vielleicht bei der Vermögenssteuer ansetzen möchte. Wir kommen sicher darauf zurück, Luca Urgese nickt auch schon, wir freuen uns, wenn wir da seine Unterstützung auch haben. Ich musste jetzt ein bisschen schmunzeln über das Votum von Beda Baumgartner. Beda Baumgartner, es geht hier nicht um die hohen Einkommen, es geht hier um Familien, es geht um die mittleren Einkommen und ich finde es auch ein bisschen ungerecht, wenn man immer auf diesen hohen Einkommen herumtrampelt. Bitte nehmen sie doch auch zur Kenntnis, dass gerade in einem Stadtkanton wir uns gerade wegen diesen Personen mit hohen Einkommen, die hier ihre Steuern bezahlen und die hier ordentlich Steuern bezahlen, auch das eine oder andere leisten können, was Sie verlangen. Die geringen Einkommen, die bezahlen im Kanton Basel-Stadt fast keine Steuern, das ist einfach nicht wahr.

Wir müssen schauen, dass wir gerade bei den mittleren Einkommen, und darauf zielt diese Motion von Luca Urgese, ansetzen und hier möchte ich einfach daran erinnern, dass wir gerade in einer neuen Studie gehört haben, dass immer mehr Schweizerinnen und Schweizer unseren Kanton verlassen. Diese Stadtfucht ist Realität und ein Teil des Problems dieser Stadtfucht ist neben hohen Krankenkassenprämien auch, dass wir eine zu hohe Steuerbelastung gerade für Familien aus dem mittleren Einkommensumfeld haben. Diese Personen können es sich schlicht und ergreifend nicht mehr leisten in unserem Kanton zu wohnen. Sie haben auch andere Gründe selbstverständlich, weshalb sie unseren Kanton verlassen, das Bildungssystem ist ein Thema, ich habe es erwähnt, die Krankenkassenprämien, vielleicht auch, dass man mehr im Grünen ist, aber die Steuerbelastung ist auch ein Grund für die Stadtfucht von Schweizerinnen und Schweizern aus dem mittleren Einkommensklasse.

Und wenn wir die aktuelle Diskussion über diese OECD-Mindeststeuer uns anschauen, das hat Regierungsrätin Tanja Soland jetzt mehrfach in den Medien gesagt, dass sie zwar diese Mindeststeuer begrüsst, dass aber in der Konsequenz viele Länder schauen werden, dass sie die Arbeitskräfte, die es allenfalls für diese Unternehmen auch braucht, anderweitig entlasten werden. Und wir müssen dort auch ansetzen und schauen, dass wir diese Personen, die nach Basel kommen, die für unsere Wirtschaft wichtig sind, diese Fachkräfte, dass diese möglichst attraktive Rahmenbedingungen geboten bekommen und das ist unter anderem dadurch zu erreichen, indem wir eben auch schauen, dass diese Faktoren,

die eine Rolle spielen, berücksichtigt sind und hier ist dieses attraktive Steuerumfeld, das lässt sich nicht wegdiskutieren, ein wichtiges Argument. Das ist ein künftiger Standortvorteil oder eben auch ein Standortnachteil, wenn Sie diese Mindeststeuer, die ich im Übrigen absurd finde und ablehne, hier eben einführen müssen, auch auf Druck Ihres Parteikollegen aus Deutschland, der dies ja im Wahlkampf stark propagiert hat, Herr Scholz. Das ist die Folge eines sozialistischen Systems, wenn wir alle gleich machen, dann werden Schlupflöcher gesucht. Andere Länder sind schlau, sie nutzen diese Schlupflöcher, das ist auch richtig so, die Rahmenbedingungen, die geschaffen werden sollen, darf jeder selber festlegen. Das ist autonom, aber wir müssen da mitziehen. Und hier ist eben nicht nur diese Frage der Kindertagesbetreuung, ich bin einverstanden, das ist ein Punkt, attraktive Bedingungen dort sind wichtig, aber auch die steuerliche Belastung ist ein Argument und ist ein wichtiger Punkt und das müssen wir Rahmen dieser OECD-Mindeststeuerrückdiskussion eben beachten.

Deshalb ist es sinnvoll, dass auch dieser Vorstoss, der ja von der Regierung entgegengenommen wird, nun ausdiskutiert werden kann und allenfalls im Rahmen eines Gesamtpaketes mit weiteren Forderungen, die ja im Raum stehen, hier dann diskutiert werden können. Wir können und müssen uns in diesem Bereich bewegen, um den Anschluss nicht zu verlieren und die Studien, Harald Friedl, die in diesem Zusammenhang bestehen, die auch von der Handelskammer in Auftrag gegeben worden sind, sprechen eine sehr deutliche Sprache, wenn es um diese Einkommen geht, die in dieser Motion entsprechend auch angesprochen wurden. Deshalb ist es sehr wichtig für ein attraktives Basel, dass wir uns Gedanken machen, wie wir unser Steuersystem künftig ausgestalten, um es für Familien, die schon hier leben oder künftig als Familien leben, und für Fachkräfte, die wir brauchen für unsere Wirtschaft, möglichst attraktiv zu behalten.

Ich bitte Sie also im Namen der SVP, die Motion zu überweisen.

### Zwischenfragen

*Mahir Kabakci (SP):* Joël Thüring, Genosse Scholz aus Deutschland war mit seinem Parteiprogramm nicht so unerfolgreich, sogar mit der Koalition, mit der FDP aus Deutschland, aber beiseite, zu meiner Frage, könnten Sie mir den Betrag definieren, was für Sie der Mittelstand heisst?

*Joël Thüring (SVP):* Es ist nicht ein definierter Begriff. Ich bin einverstanden, dass man den ein wenig unterschiedlich interpretieren kann, aber ich glaube, es ist klar, wen die Motion anspricht. Das zeigt sich auch in den Studien von Herr Schmidheiny, wer gemeint ist, da müssen wir ansetzen und ich bin überzeugt, dass wir das hier in diesem Kanton schaffen, erst recht, weil es uns zurzeit finanziell auch immer noch gut geht.

*Pascal Pfister (SP):* Es geht ja da schön gefreut um Familien und Fachkräfte. Es gibt ja zwei Vorstösse, die schon hängig sind, die für Familien tiefere Steuern fordern. Stimmt es also, dass es hier um Fachkräfte oder auch anders genannt Topverdiener geht am Ende des Tages bei dieser Motion?

*Joël Thüring (SVP):* Nein, es geht in dieser Motion um Familien und Fachkräfte aus dem mittleren Einkommensklasse, das ist relativ klar formuliert, und der Regierungsrat wird dann definieren können, wie er das umsetzen möchte, was die Motion verlangt und dann diskutieren wir über diese Begrifflichkeit noch etwas genauer.

### Besuch auf der Zuschauertribüne

*David Wüest-Rudin (GLP):* Ich darf im Namen der Grünliberalen sprechen. Wie Sie wissen, war eine moderate steuerliche Belastung des Mittelstandes, oder ist es nach wie vor immer noch, uns ein grosses Anliegen. Eine moderate steuerliche Belastung des Mittelstandes ist nicht der wichtigste, aber ein wichtiger Standortfaktor und auch ein Teil der Lebensqualität in Basel, es wurde auch gesagt. Harald Friedl hat richtig daran erinnert, dass im Rahmen des Steuerpakets SV 17 eine Steuerreduktion eingebracht wurde bei der Einkommenssteuer, welche auf einen Vorstoss der Grünliberalen zurückgeht. Der Steuersatz soll um 0.75 Prozentpunkte sinken. Die Senkung wurde aber an Bedingungen geknüpft, wird in drei Schritten realisiert und ist noch nicht abschliessend umgesetzt. Diese Steuersenkung ist noch nicht realisiert und ein kleiner Schritt als Teil eines Kompromisses, es braucht weitere Schritte.

Harald Friedl hat die Studie erwähnt, die sagt, dass bis Fr. 90'000 Einkommen und ab Fr. 300'000 Einkommen die Steuerbelastung in Basel relativ attraktiv sei, aber es geht eben genau um die Gruppe dazwischen und da geht die vorliegende Motion in die richtige Richtung. Sie ist allgemein gehalten, zielt aber klar auf Familien und Fachkräfte. Sie sollen sich wohl fühlen in Basel und auch längerfristig in Basel bleiben, dazu kann die Steuerbelastung einen Beitrag leisten, dass sie eben hier bleiben. Ich weiss nicht, wie Beda Baumgartner von der SP darauf kommt, dass Einkommen über Fr. 300'000 begünstigt werden sollen oder vorher Pascal Pfister, der von Topverdiener gesprochen hat. Haben wir dieselbe Motion gelesen? Es steht nichts davon drin. Wir gehen einig mit Ihnen, dass die sehr hohen Einkommen und Vermögen ihren Beitrag leisten sollen, aber hier geht es um die Familien und mittleren Einkommen, da ist die Motion doch klar, der Mittelstand soll entlastet werden. Die Linke lässt auch die mittleren Einkommen sträflich sprichwörtlich links liegen.

Es ist auch richtig, dass die Motion allgemein gehalten ist. Wir erinnern daran, dass seit bald einem Jahr die Motion von Balz Herter hängig ist, die als Anzug überwiesen wurde. Sie verlangt einen Abzug der Krankenkassenkosten. Wir haben klar die Erwartung geäussert, dass die Regierung bis Ende 2021 eine Lösung vorlegt, das hat sie bisher nicht gemacht. Wie man hört, ist aber das Finanzdepartement dabei, ein Paket zu schnüren, um die Forderung des Anzugs umzusetzen. Uns ist wichtig, dass gerade die Senkung des Steuersatzes als Teil eines solchen Gesamtpaketes mit vorgelegt wird. Der

Regierungsrat hat eben nicht den Auftrag, die untersten Einkommensklassen noch mehr zu entlasten, er hat klar den politischen Auftrag, den Mittelstand zu entlasten. Mit der vorliegenden Motion wird dieser Auftrag bekräftigt und dazu noch eine Zielrichtung formuliert, dass insbesondere Fachkräfte und Familien profitieren sollen. Das finden wir richtig und darum werden wir die Motion auch unterstützen.

### Zwischenfrage

*Beda Baumgartner (SP):* David Wüest-Rudin, können Sie mir versichern, dass Sie sich bei einer Überweisung der Motion dafür einsetzen werden, dass Menschen bei der Einkommensenkung mit einem Einkommen zwischen Fr. 100'000 und Fr. 300'000 profitieren werden und dass Sie sich nicht für eine Senkung der Vermögenssteuer einsetzen werden?

*David Wüest-Rudin (GLP):* Zur Vermögenssteuer kann ich mich im Moment nicht äussern, im Moment ist die Einkommenssteuer Thema dieser Motion und ich habe angesprochen, dass andere Anliegen hängig sind und ich erwarte, dass wahrscheinlich ein Gesamtpaket hier geschnürt wird, aber das muss dann die Regierung entscheiden.

*Luca Urgese (FDP):* Woran misst man, ob ein Kanton zu hohe oder zu tiefe Steuern hat? Auf diese Frage ist keine absolute Antwort möglich, aber man kann versuchen, sich einer Antwort anzunähern. Beispielsweise mit Vergleichen und Berechnungen und dabei feststellen, die Steuerbelastung ist schon bei Durchschnittsfamilien in Basel-Stadt vergleichsweise hoch. Da weise ich Beda Baumgartner gerne auf die Grafik auf Seite 28 unseres Themendossiers hin, wo erkennbar wird, bei Doppelverdiener Bruttoeinkommen ab Fr. 100'000 bereits ist Basel-Stadt schlechter als die Mediansteuerbelastung. Das passt ja relativ gut in die Medianeinkommen, die er beschrieben hat. Man kann Rankings zu Rate ziehen und stellt fest, dass Basel-Stadt, und das hat Harald Friedl durchaus richtig ausgeführt, in diesen Rankings sehr gut abschneidet. Wenn man dann aber ein bisschen noch ins Detail geht und die verschiedenen Komponenten anschaut, dann sieht man, in der Regel ist die Steuerhöhe einer der grossen Schwachpunkte von Basel-Stadt in diesen Rankings, also dort, wo man noch besser werden kann. Harald Friedl hat drei Rankings aufgezählt, es gibt noch weitere, die das noch weiter bestätigen, ein Vergleich von BAK Basel, Einkommenssteuerbelastung für Fachkräfte, erst gerade vorletzte oder letzte Woche erschien Steuermonitor, der hat dasselbe bestätigt, die Zahlen sind eigentlich recht klar.

Man kann jetzt auch aus dem Themendossier einzelne Halbsätze aus dem Zusammenhang reissen und sagen ja, wir stehen so gut da wie die günstigste Gemeinde im Kanton Basel-Landschaft, das ist richtig, aber der Kanton Basel-Landschaft ist steuerlich eben auch ein relativ unattraktiver Kanton und schneidet bei den Rankings Steuerbelastung auch nicht besonders gut ab. Das ist der Grund, wieso dass in unserem Nachbarkanton ebenfalls Steuerreformen hängig sind. Um die Frage zu beantworten, kann man auch das Finanzergebnis des Kantons heranziehen und dabei feststellen, der Kanton hat jedes Jahr höhere Überschüsse als geplant. Das bedeutet erstens, dass der Kanton mehr Geld einnimmt, als er braucht, ich weiss schon, dass es hier drin ganz viele tolle und weniger tolle Ideen gibt, was man mit diesem Geld anderer Leute auch noch alles tun könnte, wir sind jedoch der Ansicht, dass es nicht das Ziel sein kann, die Ausgaben einfach stets dem Einkommen anzupassen. Das bedeutet zweitens, dass der Kanton nicht nur feststellen kann, dass er zu hohe Steuern hat, sondern auch den finanziellen Spielraum hat, um etwas dagegen zu unternehmen.

Wenn wir von einem attraktiven Standort sprechen, sind Steuern nicht der allein entscheidende Faktor, das ist völlig klar. Da spielen Faktoren eine Rolle wie die Lebensqualität, eine gut ausgebaute Infrastruktur, ein reichhaltiges Kulturangebot und weitere Aspekte. Deshalb wird ein Stadtkanton wie Basel-Stadt auch nie ein Tiefsteuernkanton sein, das ist auch nicht das Ziel dieser Motion. Wir wissen, dass auch Menschen mit einem höheren Einkommen durchaus bereit sind, einen Preis dafür zu bezahlen, an einem attraktiven Standort zu wohnen und zu leben. Das ist, wenn Sie so wollen, die untere Grenze, aber es gibt auch die obere Grenze. Diese lässt sich nicht exakt in Franken und Rappen quantifizieren, aber sicher liegt sie dort, wo eine Stadt im Vergleich negativ heraussticht, und das ist für unseren Kanton in gewissen Einkommensbereichen nur teilweise der Fall. Es konnte empirisch nachgewiesen werden, dass die Steuerpolitik eine Rolle spielt bei der Wohnortwahl. Deshalb sollten wir einfach zur Kenntnis nehmen, dass nicht nur, aber auch die Steuerhöhe ein wichtiger Standortfaktor ist. Und das wird künftig in seiner Bedeutung noch stärker werden aufgrund der bereits erwähnten OECD-Steuerreform. Diejenigen, die frohlocken, man habe damit etwas gegen den Standortwettbewerb getan, Tatsache ist aber, dass der Standortwettbewerb sich einfach auf andere Felder verlagert. Felder wie die Lohnkosten, wo die Schweiz nicht so toll abschneidet, und ein Feld wird die Steuerbelastung bei natürlichen Personen sein, darauf müssen wir uns jetzt schon vorbereiten.

Und an alle, die argumentieren, der Kanton brauche das Geld doch für diese und jene Investition, die Investitionen des Kantons sind seit Jahren und auch in der Finanzplanung auf anhaltend hohem Niveau. Wir haben in den letzten Monaten enorm viele Investitionsmittel beschlossen, beispielsweise den Fernwärmeausbau für Fr. 500'000'000, E-Ladestationen, jeweils mit Unterstützung auch der FDP. Ein Teil des Überschusses kommt aber auch daher, dass ein Teil der Projekte, die wir hier beschliessen oder im Regierungsrat beschliessen worden sind, gar nicht in der vorgegebenen Zeit erfüllt werden können. Der Wunsch nach Investitionen ist also schön und gut, aber es gibt auch hier Grenzen, was ein Kanton in unserer Grösse innerhalb eines Jahres überhaupt zu leisten in der Lage ist. Wir sind in der privilegierten Lage, trotz dieser sehr hohen Investitionen über Steuersenkungen sprechen zu können, diese Chance sollten wir nicht vergeben.

Und zum Schluss an all diejenigen, die aktuell im Abstimmungskampf um die Emissionsabgabe behaupten, das Kapital werde entlastet, das Einkommen hingegen werde stärker belastet, das stimmt zwar nicht, aber wenn Sie von dem überzeugt sind, können Sie hier und heute Gegensteuer geben, indem Sie die Einkommen entlasten. Ich bitte Sie, die Motion zu überweisen.

### Zwischenfrage

*Beda Baumgartner (SP):* Luca Urgese, Sie hatten sicher einen Hintergedanken, als Sie diese Motion formuliert haben. Können Sie mir sagen, für welche Einkommensschichten diese Motion gedacht ist? Wer sind die Familien und Fachkräfte, die entlastet werden sollen?

*Luca Urgese (FDP):* Ich habe in der Motion bewusst keine Frankenbeträge genannt, damit wir dann in der Kommission darüber diskutieren können, was sinnvoll ist, aber David Wüest-Rudin hat ja bereits eine sinnvolle Lohnbandbreite genannt.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

50 JA

47 NEIN

0 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion 21.5794 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

## 2. Motion Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Planung einer neuen gedeckten Radrennbahn

[09.02.22 17:08:09, ED, 21.5795.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 21.5795 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*David Jenny (FDP):* Ich darf wieder einer meiner Hobbys nachgehen, gegen die in Basel übermächtige Sportlobby zu kämpfen. Politik als Wunschkonzert, für jede Sportart eine möglichst teure Einrichtung, das ist ja toll und dann wird behauptet, der Bahnradrennsport habe Tradition in Basel. Ich habe vorhin nachgeschaut, ob es da irgendwelche grösseren Artikel darüber gibt, wenn es sie gibt, dann liegen diese Jahrzehnte zurück. Ich habe in Google eingegeben, Basler Radrennfahrer und Sie können mal raten, wer als erster kommt. Basler Radfahrer Trachsel, Gott wird mir meinen Weg zeigen. Das ist unser Kollege David Trachsel, der auch hier unterschrieben hat. Andere berühmte Radfahrer mit dem Stichwort Basel; Paul Köchli, Fritz Gallati, ich nehme an, Sie kennen alle diese Persönlichkeiten. Ich glaube, man kann wirklich nicht behaupten, dass wir eine grosse Radtradition haben, ich nehme natürlich die Velokuriere aus, aber die brauchen keine Radrennbahn.

Warum klagen alle möglichen Baselbieter Gemeinden über Finanzsorgen, sie haben sich teure Sportanlagen angeschnallt, die nicht finanzierbar sind. Da wird auch darauf hingewiesen, die Tradition in Muttenz/Pratteln, ja, das ist ja toll, dann sollen auch Muttenz und Pratteln etwas tun. Wenn wir in Basel etwas tun in diesem Bereich, dann bekommen wir die Antwort von unseren Baselbieter Freunden, der Kanton ist nicht zuständig für Sportstätten, die Gemeinden sind es, die haben kein Geld, die zahlen nichts. Das ist ein Dilemma, das wir schon haben im Margarethen, Ersatz Eis, das wird uns sehr viel Geld kosten. Wir haben den Wunsch seit langem nach dem 50-Meter-Becken, das wird wahrscheinlich kommen, das kostet auch sehr viel Geld. Und jetzt nochmals viel Geld in die Hand zu nehmen für etwas, was ich wirklich glaube, man kann immer Bedarf erfinden und immer Tradition erfinden, aber ich glaube, hier sind wir weit weg von einem wirklichen Bedarf, von einer wirklichen Tradition und ich bitte auch alle Bürgerlichen, die Finger davon zu lassen und immer die Staatsaufgaben aufzublähen. In diesem Sinne bin ich froh, dass die Regierung diese Motion nicht will.

*Lea Wirz (GAB):* Ich glaube, es ist unbestritten, dass der Radsport beliebt ist in Basel und auch gut sichtbar auf den Strassen. Ich habe jetzt nicht recherchiert, wie gross und wie lange diese Tradition schon ist. Unbestritten ist sicher auch, dass es einige Rennbahnen gab in unserem Basel, die nun verschwunden sind. Der Radsport hingegen erfreut sich aber immer einer grösseren Beliebtheit. Das Bedürfnis nach einer neuen Trainingsstrecke ist also nicht aus der Luft gegriffen, sondern scheint vorhanden zu sein. Eine überdeckte Velorennbahn bietet daher eine einfache und originelle Idee, den Radsport in Basel und auch in der Region zu fördern. Eine gedeckte Rennbahn bietet zudem die Möglichkeit, mit Kindern und Jugendlichen zu trainieren und den Nachwuchs zu fördern, dies in einem sicheren Rahmen ohne Verkehr und unabhängig von den Wetterbedingungen. Eine gedeckte Rennbahn kann zudem die Möglichkeit bieten, Synergien mit weiteren sportlichen Aktivitäten zu nutzen, damit die Infrastruktur vielseitig genutzt werden kann und ausgelastet wird. Dies auch im Hinblick auf weitere Forderungen nach verschiedenen Orten für sportliche Trainings- und Wettkampfmöglichkeiten, die zurzeit diskutiert werden wie etwa nach einer Publikumssporthalle, eines Hallenbads oder einer überdeckten Eisfläche oder aber für gewisse Freizeitangebote, die im Winter oder bei schlechter Witterung von einer

überdeckten Fläche profitieren können. Dem Regierungsrat steht es hier also offen, seiner Kreativität freien Lauf zu lassen. In diesem Sinne bitte ich Sie, dies auch im Namen des GAB, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen.

*Pascal Messerli (SVP):* Auch die SVP-Fraktion bittet Sie mehrheitlich, diese Motion nicht zu überweisen. Anders als mein FDP-Vorsprecher haben wir grundsätzlich grosse Sympathie für sportpolitische Anliegen und werden auch in Zukunft das eine oder andere unterstützen, wir sind aber jetzt schon auch der Meinung, dass es Projekte gibt, welche aktuell die höhere Priorität haben und im Vordergrund stehen. Wir nennen da beispielsweise diese Schwimmhalle, diese 50-Meter-Halle, dort gibt es eine Initiative wie auch eine Motion, diese werden wir ganz sicher unterstützen. Es ist auch so, dass wir der Auffassung sind, dass es wenig Eisflächen gibt im Kanton Basel-Stadt und auch mit der Kunschi hier das Ganze nicht getan ist, gerade wenn man bedenkt, wie viele Eisvereine es gibt. Es gibt auch immer wieder Diskussionen darüber, dass es vielleicht noch eine Eventhalle geben sollte für Volleyball, Basketball mit Zuschauertribüne, etc., auch das wäre wahrscheinlich noch naheliegender als eine Bahn für den Radsport.

Ich bestreite und auch die SVP-Fraktion bestreitet nicht, dass der Radsport sehr beliebt ist, aber es stellt sich dann schon auch die Frage, wie viele Leute dann wirklich in diesem Kreis herumfahren und das dann auch im Winter effektiv benutzen. Ich denke, da wird es nur ein kleiner Teil davon sein von den Menschen, die vielleicht Velo fahren, also das kann man nicht 1:1 vergleichen. Wir stellen auch die Frage, inwiefern eine solche Radrennbahn auch kompatibel ist mit anderen Sportarten. Eine Schwimmhalle könnte man mit einer Eventhalle kombinieren oder mit einer Eishalle. Hier bei diesem Radbahnkreis ist es noch eher schwierig, das hat man beispielsweise beim alten Zürcher Hallenstadion gesehen, als die ZSC Lions drin spielten. Da gab es auch diese Halle in der Mitte und man hat dann gefunden, das lohnt sich dann so nicht mehr, es ist einfach auch eine Einschränkung für die Zuschauertribüne, dementsprechend bestreiten wir auch diese Kompatibilität.

Erstens, die anderen Sportprojekte stehen hier etwas im Vordergrund, zweitens die Kompatibilität und drittens bestreiten wir auch, dass es eine sehr grosse Nachfrage dafür gibt von Menschen, welche hier wirklich in einer Radrennbahn trainieren wollen und dementsprechend bitten wir Sie mehrheitlich, diese Motion nicht zu überweisen.

*Stefan Wittlin (SP):* Wir haben jetzt Pro-Argumente gehört, wir haben Kontra-Argumente gehört und dies haben wir mehr oder weniger auch so in unserer Fraktion diskutiert und wir sind uns dabei nicht einig geworden. Dennoch hat es die gegnerische Hälfte bei uns in der Fraktion geschafft zu argumentieren, ohne sich über das Anliegen dieser Motion lustig zu machen, wie das jetzt hier im ersten Votum getan wurde. Die Gegenargumente, ich glaube, die sind einfach. Natürlich, wenn gefordert wird, dass eine Halle erstellt wird für diesen Sport, dann wird das Geld kosten und dass wir uns dies in der jetzigen Situation nicht leisten wollen oder nicht leisten sollen, das ist nachvollziehbar und das anerkenne ich auch als Mitunterzeichner dieser Motion als eine Haltung, die man einnehmen kann. Es gibt aber auch die andere Seite, es gibt auch bei uns in der Fraktion die Seite, die dieses Anliegen unterstützt. Weshalb, weil der Velosport tatsächlich sehr beliebt ist und die Gründe, weshalb in der Region Basel kaum jemand auf einer Velobahn trainiert, die sind vielfältig, aber ein Hauptgrund ist sicher, dass schlicht in der Region keine Gelegenheit existiert, dies zu tun. Grenchen ist tatsächlich leider einfach ein bisschen zu weit, um dieser Sportart regelmässig nachzugehen. Dieser Bahnvelosport, der ist nicht einfach nur eine Randerscheinung, der Fahrradsport ist sehr vielseitig. Sowohl im Profisport wie auch im Breitensport werden oftmals verschiedene Disziplinen ausgeübt und der Bahnsport ist eine Disziplin davon, es ist übrigens auch olympisch, das wissen wahrscheinlich die meisten von Ihnen.

Weshalb bin ich persönlich der Meinung, dass wir diese Motion überweisen sollen. Auch dies wurde gesagt, verschiedene sportpolitische Projekte und Forderungen stehen im Raum und unter anderem auch diese Publikumssporthalle, die gefordert ist, und da gibt es die Chance von Synergien. Vielleicht wurde das in der Motion etwas zu wenig klar ausgedrückt, dass es genau um diese Synergien geht. Die Motion kommt jetzt, weil dieses Thema jetzt mitgedacht werden soll. Es gibt verschiedene Beispiele, die zeigen, dass eine Halle mit einer Velorennbahn auch kombiniert genutzt werden kann mit anderen Sportarten, wir haben das beispielsweise im Hallenstadion in Zürich so. Ich denke, der Zeitpunkt ist der richtige und vielleicht können wir, falls wir das heute überweisen, in drei Monaten darüber diskutieren, diese Motion in einen Anzug umzuwandeln, das wäre wahrscheinlich sinnvoll. Damit wir das tun können, müssen wir das aber heute überweisen. Ich persönlich bitte Sie, dies zu tun, die SP ist, wie gesagt, hier offen.

*Alex Ebi (LDP):* Wenn es um den Sport geht, bin ich natürlich emotional immer sehr stark betroffen. Ganz viele Sachen wurden gesagt von beiden Seiten und es ist auch beides aus meiner Sicht richtig. Wir haben vielleicht nicht eine solche Tradition in den letzten paar Jahren, trotzdem sagen alle im Moment, wir lassen das Auto zu Hause und gehen auf das Velo. Wer weiss, ob das nicht in den nächsten zehn Jahren die zukünftigen Superstars Cancellaras werden, die bei uns im Moment auf dem Velo herumgondeln, aber leider noch keine Halle haben und darum nicht trainieren können. Das ist das eine, das zweite ist, wenn wir schon ein solcher Rundumschlag probieren, einmal so richtig etwas grosses im Sport nach Basel zu holen und hinzubauen und man diese Schwimmhalle und Eishalle, Publikumssporthalle kombinieren und anschauen wollen, dann ist es auf jeden Fall auch wichtig, dass jetzt der Moment ist, wo man das einbringen soll, auch von einer Radsporthalle. Ich denke nicht, dass es gegeneinander spricht, sondern es spricht füreinander, dass der Sport zusammensteht und nicht die einzelnen Sportarten gegeneinander ausgespielt werden. Offensichtlich ist das Geld im Moment für vieles da und wenn wir es jetzt nicht nutzen, wann dann. Warum soll man nicht die Verwaltung jetzt schaffen lassen und uns etwas Gescheites vorstellen lassen und darum bitte ich Sie, dies zu unterstützen.

## **Zwischenfrage**

*Joël Thüring (SVP):* Alex Ebi, Sie haben gesagt kombinieren. Können Sie mir vielleicht als Laien erklären, wie Sie eine Schwimmhalle mit einer Radrennbahn kombinieren wollen? Mir fehlt ein bisschen die Fantasie dafür, aber ich bin offen.

*Alex Ebi (LDP):* Ich habe vermutet, dass etwas so Schlaues kommt, danke Joël Thüring. Selbstverständlich gibt es hier auch keine Antwort darauf, weil das nicht die richtige Kombination ist, aber ich muss mich kurz halten, ich erkläre es gerne bilateral.

*Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP):* Mich stört an dieser Motion, dass es eine Motion ist und dass die suggeriert, dass die Publikumssporthalle schon geplant ist oder in Planung ist. Es gibt Abklärungen, Machbarkeitsstudien und wenn das jetzt hier in einem Anzug daherkommen würde, dass man prüfen und berichten soll, wie man in diese Abklärungen auch gleich noch eine Indoor-Radsporthalle miteinbeziehen kann, dann könnte man mit mir darüber reden, aber so ist das ein bisschen eine, wie soll ich sagen, fast eine falsche Aussage hier in der Motion. Ich lasse mich gerne korrigieren, aber ich habe jetzt nochmal nachgeschaut in den Publikationen, es ist erst eine Machbarkeitsstudie unterwegs, die schaut, wie diesen Bedürfnissen Rechnung getragen werden kann. Wenn man das jetzt hier als Anzug vorliegen hätte, könnte ich dem zustimmen, aber eine Motion, die verbindlich den Auftrag erteilt, hier eine Indoor-Radsportbahn schon mal verbindlich einzuplanen, nicht einfach mal zu schauen, was ist möglich, dem kann ich nicht zustimmen.

*Andrea Strahm (die Mitte/EVP):* Sie werden jetzt merken, dass wir innerhalb der Fraktion gespalten sind, auch unter den Andrea's. Ich möchte einen anderen Aspekt noch einwerfen, und zwar derjenige der Attraktivität von Basel. Es geht ja nicht darum, dass wir hier Radfahrer hätten, die auf eine Bahn möchten, sondern es geht auch darum, dass wir in Basel attraktive Eventhallen haben und dazu gehört eine Rennbahn ohne weiteres. Meine Grosseltern haben in der Nähe der Rennbahn Muttenz gewohnt und ich habe die Geschichten noch im Kopf, wie das immer so ein riesiger Event war, wenn da wieder ein Rennen stattfand, und ich denke, wir hier in Basel können durchaus mehr attraktive Eventhallen brauchen. Wir haben dort unten auch die St. Jakobshalle, die jetzt sehr gut aufgegleist ist, und deshalb möchte ich Sie bitten, diese Motion jetzt zu unterstützen, damit wir wieder auch nicht nur Abgänge aus Basel haben, sondern auch etwas neues Tolles.

### Zwischenfrage

*André Auderset (LDP):* Andrea Strahm, Zürich hat ja so eine schöne Halle mit dem Hallenstadion. Wissen Sie, wann das letzte Radrennen dort war?

*Andrea Strahm (die Mitte/EVP):* Man muss da halt organisieren. Nein, ich weiss es nicht.

*David Wüest-Rudin (GLP):* Bei uns ist es wie bei der Mitte, wir haben ein Offen in der Kreuztabelle, deswegen äussere ich hier nur meine persönliche Meinung. Grundsätzlich habe ich grosse Sympathie für das Anliegen natürlich. Wie Sie sicher wissen, bin ich Velofahrer, ich habe auch mal ein Veloverband präsiert und ja, der Radsport in Basel ist sicher beliebt, das schätze ich auch sehr, ich mache selber auch Radsport. Aber hier geht es ja um den Bahnradsport, das ist eine spezielle Form des Radsportes und hier ist es schon richtig, wenn man mal ein grosses Fragezeichen macht, ob hier wirklich genügend Bedarf nach dieser Sportart ist, um diese auszuüben und zu trainieren. Ich will nicht wiederholen, was zum Beispiel David Jenny und Pascal Messerli dazu gesagt haben. Stephan Wittlin hat ja dazu erwähnt, man solle eine Halle mit anderen Sportarten zusammen denken, das hätte vielleicht etwas deutlicher gemacht werden sollen in der Motion. Es wird die Publikumssporthalle genannt, die sei geplant, aber wie Andrea Knellwolf darauf hingewiesen hat, sind das erst mal Machbarkeitsstudien, Denksätze. Jetzt hier schon verbindlich eine Radsporthalle zu fordern, geht halt etwas weit.

Aber mir ist noch ein anderer Punkt wichtig. Ich hätte mir eine Überweisung vorstellen können, wenn der Vorstoss explizit ein Projekt gefordert hätte, das explizit mit Privaten zusammengemacht würde. Explizit mit Mehrfachnutzungen, aber auch mit Mantelnutzungen, bei denen auch kommerzielle Nutzungen dabei sind. Die müssen nicht unbedingt im Sportbereich sein, es gibt einige solche Beispiele in der Schweiz, wo Hallen gebaut wurden mit Mantelnutzungen, die auch Ertrag abwerfen. Es wäre also dann eine Halle, die sich letztlich ökonomisch zum grossen Teil oder sogar ganz selbst tragen könnte. Mal in diese Richtung zu denken, ein solches Projekt zu wagen und anzugehen, das wäre interessant und dann könnte man evtl. auch darüber diskutieren, ob der Kanton eine gewisse Mitfinanzierung von Infrastruktur bzw. Hallennutzung leisten kann, damit dort Radsport gemacht werden kann.

In dieser Form aber, wie jetzt die Motion hier vorliegt, in dieser verbindlichen "wir wollen eine Radsporthalle" kann ich sie persönlich leider nicht unterstützen, auch wenn ich viel Sympathie für das Rad und den Radsport hege.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Ich selbst bin ja die Sportlobby im Regierungsrat von Amtes wegen und auch aus persönlicher Überzeugung, insofern freue ich mich über den Vorstoss. Ich muss aber auch sagen, ich war etwas überrascht ihn zu lesen, denn eine gedeckte Radrennbahn, die war bis anhin nicht auf irgendeinem meiner Wunschzetteln oder den Wunschzetteln, den wir bei der Bevölkerung erfahren, aufgetaucht. Der Wunschzettel ist lang, vieles wurde dazu schon gesagt, dringend eine gedeckte zusätzliche Wasserfläche, Publikumssporthalle, generell Sporthallen, auch für den ungebundenen Sport, eine grössere Trendsporthalle, allwettertaugliche Aussenspielfelder, Beachsport- und wenn wir bei den Velos sind, eine Pumptrack-Anlage, das wäre auch etwas, das ganz toll ist.



Wir wissen seitens Sportamtes genau, was die Leute wollen, weil wir eine umfassende Umfrage im Zuge der Erstellung des Sportanlagenkonzepts gemacht haben und eben, die gedeckte Radrennbahn, die kommt da schlicht nicht vor. Also ich glaube, wir dürfen sagen, es gibt da nicht ein Bedürfnis. Das verwundert auch nicht, denn das Velofahren in einer Radrennbahn ist etwas sehr Spezielles, diese Bahnen sind ja steil abfallend, das heisst, es braucht auch einiges an Mut, da mal raufzufahren. Es ist also nicht so, dass das jetzt einfach für Kinder was ist, die das erste Mal an das Velo herangeführt werden sollen, sondern das ist wirklich etwas für Leistungssportler und auch da stellen wir fest, das wurde auch gesagt von Leuten, die mehr Velo fahren als ich, dass selbst angefressene Velofahrer das nicht nutzen möchten, sondern im Winter, wenn sie nicht draussen Radfahren können, auf ein Spinning-Rad ausweichen zu Hause oder in einem Fitnessklub, aber nicht auf so einer gedeckten Radrennbahn ihre Runden drehen.

Vereinsmitglieder haben wir in Basel 141, die in Radsportvereinen aktiv sind, von denen würden aber auch nicht alle eine Radrennbahn nutzen. Nachwuchstalente in Basel-Stadt gibt es im Moment zwei, die werden von der Leistungssportförderung bezeichnet, also es ist, und das ist nicht respektierlich gemeint, auch eine Zahlensache, es handelt sich beim Bahnradfahren um eine Randsportart, das darf man sagen, ohne hier jemandem zu nahe zu treten.

Die möglichen Synergien wurden genannt, das ist nicht so einfach. Natürlich in Grenchen ist da in der Mitte dieser Radrennbahn schon ein Sportfeld, es ist aber nicht sehr attraktiv als Publikumssportanlage, weil die Sitzplätze dann ja erst über dieser steilen Radrennbahn in grosser Distanz zum Spielfeld sind. Es ist auch nicht sehr einladen, so eine Halle, und klarerweise braucht sie dann auch überproportional viel Platz, weil eben noch diese Rennstrecke dann darum herumgebaut ist. Also die Synergien, die sind hier, glaube ich, wirklich an einem kleinen Ort.

Alex Ebi hat gesagt, da soll die Verwaltung mal schaffen und was Gutes daraus machen. Ich bin sehr dafür, dass die Verwaltung schafft und auch dass ich schaffe, das ist wichtig, gerade für den Sport, aber lieber für etwas, wo ein Bedürfnis nachgewiesen ist, wo wir eine Priorität haben, und ich habe Ihnen den Wunschzettel aufgestellt, wir haben nicht eine Priorität im Sport, wir haben ganz viele und wir haben auch ganz viel Synergiepotenzial. Ich habe übrigens die Eisflächen gar nicht erwähnt, aber das Thema, das ist ja wie eine kleine Wolke da über uns, das kommt sehr bald auch in diesen Rat. Jetzt für eine Radrennsportanlage Indoor zu arbeiten, in verbindlicher Form innerhalb zwei Jahren hier etwas vorzulegen, das ist nicht sinnvoll. Ich glaube, das würde dem Sport nicht dienen.

Konzentrieren wir uns auf das, was die Sportlerinnen und Sportler in diesem Kanton wirklich wollen und brauchen und deshalb bitte ich Sie namens des Regierungsrats, diese Motion nicht zu überweisen.

*Jérôme Thiriet (GAB):* Vielen herzlichen Dank für diese sehr angeregte Diskussion darüber, ob man für den Radsport Basel eine Indoor-Trainings- und Wettkampfanlage braucht oder nicht. Ich sehe, es gibt da sehr unterschiedliche Meinungen darüber, wie der Bedarf und die Tradition hier sind. Ich möchte dann schon noch sagen, es ist nicht einfach nur, damit die, die gerne Rennvelo fahren, im Winter im Trockenen fahren können, sondern es ist effektiv eine Sportart, der Bahnradsport, David Trachsel hat das erfolgreich betrieben. Wenn es vielleicht eine Halle in Basel gäbe, wäre er jetzt nicht hier, sondern evtl. Olympiasieger, denn es gibt sechs Bahnradsportdisziplinen, die all vier Jahre an Olympia ausgetragen werden. Es hat doch ein sportliches Gewicht und es gibt viele Radsportvereine in der Region Basel-Stadt. Die Mitgliederzahl dünkt mich erschreckend tief, ich weiss nicht, ob die stimmt, aber es gibt viele Vereinsmitglieder.

Es sind viele Vereine auf mich zugekommen, dass es eine Wettkampf- und Trainingsmöglichkeit braucht in der Region und dass Bedarf da ist, zeigt eigentlich der Erfolg der wenigen Bahnen, die es gibt in der Schweiz. Es gibt eine in Aigle, eine in Genf, übrigens auch mitten in der Stadt, und eine in Grenchen. Dann gibt es noch eine in Zürich, das ist die offene Rennbahn, die kann man aber im Winter nicht brauchen und auch nicht, wenn schlechtes Wetter ist, weil sie eben nicht gedeckt ist. David Jenny hat sich offenbar zu wenig mit der Geschichte auseinandergesetzt, auf dem Landhof gab es eine offene, danach hat es in Muttenz eine gegeben und dann in Pratteln und wie Andrea Strahm gesagt hat, war das durchaus auch eine Eventsache, wo wir internationale Wettkämpfe hierherbringen könnten und Basel als Sportstadt profitieren könnte. In den 50- und 60-Jahren hat es übrigens in der Messehalle 6 eine gedeckte Radrennbahn gegeben, vielleicht gibt es jetzt dort wieder Platz. Also es hat effektiv eine gedeckte Bahn gehabt, wo ständig internationale Events, aber auch Trainings stattgefunden haben. Das ist auch das, was wir immer wieder hören, um den Nachwuchs zu fördern von den Vereinen braucht es eine gedeckte, sichere Umgebung. Das kann man machen auf der Radrennbahn, denn die ist nicht nur steil, wie es Conradin Cramer gesagt hat, sondern unten im Flachen kann man sicher fahren und trainieren und die Leistung aufbauen.

Es ist mir natürlich auch klar, dass wir in dieser Stadt keinen Platz haben und sicher auch kein Geld haben für die paar Nasen, die Bahnradsport betreiben wollen, eine Sonderinfrastruktur aufzubauen. Wegen dem habe ich diese Motion auch zu diesem Zeitpunkt gemacht. Das Timing ist wirklich so, weil es jetzt eine Auslegeordnung gibt, weil es eine riesige Wunschliste gibt, wie es Conradin Cramer gesagt hat, und man sicher auch die jahrelange Forderung nach einer Bahn, die letzte in Aesch ist gescheitert, der Velodrome vor ca. zehn Jahren, es gab immer wieder Bemühungen und ein Bedarf dies zu machen, dass die jetzt wieder in die Auslegeordnung hineinkommt.

Es ist effektiv so, es gibt nirgends eine Bahn, die nur dem Radsport zur Verfügung steht, sondern es gibt diverse Nutzungen, die im Innenfeld gemacht werden können. Das kann eine Bedarfsanmeldung vom Unihockey-Verein sein, Triathlon, Radbahn, Rollschuhe, BMX, Kunstrad, Hallenfussball, Korbball, Basketball, Badminton, Tennis sogar, wo alle verzweifelt auf der Suche nach Fläche drinnen sind, wo sie das ganze Jahr trainieren können. Es wäre also keinesfalls eine isolierte Institution für die kleine Randsportinteressensgruppe, sondern eine wichtige Indoorfläche, die für viele andere Breitensportler geschaffen werden könnte und die Nutzungslast der bestehenden Turnhallen stark reduzieren könnte.

Der Zusammenhang mit den anderen Sportinfrastrukturprojekte ist klar, die grosse Publikumshalle, auch wenn sie noch nicht geplant ist, sondern erst im Vorstadium ist, irgendjemand muss mal sagen, machen Sie einmal vorwärts, und darum ist auch das Instrument der Motion gewählt und auch wenn die Kompatibilität vielleicht nicht gegeben ist, dass man

anschaut, wie man diese verschiedenen Nutzungen integrieren könnte. Und auch das Beispiel in Genf hat gezeigt, dass es geht. Das ist auch eine relativ dicht bebaute Stadt und für die polysportive Nutzung dort betreibt das der Kanton. Man könnte dort mal schauen, wie das läuft.

Ich bitte Sie also inständig, diese Gelegenheit zu nutzen und das dem Regierungsrat zu überweisen und er dann den Vorschlag macht, wie man eine solche Radbahn bauen könnte.

#### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### Ergebnis der Abstimmung

40 JA

51 NEIN

3 ENT

#### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 21.5795 ist **erledigt**.

### 3. Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend gerechtes und ausgewogenes OeV-Angebot in allen Quartieren zur Bewahrung der Wohn- und Lebensverhältnisse (Tram und Bus für Alle!)

[09.02.22 17:37:17, BVD, 21.5805.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 21.5805 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Tim Cuénod (SP):* Man muss sich den Wortlaut dieser Motion sehr genau anschauen. Eine Motion ist ja bekanntlich das schärfste parlamentarische Instrument, das quasi dem Regierungsrat einen verbindlichen Auftrag gibt. Der Text, der hier vorliegt, verlangt, dass sämtliche städtische Gebiete vom ÖV erschlossen sein müssen und als erschlossen gilt ein Gebiet, wenn die Haltestellen im städtischen Netz so angelegt sind, dass sie im Prinzip nicht weiter entfernt liegen als 300 Meter und fünf Minuten Fussdistanz von der Haustüre oder Geschäft. Ich habe mir die Mühe gegeben, auf [map.geo.bs.ch](http://map.geo.bs.ch) mal zu analysieren, wo das heute alles nicht der Fall ist. Ich stelle fest, dass wir durch die Erfüllung dieser Motion doch einige zusätzliche kleine Buslinien zumindest ins Leben rufen müssten. Im einen oder anderen Fall hätte ich noch mehr Verständnis dafür, zum Beispiel gibt es auch, das ist nicht ein Quartier, indem wir als SP besonders stark sind, aber trotzdem, auf dem Bruderholz gibt es ein Dreieck, wo man vielleicht noch in Zukunft die Buslinie etwas verbessern könnte, aber wenn man sich die Umsetzung anschaut, vor allem in dieser Verbindlichkeit, dann wird es nur noch sehr schnell vollkommen absurd.

Ich gebe Ihnen zwei schöne Beispiele aus dem extremen Norden und Süden dieser Stadt. Die Grenzstrasse, ich weiss nicht, wer sie kennt, vielleicht wahrscheinlich André Auderset, vielleicht auch ein paar andere, vielleicht Heidi Mück, liegt nördlich am Hafenbecken 2, also unmittelbar an der Grenze. Die wäre heute eindeutig nicht erfasst durch diese Regelung, weil das ist ein städtisches Gebiet und sie wäre nicht vom ÖV erschlossen und weiter weg von diesen 300 Metern. Dort eine zusätzliche ÖV-Verbindung zu machen, ist ebenso unsinnig wie zum Beispiel beim Bahnhof Klosterfechten, wo man auf fast 500 Meter kommt bis zur nächsten Busstation.

Ich glaube, wir sollten mit unseren Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, haushälterisch umgehen. Wir müssen schauen, dass wir den Modal Split verbessern, dass wir den öffentlichen Verkehr auf jeden Fall stärken, er hat durch die Pandemie auch schwere Zeiten hinter sich und schreibt im Moment gerade nicht unerhebliche Defizite. Wir sind als SP klar der Meinung, dass man deswegen das ÖV-Angebot unter keinen Umständen ausdünnen sollte, aber die Erfüllung dieser Motion würde dann doch zu etwas gar absurden Konsequenzen führen und da kann man das Geld wirklich sinnvoller investieren.

In diesem Sinne bitten wir Sie seitens der SP-Fraktion, dies abzulehnen. Wir denken auch darüber hinaus, dass wenn man den ÖV attraktiver machen will in dieser Stadt, dann ist es unter anderem wichtig, dass man ihn an einigen Stellen beschleunigen kann. Wir haben im innerstädtischen Vergleich leider keinen sehr schnellen öffentlichen Verkehr.

*Tobias Christ (GLP):* Ich kann mich Tim Cuénod, meinem Vorredner, voll und ganz anschliessen und gerade die Liste der Beispiele weiterführen und vielleicht noch gewisse Aspekte hervorheben. Ich bin genau mit ihm einig, es ist kompletter Unsinn, wenn ich das sagen darf, das als Motion so zu überweisen. Klar sind wir auch für eine gute Erschliessung durch den ÖV, aber insbesondere das Genannte in der Motion, es geht um die Versachlichung der Debatte, wenn es um eine Aufhebung geht von zum Beispiel möglichen Haltestellen, Linienführungen, usw., mit dieser Motion würden wir genau das

Gegenteil erreichen, sicher keine Versachlichung. Dazu noch ein Beispiel, das passt gut in die Liste, man muss nicht so weit suchen. Ich habe meinen eigenen Wohnort genommen, meine Adresse Mühlenberg 10, das ist da, wo es vom St. Alban zum Rhein runtergeht, für die, die es nicht kennen. Die nächste ÖV-Haltestelle ist das Kunstmuseum, auch das passt gut zum Beispiel, das steht im Moment, glaube ich, nicht mehr zur Debatte, dass man das aufhebt, aber das könnte man in Zukunft nicht mehr, nein sogar noch schlimmer, auch schon die ist weiter als 300 Meter entfernt.

Jetzt könnte man sich vielleicht retten mit den fünf Minuten. Ja, ich schaffe das in fünf Minuten, ich komme sogar noch ein bisschen weiter, ich schaffe auch einen Kilometer in fünf Minuten, aber das wird kaum gemeint sein mit diesen fünf Minuten. Wenn man sich das überlegt, was schafft eine durchschnittliche Person, vielleicht eine ältere Person in fünf Minuten, dann kommt man auch nicht mehr als auf die 300 Meter. Wahrscheinlich sogar noch weniger, wenn es dann noch bergauf geht und noch Fussgängerstreifen dazwischen sind, usw. Und es macht auch deutlich, es kann nicht die Luftlinie gemeint sein, sonst könnte man sich vielleicht retten und sagen, ja, die Hardstrasse ist von meiner Adresse Mühlenberg 10 tatsächlich Luftlinie weniger als 300 Meter entfernt. Aber es käme niemand auf die Idee, dorthin zu laufen, weil sie viel weiter ist. Wenn jetzt in Zukunft dann irgendjemand sagt, falls diese Motion überwiesen würde, und ich beklage mich dann oder ein Nachbar von mir, dann würde ein spitzfindiger Beamter vielleicht antworten, ja, die nächste ÖV-Haltestelle ist ja die Fähre und die ist gerade knapp 300 Meter entfernt. Aber das passt auch nicht so zum Grundthema Versachlichung, deshalb ganz klar, bitte diese Motion nicht überweisen.

*André Auderset (LDP):* Eigentlich kann man die Rednerliste bald schliessen, weil ich schliesse mich meinen Vorrednern vollumfänglich an. An Tobias Christ vielleicht ein Tipp, eine Zahnradbahn den Mühleberg rauf würde dann vielleicht das Erfordernis von Beat Leuthardt erfüllen und Tim Cuénod, ich kann bestätigen, dass die Grenzstrasse, die ist mal deutlich mehr als 500 Meter vom nächsten Verkehrsmittel weg, es sei dann man rechnet den Bus in Lörrach resp. Weil drüben dazu. Nun, gut gemeint ist oft der Feind des Guten und so auch bei dieser Motion. Es tönt so gut, wenn ganz Basel mit ÖV erschlossen werden soll, aber diese Definition des Erschlosseneins, das ist nun mal wirklich nicht jedermanns Sache, ganz abgesehen davon, das haben wir auch schon gehört, dass es ziemlich unterschiedlich ist, welche Distanz man in fünf Minuten zurücklegen kann, ich nehme an, Tobias Christ würde mich locker um das doppelte schaffen, bei Tim Cuénod weiss ich es nicht genau, aber wir können es mal probieren.

Aber ob wir jetzt wirklich das Bruderholz noch mit neuen Tramschienen erschliessen sollten oder durch die engen Gassen des Zentrums Kleinhüningen noch ein paar Busse fahren lassen, das scheint mir dann auch ziemlich fragwürdig. Ich befürchte vor allem etwas anderes, der Vorstoss hätte vor allem die Folge, dass wohl auch die unsinnigsten Tramhaltestellen nicht mehr aufgehoben werden könnten, ich denke da an die Station Westfeld des 3ers oder das Kunstmuseum knapp auf den Bankverein. Wir hätten dann Trämlis, die vor lauter bremsen und wieder anfahren kaum mehr irgendwo hinkommen und wahrscheinlich für Magengrämen bei den Passagieren sorgen, weil es dann immer so im Hauruck hin und zurückgeht. Und dann hoffe ich noch, dass Schrebergärten nicht auch dazu zählen, sonst gibt es dann zwischen Eglisee und Habermatten noch sehr viele zusätzliche Haltestellen.

Es kommt noch etwas dazu, der Motionär verlangt ultimativ, dass der Regierungsrat innert sechs Monaten die entsprechende Planung vornimmt. Da werden sonst Trampläne und ÖV-Programme über die nächsten zehn bis 20 Jahre gemacht und nun also ein Schnellschuss innerhalb eines halben Jahres. Das kann ja wohl nicht seriös sein, bitte lehnen Sie das ab.

*Beatrice Messerli (GAB):* Zum Glück ist die Redner\*innenliste noch nicht geschlossen, denn ich bin tatsächlich anderer Meinung als meine Vorredner und möchte dies auch begründen. Nach dem Lesen eines Artikels in der BZ habe ich mir eine Frage gestellt. Die Frage heisst, wem soll der öffentliche Verkehr nutzen. Denjenigen, die möglichst schnell von A nach B wollen, jenen, die aus Altersgründen aufs Velo und Fuss gehen verzichten müssen, jenen, die aus Überzeugung aufs Autofahren verzichten oder jenen, die temporär auf den ÖV umsteigen müssen, weil sie eine Sportverletzung oder aus sonstigen Gründen aufs Velofahren oder zu Fuss gehen verzichten müssen. Die richtige Antwort müsste lauten, allen. Damit aber alle den ÖV nutzen können, gibt es ein paar grundsätzliche Bedingungen und möglicherweise müssen dann die einen oder anderen auf irgendeine Option verzichten.

Es wird immer wieder argumentiert, damit der ÖV für Nutzerinnen und Nutzer attraktiver gestaltet werden könne, brauche es schnellere Verbindungen und dies könne durch die Auflösung oder Zusammenlegung von Haltestellen erreicht werden. Für die reine Fahrzeit stimmt dies möglicherweise sogar, aber die Frage sei erlaubt, wenn Fahrgäste für ein vierminütiges Fahrzeiterparnis fünf Minuten weiter zur Tram- oder Bushaltestelle laufen müssen, ist der Nutzen gleich null. Menschen, die aus gesundheitlichen oder aus Gründen des Alters auf den ÖV angewiesen sind, weil sie weder Velo noch Trottinett oder sonstige Verkehrsmittel nutzen können, sind auf möglichst kurze Wege zu den Haltestellen des ÖVs angewiesen. Ausserdem gibt es Untersuchungen, dass die Auflösung von Haltestellen dem ÖV für die meisten Benutzenden nicht attraktiver macht, sondern der gegenteilige Effekt eintritt.

Wenn ich nun in der Zeitung lese, dass zum Beispiel die Haltestelle der Buslinie 38 Ensisheimer aufgelöst werden soll, dann frage ich mich schon, wer auf so eine Idee kommen kann. Das Hegenheimerquartier ist ein reines Wohnquartier mit relativ vielen älteren Bewohnerinnen und Bewohner, die auf diese Haltestelle angewiesen sind. Wenn dann gleichzeitig auch noch die Haltestelle Ensisheimerstrasse der Tramlinie 3 aufgehoben werden soll, dann unterstelle ich den verantwortlichen Stellen einen gewissen Mangel an Einfühlungsvermögen für die Bedürfnisse von älteren Bewohnerinnen und Bewohner des Hegenheimerquartiers. Ebenso geht es mir bei dem Vorschlag, die Tramhaltestelle St. Johanns-Tor mit der Haltestelle Mühlhauserstrasse zusammenzulegen. Bei beiden Haltestellen sind in der Nähe Altersheime, deren Bewohnerinnen und Bewohner auf möglichst kurze Wege angewiesen sind.

Die Aufhebungspläne sind alters- und behindertenfeindlich, sie verschlechtern den Zugang zum ÖV und wir sollten dies

Ideen ad acta legen. Zugegeben, es gibt durchaus ältere ÖV-Nutzerinnen und -Nutzer, die auch längere Wege ohne Probleme meistern, aber die anderen sind auf unsere Unterstützung angewiesen. Oftmals werden sie bei Planungen und Überlegungen nicht mitgedacht, was ein grosser Fehler ist. Planungen, die an einem Schreibtisch gemacht werden, aber in der gelebten Realität nicht kundenfreundlich sind. Erst kürzlich habe ich gelesen, dass in Helsinki die Haltestellen möglichst nahe beieinander sein sollen, damit bei schlechten Wetterbedingungen die Wege möglichst kurz sind und das heisst in diesem Fall zwischen 250 und 300 Meter. Mehr sollten es nicht sein und wie im Motionstext zu lesen ist, gilt dies auch für das Genfer ÖV-Netz.

Wir möchten eine Stadt, in dem Langsamverkehr, zu Fuss oder anderen umweltfreundlichen Verkehrsmitteln grosse Priorität zukommen lässt. Wir möchten eine Stadt, die beim ÖV eine hohe Qualität erreichen möchte. Wir wollen eine Stadt, die sich in Klimafragen fortschrittlich zeigt und deshalb eine gut ausgebaute ÖV unterstützt. Das erreichen wir aber nur, wenn wir unser ÖV-Netz auch entsprechend planen und den Bedürfnissen und den Wünschen aller Nutzerinnen und Nutzer eine gewisse Priorität einräumen. Und es geht in dieser Motion tatsächlich nicht darum, laufend neue Haltestellen zu entwickeln und zu machen, sondern es geht darum, die bestehenden Haltestellen nicht ohne nachzudenken aufgelöst werden.

Deshalb bitte ich und das GAB Sie, diese Motion ein erstes Mal zu unterstützen und sie zu überweisen, damit die Regierung eine entsprechende Antwort geben kann.

*Roger Stalder (SVP):* Eigentlich wurde jetzt das gesagt, was ich auch sagen wollte. Wir können das von Beatrice Messerli nur unterstützen und wir unterstützen hier das Grüne Bündnis, dass das eine Planung braucht und auch gerade in dem Gebiet, wo ich bin, wo man hier einfach lesen muss, dass evtl., das ist ja noch nicht sicher, Ensisheimer aufgelöst wird, wird auf einen Schlag mit der Versetzung auch vom Westfeld dort alles eigentlich weggenommen. Das muss man schon nochmal überdenken und darum sind wir überzeugt, dass das mit dieser Motion nochmal überdenkt wird. Darum bitte ich Sie, diese Motion zu unterstützen und zu überweisen.

*Eric Weber (fraktionslos):* Ich bin vorhin fast ein bisschen eingeschlafen, aber dann wurde es so lustig und ich habe selten so gelacht wie bei diesen Voten. Ich habe das Votum von André Auderset sehr schön gefunden. André Auderset hat sehr richtig gesagt, wollen wir denn noch eine Zahnradbahn machen. Das habe ich sehr witzig und originell von André Auderset gefunden. Da muss ich einfach die Zugabe machen, wollen wir sogar noch eine Gondelbahn machen. Einer der ersten Vorredner hat wortwörtlich gesagt, darum wiederhole ich das, diese Motion ist ein kompletter Unsinn. Das wurde gesagt und ich muss sagen, diese Motion ist ein vollkommener kompletter Unsinn. Ich möchte meine Vorredner unterstützen und das ist meine Aufgabe als Grossrat, dass ich das unterstütze, was der Vorredner gesagt hat.

Die Motion ist für mich als Grossrat und Trämlifahrer, ich habe das U-Abo und ich finde, die Leute, die ein U-Abo haben, dürfen hier mitreden. Es ist so, diese Motion braucht es schlicht nicht. Ich bitte Sie, diese Motion bitte abzuweisen. Ich finde, dass der Motionär befangen ist zu diesem Thema, es ist bekannt, dass er bei der BVB als Teilzeitfahrer tätig ist. Eine Dame hat vorhin erzählt, oder war es ein Herr, ich weiss es schon nicht mehr, wenn man zu viele Stopps macht beim Trämli, wenn das Trämli zu viel haltet, dann bekommt das Trämli kein Tempo. Und wenn das Trämli kein Tempo hat, dann sagen die Leute, die lieber laufen, weil es gibt Stationen, wo man zu Fuss schneller ist.

Ich möchte Sie nur daran erinnern, das können Sie nicht wissen, Präsidentin Jo Vergeat und die jüngeren Grossräte, wir hatten früher eine Tramstation, die hiess Hauptpost in Basel und diese Tramstation Hauptpost in Basel zwischen dem Barfüsserplatz und Marktplatz wurde vor 20 Jahren aufgehoben und niemand weint dieser Tramstation eine Träne nach. Ich habe also nie gelesen, dass hier die Bevölkerung von Basel mehrere neue Tramstationen möchte, im Gegenteil, es ist besser für die Beschleunigung, wenn die Tramstationen aufgehoben werden wie die Tramstation Hauptpost, die es nicht gebraucht hat und das Trämli ja dann nur in einen Stau kommt. Ich kann mich erinnern als Kind, man ist in das Tram eingestiegen, aber kam gar nicht vorwärts vom Barfüsserplatz zum Marktplatz, weil es dann 100 Meter weiter gehalten hat und dann nochmals nach 50 Meter und dann haben die Leute gesagt, das ist merkwürdig.

Diese Motion würde mehr Tramstationen wollen und wir müssen verhindern, dass es mehr Tramstationen gibt. Kurz gesagt, es ist eine Zwängerei und es geht hier nur um neue Wählerschichten, das wollen wir nicht.

*Tim Cuénod (SP):* An die Adresse von Beatrice Messerli und Roger Stalder und ihre Fraktionen möchte ich schon sagen, selbstverständlich verstehe ich, dass sich Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohner dagegen wehren, dass Stationen abgebaut werden. Es braucht eine Einzelfallprüfung und dass gerade ältere und gehbehinderte Menschen möchten, dass sie eine ÖV-Station in ihrer Nähe haben, das ist mehr als legitim. Ich glaube, das muss von Fall zu Fall sehr genau geprüft werden. Nur, ich bin dafür, dass wir das, was wir hier machen, ernst nehmen in dem Sinne, als dass ja, wie gesagt, eine Motion nicht irgendein Instrument ist, sondern das schärfste parlamentarische Instrument, mit dem wir einen verbindlichen Auftrag an den Regierungsrat geben. Und wenn man das umsetzt, wie es hier steht, nämlich dass sämtliche Gebiete vom ÖV erschlossen sein müssen und als erschlossen ein Gebiet nur dann gilt, wenn die Haltestellen so angelegt sind, dass sie im Prinzip nicht weiter entfernt als 300 Meter oder fünf Minuten Fussdistanz sind von der Haustür oder zum Geschäft, dann stelle ich fest, dass das natürlich nur ginge, nur umsetzbar wäre, wenn man sehr viele zusätzliche Haltestellen und Linien schaffen würde in dieser Stadt. Und deswegen geht es hier nicht um eine symbolische Abstimmung über den Abbau von ÖV-Stationen, sondern es geht darum, ob man das, was in der Motion steht, so umsetzen will oder ob man das nicht will.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich kann es kurz machen. Ich schätze das sehr, dass heute auch so viel

Unterstützung für den ÖV zum Ausdruck kommt, auch schon bei den Budgetpostulaten und jetzt auch bei diesen Aussagen. Ich darf Ihnen im Namen der Regierung versichern, dass uns der ÖV sehr wichtig ist. Das entspricht den Klimazielen, das entspricht der Mobilitätsstrategie, also wir wollen ganz sicher, dass der ÖV für alle attraktiv bleibt. Und das ist das Problem der vorliegenden Motion. Wenn Sie uns sagen, wir sollen nicht vom Schreibtisch aus planen, dann macht es auch wenig Sinn, hier ein Raster zu definieren, das eben genau vom Schreibtisch aus so ein Raster festsetzt. Sie haben hier im Parlament immer wieder die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen darauf, wo diese Stationen hinkommen, wo nicht, wie sich die ganze Mobilität, auch das Tramnetz weiterentwickelt. Ich bitte Sie, schränken Sie sich hier nicht unnötig ein und der Regierungsrat bittet Sie deshalb, die Motion abzulehnen.

*Beat Leuthardt (GAB):* Zuhanden der Vorredner, vor allem André Auderset, ich bin also beeindruckt, jetzt haben Sie es mir richtig gegeben, habe ich vielleicht auch verdient, nur bedenken Sie bitte, Sie treffen nicht mich, sondern Sie treffen die berechtigten Anliegen der Älteren und Behinderten und wenn jetzt Sie, Tim Cuénod, meinen, das sei der falsche Weg und Sie hätten das genau gelesen, dann muss ich Sie leider korrigieren, Sie haben es doch nicht genau gelesen oder Ihnen fehlt das Verständnis für die Formulierungen. Es sind mehrfach Formulierungen drin, die bedeuten, dass es natürlich nicht darum geht, innert den nächsten sechs Monaten jetzt mehr Haltestellen zu bauen, sondern die Vorlage wäre zu schauen, wie in Zukunft verhindert wird, dass durch Abbaumassnahmen eben die Haltestellenabstände verlängert werden und die Diskriminierung gewisser Bevölkerungskreise vergrössert wird.

Ich möchte mich eigentlich gerne nochmals darauf fokussieren, wir hatten zu den Pionierzeiten des Trams eine Art feinmaschiges Netz, ähnlich einem feinmaschigen Pullover und seither, also seit 1895 hat man zunehmend einzelne Maschen rausgenommen oder flogen raus. Heute ist es ein wenig dichtes Netz, unglücklicherweise wohnen aber immer noch dieselben Leute an denselben Orten und wenn Sie halt jetzt viel weitere Wege gehen müssen oder auch unsinnig nahe beieinander liegende Haltestellen, wie zum Beispiel Laupenring und Bernerring, dann ist das ein Problem.

Die Motion, wenn Sie sie genau lesen, bezieht sich auf die Ausgewogenheit. Ausgewogen heisst dann einfach, nicht unbedingt die Haltestelle Laupenring oder Bernerring ersatzlos aufzuheben, sondern wieder dahin zu verschieben in die Mitte zwischen Bundesplatz und Neubad, wo dann auch alle Bevölkerungskreise, vor allem auch die, denen es nicht so gut geht und die nicht einfach so fit auf die Rennvelos steigen können, davon profitieren können. Darum geht es und es ist schon eine ziemlich peinliche Eingangsdebatte gewesen von gewissen bürgerlichen, aber auch nicht bürgerlichen Leuten, wenn sie das beiseiteschieben und da mit viel Akribie, das bewundere ich, Pseudoplanungen gemacht haben im GeoMap. Das ist ein lustiger Zeitvertreib, geht aber an der Sache vorbei und beispielsweise die Personen, die in der Schnittstelle zwischen Ensisheimerstrasse und dem Westfeld wohnen und die sich bei uns bitterlich beklagen über die Planung, die werden nicht glücklich sein über Ihre Voten und werden Sie auch nicht mehr wählen und das haben sie vielleicht vorhin schon nicht getan.

Die Feinmaschigkeit, um das nochmals zu verdeutlichen, 1915 war auf der Linie 6 bei gleicher Fahrzeit wie heute 12 Haltestellen mehr vorhanden. Heute will ich nicht sagen, es fehlen Haltestellen, aber im Unterschied zu dem, was die Regierung sagt, es ist übrigens interessant, sie sagt, die Motion sei nicht erfüllbar, das BVD oder die Baudirektorin hat noch vor sechs Tagen in einem Mail an UVEK-Leute das Gegenteil geschrieben, nämlich sie sei bereits erfüllt. Vielleicht können Sie das mal noch ausmachen, wer dann jetzt da besser oder schlechter gemessen hat. Wenn das BVD oder Regierungsrätin Ester Keller mit den Erschliessungsgüteklassen kommen, das ist natürlich nicht falsch, aber Erschliessungsgüteklassen haben dort ihren Sinn, beispielsweise im Kampf zur besseren Erschliessung von publikumswirksamen Einrichtungen wie bei Grüssen, wo wir vom VCS, bei dem ich im Vorstand war, bitterlich gekämpft haben dafür, dass da eine korrekte Erschliessung käme, das ist aber in einem grobmaschigen Bereich und das hilft, wie gesagt, halt in den Quartieren nicht, deswegen ist der Titel der Motion auch gerechtfertigt. Es geht um Ausgewogenheit, es geht um gerecht und es geht nicht um schematische, bürokratische Berechnungsmodelle, die dann von uns mehr oder weniger nur beschlossen werden können.

Ein kleines Beispiel noch, diese Unfug-Planung Spalendor, wo man die BehiG-Haltestelle doch tatsächlich in die Spalenvorstadt verlegen wollte und gleichzeitig Aufhebung der Pilgerstrasse, die Planung wäre nie angegangen worden, wenn ich diese Motion vorgelegt hätte. Also nochmals, es ist eine Motion in die Zukunft, es soll die Leute vom Auto wegbringen, es soll denen, die den ÖV brauchen, helfen, es soll auch andere Formen wie Erschliessung durch Kleinbusse oder Ruftaxis ermöglichen und ich werde hier zum Trotz daran arbeiten mit den Motionärinnen und Motionären, einen Vorschlag zu bringen, bei dem Sie dann weniger beissenden und lustigen Humor anstelle der sachlichen Diskussion einbringen können.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

19 JA

66 NEIN

8 ENT

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 21.5805 ist **erledigt**.

### Schluss der 2. Sitzung

18:00 Uhr

---

### Beginn der 3. Sitzung

Mittwoch, 16. Februar 2022, 09:00 Uhr

## Mitteilungen

[16.02.22 09:00:07, MGT]

*Jo Vergeat (GAB)*: Ich begrüßen Sie zur heutigen Sitzung und habe vorerst folgende Mitteilung:

Für die zweite Ratssekretärin ist heute einer der längsten Arbeitstage des Jahres. Sie hat heute Morgen bereits eine Kommissionssitzung betreut und darf nun mit uns bis tief in die Nacht Traktanden «abarbeiten» und dies obwohl sie heute Geburtstag feiert. Entsprechend gratuliere ich Tamara La Scalea ganz herzlich zu Ihrem Geburtstag und freue mich sehr, dass Sie diesen heute primär mit uns verbringt.

[Applaus]

### 4. Motion Beda Baumgartner und Konsorten für Unterstützung von aufsuchender Arbeit im Altersbereich

[16.02.22 09:00:51, GD, 21.5810.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 21.5810 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf die Motion 21.5810 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

### 5. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend «Für alle statt für wenige! Keine unfairen Beschränkungen und Mehrkosten für Schlüssel und Depot bei den Freizeitgärten Basel-Stadt»

[16.02.22 09:01:28, BVD, 21.5835.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 21.5835 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Jeremy Stephenson (LDP)*: Ich bin schon froh, dass Joël Thüring, mein hochgeschätzter Altgrossratspräsident, auch ein bisschen vergesslich wird, wenn es um formal-juristische Sachen geht. Er hat hier eine Motion eingereicht, und dieses Anliegen ist alles andere als Inhalt einer Motion.

Die Motion ist ein Antrag, den Regierungsrat zu verpflichten, dem Grossen Rat eine Vorlage zur Änderung der Verfassung oder eines bestehenden Gesetzes oder eines Grossratsbeschlusses zu unterbreiten. Wir haben das letzte Mal schon gehört, dass die Motion das stärkste politische Instrument ist, das wir zur Verfügung haben. Wir sollten Acht geben, dass wir nicht jede Idee, die einem in den Sinn kommt, in eine Motion packt und zur Diskussion bringt.

Die Frage, die hier gestellt wird wegen Schlüsseldepots und Anzahl Schlüssel ist Thema einer Petition, einer schriftlichen Anfrage, eines Mails an Regierungsrätin Esther Keller oder eines Telefonats und hat nichts mit dem Inhalt einer Motion zu tun. Wir können stundenlang diskutieren, ob ein Schlüsseldepot Fr. 50 oder Fr. 100 kosten soll, aber das gehört weder ins Gesetz noch in die Verfassung unseres Kantons.

Deshalb bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen, damit wir wieder korrekter arbeiten und effektiv unterscheiden, was Inhalt einer Motion, eines Anzugs, einer Interpellation, einer schriftlichen Anfrage ist. Das ist in der Geschäftsordnung

festgehalten. Wir sollten uns wieder einmal daran erinnern, welchen politischen Vorstoss wir für welches Thema wählen. Joël Thüring sollte sich nicht von ein paar Pächtern von Freizeitgärtnern vor den Karren spannen lassen, um hier eine Motion für diese Frage einzureichen.

*Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP):* Ich schliesse mich vollumfänglich dem Votum von Jeremy Stephenson an. Eine Ergänzung möchte ich noch anbringen. Die in der Motion angesprochenen Schwierigkeiten sind bereits behoben, es ging vor allem um eine Kommunikationsproblematik. Die Leute haben nicht ganz verstanden, warum sie das Depot bezahlen müssten und dachten, sie bekämen das Geld dann nicht wieder zurück. Ausserdem gibt es auch die Möglichkeit von Ratenzahlung. Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen.

*Beatrice Isler (die Mitte/EVP):* Sie entnehmen der Kreuztabelle, dass die Mitte ein Minus eingegeben hat, obwohl ich die Motion unterschrieben habe. Wir haben die Situation ausführlich diskutiert. Es gibt 31 Freizeitgartenareale mit rund 5'200 Pächterinnen und Pächtern. Die Fraktion die Mitte/EVP ist sehr froh, dass die Jahresmiete eines Freizeitgartens nur Fr. 220 kostet. Dazu kommen natürlich noch die Fr. 200 an den Verein des Areals für Wasser, Regie, Vereinsmitgliedschaft, Benützung WC etc. Dies alles zusammengerechnet ergibt eine durchschnittliche monatliche Belastung von Fr. 35.

Die Schlüssel haben eine komische Eigenschaft zu verschwinden, vor allem dann, wenn man sie ausleiht. Insofern sollte es aus Sicherheitsgründen im Interesse aller Pächterinnen und Pächter klar sein, wer einen Schlüssel hat und wer dafür haftet. Sind Fr. 100 im Spiel, wird darauf geachtet, dass sich die Schlüssel nicht in Luft auflösen. Abgesehen davon bekommt man die Fr. 100 wieder zurück, wenn man den Garten samt Schlüssel wieder abgibt.

Sowohl das BVD als auch die Stadtgärtnerei haben versichert, es habe nur wenig Kritik gegeben wegen des hohen Depots. Ausserdem suche man mit Personen, welche nun eine kleine Kasse zur Verfügung haben, einen gangbaren Weg, um diese Pächterinnen und Pächter nicht in eine finanzielle Notlage zu bringen. Die Stadtgärtnerei redet hier von Ratenzahlungen.

Die Argumentation, man werde beschämt, wenn man offen legen muss, dass man die Fr. 100 nicht auf einmal aufbringen kann, zählt nur bedingt. Das Schlüsseldepot ist ja ein Geschäft zwischen Stadtgärtnerei und Pächterinnen und Pächtern. Wir nehmen an, dass niemand im Verein weiss, wer das Depot zahlen kann und wer nicht. Der Datenschutz muss hier greifen. So oder so würden zwei Schlüssel vergeben, nur in Ausnahmefällen drei. Von den 5'500 Pächterinnen und Pächtern hätte die Hälfte bereits die Umstellung mitgemacht, nur knapp 200 Personen davon hätten einen dritten Schlüssel beantragt. Selbstverständlich kann man sich auch auf einen einzigen beschränken.

In Anbetracht all dieser Informationen hat die Fraktion die Mitte/EVP deshalb beschlossen, die Motion von Joël Thüring abzulehnen.

*Michela Seggiani (SP):* Die Fraktion der SP ist offen, hat also Stimmfreigabe eingegeben. Ich werde Ihnen deshalb sowohl die Argumente für die Überweisung wie gegen die Überweisung erläutern.

Einige von uns unterstützen die Motion und ihr Anliegen. Fr. 100 Depot pro Schlüssel sind zu viel, und auch nur zwei Schlüssel, auf Antrag drei Schlüssel pro Garten sind zu wenig. Viele Pächter und Pächterinnen, viele Familien, können sich solche Ausgaben kaum leisten, unabhängig davon, ob es sich um Migranten und Migrantinnen handelt, die nach wie vor einen Grossteil der Pächterinnen und Pächter ausmachen, oder um Einheimische. Es geht auch um Rentnerinnen und Rentner, deren Geld sehr knapp bemessen ist. Zudem ist der Betrag des Depots im Verhältnis zur Pacht viel zu hoch. Auch ein kleinerer Betrag hätte seine erwünschte Wirkung erzielt, nämlich dass alle Nutzenden die Regeln kennen und die Stadtgärtnerei die Kontrolle behalten kann.

Einige von uns unterstützen die Regierung und möchten nicht überweisen, weil bei Bedarf auch mehr Schlüssel beantragt werden können und die Stadtgärtnerei bei Zahlungsproblemen mit individuellen Lösungen entgegenkommt. Bei den 18 von 32 Arealen, die bereits auf die neue Schliessanlage umgestellt haben, gab es laut der Stadtgärtnerei nur vereinzelt Kritik. Das Thema Freizeitgärten und auch die Diskussion um die Schlüssel sind sehr emotional, und viele von uns haben einen direkten Bezug dazu. Deshalb ist eine klare Kommunikation der Verwaltung wichtig. Scheinbar war nicht mehr klar, wie viele Schlüssel im Umlauf sind und wer alles einen Schlüssel und somit Zugang zu den Freizeitgärten hat. Das soll jetzt mit einem Depot und einer beschränkten Anzahl Schlüssel unter Kontrolle gebracht werden, was durchaus Sinn macht.

Wir werden bald den Bericht der BRK zum Ratschlag Teilrevision des Gesetzes über Freizeitgärten vorliegen haben. Einige von uns plädieren deshalb dafür, diesen jetzt erst einmal abzuwarten. Zudem wäre für einen Vorstoss auch ein Anzug sinnvoller gewesen.

*Patrizia Bernasconi (GAB):* Ich finde es schwierig, wenn wir dieses Anliegen aus vermeintlich formellen Gründen einfach "abtischen" wollen. Abgesehen davon kann eine Motion auch ein Regelwerk des Regierungsrats in alleiniger Kompetenz des Regierungsrats verändern. Ich möchte Sie im Namen des Grünalternativen Bündnisses bitten, die Motion von Joël Thüring an den Regierungsrat zu überweisen. Er soll uns dann aufzeigen, ob diese Motion rechtlich zulässig ist oder nicht.

Die Begründung des BVD, weshalb die Pächterinnen und Pächter für die neue Schliessanlage für die Schlüssel Fr. 200 Depotgebühren zahlen müssen, lautet gemäss Medienberichten, "der Depotbeitrag sei bewusst so hoch gewählt, dass er den Materialwert übersteige, damit die Schlüssel nicht unter der Hand an Dritte weitergegeben würde". Wir können den Ärger der Pächterinnen und Pächter über die Höhe des neuen Depots sehr gut nachvollziehen. Fr. 100 pro Schlüssel sind viel Geld. Viele Pächter und Pächterinnen leben in bescheidenen Verhältnissen und können sich Fr. 100 pro Schlüssel

schlicht und einfach nicht leisten. Deshalb unterstützen wir die Forderung, das Depot auf Fr. 50 zu beschränken. Auch dies ist eine nicht zu unterschätzende Summe. Sie entspricht den gängigen Depotgebühren.

Die Beschränkung auf zwei Schlüssel pro Vertrag erachten wir gegenüber den Personen, die ihre Freizeit in den Gärten verbringen, als nicht korrekt. Nicht nur ganze Familien sind auf einzelnen Parzellen anzutreffen, sondern auch Einzelpersonen oder Paare, die sich von einer oder zwei Personen helfen lassen. Sie brauchen mehr als zwei Schlüssel. Wenn ausserdem weniger Schlüssel verteilt werden als es wirklich braucht, besteht das Risiko, dass die Arealtore die ganze Zeit offen bleiben, damit ein- und ausgegangen werden kann. Damit wird der gegenteilige Effekt erzielt, dass Unbefugte in die Areale kommen.

Wenn eine Pächterin oder ein Pächter mehr Schlüssel haben will, dann soll offensichtlich eine Fachkommission entscheiden, ob diese Person sie erhalten darf. Es ist völlig intransparent, nach welchen Kriterien diese Fachkommission beschliessen wird, wer mehr Schlüssel erhält und wie viele. Es riecht schwer nach Amtswillkür. Was uns ausserdem sehr befremdet ist das Vorgehen des BVD, alle Pächterinnen und Pächter unter Generalverdacht zu stellen, als ob alle mit den Schlüsseln einen illegalen Handel getrieben hätten.

Wir bestreiten nicht, dass es in den Freizeitgärten möglicherweise einzelne Probleme oder Missbräuche mit den Schlüsseln gab oder gibt. Diese sollen jedoch auf der Ebene eines einzelnen Vertragsverhältnisses gelöst werden. Die Vereine sollen dazu einbezogen werden, was bis jetzt auch nicht der Fall ist. Bis jetzt waren sie zuständig für die Schlüsselvergabe.

Deshalb finden wir die Forderung des Motionärs, weiterhin mehr als zwei Schlüssel abzugeben und nur in Ausnahmefällen von diesem Grundsatz bei einzelnen Parzellen abzuweichen, angemessen und gegenüber den Menschen, die ihre Zeit in den Freizeitgärten verbringen, fair. Wenn ich höre, dass der Schlüsselwechsel bereits in der Hälfte der Areale vollzogen worden ist, ohne grosse Reklamationen, dann kann ich nur sagen, was ich aus meiner beruflichen Erfahrung kenne, und zwar, dass wir es hier mit zwei ungleichen Vertragsparteien zu tun haben. Auf der einen Seite die Partei die sagt "wenn du in deinen Garten gehen willst, musst du Fr. 200 zahlen". Auf der anderen Seite die Partei, die nickt und Fr. 200 zahlt, damit sie wieder in ihren Garten gehen kann.

Überweisen Sie bitte diese Motion. Damit würde das BVD niemandem unnötig Schwierigkeiten machen. Alles andere wäre Schikane.

*Pascal Messerli (SVP):* Die formelle Debatte resp. die Debattenverweigerung von Jeremy Stephenson und Andrea Knellwolf haben mich provoziert, hier ein Votum zu halten. Selbstverständlich ist die Motion ein geeignetes Mittel, weil die Motion den Regierungsrat verbindlich dazu verpflichtet, eine Massnahme zu ergreifen. Eine Petition ist kein parlamentarisches Instrument, eine schriftliche Anfrage und eine Interpellation sind nicht verbindlich, und wenn man der Meinung ist, dass man die Motion in einen Abzug abschwächen will, kann man das bei der Zweitüberweisung immer noch tun. Nun aber so zu tun, dass man diese Motion inhaltlich ablehnen will, weil einem die Form nicht passt, erachte ich als schwierig. Wenn wir uns formell so beschneiden, müssen wir heute Morgen auch gar nicht ins Parlament kommen, dann können wir zu Hause bleiben und den Regierungsrat walten lassen.

Das ist also eine sehr schwache Argumentation. Ich werde mich inhaltlich dazu nicht äussern, ich kann mich weitgehend dem Votum von Patrizia Bernasconi anschliessen, und Joël Thüring, der Motionär, wird sich inhaltlich ebenfalls dazu äussern. Ich bin immer noch der Meinung, dass die Motion das geeignete Mittel dafür ist, um den Regierungsrat verbindlich dazu zu verpflichten, eine Massnahmen zu ergreifen.

*Andreas Zappalà (FDP):* Ich bitte Sie, diese Motion nicht zu überweisen, nicht aus formellen Gründen, sondern aus materiellen Gründen. Es wurde von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern vor allem das Argument der Kosten eingebracht. Soweit ich gehört habe, geht es bei vielen Gärtnerinnen und Gärtnern nicht um die Kosten sondern um die Tatsache, dass die Anzahl Schlüssel limitiert werden, weil man gerne die Schlüssel innerhalb der Familie verteilen würde. Gerade dieses Argument ist für mich ein Argument, um diese Schlüsselregelung einzuführen. Es kann nicht sein, dass fremde Leute Zutritt zu einem Garten haben, mit dem sie in keinem vertraglichen Verhältnis stehen. Aus diesem Grund habe ich grosses Verständnis für das BVD und dass es eine neue Regelung einführen will.

Zu den Kosten: Es kann schon sein, dass im Verhältnis zur Pacht die Fr. 100 Depotgebühr relativ hoch ist, aber man tut jetzt so, als wäre der Gartenbesitz kostenlos. Wer einen Garten hat, der weiss, was an finanziellen Mitteln und Kosten für einen Gärtner, eine Gärtnerin hinzukommt. Soviel ich weiss, gibt es diverse Vereine, die Vorgaben machen, wie die Gartengestaltung aussehen muss. Für mich ist das Argument der Kosten kein zwingendes, und aus diesem Grund bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

*Mahir Kabakci (SP):* Die Begründung für die Änderung seitens des BVD und der Stadtgärtnerei ist, dass man eine bessere Übersicht über die Schlüssel, die im Umlauf sind, haben möchte. Das finde ich grundsätzlich nicht falsch, aber ich finde es falsch, wenn die Kosten auf die Pächterinnen und Pächter abgewälzt werden. Zwei oder drei Schlüssel sind heute einfach nicht realistisch. Wenn Sie eine Wohnung mieten, erhalten Sie drei bis vier Schlüssel. Als vorher die Kostenfrage aufgeworfen wurde, haben einige von Ihnen gelacht. Aber es gibt auch in diesem Kanton Menschen, für die der Betrag von Fr. 100 nicht einfach Peanuts ist. Diese Realität darf man nicht vergessen.

Ich finde das Argument des Erlasses nicht überzeugend. Wer entscheidet, ob dieser Betrag erlassen wird oder nicht, wo liegt die Messlatte, wie läuft dieses Verfahren? Das ist für mich eine Blackbox. Ich kenne viele Pächterinnen und Pächter von Freizeitgärten und die einfach froh sind, wenn sie die Möglichkeit haben, in einem grünen Areal ihre Freizeit



verbringen zu können. Ich sehe keinen Mehrwert für den Kanton, und man würde nur die Pächterinnen und Pächter verärgern. Deshalb sollten aus meiner Sicht mehrere Schlüssel ohne administrativen Aufwand vergeben werden können. Das Depot für einen Schlüssel sollte aus meiner Sicht nicht mehr als Fr. 50 betragen, was ja völlig im Verhältnis wäre. Ob die Motion das richtige Instrument ist, darüber kann man streiten. Auch wir haben diese Diskussion in unserer Fraktion geführt. Aber trotz allem ist dieses Anliegen richtig und wichtig und ich bitte Sie, die Motion zu überweisen.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Der Regierungsrat möchte die Motion nicht entgegennehmen. Ein Teil ist bereits erfüllt, man kann drei Schlüssel beantragen. Wir sind auch nicht sehr restriktiv.

Zur Depothöhe: Man kann auch einfach mal einen Schlüssel beziehen, oder das Depot in Raten zahlen. Wir haben durchaus Lösungen gesucht, dass das finanziell machbar ist. Nicht vergessen dürfen wir, dass wir das auch aus einem Bedürfnis der Pächterinnen und Pächter gemacht haben. Es gibt in den Freizeitgärten ein Sicherheitsbedürfnis, weil häufig Leute unterwegs sind, die man nicht kennt. Es kommt auch immer wieder zu Diebstählen. Die Pächterinnen und Pächter haben ein Bedürfnis nach Sicherheit. Ein Teil der Sicherheit ist, dass man die Leute kennt, die dort unterwegs sind.

Mittlerweile haben über die Hälfte der Pächterinnen und Pächter den Schlüssel entgegengenommen. Das sind rund 2'500 Personen. Davon gibt es nur rund 200 Personen, die einen Drittschlüssel beantragt haben. Es ist nicht die grosse Menge, die gerne viel mehr Schlüssel hätte.

Ich möchte zum Schluss aber selbstkritisch sagen, dass wir ganz offensichtlich nicht gut genug kommuniziert haben so dass es vielen unklar war und die Menschen verunsichert waren, ob sie das Geld je zurückerhalten. Wir haben also noch einmal besser informiert. Wir konnten die Leute beruhigen, und damit ist ein grosser Teil der Motion erfüllt. Wir waren mit diesen Personen in direktem Kontakt, auch nachdem sie uns einen Brief geschrieben haben.

Deshalb bitten wir Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

*Joël Thüring (SVP):* Ich danke für die angeregte Debatte. Ich muss zugeben, dass ich von Altstrafgerichtspräsident Jeremy Stephenson enttäuscht war. Wenn er Urteile so gefällt hat, dann mache ich mir Sorgen um unser Rechtssystem. Er hat nämlich in der Geschäftsordnung des Grossen Rates nur § 42 Abs. 1 zitiert, er vergisst dabei aber § 42 Abs. 1bis, der genau das sagt, was mein Kollege Pascal Messerli und zuvor auch schon Patrizia Bernasconi gesagt haben, nämlich dass jedes Mitglied des Grossen Rates in Form einer Motion den Regierungsrat verpflichten kann, eine Massnahme zu ergreifen. Wenn der Regierungsrat für diese Massnahme selber zuständig ist, kann er die Massnahme direkt ergreifen, wenn nicht, müsste er zurück an den Grossen Rat gelangen. Ich wäre schon froh, wenn Jeremy Stephenson die Gesetze komplett zitieren würde.

Ich danke Regierungsrätin Esther Keller für die Ausführungen. Doch die Pächterinnen und Pächter sind weiterhin sehr unzufrieden. Es gab Gespräche zwischen der Leitung der Stadtgärtnerei und den Pächtern, und diese Personen sind weiterhin unzufrieden. Es ist ein gewisser Widerspruch, wenn Sie einerseits sagen, dass die Pächterinnen und Pächter einerseits auf dem Areal mehr Sicherheit wollen, und Sie aber gleichzeitig in der Vernehmlassung ein Gesetz bringen, demgemäss die Freizeitgärten allen gegenüber geöffnet werden sollen. Diesen Widerspruch können Sie nicht auflösen.

Die Kosten wurden erwähnt. Es ist in der Tat ein Depot, man bekommt das Geld wieder zurück. Nur es ist für viele Menschen einfach zu viel Geld. Das ist nicht für jedermann einfach so auftreibbar. Es ist auch ein bisschen weltfremd zu meinen, dass zwei Schlüssel für einen Freizeitgarten reichen. Wir haben für jede Wohnung mehr als zwei Schlüssel. In einem Freizeitgarten heute sind meistens ein Mann und eine Frau, sie haben Kinder, die nicht alle zwingend im gleichen Haushalt leben. Wenn sie dann in den Ferien sind, müssen sie sich organisieren. Das ist eine unnötige Hürde, die ich für die Freizeitgärten unnötig finde.

Regierungsrätin Esther Keller hat gesagt, dass man im Einzelfall mit der Stadtgärtnerei sprechen kann, wenn es um die Höhe des Depots, die Anzahl Schlüssel geht. Seien wir doch ehrlich, das ist doch ein unnötiger bürokratischer Aufwand für ein System, das über Jahre und Jahrzehnte ausgezeichnet funktioniert hat. Es gibt immer Leute, die vielleicht finden, dass zu viele Schlüssel im Umlauf sind. Aber die grosse Mehrheit der Freizeitgärtnerinnen und Freizeitgärtner geht mit ihren Schlüsseln sehr vorsichtig um. Es sind nicht Dutzende von Freizeitgärtnern, die die Schlüssel vervielfältigt haben. Das sind keine grossen Probleme.

Nun eine Bürokratie zu schaffen, wo einzelne Pächterinnen und Pächter anfragen müssen, ob sie einen Drittschlüssel haben dürfen, ob man ihnen das Depot teilweise erlässt, das halten wir für wenig zielführend in einem Bereich, den wir sehr unterstützen. Freizeitgärten sind eine wichtige Institution, sie leisten einen wichtigen Beitrag für das Stadtklima. Ausgerechnet dort die Schraube anzusetzen, ist etwas übertrieben. Wir würden es deshalb sehr begrüessen, wenn wir diese Motion dem Regierungsrat überweisen und Regierungsrätin Esther Keller noch einmal mit der Stadtgärtnerei ins Gespräch geht, insbesondere auch mit dem Argument, dass man das im Gesamtkonzept des neuen Gesetzes prüfen kann. Ich bitte Sie also, die Motion zu überweisen und danke Ihnen auch im Namen der Freizeitgärtnerinnen und Freizeitgärtner, die mit dieser Situation sehr unzufrieden sind.

### Zwischenfrage

*Salome Hofer (SP):* Ich bin keine Familiengartenexpertin, aber wenn ich Ihnen zuhören, scheint es, als könne man diese Probleme alle in einem vernünftigen bilateralen Gespräch ganz ruhig lösen. Warum ist es aus Ihrer Sicht notwendig, die Bürokratiemühlen laufen zu lassen mit einer politischen Motion?

*Joël Thüring (SVP):* Weil diese Gespräche stattgefunden haben und sie nicht gefruchtet haben.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Der Grosse Rat beschliesst

44 JA

51 NEIN

2 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 21.5835 ist **erledigt**.

## 6. Motion Michael Hug und Annina von Falkenstein betreffend Durchführung eines Pilotprojekts Gratis-Tests für sexuell übertragbare Krankheiten (STI)

[16.02.22 09:30:04, GD, 21.5836.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 21.5836 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*David Trachsel (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Ich bestreite dieses Anliegen und konfrontiere Sie zugleich mit ein paar zugegebenermassen etwas unangenehmen Fragen. Erstens, soll die Allgemeinheit für fahrlässiges Verhalten im Bereich der Sexualität bezahlen müssen oder soll jeder für die Konsequenzen seines Verhaltens selbst aufkommen? Zweitens, wollen wir, dass junge Leute zu selbstverantwortlichen Bürgerinnen und Bürgern heranwachsen oder wollen wir ernsthaft Anreize setzen, welche die Selbstverantwortung im wichtigen und sensiblen Bereich der Sexualität untergraben? Drittens, wollen wir gegenüber jungen Leuten tatsächlich das Signal aussenden, dass fahrlässiges und unverantwortliches Verhalten im Bereich der Sexualität durch den Staat dann schon geglättet wird? Wofür wollen wir denn alles noch mit Staatsgeldern bezahlen?

Ganz ehrlich, mir ist schon klar, dass bei jungen Leuten auch mal Unachtsamkeit oder gar Unwissen im Spiel sein kann. Zudem passiert selbst dem verantwortungsvollsten Menschen mal ein Fehler. In diesen Fällen reden wir aber von Einzelereignissen, für ein solches vermag auch ein junger Mensch auch einmal durchaus aufzukommen. Ich möchte keinen Staat, der für alles und jeden aufkommt und aus jungen Leuten unmündige Bürgerinnen und Bürger macht, ich möchte einen Staat, der die Selbstverantwortung fördert und mit Steuergeldern sparsam umgeht.

Aus diesen Überlegungen empfehle ich Ihnen, die Motion nicht zu überweisen.

*Michael Hug (LDP):* Als kleine Rückmeldung an David Trachsel: Sie fragen, ob die Kosten für Fahrlässigkeit vom Kanton bezahlt werden sollen. Die Motion, wie wir sie uns vorstellen, sieht vor, dass die Gesamtkosten bestenfalls für die Gesellschaft kleiner werden, indem Infektionsketten durchbrochen werden. Wir haben ein Verständnis in unserer Gesellschaft, dass man für schwächere und auch jüngere Gesellschaftsgruppen eintreten soll. Das Problem, das wir hier haben, ist statistisch nachgewiesen. Die Prävention allein funktioniert nicht. Die Eigenverantwortung besteht trotzdem noch. Man muss sich ja testen lassen. Es geht lediglich darum, die Hürden abzubauen.

Gemäss der Kreuztabelle spricht sich eine Mehrheit für die Überweisung vorliegender Motion aus. Dies freut uns gerade im Namen der Jungliberalen, die den Stein zur geforderten Durchführung eines Pilotprojekts für kostenlose Tests bei sexuell übertragbaren Krankheiten ins Rollen gebracht haben. Es ist also ein junges Thema, das von unserer Jungpartei an uns herangetragen wurde. Gerne möchte ich darlegen, warum ich diesen Vorstoss als unterstützenswert erachte und weshalb er auch von Skeptikern der Gratistestkultur mitgetragen werden kann.

In den vergangenen Jahren wurde ein deutlicher Anstieg bei den Ansteckungen mit sexuell übertragbaren Krankheiten, insbesondere Tripper und Chlamydien festgestellt. Das Augenmerk liegt dabei auf urbanen Zentren, wo sich jüngere und sexuell aktivere Bevölkerungsgruppen vorwiegend aufhalten. Das Bewusstsein über die Risiken von sexuell übertragbaren Krankheiten und Infektionen ist bei jüngeren Menschen oft noch nicht vollständig ausgeprägt und bis zur Diagnose besteht die Gefahr einer Weiterverbreitung. Neben den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Spätfolgen von unentdeckten Infektionen droht zudem eine höhere Empfänglichkeit der Betroffenen für HIV.

Ein grosses Problem bei STI sind oftmals die unspezifischen Symptome, welche nicht direkt mit einer Infektion in Verbindung gebracht werden. So wird ein rechtzeitiges Testen verpasst und Infektionsketten können anwachsen. Frühzeitige Tests bewirken hingegen einen Rückgang der Infektionen in der Bevölkerung und ermöglichen es, langwierige und teure Therapien zu vermeiden. Davon profitieren nicht bloss betroffene Einzelpersonen, sondern die gesamte

Gesellschaft.

Warum aber sollen die Tests kostenlos sein? Die Krankenkasse übernimmt zwar häufig die Kosten der notwendigen Tests für STI, allerdings werden diese aus verschiedenen Gründen oft nicht durchgeführt. Einerseits müssen die Tests bei einer hohen Franchise trotzdem selbst bezahlt werden, und andererseits läuft die Krankenversicherung bei vielen jungen Menschen noch über die Eltern. Da es sich bei STI nach wie vor um ein Tabuthema handelt, wollen junge Menschen nicht, dass ihre Eltern davon erfahren. Kommt hinzu, dass Infektionsanzeichen wie erwähnt oftmals nicht eindeutig sind.

Die Motion setzt hier an und möchte im Kanon Basel-Stadt wohnhaften Personen bis zum 25. Lebensjahr kostenlose Testmöglichkeiten für STI anbieten. Im Rahmen eines auf drei Jahre begrenzten Pilotprojekts soll die bestehende Testinfrastruktur, Haushaltpraxen, Spitäler, freiwillige Organisationen mit einbezogen werden. Das Projekt ist wissenschaftlich zu begleiten, um dessen Nutzen zu evaluieren. Insbesondere soll eine Kosten-Nutzen-Analyse des Projekts durchgeführt werden, womit auch das Argument der Gratiskultur und der Belastung des Steuerzahlers mit einbezogen wird. Wobei es auch die bisherigen Ausgaben für Prävention und deren Wirkung zu berücksichtigen gilt.

Im Endeffekt führt ein besseres Testangebot nicht bloss zu einer besseren Prävention, sondern ermöglicht auch bessere Behandlungsmassnahmen. Die Stadt Zürich geht mit gutem Beispiel voran und beginnt ab Herbst 2022 mit einem ähnlichen Pilotprojekt. Diesem Beispiel sollen wir folgen. Ich bitte Sie im Namen der Mitunterzeichnenden Annina von Falkenstein und der Jungliberalen darum, diese Motion zu überweisen.

### Zwischenfrage

*Oliver Thommen (GAB):* Sie haben beantragt, die zwei Forderungen zu prüfen und darüber zu berichten, wie in einem Anzug. Möchten Sie, dass der Regierungsrat prüft und berichtet oder möchten Sie, dass er die zwei Forderungen umsetzt, wie es bei einer Motion üblich ist?

*Michael Hug (LDP):* Ich möchte, wie in einer Motion üblich, dass die Massnahmen umgesetzt werden im Rahmen eines Pilotversuchs.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

82 JA

11 NEIN

0 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion 21.5836 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

### 7. Motion Daniel Hettich und Konsorten betreffend Regionales Logistikflächenkonzept

[16.02.22 09:38:54, WSU, 21.5837.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 21.5837 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf die Motion 21.5837 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

### 8. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30

[16.02.22 09:39:20, BVD, 21.5840.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 21.5840 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Beat K. Schaller (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Einmal mehr erleben wir eine Teufelsaustreibung, und wie so oft heisst es der Satan der Autofahrer. Man beachte, wir sehen hier nicht einen Kampf gegen das Auto, sondern gegen alle diejenigen unter uns, welche auf das Auto angewiesen sind, welche aus persönlichen Gründen Auto fahren oder welche einfach ihre Mobilität auf ihre Art erleben wollen. Unter dem Deckmantel von Lärmschutz, Sicherheit und natürlich Klima wird die Vertreibung des Autofahrers aus dem Kanton Basel-Stadt weiter vorangetrieben. Mit Ihrem Kampf gegen den Autofahrer betreiben Sie eine Verkehrspolitik für die Jungen und die Gesunden. Gerade die Kreise, welche auf Inklusivität pochen, auf das Miteinander verschiedener Lebensstile schießen dieses Miteinander in den Wind, wenn der böse Autofahrer mit im Spiel ist.

Kommen wir zum Lärmschutz. Das Bundesamt für Umwelt schreibt: "Mit leiseren Reifen lässt sich der Lärm markant reduzieren, wären alle Autos mit solchen Reifen ausgerüstet, würde die Lärmbelastung gleich stark sinken wie bei einer Halbierung des Verkehrs. Auch Flüsterbelege bewirken eine Lärminderung, welche weit grösser ist als Tempo 30." Das Einhalten von Tempo 30 auf für Tempo 50 ausgelegten Strassen ist fraglich, wie die Praxis zeigt. Zur Durchsetzung nötige bauliche Massnahmen würden den Verkehr behindern, mit schlussendlich mehr Treibstoffverbrauch und Emissionen und weniger Sicherheit, weil sich die Autofahrer noch mehr auf das Einhalten der Geschwindigkeit konzentrieren müssen als auf ihre Umgebung. Mit der verstärkten Elektrifizierung des Verkehrs entfällt zudem dieses Argument.

Kommen wir zur Sicherheit. Die Motion erwähnt 400 Verunfallte pro Jahr. Sie sagt aber nicht, wo diese Unfälle geschehen. Sie geschehen nämlich häufig an Verkehrsknoten, wo die Geschwindigkeit naturgemäss tief ist. Im Gegenteil dazu wird sich mit einem flächendeckenden Tempo 30 die Attraktivität von Hauptverkehrsachsen vermindern und andere Wege attraktiver machen. In Velodebatten wird ja regelmässig angeführt, Velofahrer würden sich den besten Weg suchen wie Wasser. Das machen die Autofahrer auch. Die Motionäre nehmen stillschweigend in Kauf, dass sich Autofahrer und der Autoverkehr in Quartierstrassen verlagert, und sie nehmen in Kauf, dass dadurch mehr Unfälle geschehen.

Zum besseren Verkehrsfluss durch Tempo 30: Diese Aussage lenkt davon ab, welche Abstände die Fahrzeuge untereinander einhalten. Unter idealen Umständen kann diese Verbesserung tatsächlich eintreten, aber auch dann ist das Resultat ganz einfach nur, dass alle zusammen langsamer unterwegs sind. Der Verkehrsfluss wird nicht verbessert durch Behinderungen, sondern durch eine bewusste Aufrechterhaltung des Flusses. Ich erinnere an meine Interpellation zur grünen Welle, in der ich schrieb: "Nur ein flüssiger Verkehr ist ein umwelt- und klimafreundlicher Verkehr." In seiner Antwort bekennt sich der Regierungsrat dazu, den Verkehr auf Hauptverkehrsstrassen zu kanalisieren und von Quartierstrassen fernzuhalten. Nehmen wir doch den Regierungsrat beim Wort.

Schlussendlich darf auch das Klima nicht fehlen. Die Vorgaben des Luftreinhalteplans würden nicht eingehalten, das Heilmittel sei Tempo 30. Das ist eine theoretische Betrachtung, weil sich mit dem Tempo 30 das Verkehrsverhalten ändern wird und Autofahrer längere Strecken in Kauf nehmen werden und damit reduziert sich die Klimawirkung entsprechend.

Bitte erinnern Sie sich auch an die Antwort von Regierungsrätin Stephanie Eymann auf die Interpellation Herter zur Auswirkung Tempo 30 auf Blaulichtorganisationen. Diese Auswirkungen sind höchst bedenklich. Wollen Sie wirklich Schutz und Rettung unserer Bevölkerung Ihrer Autoablehnung opfern? Ich kann das nicht glauben. Deshalb bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diese Motion nicht zu überweisen.

*Heidi Mück (GAB):* Das GAB möchte diese Motion selbstverständlich überweisen. Die Argumente, warum integrales Tempo 30 positiv ist, finden Sie im ausführlichen Text der Motion. Ich möchte diese Argumente nicht wiederholen. Sogar die Auswirkungen auf den öffentlichen Verkehr wurden im Motionstext berücksichtigt, und es wird ein Massnahmenplan zur tatsächlichen Priorisierung und Beschleunigung des ÖV gemäss unserer Verfassung gefordert.

Ich habe selten so eine ausführlich begründete und gut recherchierte Motion gesehen wie diese, und ich finde diese Argumentation absolut überzeugend. Sie haben sicher die E-Mails von Bewohnerinnen und Bewohnern verschiedener Strassen erhalten, die grosse Hoffnung auf die Einführung von integralem Tempo 30 setzen und darum bitten, diese Motion zu überweisen. Ich hoffe, Sie haben diese Nachrichten auch gelesen. Ich habe mir die Mühe gemacht, allen zu antworten, die eine solche E-Mail verschickt haben, habe mich bei ihnen bedankt und ihnen mitgeteilt, dass sie bei mir mit diesem Anliegen offene Türen einrennen. Als Bewohnerin der Kleinhünigerstrasse, die wohl unbestritten eine hohe Verkehrsbelastung aufweist, weiss ich, wovon ich rede. Über 30 Jahre habe ich diese Strasse mit Tempo 50 erlebt und nun haben wir seit gut zwei Jahren Tempo 30. Ich kann wirklich sagen, dass sich die Wohnqualität und damit auch die Lebensqualität spürbar verbessert haben. Als Tempo 30 im Dezember 2019 eingeführt wurde, war das wie ein Weihnachtsgeschenk für die ganze Strasse. Diese Verbesserung soll doch allen Bewohnerinnen und Bewohnern von Basel zugute kommen. Gönnen wir ihnen doch das!

Das Bedürfnis nach weniger Lärm, nach mehr Verkehrssicherheit, nach besserer Luft, ja nennen wir es doch das Bedürfnis nach Entschleunigung, ist gross. Das Bedürfnis zeigt sich nicht nur in den Schreiben, die wir alle bekommen haben. Das Streben nach immer mehr, immer schneller und immer effizienter geht bei immer mehr Menschen ganz schön an die Substanz. Ich bin überzeugt, dass der Wunsch nach einer guten Wohn- und Lebensqualität ein ganz zentraler ist. Wenn wir uns näher mit diesem Wunsch auseinandersetzen merken wir, dass hier ganz grundlegende Fragen tangiert werden. Es geht nicht nur um Mobilität, und es geht ganz sicher nicht um Schikane der Autofahrenden. Es geht um unseren Konsum, unsere Lebensgestaltung, unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und es geht auch um Solidarität. Wir können uns doch nicht einfach auf den Standpunkt stellen, dass Menschen, die an Hauptverkehrsachsen oder verkehrorientierten Strassen wohnen einfach Pech gehabt haben und dass sie weiterhin den Verkehrslärm und sonstige Belastungen ertragen müssen, weil der Verkehr einfach so kanalisiert werden muss.

Die integrale Einführung von Tempo 30 entspricht einem breiten Bedürfnis und erhöht die Wohn- und Lebensqualität für viele Menschen. Ich bitte Sie deshalb im Namen des GAB, diese Motion zu überweisen.

*Balz Herter (die Mitte/EVP):* Die Fraktion die Mitte/EVP lehnt diese Motion ab. Die Einführung von flächendeckendem Tempo 30 hat zwar Vorteile, hat aber auch ganz viele Nachteile. Denken Sie an den öffentlichen Verkehr, wie langsam dieser zukünftig laufen wird. Wer zahlt die Kosten für die Zusatzkurse? Das werden schlussendlich die Steuerzahlenden sein. Das ist ein grosses Problem. Weiter philosophiert Raphael Fuhrer in seinem Vorstoss darüber, dass Strassen geschmälert werden können. Sie haben es in der Beantwortung der Interpellation gehört: Das gibt ein grosses Problem. Ich habe es gerade vor Kurzem wieder erlebt. Ich hatte mehrere Einsätze. Allein bis wir im Feuerwehrmagazin sind, wo wir uns offiziell völlig an die Verkehrsregeln halten müssen, bleiben wir stecken und schleichen langsam voran. Das führt dazu, dass wir verspätet am Einsatzort ankommen. Das gilt nun nur schon mal für die Miliz. Bei der Berufsfeuerwehr sieht es nicht anders aus. Tempo 30 bremst aus. Bei Brandeinsätzen geht es um Menschenleben. Menschen müssen aus Gebäuden geholt werden. Wenn sie zu spät herausgeholt werden, kommt jede Hilfe zu spät.

Das gleiche gilt für die Sanität. Diese hat auch ein riesiges Problem, wenn sie nicht rechtzeitig am Einsatzort ist. Bei Herzstillständen oder sonstigen Herz-Kreislauf-Problemen zählt bekanntlich jede Sekunde. Wenn wir darauf angewiesen sind, dass private Personen in den Einsatz gehen müssen, damit die Zeiten überhaupt noch eingehalten werden können, dann ist das sehr fragwürdig.

Ein weiteres Problem ist der Suchverkehr oder Ausweisverkehr. Alle die in der Tempo 50-Zone fahren, fahren dort, weil es schnell vorwärts geht. Wenn Tempo 30 gilt, werden diese einfach ausweichen in die Seitenstrassen. Dann wird es dort ein riesiges Verkehrsaufkommen geben, das sich jetzt auf den grossen Strassen kanalisiert. Dort gilt es auch zu bemerken, dass wir gegen Bundesrecht verstossen. Es gibt verkehrsorientierte Strassen, und diese müssen zwingend Tempo 50 haben. Hier sehe ich ein grosses Problem, dass wir uns über Bundesgesetz hinwegsetzen.

Alles in allem sind wir sehr gegen flächendeckende Einführung von Tempo 30 und bitten Sie, die Motion abzulehnen.

### Zwischenfragen

*Raphael Fuhrer (GAB):* Wenn es stimmt, dass Tempo 30 die Blaulichtorganisationen ausbremst, warum hat dann die Sicherheitsdirektorin erst kürzlich einen Ratschlag vorgelegt für flächendeckendes Tempo 30 mit zusätzlich 150 km Tempo 30 auf Hauptverkehrsstrassen?

*Balz Herter (die Mitte/EVP):* Sie haben die Argumentation der Kantonsregierung von Zürich vielleicht auch gelesen, die kommen zu einem komplett anderen Schluss.

*Raffaella Hanauer (GAB):* Ist Ihnen bekannt, dass es unterdessen auch möglich ist, auf verkehrsorientierten Strassen Tempo 30 einzuführen und können Sie mir erklären, weshalb jemand lieber im Zickzack fahren würde und auf Nebenstrassen ausweichen würde, wenn man doch eine gerade Strecke fahren könnte? Wie soll unter diesen Umständen Suchverkehr entstehen?

*Balz Herter (die Mitte/EVP):* Zum zweiten Punkt kann ich Ihnen sagen, dass es teilweise schneller geht, von A nach B zu gelangen, wenn man durch das Quartier fährt, weil die Distanz dann kürzer wird. Mit Tempo 50 spielt das keine so grosse Rolle. Zum ersten Punkt lese ich mich gerne ein.

*Beat Braun (FDP):* Die FDP ist auch gegen Überweisung der Motion. Beat Schaller und Balz Herter haben die Argumente schon vorgebracht. Ich möchte noch etwas ergänzen. Wenn man den ÖV beschleunigt, heisst das, dass die Autos weniger priorisiert werden. Das führt zu Stop-and-go, was erwiesenermassen schlecht für die Luft ist.

Weiter gibt es Schätzungen zu den Kosten aus Zürich. Das geht in zweistellige Millionenbereiche. Wir geben Millionen aus, um langsamer unterwegs zu sein und Autos mit Stop-and-go die Luftqualität noch mehr verschlechtern.

Bei der Lärmreduktion werden drei Dezibel angegeben. In Zürich hat man Untersuchungen dazu angestellt. Diese sind nicht auf drei Dezibel gekommen, dort liegt das im Bereich von rund 2 Dezibel. Ich bin auch der Meinung, dass Reifen oder der Belag mehr zur Lärmreduktion beitragen. Der Ausweichverkehr wird in den Quartieren mehr Lärm erzeugen. Der Zickzack wird gefahren werden, wenn der Weg kürzer ist.

Deshalb sind wir gegen diese Motion.

### Zwischenfrage

*Tonja Zürcher (GAB):* Weshalb sprechen Sie von Stop-and-go, obwohl wissenschaftlich und von verschiedenen praktischen Studien erwiesen worden ist, dass Tempo 30 zu einer Verstetigung des Verkehrs und nicht zu Stop-and-go führt.

*Beat Braun (FDP):* Ich habe diese Studien auch gelesen. Es gibt aber auch andere Studien, zum Beispiel aus Bremen, die davon abgekommen sind, weil Simulationen ergeben haben, dass es kontraproduktiv ist.

*Daniel Sägesser (SP):* Sie wissen, ich bin ein grosser Fan des Elektroantriebs. Aber ist Ihnen bekannt, dass oberhalb von

30 km/h die Rollgeräusche bei einem Auto viel höher sind als das Motorengeräusch und deshalb oberhalb von Tempo 30 die Elektromobilität nicht zu einer Lärmreduzierung beitragen kann?

*Beat Braun (FDP):* Ja. Dafür müssen wir die Strassenbeläge lärmindernd machen, wie in der Grenzacherstrasse.

*Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP):* Ich kann einen Teil der Argumente nachvollziehen, aber eine integrale Signalisation von Tempo 30 im ganzen Kanton geht mir zu weit. Ich bin in Riehen im Einwohnerrat. Da führen wir immer wieder Diskussionen zum Tempo. Wir haben mit Tempo 40 einen klassischen Kompromiss geschafft. Ich könnte auch mit Tempo 30 leben, im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner. Aber ich möchte daran erinnern, dass Riehen in Verkehrsfragen anders tickt als Basel. Und zu Bettingen kann sich Oliver Battaglia gerne äussern.

Ich schliesse mich dem Votum von Balz Herter an. Es geht auch mir um die Polizei- und Rettungsfahrzeuge. Da haben wir in Riehen und Bettingen ganz andere Distanzen und eine ganz andere Situation. Zum Beispiel haben wir an der Kantonsstrasse zwischen Basel, Eglisee und Riehen keine Anwohner, die sich am Lärm stören könnten, und eine Tempo 60-Signalisation, die da für mich wirklich Sinn macht. Stellen Sie sich vor, wenn es in Riehen an der Grenze zu Deutschland einen Unfall oder einen Brand gibt. Dann kommen Einsatzfahrzeuge aus Basel. Da geht es wirklich um jede Minute. Für mich ist das nachvollziehbar, dass man flächendeckend integral Tempo 30 einführen will.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

### Zwischenfrage

*Raphael Fuhrer (GAB):* Die Motion macht die Einschränkung im Siedlungsgebiet. Die Baslerstrasse etwa, die Sie erwähnt haben, wäre nicht betroffen. Fällt damit nicht Ihre Argumentation zusammen?

*Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP):* Nein, es geht um Rettungsfahrzeuge, die immer noch das Problem haben. Sie können nur kurze Zeit Tempo 60 fahren und kommen trotzdem viel zu spät an ihrem Einsatzort an.

*Lisa Mathys (SP):* Sie sprechen von Nachteilen für die Autos, von Staus und von einer Verlangsamung des ÖV, und Sie werfen den Befürwortern und Befürworterinnen von Tempo 30 Autoablehnung vor, betreiben aber selber offenbar Lebensqualitätsablehnung, Quartierbevölkerungsablehnung und Unfallverhütungsablehnung. Gerne stelle ich Ihnen ein paar Fragen:

Was sagen Sie all den Leuten in Basel-Stadt, die jahrein jahraus mit überschrittenen Grenzwerten leben? Sie wissen ganz genau, dass Tempo 30 eine massive Entlastung bringen würde, sowohl im Schadstoff- als auch im Lärmbereich, auch wenn es künftig E-Autos sein werden - abgesehen davon, es gibt einfach noch fast keine E-Autos. Wieso lärmindernde Beläge dann auch noch zur Verflüssigung des Verkehrs beitragen könnten, muss mir noch jemand erklären. Aber Fakt bleibt so oder so, einfacher und billiger als mit Tempo 30 geht Lärmreduktion nicht.

Was sagen Sie all den Leuten, die in ihren Quartieren die Kinder nicht spielen lassen können, weil sie dummerweise noch eine Tempo 50-Strasse vor der Nase haben? Was sagen Sie den Experten und Expertinnen der unabhängigen Beratungsstelle für Unfallverhütung, die herausgefunden haben, dass jedes zweite Unfallopfer verhindert werden könnte? Wie erklären Sie unserer Bevölkerung, dass Ihnen Tempo 50 wichtiger ist als halb so viele Unfallopfer? Wie können Sie heute die Verlangsamung des ÖV als Grund für eine Ablehnung vorschreiben und dann jede Beschleunigungsmassnahme durch eine echte ÖV-Bevorzugung doch wieder bekämpfen?

Wenn der ÖV langsam ist, dann ist er es, weil er vom MIV behindert wird, nicht wegen einer geltenden Höchstgeschwindigkeit. Das ist schon heute so. Was entgegnen Sie darauf? Können Sie sich erinnern, dass schon damals, als Tempo 30 auf Antrag in Quartierstrassen eingeführt wurde, es Befürchtungen hinsichtlich Ausweichverkehrs gab, die allesamt widerlegt wurden? Wieso haben Sie denn nun wieder die gleichen Befürchtungen?

Was sagen Sie all den Städten, die Tempo 30 schon getestet oder eingeführt haben und glücklich sind damit? Sagen Sie denen, dass in Basel alles anders ist, und glauben Sie das auch wirklich?

Sie sehen, von Seiten SP gibt es vor allem Fragen dazu, wie man dieses Anliegen überhaupt ablehnen kann. Die Fakten sprechen für Tempo 30 als Basis im Siedlungsgebiet. Verschiessen Sie sich doch diesen Fakten nicht weiterhin, Sie tun der Bevölkerung damit keinen Gefallen. Es geht ja auch nur um die Anpassung der Grundgeschwindigkeit im Siedlungsgebiet, Gutachten für spezifische Strassen wird es weiterhin geben, Tempo 50 wird nicht unmöglich, es ist lediglich nicht mehr die Regel.

Die Bedenken hinsichtlich der Blaulichtorganisationen nehmen wir sehr ernst. Mein Fraktionskollege Daniel Sägesser wird dazu noch ein paar Worte sagen. An dieser Stelle nur so viel: Es ist ähnlich wie beim ÖV, den ich oben erwähnt habe. Wir müssen vor allem dafür sorgen, dass die Rettungsfahrzeuge durchkommen. Auch eine Höchstgeschwindigkeit von 120 nützt ihnen wenig, wenn sich der MIV in der Strasse staut. Es gibt keinen oder weniger Stau, wenn er flüssiger fährt. Mit Tempo 30 ist das der Fall, Stop-and-go nimmt eben nicht zu, sondern ab, und wenn der Verkehr weniger wird. Aber das wissen wir alle längst.

Die SP-Fraktion stimmt der Überweisung der Motion zu und will einen weiteren Fortschritt für die lebenswerte Stadt erzielen.

### Zwischenfragen

*Jenny Schweizer (SVP):* Können Sie mir sagen, wie Sie sicherstellen wollen, dass die E-Velos nicht schneller als Tempo 30 fahren und links und rechts die Autos überholen und die Unfallgefahr somit viel grösser wird?

*Lisa Mathys (SP):* Die Höchstgeschwindigkeiten gelten für alle Verkehrsteilnehmenden, die Umsetzung liegt nicht in meiner Macht.

*Karin Sartorius (FDP):* Wie erklären Sie der Bevölkerung, dass der MIV nun Schleichwege durch die Quartiere sucht und die Unfallgefahr dadurch zunimmt?

*Lisa Mathys (SP):* Dass das passieren könnte, ist widerlegt, weil wir diese Erfahrungen bereits gemacht haben. Diese Befürchtung wurde schon einmal geäussert, und sie hat sich nicht bestätigt.

*Thomas Mürty (LDP):* Auch die LDP-Fraktion ist gegen die Überweisung dieser Motion. Sie ist für uns Ausdruck einer sehr doktrinären Haltung und entspricht dem Bild einer unglaublichen Gewissheit, was passiert, wenn man was macht. Es werden auf einer ganzen Seite Argumente angehäuft. Für mich ist die Masse von Informationen und Argumenten, die hier versammelt wird, ein Ausdruck davon, dass man nicht ganz sicher ist, ob das, was man schreibt, überhaupt stimmt. Wenn es so einleuchtend wäre, würden ganz wenige Sätze reichen.

Es werden auch Ergebnisse von Untersuchungen zitiert. Ich erinnere daran, dass es für jedes Thema Untersuchungen gibt, die das gewünschte Ergebnis unterstützen, es gibt aber immer auch Untersuchungen, die genau das bestreiten. Ich sehe eine weitere Tendenz dazu, dass man unglaublich gut Bescheid weiss und vor allem die eigene Meinung viel wichtiger ist als die Aussagen von Fachleuten. In gewissen Kommission wird generell jede Massnahme mit Leichtigkeit bestritten. Man bekommt eine Antwort, man ist nicht zufrieden, man unterstützt den Regierungsrat oder fordert ihn auf, gegen die Meinung, zu der man bereits eine Antwort erhalten hat, anzukämpfen und etwas zu machen, das eindeutig gegen Bundesrecht verstösst. Das ist bei Tempo 30 genau das Gleiche.

Ich habe mit grosser Freude Heidi Mück zugehört, die von Entschleunigung sprach. Das ist ein Thema, das mir sehr wichtig ist. Ich bin aber der Meinung, dass Entschleunigung nicht nur für MIV gelten soll. Das Argument der Entschleunigung gilt offenbar für die bereit erwähnten velofahrenden Menschen nicht. Denn hier ist die Begründung immer, man müsse ohne Bremsen von der französischen Grenze bis ins Stadtzentrum durchrollen können. Von Entschleunigung keine Spur.

Der Nutzen dieser Massnahmen wird auch immer wieder bestritten. Ich bin der Meinung, dass man mit dieser Motion über das Ziel hinausschiess. Selbstverständlich soll es Strassen geben, wo Tempo 30 gilt. Aber es muss auch Strassen geben, auf denen Verkehrsfluss möglich ist, und das ist mit Tempo 50 der Fall.

Es wird gesagt, man könne problemlos Tempo 30 einführen, da man sowieso nie schneller fahren könne. Ich würde sagen, das Gegenteil ist der Fall. Wenn man sowieso nur Tempo 30 fahren kann, dann braucht es auch kein Schild, auf dem 30 steht. Dann wird Tempo 30 gefahren, und dann ist es gut.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass auch die LDP-Fraktion gegen die Überweisung dieser Motion ist.

### Zwischenfrage

*Raphael Fuhrer (GAB):* Wenn Tempo 30 auf Hauptverkehrsstrassen dem Bundesgesetz widerspricht und die Faktenlage so unklar ist, warum gibt es dann kein einziges Gerichtsurteil, sei es kantonal oder auf Bundesebene, das sich gegen Tempo 30 auf einer Hauptverkehrsstrasse ausgesprochen hat?

*Thomas Mürty (LDP):* Keine Ahnung.

*Beat Leuthardt (GAB):* In der heutigen NZZ sagt der Baudirektor von Zürich, dass es keine Frage von links oder rechts sei, und dass man keine Glaubensfrage daraus machen soll. Davon ausgehend habe ich viel Verständnis für die meisten Voten, auch von bürgerlicher Seite. Ich denke aber, man kann einiges entgegenhalten. Feuerwehreinätze sind uns natürlich wichtig, aber diese werden auch blockiert durch falsch parkierte Autos. Man stösst überall an Grenzen, das Problem ist die Frage der gesteigerten Mobilität, das hat mein Vorredner sehr schön dargestellt. Entschleunigung im Sinne von Sten Nadolny wäre etwas Tolles, würde aber bedeuten, dass wir weniger gehetzt auf den Fahrrädern durch die Stadt fahren. Ich befürchte, dass Tempo 30 in den Begegnungszonen dazu motiviert, das Tempo auszureiten. Begegnungszone bedeutet ja nicht, mit Tempo 20 zu fahren, sondern unter Umständen zu schieben, wenn es nicht anders geht. Darauf nimmt aber kaum jemand Rücksicht.

Ich bin gegenüber der Motion dennoch sehr skeptisch. Die Frage ist die des Kollektivverkehrs. In meinem Weltbild hat der Kollektivverkehr grossen Vorrang gegenüber dem Individualverkehr, zu dem neben dem MIV auch die Velos zählen. In meinem Weltbild sollte die Stadt von Autos und Privatfahrzeugen befreit sein. Ich war auch glühender Befürworter der Initiative "Basel ohne Auto I". Ich denke aber, ich könnte mit der Verlangsamung des ÖV leben, wenn es nur um das Tempo geht. Mein Hauptproblem ist, dass ich überhaupt kein Vertrauen habe in die Planung gewisser Behörden innerhalb des BVD. Eine Lösung wäre nämlich bei flächendeckendem Tempo 30 das Eigentrassee für die Tram- und separate

Busspuren, für aufgewertete Buslinien zu garantieren. Das Gegenteil ist aber der Fall. Im BVD strebt man mit grossem Eifer an, Eigentrassees zu zerstören, das Tram in den Mischverkehr zu schicken und ihm die Privilegien zu nehmen, die ihm von Rechts wegen zustehen. In Riehen wurden Eigentrassees beseitigt, am Spalenring sollen unter fadenscheiniger Berufung auf gewisse Normen Eigentrassees beseitigt werden.

Wenn das BVD einen klaren Input gäbe, das Eigentrassee zu erhöhen statt zu beseitigen, dann würde meine Skepsis wahrscheinlich etwas geringer ausfallen. Aber selbst bei bestehendem Eigentrassee haben wir das Problem, dass wir mit dem BVD streiten müssen. In der Horburgstrasse etwa gibt es ein Eigentrassee, aber was musste die BVB sich stark machen, um zu verhindern, dass an der einzigen Kreuzung mit der Mülheimerstrasse das Tram dann wieder abgebremst würde. Aus dieser Optik habe ich leider überhaupt kein Verständnis dafür, empfinde es auch als Mangel der Motion, dass sie darauf nicht in genügendem Umfang eingeht. Es scheint mir eher ein Lippenbekenntnis zu sein, dass am Ende der Motion steht, dass der ÖV auch gefördert werden müsse. Es ist unverbindlich von Massnahmen die Rede, es ist im Konjunktiv gehalten. Selbst das kam nur in die Motion, weil die IGÖV sich dafür stark gemacht hat.

Es gibt ganz viele Bedenken. Aus Respekt vor der Basis meiner Partei werde ich aber nicht gegen die Motion stimmen, sondern mich nur enthalten.

### Zwischenfrage

*Lisa Mathys (SP):* Sie finden den Abschnitt zum ÖV zu kurz, obwohl es der längste ist, während Thomas Müry die Motion zu lang findet. Anerkennen Sie, dass man nicht immer alle Längenbedürfnisse in einem Vorstoss befriedigen kann?

*Beat Leuthardt (GAB):* Das kann ich, aber es ist erstaunlich, dass das Velo gewinnt und der ÖV verliert.

*Daniel Sägesser (SP):* Wie es meine Fraktionskollegin angekündigt hat, möchte ich noch einige Punkte zum Thema Blaulichtfahrten einbringen. Der SP ist es sehr wichtig, dass die Blaulichtorganisationen dieser Stadt jederzeit so schnell wie möglich an jedem Ort die Hilfe leisten können, die gebraucht wird. Der SP ist es auch wichtig, dass die Mitarbeitenden der Blaulichtorganisationen unter guten Bedingungen ihre so wichtige Arbeit leisten können. Es ist deshalb kein Zufall, dass in der Vergangenheit auf nationaler Ebene gleich mehrere Vorstösse zu diesem Thema von SP-Parlamentarierinnen und -Parlamentariern eingereicht wurde, so zum Beispiel die Motion Graf-Litscher "Nein zur doppelten Strafe für Berufsfahrer und Berufsfahrerinnen" oder die Motion Rochat "Anpassung bei Via sicura - Die Blaulichtorganisationen sollen unter Bedingungen arbeiten können, die ihnen die Erfüllung ihrer Aufgaben erlauben, auch bei Tempolimit 30". Und am aktuellsten dürfte die Motion Aebischer sein "Anpassung der Bussen bei Blaulichtfahrten im Notfalleinsatz". Diese Motion fordert die Abschaffung des mit Via sicura eingeführten Sanktionsautomatismus, wonach Blaulichtfahrerinnen und -fahrer bei Geschwindigkeitsübertretungen persönlich nach dem Rasergesetz be- und verurteilt werden. Diese Motion wurde vom Bundesrat positiv beantwortet und vor knapp einem Jahr vom Nationalrat zur Erfüllung angenommen. Das Thema liegt nun in der zuständigen Kommission und es ist bereits jetzt klar, dass die Umsetzung der Motion Aebischer völlig unbestritten ist. Das Problem wird also schon bald gelöst sein.

In Basel müssen wir keine Angst haben, dass mit der Annahme der nun vorliegenden Motion einfach alle Strassen über einen Kamm geschert werden, ohne die sehr wichtigen Bedürfnisse der Blaulichtorganisationen einfließen zu lassen. Wenn wir diese Motion heute nun dem Regierungsrat überweisen, wird dieser beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, in dem sämtliche Bedürfnisse, auch jene der Blaulichtorganisationen, berücksichtigt werden. Dass das geht, zeigt das Beispiel in Zürich. Dort war das Sicherheitsdepartement, zu dem auch Polizei, Ambulanz und Feuerwehr gehört, für den Ende letzten Jahres vorgelegten Umsetzungsplan für Tempo 30 zuständig. Ich habe vollstes Vertrauen in unsere Regierung, dass auch wir in Basel eine gute Lösung finden können.

Es wurde mehrfach behauptet, Tempo 30 verstopfe die Strassen für Blaulichtfahrzeuge. Das ist gleich doppelt falsch. Erstens ist es erwiesen, dass in vielen Fällen der Verkehr mit Tempo 30 flüssiger ist als mit Tempo 50, und ausserdem verstopft nicht Tempo 30 die Strassen, sondern die viel zu vielen und leider immer fetter werdenden Autos. Am meisten Zeit gewinnt ein Blaulichtfahrzeug, wenn es wenige Autos auf der Strasse hat und diese gut und schnell ausweichen und Platz machen können. Dies können wir begünstigen, indem wir den MIV reduzieren und indem wir entlang der Strassen statt Parkplätze breite Velostreifen bauen. Dadurch gewinnen wir auch Ausweichfläche und Platz für die Rettung. Und wir können eine schnellere Intervention auch dadurch ermöglichen, indem wir das Netz der Blaulichtstützpunkte verdichten und ausbauen.

Wir haben auch gehört, dass Tempo 30 nicht gehe, weil es bei Blaulichtfahrten um jede Minute gehe, die über Leben und Tod entscheidet. Ich finde, diese einseitige Betrachtung greift deutlich zu kurz, denn sie wird den vielen Tempo 50-Todesopfern und Schwerverletzten nicht gerecht. Sie wird auch all jenen nicht gerecht, die wegen der höheren Tempo 50-Luftverschmutzung an einer Lungenkrankheit leiden oder sogar sterben. Und sie wird all jenen nicht gerecht, die unter hohen Tempo 50-Lärmbelastung leiden und die an einer dadurch verursachten Herz-Kreislauf-Erkrankung sterben können. In der Schweiz sind das jährlich etwa 500 Menschen.

Es geht mir keinesfalls darum, die einen Toten gegen andere Tote auszuspielen, aber als Parlamentarierinnen und Parlamentarier ist es unsere verantwortungsvolle Aufgabe, alle diese Aspekte in die Gesamtbetrachtung einzubeziehen. Ich möchte Sie deshalb bitten, diese Motion heute zu überweisen.

### Zwischenfragen

*Andrea Strahm (die Mitte/EVP):* Können Sie mir erklären, wieso Sie der Ansicht sind, dass mit Tempo 30 weniger Autos



auf der Strasse sind und wie ein Rettungsfahrzeug eine Kolonne, die nur 30 fahren darf, überholen können soll, wenn kein Platz vorhanden ist?

*Daniel Sägesser (SP):* Ich habe nicht gesagt, dass mit Tempo 30 weniger Autos auf der Strasse sind, ich habe nur eingebracht, dass wir mit anderen geeigneten Massnahmen dafür sorgen müssen, dass weniger Autos auf der Strasse sind.

*Beat K. Schaller (SVP):* Sie haben gesagt, wir müssen keine Angst haben, dass alle Strassen über den gleichen Kamm geschert werden. Wo sehen Sie bei der integralen Signalisation Ausnahmemöglichkeiten?

*Daniel Sägesser (SP):* Wenn wir diese Motion umsetzen, werden wir wie heute jede Strasse einzeln beurteilen müssen. Das wird auf jeden Fall unter Einbezug der Blaulichtorganisationen passieren, wie wir das heute in der Kommission schon regelmässig tun.

*Tobias Christ (GLP):* Wir Grünliberalen freuen uns, dass aller Voraussicht nach der Grosse Rat heute den ersten Schritt zu einem Paradigmenwechsel beim Temporegime in Basel machen wird, im Einklang mit vielen vergleichbaren fortschrittlichen Städten in der Schweiz und in ganz Europa sowie den expliziten Empfehlungen der Beratungsstelle für Unfallverhütung.

Es soll die integrale Einführung von Tempo 30 im Siedlungsgebiet in Basel geprüft und womöglich umgesetzt werden. Wir gehen also auch davon aus, dass es nicht die Meinung, dass das überall ohne Möglichkeit zu Ausnahmen gelten muss. Wir verstehen das so, dass es eine Umkehr ist. Im Moment gilt grundsätzlich auf verkehrsorientierten Strassen Tempo 50, in Zukunft soll grundsätzlich Tempo 30 gelten. Aber natürlich gibt es die Möglichkeit zu Ausnahmen.

Weiter wollen wir auch festhalten, dass wir damit nicht meinen, dass die Probleme wie etwa Lärmbelastung damit gelöst sind, sondern es ist ein kleiner Teil davon. Wir brauchen in Zukunft unbedingt weitere Massnahmen zur Steigerung der Lebensqualität. Wir werden uns auch dafür einsetzen.

Zentral ist die Umkehr der Begründung des Tempolimits. Neu soll begründet werden, wenn Tempo 50 statt Tempo 30 gelten soll. Die Grünliberalen sehen auch in Zukunft die Notwendigkeit und Berechtigung für den motorisierten Individualverkehr, durchaus auch in Städten wie Basel. Gerade deshalb unterstützen wir diese Motion. Das mag kontraintuitiv klingen. Der erste Gedanke vieler ist, dass diese Motion autofeindlich sei und den MIV weiter aus Basel vertreiben soll. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Denn Tempo 30 in Stadtverkehr bringt viele Vorteile mit sich und ermöglicht so den MIV auch langfristig.

Die Verkehrssicherheit wird erwiesenermassen stark verbessert. Der Verkehrslärm wird reduziert. Das Gegenargument, dass das mit Elektroautos obsolet würde, ist nicht richtig. Im Gegenteil, wenn Elektroautos irgendwann die Norm sein werden, wird diese Massnahme besonders wirksam sein.

Last but not least: Die Verkehrsfläche wird effizienter genutzt und der Verkehrsfluss wird verbessert. Natürlich gibt es verschiedene Studien mit verschiedenen Aussagen, aber die Grundtendenz ist klar. Die oftmals geäusserten Bedenken punkto Kapazitätseinschränkungen beruhen ganz klar auf einem Missverständnis. Die Kapazität wird sicher nicht schlechter, und je nachdem, wenn der Verkehrsfluss besser wird, wird auch die Kapazität besser.

Andererseits sind auch die Bedenken und Einschränkungen ernst zu nehmen. Es muss sichergestellt werden, dass der öffentliche Verkehr nicht beeinträchtigt wird. Da sehen wir auch klar die Möglichkeit, dass es in Zukunft Ausnahmen nach oben gibt. Die Blaulichtorganisationen dürfen nicht behindert werden, Quartiere müssen vom Durchgangsverkehr geschützt werden, wie auch schon von meinen Vorrednern erwähnt. Es zeigt sich in der Praxis, dass das Problem nicht wirklich auftritt, wenn man es richtig umsetzt.

Die Grünliberalen gehen daher davon aus, dass auch bei flächendeckend Tempo 30 in sorgfältiger Abwägung der Vor- und Nachteile klar Ausnahmen gemacht und flankierende Massnahmen ergriffen werden. Zudem sollte Tempo 30 idealerweise ein Teil eines ganzen Massnahmebündels zur Optimierung der Verkehrssituation und Steigerung der Lebensqualität sein. Deshalb wird in der Motion ganz klar ein Konzept gefordert. Um die Sicherheit zu erhöhen, die Lärmbelastung und die Schadstoffbelastung zu reduzieren braucht es weitere Massnahmen, wie zum Beispiel ein Fokus auf effizientes Verkehrsmanagement, weitere Förderung der E-Mobilität und den Ersatz von Flüsterbelägen.

Deshalb ganz im Sinne einer zukunftssträchtigen Verkehrspolitik, in der auch der MIV seinen Platz in der Stadt hat, bitten wir Sie, diese Motion anzunehmen.

### Zwischenfragen

*Nicole Strahm-Lavanchy (LDP):* Die Strategie der Umkehrung habe ich verstanden. Können Sie mir ein Beispiel nennen, wo ein provisorisches Tempo 30 wieder rückgeführt wurde, weil man gesehen hat, dass es nicht gebraucht wird und nicht funktioniert?

*Tobias Christ (GLP):* Nein, aber ich erlaube mir doch noch einen Satz dazu. Das zeigt für mich, dass Tempo 30 fast überall sinnvoll ist.

*David Jenny (FDP):* Stimmen Sie mir zu, dass ungeachtet der Langfädigkeit einer Motion schlussendlich das Dispositiv für den Regierungsrat entscheidend ist, und dort steht: Einführung von integral Tempo 30 ohne Erwähnung irgendwelcher Ausnahmen.

*Tobias Christ (GLP):* Ja, ich stimme Ihnen zu. Ich habe gesagt, wie wir das als Grünliberale verstanden haben wollen.

*Lorenz Amiet (SVP):* Ich werde etwas technisch und möchte mich zu zwei Argumenten aus dieser Motion äussern.

1. **Fahrbahnbreite:** Aus rechtlicher Überlegung ist es selbstverständlich möglich, bei Tempo 30 schmalere Fahrbahnen zu bauen und damit mehr Stadtraum für andere Zwecke zur Verfügung zu stellen. Wir haben die Argumente hinsichtlich Blaulichtorganisationen gehört, wir haben die Argumente hinsichtlich Busse, öffentlicher Verkehr schon gehört. Aber auch sehr am Herzen liegen mir die Argumente hinsichtlich Gewerbe. Sie werden verstehen, dass mein Herz da insbesondere auch für die Umzugslastwagen schlägt. Zügeln geht in der Regel nicht mit dem Kistenvelo. Umzugslastwagen stehen am Strassenrand und brauchen 2m55 Nettobreite. Wenn sie 70 cm weniger Fahrbahnbreite haben, dann wird es nicht mehr möglich sein, bei diesen Lastwagen zu kreuzen. Das heisst, sie provozieren immer zumindest in eine Fahrtrichtung Stau, während einem halben oder einem ganzen Tag. Es gibt nicht nur Umzugslastwagen, sondern auch noch unzählige andere Gründe, weshalb ein Gewerbebetrieb mit Lastwagen am Strassenrand Halt machen muss. Schon alleine deshalb funktioniert das mit der schmaleren Breite nicht. Die eine oder der andere von Ihnen fährt hin oder wieder aber auch mit dem Fahrrad. Überlegen Sie sich bitte kurz, ob Sie lieber auf einer etwas breiteren Strasse von einem Lastwagen überholt werden oder auf einer schmaleren Strasse. Klar, im Quartier wird der Lastwagen bis zur nächsten Abzweigung hinter Ihnen her fahren. Aber auf einer verkehrsorientierten Strasse wird ein Lastwagen den Fahrradfahrer auch bei Tempo 30 überholen wollen. Das ist dann nicht so angenehm, wenn nicht genügend Platz vorhanden ist.

2. **Energie und Schadstoffe:** Praktisch unbestritten blieb bisher, dass mit Tempo 30 weniger Schadstoffe ausgestossen werden und schlussendlich auch weniger CO2 produziert wird. Das ist richtig bei kurzen Strassen im Quartier von Abzweigung zu Abzweigung, das ist falsch bei Strassen, wo Sie mehr als 200 Meter am Stück rollen können. Das Beispiel Grenzacherstrasse zeigt, dass das auf einem guten Kilometer der Fall ist. Bei Verbrennungsmotoren jeglicher Art wird bei Tempo 30, 50 oder 60 mehr Energie für die Verdichtung gebraucht, damit der Motor überhaupt funktioniert, als für die Roll- und Windwiderstände. Für diese Verdichtung braucht es immer gleich viel Energie in Abhängigkeit der Tourenzahl. Wenn Sie im vierten Gang fahren bei 1'500 Touren brauchen Sie gleich viel Energie wie im siebten Gang bei 1'500 Touren. Aber Sie kommen im siebten Gang mit der gleichen Energiemenge doppelt so weit.

Sie sehen, dass deutlich Treibstoff und damit Energie gespart wird, wenn Sie Tempo 50 fahren gegenüber 30, vorausgesetzt, dass Sie nicht immer wieder Stop-and-go machen müssen. Ich habe es überschlagen. Ein durchschnittliches Auto mit durchschnittlichem Stadtverbrauch im Jahr 2022 braucht mit Tempo 30 Höchstgeschwindigkeit auf der Grenzacherstrasse einen halben Deziliter Treibstoff mehr. Ich überlasse Ihnen das auf den gesamten Verkehr auf der Grenzacherstrasse hochzurechnen und erst recht auf den ganzen Verkehr in der Stadt Basel. Die Argumentation, dass Anwohnende wegen Schadstoffen in der Luft krank werden, die Argumentation mit Umweltschutz funktioniert schlicht und einfach nicht auf verkehrsorientierten Strassen.

Deshalb bitte ich Sie, diese Motion abzulehnen.

### Zwischenfragen

*Lisa Mathys (SP):* Wissen Sie, wie viele Kugelohrner wir retten können, wenn wir dank Tempo 30 weniger breite Strassen brauchen? Dazwischen kann man dann auch noch einen Umzugswagen parkieren, wenn sie nicht zu nahe stehen.

*Lorenz Amiet (SVP):* Der Umzugswagen findet auch heute schon die Lücken zwischen Kugelohrner. Und wie viele wir retten können, weiss ich nicht.

*Raffaella Hanauer (GAB):* Sie haben gesagt, dass Tempo 30 gefährlich sein könnte für Velofahrende, wenn ein Lastwagen auf einer schmaleren Strasse einen Velofahrenden überholen muss. Stimmen Sie zu, dass ein lastwagenfahrender Mensch grundsätzlich keinen velofahrenden Menschen überholen sollte, wenn dafür zu wenig Platz vorhanden ist? Ziehen Sie daher Ihr Argument zurück?

*Lorenz Amiet (SVP):* Ich fahre selbst hin und wieder Lastwagen. Ich überhole selbstverständlich nur dann, wenn es sicher ist. Sicher heisst aber für mich, dass bei Vorhandensein von Platz ich nicht nur einen Meter dem Fahrradfahrer überlasse, sondern auch mal zwei Meter.

*Daniel Albietz (die Mitte/EVP):* Erlauben Sie mir, dass ich noch einmal kurz den Aspekt der Gemeindeautonomie einbringen. Wir haben ein neues Beispiel eines vorgeschlagenen Gesetzes, das vielleicht aus Bedürfnissen der Stadt entstanden ist, aber Sie werden für einen ganzen Kanton ein Gesetz verabschieden, falls Sie diese Motion weiterleiten. Das ist genau das Problem. David Jenny hat bereits darauf aufmerksam gemacht, dass eine integrale Einführung von Tempo 30 gefordert ist, dass der Motionstext keine Ausnahmen erwähnt und zulassen will, ich sehe im Text selber keinen Hinweis darauf, dass das nur eine Regimeänderung ist, nämlich standardmässig Tempo 30 mit möglichen Ausnahmen einzuführen.

Schauen wir uns die Äussere Baselstrasse und die Lörracherstrasse an. Wenn es einen Brand gibt an der Grenze zu Lörrach, dann muss ein Rettungszug eine riesige Strecke zurücklegen, auf der zum Teil wenig Ausweichmöglichkeiten bestehen, und ich sehe keinen Grund in der Motion, der dazu führen würde, dass man auf der Äusseren Baselstrasse Tempo 50 einführen könnte. Ich bitte, noch einmal darüber nachzudenken, ob Sie diese Motion wirklich überweisen wollen.

Vielleicht kommt nun der Einwand, dass man in der Motion nur von Siedlungsgebieten spreche. Aber die Bäumlhofstrasse ist der einzige Ort, der nicht im Siedlungsgebiet liegt. Die Äussere Baselstrasse liegt im Siedlungsgebiet, die Baselstrasse liegt im Siedlungsgebiet, ebenso die Lörracherstrasse. Hier sehe ich einen grossen Nachteil, dass die Motion auch für Riehener und Bettinger Verhältnisse legiferieren will. Ich bitte Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

### Zwischenfragen

*Raphael Fuhrer (GAB):* Die Motion möchte kein Gesetz sondern ein Gesamtkonzept. Siedlungsgebiet heisst dort, wo die Menschen wohnen. Auf diese Gebiete zielt die Motion. Ist das in Riehen immer noch nicht angekommen?

*Daniel Albietz (die Mitte/EVP):* Ich meine mich deutlich ausgedrückt zu haben. Wenn es um Siedlungsgebiet geht, dann steht das nicht im Beschlussentwurf. Diese Strassen liegen überdies im Siedlungsgebiet. Das ist in Riehen unangebracht, es braucht dort orts- und sachgerechte Lösungen.

*Raffaella Hanauer (GAB):* Ist Ihnen bewusst, dass die Motion keineswegs auf Gemeindestrassen, die in der Gemeindeautonomie liegen, abzielt? Natürlich kann eine Motion hier nur über Kantonsstrassen entscheiden.

*Daniel Albietz (die Mitte/EVP):* Meines Wissens ist die Äussere Baselstrasse bis zur Lörracherstrasse eine Kantonsstrasse.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Der Regierungsrat ist bereit, diese Motion entgegenzunehmen. Man sieht auch heute, dass es sehr viele offene Fragen gibt. Es ist tatsächlich eine Gelegenheit, eine erste Auslegeordnung zu machen und zu zeigen, was das bedeuten würde. Es gibt Unsicherheiten bezüglich ÖV und Blaulichtorganisationen. Wir haben auch schon in der Interpellationsbeantwortung gesagt, dass wir daran sind, genau die Auswirkungen auf die Blaulichtorganisationen zu prüfen.

Wir sind in bester Gesellschaft, was ich Ihnen auch in der Perspektive der Städtekonferenz sagen kann. Die Debatte läuft in sehr vielen Städten, wir sind nicht allein auf weiter Flur. Es lohnt sich, das näher anzuschauen, um diese Auslegeordnung zu machen und Ihnen eine bessere Ausgangslage zu schaffen für diese Güterabwägung. Es ist tatsächlich auch hier wieder eine Güterabwägung, die getroffen werden muss.

Vielleicht noch etwas Erfreuliches zum Schluss. Tatsächlich hat Basel nach wie vor flächendeckend sehr viel verkehrsberuhigte Strassen. Wir befinden uns schon auf sehr hohem Niveau, aber nun ist die Frage, wohin die Reise weitergeht.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Ich möchte ein paar Bemerkungen vorab machen. Die Motion verfolgt zwei Anliegen, die gleichwertig sind, die mir persönlich auch gleich wichtig sind. Das ist einerseits Tempo 30 und andererseits die tatsächliche Beschleunigung und Priorisierung des öffentlichen Verkehrs.

Warum integral und nicht flächendeckend, generell oder absolut? Genau um die Diskussion aufzunehmen, die jetzt geführt wurde. Uns Motionär:innen ist bewusst, dass Tempo 30 ein Anliegen ist, das integriert werden muss in andere Anliegen - Blaulichtorganisationen oder der öffentliche Verkehr. Integral auch als Antwort auf die Diskussion in der UVEK, wo ein Flickenteppich vorgesehen war, als wir die Lärmsanierungen besprochen haben, dass nur auf vier Strassenzügen tatsächlich Tempo 30 geprüft werden soll, und das bei 40'000 Personen, die heute an Orten wohnen müssen, wo der Lärmgrenzwert überschritten ist.

Gesamtkonzept statt Flickenteppich, integral mit der Integration von anderen Anliegen, insbesondere des öffentlichen Verkehrs. Ich bin auch sehr offen für die Anliegen der Blaulichtorganisationen. Und noch einmal beschränkt auf das Siedlungsgebiet, also dort, wo Menschen tatsächlich wohnen, sich aufhalten, arbeiten, in Ausbildung usw.

Ich habe ein paar Folien vorbereitet. Zur ersten Folie: Was heisst genau Tempo 30 auf einer Tempo 50-Strecke. Links sehen Sie den Verkehr, wie er heute ist auf einer Tempo 50-Strecke. 25% davon Stop-and-go oder sogar stehend. Wenn man nun Tempo 30 einführt, geht das runter auf unter 10%. Das sind Zahlen für die ganze Schweiz. In der Stadt ist dieser Effekt noch viel grösser. Und genau deshalb treten alle die positiven Situationen ein, die besprochen wurden. Darum sinkt der Benzinverbrauch, darum sinkt die Lärmbelastung, darum sinken die Luftschadstoffe. Das sind tatsächliche Zahlen und nicht einfache Behauptungen. Es sind 26 kantonale Lärmschutzfachstellen, die das ausgewertet haben. Das ist Realität, erwiesen, gemessen und bestätigt.

30 ist das neue 50. Was in anderen Städten sehr gut funktioniert, soll auch in Basel kommen. Es gibt keine Gründe, warum es in Basel anders werden sollte. Als 2001 in den Quartieren Tempo 30 eingeführt wurde, haben genau die gleichen Parteien und Organisationen sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt. Hätten wir damals auf sie gehört, hätten wir dort immer noch Tempo 50. Wer möchte noch einmal zurück zu Tempo 50 in den Quartierstrassen?

Ich möchte auf ein paar Themen eingehen. Die Blaulichtorganisationen: Bauliche Massnahmen sind nicht in jedem Fall möglich. Schwellen hatten wir am Anfang am Eingang von Tempo 30-Zonen. Die wurden mittlerweile wieder abgebaut. Das wäre ein potenzielles Hindernis für Blaulichtorganisationen. Auch Verengungen sind nicht nötig. In Lausanne, das Tempo 30 im letzten Sommer eingeführt hatte, hat sich gezeigt, dass Tempo 30 berücksichtigt wird ohne jegliche bauliche Massnahmen. Man hat nur Fr. 300'000 ausgeben müssen für ein paar neue Schilder. Die Geschwindigkeit ist heute flächendeckend bei Tempo 30. Die Angst, dass Krankenautos oder Polizeiautos an engen Stellen hängen bleiben ist unbegründet.

Zum Ausweichverkehr: Dies wurde immer wieder vorgebracht. Die Strassenfachleute und Verkehrsexperten meinen, dass es in der Schweiz keinen dokumentierten Fall gibt, bei dem aufgrund von Tempo 50 zu Tempo 30 auf einer Hauptverkehrsstrasse unerwünschter Ausweichverkehr in die Quartiere aufgetreten ist. Das ist die Erfahrung, gemessen, geprüft und bestätigt.

Man sieht, Tempo 40 bringt nicht viel, auch die Elektromobilität nicht. Tempo 30 wirkt immer, für Motorengeräusche und Rollgeräusche. Ich wehre ich überhaupt nicht dagegen, dass man Beläge und Tempo 30 kombiniert. Tempo 30 kann man sofort umsetzen, wenn man das mit den Belägen lösen würde, wäre die halbe Stadt für die nächsten 20 Jahre eine Baustelle.

Luftschadstoffe: Ein Beispiel aus Berlin zeigt, wie man es richtig macht, indem man Strassen mit Tempo 30 und ohne Tempo 30 miteinander vergleicht. Die Resultate sind eindeutig. Darum bitte ich Sie, die Motion zu überweisen.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

50 JA

44 NEIN

3 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion 21.5840 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

## 9. Motion David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Änderung §11 Abs. 2 Bürgerrechtsgesetz

[16.02.22 10:43:05, JSD, 21.5841.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 21.5841 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Lukas Faesch (LDP):* Die LDP war schon bei der ersten Motion von Beatrice Isler für Überweisung. Es geht gar nicht darum, wer in den Einbürgerungsgesprächen was weiss, sondern es geht darum, dass man zwei Gruppen geschaffen hat, die völlig ungleich behandelt werden. Das muss korrigiert werden. Man muss diejenigen fragen, die an der Front sind, nämlich die Mitglieder der Einbürgerungskommission. Und schliesslich ist uns wichtig, dass sich auch der Kanton dafür einsetzt, dass die Schulbildung bei allen jungen Einzubürgernden dafür sorgt, dass die Grundkenntnisse vorhanden sind. Dann hat man dieses Problem gar nicht.

*David Jenny (FDP):* Ich frage nicht nach, ob diese Motion zur Vorprüfung bei Jeremy Stephenson war. Wenn sie es war, hoffe ich, dass er festgestellt hätte, dass das wirklich keine Motion war. Es ist eine Verbesserungsmotion. Immerhin war die Motion Isler noch relativ klar, die wollte, dass eine Bestimmung gestrichen wird. Hier wird gesagt, dass es ein Problem gäbe, dass etwas geprüft werden müsse. Zum gesetzlichen Auftrag der Bildung gibt es die Initiative der Jungfreisinnigen, die Umsetzung hat zu einem Rückzug der Initiative geführt. Soweit das geht, ist das aufgegleist. Dieses ständige Hin und Her bei der Gesetzgebung, zu der wir ursprünglich auch eine andere Meinung hatten, tragen wir als Freisinnige nicht mit. Wir bitten, etwas Ruhe zu behalten und wenn diese Motion nicht überwiesen werden sollte, bitten wir, nicht noch einmal eine Verbesserung der Verbesserungsmotion zu bringen. Sie können schriftliche Anfragen stellen und das auch im Bürgergemeinderat klären, aber das ist jetzt wirklich eine sehr unnötige Motion.

*Danielle Kaufmann (SP):* Ich habe ein langes Votum vorbereitet, aber David Jenny hat es bereits auf den Punkt gebracht. Ich bitte Sie, diese Motion, die auch aus meiner Sicht schlicht keine ist, weil sie nichts Konkretes fordert, nicht zu überweisen. Zum Hin und Her möchte ich noch etwas ergänzen. Es scheint so, dass die Bürgergemeinde, die Einbürgerungskommission offensichtlich einfach nicht Ruhe geben können. Die GLP inklusive David Wüest-Rudin haben die Motion von Beatrice Isler abgelehnt. Warum er nun noch einmal darauf zurückkommt und nicht Ruhe geben kann und

nicht einmals sagen kann, was er genau will, verstehe ich nicht. Vielleicht will er, dass alle jungen Leute, die hier aufgewachsen und zur Schule gegangen sind, eingebürgert würden. Das wäre ja ganz in meinem Sinn, aber ich nehme an, das will er gar nicht. Er will einmal mehr ein ominöses Zünglein an der Waage sein, das überhaupt keines ist. Es geht um Verlässlichkeit. Ich bitte Sie, diese Motion, die keine ist, abzulehnen.

*Beat K. Schaller (SVP):* Dass § 11 Abs. 2 des Bürgerrechtsgesetzes in der Anwendung Probleme verursacht, wurde bereits erwähnt. Dem gibt es nichts hinzuzufügen. Ich staune aber schon, dass man sagen kann, diese Motion verlange nichts Konkretes. Es steht ein ganz wesentlicher Satz in dieser Motion, dass nämlich dem Kanton der gesetzliche Auftrag erteilt werden soll, die Vermittlung der Grundkenntnisse in der Schule sicherzustellen. Wenn das nicht konkret genug ist, weiss ich auch nicht, was konkret ist.

Es wird wohl niemand in diesem Saal bezweifeln, dass das gute Funktionieren eines System ein Grundwissen über dieses System voraussetzt. Wer keine Kenntnisse über politische, geografische, geschichtliche, lokale Gegebenheiten hat, der wird kaum je aktiv unsere Schweiz mitgestalten.

Wir reden hier nicht davon, dass jemand ein staatspolitisches oder historisches Hochschulniveau haben soll, aber die allerwesentlichsten Kenntnisse müssen vorhanden sein. Wer nicht weiss, was ein Referendum oder eine Initiative ist, wird vielleicht nach entsprechendem Zureden seine Unterschrift geben. Aber er wird sich kaum bewusst sein, was seine Unterschrift bewirken kann. Es sind die grundlegenden Kenntnisse über eine Gesellschaft, welche ein jeder besitzen muss, damit sich diese Gesellschaft weiterentwickeln kann. Die Praxis in der Einbürgerungskommission zeigt, dass es daran ganz gewaltig hapert.

Die Vermittlung von Staatskenntnissen in der Schule mag in den Köpfen von Bildungsbürokraten funktionieren, die Realität sieht aber einfach anders aus. Laut den Auskünften von Kandidaten ist diese Vermittlung sehr stark abhängig von der Bereitschaft des einzelnen Lehreres, diesen Stoff überhaupt zu vermitteln. Diese Bereitschaft wiederum hängt stark von der jeweiligen politischen Interessenslage des einzelnen Lehrers ab. Das ist nun meine Vermutung, die aber nicht weit von der Realität entfernt dürfte. Das darf nicht sein. Die Vermittlung von Staatskenntnissen darf nicht von der politischen Einstellung des Lehrers abhängen, sie muss vielmehr Pflicht sein, mit konkreten Vorgaben ausgestattet und mit entsprechenden Qualitätsprüfungen versehen sein. Das ist es, was dieser Satz sagt. Es soll dem Kanton der gesetzliche Auftrag erteilt werden, die Vermittlung der Grundkenntnisse in der Schule sicherzustellen. Das ist ein ganz wesentlicher Auftrag an den Regierungsrat, den er nun wirklich endlich ernst nehmen soll, denn hier sehen wir in der Praxis ganz grosse Lücken.

Das ist nun die Gelegenheit, den Regierungsrat zu verpflichten, und namens der SVP-Fraktion bitte ich Sie deshalb, diese Motion zu überweisen und danke Ihnen dafür.

### Zwischenfragen

*Fleur Weibel (GAB):* Gehen Sie mit mir einig, dass es genügend Personen mit per Geburt erworbenem Schweizer Bürgerrecht gibt, die keine Ahnung haben, was eine Initiative oder ein Referendum ist?

*Beat K. Schaller (SVP):* Nein.

*Mahir Kabakci (SP):* Sie haben gesagt, dass die heutige Praxis stark mangelhaft wäre. Haben Sie auch einmal mit den EBK-Mitgliedern seitens der SP oder Grünen ein Gespräch geführt?

*Beat K. Schaller (SVP):* Ja, des öftern.

*Beatrice Messerli (GAB):* Sind Sie sich darüber im Klaren, dass politische Bildung ein Bestandteil des Lehrplans ist und entsprechend befolgt werden muss?

*Beat K. Schaller (SVP):* Er muss befolgt werden, wir stellen nur fest, dass er nicht so sehr befolgt wird.

*Beatrice Isler (die Mitte/EVP):* Ich möchte kurz auf das Ruhe einbringen eingehen. Warum kommt das Thema schon wieder auf? Wir haben im Grossen Rat eine Gesetzesänderung beschlossen, die die Einbürgerungskommission umsetzen muss. Sie hat in der Praxis festgestellt, dass es Ungleichheiten gibt. Es geht allein darum, dass das Gesetz nicht funktioniert, weil die Umsetzung schwierig ist. Deshalb wäre es empfehlenswert, dass sich alle mit dem Präsidenten der Einbürgerungskommission kurzschliessen würden. Das ist meine Haltung, deswegen unterstütze ich mit der Fraktion die Mitte/EVP die Motion. Es geht nur um das Gesetz und nicht um den Inhalt.

### Zwischenfragen

*David Jenny (FDP):* Es gibt zwei Umsetzungsmöglichkeiten. Keine Gespräche mehr oder Gespräche für alle. Für welche Variante sind Sie?

*Beatrice Isler (die Mitte/EVP):* Ich sitze nicht mehr in der Einbürgerungskommission. Ich wäre für Gespräche für alle.

*Mahir Kabacki (SP):* Sind Sie mit mir einig, dass die Motion unklar ist, so wie sie jetzt formuliert ist?

*Beatrice Isler (die Mitte/EVP):* Nein.

*Eric Weber (fraktionslos):* Ich muss Ihnen ehrlich sagen, die Motion ist nicht ganz klar. Ich habe die Motion zwei, drei Mal durchgelesen, ich verstehe sie überhaupt nicht. Aber wenn Sie das unbedingt wollen, dann sage ich Ihnen: Bitte, bürgern Sie noch mehr Leute ein, das ist Ihre freie Wahl, aber Sie wissen, was dann die Konsequenzen sind. Ich finde es nicht in Ordnung, dass Leute eingebürgert werden, die noch nicht einmal den Unterschied zwischen Grosse Rat und Bundesrat kennen. Ich stelle fest, dass vor allem die jungen Leute nicht einmal wissen, dass wir in Basel keinen Bundesrat haben.

Ich sage als Grossrat: Der milliardenschwere Integrationswahnsinn muss aufhören. Basler Steuergelder müssen Basler Kindern, Rentnern und Bedürftigen zugute kommen.

*Michelle Lachenmeier (GAB):* Im Namen des Grünalternativen Bündnisses bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen. Die Motion möchte einen Umstand beheben, dass innerhalb einer Familie die einzelnen Mitglieder unterschiedlich behandelt werden von der Einbürgerungskommission. Grundsätzlich sind wir nicht dagegen, dass man alle Familienmitglieder gleich behandelt. Es wurde aber bereits gesagt, dass die Motion hier diesen Umstand zwar beheben will, aber sie sagt nicht wie. Mit strengeren Regeln für alle oder mit weniger strengen Regeln? Vielleicht ist diese Ungleichbehandlung nicht optimal, es ist aber auf jeden Fall auch kein Missstand. Möchte man das beheben, dann nach unserer Auffassung nicht mit einer Verschärfung für alle, sondern wenn, dann durch eine weitere Lockerung. Für eine weitere Vereinfachung der Einbürgerung spricht zum Beispiel, dass die Staatskunde in der Primarschule noch kaum eine Rolle spielt und daher gegebenenfalls auf das Erfordernis der Privatschulzeit auch verzichtet werden könnte. Ein weiterer Punkt, der eher für eine Vereinfachung spricht, ist die Stossrichtung des noch relativ neuen Einbürgerungsgesetzes. Das neue Gesetz anerkennt nämlich, dass die Menschen mobiler geworden sind, und verlangt bei einem Wohnsitzwechsel, dass man nur noch zwei Jahre innerhalb der Gemeinde, in der man sich einbürgern lassen will, gewohnt haben muss.

Die Einbürgerungskriterien sollen daher in Bezug auf die mobileren Lebensverhältnisse flexibler werden, und das kann man nicht durch strengere Regeln, sondern durch eine weitere Lockerung bezüglich des Nachweises der genügenden Kenntnisse erreicht werden. Für diese konkrete Bestimmung hiesse das für uns, dass wenn man hier noch etwas ändert, dann müsste der Nachweis gekürzt werden, dass es sogar reichen könnte, wenn man nur die ganze Sekundarschulzeit im Kanton verbracht hat. Aber die Motion sagt eben nicht, wie sie das umsetzen möchte, und ich gehe mal davon aus, dass die Motionäre eher an eine Verschärfung und nicht an eine Lockerung denken.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen. Die gesetzliche Vermutung betrifft nur den Nachweis der historischen, geografischen und politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Bezüglich des Nachweises der Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben und auch des Nachweises von Kontakten zu Schweizerinnen und Schweizern kann die Einbürgerungskommission immer noch jedem Familienmitglied Fragen stellen. Es ist also nach wie vor möglich, mit allen Familienmitgliedern ein Einbürgerungsgespräch zu führen. Da die Motion hier aber unklar ist, können wir sie nicht unterstützen.

Für uns erübrigt es sich daher auch, dass die Schulen diese Kenntnisse vermitteln sollen. Hierzu gab es bereits viele Anstösse, unter anderem meine Initiative. Wir finden es nicht richtig, dies mit dieser Motion zu verknüpfen und lehnen die Motion insgesamt ab.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Der Regierungsrat ist aus denselben Gründen wie bei der Motion Isler gegen eine Überweisung. Zum einen aus formellen Gründen, wir haben das Bürgerrechtsgesetz erst 2018 revidiert und der Regierungsrat ist der Meinung, dass wir nicht in diesen kurzen Abständen ohne Not schon wieder ein Gesetz anfassend sollten. Diese Not oder Malaise ist für den Regierungsrat nicht erkennbar. Zudem wurde das inhaltlich gleiche Anliegen bereits vor kurzer Zeit in der Motion Isler doch deutlich abgelehnt.

Inhaltlich ist der Regierungsrat der Meinung, dass wer schulisch in der Schweiz sozialisiert wurde den Altersgenossen mit Schweizer Bürgerrecht gleichgestellt sein soll. Aus diesem Grund bitten wir, die Motion nicht zu überweisen.

*David Wüest-Rudin (GLP):* Ich beginne mit der Verunsicherung, die geäußert wurde. Es wurde gesagt, die Motion sei zu allgemein, unklar, das sei gar keine Motion. Ich verstehe die Verunsicherung, aber ich möchte Sie ermutigen, auch einmal eine Motion zu formulieren wie diese. Denn sie ist bewusst offen gehalten. Das Parlament kann auch Prozesse anstossen, die einen Vorschlag des Regierungsrats anregen. Es ist nicht immer möglich, bereits eine definitive Lösung vorzulegen. Es muss auch möglich sein, ein Problem aufzuzeigen und einen Lösungsprozess anzustossen. Und wenn es um eine Gesetzesbestimmung geht, dann passiert das via Motion. Es ist als Milizparlamentarier oder -parlamentarierin nicht immer möglich, selbst eine Lösung auszuarbeiten und dann diese zu fordern und zu präsentieren, sondern man muss auch mal ein Problem benennen können und sagen können, dass wir hier in einen Gesetzgebungsprozess einsteigen müssen.

Die Motion betrifft § 11 Abs. 1 lit. a des Bürgerrechtsgesetzes und dort wird vorausgesetzt, dass, wer sich einbürgern lassen will, mit den schweizerischen und örtlichen Lebensverhältnissen vertraut sein muss, das heisst über Grundkenntnisse der geografischen, historischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Bund, Kanton und

Gemeinen verfügen muss. Wie gesagt wurde, seit 2008 ist es so, dass dieser Nachweis als erbracht gilt, wenn die Bewerberinnen und Bewerber die obligatorische Schule vollständig in der Schweiz, davon die gesamte Sekundarstufe 1 im Kanton Basel-Stadt besucht haben.

Hier hat sich nun in der Praxis offenbar gezeigt, dass es gewisse Schwierigkeiten gibt, Unstimmigkeiten, dass das Gesetz wahrscheinlich etwas unglücklich formuliert ist. Wenn man den Geist des Inhalts beibehalten will, muss man allenfalls etwas anders formulieren, etwas offener oder etwas enger. Es wurde angedeutet, dass Familienmitglieder unterschiedlich behandelt werden, weil sie zufällig die Sekundarstufe noch nicht abgeschlossen haben oder zufällig halt das erste Primarschuljahr verpasst haben. Es wäre doch schön, wenn man hier eine gute Lösung finden würde und den Geist des Gesetzes beibehalten wollte, nämlich dass Personen, die mit Schweizer Pass hier zur Schule gegangen sind, gleichbehandelt werden wie Personen mit ausländischem Pass bei der Einbürgerung.

Der zweite Punkt, der in der Einbürgerungskommission aufgebracht wurde, waren Zweifel, ob die Bewerberinnen und Bewerber dann auch in der Schule wirklich die Kenntnisse vermittelt erhalten haben. Hier wäre es aus meiner Sicht angezeigt, dass man Überlegungen anstellt, wie man diesen Gesetzesabsatz etwas optimaler formulieren kann, damit diese Unstimmigkeiten nicht mehr vorkommen, und wie man sicherstellen kann, dass in der Schule die entsprechend geforderten Inhalte gelehrt und gelernt werden. Ich bin nicht gleicher Meinung wie Regierungsrätin Stephanie Eymann, dass man hier zu kurzfristig nach Inkraftsetzen dran ist. 2018 sind bereits vier Jahre her, das ist durchaus ein üblicher Rhythmus, um eine Teilrevision eines Gesetzes in Angriff zu nehmen. Wir sprechen ja nicht von einer Totalrevision.

Hier kommt auch die Antwort, warum wir Grünliberalen beim ersten Mal dagegen gestimmt haben, weil die erste Motion die Streichung des Abs. 2 gefordert hat. Wir sind aber nicht dafür, dass dieser gestrichen wird und für alle Bewerber und Bewerberinnen die Fragen gestellt werden. Wir möchten, dass diejenigen, die hier in der Schule waren und aufgewachsen sind, diese Fragen nicht beantworten müssen. Aber die Motion Iler wollte die Streichung des Abs. 2.

Wir möchten aber Hand bieten für eine pragmatische Lösung, für eine Verbesserung des Abs. 2 und darum bitte ich Sie, die Motion, auch wenn sie etwas allgemein formuliert ist, an den Regierungsrat zu überweisen und den Verbesserungsprozess damit anzustossen.

#### Zwischenfragen

*David Jenny (FDP):* Sind Sie für mehr oder weniger Gespräche oder wissen Sie das erst in etwa drei Jahren, wenn wir im Plenum über das Gesetz diskutieren?

*David Wüest-Rudin (GLP):* Ich bin eher für eine offenere Formulierung, wahrscheinlich für weniger Gespräche, aber die Anpassungen am Gesetz werden wahrscheinlich nicht sehr gross sein müssen, um das Problem zu lösen.

*Mahir Kabakci (SP):* Falls es ein Defizit der politischen Bildung gibt, muss diese nicht eher in der Schulbildung korrigiert werden als in der Einbürgerungspraxis?

*David Wüest-Rudin (GLP):* Das ist richtig, nicht in der Einbürgerungspraxis, deshalb steht in der Motion, dass der Regierungsrat dies sicherstellen soll. Dies muss natürlich in der Schule geschehen.

#### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### Ergebnis der Abstimmung

40 JA

53 NEIN

0 ENT

#### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 21.5841 ist **erledigt**.

#### 10. Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Runder Tisch zwischen Kantonen und Bund zum Thema "eine verlässliche und belastbare Zusammenarbeit mit der Europäischen Union"

[16.02.22 11:08:06, PD, 21.5842.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 21.5842 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Pascal Messerli (SVP):* Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Ich möchte nun nicht fünf Minuten über Argumente für oder gegen das Rahmenabkommen sprechen, aber ich möchte schon festhalten, dass das Rahmenabkommen schlussendlich gescheitert ist, weil zu viele Sachen umstritten waren. Es gab zu viele Probleme bei den staatlichen Beihilfen, beim Lohnschutz, bei diesem Schiedsgericht, welches dem EuGH unterstanden hätte und bei der Unionbürgerrechtslinie, sodass dieses Rahmenabkommen unter dem Strich nie und nimmer in der Bevölkerung mehrheitsfähig gewesen wäre. Schlussendlich musste der Bundesrat auch etwas entscheiden. Er hat aus unserer Sicht das Richtige entschieden. Da hätte auch ein neuer runder Tisch oder zusätzliche Stellungnahmen der Kantone nichts an dem Sachverhalt geändert.

Basierend auf diesem Geschäft möchte der Motionär einen neuen runden Tisch schaffen. Wir sind der Meinung, dass es das nicht benötigt. Es gibt bereits bestehende Instrumente, es gibt die Konferenz der Kantonsregierungen und es gibt auch zahlreiche Konferenzen der unterschiedlichen Direktoren in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Sicherheit. Wenn Sie auf die Homepage der Konferenz der Kantonsregierungen (kdk.ch) und nach den Schwerpunktthemen suchen, dann finden Sie das erste Schwerpunktthema Covid 19 und als zweites Schwerpunktthema wird die Europapolitik aufgeführt. Wir haben entsprechende Instrumente, in diesen Konferenzen werden unter den Kantonen aber auch zusammen mit dem Bund Lösungen geschaffen und erarbeitet. Dementsprechend braucht es nicht weitere Instrumente.

Bei allem Respekt, den ich auch der Regierung in diesen Gremien entgegenbringe, darf man auch nicht vergessen, dass solche Konferenzen rechtsstaatlich nicht ganz unproblematisch sind. Das sagen anerkannte Staatsrechtsdozenten wie René Rhinow oder Markus Schäfer, weil natürlich in diesen Gremien das Parlament aussen vor bleibt und die rechtssetzende Gewalt in diesen Konferenzen nichts mitzubestimmen hat. Selbstverständlich schätzen wir diese Konferenzen, aber auch das ist rechtsstaatlich nicht ganz unproblematisch.

Bezüglich dessen kann man sich fragen, weshalb es ein weiteres Instrument braucht für einen weiteren runden Tisch, neben den Konferenzen, die wir ohnehin schon etwas als problematisch erachten. Welche zusätzlichen Kompetenzen hätte dieser runde Tisch? Basierend auf welcher Grundlage sollte dieser runde Tisch stattfinden, was soll entschieden werden und welchen Mehrwert bringt er dem Kanton? Hier sind wir sehr skeptisch. Wir sind nicht der Meinung, dass es zusätzliche Instrumente braucht, die bestehenden sind vorhanden.

Im Einzelfall Rahmenabkommen hätte es an der Realität nichts geändert, wenn wir noch einen weiteren runden Tisch gehabt hätten. Die Meinungen in den Kantonen waren bekannt, man wusste, wie die Kantonsregierungen zum Rahmenabkommen stehen oder standen. Dementsprechend erachten wir diese Motion als unnötig und bitten Sie, sie nicht zu überweisen.

*Eric Weber (fraktionslos):* Ich muss meinem Vorredner zustimmen, diese Motion ist unnötig. Es ist ein Fehler im Motionstext. Es steht: "Es ist nach den öffentlich verfügbaren Informationen davon auszugehen, dass eine Absicht, die Verhandlungen abzubrechen, im Vorfeld den Kantonen nicht kommuniziert und sie nicht konsultiert wurden." Die Unterzeichnenden haben einen staatspolitischen Fehler gemacht. Unsere Regierung muss gar nichts sagen, der Bundesrats muss gar nichts sagen und niemanden konsultieren. Der Bundesrat ist von uns Schweizern beauftragt, Verhandlungen oder Gespräche mit der EU zu führen. Aber ein Kantonsparlament ist ein Provinzparlament, und ein solches kann keine Europapolitik machen.

Dessen muss man sich vergewissern. Wir sind eine Stufe tiefer. Für dieses Anliegen müssten Sie Nationalräte sein. Dann würde ich das Anliegen als gerechtfertigt erachten. Stellen Sie sich vor, wenn es noch einmal ein neues Gremium mit 26 Mitgliedern gibt. Es braucht kein weiteres Instrument.

Es kommt auf die Abstimmung an, ob wir eine EU-Mitgliedschaft wollen oder nicht. Zum jetzigen Zeitpunkt sagt die Bevölkerung ganz klar Nein. Die meisten Grossräte werden das alle nicht mehr erleben, dass die Schweiz EU-Mitglied wird. Sicher braucht ein Parlament eloquentes Personal, das Aufmerksamkeit schafft und Politik erklärt. Aber es braucht auch eine Belegschaft, die diese Politik im Detail macht. Diese Belegschaft sitzt im Nationalrat.

Was ein politisches System als Demokratie qualifiziert ist nicht die Existenz einer Regierung, sondern die Existenz eines Parlaments. Hier schlägt das Herz der Demokratie, oder es schlägt nicht. Aber diese Motion darf nur im Nationalrat schlagen und nicht in einem Kantonsparlament.

*Michela Seggiani (SP):* Es mag erstaunen, dass die Fraktion der SP diesen tollen Vorstoss nicht überweisen will, zumal vier von uns, die Mitglieder der Regiokommission, diesen mitunterzeichnet haben. Das liegt aber nicht daran, dass wir unsere Meinung geändert hätten oder unsere Fraktion nicht überzeugen konnten, sondern die Argumente der Regierung haben uns überzeugt. Denn die Kantone haben bereits ein Mitwirkungsrecht an aussenpolitischen Entscheiden und nehmen es bereits wahr.

Vor knapp zehn Jahren haben die Kantone mit dem Bundesrat die Vereinbarung zwischen Bund und der Konferenz der Kantonsregierungen zum Europadialog im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen unterschrieben. Das bedeutet, einen runden Tisch zwischen der Konferenz der Kantonsregierungen und dem Bund gibt es eigentlich bereits schon seit fast zehn Jahren. Wir denken deshalb, dass der Vorstoss nicht überwiesen werden muss, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Wichtig ist jetzt, dass alle dabei helfen, das Verhältnis Schweiz-EU zu entspannen. Dazu leistet ein neues Gremium wie erläutert keinen Beitrag.

*Oliver Thommen (GAB):* Wenn ich wie der Bundesrat agieren würde, dann würde ich diese fünf Minuten wahrscheinlich



schweigen und nichts sagen. Der Bundesrat schweigt seit einem halben Jahr. Wir wissen nicht, wie es weitergeht, was der Plan sein soll. Deswegen sollte diese Motion auch überwiesen werden. Besonders weil der Bundesrat sich ja genau um diese KdK, die Pascal Messerli angesprochen hat, foutiert hat. Nach der Verfassung § 55 Abs. 3 müssen die Stellungnahmen der Kantone, wenn sie besonders betroffen sind, berücksichtigt werden. Ich glaube, alle in der KdK vertretenen Kantonsregierungen waren sehr konsterniert über den Abbruch, waren wahrscheinlich nicht wirklich informiert. Es ist wichtig, dass sich die Kantone wieder stark machen, auch wenn ich überzeugt bin, dass der Regierungsrat dies bereits tut, er macht viel, wie Michaela Seggiani bereits gesagt hat. Dennoch wäre es ein schlechtes Zeichen, wenn wir als Parlament diese Motion ablehnen. Pascal Messerli hat es ja selbst gesagt. Die Parlamente haben nichts zu sagen, die Regierungen machen alles. Aber mit dieser Motion hat ein Parlament mal etwas zu sagen, nämlich dass wir wollen, dass der Regierungsrat sich dafür einsetzt, diese Beziehungen zwischen EU und der Schweiz anzugehen und sich beim Bundesrat vermehrt dafür einzusetzen. Ich verstehe deshalb auch nicht, warum die SP Basel-Stadt diesen Vorstoss ablehnt, während die SP im Kanton Zürich dem gleichen Vorstoss zustimmen kann. Ich denke, auch der Zürcher Regierungsrat ist bereits tätig geworden.

Die Motion ist vielleicht nicht der Weisheit letzter Schluss, aber es ist eine gute Gelegenheit für den Regierungsrat, auch öffentlich darzulegen, wie er sich einsetzt für die Entspannung dieser Situation, die vor allem jeden Tag für unseren Kanton und unsere Region schwerwiegende Konsequenzen zeigt, das Mechtech-Abkommen ist bereits weg, es werden weitere folgen, und hier ist nun wirklich Handlungsbedarf angesagt, ein Zeichen des Parlaments ebenfalls.

### Zwischenfrage

*Pascal Messerli (SVP):* Welchen Mehrwert hätte ein zusätzlicher runder Tisch neben der Regierungskonferenz und was wären dann die zusätzlichen Kompetenzen, die die Regierungskonferenzen jetzt nicht haben?

*Oliver Thommen (GAB):* Der Regierungsrat soll ausloten, ob das ein besseres Instrument sein kann als die KdK, die bisher vom Bundesrat ignoriert wurde.

*Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD:* Ich möchte mich für diese Motion herzlich bedanken. Sie stösst tatsächlich auf grosse Sympathie im Regierungsrat, sie stösst offene Türen auf. Für Basel-Stadt, für die ganze Region ist es ein riesiges Problem, dass das Rahmenabkommen alternativlos aufgekündigt wurde und dass wir im Moment nicht wissen, wie unsere Handels-, Wissenschafts-, Kulturbeziehungen in Zukunft aussehen werden. Zum einen mit unseren unmittelbaren Nachbarn, zum andern mit der EU als Wirtschaftsgebilde.

Es ist ein riesiges Problem. Deshalb hat die Basler Regierung beschlossen, die Dialoge zu intensivieren, einerseits in unseren übernationalen Netzwerken, in der Oberrheinkonferenz, welche wir dieses Jahr präsidieren dürfen. Wir haben dort eine Studie bereits erhalten, die klar aufzeigt, dass unklare, zerrüttete Verhältnis mit der EU in den Bereichen Handel, Wissenschaft, Personenfreizügigkeit zu grossen schwerwiegenden Problemen in unserer Region führen wird.

Wir haben aber auch beschlossen, dass wir den Dialog innerhalb der Schweiz und gegenüber dem Bund intensivieren, entsprechende Gespräche aufgenommen, Briefe geschrieben und Anregungen gemacht in allen Gremien, in denen wir vertreten sind.

Wir lehnen diese Motion nur aus einem einzigen Grund ab, weil sie nämlich schon erfüllt ist. Es bringt nichts, diese Motion jetzt entgegenzunehmen und Ihnen dann halt noch einmal zu sagen, dass sie schon erfüllt ist. Sie ist wirklich umgesetzt. Ich denke nicht, dass es ein negatives Zeichen wäre, wenn Sie mir nun glauben und diese Motion nicht überweisen. Es ist einfach nicht nötig.

2012 wurde tatsächlich dieser Europadialog etabliert, die KdK hat damals beschlossen, zusammen mit dem Bundesrat regelmässig über die Europafrage zu diskutieren. Das findet alle zwei Monate statt. Die zuständigen Bundesräte sind am Tisch sowie ein Ausschuss der KdK. Das Ganze wird in der Plenarkonferenz regelmässig diskutiert. Die KdK hat aber zusätzlich noch den Schwerpunkt Europapolitik aufgenommen und hat jetzt in diesem Jahr beschlossen, eine europapolitische Standortbestimmung zu machen und die Europakommission neu zu aktivieren und neu aufzustellen. Der Kanton Basel-Stadt ist über meine Person Mitglied dieser Europakommission, führt dort sogar ein Dossier, das heisst wir sind auch unter den Kantonen wirklich dran, den Dialog zu intensivieren, um dann entsprechend auch stärker konsolidiert dem Bundesrat gegenüber Stellung nehmen zu können.

Es gibt also bereits drei Gremien in der KdK, die sich mit Europafragen auseinandersetzen, der Europadialog mit dem Bundesrat, die Plenarversammlung der KdK, die regelmässig das Europadossier beleuchtet und schliesslich die Europakommission. In diesem Sinne macht es aus unserer Sicht einfach keinen Sinn, diese Motion zu überweisen, obwohl sie genau das Richtige will. In diesem Sinn bitte ich Sie im Namen der Regierung, diese Motion abzulehnen.

*Joël Thüring (SVP):* Oliver Thommen, Verhandlungen zu führen ist strategisch vielleicht nicht Ihre Stärke, wenn Sie heute hier wollen, dass der Bundesrat von den Kantonen noch stärker involviert wird. Aussenpolitik ist in erster Linie Sache des Bundesrats. Bundesrat Ignazio Cassis, ein hervorragender Aussenminister, der die Interessen der Schweiz im Ausland wahrnimmt, hat gerade letzte Woche gesagt, dass wir diesen Druck aushalten müssen. Wir machen genau das Gegenteil, wenn wir permanent auf allen Ebenen versuchen, ein Schreckensszenario an die Wand zu malen, das so nicht eintreten wird. Die Schweiz hat ihre Prinzipien, sie hat ihre Prinzipien in Bezug auf den Lohnschutz, ein Thema, das Ihnen besonders wichtig ist. Sie hat Ihre Prinzipien in Bezug auf die Zuwanderung, und wir können diese Prinzipien und den sozialen Frieden, der damit verbunden ist, nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Der Druck, der von der Europäischen Union auf die Schweiz ausgeübt wird, etwa mit dieser unsäglichen Diskriminierung bei der Forschung oder der Medizinaltechnik schadet vielleicht der Schweiz, sie schadet aber auch den Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, denn sie haben dadurch auch eine kleinere Produktauswahl im MedTech-Bereich. Dieses gemeinsame Miteinander zwischen EU und der Schweiz in Partnerschaft wird nicht dadurch torpediert, dass die Schweiz dieses Rahmenabkommen, das zum Nachteil der Schweiz war, nicht angenommen oder unterzeichnet hat, sondern es wird dadurch torpediert, dass die EU unverhältnismässigen Druck ausübt auf einen der wichtigsten Handelspartner der EU, nämlich die Schweiz. Was wir hier machen können ist, den Bundesrat dabei zu unterstützen, eine starke Verhandlungsposition zu haben. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass der Regierungsrat des Kantons die Interessen unserer Region vertritt. Aber es braucht keine zusätzlichen Gremien und Tische, die dazu führen, dass am Schluss des Tages die Position des Bundesrats geschwächt wird. Die Schweiz ist in dieser Situation weiterhin in einer guten Position, die EU ist auf die Schweiz angewiesen, genauso wie wir auf die EU angewiesen sind.

Haben Sie etwas Vertrauen in das Verhandlungsgeschick unseres Bundesrats, dass er eine für die Schweizer Bevölkerung gute Lösung finden wird und dabei insbesondere auch unsere Region berücksichtigt. Der Forschungsstandort Schweiz muss geschützt werden. Da stehen alle Parteien hinter dem Bundesrat. Der Forschungsstandort Schweiz und die Region Basel müssen in dieser Frage geschützt werden. Das schaffen wir, indem wir dem Bundesrat die notwendige Zeit geben, mit der EU eine Lösung zu finden.

Das allgemeine Geplärre einzelner Vertreterinnen und Vertreter der EU gegenüber den Medien ist Taktik, und diese Taktik ist verständlich, aber wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht davon täuschen lassen, dass dies ganz normal ist, wenn wir in einer Verhandlung stecken. Bitte überlassen Sie dieses Thema dem Bundesrat, lassen Sie die bilateralen Gespräche zwischen dem Regierungsrat, den Regierungen der Kantone und dem Bund so wie sie heute bestehen und verzichten Sie auf die Überweisung dieser Motion. Diese Motion ist tatsächlich nichts, was der Grosse Rat zu beschliessen hat.

### Zwischenfrage

*Oliver Thommen (GAB):* Ich beschäftige mich nicht erst seit gestern mit Europapolitik. Seit zehn Jahren höre ich, dass wir die Verhandlungsposition der Schweiz nicht schwächen dürfen. Die Schweiz hat eine super Verhandlungsposition, wir wollen sie nicht schwächen, wir müssen den bilateralen Weg stärken. Können Sie mir erklären, welches die Verhandlungsposition der Schweiz sein soll?

*Joël Thüring (SVP):* Die Verhandlungsposition der Schweiz ist relativ einfach. Wir müssen unseren Arbeitsmarkt schützen, wir müssen einen Lohnschutz gewährleisten, wir müssen die Zuwanderung eigenständig regeln, wie es die Schweizer Bevölkerung beschlossen hat. Mit dieser Verhandlungsposition geht man ins Gespräch. Wenn sich keine Lösung finden lässt, dann hat auch die Schweiz Möglichkeiten, Massnahmen gegen die EU zu ergreifen. Ich bin gespannt, wie die Lastwagen von A nach B kommen wollen, wenn die Schweiz hier Restriktionen einführt. Die Schweiz hat eine starke Verhandlungsposition.

*Tim Cuénod (SP):* Wir haben als gewählte Grossrätinnen und Grossräte die Aufgabe, die Interessen der Basler Bevölkerung zu vertreten. Haben wir nicht die Pflicht, mit Blick auf die negativen Konsequenzen der gegenwärtigen Situation auf den Forschungsstandort aber auch diverse Wirtschaftsbranchen uns dafür einzusetzen, dass wir aus dieser verfahrenen Situation einen Ausweg finden?

*Joël Thüring (SVP):* Ich habe Vertrauen in unseren Bundesrat und in die Regierung des Kantons Basel-Stadt, dass sie das bereits heute so macht, dass es unserer Region hilft, was auch immer entschieden wird auf Ebene des Bundesrats und EU.

*Niggi Rechsteiner (GLP):* Ich verzichte aufgrund der Länge der Debatte auf die einleitenden Worte, die bereits gesagt wurden zu den Folgen der misslungenen bilateralen Verhandlungen. Es ist erfreulich, dass sich zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Forschung, Kultur und anderen Gebieten für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen einsetzen. Auch der Bundesrat äussert sich in einem Interview dahingehend, dass der Rahmen für ein mögliches Paket abgesteckt werden müsse. Und auch die Konferenz der Kantonsregierungen wird aktiv und setzt eine Europakommission ein. Gerade die Bildung einer Kommission durch die KdK ist natürlich positiv zu werten, aber auch sie wird dem Anliegen der Motion nicht gerecht. Denn die KdK wird dabei die prioritären Interessen der Kantone festlegen, wie sie im Newsletter vom 17. Dezember berichtet.

Es ist aber wichtig, dass nicht nur die Kantone ihre Interessen abstimmen, sie sollen gemeinsam mit dem Bund ein Zukunftsmodell erarbeiten. Zudem muss klar gesagt sein, alle Aktivitäten sind verdankenswert, aber das Tempo scheint nicht am Bedarf rascher Lösungen angepasst zu sein, hat es in der KdK doch sieben Monate gedauert, bis ein Gremium zur Behandlung dieses essentiellen Geschäfts gebildet wurde.

Wenn es in dieser Geschwindigkeit weitergeht, schwimmen uns tatsächlich die Felle davon. Es bedarf nun einer Dynamik, die gewährleistet, dass prioritär und mit Nachdruck an diesem Dossier gearbeitet wird und dem Bundesrat überzeugend aufgezeigt wird, dass die Angelegenheit prioritär vorangetrieben wird. Die Zeit vergeht und die Türen schliessen sich. Da muss man wohl einen Gang hochschalten.

Mit einem runden Tisch zwischen den Kantonen und dem Bund zu ausschliesslich diesem Thema kann gewährleistet

werden, dass keine anderen Geschäfte Vorrang haben und die Kantone als Interessensverteter direkt mit dem Bund an einer Lösung arbeiten, die zeitnah umgesetzt werden kann. Der runde Tisch für eine verlässliche und belastbare Zusammenarbeit mit der EU gibt dem Kanton Basel-Stadt und den übrigen Kantonen die Möglichkeit, frühzeitig auf die Europapolitik des Bundesrats einzuwirken und darin eine Führungsrolle zu übernehmen. Auch andere Kantone sind an diesem Vorhaben interessiert, der Kantonsrat des Kantons Zürich hat ein analoges Postulat dem Regierungsrat überwiesen.

Gestalten Sie die Zukunft, schlagen Sie einen Pflock ein und überweisen Sie die Motion, die auch für unseren Standort in einer trinationalen Region einen Mehrwert ergibt.

#### Zwischenfrage

*Pascal Messerli (SVP):* Welchen Mehrwert hätte denn ein zusätzlicher runder Tisch neben der KdK und welche Kompetenzen hätte dieser zusätzliche runde Tisch, welche die KdK nicht hätte?

*Niggi Rechsteiner (GLP):* Ich habe versucht, dies in meinem Votum darzustellen.

#### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### Ergebnis der Abstimmung

40 JA

54 NEIN

2 ENT

#### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 21.5842 ist **erledigt**.

### 13. Anzüge 1 - 13

[16.02.22 11:36:01]

#### 1. Anzug Edibe Gölgeli betreffend Doppelspurausbau der S6 in Riehen

[16.02.22 11:36:03, BVD, 21.5776.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 21.5776 entgegenzunehmen.

#### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 21.5776 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

#### 2. Anzug Eric Weber betreffend höhere Monats-Pauschale für alle Grossräte

[16.02.22 11:36:23, Büro, 21.5796.01, NAN]

Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug 21.5796 entgegenzunehmen.

*Eric Weber (fraktionslos):* Einen so weiten zeitlichen Horizont hat in diesem Parlament nur Eric Weber. Seit 1984 bin ich Grossrat und bleibe es bis 2055.

Ich wurde Grossrat, da ich wissen wollte, wie der Mechanismus in einem Staat läuft. Kein anderer Beruf ist bei der Bevölkerung so schlecht angesehen wie der des Politikers. Fragen Sie sich bitte, warum. Wir sind unter uns ohne

Besuchertribüne wegen Corona. Also erhöhen wir uns doch bitte den Lohn. "Geld stinkt bekanntlich nicht", das ist ein bekannter Spruch.

Wir können doch nichts mehr verlieren. In der Skala stehen wir ohnehin schon ganz unten. Es liegt wohl in der Natur eines Milizparlaments, dass die seriösen Auseinandersetzungen mit teilweise komplexen Geschäften den Politikern nebst ihren angestammten Berufen viel Zeit abverlangt und auch angemessen entschädigt werden soll. Richtige Politarbeit braucht schliesslich auch gute Vorbereitung und Arbeit. Darum bitte ich Sie, mehr zu reden, damit es eine Nachtsitzung gibt und alle Fr. 200 mehr bekommen. So sollten wir keine Angst haben, aus finanziellen Gründen die Sitzung zu verlängern.

Es passt doch zu den Parlamentssitzungen, die alle nur Show sind, denn in der Kreuztabelle wird ersichtlich, wie abgestimmt wird. Ich möchte mehr Geld, auch für Sie. Als mein Vater Grossrat war, 1968, hat er Fr. 35 bekommen. Nun erhalten wir Fr. 200 für einen halben Tag. Erhöhen wir uns den Lohn selber. Wir sind die einzige Berufsgruppe weltweit, die sich den Lohn erhöhen darf. Das wird ja auch oft bemängelt.

Ich möchte nicht nur Fr. 500 steuerfrei pro Monat, ich möchte Fr. 1'300 steuerfrei pro Monat. Bitte lesen Sie die Zeitungen. In allen Zeitungen steht, dass viele Abgeordnete keine Berufserfahrung haben. Kreissaal, Unisaal, Parlamentssaal. Darum haben wir jetzt die Möglichkeit, unseren Lohn zu erhöhen.

#### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### Ergebnis der Abstimmung

1 JA

67 NEIN

0 ENT

#### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 21.5796 ist **erledigt**.

### 3. Anzug Eric Weber betreffend höheres Sitzungsgeld für die Grossräte

[16.02.22 11:42:07, Büro, 21.5797.01, NAN]

Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug 21.5797 entgegenzunehmen.

*Eric Weber (fraktionslos):* Wir sind als Parlament in der komfortablen Lage, dass wir uns den Lohn selbst erhöhen können. Das Büro des Grossen Rats wird gebeten zu prüfen, dass die Grossräte neu ab 2023 ein Sitzungsgeld von Fr. 350 anstatt von Fr. 200 erhalten werden. Ich bin mit vielen Themen der Zeit voraus. Ich werde oft als Querulant beschimpft, aber ich lege den Finger immer in die Wunde.

Wir müssen unser Sitzungsgeld erhöhen. Heute verdienen wir Fr. 600 inklusive Nachtsitzung, aber wenn wir Fr. 350 erhalten würden pro Halbtage, wären das Fr. 1'150. Ich finde diese Lohnerhöhung gerechtfertigt. Ab März haben wir wieder Kontrolle durch die Wähler auf der Tribüne. Jetzt ist es die letzte Chance, unser Sitzungsgeld zu erhöhen. Darum bitte ich Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Überlegen Sie sich, warum wir den am schlechtesten angesehenen Beruf der Welt haben. Wenn wir schon so schlecht dastehen, sollen wir uns den Lohn ohne Skrupel erhöhen. Reden Sie mehr, damit es mehr Sitzungen gibt. Ich beantrage eine Lohnerhöhung.

#### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### Ergebnis der Abstimmung

1 JA

65 NEIN

0 ENT

#### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 21.5797 ist **erledigt**.

#### 4. Anzug Eric Weber betreffend Tag der offenen Tür im Basler Grossen Rat

[16.02.22 11:47:52, Büro, 21.5798.01, NAN]

Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug 21.5798 entgegenzunehmen.

*Eric Weber (fraktionslos):* Wir hatten einen Tag der offenen Tür, kurz nach den Basler Sommerferien. Es war 2015 ein grosser Erfolg. In den Berichten der Regierung wird Basel-Stadt immer mit dem Kanton Zürich, dem Kanton Bern, Luzern verglichen. Andere Parlamente machen einen Tag der offenen Tür jedes Jahr. Wir machen einen Tag der offenen Tür ein Mal in 50 oder 100 Jahren. Es ist sehr schade, dass wir die Bevölkerung nicht mehr berücksichtigen. Das Rathaus wurde von vielen Besuchenden gestürmt.

Ich habe damals bemängelt, dass die verschiedenen Parteien keine Stände machen und Flugblätter verteilen durften. Das wurde im Vorfeld so besprochen. Wir sprechen gerne von Demokratie, aber was tun wir dafür? Nichts! Öffnet die Türen, holt die Bürger ins Rathaus. Wenn Sie das jetzt nicht machen, dann gehen wir halt zum Bürger nach Hause. Erfolgreiche Politik ist, wenn man seine Wähler pflegt und sie ins Rathaus einlädt. Auch meine Stammwähler würden gerne mal ins Rathaus kommen neben den Besuchen auf der Tribüne. Viele haben vergessen, dass wir ein offenes Parlament sind. Der sächsische Landtag, der in engem Kontakt zum Grossen Rat des Kantons Bern steht, mit jährlichen Besuchen, veranstaltet jedes Jahr einen Tag der offenen Tür. Dort können sich dann alle Parteien präsentieren mit ihrem Werbematerial. Das möchte ich auch tun. Am Tag der offenen Tür im Rathaus darf auch Eric Weber seinen Prospekt auflegen. Das Büro des Grossen Rats wird gebeten zu prüfen, wie ein Tag der offenen Tür im Basler Parlament eingeführt werden kann.

#### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### Ergebnis der Abstimmung

2 JA

66 NEIN

0 ENT

#### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 21.5798 ist **erledigt**.

#### 5. Anzug Eric Weber betreffend Parlamentarischer Abend

[16.02.22 11:53:42, Büro, 21.5799.01, NAN]

Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug 21.5799 entgegenzunehmen.

*Eric Weber (fraktionslos):* In vielen Parlamenten der Welt gibt es sogenannte parlamentarische Abende. Da trifft sich das Parlament zu einem schönen Abendessen, bei dem man sich unterhalten kann. Im Vorzimmer des Grossen Rates könnte ein Buffetrestaurant aufgebaut werden. Der Zusammenhalt fehlt in unserem Parlament. Heute anlässlich der Nachtsitzung würde sich das anbieten.

Dieser Sitzungssaal kostet für einen einzelnen Tag Fr. 60'000. Für diesen Sitzungssaal wird mehr Geld ausgegeben als für unser Sitzungsgeld. Wenn man ein Buffet mit Früchten, Steaks und Suppen aufbauen würde für Fr. 5'000, ist das wenig. Deshalb möchte ich, dass man uns inskünftig ein Abendessen spendiert.

Der Anzug ist eine schöne Sache. Man kann sich gegenseitig kennenlernen. Ich könnte mich mit anderen Grossräten unterhalten. Man muss sich ja nicht über Anwälte vor Gericht sprechen. Eine gewisse Eleganz möchte man schon haben. So ein parlamentarischer Club wäre eine schöne Sache. Das Essen muss ja nicht so teuer sein.

Was mich seit 40 Jahren beschäftigt: Wir haben eine Regierung, die Fr. 390'000 pro Jahr verdient. Wir als Grossräte

erhalten so wenig Geld, einen Vierzigstel von dem, was die Regierung verdient. Wir sind das Parlament weltweit mit dem schlechtesten Lohn/Leistungsverhältnis zwischen Regierung und Parlament. Hier könnte man uns ein bisschen entschädigen.

#### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### Ergebnis der Abstimmung

1 JA

68 NEIN

0 ENT

#### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 21.5799 ist **erledigt**.

#### Schluss der 3. Sitzung

12:00 Uhr

---

#### Beginn der 4. Sitzung

Mittwoch, 16. Februar 2022, 15:00 Uhr

#### Mitteilungen

[16.02.22 15:00:12, MGT]

*Jo Vergeat (GAB):* Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe vorerst folgende Mitteilung zu machen:

Auch wenn der Bundesrat auf Morgen alle Corona-Massnahmen aufgehoben hat, gilt unser Schutzkonzept weiter bis heute Abend.

Momentan plane ich eine Nachtsitzung, da die Pendenzenlast hoch ist.

#### 6. Anzug Eric Weber betreffend Fussball-Weltmeisterschaft in Basel

[16.02.22 15:01:08, PD, 21.5804.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 21.5804 entgegenzunehmen.

*Eric Weber (fraktionslos):* Es geht um die Zukunft von Basel. Wir sitzen hier zum letzten Mal in diesen heiligen Hallen. Wenn nichts passiert, verschwindet die Messe, Basel hat abgewirtschaftet, und bald wird die chinesische Universität Einzug halten. Damit der Niedergang Basels aufhört, muss die Fussballweltmeisterschaft nach Basel kommen. Anstatt Millionen an Entwicklungshilfe zu leisten, sollen diese offiziell an die FIFA gehen.

Dieser Anzug wurde vom Büro des Grossen Rats abgelehnt. Ich habe mich dann von einem Anwalt beraten lassen, und es wurde klar festgestellt, dass dieser Anzug angenommen werden muss. Das Büro des Grossen Rats darf diesen Anzug nicht zurückweisen. 2018 war die Fussballweltmeisterschaft in Russland, dieses Jahr wird sie in Qatar stattfinden, neu wird die Weltmeisterschaft alle zwei Jahre stattfinden. Das erhöht die Chancen für Basel. Es soll eine Kooperation mit Deutschland und Frankreich geben.

Unsere Stadt ist pleite. Wir brauchen einen Grossanlass wie eine Fussballweltmeisterschaft. Die Welt ist klein. Der berühmteste Schiedsrichter im Fussball war ein Kollege von uns, Gottfried Dienst. Er wurde 1968 Grossrat. Warum? Weil die Wähler sich gefreut haben, dass er Deutschland das Goal nicht zugesprochen hat und England Weltmeister wurde.

In der Schweiz gibt es keine andere Stadt, die sich mit einem Verein wie dem FCB so innig identifiziert. Heute widerspiegelt sich die grosse Popularität des Vereins nicht nur in den zahlreichen FCB-Accessoires, die in der Bevölkerung im Umlauf sind, sondern vor allem auch in den zahllosen Farbsignalen, die von den rot-blauen Vereinsfarben ausgehen, auf Brückengeländern, auf Verteilkästen und auf Hydranten. Sie alle sind Zeugen einer tiefen und amourösen Verbundenheit unzähliger Fans mit ihrem Verein. Basel-Stadt hat die Chance, das zu machen. Ich möchte am 24. Juni

2042 die 30. Fussballweltmeisterschaft als Alterspräsident dieses Parlaments mit diesen Worten eröffnen: "Willkommen zur 30. Fussball-WM in Basel."

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

1 JA

73 NEIN

0 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 21.5804 ist **erledigt**.

## 7. Anzug Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend «temporäre Genussorte» in der Freien Strasse

[16.02.22 15:06:39, BVD, 21.5813.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 21.5813 entgegenzunehmen.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 21.5813 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

## 8. Anzug André Auderset und Konsorten betreffend Effizienzsteigerung der Ratsarbeit

[16.02.22 15:06:56, Büro, 21.5814.01, NAE]

Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug 21.5814 entgegenzunehmen.

*Claudio Miozzari (SP):* beantragt Nichtüberweisung.

Ich darf im Namen des GAB und der SP sprechen. Grundsätzlich finden wir diesen Anzug nicht unsinnig, es ist eine berechnete Überlegung, sich damit auseinanderzusetzen, wie wir unsere Sitzungen gut organisieren. Gleichzeitig besteht bei uns eine gewisse Skepsis gegenüber dem Effizienzprinzip. Die Demokratie ist nicht immer effizient. Es ist manchmal auch einfach richtig, gewissen Dingen Platz zu geben und Transparenz zu schaffen, indem man ausführlich diskutiert. Natürlich besteht Potenzial, auf Sachen zu verzichten, wir sehen da eher die Fraktionen in der Pflicht, sich einmal mehr gut abzusprechen und bei gewissen Themen nicht zu sprechen.

Gleichzeitig hat das Ratsbüro das Thema im Auge und überlegt sich bereits gewisse Dinge. Es braucht diesen Anzug nicht zwingend, damit etwas geschieht. Wir sind auch nicht der Überzeugung, dass das die richtige Lösung ist. Deshalb möchten wir diesen Anzug nicht überweisen.

*André Auderset (LDP):* Zunächst geht mein Dank an den Vorredner. Es freut mich, dass mein Vorstoss nicht unsinnig ist. Er meint, es gäbe andere Wege, um mehr Effizienz zu schaffen. Er meint, es sei wichtig, über Themen zu reden, weil das Transparenz schaffe. Transparenz schafft die Kreuztabelle. Diese weist auch heute unzählige Reihen auf, die nur mit einem + oder einem - versehen sind. Alle sind gleicher Meinung. Trotzdem gibt es genügend Traktanden, bei denen alle einer Meinung sind, zu denen unendlich lange geschwätzt wird. Die meisten Sätze fangen an mit "Ich werde ich kurz fassen", "Es wurde eigentlich schon alles gesagt, aber..." oder "Lassen Sie mich doch noch ergänzend ausführen". Es ändert nichts am Abstimmungsverhalten, es ändert überhaupt nichts, es geht einfach nach dem Motto, dass schon längst alles gesagt ist, aber leider noch nicht von allen.

Hier kann man tatsächlich etwas mehr Effizienz schaffen. Die Klausel besagt, dass wir nicht reden, sofern es in der vorbereitenden Kommission keine einzige Gegenstimme gab, es sei denn, es beantragt dies jemand speziell. Es kommen nun Ausreden, dass etwa die Medien noch zuhören oder dass doch alle anderen etwas gesagt haben oder dass man den Subventionsempfängern für ihre tolle Arbeit danken muss. Wir verlängern hier sinnlos und haben auch heute vermutlich wieder einmal eine Nachtsitzung, um uralte Geschäfte, die schon drei oder vier Mal verschoben wurden, erneut zu

bringen.

Manchmal ist es besser nicht zu reden als schlecht zu reden resp. unnötig zu reden. Dieser Anzug möchte zu etwas mehr Effizienz kommen und uns vielleicht die eine oder andere völlig sinnlose Nachtsitzung ersparen, was auch eine kleine Kosteneffizienz zur Folge hätte. 99 Mal 200 plus ein Mal 400, und da ist das Sekretariat noch nicht mitgerechnet.

Deshalb bitte ich Sie, diesem Anzug zuzustimmen. Es passiert dann ja nichts anderes, als dass das Büro prüft, ob so etwas machbar ist und ob es sinnvoll ist. Geben Sie wenigstens dieser Prüfung eine Chance. Ob dabei etwas geschaffen wird, weiss man nicht, aber ich gebe die Hoffnung nicht auf.

### Zwischenfrage

*Claudio Miozzari (SP):* Ist die Kreuztabelle öffentlich?

*André Auderset (LDP):* Er ist nicht öffentlich, aber er ist uns zugänglich. Wenn die Kommission bereits ohne Gegenstimme über etwas beschlossen hat, dann ist es wohl allen klar, dass es unbestritten ist. Wollen Sie nun wirklich die Leute, die uns per Internet oder auf der Tribüne zuhören, langweilen, indem jede Fraktion noch einmal erklärt, dass sie auch einverstanden ist?

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

45 JA

45 NEIN

1 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

mit Stichentscheid der Präsidentin auf den Anzug 21.5814 einzutreten und ihn dem Ratsbüro zu **überweisen**.

## 9. Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend «Ruhezonen» im öffentlichen Raum

[16.02.22 15:13:37, PD, 21.5815.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 21.5815 entgegenzunehmen.

*Fleur Weibel (GAB):* Ich bin überrascht, dass der Regierungsrat den Anzug nicht entgegennehmen will. Ich persönlich finde das Ansinnen der Anzugstellerin sowohl aus gesundheits- wie auch sozialpolitischen Überlegungen eine ziemlich gute und prüfungswürdige Idee. Der Nutzungsdruck im öffentlichen Raum wird immer grösser. Das tägliche Leben wird immer lauter und schneller. Schauen Sie nur, wie viele Menschen inzwischen lärmdämpfende Kopfhörer tragen, um nicht allzu sehr von der lärmigen Umwelt beeinträchtigt zu werden. Selbstverständlich ist es schön, wenn eine Stadt lebendig ist, wenn es auf den Plätzen und am Rhein gesellig zu und her geht. Das soll auch so bleiben. Aber das Lebendige zeigt sich nicht nur in Form von Lautsein, sondern auch in ruhigen Aktivitäten - im Lesen, im Beobachten, im ruhigen Gespräch, im Lauschen, im Sein.

Auch diese Aktivitäten sind äusserst lebendig, aber sie haben in der Stadt nur wenig Raum, denn die lauten Aktivitäten, insbesondere das Musikhören über tragbare Boxen sind sehr raumgreifend und dominant. Die Musik begrenzt sich nicht nur auf ein paar Leute, die da zusammensitzen, sie tangiert auch die anderen Personen, die sich im Umkreis aufhalten, die vielleicht auch schon da sasssen, bevor die Musikbox kam, und die sich, wenn überhaupt Musik, vielleicht nicht diese Musik wünschen. Diese Leute wären sich vielleicht froh, sich an einen Ort setzen zu können, von dem sie wissen, dass sie nicht plötzlich gestört und allenfalls verdrängt werden, wenn sie die Musik nicht aushalten wollen oder können.

Nun geht es dem Anzug nicht darum, laute Aktivitäten zu verbieten, sondern lediglich darum zu prüfen, ob es in der Stadt geeignete Orte gäbe, um Ruhe und leisen Aktivitäten etwas mehr Raum zu verschaffen. Vielleicht würde die Prüfung des Anzugs zeigen, dass das nicht umsetzbar ist, es zu viel Regulierung bedeuten würde. Vielleicht wäre aber auch ein zeitlich begrenzter Pilotversuch möglich. Und vielleicht würde sich dann zeigen, dass ein grosses Bedürfnis nach einer solchen Ruhezone besteht, wie sie etwa in London bereits eingeführt wurde.

Mich würde es tatsächlich nicht wundern, wenn sich eine solche Ruhezone grosser Beliebtheit erfreuen würde, dass viele Leute kommen würden, um in Ruhe zu sein, um sich eine Pause vom hektischen Tag zu gönnen oder an der frischen Luft für eine Prüfung zu lernen, ohne dabei gestört zu werden. Ich fände es gut, wenn wir herausfinden könnten, wie gross dieses Bedürfnis ist, indem wir den Anzug prüfen und allenfalls einen Pilotversuch durchführen.



Nun werden Sie vielleicht sagen, dass so etwas in einer Stadt nicht geht. Sollen die ruhebedürftigen Menschen doch einen Ausflug aufs Land machen oder gleich ganz dorthin ziehen. Vielleicht sehen Sie auch eine Bevormundung im Anzug, eine Überregulierung und gehen davon aus, dass sich die Nutzung des öffentlichen Raums von selbst regle. Diese Einwände überzeugen mich jedoch nicht. Ich finde, wir könnten diese visionäre Idee einer Ruhezone in der Stadt einfach mal prüfen, anstatt sie vorschnell abzulehnen. Vielleicht stellen wir dann fest, dass in der Stadt nicht überall das Prinzip "Lauter, stärker, durchsetzungsfähiger" durchsetzen muss. Ich bitte Sie im Namen des GAB deshalb, den Anzug zu überweisen.

*André Auderset (LDP):* Es ist ein Vorurteil, dass die Grünen die Partei sind, die alles verbieten will. Manche Vorurteile scheinen sich zu bewahrheiten. Hier wird wirklich ein völlig sinnloses Verbot geschaffen. Auf diesem kleinen Raum, den wir hier in Basel haben, will man nun noch Ruhezonen einrichten. Neben der Ruhezone ist dann wahrscheinlich der Spieler, der seine Gitarre quält, und das Sammelkässeli vor sich hat, und auf der anderen Seite die Gartenbeiz, wo Leute vielleicht über einen Witz lachen. Wer muss zurückstecken, wer kontrolliert das Ganze? Es gibt in Basel auch heute schon ruhige Zonen. Ich gebe zu, auch mir wäre es lieb, wenn sie etwas zahlreicher wären. So finde ich es nicht nötig, am Oberen Rheinweg auch noch für eine Festmeile zu sorgen, wenn man sie am Unteren Rheinweg schon hat. Aber da ist man zum Teil anderer Meinung.

Es ist tatsächlich so, dass sich das etwas von alleine regelt. Wo Leute zusammenkommen und es lustig haben, da ist es lauter. Und wo es eher langweilig ist, ist es eher leiser. So ist wahrscheinlich der Münsterplatz abends für eine Party nicht so attraktiv, deshalb findet sie dort auch nicht statt.

Wir hatten mit der Revision des Übertretungsstrafgesetzes eine riesige Diskussion geführt, vor allem über die mobilen Lautsprecher und die sogenannten "Böxli", die dazu führte, dass ein übel gelaunter Polizist zwei Personen, die sich auf dem Handy gemeinsam etwas anhörten, mit einer Busse belegt. Das konnten wir glücklicherweise wieder streichen, es hat sogar eine Volksabstimmung überstanden, und nun soll es durch die Hintertür wieder eingeführt werden.

Ich stimme einer Sache zu: Es ist nur ein Anzug, man kann es ja prüfen. Deshalb steckt in meiner Ablehnung nicht allzu viel Herzblut. Aber ich halte es immer noch damit: Wenn es nicht nötig ist, ein neues Verbot zu schaffen, soll man keine neues Verbot schaffen. Ich bitte Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Pascal Pfister (SP):* Wäre ich der ehemalige Stadtentwickler, würde ich vielleicht auch sagen, dass wer Ruhe will, nach Reinach gehen soll. Selbstverständlich sehen auch wir von der SP es als ein berechtigtes Anliegen, dass man auch in der Stadt gewisse Ruhezonen hat. Einige von uns haben diese Anzug deshalb auch mitunterzeichnet. Die grosse Mehrheit unserer Fraktion ist aber der Meinung, dass es nicht praktikabel ist, solche Zonen einzuführen, weil es im Umkehrschluss dazu führen würde, dass die anderen Zonen Lärmzonen sind. Man muss in allen Bereichen der Stadt Regeln finden und austarieren, damit in allen Bereichen der Stadt alle Bedürfnisse einigermaßen berücksichtigt werden. Deshalb sind wir gegen die Überweisung des Anzugs.

*Michelle Lachenmeier (GAB):* Mir scheint, dass der Anzug etwas missverstanden worden ist. Mir schwebt damit kein neues Verbot vor, und ich selbst befürworte nach wie vor die Liberalisierung des sogenannten Lärmparagraphen, die von André Auderset erwähnt worden ist. Mit dem Anzug möchte ich eine gewisse Vereinfachung des Miteinanders im öffentlichen Raum erreichen und die Menschen unterstützen, die eine ruhige Tätigkeit ausüben möchten, sich den notwendigen Raum hierfür aber in der Regel nicht gut verteidigen können.

Es gibt viele sehr Raum einnehmende Tätigkeit wie etwa das Musikhören. Das soll weiterhin unbedingt erlaubt sein. Aber diese Tätigkeit kann auch sehr vereinnahmend sein, und kann andere Tätigkeiten, die still sind, wie etwa ein Buch lesen oder eine Siesta machen, beeinträchtigen oder gar verhindern. Leute müssen den Platz wechseln, wenn sie gestört werden, sich an einem neuen Ort niederlassen, wo sie dann vielleicht nach kurzer Zeit wieder vertrieben werden. So kann man sich nicht entspannen im öffentlichen Raum. Zur Entspannung würde aber beitragen, wenn man weiss, dass es Orte gibt, an denen man nicht damit rechnen muss, dass sich jemand mit einer Lautsprecherbox neben einen setzt.

Wir leben in einer Leistungsgesellschaft. Es wird sehr viel von uns Menschen erwartet, und es läuft sehr viel überall. Der Mensch braucht aber auch mal eine ruhige Pause, um mithalten zu können, und zwar nicht erst nach 22 Uhr bzw. aber 23 Uhr, sondern auch tagsüber. Auch wer in der Stadt wohnt, darf sich auch mal Ruhe wünschen. Ruhe ist ein legitimes Bedürfnis, und es wird meines Erachtens nach wie vor unterschätzt. Ruhe ist etwas Wertvolles, und sie sollte kein Privileg sein für Menschen, die in einem ruhigen Quartier wohnen oder einen Garten oder schöne Terrasse haben.

Ich bitte die Regierung mit diesem Anzug zu prüfen, ob es geeignete Orte gibt, die als sogenannte Ruheinseln ausgewiesen werden könnten. Das kann zum Beispiel ein bestimmter Abschnitt am Rhein, an der Wiese oder an der Birs sein, oder es könnte ein Stück in einem grösseren Park sein oder eine kleinere Grünfläche, die heute tatsächlich schon meistens ruhig ist. Der öffentliche Raum soll nicht überreguliert werden, und es soll auch keine Mehrbelastung für die Polizei geben. Mit der Gestaltung und Kennzeichnung von Ruheinseln wird aber den Menschen eine gewisse Planungssicherheit gegeben und es beugt Konflikten vor. Es ist meines Erachtens auch effizient. Denn wenn die Leute wissen, wo sie am besten eine Siesta machen, dann suchen sie sich von Anfang an diesen Ort aus. Auf der anderen Seite sind die Menschen, die keine ruhige Tätigkeit ausüben möchten, zum Beispiel grillieren, feiern oder mit Kindern unterwegs sein möchten. Die gehen dann zur öffentlichen Grillstelle oder auf den Spielplatz. Man kommt sich so nicht gegenseitig in die Quere, und damit wird von Anfang an einem Konflikt vorgebeugt.

Wenn der öffentliche Raum so strukturiert und gestaltet wird, dass er sich für gewisse Nutzungsformen besonders gut eignet, dann stellt dies kein neues Verbot oder eine Bevormundung dar, sondern es ist eben für viele Menschen vereinfachend und unterstützend, gerade für Menschen, die sich vielleicht nicht so gut gegen andere durchsetzen können.

Jemand möchte in Ruhe lernen, es kommt eine grössere Gruppe mit einem Lautsprecher - da möchte doch niemand von uns diese Gruppe auffordern, ruhig zu sein. Oder auch ältere Menschen sind froh, wenn sie sich an einem Ort aufhalten können, wo sie wissen, dass ihr Bedürfnis im Vordergrund steht.

Es ist kein neues Verbot, aber es wäre wahrscheinlich so, dass man das im jetzigen Lärmparagraphen so unter lit. b subsumieren könnte, dass man in einer solchen Ruhezone nicht übermässig Lärm veranstalten darf. Es würde für sich kein neues Verbot werden und zu keiner grösseren Mehrbelastung der Polizei führen. Wenn sich herausstellt, dass es anders wäre, dass kein Bedürfnis besteht, dass muss man keine solche Zonen einrichten. Ich persönlich bin aber davon überzeugt, dass das Bedürfnis sehr gross ist und würde mich über einen Pilotversuch freuen.

#### Zwischenfrage

*André Auderset (LDP):* Sie haben gesagt, es soll keine strafbewährte Anordnung geben. Wie soll dann so eine Ruhezone durchgesetzt werden, mit Verteilen von Rosen?

*Michelle Lachenmeier (GAB):* Ich habe gesagt, es wird kein neues Verbot eingeführt, weil wir den Lärmparagraphen ja bereits haben, der aussagt, dass man nicht übermässig Lärm veranstalten darf. Das könnte auf solche Ruhezonen angewendet werden. Es würde Klarheit schaffen für alle Beteiligten.

#### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### Ergebnis der Abstimmung

22 JA

69 NEIN

2 ENT

#### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 21.5815 ist **erledigt**.

#### 10. Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend umfassende Information aller HauseigentümerInnen im Kanton über die Installation von Solaranlagen auf Dächern und an Fassaden im Bring-System

[16.02.22 15:27:48, WSU, 21.5833.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 21.5833 entgegenzunehmen.

#### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 21.5833 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

#### 11. Anzug Tobias Christ und Konsorten betreffend Kunstmuseum-Parking nicht konkurrenzieren

[16.02.22 15:28:13, BVD, 21.5834.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 21.5834 entgegenzunehmen.

*Nicole Strahm-Lavanchy (LDP):* beantragt Nichtüberweisung.

Namens der LDP beantrage ich, den vorliegenden Anzug nicht zu überweisen. Der Anzug streift drei unterschiedliche Themenbereiche, auf die ich näher eingehen möchte.

Das erste Thema, die Tarifstruktur, wird im Titel aufgenommen. Es geht um die Tarifstruktur und die Unterschiede von gedeckten innerstadtnahen Parkhausgebühren gegenüber den auf freier Allmend zur Verfügung gestellten Parkplätzen am St. Alban-Rheinweg. Dabei wird suggeriert, dass die Parkplätze auf der Allmend dem neuen Parkhaus als Konkurrenz schaden würden. Damit das Parking seine volle Wirkung aber entfalten könne und ein rentabler Betrieb möglich sei, dürfte

der Kanton das Parkierangebot beim Kunstmuseum nicht mit Parkplätzen zu Dumpingpreisen in unmittelbarer Nähe konkurrenzieren. Dabei wird diese Behauptung nicht weiter erörtert oder belegt, es bleibt bei einem reisserischen Titel und dem Einstieg mit Schalmeientönen für das Kernanliegen des Anzugs.

Als Begründung wird dann das zweite Thema, die bereits einmal diskutierte Kompensation von 210 Parkplätzen herangezogen, die im Rahmen der Baubewilligung für das Parkhaus als Bedingung beschlossen wurden. Dabei geht es dem Anzugsteller nicht um die Anzahl, sondern um die teilweise in zu grosser Distanz kompensierten Parkplätze. Einige wenige seien über 500 Meter vom neuen Parkhaus entfernt. Konkrete Angaben werden auch hier nicht gegeben. Wenn dieses Anliegen dem Anzugsteller ernst wäre, dann müsste er eine Verschiebung im Umfang der konkret zu benennenden und kritisierten Standorte verlangen. Das möchte er mit diesem Anzug jedoch nicht, damit ist dieses Argument wohl auch nur Augenwischerei.

Dieser Anzug verlangt letztlich im Kernstück, weitere Parkplätze abzubauen zugunsten Velo und Freizeit, so wie dies bereits in älteren Vorstössen gefordert und thematisiert, aber nicht umgesetzt wurde. Diese Forderung steht für sich allein und hat nachgewiesenermassen nichts mit dem neuen Kunstmuseumsparking zu tun. Damit hält sich auch der Anzugsteller nicht an die bezüglich des Parkingbaus gemachten Abmachungen. Damit ist für uns leider ein weiteres Mal die Glaubwürdigkeit solcher Vereinbarungen in Frage gestellt.

Wir sind sehr enttäuscht über diesen Vorstoss, denn wenn es sich um eine ehrlich gemeinte Korrektur der Parkplatzsituation handeln würde und eine konkrete Verschiebung etwelcher bereits abgebauter Parkplätze ausserhalb des genannten bestimmten Radius beantragt würde, dann könnten wir uns damit einverstanden erklären. Dann wäre es sachlich fair und fundiert. Hier aber einfach unter einem anderen Titel und Deckmäntelchen erneut zusätzlichen Abbau von weiteren Parkplätzen zu fordern und sich damit nicht an die damaligen Abmachungen zu halten, finden wir sehr schade und eigentlich eine verpasste Chance. Aus diesem Grund lehnen wir diesen Anzug ab und bitten Sie ebenfalls um Nichtüberweisung.

*Beat K. Schaller (SVP):* Es ist richtig, dass Einrichtungen, welche von Privaten gebaut oder betrieben werden, nicht vom Staat konkurrenziert werden sollen. Auch ich habe mich persönlich entsprechend geäussert und ich werde das auch weiterhin so tun. Aber schauen wir genauer hin, was dieser Anzug eigentlich bezweckt. Es wurde schon gesagt, die Baubewilligung für das Parking wurde erteilt mit der Auflage, im Umkreis von 500 Metern 60% der Parkplätze auf Allmend aufzuheben. Es stellen sich zwei Fragen. Die eine ist, ob diese Auflage erfüllt ist oder ob sie in absehbarer Zeit erfüllt werden wird. Die andere Frage ist grundsätzlicher Natur, nämlich nach dem Umgang mit demokratisch gefassten Abmachungen.

Zur ersten Frage: Das Parking erhält 350 Parkplätze, mithin sind auf Allmend deren 210 aufzuheben. Aufgehoben wurden bereits 214, zur Aufhebung projektiert sind 15, und als mögliches Potenzial bezeichnet der Regierungsrat 75 Parkplätze. Wer noch nicht jeden Sinn für Basler Verkehrspolitik verloren hat, der weiss, dass mögliches Potenzial beim Parkplatz auf Abbau ein Euphemismus ist für "die werden ganz sicher abgebaut". Wo kämen wir auch hin, wenn der Regierungsrat das Potenzial für einen Parkplatzabbau nicht ausnutzen würden. Summa summarum sind das 304 Parkplätze, welche als Kompensation aufgehoben werden. Das sind 87%, vereinbart sind 60%. Diese Kompensation ist bei weitem übererfüllt. Und hier noch auf den genauen 500 Meter-Radius zu pochen ist schon etwas schwer verständlich.

Zur zweiten Frage: Juristisch beurteilen, welche Bedeutung bereits gefasste Beschlüsse haben, kann ich nicht. Ich verwende einfach meinen gesunden Menschenverstand. Die Anzugsteller schreiben ja selbst: "Zwar wurden die geforderten Parkplätze abgebaut". Das Wort "zwar" ist entlarvend. Sie geben damit zu, dass die Vereinbarung eingehalten worden ist und sie schreiben: "Unabhängig von der vereinbarten Kompensation erscheint es sinnvoll, eine Umnutzung innerhalb des Perimeters zu prüfen". Das ist ja der Casus knackus, obwohl die Vereinbarung eingehalten, ja sogar übererfüllt wurde, soll noch einer draufgesetzt werden. Bei einer Vereinbarung, einem Vertrag müssen sich beide Seiten darauf verlassen können, dass die andere Seite ihre Verpflichtung einhält. Für die Investoren des Parkings ist die Vereinbarung erfüllt. Diejenigen aber, die den Kompromiss angenommen und nach erfolgter Kompensation mit 40% verbleibenden Plätzen rechnen durften, sind nun gelackmeiert. Statt 40% verbleiben noch 13%. Die eine Seite einer Vereinbarung massiv benachteiligen und dann erst noch nachtreten, da spielen wir von der SVP nicht mit. Deshalb bitte ich Sie namens der SVP-Fraktion, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Balz Herter (die Mitte/EVP):* Und schon reden wir wieder über unser Lieblingsthema Parkplätze. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir im Jahr 2013 eine Abmachung getroffen haben, dass die Innenstadt verkehrsfrei wird, die Mittlere Brücke ebenfalls, dafür darf man dieses Parking bauen mit entsprechender Kompensation. Mein Vorredner hat das ausgeführt. Ich möchte ihm beipflichten. Es ist schon mehr als genug kompensiert worden, und wenn man nach hinzurechnet, dass 520 Parkplätze entlang der Traminien abgebaut hat, dann laufen wir früher oder später in ein Problem. Sie sprechen sich regelmässig gegen Quartierparkings aus, Sie machen Opposition, Mitglieder Ihrer Parteien machen Opposition gegen Quartierparkings. Das finde ich ein No go. Wir müssen dafür sorgen, dass wir unterirdischen Parkraum schaffen können, damit wir oberirdisch abbauen können. Da gehe ich mit Ihnen einig. Aber dafür muss zuerst etwas gebaut werden. Und da passiert gar nichts, weil es bei jedem Bauprojekt Kritik gibt. Es wird bis zum Bundesgericht gezogen und wird so über Jahre hinausgezögert und ausgebremst. Ich bin der Meinung, dass wir keine solchen Vorstösse unterstützen sollten, bis nicht endlich Konsens gefunden wird, damit wir endlich etwas unternehmen können. Wir brauchen Quartierparkings, damit wir oberirdisch abbauen können. Alles andere ist kein Zustand. Darum bitte ich Sie im Namen der Fraktion, diesen Vorstoss abzulehnen.

*Lisa Mathys (SP):* Es ist immer lustig, wenn man in eine ungewohnte Rolle schlüpfen kann oder muss. Es folgt ein kleiner Parkhauswerbespot meinerseits. Vielleicht können Sie auch das noch als Autohass umdeuten. Im Kunstmuseum wurde gerade ein riesiges Parkhaus realisiert und eröffnet. Unter aufwändiger Bauweise, mit einer cleveren Ein- und Ausfahrtslösung. In absoluter Nähe zur Innenstadt. 350 Abstellplätze stehen dort für Autos zur Verfügung, und es gibt auch die Möglichkeit der Dauermiete.

Ich kenne die Investitionskosten nicht, sie dürften recht hoch gewesen sein. Dieses Parkhaus bietet nun die Chance der von links bis rechts bis anhin als erwünscht deklarierten Verlagerung von Autos aus dem öffentlichen Raum in den privaten und erst noch unterirdischen Raum. Es ist nun einfach schwer nachvollziehbar, warum wir die Investorinnen das Parkhaus bauen lassen und damit die Möglichkeit der Verlagerung schaffen, diese Möglichkeit dann aber nicht nutzen. Das schreit zum Himmel.

Ich habe die Situation seit der Eröffnung des Parkings regelmässig beobachtet. Aufgrund dieser Beobachtung kann ich Nicole Strahm gerne folgende Zahlen liefern, die die Schalmeienklänge bestätigen. Am Sonntag 6. Februar, 13.30 Uhr, standen auf dem Parkplatz am St. Alban-Rheinweg zwischen Wettsteinbrücke und Mühlenberg 46 Autos von ausserhalb Basel-Stadt und 9 Autos aus Basel-Stadt. Gleichzeitig gab es im Kunstmuseumsparking 315 freie Plätze. Am Samstag 12. Februar, 14.25 Uhr, standen 72 Fahrzeuge von ausserhalb Basel-Stadt auf Allmendparkplätzen, 13 aus Basel-Stadt, gleichzeitig waren im Parking 282 Abstellplätze frei. Das kann doch nicht der Sinn der Sache sein.

Ich habe sogar darauf verzichtet zu zählen, wie viele der Basel-Stadt-Nummern mit Anwohnendenparkkarten dort standen, auch von den BS-Fahrzeuge wird es welche gegeben haben, die rein logisch in dieses Parkhaus gehören. Dafür wurde es gebaut. Und in Ihrer Logik, Balz Herter, lassen wir Parkhäuser bauen und lassen sie dann leerstehen? Dieser Parkplatz, um den es hier geht, ist direkter Konkurrent zum Kunstmuseumsparking, und dabei wäre es Allmendfläche, die allen gehört. Ich staune schon, dass Sie nicht auch an die Interessen der Investorin denken. Sie wissen so gut wie wir alle, dass der Aufhebung angerechneten Parkplätze zum Teil auf der anderen Seite des Rheins nicht im Einzugsgebiet des Parkings liegen und deshalb ist es nur logisch, dass diese 100 Parkplätze zwischen Wettsteinbrücke und Mühlenberg nun aufgehoben werden sollen.

Wir werden den Anzug überweisen.

### Zwischenfrage

*Nicole Strahm-Lavanchy (LDP):* Wer hat bestimmt, dass das Parkhaus 100% gefüllt sein muss und 100% dafür abgebaut wird auf offener Allmend?

*Lisa Mathys (SP):* Von 100% spricht niemand. Die 100 Parkplätze am Rhein sind direkte Konkurrenz und von 100% gefüllt sind wir sehr weit entfernt.

*Tobias Christ (GLP):* Ich bin froh, dass Lisa Mathys diese Daten zusammengetragen hat. Als ich den Anzug formuliert und besprochen habe, hatten wir diese klaren Zahlen noch nicht, aber unser Gefühl hat sich bestätigt, dass es tatsächlich so zu laufen scheint, wie wir damals schon meinten, nämlich dass das Kunstmuseumsparking sehr schlecht ausgelastet ist. Natürlich müssen wir ihm mehr Zeit geben, ich hoffe, dass es besser werden wird, auch für den Investoren, aber im Moment sieht es nicht so rosig aus.

Ich will gerne an mein Votum von heute Morgen zu Tempo 30 anschliessen, in dem ich versucht habe zu erklären, inwiefern das eine autofreundliche Haltung ist. Ähnlich ist es hier, ich will versuchen zu erklären, warum das nicht autofeindliche Politik ist, die wir hier betreiben, sondern autofreundliche Politik. Ich weiss, es mag kontraintuitiv klingen, ich weiss auch, dass das nicht bei allen richtig ankommt. Ich lasse mich aber nicht entmutigen und versuche das weiter zu erklären.

Es fängt mit einem Missverständnis an, dass in gewissen Voten zum Vorschein gekommen ist. Warum machen wir diese Kompensation, warum ist das in der Parkplatzpolitik so verankert? Es geht nicht um einen politischen Kuhhandel, indem man sagt, dass die einen gegen Quartierparkings sind und dann dafür sind, wenn es eine entsprechende Kompensation gibt. Das ist nicht der Punkt. Die Idee dieser Kompensation ist, dass die Quartierparkings rentabel sein können. Man muss einen Business case machen. Ich als Investor muss rechnen können und es muss sich langfristig lohnen. Im Moment ist es sehr zweifelhaft, ob wir das erreicht haben. Es gibt noch andere Gründe, warum es mit den Quartierparkings schleppend vorangeht, aber der Hauptgrund ist, dass es nicht so einfach ist, so einen Business case zu machen. Auch das klingt kontraintuitiv, aber ich gebe Balz Herter absolut recht, komme aber zum gegenteiligen Ergebnis. Deshalb ist es eine gute Idee, diesen Anzug zu überweisen. Wir wollen dafür sorgen, dass es in Zukunft einfacher wird, Quartierparkings zu bauen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass die rentabel sind.

Das ist beim Kunstmuseumsparking nicht der Fall. Bei zukünftigen Projekten werden die Investoren sehr genau hinschauen, was läuft und ob es sich lohnt. Man kann sagen, jetzt, wo es gebaut ist, haben wir konkret die Möglichkeit, den Raum am Rhein besser zu verwenden. In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Anzug zu überweisen.

### Zwischenfragen

*Luca Urgese (FDP):* Sie haben viel von Kompensation gesprochen. Die Kompensation für das Parking, die vor zehn Jahren vereinbart wurde, war die Sperrung der Mittleren Brücke, die Sperrung der Rheingasse, die Verkehrsregelung um den Bankverein. Sind Sie bereit, die Mittlere Brücke oder die Rheingasse wieder aufzumachen, wenn wir die Spielregeln nun ändern?

*Tobias Christ (GLP):* Der Zweck der Kompensation ist, dass ein Parking rentabel sein kann, und es ist kein politischer Kuhhandel.

*Beatrice Isler (die Mitte/EVP):* Sie sprechen von rentabel. Das Parking ist erst seit vier Wochen geöffnet. Ab wann muss es rentieren?

*Tobias Christ (GLP):* Ich kenne den Business case in diesem Fall nicht, ich habe nicht mit den Investoren gesprochen. Aber ich gehe davon aus, dass der Start nicht so gut ist. Aber ich hoffe sehr, dass es anders kommt.

*Beat K. Schaller (SVP):* Sind Sie einverstanden, dass die bei der Baubewilligung vereinbarte Kompensation erfüllt worden ist?

*Tobias Christ (GLP):* Dazu äussere ich mich nicht, der Anzug geht nicht um diese Frage.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

50 JA

41 NEIN

2 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 21.5834 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

## 12. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Veloführung Birköpfli - Lehenmatt

[16.02.22 15:48:30, BVD, 21.5832.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 21.5832 entgegenzunehmen.

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Immer mehr Menschen wählen das Velo, vor allem in Basel. Es ist ein ökologisches und wirtschaftliches Transportmittel, mit dem auch Zeit gewonnen werden kann. Velofahrer bilden einen Teil des Strassenverkehrs und müssen wie alle anderen Strassenbenützer die Verkehrsregeln respektieren. Eine korrekte und sichere Fahrweise gilt auch für Velofahrer, auch wenn keine Fahrprüfung abgelegt werden muss. Kinder und weniger geübte Velofahrende gehören selbstverständlich nicht auf die Strasse, und gerne erinnere ich Sie bei dieser Gelegenheit daran, dass Kinder bis 12 Jahre auf dem Trottoir fahren dürfen, wenn keine Veloweg oder Radstreifen vorhanden ist.

Die Zürcherstrasse ist keine schnell befahrene Strasse, sondern eine mit vielen Fussgängerstreifen, Lichtsignalen und insbesondere für den motorisierten Verkehr lange mit Rotlichtphasen befahrene maximale 50 Km/h-Strasse. Ja, auch flächendeckend Tempo 30 würde daran nichts ändern. Die Überquerung vom St. Alban-Rheinweg oder Birköpfli ins Lehenmattquartier erfolgt nota bene auf Fahrradspuren und mit zusätzlichen Fahrradampeln. Die Überquerung dauert keine fünf Minuten. Das Gebiet rund um das Birköpfli ist unter anderem eine beliebte Flaniermeile für Hundehalter und ihre Vierbeiner sowie eine attraktive Joggingstrecke. Dies soll auch künftig so bleiben.

Die Forderung der Anzugstellenden lautet: Würde das Birkopfweglein verbreitert, könnten die Velofahrenden ohne Behinderung der Zufussgehenden zirkulieren. Das heisst nichts anderes, als dass die Fussgänger eine Behinderung für die Velofahrer sind, und nicht umgekehrt. Weiter wird unmissverständlich geschrieben, dass auch mit einer gut gestalteten Veloquerung zwischen Birkopfweglein und Nasenweg zudem auch der rechtswidrige Veloverkehr auf dem Trottoir der Birkstrasse in Richtung St. Jakob wirksam reduziert würde. Diese Aussage impliziert ganz klar, dass auch mit einem Umbau die unbefriedigende Situation am Birköpfli nicht gelöst wäre, sondern lediglich reduziert würde.

Dies von einem Polizisten zu hören - ich hoffe sehr, Sie gehören nicht der Verkehrspolizei an - stimmt mich doch sehr nachdenklich. Eher würde ich einen Anzug zur vermehrten Kontrolle erwarten, um diesem rücksichtslosen und grossen Gefahrenpotenzial, das die Velofahrer für die Zufussgehenden darstellen, ein Ende zu setzen. Ein weiteres Gefahrenpotenzial wäre nämlich, wie von den Anzugstellenden gefordert, die Velofahrenden neben dem Fussgängerstreifen die Fahrbahn überqueren zu lassen, um in den Nasenweg einzubiegen. Vor dem besagten

Fussgängerstreifen der doch sehr befahrenen Birsstrasse befindet sich nämlich die Bushaltestelle der Linie 36. Das würde bedeuten, dass die Überquerung für die Velofahrenden hinter dem Fussgängerstreifen erfolgen müsste und das Risiko dadurch sowohl für die Fussgänger auf dem Trottoir als auch für den motorisierten Verkehr deutlich grösser wäre, die mit 40 km/h heranbrausenden E-Biker oder sonstige Velorowdys frühzeitig zu erkennen.

Der Nasenweg ist zudem eine relativ schmale Quartierstrasse mit noch ein paar wenigen Parkplätzen. Ich bin sicher, dass diese Parkflächen innert kurzer Zeit ebenso schnell verschwinden würden, damit die Sicherheit der Velofahrenden gewährleistet wäre, wie die Badesaison im Joggeli zu Ende wäre. Denn unter dem Vorwand für eine schnelle und attraktive Veloroute zu den Sportplätzen oder zum St. Jakobs Gartenbad soll dieser Anzug überwiesen und ein weiterer Parkplatzabbau geplant werden.

Im Wissen, dass das Velo in Basel als heiliger Drahtesel bezeichnet werden muss, für dessen Ideologie weder ich noch die SVP-Fraktion steht, bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Anina Ineichen (GAB):* Die Strecke ist für ungeübte Personen und Kinder tatsächlich nicht ideal. Da es aber ein Weg zur Badi, zu den Sportanlagen und zu einem Naherholungsgebiet ist, ist es zentral, dass Kinder sicher und gut dorthin gelangen. Die vorgeschlagene Alternative scheint eine Möglichkeit zu sein, ich bin zuversichtlich, dass eine gute Lösung gefunden wird. Es ist eine Prüfung des Vorschlags wert.

Das Trottoir, das Gianna Hablützel angesprochen hat, das nun von bis zu 12-Jährigen genutzt werden kann, ist ja auch schmal, und es ist auch dort konfliktbehaftet. Deshalb ist es gut, wenn es ein expliziter Veloweg ist und eine explizite Lösung gesucht wird.

Das GAB bittet Sie darum, den Anzug zu überweisen.

*Christoph Hochuli (die Mitte/EVP):* Eine sichere Veloverbindung zwischen dem Birsköppli und dem Lehenmattquartier ist ein echtes Bedürfnis vieler Anwohnenden der Breite und der Lehenmatt. Der neutrale Quartierverein Breite-Lehenmatt versuchte 2018 mit dem Amt für Mobilität eine Lösung zu finden. Weil dieser Versuch scheiterte, reichte ich letzten Dezember diesen Anzug ein.

Wenn Sie mit dem Velo vom St. Alban-Rheinweg oder vom Birsköppli ins Lehenmattquartier oder weiter Richtung St. Jakob fahren wollen, müssen Sie heute die stark und schnell befahrene Zürcherstrasse überqueren. Für weniger geübte Velofahrende und Kinder ist dies mit Gefahren verbunden und daher unattraktiv. Genauso unattraktiv ist die Veloführung in umgekehrter Richtung, wo Sie von der Birsstrasse her über die grosse Zürcherstrassekreuzung in die Birsfelderstrasse fahren.

Mit diesem Anzug möchte ich mit den Mitunterzeichnenden die Regierung bitten, zu prüfen und zu berichten, ob das Birskopfweglein zwischen dem Birsköppli und der Birsstrasse bis zur Einmündung Nasenweg velogängig gestaltet werden kann.

Das Birskopfweglein führt vom Birsköppli unter der Brücke der Zürcherstrasse durch bis zur Birsstrasse. Bei der Einmündung Birsstrasse könnten die Velofahrenden durch den Nasenweg zur Lehenmattstrasse gelangen. Auf der Folie sieht man das Birskopfweglein, vom Birsköppli der Birs entlang bis zur Birsstrasse, unten der Nasenweg, auf dem die Velofahrenden weiterfahren können zur Lehenmattstrasse. Würde nun das Birskopfweglein gemäss meinem Anzug verbreitert, könnten die Velofahrenden ohne Behinderung der Zufussgehenden zirkulieren. Es gibt genügend Platz, um eine Verbreiterung des Weges auszuführen. Das Badweglein neben dem Gartenbad Bachgraben ist ein gutes Beispiel dafür, wo die Koexistenz von Velo- und Fussverkehr sehr gut funktioniert.

Die Verbindung zwischen dem Birskopfweglein und dem Nasenweg könnte mit einem Radweg gelöst werden, welcher in der Birsstrasse parallel zum Trottoir geführt würde. Bei der Verzweigung Birsstrasse-Nasenweg würden die Velofahrenden neben dem Fussgängerstreifen die Fahrbahn zum Nasenweg überqueren. Dann fahren sie weiter durch den Nasenweg in die Lehenmattstrasse und auf dem dort vorhandenen Radstreifen in Richtung St. Jakob.

Zum Kritikpunkt des Fahrens auf dem Trottoir der Birsstrasse: Ich bin absolut überzeugt, dass diese neue Veloverbindung das Befahren des Trottoirs in der Birsstrasse sehr effektiv bekämpfen wird. Der Regierungsrat ist bereit, diesen Anzug entgegenzunehmen, und in diesem Sinne bitte ich Sie, den Anzug an den Regierungsrat zu überweisen.

### Zwischenfrage

*Felix Wehrli (SVP):* Ist auf dieser Strecke irgendwo ein Unfallschwerpunkt und können Sie mir garantieren, dass auf den Trottoirs die Fussgänger nicht gefährdet sind?

*Christoph Hochuli (die Mitte/EVP):* Ich habe keine Kenntnis von einem entsprechenden Unfallschwerpunkt, aber ich bin überzeugt, dass durch diese neue Veloverbindung keine Velofahrer mehr in der Birsstrasse auf dem Trottoir fahren werden. Deshalb gibt es für alle Verkehrsteilnehmenden mehr Sicherheit.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

80 JA  
10 NEIN  
2 ENT

**Der Grosse Rat beschliesst**

auf den Anzug 21.5832 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**13. Anzug Andrea Strahm und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Überwachung der Gebühren gemäss NörV**

[16.02.22 15:58:57, BVD, 21.5839.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 21.5839 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Anzug 21.5839 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**14. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug der Gesundheits-, und Sozialkommission betreffend Schaffung von Sozialen Anstellungen innerhalb der kantonalen Verwaltung und kantonsnahen Betrieben bei erfolgreicher Integration**

[16.02.22 15:59:15, FD, 20.5268.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5268 abzuschreiben.

*Oliver Bolliger, Präsident GSK:* beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Das Grünalternative Bündnis möchte diesen Anzug dringend stehen lassen und bittet Sie, sich Ihren Entscheid noch einmal kurz zu überdenken. Wenn wir heute den Anzug stehen lassen, bieten wir der Regierung auf ein bestehendes reales Problem zu reagieren und dem Parlament noch einmal zu berichten.

Dieser Anzug entstand nach einer intensiven, kritischen und kontroversen Diskussion innerhalb der GSK im Sommer 2020 zum Ratschlag für die Förderung von i-Jobs in der kantonalen Verwaltung. Vom linken bis zum rechten Spektrum der Parteien in der Kommission bestand das Anliegen, dass Menschen, die über mehrere Jahre regelmässig ihre Arbeit verrichten, in die Lage kommen müssen, um sie von der Sozialhilfe abzulösen. Der GSK war es bewusst, dass dies nicht so einfach sein wird und auch Widersprüche bestehen. Der Anzug wünschte sich deshalb vom Regierungsrat, dass dieser Strategien entwickelt, wie dieses Anliegen integriert werden könnte, um Menschen nicht unnötigerweise über eine lange Zeit in der Sozialhilfe zu halten und den betroffenen Menschen durch eine mögliche Ablösung eine andere Ausgangslage zu ermöglichen.

Mir ist es wichtig zu betonen, dass es nicht um einen Ausbau von sozialen Anstellungen gibt, sondern um eine andere Herangehensweise von Seiten der Verwaltung mit Menschen, die seit Jahren von der Sozialhilfe leben und warten müssen, bis sie das Pensionsalter erreichen, aber gleichzeitig Woche und Woche ihre Arbeit, unter anderem auch für die Stadt, verrichten.

In der Antwort der Regierung wird deutlich aufgezeigt, was die Vorteile der i-Job-Anstellungen sind. Es verdient unsere Anerkennung, dass im Gegensatz zu anderen Arbeits- bzw. Sozial- und Integrationsmassnahmen die finanziellen Rahmenbedingungen für die einzelnen Personen in Basel-Stadt besser sind als anderswo. Es bleibt aber die Tatsache, dass die Menschen mit einer i-Job-Anstellung zwar einen Arbeitsvertrag haben, der Verdienst aus der Arbeit sich aber deutlich vom Lohn der tiefsten kantonalen Lohnklasse unterscheidet und dieser Lohn selbst in einer 100%-Anstellung nicht existenzsichernd wäre. Je nach Pensum der Anstellung nach einem Lohn des kantonalen Lohngesetzes ist eine Ablösung von der Sozialhilfe nicht möglich. Wahrscheinlich betrifft dies einige.

Auch wenn keine Ablösung möglich wäre, wären die Sozialhilfekosten für den einzelnen betroffenen Menschen aufgrund der höheren Lohnneinnahmen einer ordentlichen LohnEinstufung deutlich tiefer. Dies ist eben doch sehr bedeutsam. Neben der sozialpsychologischen Seite gibt es einen ganz relevanten und entscheidenden finanziellen Grund. Falls diese Person doch noch zu einer Teil-IV-Rente kommen würde, wäre dies für den oder die Renteneempfänger:in bei der Verrechnung zwischen den Sozialversicherern von grossem Vorteil. Dies wird oft vergessen, obwohl wir mit dem erfüllten Vorstoss von Luca Urgese genau diese Verrechnung mit der IV optimieren wollen. Doch dem Argument der Regierung, dass die Sozialhilfe unter dem Gebot der Gleichbehandlung keine Ungleichbehandlung erzeugen darf, muss ich leider entgegenen, dass die Sozialhilfe täglich Menschen ungleich behandelt. Beispielsweise haben vorläufig aufgenommene Asylsuchende

tieferen Lebensunterhaltansätze und das Angebot der i-Job-Anstellung selbst führt zu einer Besserstellung gegenüber anderen Sozialhilfebeziehenden.

Leider hat die Regierung in ihrer Antwort sich sehr auf die i-Job-Anstellungen und die Unmöglichkeit einer Ablösung von der Sozialhilfe fokussiert, sodass die anderen, nachfolgenden Fragen der Kommission gar nicht beantwortet wurden. Diese waren aber für die GSK in der damals geführten Diskussion genauso zentral und somit besteht ein weiterer Grund, den Anzug noch einmal stehen zu lassen. Anstatt dass die Sozialhilfe bei i-Job-Anstellungen zum Tragen kommt, könnte bei einer ordentlichenlohneinstufung ergänzend via Ergänzungsleistungen unterstützt werden. Dies wäre eine Strategie, die zumindest geprüft werden könnte. Der Widerspruch, dass Menschen in unserer Stadt weder noch arbeitsmarktfähig noch IV-berechtigt sind, und dies obwohl körperliche, psychische oder geistige Beeinträchtigungen vorliegen, ist ein Konstrukt, das auch anders angegangen werden kann. Die Sozialhilfe finden wir überhaupt nicht zwingend als die beste Lösung.

Wir brauchen in Zukunft mehr Mut, die bestehenden Systeme zu hinterfragen und die Bekämpfung der Armut und die Unterstützung der Betroffenen ganzheitlicher zu denken und anzugehen. Das GAB wünscht sich eine nochmalige intensive Auseinandersetzung mit den diversen Fragestellungen des Anzugs und findet zudem, dass hinsichtlich der Einbettung der i-Job-Anstellungen noch nicht alles geprüft ist und der Fokus nicht nur auf eine mögliche Ablösung gelegt werden soll. Deshalb sind wir der Meinung, dass der Zeitpunkt für eine Abschreibung des Anzugs noch nicht gekommen ist. Wir müssen davon ausgehen, dass vermehrt Menschen Sozialhilfe in Anspruch nehmen und die Auseinandersetzungen zwischen Sozialversicherern ebenfalls zunehmen. Deshalb sind wir vom GAB überzeugt, dass dieser Anzug aktuell noch nützlich ist. Damit die Regierung die noch offenen Fragen beantwortet und dem Parlament noch einmal berichten kann, bitten wir Sie, den Anzug stehen zu lassen.

*Jessica Brandenburger (SP):* Auch die SP möchte diesen Anzug stehen lassen. Die Vorteile der i-Job-Anstellungen werden im Bericht klar aufgezeigt. Was uns aber fehlt ist die Beantwortung der anderen Frage. Es macht deshalb Sinn, denn Anzug stehen zu lassen, um auch diese Fragen abschliessend zu klären. Ich bin der Meinung, dass hinsichtlich der Einbettung der i-Job-Anstellungen noch nicht alles geprüft worden ist. Ja, es braucht manchmal etwas Mut, bestehende Systeme zu hinterfragen. Die Menschen, die sich in diesem System bewegen, haben es aber allemal verdient, dass wir mutig sind. Meinen bürgerlichen Ratskolleginnen und -kollegen, die ein Minus in der Kreuztabelle eingetragen haben, möchte ich deshalb sagen, dass sie nichts verlieren, wenn sie diesen Anzug stehen lassen. Die betroffenen Menschen können aber noch einiges gewinnen, und wir würden uns freuen, wenn sie ihre Meinung noch einmal überdenken würden.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Ich möchte Ihnen nur noch etwas mitgeben. Auch wenn Sie diesen Anzug abschreiben, heisst es nicht, dass wir dieses Thema nicht näher prüfen können. Es geht um Sozialhilfe und um Programme, die im WSU angesiedelt sind. Weil aber zwei Departemente zuständig sind, spreche ich zu Ihnen. Es wäre auch gut möglich, dass wir dieses Thema in der GSK näher anschauen. Das ist jederzeit möglich. Wir beantragen nicht Abschreiben, weil wir eine Beschäftigung mit dem Thema als unnötig erachten.

Wir haben das Gefühl, dass wir bereits aufgezeigt haben, was möglich ist und warum es nicht anders geht. Aber selbstverständlich können wir das Thema aufnehmen und von einer anderen Perspektive beleuchten. Das ist mir wichtig zu sagen.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

### **Ergebnis der Abstimmung**

46 JA

46 NEIN

1 ENT

### **Der Grosse Rat beschliesst**

mit Stichentscheid der Präsidentin den Anzug 20.5268 **stehen zu lassen**.

## **15. Schreiben des Regierungsrates zur Motion Beatrice Messerli und Konsorten betreffend Verbot einer diskriminierenden Geschäftspraxis durch die Basler Kantonalbank und ihre Tochterfirma Bank Cler**

[16.02.22 16:08:26, FD, 21.5423.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.



*Beatrice Messerli (GAB):* beantragt Überweisung als Motion

Die Kreuztabelle ist ziemlich eindeutig. Trotzdem möchte ich versuchen, den Sachverhalt aus Sicht der Betroffenen und des GAB aufzuzeigen, und zu erläutern, warum es wichtig ist, die Motion auch als Motion zu überweisen.

Der Regierungsrat vertritt in seiner Antwort die Ansicht, dass die Motion nur teilweise rechtlich zulässig sei, weil die Regierung aufgefordert würde, sich in die operative Autonomie der BKB und der Bank Cler einzugreifen. Diese Ansicht scheint juristisch durchaus umstritten zu sein, denn es geht in dieser Motion um die strategische Ausrichtung der BKB und der Bank Cler und nicht um den Eingriff in die operative Autonomie der Bank.

Gemäss BKB-Gesetz soll die Basler Kantonalbank in erster Linie in der Region Basel tätig sein und Geschäfte in der übrigen Schweiz und im Ausland dürfen nur getätigt werden, wenn dadurch die Geld- und Kreditbedürfnisse im Kanton nicht beeinträchtigt wären. Der Vorrang des Inlandgeschäfts ist also im BKB-Gesetz ausdrücklich festgeschrieben, und das gilt auch für ihre Tochterfirma Bank Cler. Es geht also um die Einhaltung dieser im BKB-Gesetz festgeschriebenen strategischen Vorgabe.

Für die Festlegung dieser strategischen Ausrichtung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften ist der Regierungsrat zuständig. Es ist daher durchaus Sache des Grossen Rates, von der Regierung zu verlangen, dass sie dieser gesetzlichen Verpflichtung nachkommt. Die Motion fällt daher in den Zuständigkeitsbereich des Grossen Rates und ist zulässig. Die Entscheidung der BKB und der Bank Cler, sich an bekanntermassen völkerrechtswidrigen Sanktionsbestimmungen zu halten, ist keine operative Entscheidung, sondern eine strategische. Sie bestimmt die grundsätzliche Ausrichtung der Geschäftstätigkeit und sie diskriminiert eine bestimmte Gruppe von Bankkundinnen und Bankkunden in einem Bereich, in welchem die beiden Banken gemäss Gesetz verpflichtet sind, niemanden zu diskriminieren. Wenn der Bankrat nicht bereit oder nicht in der Lage ist, von sich aus für eine gesetzeskonforme Geschäftsabwicklung zu sorgen, ist es durchaus Teil der Aufsichtsfunktion des Regierungsrat, durch entsprechende Vorgaben für die Einhaltung des Gesetzes besorgt zu sein. Dies umso dringender, als es die von der Bank für ihre diskriminierende Geschäftstätigkeit behaupteten Sanktionsbestimmungen gar nicht gibt. Der innerschweizerische Zahlungsverkehr in Schweizer Franken ist in keiner Weise Gegenstand irgendeiner US-Sanktionsnorm. Zwar macht die US-Gesetzgebung im Zusammenhang mit ihrem Sanktionsregime keine Unterscheidung zwischen In- und Auslandszahlungen, sie unterscheidet aber zwischen Transaktionen in US-Dollar und solchen in anderen Währungen. Die Sanktionsbestimmungen betreffen nur Transaktionen, an denen US-amerikanische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger beteiligt sind. Beides ist bei den in Frage stehenden Inlandzahlungen in Schweizer Franken nicht der Fall.

Das von den beiden Banken und auch vom Regierungsrat behauptete Recht und Reputationsrisiko besteht also nicht. Mit ihrem Verhalten verstossen die beiden Banken willentlich gegen die strategischen Vorgaben des BKB-Gesetzes. Sie gewichten ihre Auslandsgeschäfte höher als die Banktätigkeit im eigenen Kanton oder im eigenen Land. Sie diskriminieren Kundinnen und Kunden im Kanton Basel-Stadt, die Zahlungen im Inland tätigen wollen. Zahlungen von einem Schweizer Konto auf ein Schweizer Konto in Schweizer Franken nicht zu tätigen, ist nicht hinnehmbar. Trotzdem unternimmt der Bankrat der Basler Kantonalbank nichts, um diese diskriminierende Geschäftspraxis zu stoppen. Auch der Regierungsrat weigert sich, gegen diese gesetzeswidrige Strategie der beiden Banken vorzugehen.

Andere Banken, die ebenfalls international tätig sind, haben keine Probleme damit, Überweisungen zu tätigen. Auch wenn im Namen einer Institution der Name Kuba vorkommt. Deshalb muss der Grosse Rat aktiv werden und den Regierungsrat zum Eingreifen auffordern, indem er dem Bankrat präzisere Vorgaben für eine gesetzeskonforme Geschäftsstrategie macht, allenfalls auch auf dem Weg der Gesetzgebung. Es kann nicht sein, dass Zahlungen über ein BKB-Konto nicht gemacht werden, nur weil beim Empfänger oder Absender Kuba steht.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, die Motion zu überweisen.

### Zwischenfrage

*Mark Eichner (FDP):* Woher nehmen Sie die Erfahrung, einschätzen zu können, was ein Rechts- oder Reputationsrisiko für die BKB oder die Bank Cler ist, wenn deren eigene Rechtsabteilung und der Regierungsrat das anders einschätzen?

*Beatrice Messerli (GAB):* Ich habe es vorgängig gesagt, diese Ansichten sind juristisch umstritten. Ich habe von Juristen andere Informationen erhalten und denen glaube ich.

*Michela Seggiani (SP):* Überweisung als Anzug an die Finanzkommission.

Die SP Basel-Stadt verurteilt die diskriminierende Geschäftspraxis von Banken. Es darf nicht sein, dass eine Geldüberweisung von einem Schweizer Konto aus an die Hilfsorganisation mediCuba-Suisse gestoppt wird, weil das Risiko scheinbar zu hoch ist. Dass wir den Vorstoss aber nicht als Motion sondern als Anzug überweisen möchten, heisst nicht, dass wir Anliegen von sozialen Organisationen und Einzelpersonen tiefer gewichten als Geschäfte von Grossbanken, wie wir im Vorfeld dieser Diskussion gefragt wurden. Im Gegenteil, es ist uns wichtig, hier Lösungen zu finden, die über Symbolpolitik hinausgehen. Wir sind nicht der Sache gegenüber kritisch, sondern der Verfahrensweise.

Die USA beanspruchen für ihre Sanktionsmassnahmen eine weltweite Geltung und üben diese auch rigoros aus. Das ist unabhängig davon, ob eine Zahlung in der Schweiz ins In- oder Ausland getätigt wird. Wenn eine Verletzung der Vorschriften vorliegt oder vorliegen könnte, muss mit Sanktionsmassnahmen gerechnet werden. Die Banken müssen sicherstellen, dass die Bankenverordnung nicht verletzt wird. Es ist absurd, dass Zahlungsaufträge von schweizerischen Kontoinhabenden zugunsten der Vereinigung Schweiz-Kuba oder an mediCuba-Suisse nicht ausgeführt werden können und dass diese Bankgeschäfte offensichtlich aus US-Sicht unzulässig sind und deshalb für das Schweizer Bankwesen ein

Risiko darstellen sollen. Das muss sich ändern.

Ich plädiere dafür, dass sich der Bankrat der BKB und der Verwaltungsrat der Bank Cler darum kümmert, indem er den Interpretationsspielraum auslotet und das operationelle Risiko herabstuft, transparent gegenüber der FINMA oder noch besser gleich gemeinsam mit ihr. Wenn es stimmt, dass solche Zahlungen bei anderen Schweizer Banken reibungslos getätigt werden können, muss von der BKB und der Bank Cler aus klar gehandelt werden. Das weiss ich aber noch nicht. Die Fraktion der SP unterstützt den Vorstoss von Beatrice Messerli, obwohl wir in Bezug auf die operative Autonomie der beiden Banken die Einflussnahme des Regierungsrats als rechtlich unzulässig anerkennen. Wir sehen es aber als Aufgabe der Politik, Mittel zu finden, solche Missstände aufzuheben. Deshalb möchten wir dieses Thema entsprechend weiterziehen, nicht auf Ebene Regierung, sondern Ebene Oberaufsicht. Deshalb beantragen wir, den Vorstoss nicht als Motion, sondern als Anzug an die Finanzkommission zu überweisen, denn dafür sind die Oberaufsichtskommissionen des Grossen Rates da, dass wir auch nachfragen und prüfen können, wenn ein Thema oder ein Geschäft Fragen aufwirft. Sie sehen, wir nehmen das Thema sehr ernst, und wir arbeiten daran, eine Lösung zu finden.

*Lorenz Amiet (SVP):* Es gibt Motionen von grosser Tragweite, denen sieht man die Tragweite an, es gibt solche von kleiner Bedeutung, die auch nicht sehr bedeutungsvoll daherkommen. Dann gibt es solche, die dramatisch aussehen, die es aber, wenn man am Lack kratzt, nicht sind, und dann gibt es Motionen, die sehen harmlos aus, geradezu sympathisch, sind aber von grösster Tragweite und brandgefährlich. Diese Motion gehört zu dieser letzten Kategorie.

Sie wollen etwas Sympathisches. Wer mag es schon, wenn die Amerikaner uns Basler vorschreiben, was wir zu tun oder zu lassen haben. Gerade wir von der SVP sind überhaupt nicht begeistert davon. Deshalb genoss die Motion in unserer Fraktion durchaus auch Sympathien. Diese Motion hat aber das Potenzial, der BKB ihre Daseinsberechtigung zu entziehen. Der amerikanische Staat hat die Möglichkeit, einer Bank die Teilnahme am Zahlungsverkehr in US-Dollar zu erschweren oder zu verunmöglichen. Die Auslöser für eine solche Massnahme sind bekannt. Das Geschäften mit roten Tüchern gehören dazu. Man muss die Zahlung an den in der Motion genannten Verein leider zu solchen roten Tüchern für die Amerikaner zählen. Selbst wenn es nicht zum Äussersten käme, kann die Bank auf lange Zeit von den US-Behörden gepiesackt werden und dabei viel Geld und Reputation riskieren. Wenn die BKB aber im Zahlungsverkehr in US-Dollar eingeschränkt wird, dann ist sie für das Gros der KMU-Kunden keine mögliche Bank mehr. Die KMU-Kunden werden zu anderen Banken abwandern, Grosskunden besonders. Damit gibt die BKB eine ihrer Hauptzwecke gemäss Bankengesetz auf. Sie ist in ihrer Existenz gefährdet.

Im Bankengesetz steht: "Sie ist nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen." In Schönheit zu sterben ist definitiv kein kaufmännischer Grundsatz. Deshalb empfehlen wir Ihnen mit Nachdruck, diesen Vorstoss, egal ob als Motion oder als Anzug, nicht zu überweisen.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Der Regierungsrat möchte Ihnen auch nahelegen, diese Motion weder als Motion noch als Anzug zu überweisen. Lorenz Amiet hat es sehr klar gesagt. Es klingt gut und wir sind alle einer Meinung, dass wir es nicht sinnvoll finden, wenn uns ein anderer Staat vorschreiben kann, was wir tun können und was nicht. Die BKB ist nicht die einzige Bank, die solche Geschäfte nicht tätigt. Es gibt auch andere, die das nicht tun. Die BKB hat aber eine Vergangenheit, die noch nicht so lange her ist. Sie konnte sich erst vor Kurzem wieder davon lösen und konnte auch die Strafe mit der USA lösen. Daher steht sie unter einer speziellen Beobachtung und möchte nicht noch zusätzlich ins Scheinwerferlicht gelangen. Das ist verständlich.

Ich bin schon der Meinung, dass das ein operatives Geschäft und nicht eine reine Strategie. Natürlich besprechen wir mit ihnen die Strategie, aber einzelne Geschäfte müssen wir ihnen überlassen. Auch wenn ich manchmal persönlich eine andere Meinung habe, aber wenn ich anfangs der BKB zu sagen, was sie genau machen soll, dann treten Haftungsfragen auf. Dann haften ich und der Regierungsrat. Wenn wir das konkret so machen, dann haften wir auch. Dann müssten wir also auch das Gesetz ändern, und dann haften wir auch im Kanton. Wir können nicht einfach einzelne Geschäfte so beeinflussen. Es gibt sicher ein paar Dinge, die ich auch anders machen würde, aber ich greife nicht ein. Glauben Sie mir, wir haben solche Diskussionen anlässlich der Corona-Hilfsmassnahmen geführt. Wir haben gesehen, wer eine Bürgschaft bekommt und wer nicht. Zuerst hat die Bank gesagt, wem sie geben will und wem nicht. Da habe ich nicht eingegriffen, da gibt es eine Grenze.

Dass wir das Thema mit ihnen besprechen, dass man das sicher wieder überprüfen kann, wenn etwas Wasser den Rhein hinuntergeflossen ist, dagegen sperrt sich auch die Bank nicht. Aber sie muss dieses Risiko selbst abschätzen, das muss die Bank zusammen mit dem Bankrat machen.

Sie dürfen das kritisieren und diskutieren, aber wir können nicht sagen, was die Bank operativ machen darf und was nicht. Daher bitte ich Sie, dieses Geschäft weder als Motion noch als Anzug zu überweisen.

### **Eventualabstimmung**

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

### **Ergebnis der Abstimmung**

78 JA

15 NEIN

1 ENT

**Der Grosse Rat beschliesst**

eventualiter, die Motion 21.5423 in einen Anzug umzuwandeln.

**Abstimmung**

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

45 JA

50 NEIN

1 ENT

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug nicht zu überweisen.

Der Anzug 21.5423 ist **erledigt**.

**16. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 166 Beat Leuthardt betreffend das Sankt-Florian-Prinzip der Pensionskasse BS — was kann die Basler Regierung gegen die Verdrängung Dutzender langjähriger Mietparteien im Kanton Zug unternehmen?**

[16.02.22 16:25:58, FD, 22.5014.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Beat Leuthardt (GAB):* Es gibt kleine Parallelen zur Folgedebatte. Auch hier geht es um ethisches Verhalten einer Einrichtung mit Lokalbezug, hier der Pensionskasse Basel-Stadt und in ihrem Schlepptau der Immobilien Basel-Stadt. Es geht um ein Ereignis in Menzingen. Es handelt es sich aber auch um Leute, die bei der Pensionskasse Basel-Stadt versichert sind, es geht um Angestellte der Justizvollzugsanstalt Bostadel. Der Reputationsschaden im Kanton Zug ist gross. Leute werden erschrecken bei dem Gedanken, dass sie mehrere hundert Franken mehr bezahlen werden müssen. Sie suchen sich panikartig neue Wohnungen. Das alles weil die Pensionskasse beschlossen hat, Küchen und Bäder nach bloss 44 Jahren zu sanieren. Die ethische Frage dahinter besteht darin, ob es nach dem Wohnschutzgesetz Basel-Stadt denkbar wäre, dass so etwas geschieht. Es ist natürlich hypothetisch, aber die Frage ist, ob es andere Massstäbe gibt, ob die Pensionskasse Basel-Stadt, wenn sie in Paris, Genf oder Zug investiert, andere geringere Massstäbe anlegen als sie dies in Basel tun müsste.

Hier erinnert man sich natürlich an die Ereignisse in der Mülhauserstrasse, als jede Menge auch ältere Personen, die ein Leben lang für den Kanton Basel-Stadt gearbeitet hatten, auf die Strasse gestellt wurden. Die Pensionskasse Basel-Stadt sagt hier, sie sei netter, sie stelle die Leute nicht auf die Strasse, aber mit Mietzinserhöhungen von Fr. 350 bis Fr. 500 und der Umkrepelung der Wohnungen greift sie auch sehr deftig ein. Unserer Meinung nach sagt das Basler Gesetz, dass solche Sanierungen Unfug wären, nice to have, um die Renditen zu maximieren. Die Pensionskasse Basel-Stadt nennt das optimieren. Der Streit um die Begrifflichkeiten zeigt, dass die Investoren eher an den Begrifflichkeiten schrauben als an ihrem Denken.

Ich bedanke mich, dass die Regierung eine Antwort gibt, bedaure aber, dass die Regierung das unkritisch darstellt. Vielleicht kann sie auch nicht anders. Für die ethische Ausrichtung der Pensionskasse Basel-Stadt habe ich aber dieses Verständnis nicht. Ich hoffe doch sehr, dass bei der Umsetzung des Wohnschutzgesetzes nicht das zum Standard wird und solche unnötigen Sanierungen geduldet werden. Die Pensionskasse sucht überall die optimale Rendite. Wenn die in Zug oder Genf noch etwas fetter ausfällt als in Basel, dann ist das ethisch unerwünscht. Wir wollen weder, dass das in Basel möglich ist, noch ausserhalb Basel. Wir bitten die Pensionskasse Basel-Stadt, sich ethisch zu verhalten. Von der Antwort des Regierungsrats bin ich teilweise befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5014 ist **erledigt**.

## 17. **Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jenny Schweizer und Konsorten betreffend ein Zeichen des Dankes des Kantons an die Basler Jugend während der Corona-Pandemie**

[16.02.22 16:31:12, ED, 21.5296.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

*Mahir Kabakci (SP):* beantragt Überweisung als Motion.

Die Jugend musste in den letzten Monaten auf vieles verzichten, da im Ausnahmezustand viele Sportvereine, Jugendtreffs, Bars, Clubs, Kulturveranstaltungen etc. ihren Betrieb einschränken oder komplett schliessen mussten. Es gingen viele wichtige Orte des sozialen Austauschs verloren, sei es ein Fussballmatch, das Ferienlager oder die Party. Statt ein einmaliges Erlebnis zu werden, bleibt vieles in den letzten Monaten ein Traum.

Der Alltag in der Coronapandemie hiess vor allem für die Jugendlichen eines: Verzicht. Diese Situation war für viele Jugendliche nicht leicht und trotzdem hielten und halten sich die meisten Jugendlichen an die Regeln. Sie haben die Pandemie bis heute mitertragen und mitgetragen und dafür ihre Abenteuer und Freiheiten auf unbestimmte Zeit pausiert. In diesem Punkt möchte ich Sie auf eine Studie der Universität Basel aufmerksam machen, in welcher folgendes geschrieben steht: "Gemäss einer Umfrage der Universität Basel Swiss Corona Stress Study, die während der zweiten Welle der Coronapandemie im Herbst 2020 durchgeführt wurde, leiden fast 30% der befragten Personen zwischen 14 und 24 Jahren an schweren depressiven Symptomen." Trotz diesen schwierigen Umständen für die Jugendlichen haben diese ihren Beitrag geleistet, und dies dürfen wir nicht vergessen.

Die Jugendlichen haben während der Coronakrise auch eine riesige Solidarität gezeigt, indem sie für die vulnerablen Nachbarn, Bekannten oder für fremde Personen den Einkauf getätigt oder kleinere Alltagsarbeiten übernommen haben, um sie schützen zu können. Wir haben als Gesellschaft aufgezeigt, dass wir falls nötig zusammenhalten und uns gegenseitig unterstützen können. Ich bin heute noch von dieser Solidaritätswelle begeistert und möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Personen, welche in dieser schwierigen Zeit Solidarität gezeigt haben und immer noch zeigen, herzlichst bedanken. Die Coronapandemie wird wohl hoffentlich bald vorbei sein. Jedoch ist zu hoffen, dass der Begriff Solidarität etwas länger in unserer Erinnerung bleibt. Deswegen erachten wir es für wichtig und richtig, den Jugendlichen für ihre Geduld, das Mittragen der Massnahmen und ihre Solidarität Danke zu sagen.

Wie in der Motion geschrieben, sollte das Einlösen dieses Dankesbons dabei den Betrieben und Veranstaltern unseres Kantons zugute kommen. Die Motion ist ja offen formuliert. Somit kann der Regierungsrat bestimmen, wie hoch der Wert dieses Bons sein sollte. Sehen wir es doch als eine kleine Geste oder als ein kleines Dankeschön. Ich bitte Sie alle im Namen der SP-Fraktion, diese Motion noch einmal zu überweisen.

*Laurin Hoppler (GAB):* Die Coronakrise belastet viele junge Menschen und bringt sie an ihre Grenzen. Natürlich nicht nur junge Menschen leiden darunter, aber ich spreche hier zu jungen Menschen, wie es die Motion auch versucht.

Dieser Winter war und ist noch einmal eine harte Zeit für viele. Besonders wenn man als junger Mensch im Leben steht und nach seinem Sinn und Platz darin sucht, dann ist es schon an sich eine grosse Herausforderung in der heutigen Welt. Wir Jungen werden ständig mit vielen äusseren Einflüssen konfrontiert, weil in unserer Zeit durch die Digitalisierung alles unglaublich schnell geht. Während Corona hat sich ein weiterer grosser Teil in den Bildschirm verschoben. Das Homeschooling verhindert, dass wir neue Menschen kennenlernen und soziale Kontakte knüpfen. Wir wissen, dass es genau in der Jugendzeit essentiell und von hoher Bedeutung ist, dass junge Menschen andere junge Menschen kennenlernen und die Beziehungen pflegen können, um die Identitätsbildung zu stärken.

Es gibt viele junge Menschen, die in dieser Welt heute mit dem Druck in der Ausbildung oder auch sonst nicht wirklich umgehen können. Genau darum steigen die Zahlen in der Jugendpsychiatrie seit Jahren. Seit der Coronakrise explodieren sie. Viele warten Wochen wenn nicht Monate auf einen Platz in einer Therapie oder Klinik. Die Zahlen sprechen für sich. Sie haben es vorher gehört, es sind erschreckende Zahlen, die alarmieren. Die Kinder werden unruhig, weil sie bemerken, dass ihr Umfeld belastet ist, Jugendliche werden durch die fehlenden Zahlen depressiv. Dem allem wird viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt und es hinterlässt Spuren, deren wir uns heute vermutlich noch nicht ganz bewusst sind und die uns in Zukunft noch länger beschäftigen werden.

Keines dieser Probleme werden wir mit einem Dankeschöngutschein lösen. Was wir jungen Menschen wirklich benötigen ist das gesellschaftliche Verständnis für unsere Herausforderungen in dieser Pandemie, dass unsere Bedürfnisse gesehen werden, dass diese priorisiert werden und uns die Hilfe zugestanden wird, die es akut braucht. Ich kann es Ihnen sagen, wenn ich in mein weiteres Umfeld schaue, dann sehe ich viele Menschen, die psychisch mit ihrer Gesundheit am Kämpfen sind. Diese Situation ist nicht durch ein systematisches Problem an den Schulen herzuleiten, sondern es geht wirklich auf die Coronakrise zurück. Wir müssen diese Probleme im Vorhinein lösen und nicht warten, bis sie akut sind. Wenn ich die Antwort auf die Interpellation von Oliver Bolliger zum Thema Druck und Stress bei jungen Menschen lese und den Baz-Artikel dazu, könnte ich nicht enttäuscht sein. Natürlich stimmt es, dass wir eine gesellschaftliche Entwicklung im Schulsystem haben, welche für Druck sorgt. Aber die Situation heute lässt sich ganz klar auf die Coronakrise zurückführen, und es ist ein Affront gegenüber den jungen Menschen, wenn das ignoriert und abgestritten wird.

Ich bin froh, dass sich heute ein bisschen Licht am Ende des Tunnels zeigt und sich die Situation hoffentlich bald verbessert. So oder so sind wir aber an einem Punkt, an dem Handlungsbedarf steht. Für mich ist also klar, dass es noch

länger nicht Zeit ist, sich politisch mit einem Dankeschön an uns junge Menschen zu befassen. Zuerst müssen wir diese Probleme angehen. Natürlich geht es nicht von Null auf Hundert, aber vorübergehende Lösungen brauchen wir jetzt. Das Geld brauchen wir genau für diese vorübergehenden Lösungen und nicht für eine Dankesgeste.

Es ist für uns klar, dass das Geld hier völlig falsch investiert ist. Viele junge Menschen würden es vielleicht sogar negativ aufnehmen. Stellen wir uns vor, wenn ein Jugendlicher seinen Job verloren hat oder mit psychischen Problemen zu kämpfen hat und in dieser Situation einen Dankesgutschein bekommt. Das würden einige eher als Affront aufnehmen. Ich kann mir vorstellen, dass es schwer nachvollziehbar ist, dass der Jüngste unter uns sich so dazu äussert. Die jungen Menschen aber, die sich bei mir mit ihren Problemen melden, haben mit anderem zu kämpfen als sich ein Getränk oder einen Kinobesuch leisten könnten.

Ich möchte, dass genau bei diesen Dingen Einsatz gezeigt wird und dass die Situation, die momentan akut ist, bearbeitet wird und es nicht darum geht, einen Gutschein für ein Dankeschön zu zeigen. Es geht um langfristige Lösungen für diese Probleme. Dabei helfe ich sehr gerne. Aber ein Dankeschön kann ich nicht unterstützen. Darum bitte ich Sie im Namen von vielen jungen Menschen, die sich bei mir gemeldet haben, des jungen Grünen Bündnisses und des Grünalternativen Bündnisses, diese Motion nicht zu überweisen.

### Zwischenfrage

*Mahir Kabakci (SP):* Als Drittgänger in diesem Haus möchte ich eine Frage an den Jüngsten stellen. Sind Sie nicht der Überzeugung, dass dies als eine zusätzliche Geste zu all diesen Massnahmen, die vorangetrieben werden müssen, angesehen werden könnte?

*Laurin Hoppler (GAB):* Grundsätzlich könnte man sich das überlegen, aber ich glaube nicht, dass jetzt der Zeitpunkt ist. Es geht dabei ja nicht um wenig Geld, und das Geld in den anderen Bereichen fehlt momentan. Man müsste Prioritäten setzen.

*Raoul Furlano (LDP):* Darf ich Ihnen für dieses Votum gratulieren?

*Laurin Hoppler (GAB):* Ja.

*Jenny Schweizer (SVP):* Natürlich bin ich enttäuscht, dass die meisten Fraktionen der Jugend nicht Danke sagen wollen und deshalb meine Motion nicht überweisen möchten. Enttäuscht bin ich auch von der Regierung, die es nicht für nötig hält, in ihrem Namen Danke zu sagen, ja nicht einmal zu Stift und Papier greift, um einen Dankesbrief aufzusetzen. Der Regierungsrat vergleicht den Einsatz der Jugendlichen gegenüber allen vulnerablen Personen mit dem Einsatz der Eltern, die ihre Kinder beim Homeschooling unterstützen mussten oder mit Angehörigen, die sich um ihre Familienmitglieder kümmern mussten. Sie sehen, worauf ich hinaus will. Während die Jugendlichen Einschränkungen im grossem Ausmass für eine ganze Bevölkerungsgruppe in Kauf nahmen, kommt der Regierungsrat mit dem Vergleich von Eltern und Angehörigen. Wahrlich, dies ist keine Leistung. Dies ist die wahre Aufgabe von Eltern und Familie. Oder noch schlimmer: Der Regierungsrat vergleicht die Jugendlichen mit Berufsgruppen. Jugendlichsein ist kein Beruf. Die Jugend hat keinen Arbeitgeber hinter sich, der Danke sagt. Anscheinend hat sie auch keinen Regierungsrat hinter sich, der Danke sagt.

Die Jugend musste einfach Rücksicht nehmen, weil sie jung und nicht gefährdet war. Die Jugendpsychiatrie verzeichnete letztes Jahr 40% mehr Patienten und Regierungsrat Lukas Engelberger freute sich in seinem Bericht über das gute Ergebnis der Jugendpsychiatrie. Ich an seiner Stelle würde mir eher Sorgen um die Jugend machen. Tonya Zürcher brachte es in ihrem Votum Legislaturplan 2021-2025 sehr gut auf den Punkt, wie die Jugend litt, nämlich an Existenzängsten, Elternkonflikten, Einengung, häuslicher Gewalt, Vereinsamung. Umso mehr bedaure ich, dass ihre Fraktion trotzdem nicht über ihren Schatten springen kann, um die Motion zu unterstützen.

Wir kommen wegen dieser Pandemie in eine Wirtschaftskrise, die sehr lange dauern wird. Und genau diese Jugendlichen, denen die Mehrheit in diesem Saal nicht einmal Danke sagen will, werden daran zu beissen haben, und zwar lange und nicht zu knapp. Ich möchte die Debatte nicht verlängern, ich möchte Sie einfach bitten, meine Ausführungen zu Herzen zu nehmen und eine angemessenere und respektvollere Haltung gegenüber der Jugend zu zeigen, als der Regierungsrat selbst bereit ist, und meine Motion zu überweisen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und Solidarität.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Ich teile die Einschätzung von Mahir Kabakci, was den Respekt und den Dank, den unsere jungen Menschen verdienen, angeht. Laurin Hoppler hat das auch betont, Jenny Schweizer ebenfalls. Wir sind uns alle einig, dass junge Menschen einen besonderen Beitrag geleistet haben in dieser Pandemie, leisten mussten, und erst noch als die Bevölkerungsgruppe, die von der Ansteckung am wenigsten betroffen war. Das war eine beeindruckende Solidarität, die wir in den letzten zwei Jahren erlebt haben. Man kann als Gesellschaft nicht genug dafür danken und nicht genügend Respekt dafür ausdrücken.

Wir haben versucht, das in der Antwort explizit zu tun. Ich tue das mehrfach bei jeder Gelegenheit, die sich mir bietet, weil es mir wichtig ist auch als Vorsteher des Erziehungsdepartements, dass die Anliegen der jungen Menschen, die zu lange in der Pandemie keine oder zu kleine Rolle gespielt haben, in der Politik, in der öffentlichen Debatte gehört werden.

Nun hat Respekt und Dank nicht zwingend mit einem Dankeschön zu tun. Die Modalitäten, wie man sich als Gesellschaft bei bestimmten Bevölkerungsgruppen bedanken muss, ist eine Entscheidung, die Sie heute treffen müssen. Eine Möglichkeit

ist diese Motion, eine andere Möglichkeit ist so zu verfahren, wie es Laurin Hoppler angesprochen hat, dass wir nämlich als Gesellschaft diejenigen Ressourcen mobilisieren, die es braucht, um denjenigen jungen Menschen zu helfen, die während der Pandemie besonders gelitten haben. Es sind viele junge Menschen, die besonders gelitten haben, während und unter der Pandemie. Die Corona Stress Studie, die Sie angesprochen haben und über die wir in den Interpellationsbeantwortungen hören werden, zeigt aber auch, dass es nicht ein flächendeckendes Leiden ist. Wir müssen dort ansetzen, wo Jugendliche wirklich Bedarf haben. Diese flächendeckenden Massnahmen sind nicht die richtigen Antworten, sei es in der Schule, sei es mit einem Dankesbon. Wir müssen vielmehr dort ansetzen, wo Hilfe Not tut und unsere Ressourcen dort konzentrieren.

Wenn wir beim Danken sind, möchte ich noch etwas sagen. Der Dank gebührt auch denjenigen vielen Personen, die sich in den letzten zwei Jahren unermüdlich für junge Menschen eingesetzt haben. Das sind natürlich die Lehr- und Fachpersonen an den Schulen, es sind aber auch die Mitarbeitenden von Jugendtreffpunkten, die unter Schliessungen zu leiden hatten, es sind natürlich die Pflegefachkräfte und Medizinerinnen und Mediziner in den jugendpsychiatrischen Einrichtungen, es sind die Kinder- und Jugendpsychologen - alle die Personen, die sich berufsmässig mit jungen Menschen befassen, standen in den letzten zwei Jahren auch unter einem enormen Druck und haben bravourös da geholfen, so gut sie konnten, haben extra Schichten geleistet. Die Ressourcen waren teilweise zu knapp. Darüber werden wir in der Budgetdebatte berichten können, wo wir der Meinung sind, dass wir Ressourcen mittel- und langfristig brauchen aufgrund gestiegener Fallzahlen, gestiegener Problematiken bei jungen Menschen.

Der Regierungsrat bleibt bei seinem Antrag, die Motion nicht zu überweisen.

### Zwischenfrage

*Christian von Wartburg (SP):* Ist der Regierungsrat bereit, mit einem veritablen Kraftakt die Situation bei der psychologischen Betreuung bei den Wartezeiten bei den kinder- und jugendpsychiatrischen Diensten zu verbessern? Die Situation wird im Moment nicht besser und die Wartezeiten sind zum Teil über sechs Monate, ausser man sagt, das Kind sei suizidal. Das ist für eine Gesellschaft ein untragbarer Zustand.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Dieser Kraftakt dauert seit zwei Jahren an, und wir wissen um die Ressourcenproblematik, auch das zuständige Departement, das Gesundheitsdepartement ist damit befasst, die Institution selber natürlich und wir seitens Erziehungsdepartement auch. Die Kurzfassung ist Ja.

### Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

35 JA

51 NEIN

1 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Die Motion 21.5296 ist **erledigt**.

## 18. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend Praxisbezug im Lehrkörper der FHNW

[16.02.22 16:51:13, ED, 21.5318.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

*Sandra Bothe (GLP):* Wenn eine Motion die FHNW betreffend für ungültig erklärt wird, weil sie aus einem Trägerkanton und nicht jeweils von allen vier Trägerkantonen gleichzeitig eingereicht wird, ist es kompliziert überhaupt für ein Parlament bzw. den Regierungsrat, Einfluss auf das Geschehen der FHNW zu nehmen, in diesem Fall auf die pädagogische Hochschule.

In der Konsequenz führt diese zu einer ausserordentlichen Trägheit der Institution bei der Ausgestaltung der Qualität der Lehrgänge. Dies trotz insbesondere jahrelanger und anhaltender Kritik hinsichtlich des Praxisbezugs der Ausbildung, also ihrem eigentlichen Kernauftrag.

Der langwierige Prozess ist im Zusammenhang mit dieser Motion deshalb von grosser Wichtigkeit, weil die Glaubwürdigkeit und die Anerkennung der FHNW als Ausbildungsinstitution davon abhängt, wie rasch und wie zielgerichtet sie auf Kritik reagiert. Die fehlende Praxisorientierung hat wohl damit zu tun, dass viele Dozenten nicht über eine Berufsausbildung resp. Erfahrung in jenem Bereich verfügen, für welchen sie die Studierenden ausbilden. Wir würden verwundert den Kopf schütteln, wenn Botaniker:innen, die Gärtner:innen oder Lebensmitteltechnolog:innen die angehenden BäckerInnen ausbilden würden, wenn also Personen, die wenig Ahnung von der Berufspraxis haben die Berufsbildung übernehmen.

Aus Sicht der GLP soll ganz allgemein der Grundsatz gelten, dass jene, welche für eine Beruf ausbilden, diesen Beruf auch selbst ausüben oder ausgeübt haben. Dieser Grundsatz gilt selbstverständlich nicht nur für die FHNW, sondern für alle berufsbildenden Institutionen, wo er selbstredend Tatsache ist. Für die pädagogische Hochschule gilt er insbesondere und immer für alle berufsbildenden Bereiche, zu welchem die Fachwissenschaft, die Fachdidaktik aber auch die Reflexionsseminare als Teil der berufspraktischen Studien gehören. Für die Bereiche Psychologie, Pädagogik und Soziologie ist die praktische Berufserfahrung überaus wichtig. Dozierende, welche in jedem Berufsbereich arbeiten resp. gearbeitet haben, für welchen sie ausbilden, setzen andere Schwerpunkte, nehmen eine andere Perspektive ein, verfolgen andere Ziele als jene, welche diesen Bereich nur vom Hörensagen bzw. aus ihrer eigenen Schulerfahrung kennen.

Die Motionäre fordern, dass mindestens 75% der Dozierenden der pädagogischen und der Hochschule für soziale Arbeit eine fünfjährige Berufspraxis haben für den Beruf, für welchen sie ausbilden. Aus Sicht der Grünliberalen ist weniger diese Quote als quantitatives Kriterium bedeutsam, als vielmehr der qualitative Grundsatz, dass nur für einen Beruf ausgebildet, wer diesen Beruf selbst gelernt und ausgeübt hat. Dass für die Umsetzung dieses Grundsatzes eine Motion eingereicht werden muss und keine Selbstverständlichkeit ist, ist an sich schon fragwürdig. Weil es wegen dem angesprochenen Prozess resp. den Kriterien aktuell wohl tatsächlich nicht möglich ist, den Vorstoss als Motion zu überweisen, wird die GLP den Vorstoss als Anzug überweisen.

*Jenny Schweizer (SVP):* beantragt Nichtüberweisung

Die SVP-Fraktion lehnt die Überweisung der vorliegenden Motion als Anzug an den Regierungsrat ab. Wir finden es problematisch, wenn die Trägerkantone sich in Personalentscheide einer Hochschule einmischen. Wir sind überzeugt, dass die verantwortlichen Gremien absolut in der Lage sind, ihre Dozentinnen und Dozenten so zu rekrutieren, dass den Studierenden die bestmögliche Ausbildung zukommen wird, um ihren zukünftigen Beruf bestens ausführen zu können. Falls wir nicht darauf vertrauen könnten, müssten wir wahrlich mehr ändern als nur die Dozierenden auszutauschen.

Zudem legt die pädagogische Hochschule einen grossen Schwerpunkt auf die berufspraktische Ausbildung. Gemäss Berichterstattung zum Leistungsauftrag 2020 wird in einem langen Kapitel dies so beschrieben: "Die Hochschule arbeitet eng mit 68 Partnerschulen, die pro Jahr 12 bis 14 Studierende mitausbilden, zusammen. Es kann für 2020 festgehalten werden, dass in den berufspraktischen Studien das zweite Studienjahr neu strukturiert wurde und es wurde ein Langzeitpraktikumsphase eingeführt, die über zwei Semester dauert und so den Jahreshorizont einer Schule abdeckt. Die Begleitforschung hat deutlich gezeigt, dass sich dieses neue Konzept und die neue Kooperation zwischen Dozent:innen und Praxislehrer:innen sehr positiv auf den Kompetenzzuwachs der Studierenden auswirkt."

Das heisst, dass die pädagogische Hochschule eben gerade dieser Forderung nach Praxisbezug nachkommt, indem sie zwar nicht auf neue Dozierende setzt, die über fünf Jahre Unterrichtserfahrung verfügen, sondern dass die Studierenden ein viel längeres Praktikum absolvieren können, um eben selber Unterrichtserfahrung zu sammeln und nicht nur die Erfahrungen von Dozierenden übermittelt bekommen. In meinen Augen ist dies ein noch optimalerer Weg, um praxisnah studieren zu können.

Somit sind wir überzeugt, dass dem Anliegen der Motionärin noch optimaler nachgekommen wird und die Motion auch nicht als Anzug überwiesen werden muss.

*Brigitte Gysin (die Mitte/EVP):* Es wurde schon mehrfach gesagt, von der Grundkonstruktion der FHNW her ist es schwierig, als Parlament eines Trägerkantons etwas zu tun, und es ist sicher auch nicht richtig, im Detail in die Personalpolitik reinzureden. Da gehe ich mit Jenny Schweizer einig. Trotzdem ist der Praxisbezug der Dozierenden ein zentrales Thema und ein immer wieder genanntes Problem von vielen, die die PH der FHNW absolvieren. Ich erlebe das auch als Praxislehrerin, dass es einerseits ausgezeichnete Dozierende gibt, die aus reicher Erfahrung schöpfen, sehr fundiert die Forschung begleitend sich einbringen und eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit auch bei der Begleitung von Studierenden machen.

Zugleich lässt es sich leider aber auch nicht wegdiskutieren, dass es auch andere Dozierende gibt, deren Praxis und eigene Unterrichtserfahrung sich auf das eigene Vikariat im Rahmen der Ausbildung beschränkt. Auswertungsgespräche nach Unterrichtsbesuchen sind dann in diesem Fall wesentlich schwieriger. Während nämlich die Studierenden soeben vor einer Klasse gestanden sind, in einer aktuellen Situation, wie sie sich manchmal ergibt, etwas versucht haben, vielleicht auch gescheitert sind, haben die Dozierenden dies nicht gelebt, und ihre Tricks sind nicht aus eigener Erfahrung genährt. Das ist für Studierende nicht so leicht anzunehmen. Darum ist es wichtig, dieses Thema nicht aus dem Blick zu verlieren, und es ist wichtig, dass wir mindestens die Möglichkeit haben, durch die Überweisung als Anzug von Seiten der Regierung einen genauen Bericht zu erhalten und zu sehen, wo man allenfalls einen Finger drauflegen könnte. Ich bitte darum um Überweisung als Anzug.

*Michela Seggiani (SP):* Diese Motion ist entstanden, weil Studierende an der pädagogischen Hochschule einen genügenden Praxisbezug ihrer Lehrpersonen vermissen. Eine fundierte Praxiserfahrung ist aber unbedingt notwendig für

die Schulung von angehenden Lehrkräften. Ich bin froh, dass der Regierungsrat das Anliegen der Motion teilt und den Vorstoss immerhin als Anzug überweisen will, auch wenn gemäss Stellungnahme die Vorstösse in Solothurn und Aargau dummerweise nicht eingereicht wurden.

Ich weiss nicht, ob das Prüfen und Berichten im Sinne eines Anzugs auch beinhaltet, dass wie gefordert 75% der Dozierenden praktische Berufs- und Unterrichtserfahrung haben und dies entsprechend im Leistungsauftrag definiert und auch gewährleistet wird. Ich gehe aber nicht davon aus.

Was am Schluss zählt, ob es nun verschriftlicht ist oder nicht, ist, dass die Situation sich deutlich verbessern muss. Die Motion wurde auch breit von Mitgliedern aus allen Fraktionen unterstützt, was zeigt, dass die Politik das Anliegen ernst nimmt und sicher auch weiterverfolgt. Da auch die Regierung das Anliegen der praxisorientierten Ausbildung teilt und den Grossen Rat dann auch darüber informieren will, stimmt die SP der Überweisung als Anzug zu.

### **Abstimmung**

zur Überweisung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

74 JA

8 NEIN

2 ENT

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den **Anzug 21.5318** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

### **Antrag**

André Auderset beantragt, keine Nachtsitzung durchzuführen.

*Jo Vergeat, Grossratspräsidentin:* erklärt, dass die Pendenzenlast noch hoch ist und sie eine Nachtsitzung durchführen würde.

*André Auderset (LDP):* Die Präsidentin hat recht, es gibt noch etwas 40 Traktanden, wovon 20 Interpellationen sind und weitere 10 Geschäfte, die unbestritten sind. Es bleiben also noch etwa 10 Geschäfte, die etwas bestritten sind. Ich bin der Meinung, dass wir deswegen heute Abend nicht mehr kommen müssen. Ausserdem liess ich mir von erfahrenden Leuten aus dem Büro sagen, dass im März erfahrungsgemäss eher eine kleine Traktandenliste besteht und das ohne Nachtsitzung gemacht werden kann. Wir sind wirklich von Nachtsitzungen geplagt gewesen, deshalb bitte ich, heute keine Nachtsitzung durchzuführen.

### **Abstimmung**

JA heisst heute keine Nachtsitzung, NEIN heisst heute eine Nachtsitzung durchführen.

### **Ergebnis der Abstimmung**

31 JA

50 NEIN

6 ENT

### **Der Grosse Rat beschliesst**

heute eine Nachtsitzung durchzuführen.

## **19. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Alexandra Dill und Konsorten betreffend Einsatz von digitalen Lehrmitteln und Lernprogrammen**

[16.02.22 17:05:28, ED, 19.5185.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5185 abzuschreiben.



*Alexandra Dill (SP):* beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Die Digitalisierung macht auch vor der Schule und den Lehrmitteln keinen Halt. Das ist auch gut so. Digitale Lehrmittel eröffnen einen weiten Horizont an Möglichkeiten für attraktives, niederschwelliges, spielerisches, einprägsames Lernen und Vermitteln. Auch für die individuelle Förderung bieten die digitalen Lehrmittel grosses Potenzial. Als Medienwissenschaftlerin schätze ich die neue Vielfalt an Möglichkeiten und finde unbedingt, dass wir sie Schülerinnen und Schülern und natürlich Lehrpersonen so einfach wie möglich zugänglich und nutzbar machen sollen.

Mein Antrag auf Stehenlassen des Anzugs soll dies nicht verhindern, nicht erschweren sondern vielmehr sichern, vereinheitlichen und verbessern. Wenn digitale Lehrmittel im Unterricht zum Einsatz kommen, liegt es mir am Herzen, dass die Daten der Nutzerinnen und Nutzer, die die Programme verwenden müssen, sicher sind. Ich begrüsse es darum, dass alle Lernprogramme, die im Unterricht gebraucht werden, vorgängig mit dem Datenschutzbeauftragten geprüft werden, wie der Regierungsrat in meiner Anzugsbeantwortung schreibt. Es freut mich auch, dass im Rahmen des Projekts Ausbau Digitalisierung in den Volksschulen in diesem Jahr das Weiterbildungsangebot für Lehrpersonen zum digitalen Unterricht ausgebaut werden soll. Das ist gut.

Der Punkt, der mich aber in der Antwort des Regierungsrats dazu bewogen hat, Ihnen Stehenlassen zu beantragen ist, dass eine Kontrolle sämtlicher digitaler Lehr- und Lernressourcen durch den Erziehungsrat nicht ehr vorgesehen ist. Gemäss § 79 Abs. 8 Schulgesetz bestimmt der Erziehungsrat innerhalb der zur Verfügung stehenden Kredite auf Antrag des Erziehungsdepartements die obligatorischen Lehrmittel. Dass dies für digitale Lehrmittel jetzt so peu à peu aufgeweicht wird, finde ich angesichts der Aussicht, dass Lehrmittel zunehmend in elektronischer Form erscheinen und eingesetzt werden, nicht richtig. Es bedeutet schlichtweg, dass der Erziehungsrat seine ursprüngliche Funktion in Bezug auf die Lehrmittelauswahl nicht mehr vollumfänglich wahrnehmen kann. Bereits heute hat der Erziehungsrat meines Wissens keine Einsicht in die elektronischen Teile der zu beschliessenden Lehrmittel. Das kann nicht im Sinne des Schulgesetzes und nicht im Sinne der sichernden Qualitätsprüfung durch den Erziehungsrat sein.

Das ist keinesfalls ein Misstrauensvotum gegenüber dem pädagogischen Zentrum, das ganz klar eine wundervolle Sammlung zusammenstellen vermag. Es ist auch kein Misstrauensvotum gegenüber dem Erziehungsdepartement und schon gar nicht gegenüber den Lehrpersonen, die zweifelsohne in der Lage sind, aufgrund ihrer Erfahrung geeignete Unterrichtsmaterialien auswählen zu können. Wir sind in der SP-Fraktion aber der Ansicht, dass die übergeordnete Perspektive, jene des Erziehungsrats, die Sicht erst rund, gesamtkoordiniert und abgestützt macht. Dass es hin und wieder eine Korrektur durch den Erziehungsrat braucht, hat sich etwa bei der Diskussion um das Französischlehrmittel gezeigt. So lange nicht abschliessend geklärt ist, wie die Lehrmittel inskünftig beim Erziehungsrat gesichtet werden können, beantrage ich Ihnen, meinen Anzug stehen zu lassen. Dass diese Prüfung nicht detailliert geschehen kann, ist auch mir klar. Da vertraue ich aber auf gute Ideen des Departements. Gerade die Prüfung auf den abgegebenen Tablets vor installierten Programmen durch den Erziehungsrat sollte möglich sein.

In diesem Sinne bitte ich um Stehenlassen meines Anzugs.

*Beatrice Messerli (GAB):* Ich muss Alexandra Dill dahingehend korrigieren, dass der Erziehungsrat tatsächlich weiterhin auch digitale Lehrmittel prüfen kann, sofern sie vorhanden sind. Trotzdem plädiere ich ebenfalls dafür, diesen Anzug stehen zu lassen, weil noch nicht alle Fragen bezüglich digitale Lehrmittel und den Einsatz von digitalen Lehrmitteln und Lehrprogrammen geklärt sind. Trotzdem finde ich, dass die Aussage korrigiert werden muss, damit kein Missverständnis entsteht. Ich bin Erziehungsrätin und ich weiss, dass wir die Möglichkeit haben, gewisse Lehrmittel anzuschauen.

*Jenny Schweizer (SVP):* Der Anzug kann nach Auffassung der SVP-Fraktion abgeschrieben werden. Der Anzug wurde 2019 an den Regierungsrat überwiesen mit dem dazumal berechtigten Anliegen, die Lehrpersonen auf den Umgang mit den digitalisierten Lehrmitteln vorzubereiten und zu sensibilisieren. In der Zwischenzeit wissen wir, dass die Lehrpersonen bereits in ihrer Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule sehr gut und intensiv in der Handhabung der digitalisierten Unterrichtsform mit ihren Lehrmitteln vorbereitet werden und dass die Lehrpersonen an den Schulen sehr viele und tiefgreifende Ausbildungen zur Verfügung gestellt bekommen.

Wichtig scheint uns aber dabei, dass die genutzten digitalen Lehrmittel von einer bewilligten Lehrmittelliste stammen. Alle involvierten Personen, ob Schüler, Eltern, Erziehungsdepartement, müssen darauf vertrauen können, dass keine Lehrmittel mit diskriminierendem Hintergrund benutzt werden. Wir bitten das Erziehungsdepartement, alles daran zu setzen, dass dem Rechnung getragen wird und den Lehrpersonen und Schulleitungen die nötige Hilfeleistungen dazu geboten werden.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Ich danke Alexandra Dill für ihre Ausführungen, warum sie den Anzug stehen lassen will. Ich kann Ihnen versichern, dass der Erziehungsrat selbstverständlich in seiner Kompetenz, Lehrmittel zu prüfen und zu genehmigen, in keiner Weise beschnitten wird, jetzt wo es vermehrt digitale Lehrmittel gibt. Die Lehrmittelprüfungs- und bewilligungskompetenz des Erziehungsrats ist in den letzten Jahren eher gewachsen, jetzt wo wir viel mehr alternativ-obligatorische Lehrmittel haben. Sie haben das Beispiel der Französischlehrmittel gebracht. Zu diesen modernen Lehrmittel gehören immer digitale Teile, die selbstverständlich der Erziehungsrat einsehen kann und dann auch genehmigen muss, bevor sie auf die Lehrmittelliste kommen.

Etwas anderes gilt für Unterrichtsmaterialien, diejenigen Dinge, die Lehrpersonen aus Büchern herauskopieren und verteilen, oder die Filme, die sie zeigen. Das sind keine Lehrmittel, sondern das sind Unterrichtsmaterialien und -inhalte.

Nichts anderes sagen wir in der Anzugsbeantwortung, dass selbstverständlich nicht sämtliche Lehr- und Lernressourcen vorab geprüft und genehmigt werden können. Das kann ja auch gar nicht die Idee sein. Es geht darum, Lehrmittel zu prüfen, seien sie nun analog, hybrid oder digital. Das macht der Erziehungsrat. Die Unterrichtsmaterialien, seien sie nun in gedruckter oder digitaler Form. Diese liegen in der alleinigen Kompetenz der Lehrpersonen.

Ich bitte Sie deshalb, den Anzug abzuschreiben.

### Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

### Ergebnis der Abstimmung

45 JA

39 NEIN

1 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5185 ist **erledigt**.

## 20. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatrice Messerli und Konsorten betreffend Modul zu gendergerechtem Unterricht in der Ausbildung für Lehrpersonen

[16.02.22 17:14:52, ED, 19.5296.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5296 abzuschreiben.

*Beatrice Messerli (GAB):* Mein Anzug entstand im Nachgang des Frauenstreiks 2019 und fand ein grosses Echo, sowohl in der Presse als auch in verschiedenen politischen Kreisen. Selbstverständlich wurde sehr kontrovers darüber diskutiert. Einigkeit herrschte allerdings darüber, dass zugewiesene Rollen nach wie vor eine grosse Bedeutung haben. Die Reaktionen vor allem in der Presse haben gezeigt, dass ein Abweichen von tradierten Rollenverhalten immer noch als problematisch angesehen oder lächerlich gemacht wird. So werden Vollzeithausmänner immer noch belächelt, und Jungs, die mit Puppen spielen, ausgelacht. Karriereorientierten Frauen wird der Vorwurf gemacht, sich zu wenig um ihre Kinder zu kümmern und Rabenmütter zu sein. Auch die Wahl von Berufen erfolgt immer noch mehrheitlich entsprechend stereotyper Geschlechterbilder.

Um diese tradierten Rollen aufzubrechen, braucht es Anstrengungen von allen Seiten. Und wir alle wissen, dass das Einüben tradierten Rollenverhaltens bereits bei den Kleinsten beginnt, ob durch Bücher, Kleider oder Spielzeug. Ich bezweifle keinen Moment, dass die FHNW in Bezug auf Gendergerechtigkeit, gendergerechte Sprache und Veranstaltungen grosse Anstrengungen unternimmt. Die Antworten der FHNW zeigen, dass in Bezug auf gendergerechte Sprache grossen Wert gelegt wird und dass zu Gleichstellungsfragen viele Angebote bestehen, für Dozierende oder für ein breiteres Publikum. Was aber nicht funktioniert, ist die Vermittlung. Nach Aussage der PH FHNW berücksichtige der Lehrplan 21 die Geschlechterthematik als fächerübergreifendes Thema und als überfachliche Kompetenz. Und weiter, das Thema der Gendergerechtigkeit zu reflektieren und zu einem wichtigen Ausbildungsbestandteil der Ausbildung von Lehrpersonen zu machen, erachte sie als wichtig.

Ich hatte Kontakt zu mehreren Dozierenden und Studierenden sowie Lehrpersonen, die erst vor Kurzem die Ausbildung abgeschlossen haben. Mir wurde von allen bestätigt, dass das Thema in der Ausbildung in keiner Weise angesprochen wird, weder in der Lehrer:innen-Ausbildung noch in der heilpädagogischen Ausbildung wurden und werden Genderthemen thematisiert oder diskutiert. Es fehle in der Vermittlung völlig. Laut den mir gegenüber gemachten Aussagen findet eine Auseinandersetzung mit dem Thema auf keiner Stufe statt, ganz im Gegenteil, Studierende und Dozierende wären froh, wenn es ein solches Modul, wie es im Anzug gefordert wird, gäbe. Denn nur so können künftige Lehrpersonen, Sozialpädagog:innen oder andere Fachpersonen auf versteckte Genderproblematiken hingewiesen und sensibilisiert werden. Ein solches Modul wäre cool, hat mir eine der Befragten gesagt.

Aufgrund der Informationen aus der PH bestreite ich die Aussage, dass geschlechts- und diversitätsorientierte Themen und Fragestellungen ein selbstverständlicher Bestandteil der Lehre und in der Ausbildung von Lehrpersonen sind. Auch die Frage zu den Lehrmitteln ist meines Erachtens sehr ausweichend und unrichtig beantwortet. Denn natürlich weiss ich, dass Lehrmittel eine kantonale Angelegenheit sind. Es geht auch nicht darum, den Kantonen Vorschriften in Bezug auf die Lehrmittelwahl zu machen. Aber eine Sichtung der Lehr- und anderer Unterrichtsmittel sehe ich als notwendig, denn das Tool Levanto ist in Bezug auf die Genderfrage nicht wirklich aussagekräftig.

In der Auflistung der zu überprüfenden Kriterien im pädagogisch-didaktischen Bereich steht bei Punkt 29: Das Lehrmittel zeigt diverse Rollenbilder und bildet in seiner Gestaltung die Vielfalt der Gesellschaft und der Geschlechtszuordnung ab.

Dies ist eines von 56 Kriterien, und weder bei den übergeordneten noch den Fachkriterien wird das Kriterium Gender noch einmal erwähnt, und dies wohlverstanden auf keiner der folgenden 18 Seiten.

Aus den genannten Gründen möchte ich Sie bitten, den Anzug stehen zu lassen und das Grünalternative Bündnis möchte weiterhin an der Forderung festhalten, dass ein Modul an der PH FHNW einzurichten sei und Unterrichtsmittel auf ihre Gendertauglichkeit zu sichern seien. Wie eingangs gesagt, stereotype Geschlechterrollen sind weiterhin stark verankert und es ist schwer für die einzelnen, sich geschlechteruntypisch zu verhalten, sei dies bei der Berufswahl oder Familienarbeitsteilung. Seit Jahrzehnten wird der Handlungsbedarf festgestellt, die Veränderungen sind leider gering. Entsprechend bedarf es vermehrter Anstrengungen auf allen Ebenen und vor allem in der Ausbildung von Lehrpersonen. Deshalb bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen.

*Beat K. Schaller (SVP):* Die SVP bittet Sie, den Anzug abzuschreiben. Reden wir über Gender. Gender will die biologischen Geschlechter abschaffen und verwendet dazu sprachliche Tricks. Das ist "Zwiedenken" durch "Neusprech", die beiden furchtbaren Machtmittel in George Orwells 1984. Mit Gender-Neusprech werden Frauen als sprachliche Opfer dargestellt, welche vom Mann mit sprachlichen Mitteln in die Unsichtbarkeit verdrängt würden. Das stellt Frauen unnötig in eine Opferrolle und Männer unter einen diskriminierenden Generalverdacht. Dieser Gender-Neusprech-Mythos von der sprachlich unsichtbaren Frau beruht auf einem grundsätzlichen Fehler der feministischen Sprachkritik, nämlich der völlig unwissenschaftlichen Gleichsetzung von Genos und Sexos als sei die Fachkraft nur weiblich und der Fahrgast nur männlich.

Zudem ist Gender-Neusprech, das ja auch Teil dieses Anzugs ist, sexistisch. Die heute gängigen Beidnennungen, also Lehrer und Lehrerinnen, sind nicht nur schwerfällig, sie sind sexistisch. Genau die Kreise, die nicht müde werden zu betonen, dass Männer und Frauen gleich seien und das Geschlecht nur ein soziales Konstrukt sei, haben sprachlich keine Hemmungen, uns genau diesen Unterschied mit bald jedem Satz um die Ohren zu schlagen. Beidnennungen sind sexistisch, denn sie betonen das Trennende der Geschlechter, statt dass sie das Gemeinsam verstärken. Sie sind aber auch sexistisch, weil sie mögliche dritte Geschlechter ausschliessen. Wen Sie mit dem Gender-Neusprech völlig unter den Tisch fallen lassen, ist unsere migrantische Bevölkerung. Die meisten, die zu uns kommen, haben schon genügend Probleme mit der deutschen Sprache, und wenn es Ihnen wirklich ernst ist mit Integration, machen Sie den Migranten das Erlernen des Deutschen so einfach wie möglich. Das ist mit den genderistischen komplizierten Formulierungen ganz sicher nicht der Fall. Also, Gendern ist antiintegrativ.

So viel zu den sprachlichen Aberrationen von Gender. Kommen wir zur Frage, ob die Genderideologie in den Schulunterricht gehört. Das ist ganz klar Nein. Es ist nicht Aufgabe unserer Bildungsinstitutionen, eine Ideologie zu transportieren, sondern unsere Kinder zu kritisch hinterfragenden, sich selbständig eine Meinung bildenden Menschen zu erziehen. Geschlechtsdysphorie, Transsexualität, gleichgelagerte Gebiete sind ganz ohne Zweifel für die Betroffenen hoch problematisch und können mit schweren Problemen und Leiden verbunden sein. Diese Leute haben ein Recht darauf und sollen betreut werden, wenn sie das wünschen. Die Genderideologie dagegen ist ein für politische Zwecke hochgekochtes Wohlstandsproblem der linken Politik und hat in unseren Schulzimmern nichts verloren. Ein Lehrer, der zuerst noch lernen muss, seinen Schülern zu sagen, dass sie anständig miteinander umgehen sollen, hat seinen Beruf verfehlt. Es darf nicht sein, dass er das lernen muss. Das muss aus seiner Menschlichkeit herauskommen. Es wäre ein Armutszeugnis, wenn wir unseren Lehrern zuerst noch Menschlichkeit beibringen müssten.

Aber ich weiss ja, wie dieses Parlament tickt. Tun Sie, was Sie nicht lassen können, aber tun Sie es wenigstens mit erwachsenen Menschen und lassen Sie Ihre Genderhände von unseren Kindern. Lassen Sie doch einfach unsere Kinder Kinder sein.

### Zwischenfragen

*Tonja Zürcher (GAB):* Setzen Sie wirklich geschlechtergerechte Sprache, das Berücksichtigen der gesamten Gesellschaft in einer Sprache mit der Orwellschen Diktatur gleich?

*Beat K. Schaller (SVP):* Ich habe nicht von Diktatur geredet.

*Lisa Mathys (SP):* Sie haben ein Musterbeispiel an gefährlichem Sprachgebrauch abgeliefert. Auch aus meiner Sicht erwecken Sie den Eindruck, dass wir uns der Realität eines totalitären Staates befinden mit Verwendung des Begriffs "Neusprech". Was macht Sie dermassen wütend auf jene, die auch sprachlich sichtbar werden möchten, dass sie sie in die Nähe des totalitären Staates rücken?

*Beat K. Schaller (SVP):* Erstens ist das nicht totalitär. Totalitär wäre, wenn Sie wirklich diesen nicht grossflächig demokratisch legitimierten Neusprech durchdrücken wollen. Zudem ist er noch in sich selbst widersprüchlich. Aber das kann ich in einer kurzen Antwort nicht erklären.

*Michela Seggiani (SP):* Ich staune, dass wir mit Ihnen einen neuen Genderexperten im Grossen Rat haben. Denken Sie nicht, dass es Gender im Unterricht braucht, gerade angesichts Ihrer Ausführungen? Wir müssen doch darüber sprechen?

*Beat K. Schaller (SVP):* Es gibt heute sehr viele erfolgreiche Frauen in hohen Positionen mit viel Verantwortung. Das ist

gut und richtig so. Fragen Sie diese Frauen, wieso sie diese Position erreicht haben. Ich behaupte, Kinder und Jugendliche brauchen keinen Genderstern, sie brauchen starke Vorbilder.

*Tim Cuénod (SP):* Sie kaprizieren sich auf sprachliche und ideologische Aspekte. Wenn wir von Rollenbildern sprechen: Was spricht dagegen, dafür zu sorgen, dass zum Beispiel Primar- und Sekundarlehrerinnen und -lehrer mehr junge Mädchen ermutigen, zum Beispiel Richtung Naturwissenschaften zu gehen, und dass man dafür sorgt, dass mehr Jungen Primarlehrer werden, dass man Rollenbilder aufbricht? Das scheint mir nämlich ein wesentlicher Bestandteil dieses Anzugs zu sein.

*Beat K. Schaller (SVP):* Genau deswegen habe ich vor einiger Zeit eine Motion eingereicht, um den Regierungsrat zu ermutigen, das zu tun, was Sie jetzt erwähnt haben. Der Regierungsrat hatte in seiner Antwort sehr ausführlich beschrieben, was er alles macht.

*Andrea Strahm (die Mitte/EVP):* Ist Ihnen bekannt, dass einst von einem ausschliesslich männlichen Gericht das Frauenstimmrecht den Frauen verweigert wurde mit der Begründung, in der Bundesverfassung stehe nur, alle Schweizer seien vor dem Gesetz gleich, und nicht die Schweizerinnen?

*Beat K. Schaller (SVP):* Ich war nicht in diesem Gericht.

*Barbara Heer (SP):* Ich muss gestehen, dass ich etwas schwierig finde. Die Gräben sind tief. Die Unterschiede zwischen den Positionen der SP-Fraktion und der Regierung sind weit weniger gross als zwischen mir und Beat Schaller. Dennoch möchte ich eher die Regierung in meinem Votum ansprechen. In der Anzugsbeantwortung weist die Regierung nicht zuletzt darauf hin, dass geschlechtergerechter Unterricht nicht einfach ein nice to have ist, es ist auch nicht einfach eine Ideologie, sondern es geht hier um ganz grundsätzliche Dinge, die in der Bundesverfassung im Bundesgleichstellungsgesetz verankert sind, die Schulen schlicht dazu verpflichtet, für einen diskriminierungsfreien Unterricht zu sorgen. Die Schule soll ein Ort sein, an dem junge Menschen heranwachsen können und am Schluss ihren Berufs- und Lebensweg wählen können, ein Ort, der doch eigentlich ein Ort der Befreiung sein soll, der individuellen Entwicklung und nicht der Einschränkung. Im Moment ist es so, dass die Schulen sehr stark nicht zur Gleichstellung beitragen, sondern junge Menschen sehr schnell in alte Rollenmuster hineinsozialisieren. Das beginnt schon sehr schnell im Kindergarten und trägt sich weiter und wirkt sich dann schliesslich auf die Berufswahl aus.

Ich wünsche mir eine Schule, die junge Menschen und Kinder befreit und nicht einschränkt. Es braucht deshalb Massnahmen auf den verschiedensten Ebenen. Ein grosses Problem sind die Lehrmittel. Es wurde schon erwähnt, dass die Lehrmittelkommissionen nach bestimmten Anforderungen Lehrmittel aussuchen. Lehrmittel sollen diverse Rollenbilder zeigen. Ein Problem ist aber, dass die Lehrmittelverlage nicht Lehrmittel herstellen, die diese Kriterien wirklich genügend erfüllen. Das hat das ED selber so gesagt im Bericht zur Petition "Diskriminierungsfreie Schule", dass viele Verlage nicht fähig sind, selber zu entscheiden, wenn ihre Lehrmaterialien diskriminierend sind. Es gibt viele schlechte Lehrmittel, und die Lehrmittelkommissionen müssen von den schlechten die besten auswählen.

Lehrpersonen sind deshalb mit der Herausforderung, geschlechtersensibel zu unterrichten, seitens Lehrmittel häufig alleine gelassen, müssen auf gute Zusatzmaterialien zurückgreifen. Deshalb ist diese Anzug so wichtig. Er möchte, dass die Lehrpersonenausbildung stärkere Unterstützung leistet. Dass die Regierung und die Pädagogische Hochschule das nicht als nötig erachtet, erschliesst sich der SP-Fraktion nicht.

Ich habe etwas geschrieben, was so nicht mehr stimmt, aber es stimmt vielleicht für die 90% im Saal, die sich vorher über das Votum von Beat Schaller empört haben. Generell würde ich trotzdem trauen zu sagen, dass wir in der Gleichstellungspolitik an einem Punkt angelangt sind, wo es eigentlich gesellschaftlicher Konsens ist, dass Schulen diskriminierungsfrei sein müssen. Es steht auch in der Verfassung. Es braucht deshalb etwas Mut für die Regierung und die PH zuzugeben, dass sie noch nicht alle Hebel in Bewegung setzen, dass noch mehr getan werden muss, um das Diskriminierungsverbot umzusetzen. Wir würden uns hier von der Regierung und der PH mehr Mut wünschen, selbstkritisch hinzuschauen.

Die PH und die Regierung vertreten in der Anzugsbeantwortung eben die Haltung, dass in allen Pflichtmodulen geschlechts- und diversitätsorientierte Fragestellungen bereits selbstverständlicher Teil der Lehre sind. Da reden sie aber aus Sicht der SP-Fraktion die Realität schön. Ein eindeutiger Beleg dafür, dass unsere Schulen noch nicht geschlechtergerecht arbeiten, sind aus unserer Sicht auch die zwei wichtigen, bei der Regierung pendenten Petitionen, nämlich die Petition 425 und die Petition 434, die beide Massnahmen im Bereich diskriminierungsfreie Schulen fordern. Zu beiden wird die Regierung in den nächsten Monaten Stellung nehmen müssen, und die Erwartung seitens SP-Fraktion ist, dass in der Beantwortung ganz konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Situation vorgeschlagen werden.

Ich bitte Sie, den Mut zu haben, vor dem Handlungsbedarf nicht die Augen zu verschliessen. Und meine Ratskolleginnen und Ratskollegen bitte ich, diesen Anzug stehen zu lassen.

*Jo Vergeat (GAB):* erteilt Beat K. Schaller einen Ordnungsruf.

## **Persönliche Erklärung**

*Beat K. Schaller (SVP):* Persönliche Erklärung.

Sie haben mir einen Ordnungsruf erteilt, weil ich gesagt hätte, das sei eine Diktatur. Ich habe mein Manuskript durchgelesen, ich habe nirgends gesagt, dass Gender eine Diktatur sei. Zudem haben Sie mir den Ordnungsruf erteilt, weil ich das Wort Neusprech verwendet habe. Ich gebe zu bedenken, dass das Teil der Weltliteratur ist. Nach meinem Empfinden muss es in diesem Parlament erlaubt sein, Weltliteratur zu zitieren, und ich bitte Sie, diesen Ordnungsruf zurückzunehmen.

*Eric Weber (fraktionslos):* Ich möchte auch aus der Literatur zitieren. Nur ein Wort, "Gendergaga". Das ist ein Begriff, den man verwenden darf. Ich muss auch ganz klar sagen, dass der Anzug abgeschrieben werden soll. Man kann nicht die ganze Gesellschaft ändern. Was Beat Schaller gesagt hat stimmt. Hände weg von Kindern. Sie wissen genau, dass ich mit vielen jungen Leuten Kontakt habe, und diese beklagen sich massiv bei mir und fragen mich, was ich zu dieser LGBTQ sage. Ich sage immer, dass das ganz gefährlich sei, weil es uns nur gibt, weil unsere Mütter und Väter sich einst gern hatten. Hätten sich unsere Eltern nicht geliebt, gäbe es uns alle nicht. Hände weg von Kindern, das ist ganz wichtig. Die Kinder wollen mit Lego, Bauklötzen spielen, und sie wollen nicht über hundert verschiedene Geschlechter Bescheid wissen. Die Kinder wollen auch nichts wissen über Geschlechterumwandlung.

Ich bitte die anderen Grossräte, wie etwa David Trachsel, sich dazu zu äussern und zu positionieren. Denn hier geht es um das Überleben unserer Kinder. Ich bin gegen diesen Anzug. Ich weiss, dass ich vermutlich die Abstimmung verliere, aber dennoch hat man als gewählter Vertreter, das hier zu sagen. Ich habe den vielen Anrufen, die ich erhalten habe, erklärt, was ich denke. Die Leute haben alle gesagt, ich hätte recht.

Ich muss noch eine Korrektur anbringen. Barbara Heer hat gesagt, dass 90% sich im Saal empört hätten über die Rede von Beat Schaller. Das waren nicht 90%, das waren vielleicht 55%. 90%, das wäre ja schon ein Wahlergebnis in einer Diktatur. Wir leben nicht in einer Diktatur, wir leben in einer Demokratie, in der zweitältesten Demokratie der Welt. Darum möchte ich bitten, dass Beat Schaller und David Trachsel bei ihrer Meinung bleiben, und dass man sagen darf, was man will. Ich bin auch nur für zwei Geschlechter, für ein Geschlecht Mann und ein Geschlecht Frau. Das finde ich schön und normal. Wenn es Dinge gibt, die ich nicht normal finde, dann ist das mir selber überlassen. Ich will denken, wie ich will.

*Sasha Mazzotti (SP):* Ich möchte kurz eine Geschichte erzählen. Ein Vater ging mit seinem Sohn auf eine Bergwanderung. Sie endete leider unglücklich, beide stürzten ab. Der Vater ist sofort ums Leben gekommen, und der Sohn wurde mit dem Helikopter ins Spital geflogen. Er war im Notfalloperationssaal. Es kommt der Arzt, eine Koryphäe auf seinem Gebiet, und sagt: "Oh, ich habe Hemmungen, ich kann nicht operieren, das ist mein Sohn." Wer ist dieser Arzt? Der Liebhaber der Mutter, ein Onkel? Nach der Logik von Beat Schaller war es die Mutter.

Sprache determiniert unser Denken. Die Bilder, die wir reproduzieren, wenn wir zuhören, sind wichtig. Wenn ich nur von Politikern rede, dann sind es hier 100 Männer im Saal. In der Logik von Beat Schaller könnte man auch sagen, dass das eine uralte Forderung sei, bevor man mit den Gendersternen angefangen hat. Wir könnten auch einfach von Politikerinnen sprechen, denn die Männer sind ja darin enthalten. Wäre Ihnen das lieber? Ich glaube nicht. Es geht um das Bild, das wir uns machen, und das ist entscheidend für unsere politische Haltung, wie wir denken und wie wir sprechen.

*Fleur Weibel (GAB):* Ich möchte zu Protokoll geben, dass ich diese Diskussion und die Art und Weise, wie hier über Geschlecht gesprochen wird von Personen, die keinerlei Ausbildung oder Fachwissen in diesem Bereich haben, unterirdisch finde, hoch problematisch und für ein Parlament im 21. Jahrhundert nicht würdig.

*Andrea Strahm (die Mitte/EVP):* Ich bin von dem, was ich hören musste, zutiefst schockiert. Ich möchte mich aber dazu nicht äussern, sondern auf das eigentliche Geschäft zurückkommen. Es geht hier um den Unterricht. Die Regierung hat glaubhaft dargelegt, dass der Anzug abgeschrieben werden kann, weil genügend gemacht wird. Ich kann das bestätigen, meine Tochter ist an der Fachhochschule. Aber ich möchte doch sagen, diese Art Voten, die wir uns hier anhören mussten von Beat Schaller und anderen, ist zutiefst schockierend und nicht akzeptabel.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Wir haben uns bemüht, in der Antwort darzulegen, was die PH FHNW alles tut in der Thematik. Selbstverständlich ist die Antwort in Zusammenarbeit mit der PH FHNW entstanden. Ich finde es beeindruckend, was alles geht, wie gross das Bewusstsein ist an unserer Pädagogischen Hochschule in dieser Thematik. Ich hoffe, dass wir die Fragen der Anzugstellerin beantworten konnten. Was bleibt an Differenz zwischen Regierungsrat und Ihnen? Das ist eigentlich nur die Frage des eigenen Moduls zum gendergerechten Unterricht in der Ausbildung für Lehrpersonen. Da sind wir zusammen mit der PH FHNW der Meinung, dass das nicht der sinnvolle Weg ist. Die Gründe sind einlässlich ausgeführt in der Anzugsbeantwortung. Ich will das nicht noch einmal vorlesen, aber wir sind klar der Meinung, dass es hier um fachsbereichübergreifende und fachspezifische Aufgaben geht und dass es eben gerade nicht darum geht, die in einem eigenen Modul zu verstauen, sondern die Thematiken finden generell in der Ausbildung der Lehrpersonen eine grosse Rolle. Das muss in allen Fächern stattfinden, und nicht nur in gezielten Modulen. Das gleiche gilt für die Dozierenden der PH FHNW. Deshalb lehnen wir die Forderung des Anzugs ab. Aber in der Antwort kommt klar zum Ausdruck, dass die Thematik vom Regierungsrat wie auch von der PH FHNW als eine äusserst wichtige verstanden wird.

## **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

### Ergebnis der Abstimmung

49 JA

45 NEIN

1 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5296 ist **erledigt**.

## 21. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 124 Sasha Mazzotti betreffend Schulraum

[16.02.22 17:47:05, ED, 21.5694.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Sasha Mazzotti (SP):* Meine Antwort zu dieser Interpellation hatte ich schon länger geschrieben und gehofft, sie in der Novembersitzung halten zu können. In der Zwischenzeit hat der Regierungsrat neue Raumstandards verabschiedet, und wir hatten in der BKK eine Fokussitzung mit dem ED, an der alles etwas rosig und unproblematisch dargestellt wurde.

Möglicherweise leben wir in zwei unterschiedlichen Universen, die beide Basel heissen, oder in einer Realität der Verwaltung und ihrer Planung am Computer und einer Realität der Menschen draussen vor Ort. Die Wahrnehmung ist eindeutig nicht dieselbe. Ich suche nicht nach Problemen und Möglichkeiten, herumzumäkeln. Diese Themen werden mir als Vertreterin im Parlament oft zugetragen und ich versuche, mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln mich dafür einzusetzen.

In der Interpellationsbeantwortung wird von Anpassungen geredet, die auf die Schulharmonisierung zurückzuführen sind. In der Einleitung steht weiter, dass von Seiten der Pädagogik neue räumliche Bedürfnisse angemeldet wurden, weg vom klassischen Schulzimmer mit Frontalunterricht hin zu modernen Unterrichtsformen. Hat man denn in der Schulraumplanung nicht mitgekriegt, dass dies auch einen erhöhten Platzbedarf benötigt?

Noch immer beschäftigt mich die Schulraumorganisation und das Drei-Rollen-Modell. In der Antwort steht: Wenn alles geplant ist von Vertretern und Vertreterinnen des ED, FD und BVD, dann findet eine pädagogische Überprüfung statt unter Mitwirkung von Vertretern und Vertreterinnen der Volksschule. Sind da Lehrpersonen gemeint? Ich habe mich erkundigt, bei den betreffenden Stellen ist diese Mitwirkung nicht bekannt.

Etwas schockiert bin ich über die Antwort zu Frage 4. Ich habe mich in der Interpellation erkundigt, wie viele Klassenzimmer und Gruppenräume an den einzelnen Schulhäuser zur Verfügung stehen und an welchen Standorten Standardklassenzimmer sind, Gruppenräume und Spezialräume. Wie kann Schulraum geplant werden, wenn ich als Antwort erhalte, dass die detaillierte Erhebung mehrere Jahre dauern würde? Offensichtlich fehlt die Übersicht, und da wundert es mich nicht, dass keine seriöse Schulraumplanung gemacht werden kann, ausser auf dem Reissbrett. Weiter steht, die Doppelnutzung der Räume sei nicht etwa nur eine Notlösung, sondern durchaus gewünscht. Da frage ich mich, von wem? Eine seriöse Beantwortung der Interpellation hätte mir dies angeben können. In der Antwort wird suggeriert, dass es sich vorwiegend um gewünschte Doppelnutzung der Spezialräume handelt. Es gibt aber ausreichend Beispiele an der Primarschule, wo Gruppenunterricht in dafür nicht geeigneten Spezialräumen wie Textilräume stattfinden muss. Oft entstehen auch unnötige Mehraufwände, wenn die Psychomotorik alles auf- und abbauen muss, wenn danach Musikunterricht in diesen Räumen stattfindet. Es ist so, dass die Schulleitung zum Teil kurzfristige Lösungen finden muss, damit zusätzliche Klassen gebildet werden können.

Ich werde den Eindruck aber nicht los, dass auch hier die Schulleitungen wenig Unterstützung vom ED erhalten. Auf dem Reissbrett resp. in der Planung funktioniert diese Doppelnutzung, denn es ist abstrakt. In der Realität weniger. Die Kosten eines Provisoriums könne zur Zeit nicht beantwortet werden. Ich habe die Frage gestellt, weil ich erfahren wollte, ob dem ED bewusst ist, dass es sich bei einem Provisorium nicht nur um Miet- und Umzugskosten handelt, sondern um Ressourcenaufwand für den Schulbetrieb, und welche Unruhe dies mit sich bringt. Offenbar ist es ihnen nicht bewusst oder gleichgültig.

Wie Sie gehört haben, bin ich mit dieser Interpellationsbeantwortung nicht zufrieden. Regierungsrat Conradin Cramer wird mir antworten, dass seine Mitarbeitenden sich einsetzen und wird sich vor sie stellen. Diese Loyalität finde ich grundsätzlich lobenswert, aber vergessen Sie nicht, Sie haben noch weitere 4'000 Mitarbeitende in den Schulen selber, die versuchen, unsere Kinder zu unterrichten und grossen Einsatz leisten. Stehen Sie auch zu ihnen, und nicht nur zur Verwaltung. Eine konstruktive Zusammenarbeit wird wieder einmal dringend notwendig.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 21.5694 ist **erledigt**.

## **22. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Evaluation und Beruhigung der integrativen Schule**

[16.02.22 17:52:15, ED, 17.5077.04, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 17.5077 abzuschreiben.

*Sandra Bothe (GLP)*: beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Mit ihrem Anzug verlangen Annemarie Pfeifer und Konsorten sowohl die Evaluation der integrativen Schule als auch deren Beruhigung. Tatsächlich wurden verschiedene Massnahmen zur Beruhigung eingeführt wie die Einführungsklassen, das Time-out-Angebot, spezielle Förderräume, spezifische Sprachförderungsklassen, sogenannte SSR-Klassen, ausserdem wurden die Ressourcen für Logopädie und Psychomotorik aufgestockt. Mit diesen Massnahmen sollen die Lehr- und Fachpersonen unterstützt, der Schulalltag beruhigt und das gesamte Schulsystem entlastet werden. Deshalb beantragt der Regierungsrat, den Anzug abzuschreiben.

Aber haben alle diese Massnahmen tatsächlich zu einer Beruhigung des Schulalltags geführt? Die Ressourcen von Fr. 2'000'000, die beispielsweise für Einführungsklassen gesprochen wurden, werden aktuell für ganz unterschiedliche, grösstenteils individuelle Fördermassnahmen verwendet. Einzelne Kinder werden also individuell oder in kleinen Gruppen gefördert, die dann nicht am Unterricht der Klasse teilnehmen. Das gleiche gilt für jene Schülerinnen und Schüler, die ein Time-out-Angebot besuchen oder individuelle Förderräume. Auch Kinder, die in SSR-Klassen beschult werden, besuchen nicht während der gesamten Unterrichtszeit den Klassenunterricht. Wenn die Ressourcen für die Logopädie und die Psychomotorik aufgestockt werden, dann werden vermehrt Schulstunden für diese Therapiestunden genutzt, und diese Schülerinnen und Schüler besuchen dann den Regelunterricht ebenfalls nicht.

War eine Klasse ursprünglich der Ort, wo alle Kinder beschult wurden, ist sie heute ein Ort des Kommens und Gehens. Während ein Kind die Logopädie besucht und eine weitere Gruppe durch die schulische Heilpädagogin gefördert wird, unterrichtet die Lehrperson jene Schülerinnen und Schüler, die in der Klasse verbleiben. Wegen dem Kommen und Gehen ändert im Verlauf des Schulmorgens die Gruppenzusammensetzung manchmal mehrmals. Die Klassenlehrperson unterrichtet ihre Klassen deshalb oft nicht als Ganzes. Abgesehen davon, dass dies unzählige Absprachen fordert und einiges an Organisationstalent voraussetzt, nehmen mehrere Kinder gar nicht mehr in vollem Umfang am Klassenunterricht teil und verpassen damit auch vieles.

Mit einer Beruhigung des Schulalltag hat dies nichts mehr zu tun. Das System wird nicht entlastet, sondern an die Grenzen seiner Funktionsfähigkeit gebracht. Die Belastung der integrativen Schule zeigt sich auch darin, dass offenbar immer mehr Kinder einen Förderbedarf ausweisen und dagegen wiederum Massnahmen ergriffen werden. Anstatt dass die Regelschule ein Ort des Lernens für alle ist, ist sie ein Ort für wenige geworden, die ihren Anorderungen ohne zusätzliche Unterstützung gewachsen sind. Wenn nun der Regierungsrat von Massnahmen spricht, die zu einer Entlastung des Systems führen sollen, dann stellt sich auch die Frage, was denn das System belastet. Die Kinder?

Gegen diese Ansicht wehrt sich die GLP vehement. Eine Schule, die nicht mehr für die meisten Kinder ein Ort des Lernens sein kann, soll nicht davon ausgehen, dass die Kinder zunehmend nicht mehr passen, sondern sie muss ihre eigene Funktionsweise und jene Reformen, die zu dieser Situation geführt haben, grundsätzlich hinterfragen, auch weil dies in der Konsequenz Einfluss auf die Bildungsqualität der Schulen hat. Auf die Tatsache, dass die Schule von den Lehr- und Fachpersonen und von den Schülerinnen und Schülern zunehmend als Ort der Be- und Überlastung und des Drucks wahrgenommen wird, muss dringend reagiert werden. Doch die eingangs beschriebenen Massnahmen sind wohl doch nicht die richtige Antwort zur Beruhigung der integrativen Schule. Sie führen nur zu mehr Diagnosen, zu noch mehr Absprachen und mehr Administrations- und Organisationsaufwand. Der Schlussbericht zur Systemevaluation über die Wirksamkeit der integrativen Volksschulen erfolgt wiederum erst im 2023. Auf diese Resultate sind wir Grünliberalen gespannt.

Auch deshalb empfehlen wir, den Anzug stehen zu lassen und bis jene Antworten gefunden und jene Massnahmen getroffen sind, die die Schule wieder zu einem Ort für die Allermeisten macht und für die ganz Wenigen, die einer besonderen Förderung bedürfen, spezielle Angebote bereitstellt, die auf ihre ganz besonderen Bedürfnisse eingehen.

### **Schluss der 4. Sitzung**

18:00 Uhr

---

### **Beginn der 5. Sitzung**

Mittwoch, 16. Februar 2022, 20:00 Uhr

*Jo Vergeat, Grossratspräsidentin:* Bevor wir mit dem Traktandum 22 weiterfahren, habe ich noch eine kurze Mitteilung zu machen an all jene, die jetzt hier sind. Ich habe etwas zu Beichten. Ich bin auch die Obfrau des Schwätzerinnen- und Schwätzerzügleins der Fasnacht des Grossen Rats, das ist ein kleines Grüpplein, das sich eigentlich am Dienstag trifft und am Fasnachtsdienstagmittag einen Apero veranstaltet. Dann gibt es einen kleinen Umzug. Ich habe nicht daran geglaubt, dass wir eine Fasnacht haben, deshalb habe ich das etwas schleifen lassen. Aber alle, die sich dafür interessieren würden, zumindest am Fasnachtsdienstag, an einem Apero und vielleicht an einem kleinen Umgang mit dem Schwätzerzüglein teilzunehmen, können sich gerne bei mir per E-Mail melden. Das gilt dann auch für das nächste Jahr, wenn alles wieder normal läuft. Meine Mailadresse finden Sie auf der Webseite.

*Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB):* Das Votum lässt sich jedes Mal um eine neues Kapitel ergänzen. Seit der letzten Sitzung ist beispielsweise die kantonale Volksinitiative für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt, die sogenannte Förderklasseninitiative dazugekommen. Sie sehen, den Lehrpersonen, die alles geben, damit die Schule eine Schule für alle Kinder und Jugendliche ist, gehen die Verbesserungen zu langsam. Deshalb haben sie auch diese Initiative lanciert.

Zu langsam? Im ED selber weiss man, dass es Anpassungen bei der integrativen Schule braucht. Sicher, die Pandemie hat vieles auch gebremst. Aber wie von der Vorrednerin zu hören war, sind verschiedene Punkte der Anzugsbeantwortung noch nicht umgesetzt worden oder sind anpassungswürdig. Sicher ist auch, dass es noch viel zu tun gibt. Deshalb habe ich mein Votum nicht nur durch ein Kapitel ergänzt, sondern ich möchte kurz und klar fordern: Herr Regierungsrat Cramer, packen Sie es an und berichten Sie erneut.

*Sasha Mazzotti (SP):* Gerade durfte ich mich allein vor der Abendpause einem ED-Geschäft widmen und mich für nicht befriedigt erklären. Nun sind wir eine grössere Gruppe, die mit der Beantwortung des Anzugs nicht zufrieden ist und diesen mitnichten als erledigt betrachtet. Dieser Anzug wurde 2017 eingereicht, weil Handlungsbedarf bestand, dieser besteht nach wie vor.

Die Antworten des ED sind Schönfärberei. Weder eine Beruhigung konnte erreicht werden, noch wurde eine erneute Evaluation durchgeführt. Wenn es eine Evaluation gab, wo sind denn die Ergebnisse? Die Rede ist von einem Monitoringbericht, aber dieser ist recht schwammig und vor allem ohne konkreten Output und Veränderungsmaßnahmen. Das ED schreibt in der Antwort von Erhöhung der Ressourcen in der Logopädie. Die Erhöhung hat mit den steigenden Schüler:innenzahlen zu tun, nicht mit mehr Geld für die einzelnen Schülerinnen und Schüler. Aber für die Statistik sieht das ganz gut aus. Zudem fehlt es an Logopädinnen und Logopäden, Psychomotoriklehrpersonen. Was nützen denn da die Ressourcen?

Positiv zu sehen ist, dass nun die Ausbildung zur Logopädie jährlich stattfindet und nicht mehr zweijährlich, aber das greift natürlich noch nicht. Aufgrund der Motion Wenk zu den Einführungsklassen, die wir hier im Rat zum zweiten Mal überwiesen hatten, musste das ED handeln. Nun hat man das ganze Thema Schuleingangsstufe in die Zuständigkeit der einzelnen Standorte übergeben. Es gibt verschiedene Modelle, es muss nicht eine EK sein, wobei ihr Ruf viel schlechter ist als das eigentliche Konzept. Die Umsetzung ist hier das Thema. Und wenn eine Schule etwas drauf hat, dann klappt es, sonst Pech gehabt. Daran kann es nicht liegen.

Das ED hat sich scheinbar aus der Affäre gezogen und überlässt es den einzelnen Standorten, sich um die Umsetzung der Motion zu kümmern. Teilautonomie heisst das. Ist es denn nicht seine Aufgabe, wenigstens ein Qualitätsmanagement zu machen? Vielleicht findet es statt, dann wäre doch das ein Punkt für den nächsten Bericht zu diesem Anzug. Darum sollten wir ihn stehen lassen.

Es wird von einem speziellen Kindergarten geschrieben für Kinder mit einer Autismusspektrumsstörung. Den gibt es meines Wissens noch nicht, und falls dieser Kindergarten demnächst eröffnet wird, dann geben Sie doch diese Information weiter an Ihre Sozialpartner und die Bildungskommission. Auch das könnte eine konkrete Antwort für den nächsten Bericht sein.

Das ED spricht davon, dass es gute Schulen möchte. Ich hätte auch nichts anderes erwartet. Nun kommt es im Unterricht vor, dass eine Schülerin oder ein Schüler durch ihr oder sein störendes Verhalten so viel Platz einnimmt, dass der Unterricht so nicht leistbar ist. Das ist nicht der Fehler des störenden Kindes, aber des Systems, in dem es sich nicht zurecht findet und nicht die notwendige Hilfe bekommt. Weiterbildungen für Lehrpersonen werden geprüft, heisst es. Gut ausgebildete Lehrpersonen sollten weitergebildet werden, um mit der integrativen Schule besser umgehen zu können. Sind es tatsächlich die Lehrpersonen, ihre angebliche mangelnde Ausbildung, dass die integrative Schule noch nicht funktioniert, wie wir es uns erhoffen? Es braucht einiges, um das Gelingen der integrativen Schule zu gewährleisten. Das ED hat bis jetzt die Lehrpersonen und ihre sozialen Partner wenig einbezogen oder beachtet. Warum denken Sie, hat die FFS beschlossen, dass sie die Initiative für den Ausbau der separativen Schule an der integrativen Volksschule unterstützt?

Falls ich aber falsch liege und Sie die Ängste und Themen zur integrativen Schule sehr ernst nehmen, die Lehrpersonen bei Ihren Entscheidungen einbinden, alles daran setzen, dass die integrative Schule für alle funktioniert, Verantwortung übernehmen und Führung zeigen, wo es angebracht ist, gleichzeitig nicht so sehr nach dem Top down- sondern eher nach dem Bottom up-Prinzip handeln, falls also mein Eindruck falsch ist, dass sie es eher aussitzen, Sie den Lehrpersonen, die an der integrativen Schule an den Anschlag kommen, das Gefühl geben, sie seien inkompetent, wenn also mein Eindruck falsch ist, dann bitte ich Sie, die Vorstösse endlich dementsprechend zu beantworten. Lassen Sie uns die kritischen



Stimmen teilhaben an Ihrer guten Arbeit. Dann wird das Vertrauen wieder wachsen.

Ich bitte Sie, den Anzug stehen zu lassen und dem ED die Möglichkeit zu geben, die kritischen Punkte, die heute aus dem Saal kommen, im nächsten Bericht zu beantworten.

*Jenny Schweizer (SVP):* Die SVP-Fraktion bittet Sie, den Anzug abzuschreiben. Der Regierungsrat hat ausgiebig dargelegt, welche Evaluationen zur Beruhigung der integrativen Schule gemacht und analysiert wurde und welche Schlussfolgerungen daraus resultieren und umgesetzt wurden. Wir sind aber erstaunt, dass mit all den vielen Massnahmen, die getroffen wurden und für die Ressourcen gesprochen wurden, weil der Bedarf leider da ist, im Schuljahr 2021/22 keine Einführungsklassen im Kanton gebildet wurden. Es liegt im Ermessen der jeweiligen Schulstandorte, die dafür zur Verfügung gestellten Ressourcen unter anderem für Einführungsklassen in der Schuleingangsphase zu verwenden.

Wir sind aber besorgt, dass die Schulstandorte davon absehen, solche Einführungsklassen zu bilden, weil wir überzeugt sind, dass sie damit als Konsequenz die integrative Schule entlasten können und die Einführungsklassen auch für die Schülerinnen und Schüler eine sehr gute Option für ein ungestörteres und ruhigeres Lernen Garant sind. Das ist sicherlich auch der Grund, weshalb den zum Vergleich aufgeführten Kantonen nur der Kanton Solothurn von Einführungsklassen absieht, wobei dort Sonderschulen zum Tragen kommen. Die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Bern und Zürich bieten diese Einführungsklassen an.

Mit den unter Punkt 4 aufgeführten Massnahmen zur Beruhigung des Schulalltags wird dem Anzug vollumfänglich nachgekommen und dieser ist deshalb abzuschreiben.

*Catherine Alioth (LDP):* Ich möchte beim vorliegenden Anzügen nicht auf die Einzelheiten eingehen, sondern mehr im Überblick antworten und darlegen, weshalb wir für Abschreiben dieses Anzugs sind.

Dieser Anzug stammt aus dem Jahr 2017. Die integrative Schule hat sich inzwischen weiterentwickelt, die Anforderungen an die integrative Schule sind heute, fünf Jahre später, dank den Erfahrungen und Erhebungen ausdifferenziert und klar ermittelt. Es macht deshalb Sinn, auf der Ebene der neugewonnenen Erkenntnissen fortzufahren und die Entlastungsmassnahmen entsprechend zu formulieren und anzupassen. Ressourcen sind auch im Budget 2022 eingestellt.

Noch ist die Motion Franziska Roth betreffend ergänzende Massnahmen zur Umsetzung des Auftrags der integrativen Schule hängig, eine Antwort des Regierungsrats ist auf Frühling 2023 zu erwarten. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die Schulevaluationen, die hier im Anzug beschrieben sind, die im Zeitraum der Schuljahre 2014/15 bis 2022/23 an allen Schulstandorten erhoben werden, abgeschlossen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sind Anhaltspunkte für die Ausdifferenzierung von Formulierung und Bestimmung der Entlastungsmassnahmen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie namens der LDP-Fraktion, diesen Anzug abzuschreiben.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Selbstverständlich gibt es viel Arbeit bei der integrativen Schule, und selbstverständlich beantragen wir Ihnen mit dem Abschreiben dieses Anzugs nicht, die Arbeiten an der integrativen Schule abzuschreiben, ganz im Gegenteil. Catherine Alioth hat es eben gesagt, wir haben starken Druck über die Motion von Franziska Roth, der Präsidentin der BKK, das ganze System der integrativen Schule zu überprüfen und auch zu verbessern. Ich durfte am Montag in der BKK zusammen mit dem Leiter Volksschulen noch einmal dezidiert darlegen, dass wir sehr stark gewillt sind, hier zu verbessern und selbstverständlich wollen wir diese Verbesserungen partizipativ angehen mit den Lehrpersonen, den Schulleitungen.

Sasha Mazzotti hat mir ganz viele Fragen gestellt. Sie hat mich mehrfach gefragt, ob sie falsch liege mit Vermutungen. Ich habe keinen Grund anzunehmen, dass diese Fragen rhetorisch waren. Deshalb kann ich auch mit aller Entschiedenheit antworten, ja, ich glaube ganz entschieden, dass Sie falsch liegen, und ich bitte Sie, den Anzug aus dem Jahr 2017, der auch nicht mehr ganz aktuell ist, abzuschreiben. Es gibt andere bereits bestehende Druckelemente des Grossen Rats, die uns zum Handeln bewegen. Und wir wollen ja auch etwas tun. Diesen Anzug kann man also guten Gewissens abschreiben.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

### **Ergebnis der Abstimmung**

38 JA

50 NEIN

2 ENT

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug 17.5077 **stehen zu lassen.**

**23. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Kampf gegen sexuelle Ausbeutung: Aufklärungs- und Präventionsmassnahmen in Schulen und für Eltern zur Loverboy-Problematik**

[16.02.22 20:14:52, ED, 19.5408.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5408 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5408 ist **erledigt**.

**24. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend Pavillon für die Bildungslandschaft Bläsiversum**

[16.02.22 20:15:17, ED, 19.5228.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5228 abzuschreiben.

*Michelle Lachenmeier (GAB):* beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Im Namen des GAB beantrage ich Ihnen, den Anzug stehen zu lassen. Ich möchte Ihnen zunächst aufzeigen, in welchem Kontext der Anzug steht. Es geht vorwiegend um die Bildungslandschaft Bläsiversum. Die Idee ist, dass die Schule Teil des Quartiers ist und schulische und ausserschulische Akteure zusammenarbeiten. Die Kinder sollen sich in einer anregenden Umgebung entwickeln können und die verschiedenen Lernwelten der Kinder sollen auch im Quartier miteinander verbunden werden.

Der Pavillon, um den es hier geht, konnte während mehreren Jahren vom Quartier und verschiedenen Vereinen genutzt werden. Er stand neben dem Bläsischulhaus auf dem Pausenplatz und er wurde von den Kindern mit vielfältigen Aktivitäten genutzt. So gab es beispielsweise Veloflicktage, Flohmärkte, Bastelnachmittage, als Ergänzung zur Schule.

Die Regierung hat den Anzug nach zwei Jahren mit ein paar wenigen Sätzen beantwortet und möchte ihn abschreiben. Die Fragen 1 und 2 haben sich auch aus meiner Sicht tatsächlich erledigt, der frühere Container, der von den Beteiligten Pavillon genannt wird, war damals als Zwischennutzung auf den Pausenplatz gekommen. Er konnte dort nicht mehr weitergeführt werden aus verschiedenen Gründen, vor allem auch aus platz- und denkmalschützerischen Gründen. In der Zwischenzeit kam dieser Pavillon auf der Erlennmatt bei einer Zwischennutzung zum Einsatz. Dieser Container ist also weg. Es besteht aber weiterhin ein Bedürfnis der Bildungslandschaft nach einem überdachten Ort für niederschwellige soziokulturelle Angebote auf dem Matthäuskirchplatz. Der Verein Allwäg, der früher den Pavillon hauptsächlich bespielt hatte, bietet heute nur noch bei schönem Wetter sein Angebot auf dem Spielplatz an. Es gibt keinen Unterstand noch einen Innenraum, weder in der Schule noch in der Matthäuskirche nebenan, und es ist auch in Zukunft nicht zu erwarten, dass es dort Platz dafür gibt.

Auf meine dritte Frage, ob es eine Möglichkeit für einen neuen Pavillon gibt, schreibt die Regierung, dass einem Neubau für quartierdienliche Nutzung mit einer WC-Anlage und einem Café innerhalb der Grünzone aus Sicht der Dienststelle Städtebau und Architektur zugestimmt werden könnte, Voraussetzung sei die Zusage der Stadtgärtnerei, der Denkmalpflege und auch die Erbringung der notwendigen finanziellen Mittel. Das zeigt, dass die Regierung das Anliegen grundsätzlich versteht und die Idee eines solchen Pavillons nicht grundsätzlich ablehnt. Dennoch befürchte ich angesichts dieser Antwort, dass die Idee mit der Abschreibung des Anzugs in einer Schublade verschwindet und kein Projekt weiterverfolgt wird. Mit dem Anzug kann die Regierung zwar nicht direkt verpflichtet werden, einen solchen Pavillon zu planen oder ein Wettbewerbsverfahren für den Bau und die Ausschreibung des Betriebs aufzugleisen. Wir möchten den Anzug aber dennoch stehen lassen, damit die Idee dieses Pavillons bei der Verwaltung pendent bleibt und nicht untergeht, wenn in den nächsten Jahren die Neugestaltung oder teilweise Umgestaltung des Matthäuskirchplatzes ansteht. Vielleicht steht in den nächsten Jahren auch eine Umnutzung der Matthäuskirche an. Auch in diesem Rahmen könnte diese Idee eines niederschwelligen Quartierangebots mit einem solchen Pavillon wieder relevant werden und die Idee allenfalls umgesetzt werden.

Ich bitte Sie daher, den Anzug stehen zu lassen.

*Sasha Mazzotti (SP):* Ich pflichte Michelle Lachenmeier bei. Die SP ist entgegen der Kreuztabelle auch für Stehenlassen.

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

### Ergebnis der Abstimmung

41 JA

52 NEIN

1 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 19.5228 **stehen zu lassen**.

## 25. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend mehr männliche Betreuungs- und Lehrpersonen in Basler Kitas, Tagesstrukturen, Kindergärten und Primarschulen

[16.02.22 20:21:04, ED, 19.5424.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5424 abzuschreiben.

*Claudio Miozzari (SP):* beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Dass Männer Verantwortung bei der Kinderbetreuung übernehmen, besonders auch in Kitas, im Kindergarten und in der Primarschule, sollte normal sein. Gerade in dieser Altersphase werden bei den Kindern Rollenbilder geprägt, die später unter anderem zu Einschränkungen bei der Berufswahl führen. Umso problematischer ist es, dass genau in den Betreuungsbereichen ein riesiges Ungleichgewicht besteht, was die Geschlechter betrifft.

Ich möchte hier deutlich sagen, dass alle in der Betreuung engagierten Frauen hervorragende Arbeit leisten, nur dank ihnen funktioniert das System. An ihnen fehlt gar nichts, und trotzdem fehlt es an männlichen Vorbildern. In der Antwort auf meinen Anzug wird deutlich, wie rar auch in Basel-Stadt männliche Betreuungspersonen sind. Ihr Anteil liegt auf der Primarstufe unter dem schweizerischen Schnitt und hat in den letzten Jahren sogar noch abgenommen. Ebenso ist es im Kindergarten und in den Kitas, wobei der Kanton hier gar nicht über genaue Zahlen verfügt. Etwas konsterniert muss ich feststellen, dass der Regierungsrat trotz dieser schlechten Lage keinen zusätzlichen Effort unternimmt und den Anzug einfach abschreiben möchte. Damit kann ich mich natürlich nicht einverstanden erklären.

Erlauben Sie mir festzuhalten, dass ich im Anzug keine Quote gefordert habe. Es ist eine Zielvorgabe vorgeschlagen. Wenn der Regierungsrat der Meinung ist, ein Ziel nur mit dem Vorschreiben einer Quote zu erreichen, ist das seine Schlussfolgerung. Ich bezweifle das und hätte vielmehr erwartet, dass der Regierungsrat selber ein realistisches Ziel vorschlägt, wenn ich zu hoffnungsvoll und erwartungsvoll war. Sich kein Ziel zu setzen, kommt einer Kapitulation gleich. Deshalb machen wir dem Regierungsrat doch etwas Mut, lassen wir diesen Anzug stehen.

*Beatrice Messerli (GAB):* Die Regierung schlägt vor, den Anzug aufgrund der Anzugsbeantwortung abzuschreiben. Das scheint mir etwas arg mutlos und wenig inspiriert. Auch wenn gewisse Schlussfolgerungen durchaus stimmig und zutreffend sind, müsste die Regierung doch bereit sein, weitere Visionen zu entwickeln, um wenigstens eine kleine Erhöhung des gewünschten Anteils von männlichen Betreuungs- und Lehrpersonen in Kitas und im ersten Zyklus der Volksschule anzustreben.

Dazu bräuchte es aber wesentlich mehr als in der Antwort aufgelistet ist. Ich stimme der Regierung zu, dass Quoten nicht zwingend hilfreich sind, aber einen Richtwert festzulegen, wie das Claudio Miozzari schon gesagt hat, halte ich für einen gangbaren Weg. Die Anstrengungen, die seitens Gleichstellungsbeauftragten Lehrpersonen und FHNW gemacht werden, sind offenbar bei Schulabgängern spür- und sichtbar. Aber gerade die Ausbildungsgänge an der PH FHNW werden als wenig attraktiv geschildert. Der Akademisierungswahn hält viele junge Menschen davon ab, eine Berufsausbildung zu beginnen, die viel verlangt und dann in einem Beruf mündet, der von der Gesellschaft immer noch nicht wirklich als wichtiger und richtiger Beruf angesehen wird. Im Kindergarten ein bisschen mit Kindern spielen, in der Spielgruppe oder Kitas ein bisschen Kinder hüten - ein Bild, das schon lange nicht mehr stimmt, aber sich bei den Löhnen zeigt. Es ist schon verrückt, dass Menschen, die sich um unser Geld kümmern, um ein Vielfaches besser bezahlt werden als die Menschen, die sich um Klein- und Kindergartenkinder kümmern.

Welche Massnahme bräuchte es dringend, damit die angestrebten Erhöhungen der Anzahl Männer in Berufen wie Kleinkindererzieherinnen, Kitabetreuende und erster Zyklus Volksschule gelingt? Weiterhin Aufklärungskampagnen und Beratungen in der Schule, aber auch mehr in die Lehrer:innenausbildung investieren. Laut Auskunft von Lehrpersonen scheint in den Schulen ein gewisser Wandel spürbar, das heisst, es interessieren sich tatsächlich junge Männer für Berufe, die bis anhin fest in Frauenhänden waren. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, allerdings werden viele abgeschreckt durch die unattraktiven Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Einerseits die bisher abzuschließenden Praktika, die nicht immer in einen Ausbildungsplatz mündeten, die tiefen Löhne, die mangelnde Anerkennung und der Weg über die PH

FHNW, für Jugendliche, und vor allem für männliche Jugendliche, eine zu hohe Hürde.

Hier gäbe es noch viel zu tun und das ist deshalb ein Grund, den Anzug nicht abzuschreiben. Die Ausbildungswege müssten überdacht und neu konzipiert, Löhne müssten angepasst und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Franziska Peterhans, Geschäftsführerin des LCH, hat es einmal so formuliert: "Solange die Lohnhöhe an der Schuhgrösse der zu betreuenden Kinder festgemacht wird, wird sich nicht viel ändern und das Rollenklischee vom Mann als hauptsächlichem Ernährer verhindert einen stärkeren Zulauf von Männern in diese Berufe."

Dies zu ändern ist das Ziel des vorliegenden Anzugs. Auch dieser Anzug unterstützt meinen Anzug, der leider abgeschrieben wurde, aber auch da ging es um die Möglichkeit, geschlechterübergreifend in andere Berufe einzusteigen. Und genau das ist es, was der Anzug von Claudio Miozzari ebenfalls möchte. Ich möchte Sie bitten, diesen Anzug stehen zu lassen.

*Karin Sartorius (FDP):* Auch ich wünsche mir, dass meine Kinder während ihrer Kita- und Schulzeit mit möglichst vielfältigen Rollenvorbildern von Männern, Frauen, LGBTQ-Personen betreut und unterrichtet werden. Noch wichtiger ist mir aber die Qualifikation, die Passung zum Anforderungsprofil der Betreuenden und der Lehrpersonen, im Besonderen die Qualifikation, dass der Betreuende und die Lehrperson die Kinder motivieren können, genau das zu werden, wovon sie träumen. Kinder sollen lernen, dass es keine genderspezifischen Berufe gibt, sondern dass alle von ihnen alles werden können und dürfen. Hier sind auch das Elternhaus und weitere Bezugspersonen der Kinder gefordert.

Als Lösung werden hier Quoten angesprochen. Aber Quoten für ein Gender sind für mich nur eine Notlösung in äusserst seltenen Fällen, wenn alle anderen Lösungswege versagt haben. Wenn es seit Jahren keine männlichen Lehrpersonen und Kitabetreuer oder weibliche Professorinnen an der Universität gäbe, könnte ich mich für das Thema Quoten für einen spezifischen Beruf erwärmen lassen. Dies ist hier aber nicht der Fall. Die Regierung schreibt selber, dass es keine geschlechtsspezifischen Hürden bei den Bewerbungen gäbe und dass Bewerbungen von Männern in der Regel sehr erwünscht sind. Weiter sei der Kanton als Arbeitgeber bemüht, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gleichermaßen attraktive und fortschrittliche Arbeitsbedingungen zu bieten. Das glaube ich ihm. Ich bitte Sie daher, den Anzug abzuschreiben.

Thüring, Joël, SVP

Ich war damals Zweitunterzeichner des Vorstosses von Claudio Miozzari, weil er hat tatsächlich damals einen Punkt getroffen, der für unsere Gesellschaft schon entscheidend ist, nämlich die Frage, ob wir es zulassen, dass ein Grossteil der Lehrpersonen weiblich sind. Ich glaube, für eine Gesellschaft ist dies schlecht, weil es auch für eine Bildung von Kindern wichtig ist, dass sie von Personen kommt, die verschiedene Hintergründe haben und auch verschiedene Geschlechter. Wenn eine Schulklasse nur von weiblichen Lehrpersonen betreut wird, dann hat das Einfluss auf den weiteren Weg.

Nun kann man wie Claudio Miozzari und Beatrice Messerli daraus eine riesige Debatte machen und sagen, Regierungsrat Conradin Cramer sei mutlos. Das wurde mehrfach erwähnt. Man kann auch sagen, er habe keine Visionen. Aber ich glaube, wir müssen einsehen, dass die Situation, die Claudio Miozzari richtig dargelegt hat, nicht mit diesem Anzug gelöst werden kann, auch wenn Sie diesen Anzug vermutlich stehen lassen, müssen Sie sich überlegen, was in zwei Jahren kommt. Die Antwort des Regierungsrats wird in zwei Jahren vermutlich nicht viel anders sein können, weil dieses gesellschaftliche Problem sich von heute auf morgen nicht lösen wird und wahrscheinlich nicht alleine dadurch gelöst wird, dass Claudio Miozzari einen mutigen Anzug eingereicht hat. Es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, und wir haben in der Anzugsbeantwortung des Regierungsrats aufgeführt bekommen, was alles getan wird. Ich glaube es ist gut, wenn wir sagen, dass wir uns wünschen, dass dieser Weg weiter beschritten wird, dass wir schauen, eine ausgewogene Möglichkeit zu haben, an den Kitas, in den Tagesstrukturen, an den Primarschulen Lehrpersonen zu haben, die männlich und weiblich sind, ohne Quote. Diesen Weg werden wir gehen müssen, unabhängig von diesem Anzug.

Hier ermutige ich den Regierungsrat vielmehr, diesen Weg so weiterzubeschreiten. Ich muss zugeben, es wäre mir durchaus auch recht, wenn der Regierungsrat sich mehr Gedanken machen würde, wie wir auch Jungs abholen. Wenn wir sehen, was am Zukunftstag für die Mädchen gemacht wird, dann muss ich sagen, gibt es bei den Jungs durchaus noch Entwicklungspotenzial, was das Angebot anbelangt. Es hat sich mir beispielsweise nie erschlossen, weshalb es ein Mädchenparlament geben muss und weshalb es nicht auch ein Bubenparlament geben kann. Auch da müssen wir offen bleiben, dass wir nicht aus einem gewissen Nachholbedürfnis heraus die nächsten 30 Jahre Buben benachteiligen, indem wir überall nur noch Mädchen voranstellen. Ich bin kein Gegner von Unterstützungsmassnahmen, alles andere muss gleichgestellt sein, aber dabei darf der Bub nicht vergessen gehen.

Bei diesem Anzug war der Gedanke, dass künftig nicht vergessen werden darf, dass auch männliche Betreuungspersonen in einem Bildungssystem durchaus ihren Platz haben müssen und diese männlichen Betreuungspersonen auch für die Bildung der Kinder einen wertvollen Beitrag leisten können. Das werden wir aber mit Stehenlassen dieses Anzugs nicht weiter erreichen. Wir können also heute diesen Vorstoss abschreiben aber Regierungsrat Conradin Cramer ermutigen, alles daran zu setzen, mit den entsprechenden Fachpersonen, dass der Anteil männlicher Betreuungs- und Lehrpersonen in den kommenden Jahren zunimmt und wir eine Ausgewogenheit erreichen, die auch im Interesse unserer Kinder ist.

*Sandra Bothe (GLP):* Die Antwort des Regierungsrats ist eine Analyse des Bestehenden. Die Berufswahl sei ein persönlicher Entscheid, die Gesellschaft als Ganzes gefordert, einen Richtwert einzuführen nicht realistisch. Die Beantwortung ist durchaus plausible. Deshalb ist auch ein Teil der GLP für Abschreiben. Aber die Antwort weist in keiner Weise darauf hin, wie sich etwas ändern könnte, was eben zu prüfen gewesen wäre. Darum ist der andere Teil der GLP

für Stehenlassen.

Während sich in der Betreuung und im Kindergarten die Geschlechterverhältnisse nicht gross verändert haben, waren früher Lehrer die Mehrzahl. Berufe werden zu Frauenberufen, wenn sich für Männer interessante Tätigkeiten anbieten. Der Wandel zu einem Frauenberuf geht oft einher mit einem Status- und Ansehverlust. Wird ein Beruf als Frauenberuf bezeichnet, steigert das seine Attraktivität für männliche Jugendliche, die vor der Berufswahl stehen, nicht wirklich. Und so beisst sich die Katze in den Schwanz. Interessant wäre eine Antwort des Regierungsrats gewesen, die den Aspekt aufgreift, wie der Beruf für Männer auch im Zuge der Gleichstellung der Geschlechter wieder interessant werden. Inwiefern spielen das Sozialprestige, der Lohn, die Karriereaussichten und die Bewertung als Frauenberuf eine Rolle bei der Berufswahl? Die Berufstätigkeit an der Primarschule hat sich ausserdem in den letzten Jahrzehnten grundlegend geändert. Ich habe bereits im Votum vorher dafür plädiert, nicht mehr das Vermitteln von essenziellen Kulturtechniken und Wissensbeständen in einem Kollektiv steht im Vordergrund, sondern die Organisation eines zunehmend komplexeren Unterrichtsgeschehen, das sich immer mehr am einzelnen statt an allen orientiert. Der Beruf zeichnet sich durch seine Teilzeitarbeitsmöglichkeit aufgrund der Familienplanung aus und bewirbt dabei fleissig auch die Männer. Aber das sollte als Berufsmotivation nicht im Vordergrund stehen, sondern die eigentliche Tätigkeit.

Die Fragen, die mich beschäftigen sind: Ist der Lehrerberuf in Basel noch attraktiv? Was zeichnet ihn aus? Wo haben die kantonalen Reformen der letzten Jahrzehnte die neuen Unterrichtsformen, die Schwächung der Autorität der Lehrerinnen und Lehrer, sein Ansehen geschwächt? Warum steigen viele Lehrpersonen aus diesem Beruf wieder aus? Wie kann man die Umsteigequote bremsen? Diese zentralen Fragen rund um die Attraktivität des Lehrberufs auf der Primarstufe, die sich auch für Frauen stellen, hat der Regierungsrat mit seinen Ausführungen nicht beantwortet und somit auch nicht, was man spezifisch auch in Basel dagegen unternehmen kann und wie dies zu erreichen ist.

Wir können es uns schlicht nicht leisten, dass der Beruf an Attraktivität verliert, worauf der Lehrermangel an sich schon hinweist. Bildung ist der zentrale Pfeiler einer liberalen Demokratie. Und Bildung bedeutet nicht in erster Linie Organisation, Administration und Absprachen. Der langjährige Aktivismus, dem die kantonale Schule bis heute unterworfen ist, hat weder ihren Sinn gestärkt noch ihr Ansehen. Eine Schule, an welcher Bildung stattfindet, muss ein Ort sein, wo Weltzugänge geschaffen, wo Wissen und damit auch Tradition vermittelt werden, wo das Lernen im Kollektiv im Zentrum steht. Und dafür brauchen wir Lehrpersonen, auch Männer. Und selbstverständlich auch weiterhin tolle Frauen, die sich mit Leidenschaft und Begeisterung einsetzen.

Wie dies erreicht werden kann, das muss der Regierungsrat beantworten, statt sich mit Analysen des Tatsächlichen zu begnügen. Nur so bekommt die Schule in Zukunft genügend engagierte Lehrer. Ich als Teil der Fraktion der Grünliberalen plädiere für Stehenlassen des Anzugs.

*Thomas Müry (LDP):* Ich beziehe mich ausschliesslich auf die Abteilung Kita. Ich bin Präsident der Trägerschaft einer Kita, eine 129 Jahre alte Institution, die sowohl eine Kita als auch eine Tagesstruktur betreibt. Wir haben schon seit Jahren Männer, die bei uns aktiv sind. Wir haben eine Führungsstruktur mit operativer Leitung durch einen Mann und eine Frau, wir haben in der Erziehung Männer, auch in der Ausbildung. Es kann also nicht am Lohn liegen, denn wir haben engagierte Männer und Frauen, die den absolut gleichen Lohn haben. Ich glaube, durch die Überweisung von irgendwelchen Überlegungen gewinnen wir nichts. Die Möglichkeiten sind jetzt schon gegeben, ich kann nur die Verantwortlichen in Kitas ermutigen, Männer einzustellen. Sie sind sehr engagiert, genauso wie die Frauen. Das lässt sich nicht durch Massnahmen von oben verstärken. Der Anzug kann abgeschrieben werden.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Ich bin selten so einverstanden mit allen Voten, die gegen meinen Antrag gerichtet sind. Ich teile Ihre Einschätzung voll und ganz, wir brauchen dringend mehr männliche Betreuungs- und Lehrpersonen. Das tut Not, und die Entwicklung geht leider nicht in der gewünschten Geschwindigkeit in die richtige Richtung.

Wir haben Ihnen in der Anzugsbeantwortung dargestellt, was seitens des Kantons getan wird, vor allem was in den Schulen getan wird, um Stereotype zu durchbrechen oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Wir haben auch gezeigt, was die PH FHNW macht. Sie können das als ungenügend erachten und als mutlos bezeichnen, ich glaube es wäre übermütig von mir, wenn ich behaupten würde, ich hätte die Möglichkeiten, dies grundlegend zu ändern. Der Regierungsrat und das Erziehungsdepartement haben diese Möglichkeiten nicht, die Berufswahl ist ein persönlicher Entscheid, und wir sind als Gesellschaft und als Schule gefordert, Rollenbilder umzustossen, damit wir mehr Männer gewinnen für diese Berufe.

Etwas hat mich irritiert in einigen Beiträgen. Sie haben teilweise die Qualität der PH angesprochen, Sie haben teilweise die Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen angesprochen. Diese sind selbstverständlich hoch wichtig, aber diese halten wir hoch für alle, für die Frauen und für die Männer. Ich finde das Argument, dass wir bessere Arbeitsbedingungen brauchen und die PH verbessern müssen, damit endlich mehr Männer kommen, weil diese offenbar anspruchsvoller sind als Frauen, finde ich ein speziell. Ich würde diese Fragen unabhängig voneinander behandeln. Wir können über die Qualität der PH diskutieren, wir können über Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen diskutieren, aber da geht es nicht darum, den Männeranteil zu erhöhen, sondern da geht es um Qualität für alle, die in diesen Berufen arbeiten oder sich ausbilden lassen für diese Berufe.

Mit diesen Argumenten bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben, weil ich Ihnen nicht vorgaukeln möchte, dass wir seitens Regierungsrat wirklich die Möglichkeit haben, solche Zielvorgaben in den nächsten zehn Jahren aus regierungsrätlicher Kompetenz erreichen zu können. Das schaffen wir leider nicht.

## Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

### Ergebnis der Abstimmung

38 JA

52 NEIN

1 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 19.5424 **stehen zu lassen**.

## 26. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 145 Melanie Nussbaumer betreffend Jugendliche und Corona

[16.02.22 20:44:37, ED, 21.5782.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Melanie Nussbaumer (SP):* Ich bin von der Antwort nur teilweise befriedigt. Ich habe danach gefragt, was der Regierungsrat macht, um Jugendliche in dieser schwierigen Zeit der Pandemie zu unterstützen. Zusammengefasst war die Antwort: Das Hauptziel ist, die Schulen und sonstige Angebote offen zu halten. Und natürlich unterstütze ich das, und ich bin froh, dass wir das fast immer geschafft haben. Aber wenn man sich das genau überlegt, bedeutet das einfach, courant normal weiterführen. Meines Erachtens reicht es einfach nicht in einer Pandemie. Jegliche Studien und Facts, die es zur Situation von Jugendlichen gibt, weisen darauf hin, dass das nicht gereicht hat. Wir haben das heute schon gehört und diskutiert, es braucht mehr Engagement vom Regierungsrat bezüglich psychische Gesundheit von Jugendlichen, und zwar auch präventives Engagement. Dieses Engagement lese ich aus dieser Antwort leider nicht heraus. Deshalb bin ich nur teilweise befriedigt und hoffe sehr, dass die Sorgen der Jugendlichen in Zukunft ernst genommen und sie besser unterstützt werden, auch dann, wenn die Pandemie vorüber ist.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 21.5782 ist **erledigt**.

## 27. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 156 Eric Weber betreffend Trainerhosen erlaubt oder nicht

[16.02.22 20:46:25, ED, 21.5821.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Eric Weber (fraktionslos):* Ich habe mich gerade sehr gefreut, dass meine Reden im Parlament einen grossen Anklang haben bei vielen Zuschauern auch im Live-Stream. Ich erfinde es nicht, aber ich habe Hunderte von Gesprächen geführt mit jungen Leuten, die sagen, dass sie in der Schule keine Trainerhosen tragen dürfen. Sie bitten mich um Hilfe.

Das sind Probleme unserer Kinder, die bequem in die Schule gehen wollen. Ich bin von der Antwort des Regierungsrats nur teilweise befriedigt. Der Regierungsrat hat sich Zeit genommen und diese Fragen intensiv beantwortet. Die Antwort auf Frage 1 ist sehr lange. Bei der Frage 2 ist richtig geschrieben, dass die Impfung freiwillig ist. Das muss sie auch weiterhin sein. Man darf unsere Schüler nicht zum Klimaaufruf missbrauchen.

Etwas verunsichert bin ich bei der Antwort auf Frage 1, wo die Regierung sehr lange antwortet. Ich frage ganz konkret, ob Trainerhosen an den Schulen erlaubt sind. Man muss die Antwort etwas genauer ansehen. Hier steht, dass das baselstädtische Schulgesetz keine Vorschriften zur Bekleidung der Schülerinnen und Schüler enthalte, dennoch gelte, dass die Bekleidung sachdienlich und dem schulischen Umfeld angemessen sein soll, das heisst sie darf weder die Kommunikation noch die Arbeitsformen behindern, noch darf sie eine Gefahrenquelle darstellen. Die Schulleitungen der weiterführenden Schulen üben alle zur Erfüllung des Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrags notwendigen Befugnisse im pädagogischen, personellen, organisatorischen und finanziellen Bereichen aus, die nicht der Leitung der weiterführenden Schulen oder anderen übergeordneten Stellen vorbehalten sind. Sie verfügen somit über Teilautonomie.

Das Wort Teilautonomie habe ich unterstrichen. Das finde ich schlecht. Ich erwarte von einer Regierung, dass sie sagt, ob Trainerhosen erlaubt sind oder nicht. Aber ich finde es seltsam, wenn einzelne Schulen das selber bestimmen können.

Vielleicht ist das unser Schweizer Gesetz. Die Unsicherheit bei den Schülern ist aber gross, nicht nur im Kanton Basel-Stadt, sondern auch in den anderen Kantonen. Die Schüler wollen Trainerhosen anziehen.

Es gibt Länder wie Russland oder Abu Dhabi, wo man eine Schuluniform tragen muss. Das ist etwas anderes. Aber wir haben in Basel seit 1960 keine Schuluniformen mehr. Als ich in die Schule kam, gab es keine Schuluniformen mehr. Die Anfrage war sehr spannend. Ich bin von der Antwort teilweise befriedigt und bedanke mich bei der Regierung.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 21.5821 ist **erledigt**.

## 28. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 162 Oliver Bolliger betreffend Schlussfolgerungen aus der Swiss Corona Stress Study

[16.02.22 20:51:44, ED, 22.5005.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Oliver Bolliger (GAB):* Leider muss ich auf die Antwort der Regierung klare und deutliche Worte verlieren. Ich bin mit dieser Antwort überhaupt nicht zufrieden, nein, ich bin entsetzt von dieser Antwort. Dieser Antwort fehlt es an grundlegender Empathie gegenüber realen vorhandenen Problemstellungen der Basler Jugend. Jugendliche und junge Erwachsene sind einem gestiegenen Stress und auch Schulstress ausgesetzt und die psychische Belastung und deren negative Auswirkungen sind in den letzten zwei Jahren aufgrund der Pandemie deutlich angestiegen. Das sind nicht einfach dahergeschriebene Tatsachen, sondern sie werden durch diverse Studien belegt. Aber auch die aktuelle Situation bei den ambulanten und stationären jugendpsychologischen und -psychiatrischen Behandlungsangeboten mit den langen Wartezeiten unterstreicht diese Not. Die Wartelisten sind voll, die Suizidalität ist gestiegen, Depressionen, Angst und Essstörungen nehmen zu, die sollten uns allen und auch dem Departement eigentlich bekannt sein.

Zudem wirkt die Antwort auf mich arrogant und ist politisch unklug. So ist es auch kein Wunder, dass Jungparteien in den sozialen Medien sofort darauf reagiert haben. Ich frage mich, ob der Regierungsrat diese Antwort wirklich gelesen hat, ich kann es mir nicht wirklich vorstellen. Das Erziehungsdepartement schreibt in der Beantwortung zwar auch, dass eine erhebliche Zahl an Schülerinnen und Schülern gestresst und überfordert sind, der Grund dafür - und das ist das Unverständliche und Erschreckende - liegt gemäss der Regierung aber einzig und allein an den unrealistischen Bildungszielen der Jugendlichen und/oder deren Eltern. Es kann doch nicht sein, dass das ED zum vorhandenen Schuldruck und der zunehmenden psychischen Belastung keine anderen Einflussmöglichkeiten sieht oder prüfen möchte.

Es reicht eben nicht aus, nur auf die bestehenden Unterstützungsangebote zu verweisen. Kein Wort in dieser Beantwortung, dass der Schuldruck auch unabhängig von der Pandemie in den letzten Jahren aufgrund der Massnahmen, die das ED getroffen hat, deutlich zugenommen hat. Hat das ED vergessen, welche Massnahmen vom Departement eingeleitet wurden? Senkung der Maturitätsquote um jeden Preis, viel höhere Anforderungen bei den Mittelschulen, beispielsweise bei der FMS, Halbjahreszeugnisse, die bestätigt werden müssen usw. Es entsteht der Eindruck, dass das ED der Meinung ist, wer das nicht schafft, muss sich nicht wundern, wenn er/sie Stress hat und sich besser um eine Lehrstelle oder andere Schule bemühen. Pandemie hin oder her, Pubertät hin oder her, krank machende Leistungsgesellschaft hin oder her.

Zudem wird völlig ausgeblendet, dass die Berufsbildung sich in einem Wandel befindet. Berufe verschwinden, Berufe entstehen, persönliche Reife, vernetztes Denken, selbständiges Auftreten und gute Kommunikationsfähigkeiten sind immer mehr Schlüsselqualifikationen. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die Berufsausbildung wirklich mit 15 oder 16 Jahren beginnen soll. Zur Frage zu den Zwischenjahren habe ich leider auch nicht viel erfahren, im Gegenteil, auch hier sieht das ED vor allem das Problem, dass die Schülerinnen und Schüler aufgrund einer Auszeit in der Schule verschlechtern, anstatt die Möglichkeit zu sehen, dass Jugendliche weitere schulische oder andere Erfahrungen sammeln können, um die notwendige berufliche Reife zu entwickeln. Ich frage mich, ob die Leimenstrasse 1 zur Zeit in der Lage ist, das Draussen wahrzunehmen. Es reicht klar nicht aus, jede Kritik kategorisch abzulehnen und die vorhandenen Probleme einfach zu individualisieren.

Für mich ist auch unverständlich, dass bezüglich meiner letzten Frage zur bestehenden Zugangsbarriere zur Jugendberatung für sozialhilfebeziehende Jugendliche ab 18 Jahren in der aktuellen Zeit eine komplette Blockade besteht. Es kann doch nicht sein, dass armutsbetroffene Jugendliche eine von uns finanzierte Jugendberatung nicht in Anspruch nehmen dürfen. Die Sozialhilfe hat eine völlig andere Funktion und Rolle. Seit Jahren besteht diese nicht nachvollziehbare Regelung und die Argumentation ist meines Erachtens schwach konstruiert. Ich hätte mir wirklich gewünscht, dass die Regierung diesen Steilpass nutzt und die Zuständigkeitsproblematik zwischen ED und WSU bereinigt. Leider ist dies nicht der Fall, und deshalb habe ich heute eine entsprechende Motion zu diesen Punkten der Interpellation eingereicht, Sie erhalten also eine zweite Chance.

Ich bin von der Interpellationsbeantwortung nicht befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5005 ist **erledigt**.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Ich nutze die Gelegenheit, die mir die Geschäftsordnung gibt, eine Erklärung zu geben über das Befriedigt- oder Nichtbefriedigtsein durch den Interpellanten. Leider hat diese Interpellationsantwort eine gewisse Polemik ausgelöst. Oliver Bolliger hat gut geschildert, wie das passiert ist und wie das teilweise verstanden wurde. Ich muss das zur Kenntnis nehmen und bedaure es ausserordentlich, dass diese Antwort als empathielos verstanden wurde. Das war selbstverständlich nicht die Absicht, und ich selbst, meine Mitarbeitenden und der Regierungsrat, haben schon mehrfach betont, wie ernst wir die Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche nehmen, wie wir selbst auch feststellen, dass es Kinder und Jugendliche gibt, die unter der Pandemie leiden, weil sie selbst betroffen waren von Covid, weil sie betroffen waren von Einschränkungen. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache.

Allerdings nicht korrekt wäre, daraus verallgemeinernde Schlüsse zu ziehen, dass alle Schülerinnen und Schüler in diesem Masse betroffen sind und entsprechend die schulischen Übergänge generell angepasst werden müssten. Das wäre falsch, denn das würde in Konflikt geraten mit einem anderen ganz wichtigen Anliegen, nämlich dass Kinder und Jugendliche trotz der Pandemie eine vollwertige, gleichwertige Schulausbildung mit entsprechenden Abschlüssen bekommen, die sie dann qualifizieren für die Berufswelt, die Arbeitswelt, ein Studium. Wir dürfen nicht flächendeckend an der Qualität schrauben, sonst tun wir den Kindern und Jugendlichen gewiss keine Gefallen.

Das wollten wir zum Ausdruck bringen unter anderem in der Antwort. Das ist allerdings nicht ganz gelungen, deshalb wäre es sicher angemessen gewesen, das anders zu schreiben und hier noch einmal vertieft zu anerkennen, dass es diese schwierige Situationen für viele Kinder und Jugendliche gibt.

Sie haben sonst auch noch viel gesagt. Ich bin froh, wenn wir über die Beratung von Jugendlichen, die in der Sozialhilfe sind, spezifisch sprechen können. Sie haben angekündigt, dass Sie dazu eine Vorstoss einreichen. Ich begrüsse, dass diese Fragen geklärt werden können, denn die Antwort stellt sich nicht schwarz weiss dar, wie Sie es angedeutet haben. Für die übrigen Punkte, wie die Frage des Leistungsdrucks, ist nicht die Schule verantwortlich, sondern wir leben in einer gesellschaftlichen Situation, mit der wir auch gesamtgesellschaftlich umgehen müssen. Dass wir diese Fragen weiterdiskutieren, ist auf jeden Fall wesentlich. Ich meine, wir müssen sie losgelöst diskutieren von Fragen des spezifischen Drucks aufgrund der Pandemie. Wir wissen noch nicht, wie sie sich mittel- und langfristig auswirken werden. Es sind für mich zwei verschiedene Fragen. Das wurde in der Interpellation etwas vermischt, wir haben es in der Antwort vielleicht auch etwas vermischt. Das kann dazu führen, dass man aneinander vorbeiredet.

Ich bin froh, wenn wir die Diskussion weiterführen können, möglichst unpolemisch von beiden Seiten.

## **29. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend Begleitmassnahmen zum Thema Betteln «Basler Weg»**

[16.02.22 21:00:19, JSD, 21.5474.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 21.5474 zulässig ist und beantragt, ihm diese [als Anzug] [nicht] zu überweisen.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Es ist mir wichtig, eingangs etwas zu diesem Geschäft zu sagen. Wir haben es aufgrund der Pendenzen während einiger Monate immer wieder mitgeschleppt. Viel hat sich in der Zwischenzeit getan, und es ist mir wichtig zu sagen, dass wir inhaltlich absolute Einigkeit haben mit der Motionärin. Ich hoffe, Sie haben das aus der Stellungnahme des Regierungsrats gelesen. Der Antrag lautet deshalb nicht auf Anzug, weil die Regierung nicht vorwärts machen möchte, im Gegenteil, es ist eher ein formelles Argument, dass nämlich die Hälfte der Forderungen rechtlich unzulässig sind und deshalb eine Überweisung als Anzug der richtige Weg darstellt.

Ich kann Ihnen wirklich versichern, dass wir das Thema Begleitmassnahmen nicht nur wie im Ratschlag angekündigt in der Zwischenzeit sehr ernst nehmen. Wir haben gesagt, dass die Bestimmung im Übertretungsstrafgesetz die eine Seite ist, aber selbstverständlich müssen wir auch ein Augenmerk auf die Begleitmassnahmen richten. Gerade ein Teil der Forderungen sind auch bereits initiiert resp. umgesetzt. Ich spreche da insbesondere von der Gründung einer Taskforce über die Departementsgrenzen hinweg. Diese Taskforce gibt es, sie wird auch situativ je nach Falllage unterschiedlich zusammengesetzt. Es ist klar, dass die Departemente miteinander sprechen und zusammenarbeiten. Wir haben desweiteren auch Flyer in allen Sprachen aufgelegt, das Community policing spricht diese Gruppierungen in der Stadt an, erklärt die Regeln. Das hat alles sehr gut funktioniert, seit wir das Gesetz in Kraft gesetzt haben. Desweiteren haben wir ein Schreiben an den Bundesrat gerichtet, wo wir verlangt haben, dass Gelder direkt zur Hilfe in Rumänien eingesetzt werden. Es ist mir ein Anliegen zu sagen, dass wir am Thema sind. Wir sind auch bereit, bei Überweisung als Anzug bereits in einem Jahr zu berichten, weil wir auch der Meinung sind, dass dieses Monitoring enorm wichtig ist. Das würden wir bestimmt umsetzen.

*Sandra Bothe (GLP):* beantragt Überweisung als Motion.

Ich bedanke mich bei Regierungsrätin Stephanie Eymann für die wohlwollenden Worte, auch, dass bereits einiges gegangen ist. Ich kann nur sagen, endlich. Seit Monaten wird die Behandlung des Berichts der Regierung verschoben,



und die Situation in Basel bezüglich ausländischer Bettlerinnen und Bettler war mal weniger, mal mehr angespannt. Was die Grünliberalen nicht wollen ist ein erneutes Aufflammen der Polemik rund um das Thema Betteln. Wir wollen vielmehr Hand bieten, um Handlungsspielraum zu ermöglichen, die wiederkehrende Problemstellung, die sich wellenmässig verschärft, jetzt anzugehen.

Die GLP ist weiter überzeugt, dass wir in Basel eine ganzheitliche Sicht und Strategie zum Umgang mit dem Betteln brauchen, eine, die die Bevölkerung mit einbezieht. In dieser Absicht wurde zum Thema Betteln als ein Prüfstand für die Solidarität an einem sehr gut besuchten Podium im vergangenen Dezember in Basel diskutiert. Dabei wurde klar, dass sich die Bevölkerung vor allem im Bezug auf den Umgang mit der sichtbaren Armut und Bettelei verunsichert und hilflos fühlt und entsprechend unterschiedlich reagiert. Manche fühlen sich gestört, andere nehmen die Erscheinung als Herausforderung an. Wenn wir die Bevölkerung unterstützen wollen ist die Forderung nach der Umsetzung einer Sensibilisierungskampagne angezeigt. Der Moment ist jetzt ideal, alles aufzugleisen, bevor die Gemüter erneut hochkochen.

Am Podium nicht abschliessend beantwortet wurde die Frage, wessen Aufgabe es ist (Politik, Staat oder Gesellschaft), die weitreichende Problematik der sich in Basel befindenden ausländischen bettelnden Menschen zu lösen. Die Anwesenden waren sich aber einig, dass es das Engagement in den Herkunftsländern braucht, weil diese Menschen nicht nur in der Schweiz keine Perspektive haben, sondern auch in ihrer Heimat. Die Podiumsbesucher kamen weiter zum Schluss, dass die Politik und der Staat das Problem allein nicht lösen können. Gefragt sei ebenso individuelles Engagement aus der Zivilgesellschaft, von gemeinnützigen Institutionen und von der Kirche. Ich begrüsse die Forderungen nach mehr Privatinitiative und eine gesamtgesellschaftliche Sicht, und meine, der Basler Weg kann miteinander funktionieren. Wir haben heute die Chance, diese Brücke zu schlagen, indem wir der Regierung den verbindlichen Auftrag zur Umsetzung der notwendigen Begleitmassnahmen erteilen. Vorausschauend wissen wir, dass das Thema erneut zu einem Zankapfel werden wird. Infolgedessen ist jetzt der richtige Zeitpunkt, die Problemstellung aktiv und schnell anzugehen. Damit finden wir einen menschenwürdigen Umgang mit den Bettlerinnen und Bettlern in Zukunft unter Einbezug der notwendigen Stellen und der Basler Bevölkerung.

Die Grünliberalen bleiben bei der Empfehlung zur Überweisung als Motion, weil wir der Regierung einen inhaltlichen Auftrag zum Tätigwerden erteilen, ohne uns in die konkrete Umsetzung der Massnahmen durch die Verwaltung einzumischen, weder in finanzieller, personeller noch organisatorischer Hinsicht. Es leuchtet uns jedenfalls nicht ein, warum vier der Forderungen ein unzulässiger Eingriff in die Organisation der Verwaltung oder in die Bedarfsverwaltung der Regierung sein sollen, die anderen vier aber nicht. In beiden Fällen verlangen wir das Ergreifen einer Massnahme gemäss § 42 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Grossen Rats. Es liegt in der Natur der Dinge, dass Massnahmen mit Aufwand verbunden sind. Die GLP war im Gegensatz zur Regierung der Meinung, dass die Duldung eines Aufenthalts von Bettlerinnen und Bettlern nicht den Ausführungen des Staatssekretariats für Migration entspricht und in anderen Kantonen auch nicht gewährt wird. Die Auslegung wurde für Basel-Stadt anders definiert, und somit war der GLP klar, dass ausländische Bettler auch aus Südosteuropa die ausländerrechtliche Möglichkeit des Aufenthalts von 90 Tagen hier in Basel nutzen werden, um ihre Perspektiven zu verbessern.

Die Annahme, dass mit der Gesetzesanpassung für ein ausgedehntes Bettelverbot die Bettlerinnen und Bettler automatisch ganz fernbleiben würden, hat sich nicht bestätigt. Die GLP geht eher davon aus, dass ausländische Bettlerinnen und Bettler in Zukunft immer wieder mal zu unserem Stadtbild gehören werden. Wir müssen lernen, damit und miteinander umzugehen. Die geforderten ergänzenden Begleitmassnahmen garantieren dabei das friedliche Miteinander.

Dieses Geschäft wird seit letztem Oktober verschoben. Wir haben nun die Gelegenheit, die Regierung binnen 6 Monaten verbindlich zu beauftragen. Im Namen der Grünliberalen empfehle ich die Zweitüberweisung als Motion, und wir bedanken uns für die geschätzte Unterstützung.

*Joël Thüring (SVP):* Wir unterstützen den Antrag des Regierungsrats, dieses Geschäft als Anzug weiterzubehandeln. Ich finde die Kritik von Sandra Bothe, dass wir jetzt im Februar sind und wir dieses Geschäft ein paar Monate verschoben haben, gar nicht so schlimm. Das hat uns noch einmal die Möglichkeit gegeben zu sehen, wie sich die Situation auf dem Platz Basel entwickelt. Es gab Wellenbewegungen. Am Anfang, nach Einführung des Bettelverbots, waren praktisch keine Bettelnden mehr zusehen, rund um die Herbstmesse/Weihnachten hat es dann wieder zugenommen, es gab auch wieder vermehrt Reklamationen. Danach hat die Polizei im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihre Bemühungen verstärkt und dann hat sich die Situation wieder "normalisiert" und wir befinden uns momentan in einer Situation, die recht gut funktioniert. Es hat immer noch Bettelnde, sie machen das, was erlaubt ist, und dann gibt es immer mal wieder einen, der vergisst, welches die Regeln sind, aber das ist ja bei allen Gesetzen so.

Nun hat Sandra Bothe erläutert, weshalb sie für Überweisung als Motion ist. Das, was im Rahmen der Kompetenz des Regierungsrats möglich ist, ist auch möglich, wenn wir es als Anzug überweisen. Der Basler Weg wird nicht besser oder schlechter, wenn wir ihn mit dem Anzug beschreiten. Wir glauben im Gesamtkontext der Möglichkeiten und der nur teilweisen Zulässigkeit der Motion ist der Weg als Anzug der sinnvollere. Weiter gibt es Punkte in diesem Forderungspapier, die bereits erfüllt sind. Das weiss Sandra Bothe auch. Es gibt bereits diese überdepartementale Taskforce, die Bettlerinnen und Bettler werden über das Community policing aber auch über die "normalen" Polizisten angesprochen, sie werden an die Regeln erinnert, es werden in ihrer Muttersprache Dokumente abgegeben, damit sie das begreifen. Hier findet ein Dialog statt, und man kann sicher sagen, dass dies zur Lageberuhigung beigetragen hat.

Dann besteht immer noch ein Missverständnis. Grundsätzlich können Personen, die in der Schweiz keiner Arbeit nachgehen, maximal 90 Tage hier sein. Es gibt immer noch ein Ausländergesetz, das gilt. Wer sich nach 90 Tagen immer noch in der Schweiz aufhält, auch als EU-Bürger, muss wieder gehen, wenn er nicht eine Anstellung hat. Deshalb ist auch diese Frage der Sensibilisierung mit dem einzelnen Bettler sehr schwierig, weil diese Bettelnden grundsätzlich nie länger

als 90 Tage hier sein dürfen. Eine nachhaltige Sensibilisierung erscheint mir hier tatsächlich sehr schwierig zu sein.

Der Kanton Basel-Stadt kann auch nicht direkt mit Sozialämtern in anderen Ländern verhandeln. Das ist immer noch Sache des Bundes. Hier hat der Kanton überhaupt keine Kompetenz. Das ist über den Anzug besser geregelt, weil dann auf der Ebene Bund mit den entsprechenden Personen in den Departementen des Bundes Rücksprache genommen werden kann.

Ob es zusätzliche personelle Mittel braucht, kann man auch im Rahmen des Anzugs beantworten. Ich glaube, für den Moment nicht, aber wenn es wieder Peaks gibt, kann man selbstverständlich handeln. Aber wir müssen nicht auf Vorrat etwas schaffen, was vielleicht in dieser Form gar nicht notwendig ist. Ich bin sehr dafür, dass wir konkrete Projekte vor Ort finanzieren. Das ist wirklich eine Erwartung an den Regierungsrat, dass er im Rahmen der Entwicklungshilfe Gelder, die er aus dem Kanton bezahlt, sich dafür einsetzt, dass nachhaltige Projekte in Rumänien geschaffen werden. Aber das kann auch nicht von heute auf morgen geschehen, dafür braucht es Partnerschaften vor Ort, damit es auch wirkungsvoll ist. Das kann auch in den kommenden zwei Jahren über den Anzug so ausgearbeitet werden, parallel zu dem, was der Bund vor Ort leisten kann.

Der letzte Punkt ist einer, der ausgerechnet in den Kompetenzbereich der Regierungsrätin der GLP fällt, nämlich die Situation im öffentlichen Raum, namentlich die Übernachtung in den Parkanlagen. Allenfalls kommt es so weit, dass wir die Parkordnungen anpassen, dass dieses Übernachten dort nicht möglich ist. Das ist ein Thema, das wir angehen müssen. Aber ich glaube nicht, dass es dafür diese Motion braucht, weil eigentlich hat der Regierungsrat dies im Ratschlag zum Übertretungsstrafgesetz angekündigt, und dieser Ratschlag ist aus meiner Sicht verbindlich. Diese Prüfung sollte jetzt im Rahmen der Tatsache, dass es wieder wärmer wird, die Leute eher bereit sind, draussen zu schlafen, angegangen werden, damit diese Situation im öffentlichen Raum auch für die Bevölkerung des Kantons erträglich ist, aber auch eine Lösung gefunden wird für die Bettelnden. Ich habe letzte Woche beim Nachtigallenwäldli sechs bis acht Bettelnde gesehen, die unter dem Viadukt grilliert haben. Das finde ich nun auch eine suboptimale Situation, kurz nach 18 Uhr. Hier könnte tatsächlich noch etwas gemacht werden, dass der öffentliche Raum weiter entlastet wird.

Deshalb glauben wir, dass der Anzug der richtige Weg ist. Das ist kein Nein der SVP-Fraktion zum Basler Weg, aber es ist ein Ja zum Weg des Regierungsrats, wie mit dem Geschäft weiter verfahren werden soll. Das entspricht nicht aus unserer Sicht der Zulässigkeit dieser Motion und berücksichtigt die offenen Punkte trotzdem, wenn innerhalb der nächsten zwei Jahre darüber berichtet wird. Der Regierungsrat hat auch kein Interesse daran, dass sich die Situation wieder verschlechtert. Deshalb wird der Regierungsrat unabhängig davon, dass es "nur" ein Anzug ist, alles daran setzen, dass die Situation für alle Akteure handelbar bleibt und es nicht wieder zu solchen Situationen kommt, wie wir sie vor einiger Zeit erlebt haben. Deshalb wird der Regierungsrat aus eigenem Interesse das, was notwendig ist, umsetzen, ungeachtet der Berichterstattung gegenüber dem Grossen Rat. Wir bitten Sie also, diese Motion als Anzug zu überweisen.

*Michelle Lachenmeier (GAB):* Ich spreche für das GAB und die SP und beantrage Ihnen, die Motion als Motion zu überweisen. Die Motion bildet den kleinsten gemeinsamen Nenner aller Parteien in diesem Parlament, was Begleitmassnahmen für Bettelnde anbelangt. Die hier aufgelisteten Forderungen wurden diskussionslos im Juni 2021 an die Regierung überwiesen, also mitgetragen von links bis rechts. Es wäre aus unserer Sicht kein gutes Zeichen, diesen parteiübergreifenden Minimalkonsens auf einen Anzug abzuschwächen. Es hat weiterhin Bettelnde in der Stadt, weshalb es die vorgeschlagenen Begleitmassnahmen auch braucht.

In unserer Wahrnehmung war sowohl die alte wie auch die neue Regierung passiv, wenn es um Begleitmassnahmen für Bettelnde ging. Mit der Zweitüberweisung als Motion möchten wir den Druck aufrechterhalten, dass wirklich etwas geschieht. Die vorliegende Motion fordert auch Massnahmen, die über die im November überwiesenen Anzüge von SP und GAB hinausgehen. Als Massnahme für die Entlastung des öffentlichen Raums ist uns besonders wichtig, dass eine Lösung für die Problematik des Gepäcks gefunden wird. Es braucht wirklich einen Ort, wo Armutsreisende ihr Gepäck aufbewahren können und wo sie niederschwellig übernachten können. Ein Übernachtungsverbot braucht es hingegen nicht, das fordert die Motion auch gar nicht.

Auch die Entwicklungszusammenarbeit mit den Herkunftsorten soll intensiviert werden. Auch wenn dies heute schon möglich ist und auch gemacht wird, wird mit der Motion ein stärkerer Auftrag erteilt, dass der Kanton hier seinen Handlungsspielraum ausschöpft. Mit der Motion möchten wir auch zum Ausdruck bringen, dass wir das zusätzliche soziale Engagement des Regierungsrats schätzen und dass wir dieses stärken wollen und wir es gut finden, wenn es evaluiert wird.

Die geforderten Sensibilisierungskampagnen sind ebenfalls wichtig, um bei der Bevölkerung das Verständnis für die Armutsreisenden zu fördern. Die Bevölkerung muss lernen, mit den Bettlerinnen und Bettlern umzugehen. Ein respektvoller Umgang ist besonders wichtig, das hat sich in letzter Zeit etwas gebessert.

Wir begrüssen schliesslich auch, dass die Wirksamkeit des Bettelverbots evaluiert wird und die sozialen Auswirkungen durch die Regierung. Die Rede von den Begleitmassnahmen darf aber nicht zu einer oberflächlichen Schönfärberei werden, welche das neue Bettelverbot sympathischer erscheinen lässt. Die Regierung muss hier konkrete Massnahmen liefern, welche effektiv die Lebenssituation von Bettelnden in dieser Stadt verbessern. Wir erwarten, dass sich die Regierung der Thematik fundiert annimmt und idealerweise die verschiedenen Vorstösse in einem Massnahmeplan gemeinsam zuhanden des Parlaments beantwortet.

*Jeremy Stephenson (LDP):* Die Motion Sandra Bothe war im Zusammenhang mit dem Bettelverbot taktisch sehr klug und gut gemeint, und wir haben das in diesem Haus voll unterstützt. Dieser Basler Weg ist der richtige Weg. Nun ist es so, dass die Regierung nicht bis heute geschlafen hat. Wir haben in der Antwort der Regierung gesehen, dass sie sämtliche

Punkte in Angriff genommen hat, einige Punkte konnten sofort umgesetzt werden, andere dauern länger. Auf eidgenössischer Ebene mit Bundesrat Ignazio Cassis oder sogar auf europäischer Ebene braucht es mehr Geduld, das geht nicht von heute auf morgen.

Regierungsrätin Stephanie Eymann hat gesagt, dass wir bei Überweisung als Anzug innerhalb eines Jahres ein Resultat vorliegen haben. Es wird ein gutes Resultat sein, das alle in diesem Saal befriedigt und sinnvoll und fundiert ist. Die Motionärin sagt, wir sollen das in sechs Monaten erledigen. Es geht also um die Frage von sechs Monaten mehr oder weniger. Ich bitte Sie, der Regierung diese sechs Monate mehr zu geben, um hier einen fundierten Basler Weg aufzuzeigen. Wir haben jetzt fünf Monate verloren, weil wir das Geschäft vor uns hergeschoben haben. Aber ich meine auch, dass die Bettelproblematik im Moment zumindest abgemildert ist, sodass wir der Regierung ein bisschen mehr Zeit gewähren können. Deshalb ersuche ich Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen.

#### **Eventualabstimmung**

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

#### **Ergebnis der Abstimmung**

41 JA

51 NEIN

1 ENT

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

eventualiter, die Motion 21.5474 nicht in einen Anzug umzuwandeln.

#### **Abstimmung**

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

51 JA

40 NEIN

1 ENT

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion 21.5474 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage innert sechs Monaten zu **überweisen**.

### **30. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Verbesserung der Ausschilderung bei Baustellen**

[16.02.22 21:23:38, JSD, 19.5050.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5050 abzuschreiben.

*Beat K. Schaller (SVP):* beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Baustellen sind ein Ärgernis. Wir anerkennen dass eine Stadt wie Basel ein lebendiges Objekt ist, welches gebaut und erneuert werden will. Trotzdem schleicht sich ein ungutes Bauchgefühl ein, wenn wir die Anzahl und die Dauer der Baustellen auf unserem Kantonsgebiet anschauen, und zwischendurch beschleicht mich das Gefühl, die Behörden würden lieber anstelle der Baustellen veröffentlichen, wo nicht gebaut wird. Es könnte ein kürzeres Dokument werden. Gespräche mit der Bevölkerung bestätigen diesen Eindruck.

Vergessen wir nicht, wir haben kürzlich einem Bauvorhaben zugestimmt, welches unserer Stadt während sage und schreibe 15 Jahren bis zu 80% mehr Baustellen auferlegt. Und umso wichtiger ist es deshalb, dass die Baustellen nicht nur gut markiert sind, sondern auch gut abgesichert und Umfahrungswege deutlich markiert sind. Es werden bei den Baustellen private Firmen zur Sicherung eingesetzt, die Ausbildung dieser Leute ist aber fraglich. Dies zeigt sich zum Beispiel deutlich bei der Verkehrssteuerung, beim Winken, wo nach unserer Beobachtung eher nach Bauchgefühl als nach einer soliden Ausbildung gewunken wird. Natürlich, wir sind Jahrzehnte weg vom Polizisten auf der Kanzel, der mit klaren Handzeichen klare Verhältnisse geschaffen hat. Trotzdem, das Schreiben des Regierungsrats zum Anzug kommt etwas

locker daher.

Zentral ist die Antwort auf die Frage 5, wo er schreibt: "Wie bereits ausgeführt, liegen sowohl die Baustellensicherheit wie auch die Baustellenkommunikation in der Verantwortung der Baustellenverantwortlichen." Oder um es mit König Friedrich August III. von Sachsen zu sagen: "Macht doch euren Dreck alleine!" Dem stimmt die SVP nicht zu. Der Staat soll dafür besorgt sein, dass die Organisation, Durchführung und Kommunikation von Signalisationen unter einem einheitlichen, erkennbaren und verständlichen Dach ausgeführt werden. Die tatsächliche Durchführung der Organisation kann dabei weiterhin privaten Unternehmen übertragen werden.

Alles in allem hinterlässt die Antwort des Regierungsrats für die SVP einen eher unbefriedigenden Eindruck. Er darf sich hier ruhig einsichtiger zeigen und tiefer auf die Anliegen des Anzugs eingehen. Dies ist umso mehr angezeigt, als wir in den nächsten vielen Jahren eine noch deutlich grössere Anzahl Baustellen haben werden als jetzt schon.

Deshalb bitte ich Sie namens der Fraktion der SVP, den Anzug stehen zu lassen.

### Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

### Ergebnis der Abstimmung

62 JA

20 NEIN

1 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5050 ist **erledigt**.

## 31. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 77 Beda Baumgartner betreffend Härtefallpraxis in Basel-Stadt

[16.02.22 21:28:12, JSD, 21.5440.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Beda Baumgartner (SP):* In der Antwort des Regierungsrats liest man vieles, das vorher schon absehbar war. Teilweise sind es Feststellungen, die ich mit Interesse gelesen habe, es gibt allerdings einen Widerspruch, und das ist die Beantwortung, wie lange die Bearbeitung eines Härtefallgesuches maximal geht. Die Realität von Leuten, die Härtefallgesuche einreichen, zeigen, dass deutlich längere Prüfung der Gesuche und Prozesse vorhanden sind als die vom Regierungsrat genannten maximalen drei Monate.

Ich bin auch nicht so überzeugt und befriedigt von der Antwort, dass die Zahlen der Legalisierungen, die Leonard Burckhardt damals im Anzug genannt hat und die in der Diskussion, wie viele Sanspapiers es in der Stadt Basel gibt, immer wieder im Raum stehen, nur damit erklärbar seien, dass sich die Situation mit dem Kanton Genf nicht vergleichen lasse. Die Studie des SEM geht davon aus, dass wir 4'000 Sanspapiers in Basel-Stadt haben. Dass sich die enorm tiefe Zahl von Härtefallgesuchen einfach damit begründen lassen soll, dass sich die Arbeitssituation von diesen Personen so massiv unterscheidet im Vergleich zu Genf halte ich für nicht sehr überzeugend. Ich halte es für überzeugender, dass es auch etwas damit zu tun hat, wie die Haltung des Regierungsrats gegenüber Legalisierungen und gegenüber diesen Personen ist, und auch, wie die Kriterien definiert sind im Merkblatt und wie konsequent sie angewendet werden. Ich denke, das ist ein Thema, das noch länger im Raum stehen wird. Ich bin von der Antwort des Regierungsrats teilweise befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 21.5440 ist **erledigt**.

## 32. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 78 Laurin Hoppler betreffend der neu veröffentlichten Richtlinien für Kundgebungen

[16.02.22 21:30:56, JSD, 21.5442.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Laurin Hoppler (GAB):* Ich bin seit fünf Monaten von der Antwort nicht befriedigt. In der Zwischenzeit hat sich einiges getan, und das Thema ist immer noch auf meinem Schirm.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.  
Die Interpellation 21.5442 ist **erledigt**.

### **33. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 109 Barbara Heer betreffend tatsächlichen Zugang zum Recht für Opfer von Vergewaltigungen verbessern**

[16.02.22 21:31:45, JSD, 21.5590.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Barbara Heer (SP):* Schriftliche Interpellationsantwort:

Die Aktualität der Thematik ist immer noch dieselbe, auch wenn diese Interpellation vom September stammt. Ich möchte mich bei der Regierung bedanken für die ausführliche und sorgfältige Beantwortung meiner Fragen. Bedauerlicherweise gibt es kein einfaches Rezept, wie eine Gesellschaft frei von sexualisierter Gewalt geschaffen werden kann. Es braucht vielmehr Massnahmen auf verschiedensten Ebenen, bestehende Anstrengungen müssen erweitert und verstärkt werden.

Generell entnehme ich aus der Antwort, dass in dem Bereich Opferbegleitung und Gewaltprävention einiges gemacht wird, und dass im Fachreferat vom JSD und diversen anderen relevanten Institutionen Fachwissen vorhanden ist und auch viel geschult wird. Ich bin dennoch etwas enttäuscht von der pauschalen Aussage in der Interpellationsantwort, dass in der Notaufnahme in Basel Vergewaltigungsmythen keine Rolle spielen. In Realität sind Vergewaltigungsmythen stark verbreitet in der Gesamtgesellschaft und selbst bei Fachpersonen, die mit Gewaltbetroffenen arbeiten.

Ich begrüsse es sehr, dass das JSD am Aufbau eines Runden Tisches zu sexualisierter Gewalt ist, im Rahmen vom dem alle wichtigen Akteurinnen und Akteure vernetzt werden sollen und Fachwissen ausgetauscht werden soll. Es ist wichtig, dass dort die Präventionsmassnahmen sowie die Unterstützung der Opfer sexueller Gewalt laufend überprüft und optimiert werden. Aus meiner Sicht müsste das Berner Modell in Basel konsequent umgesetzt werden, und wir werden dazu bald einen Vorstoss einreichen.

Besorgniserregend sind die Ausführungen zur Situation in der juristischen Grundausbildung. An der Universität Basel gibt es keine Professur, die sich mit Sexualstrafrecht auseinandersetzt, es ist ein marginalisiertes Thema. Auch die Opferhilfepsychologie müsste klar in die Grundausbildung von Juristinnen und Juristen gehören.

Die Regierung hat meine Frage zum Preisschild für die verschiedenen Präventionsmassnahmen im Kanton nicht beantwortet. Das ist bedauerlich, denn generell gibt es eine massive Unterfinanzierung in dem Bereich. Ich bin dennoch mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden: der Regierungsrat hat nämlich vor kurzem sein finanzielles Commitment betreffend der Thematik klar gezeigt: in meiner Interpellation hatte ich nachgefragt, wieso die Opferhilfe in den letzten Jahren ein Defizit aufwies. In der schriftlichen Beantwortung führt die Regierung aus, dass die Beratungsnachfrage laufend gestiegen ist und die Spendengelder gesunken sind. Höchsterfreulich ist, dass der Regierungsrat sofort gehandelt hat, und die Finanzierung der Opferhilfe beider Basel signifikant verbessert hat. Der Regierungsrat hat den Staatsbeitrag für die Leistungsperiode 2022-2025 im Dezember 2021 bewilligt mit einem Betrag von 962'500 CHF, dies sind 270'000 CHF mehr jährlich als in der vorherigen Leistungsperiode. Der Grosse Rat hat dies im Rahmen des Budgetprozesses 2022 bewilligt. Für diese äusserst wichtige Erhöhung bedanke ich mich bei der Regierung, und erkläre mich mit der Beantwortung meiner Interpellation als befriedigt. Dennoch möchte ich betonen, dass der Handlungsbedarf im Bereich Prävention und in der Verbesserung des Zugangs zum Recht für Opfer von Vergewaltigungen weiterhin hoch ist.

Besten Dank.

Die Interpellation 21.5590 ist erledigt

### **34. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 118 Eric Weber betreffend wie werden Mädchen und Frauen in Basel geschützt?**

[16.02.22 21:32:07, JSD, 21.5636.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Eric Weber (fraktionslos):* Ich bin von der Antwort teilweise befriedigt. Im Handbuch der CDU in Deutschland steht: "Die meisten deutschen Frauen mögen es nicht, wenn sie zu offensiv kontaktiert angemacht werden. Bei den ersten Begegnungen sollte man lieber zurückhaltend sein... Viele Mädchen und Frauen sind im Sommer nur leicht bekleidet, auch das ist normal." Darum hat es mich gefreut, dass der Regierungsrat gesagt hat, dass Asylsuchende bei der Ankunft in Basel vielfältiges Informationsmaterial bekommen, persönliche Beratung, und sie werden in den Integrationsritten begleitet. Das finde ich sinnvoll.

Für Deutschkurse wurden didaktische Sequenzen entwickelt, in denen sich die Teilnehmenden mit Stereotypen und Vorurteilen über Geschlechterrollen auseinandersetzen und über das Entstehen und die Funktion von geschlechterbezogenen Rollenbildern in der Gesellschaft reflektieren. Im Übrigen verweist die Regierung auf die jährlich erscheinende polizeiliche Kriminalstatistik. Hier liegt schon das nächste Problem, dass nämlich bei der Kriminalstatistik oft nicht mehr aufgeschlüsselt wird, wer der Täter ist. Ist es ein Mann aus der Schweiz oder aus einem anderen Land? Teilweise kann man das nur herausfinden anhand der Täterbeschreibung. Darum darf das kein Tabuthema sein, auch nicht für linke Parteien, die für Frauenrechte kämpfen, für die sexuelle Selbstbestimmung der Frau. Man muss sachlich, offen und korrekt über diese Problematik leben. Es ist einfach so, dass ein Männerüberschuss vorhanden ist. Und wenn dieser Männerüberschuss vorhanden ist, gibt es nicht so viele Frauen.

Ich bin nur teilweise befriedigt. Wir alle müssen die Folgekosten der Einwanderung tragen. Das muss man noch feststellen können.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 21.5636 ist **erledigt**.

### **35. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Velodiebstähle im Kanton Basel-Stadt**

[16.02.22 21:36:24, JSD, 19.5426.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5426 abzuschreiben.

*Jérôme Thiriet (GAB):* beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Die Beantwortung dieses Anzugs ist für mich überhaupt nicht befriedigend, weil ich keine Anhaltspunkte sehe, wie man den Velodiebstählen entgegenwirken will resp. wie man die Aufklärungsarbeit erhöhen will. Dies ist das Problem, das sich in der Zwischenzeit nicht entschärft hat. Es wird immer schlimmer. Das Problem ist, dass die mutmasslichen Banden vogelfrei agieren können, weil die Aufklärungsrate so tief ist, dass sie nicht befürchten müssen, geschnappt zu werden.

Darum hätte ich gedacht, dass ein Trackingsystem zumindest in einem Pilotprojekt Anhaltspunkte hätte liefern können, wo diese Velo hinkommen. Ich vermute, dass sie ins grenznahe Ausland gelangen. Das ist auch ein Problem. Wenn man diese Velo auf einer Auktionsplattform findet, stellt an fest, dass die Zusammenarbeit mit der Polizei im grenznahen Ausland überhaupt nicht funktioniert. Wenn man Anhaltspunkte hätte, dann könnte man sich überlegen, wie man die trinationale Zusammenarbeit in diesem Bereich verstärken könnte.

So sehe ich aber bei der Polizei überhaupt keinen Ehrgeiz, die Aufklärungsrate zu erhöhen und die Diebstähle zu reduzieren. Insofern bitte ich Sie im Namen des GAB, den Anzug stehen zu lassen.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Ich muss kurz replizieren, weil Sie gesagt haben, die Polizei lege keinen Elan an den Tag, etwas zu tun. Das möchte ich dezidiert zurückweisen. Ich möchte Ihnen kurz die Schwierigkeiten erzählen. Mit Ihren Trackern kann man ein Velo auffinden. Aber wir sind 3,5 km von der Grenze entfernt. Sie können nicht einfach nahtlos tracken im Ausland. Allenfalls kann man sehen, wo das Fahrrad steht, die Polizei kann es aber nicht holen gehen. Wir sind an den Staatsgrenzen gefangen, wir sind auf Rechtshilfe angewiesen. Bis diese Gesuche formuliert sind, sind die Velos längst nicht mehr da. Sie lösen das Problem auch mit den Trackern nicht wirklich.

Die Schwierigkeit, die die Polizei hat, ist nicht Unlust, diese Delikte zu verfolgen, sondern die Schwierigkeit liegt darin, dass die Velos heute nicht mehr registriert sind. Sie können verdächtige Beobachtungen machen, aber Sie können nicht ad hoc beweisen, dass diese Velos nicht diesen Personen gehören. Das ist die häufigste Rückmeldung, die ich von den Polizisten an der Front bekomme. Die Gestohlenmeldung ist nicht immer nahtlos gemacht, die Zuordnung auch nicht. Wir sind hier in einem gewissen Dilemma. Das war besser zu den Zeiten, als es noch die Velonummern gab. Diese hat der Bund irgendwann abgeschafft. Aber wir sind dran, Lösungen zu finden. Das Thema wird ernst genommen.

Wir sehen es allerdings nicht als staatliche Aufgabe an, den Einbruchschutz oder die Diebstahlsicherung zu finanzieren. Sonst müssten wir allen Einfamilienhäuserbesitzern die Alarmanlagen zahlen. Das kann es nicht sein, zumal die Wirkung wirklich begrenzt ist.

### Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

### Ergebnis der Abstimmung

68 JA

18 NEIN

3 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5426 ist **erledigt**.

## 36. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 128 Eric Weber betreffend Kleber in der Stadt Basel – wie verhält sich die Polizei?

[16.02.22 21:42:35, JSD, 21.5714.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Eric Weber (fraktionslos):* Ich habe Freude, überall meinen Kleber hinzukleben. Darum habe ich diese Interpellation eingereicht. Im Ausdruck steht Interpellation Nr. 118, es handelt sich aber um Interpellation Nr. 128. Dies möchte ich richtigstellen.

Ich bin von der Antwort der Regierung nicht befriedigt. Die Polizei wird viel Arbeit bekommen. Jeder Kleber kostet Fr. 150. Wir sind alle Politiker, und es ist klar, dass wir in einem Wahlkampf Kleber kleben. Es kann nicht sein, dass einzelne Politiker eine Geldbusse bekommen. Die Polizei muss bei denjenigen Klebern, wo ein Absender steht, die Parteien bestrafen und sagen, dass unbefugtes Anbringen von Werbe- oder Informationsmaterial oder anderen Anschlägen im öffentlichen Raum oder an öffentlichem Eigentum mit Verwendung von Klebstoff ist nach Ziff. 6.3 der kantonalen Ordnungsbussenliste mit einer Ordnungsbusse von Fr. 150 zu ahnden. Es ist ja richtig, dass die Regierung dies so schreibt, aber ich möchte, dass das in anderen Fällen auch gefordert wird. Denn man muss schätzen, wie viele Kleber in Basel hängen. Man muss von rund 350'000 Stück ausgehen. Nun geht die Polizei über, Leute mit Rechnungen einzudecken, die Kleber kleben. Ein geklebter Kleber kostet rund Fr. 150. Ich habe das gerne bezahlt und werde es auch weiterhin bezahlen. Ich habe keine Schulden, ich zahle alles in Raten ab. Aber ich habe gestaunt, dass es mich getroffen hat. Aber ich lasse mir die Freude mit dem Kleber nicht verderben. Darum bin ich von dieser Antwort nicht befriedigt. Ich bin der einzige Politiker, der wegen einem Kleber Fr. 150 bezahlen musste.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 21.5714 ist **erledigt**.

## 37. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend regionale Kulturangebote als Schwerpunkt-Projekt stützen

[16.02.22 21:48:09, JSD, 20.5395.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5395 abzuschreiben.

*Lisa Mathys (SP):* Ich möchte eine Lanze brechen für die Engagierten, um die es in diesem Vorstoss geht. Wir wussten im Herbst 2020, dass vom Swisslosfonds nicht die übliche Höhe der Gelder beantragt und ausgeschüttet worden sind wie sonst. Wir suchten damals eine Möglichkeit, um jene Engagierten zu unterstützen, die trotz den erschwerten Bedingungen durch die Pandemie, die Schutzmassnahmen, die unsichere Nachfrage des Publikums Kulturveranstaltungen ermöglichen, Plattformen schufen für die Kulturschaffenden, ohne alles abzusagen. Das war ein grosses persönliches Engagement und Risiko, das in eine Lücke fiel. Deshalb bin ich enttäuscht, dass es nicht gelang, mit dieser unkomplizierten Idee beim Swisslosfonds ein Spezialprojekt zu schaffen. Selbstverständlich ist seit heute Nachmittag klar, dass es keinen Sinn macht, das stehen zu lassen. Wir werden deshalb mit einem neuen Vorstoss kommen, bei dem es wieder darum gehen wird, diese Plattformen zu ermöglichen. Es geht nicht nur um die, die Veranstaltungen durchführen, sondern auch um jene, die die Plattformen brauchen. Auch wenn es jetzt keine oder nur wenige Schutzmassnahmen braucht, wird es nicht

klar sein, dass das Publikum in Massen strömt und die Anlässe wieder zu rentablen Events werden. Deshalb wird es nach wie vor etwas brauchen, um das regionale Kulturschaffen so zu stützen, dass es wieder erwachen kann, auch nach den starken Einschränkungen der Pandemie.

In diesem Sinne stimme ich der Abschreibung zu, bin aber froh, noch einmal erwähnt zu haben, dass dieses grosse Engagement auch wertschätzt wurde.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5395 ist **erledigt**.

**38. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Verbesserung der Sicherheit im Strassenbereich Nähe Endstation Tram 8 Neuweilerstrasse**

[16.02.22 21:50:26, JSD, 19.5399.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5399 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5399 ist **erledigt**.

**39. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einem Stadthotel gegen die Obdachlosigkeit (Umsetzung von Recht auf Wohnen)**

[16.02.22 21:50:55, WSU, 21.5422.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

*Oliver Bolliger (GAB):* beantragt Überweisung als Motion.

Zuallererst bedanke ich mich bei der Regierung, dass sie den Vorstoss zumindest als Anzug entgegennehmen will. Ich Namen des GAB beantrage ich Ihnen aber, den Vorstoss weiterhin als Motion zu überweisen, und ich wäre froh, wenn Sie dies auch tun würden.

Gemäss Regierung versucht die kantonale Verwaltung seit zwei Jahren, eine Immobilie für wohnungslose Personen zu finden. Es ist sicher nicht einfach, eine entsprechende Liegenschaft zu finden, das ist mir klar. Aber erst vor Kurzem hat die Regierung bewiesen, dass sie zu viel Grösserem in der Lage ist. Ich möchte aber trotzdem noch einmal auf den genauen Wortlaut der Motion aufmerksam machen. Es heisst dort, dass der Regierungsrat selber oder über eine soziale Einrichtung der Wohnhilfe ein Stadthotel betreiben lässt und mittels sozialer Arbeit vor Ort die notwendige Hilfe bereitstellt. Es muss also nicht zwingend ein Hotel gekauft werden, im Gegenteil, Kooperationen mit bestehenden Hotels sind wahrscheinlich die schnellere und zielführendere Massnahmen. Zudem bestehen ja schon gemeinsame Erfahrungen aus der Zeit der Pandemie.

Ich bin überzeugt, dass es Hotels gäbe, die weiterhin dazu bereit wären. Es ist klar, dass von den rund 300 Personen mit Meldeadresse beim Schwarzen Peter nicht alle unmittelbar von Obdachlosigkeit betroffen sind, aber bei allen besteht die Situation, dass sie über keine eigene Wohnung verfügen. Ein Teil dieser Menschen ist wiederholt mit Wohnungswechsel konfrontiert, und diese prekäre Wohnsituation hinterlässt tiefe soziale Spuren und verhindert Entwicklung auf anderen Ebenen.

Aufgrund der tieferen Mietzuschüsse durch die Sozialhilfe bei den Zimmern in den Gammelhäusern wäre ein Stadthotel eine ideale Antwort, um den Betroffenen eine Alternative anzubieten. Ein Stadthotel gegen die Obdachlosigkeit ist deshalb ein sinnvolles und niederschwelliges Angebot im Sinne von Housing first. Anstelle zu warten, bis die Heilsarmee die notwendigen Wohnungen auf dem Markt gefunden hat, was nicht einfach ist, könnte mit einem Stadthotel auf einen Schlag für mehrere Personen zwar nicht das gleiche, aber trotzdem ein Angebot gefunden werden, das sehr wohl unmittelbar die prekäre Wohnsituation entschärfen würde. Diese temporäre Lösung ist immer noch besser als keine bzw. ein ständiger Wechsel des Wohnorts, und würde deutlich mehr Sicherheit für die Betroffenen ermöglichen.

Es fällt auf, dass die Regierung sich in letzter Zeit Vorstösse, die sich auch auf die Pandemie beziehen, so beantwortet,



dass sie Massnahmen unabhängig davon und langfristig entwickeln will und somit die sozialen oder individuellen Probleme, die schon vorher vorhanden waren, negiert bzw. deswegen keinen Anlass sieht für kurzfristige Massnahmen. So werden wir der realen Situation der Betroffenen nicht gerecht, die gesunkene Sozialhilfequote und die Stabilität bei den Meldeadressen sagt nichts über das Verschwinden der Problematik aus, einzig dass diese nicht weiter angestiegen ist, was ja erfreulich ist. Der Vorteil eines Hotels ist, dass es primär Einzelzimmer sind und somit den Bedürfnissen der Wohnungslosen entspricht. Der Umgang mit unterschiedlichen Problemkonstellationen ist in Einrichtungen der Wohnhilfe schon seit langem sehr vertraut. Ein Stadthotel kann also problemlos auf die bestehenden Angebote abgestimmt werden und die Angst vor einem Überangebot ist nun wirklich aus meiner Sicht konstruiert.

Die Motion hat zum Ziel, dass nach bald vier Jahren über die Abstimmung zur Initiative Recht auf Wohnen kurzfristige und greifende Massnahmen in die Wege geleitet werden. Wir haben dies seit Beginn der Verhandlungen unzählige Male kommuniziert. Der Regierungsrat möchte einen Anzug, um eine Liegenschaft zu finden und ein langfristiges und nachhaltiges Konzept auszuarbeiten. Sie hören es, dies kann noch ewig dauern. Ich bin überzeugt, dass wir das schneller können, indem mit potentiellen Partnerhotels eine Nutzung im Sinne der Motion vereinbart wird und Organisationen der Wohnbegleitung beauftragt werden, die soziale Begleitung vor Ort bereitzustellen. Ich bedanke mich für die erneute Überweisung als Motion.

*Georg Mattmüller (SP):* Im Sinne der Sitzungseffizienz verzichte ich auf ein weiteres Votum und schliesse mich dem Votum von Oliver Bolliger an und bitte um Überweisung des Vorstosses als Motion.

*David Trachsel (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Zugegeben, Wohnungssuchende mit kleinem Budget gibt es natürlich einige. Dass aber jedem Wohnungssuchenden mit geringem Budget auf Bestellung ein Hotelzimmer oder ähnliches zur Verfügung gestellt wird, wäre aus Sicht der SVP definitiv falsch. Denn wenn wir von Obdachlosigkeit sprechen, ist es für die SVP nicht entscheidend, wie viele Leute mit geringem Budget auf Wohnungssuche sind, sondern wie viele Leute denn tatsächlich von Obdachlosigkeit betroffen sind. Gemäss den Beobachtungen des Schwarzen Peter sind dies maximal 10% der 350 Personen, welche ihre Adresse beim Schwarzen Peter hinterlegt haben. Es handelt sich also um wenige Personen, welche überdies die Möglichkeit hätten, auf der Notschlafstelle übernachten zu können.

Obdachlosigkeit ist in Basel demnach Gott sei Dank nur eine Randerscheinung, und es ist eine Realität, der Alternativen gegenüberstehen. Wir sehen deshalb keinen Bedarf für ein teures Stadthotel für eine nicht genauer definierte Gruppe von Wohnungssuchenden. Zudem erachten wir das Konzept eines Hotels auch für die allfällig Betroffenen für alles andere als zielführend. Wir beantragen Ihnen deshalb, diese Motion abzuschreiben.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Wohnen ist essentiell für die Menschen in dieser Stadt. Aus diesem Grund unterstützt der Regierungsrat auch die Stossrichtung und das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre. Die wichtigste Möglichkeit zum Wohnen ist auf dem privaten Wohnungsmarkt, wir wissen aber, dass diese zum Teil schwierig und überteuert ist, insbesondere für Menschen mit kleinem Budget und mit geringer Wohnkompetenz. Aus diesem Grund bekommt das soziale Wohnen in unserer Stadt eine immer stärkere Priorität. Der Regierungsrat sucht deshalb schon seit Anfang 2020 gemeinsam mit der IBS nach einer geeigneten Immobilie. Wir haben ganz konkret mitgeboten beim Erwerb eines Hotels. Diese Verhandlungen sind jedoch an den hohen Preiserwartungen der Eigentümerschaft gescheitert. Es käme aber auch eine langjährige Miete in Frage. Wir wollen aber nicht etwas Kurzfristiges, sondern etwas Dauerhaftes.

Da der Kauf eines Hotels und auch das Mieten eines Hotels nicht in der alleinigen Kompetenz des Regierungsrats liegt, sondern auch noch ein Angebot braucht und einen Verkäufer braucht, möchten wir Ihnen beantragen, dieses Anliegen nicht als Motion, sondern als Anzug zu überweise. Sobald der Regierungsrat eine passende Immobilie findet, werden die Anliegen des Anzugs umgesetzt.

### Eventualabstimmung

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

### Ergebnis der Abstimmung

44 JA

46 NEIN

0 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, die Motion 21.5422 nicht in einen Anzug umzuwandeln.

### Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### Ergebnis der Abstimmung

49 JA

38 NEIN

3 ENT

#### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 21.5422 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage zu **überweisen**.

### 40. Bericht des Regierungsrates zur Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend würdige Unterbringung von Nothilfebeziehenden alleinstehenden Asylsuchenden

[16.02.22 22:00:42, WSU, 20.5473.03, SMO]

Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

#### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion abzuschreiben.

Die Motion 20.5473 ist **erledigt**.

### 41. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Basel liegt am Meer – Unterzeichnung der Genfer Erklärung über Menschenrechte auf See

[16.02.22 22:01:43, WSU, 19.5453.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5453 abzuschreiben.

*Heidi Mück (GAB):* beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Das GAB möchte diesen Anzug stehen lassen. Wir wünschen uns, dass der Regierungsrat von Basel-Stadt die Genfer Erklärung für Menschenrechte auf See unterzeichnet, wie es die Stadt Genf auch schon gemacht hat. Der vorliegende Bericht zum Anzug von Sarah Wyss beinhaltet wichtige und gute Aussagen, gerade auf der Basis dieser Aussagen können wir aber die Schlussfolgerungen überhaupt nicht nachvollziehen und finden sie ein bisschen enttäuschend.

Ein Beispiel: Der Regierungsrat begrüsst die Genfer Erklärung für Menschenrechte auf See als eine unterstützenswürdige Initiative mit wichtiger Signalwirkung, will sie aber trotzdem nicht unterzeichnen. Das verstehen wir nicht.

Ein weiteres Beispiel: Der Regierungsrat zeigt in seinem Bericht seine durchaus löblichen Bemühungen auf, um zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen und anerkennt die dringende Notlage der Menschen, die an der Aussengrenze von Europa gestrandet sind. Er bedauert, dass seine Bemühungen beim Bund nicht auf offene Ohren gestossen sind und versichert, dass er auch weiterhin bei seinen Forderungen bleiben will und sein Aufnahmeangebot aufrechterhalten will. Das ist super, und trotzdem will er nicht alle Mittel ausschöpfen und will diesen Anzug abschreiben. Dabei wäre die Unterzeichnung der "unterstützungswürdigen Initiative mit wichtiger Signalwirkung" doch ein weiterer Baustein einer glaubwürdigen und starken Argumentationslinie.

Und auch die soziale Städtepartnerschaft, die im Bericht erwähnt wird, ist noch nicht so weit, dass wir sagen können, dass etwas Konkretes passiert ist. Das Vorhaben wurde aufgrund der Covid-19-Pandemie sistiert und soll erst später wieder aufgenommen werden.

Fazit: Ausser netten und wirklich guten Worten ist gar nichts geschehen. Das Flüchtlingselend besteht weiterhin, gerät aber zunehmend an den Rand unseres Blickfelds. Das scheint dem Regierungsrat recht zu sein.

Das Thema ist schwierig und emotional sehr belastend. Das Gefühl der Ohnmacht, das aufkommt, wenn wir die Bilder und Berichte über die Zustände in den Flüchtlingslagern oder in den Wäldern der Aussengrenze von Europa sehen, das Gefühl der Ohnmacht und der Trauer, wenn wir uns die Zahlen der Toten im Mittelmeer vor Augen führen, dieses Gefühl ist schwer zu ertragen. Aber wir können trotzdem nicht einfach die Augen schliessen und zurück zur kantonalen Tagesordnung gehen. Es ist für das GAB nicht verständlich, dass der Regierungsrat einen Anzug abschreiben will, dessen Ziele und Forderungen er ja teilt, die aber noch längst nicht erfüllt sind. Aus diesem Grund bitten wir Sie, diesen Anzug

stehen zu lassen.

*Michela Seggiani (SP):* beantragt eine Frist von 2 Jahren.

Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag, den Anzug abzuschreiben zu, auch wenn die Beantwortung enttäuschend ist. Wir möchten dennoch wissen, wie es weitergeht und wie das Engagement bezüglich Verteilmechanismus und die unbürokratische Aufnahme von Flüchtlingen verstärkt wird. Eigentlich hätte Basel-Stadt trotzdem unterzeichnen können, auch wenn die Genfer Erklärung nicht bindend ist und zumindest mir nicht bekannt ist, wer ausser Genf noch unterschrieben hat.

Denn mit der Genfer Erklärung über Menschenrechte auf See soll das Bewusstsein auf Menschenrechtsverletzungen auf See gestärkt werden. Von Basel-Stadt wäre das ein starkes und wichtiges Zeichen gewesen. Scheinbar wird die Erklärung aber geprüft und Ziel ist, dass die Erklärung auf nationalstaatlicher Ebene unterstützt und von Staaten unterzeichnet wird. Deshalb denke ich können wir, was die Erklärung betrifft, abwarten. Ich gehe davon aus, dass, sollte die Schweiz nicht sowieso sofort mitunterzeichnen, sich Basel-Stadt auf nationaler Ebene dafür stark macht, denn auch wenn die gefährlichen Fluchtrouten gerade nicht als aktuelles Thema behandelt werden, sind sie immer noch tödliche Fallen.

Noch kurz zum Kontingent von Geflüchteten: So wie bei der Frontexvorlage auf nationaler Ebene diskutiert wurde über die Höhe von Kontingenten, könnte man nicht denken, dass mit Flüchtlingen Menschen gemeint sind und das ist für die Schweiz eine Schande. Deshalb müssen und werden wir unermüdlich am Thema bleiben und intervenieren. So wie es uns auf kantonaler Ebene möglich und auch unmöglich ist, denn es geht um Menschen und Menschenrechte.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Die Flüchtlingssituation ist in gewissen Gegenden dieser Welt erschreckend und wir sind gut beraten, uns aktiv dafür einzusetzen, dass die Schweiz mehr Flüchtlinge aufnimmt. Das macht auch der Regierungsrat, zusammen mit anderen Städten in der Städteallianz. Das habe ich auch vor zwei Wochen in der ständerätlichen Kommission gemacht, als es um die Standesinitiative um vermehrte Aufnahme von Flüchtlingen ging. Die Kommission ist der Standesinitiative gefolgt und wird sie demnächst im Plenum des Ständerats behandeln.

Auch die soziale Städtepartnerschaft ist wieder aufgenommen. Wir sind in Arbeit. Näheres wird kommen, wenn der Regierungsrat dazu entschieden hat. Wir teilen also die Analyse der Not, wir teilen auch die Notwendigkeit des Engagements der Städte und der Kantone, wir tun dies. Nur erachten wir die hier vorgeschlagene Genfer Erklärung über Menschenrechte auf See nicht als geeignetes Mittel. Sie richtet sich an Staaten, nicht an Städte. Wir sind eine Stadt, nicht ein Staat. Die Stadt Genf hat dies so viel ich weiss als einzige Stadt unterschrieben, dies wohl, weil sie sich auch als Republik versteht. Das sind wir nicht. Wir erachten es nicht als opportun als Stadt beizutreten, was aber nichts aussagt über das Engagement und die Haltung, die der Regierungsrat einnimmt im Bereich des Flüchtlingswesens.

### Zwischenfrage

*David Jenny (FDP):* Sie haben erklärt, wir seien keine Republik. Das Gegenstück ist eine Monarchie. Sind wir eine Monarchie?

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Nein.

### Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

### Ergebnis der Abstimmung

70 JA

16 NEIN

0 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5453 ist **erledigt**.

## 42. Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Solardachpflicht auf öffentlichen Gebäuden

[16.02.22 22:09:58, WSU, 19.5034.03, ZBM]

Der Regierungsrat beantragt, die Frist bis am 31.08.2023 zu erstrecken.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Frist zur Erfüllung bis am 31.08.2023 zu erstrecken.

**43. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Einhaltung des Luftreinhalteplans 2016: Stromanschlüsse für Schiffe im Basler Rheinhafen**

[16.02.22 22:10:41, WSU, 21.5487.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert einem Jahr, der Regierungsrat beantragt die Frist auf vier Jahre zu verlängern.

*Heidi Mück (GAB):* Ich danke dem Regierungsrat, dass er bereit ist, diese Motion umzusetzen. Wir sind uns inhaltlich einig, dass wir bei dieser Sache vorwärts machen müssen.

Der Streitpunkt ist aber die Zeit, die es braucht, um dieses offenbar unbestrittene Anliegen, dass im Rheinhafen Landstromanschlüsse installiert werden, umzusetzen. Im Text der Motion wird die Umsetzung innert eines Jahres gefordert, der Regierungsrat beantragt nun die Überweisung zur Erfüllung, möchte jedoch die Frist auf vier Jahre verlängern. Vier Jahre scheinen der Fraktion GAB zu lang, deshalb beantragen wir, dass die Frist auf zwei Jahre festgesetzt werden soll.

Zuerst müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es sich um Schadstoffe wie zum Beispiel krebserregenden Dieseleruss handelt, der von den Schiffen ausgestossen wird, wenn sie im Hafen liegen. Dann können wir den Übersichtsplan auf Seite 6 der Stellungnahme des Regierungsrats anschauen, und dabei sehen wir, dass sich die Liegestellen nahe an Wohngebieten, ja sogar mitten in Wohngebieten befinden. Diese Wohngebiete gehören zu den Orten mit der schlechtesten Luftqualität von Basel. Schon nur deshalb müssen entlastende Massnahmen so rasch als möglich umgesetzt werden und nicht erst in vier Jahren.

Dann ist es nicht so, dass wir erst seit gestern von dieser belastenden Situation wissen. Im Luftreinhalteplan 2016 wurde die Einrichtung von Landstromanlagen für die Schiffe am Rheinhafen als Massnahme beschlossen. Der Luftreinhalteplan ist behördenverbindlich. Die Massnahmen müssen in der Regel innert fünf Jahren realisiert werden. Die Zeit ist also eigentlich schon um, und es ist einfach nichts passiert. Vor diesem Hintergrund ist es stossend, dass nun noch einmal vier Jahre Frist verlangt werden.

Zudem ist die Begründung, warum es noch einmal vier Jahre dauern soll, bis die Schiffe ihre Dieselhilfsmotoren an Land ausschalten und Strom beziehen können, nicht nachvollziehbar. Als Begründung wird der Bewilligungsprozess für Starkstromanlagen und die mindestens sechsmontatige Bestellzeit für eine solche Anlage erwähnt. Ich habe mir die Mühe gemacht, mit dem ESTI (Eidgenössisches Starkstrominspektorat) zu sprechen und habe sehr freundliche und kompetente Auskunft erhalten. Nach Auskunft des ESTI dauert das ordentliche Verfahren für die Bewilligung von Starkstromanlagen vier bis sechs Monate, wenn es keine Einsprachen gibt. Im Fall einer mobilen Anlage im Hafengebiet ist sogar ein vereinfachtes Verfahren möglich, bei dem auf eine öffentliche Auflage verzichtet werden kann. Dieses Verfahren dauert dann maximal vier Monate. Meine Auskunftsperson im ESTI hat am Ende des Gesprächs eine Frist von zwei Jahren für die Erfüllung der Motion als durchaus realistisch bezeichnet.

Auf weitere Ungereimtheiten im zum Teil nicht so sorgfältigen Bericht möchte ich aus Zeitgründen nicht weiter eingehen. Mein Fazit lautet einfach: Wo ein Wille ist, wäre auch ein rascherer Weg. Meine Bitte an Sie ist, dem Regierungsrat ein bisschen Dampf zu machen, die Massnahmen des Luftreinhalteplans sollten umgesetzt werden, und zwar nicht erst fast zehn Jahre, nachdem der Plan erstellt wurde. Bitte unterstützen Sie den Antrag der Umsetzung der Motion innert zwei Jahren.

*Nicole Amacher (SP):* Die vom Regierungsrat beschlossene Massnahmen zum Luftreinhalteplan ist behördenverbindlich und muss bei der weiteren Entwicklung des Hafengebiets berücksichtigt werden. Der SP ist die Umsetzung des Luftreinhalteplans wichtig und wir sind froh, dass die Regierung der vorliegenden Motion folgen möchte und somit der Landstromversorgung der Liegestellen nahe der Wohngebiete zustimmt.

Bis Mitte 2022 soll ein Pilotprojekt für eine provisorische Landstromversorgung für einen Schiffs-Liegeplatz an der Liegestelle Drei Rosen realisiert werden, was wir sehr begrüßen. Wir sind überzeugt, dass die Schweizerischen Rheinhäfen in Zusammenarbeit mit der Regierung den Landstromanschluss auch am Klybeckquai und am Ostquai unter Berücksichtigung der Zeit, die gewisse Bewilligungsverfahren oder allenfalls Bestellungen benötigen, so rasch als möglich realisieren.

Deshalb folgen wir der Regierung mit der Umsetzungsfrist von vier Jahren. Aber falls es schneller möglich ist, sind auch wir nicht unglücklich darüber.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Heidi Mück, Sie müssen dem Regierungsrat nicht Dampf machen, das ist ein Ziel, das er sich selber gesetzt hat. Der Luftreinhalteplan stammt von den beiden Regierungen, und sie sind auch bereits an der Umsetzung. Es stimmt nicht, dass noch nichts geschehen ist. Bereits angeschlossen ist der Liegeplatz am St. Johann, der Platz, der am nächsten liegt zu den Wohngebieten. Das Dreiländereck ist ebenfalls an den Landstrom angeschlossen.

Als nächstes kommt die Landestelle beim Drei Rosen. Mit der Kranbuvette ist die Trafostation vorhanden, und bis Mitte dieses Jahres sollte dort der Landstrom vorhanden sein. Ein bisschen im weiteren Horizont ist der Klybeckquai. Dort ist eine neue Trafostation notwendig, das braucht ein ESTI-Verfahren. Hier gibt es Beschwerdemöglichkeiten. Im Best case schaffen wir das bis Ende 2023, was noch knapp in der Zweijahresfrist wäre. Aber wo wir es sicher nicht schaffen werden ist am Ostquai, dort ist die Situation noch unklar, es braucht höchstwahrscheinlich auch eine Trafostation. Es kommt hinzu, dass zur Zeit die Beschaffung des Materials auch länger geht als normalerweise. Dort werden wir es in der Zweijahresfrist nicht schaffen. Wir machen es so schnell wie möglich, aber ich möchte Sie bitten, dem Regierungsrat zu folgen, das Ziel zu bestätigen und ihm die vier Jahre Zeit zu geben, damit es in Ihrem Zeithorizont realisiert werden kann und wir nicht in zwei Jahren kommen müssen um zu sagen, dass es doch nicht gereicht hat.

Deshalb möchte ich Sie bitten, mit diesen vier Jahren auch den Ostquai zu ermöglichen.

### Abstimmung

Zur Frist

JA heisst eine Frist von 4 Jahren, NEIN heisst eine Frist von 2 Jahren.

### Ergebnis der Abstimmung

59 JA

19 NEIN

1 ENT

### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 21.5487 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage **innert 4 Jahren** zu **überweisen**.

## 44. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Lärm- und Klimaschutz durch gute Zugverbindungen

[16.02.22 22:19:23, WSU, 19.5154.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5154 abzuschreiben.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Es bedeutet nicht, dass das Thema für uns erledigt ist. Ich spreche hier für die Geschäfte Nr. 44 und 45. Das Thema ist nach wie vor hoch relevant, ein Fünftel der zurückgelegten Kilometer einer Person in der Schweiz ist in der Luft klimarelevant. Das Problem des Zugverkehrs in Europa, der nur sehr schleppend vorankommt und die sehr attraktiven Kurzstreckenflüge besteht weiter.

Die Antworten des Regierungsrats sprühen nicht gerade von Elan, es ist nicht ersichtlich, wo tatsächlich die gesetzlichen Grenzen liegen und wo es an Priorität, Phantasie und Willen mangelt. Darum haben wir vor, eine schriftliche Anfrage dazu einzureichen und basierend auf diesen Erkenntnissen dann wiederum mit Vorstössen zu diesem Thema zu kommen.

*David Wüest-Rudin (GLP):* Die Grünliberalen schliessen sich dem GAB an. Auch wir sind nicht überzeugt von den Antworten des Regierungsrats, sehen aber im Moment keinen Sinn darin, dies weiter stehen zu lassen, weil der Regierungsrat entweder tatsächlich nichts machen kann oder eventuell nicht gewillt ist. In beiden Fällen würde ein Stehenlassen nicht viel bringen. Aber wir möchten dem näher auf den Grund gehen, ob es nicht doch Optionen und Möglichkeiten gibt, hier aktiv zu werden.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5154 ist **erledigt**.

## 45. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend einer finanziellen Belastung des CO2-Ausstosses des Flugverkehrs am

## Euroairport via Flughafentaxe

[16.02.22 22:21:38, WSU, 19.5153.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5153 abzuschreiben.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5153 ist **erledigt**.

## 46. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend Asphaltkollektoren auf Nordwestschweizer Strassen

[16.02.22 22:22:09, WSU, 19.5482.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5482 abzuschreiben.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5482 ist **erledigt**.

## 47. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Transparenz, Interessenkonflikte und Zukunft der Beteiligung bei der MCH Group

[16.02.22 22:22:40, WSU, 19.5236.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5236 abzuschreiben.

*David Wüest-Rudin (GLP):* beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Wir beantragen, den Anzug stehen zu lassen. Ich möchte sehr persönlich und engagiert votieren, weil hier eine Geschichte sich abzeichnet, die sich über Jahre entwickelt hat und der im Zusammenhang stehende Anzug wurde vom Regierungsrat komplett nicht erfüllt.

Wir wissen es alle, die MCH Group hat eine dramatisch negative Geschichte hinter sich. Ich persönlich, meine Partei und viele anderen fordern seit Langem, dass eine alternative Strategie der Messe- und Standortförderung entwickelt wird oder zumindest verschiedene Optionen aufgezeigt werden. Nichts ist passiert ausser einer Aneinanderreihung von Krisenereignissen. Wir wissen es, die MUBA ist Geschichte, die Basler World ist Geschichte, und jetzt kommt vielleicht die Art Basel an die Reihe, zumindest wird diskutiert, ob sie gefährdet ist. Es besteht die Gefahr, dass sie durch den Standort Paris konkurrenziert und dann nicht mehr rentabel sein wird und letztlich in Basel eingehen wird. Dazu wurde auch in den Medien berichtet, gerade heute in einem Artikel unter dem treffenden Titel "Die Messe Basel gibt es so nicht mehr". Ich mache es selten, aber ich zitiere hier gerne aus diesem Artikel, aus dem Schluss: "Die MCH Group und ihre Vertreter wie Christoph Brutschin sollten die Grösse haben, der Region reinen Wein einzuschenken und zuzugeben, dass das Unternehmen zwangsläufig Strategien verfolgt, die nicht länger im Einklang mit den Erwartungen in Basel stehen und die Region muss sich überlegen, wie sie sich ohne die Messe weiterentwickelt."

Genau das war die Analyse meiner Interpellation vor vier Jahren und des Anzugs vor zwei Jahren. Genau das ist der Punkt, die Region muss sich überlegen, wie sie sich ohne die Messe weiterentwickelt. Das war die zentrale Forderung des Anzugs. Der Regierungsrat soll überlegen, wie er in einer anderen Konstellation als mit einer Beteiligung an der MCH Group eine Messe- und Standortförderung umsetzen kann. Geschehen ist nichts.

Der Anzug könnte also nicht aktueller sein, aber er wurde komplett nicht erfüllt. Sie haben ihn damals ohne Gegenstimme überwiesen. Was wurde im Einzelnen aus den Forderungen des Anzugs? Der Regierungsrat hätte so rasch wie möglich, spätestens vor der nächsten GV der MCH Group (im Oktober 2019) die Prüfungen und Berichte vornehmen sollen. Wir sind nun viele GV später. Gefordert war, dass der Regierungsrat aufzeigt, wie er die Kantonsfinanzen schützt, die Rückzahlung der Darlehen sichert und einen Nachschuss in die MCH Group verhindert. Ein Dreiviertel Jahr später mussten wir Fr. 30'000'000 Darlehen in Aktien umwandeln. Wir haben gefordert, zeitnah dem Grossen Rat über die Entwicklungen und seine Überlegungen zu informieren, eine Diskussion zu ermöglichen und zu verhindern, dass dem

Grossen Rat Sachzwänge zum Entscheid vorgelegt werden. Ein Dreiviertel Jahr später mussten wir als Sachzwang der Erweiterung des Aktionariats und die Abgabe der Aktienmehrheit zustimmen. Es wurde gefordert, wie er den Interessenskonflikt im Verwaltungsrat aufhebt. Aufgehoben ist allein die Vertretung des Regierungsrats im Unternehmen selbst. Das wurde gemacht. Ob die Interessen der MCH Group noch minimal kongruent sind mit den Erwartungen der Interessen des Kantons, kann man heute in Frage stellen.

Es wurde gefordert, dass eine Zusammensetzung des Verwaltungsrats sichergestellt wird, der das Vertrauen von Investoren und der öffentlichen Hand geniesst. Der Verwaltungsrat wurde durch die Erweiterung des Aktionariats und Abgabe der Mehrheit folgerichtig neu besetzt, aber nicht durch eine Aktion des Kantons, sondern durch die Sachzwänge. Die Personen, die den Kanton vertreten, sind zum Teil dieselben wie zuvor.

Die Hauptforderung nach einer alternativen Strategie, mit der der Regierungsrat die Messe- und Standortförderung und den volkswirtschaftlichen Nutzen sichert ohne eine Beteiligung an der MCH Group bzw. unter Aufgabe des Konstrukts einer gemischtwirtschaftlichen börsennotierten AG. Hier gibt der Regierungsrat in der Beantwortung keine Antwort. Er sagt, man wolle in der aktuellen Situation bleiben, es wird keine Alternative aufgezeigt, keine Optionen, auch nicht, wie man vorgehen möchte, Alternativen zu entwickeln. Wir brauchen dringend politische Alternativen, sonst laufen wir mittelfristig wieder in Probleme und Sachzwänge. Schauen wir, was mit der MUBA und Basel World passiert ist, nun ist womöglich die Art als nächstes an der Reihe. Wir müssen jetzt die Zukunft der Standortförderung beim Thema Messen und Kongresse gestalten. Der Regierungsrat sitzt einfach alles aus und reagiert, wenn es nicht mehr anders geht.

Der Regierungsrat soll jetzt aktiv in Szenarien denken und Optionen auf den Tisch legen. Der Regierungsrat hat diesen Auftrag von uns allen erhalten und hat nichts davon umgesetzt. Darum bitten wir Sie, den Anzug stehen zu lassen.

*Oliver Thommen (GAB):* Wir haben in der Kreuztabelle ein offenes gegeben. Unsere Fraktion kann sich zum Teil den Bedenken von David Wüest-Rudin anschliessen, insbesondere bezüglich der Organisationsform, wie das parlamentarisch umgesetzt wird.

*Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP):* Die Fraktion die Mitte/EVP hat dem Vorredner sehr genau zugehört und aufgrund der aktuellen Berichterstattung teilt sie die Meinung und Einschätzung und wird für ein Stehenlassen plädieren.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Die MCH Group ist mit ihren Messe- und Kongressaktivitäten ein wichtiger Standortfaktor für die Stadt und die Region Basel. Es stimmt aber auch, dass sie mit grossen Herausforderungen konfrontiert ist, einerseits durch den Strukturwandel im Bereich Messen und Kongresse, aufgrund des Verlusts der Basel World, die natürlich für unseren Standort eine sehr schlechte Entwicklung war, und drittens auch in den letzten zwei Jahren sehr direkt und brutal durch die Covid-19-Pandemie, die dem Kongress- und Messewesen sehr stark zugesetzt hat.

Das fordert die MCH Group sehr stark heraus, sie muss ihre Produkte weiterentwickeln, neue Produkte entwerfen und sie muss aus dieser Krise herausfinden, und jetzt, wenn die Massnahmen auch langfristig hoffentlich nicht mehr notwendig sind, ihre Aktivitäten wieder entsprechend hochfahren. Das sind grosse Herausforderungen.

David Wüest-Rudin, Sie haben in Ihrem Votum einen wichtigen Teil sehr kurz behandelt, nämlich den Punkt, dass der Regierungsrat in der Zwischenzeit mit einem Ratschlag im Grossen Rat war und Sie als Grosser Rat haben ganz klar entschieden und den Auftrag gegeben, dass die öffentliche Hand gemeinsam mit der Stadt und dem Kanton Zürich einen Drittel an der MCH Group halten müssen. Diesen Auftrag haben Sie gesetzt und der gilt für mich und den Regierungsrat. Die ganze Frage, wie sich der Kanton positionieren soll gegenüber der MCH Group haben Sie dort zu einem grossen Teil beantwortet. Das ist der gültige Auftrag, den es zu erfüllen gibt und den wir als Kanton erfüllen.

Zu den Messehallen: Sie gehören der MCH Group, stehen aber auf Land, das der Einwohnergemeinde Basel gehört. Eine Nutzung für Messen ist in Baurechtsverträgen festgeschrieben. Eine solche Nutzung ist auch weiterhin im öffentlichen Interesse. Wenn das Unternehmen sein Eigentum an den Messehallen aufgeben würde, würde sie von der Einwohnergemeinde übernommen. Das ist aber nicht unser Ziel.

Zur Frage des Interessenskonflikts: Wir überprüfen regelmässig, wie man den Nutzen für Basel maximieren kann. Ja, wir haben die Vertretung des Regierungsrats bei der MCH Group geändert. Der Regierungsrat ist nicht mehr im Verwaltungsrat der Messe vertreten, sondern lässt mandatiert zwei Vertreterinnen und Vertreter, die für den Kanton die Interessen einbringen. Aber der Regierungsrat sitzt selber nicht mehr drin, sondern fokussiert sich voll und ganz auf die Standortinteressen und auf seine Interessen gegenüber der MCH Group. Also auch dieser Punkt wurde stark angepasst und verändert seit Ihrem Anzug.

Aus diesen Gründen beantragt Ihnen der Regierungsrat, diesen Anzug abzuschreiben, weil er vor den beiden Entscheiden eingereicht wurde. Diese beiden Entscheide haben einen grossen Teil der Anliegen erfüllt.

### Zwischenfrage

*David Wüest-Rudin (GLP):* Dass der Grosse Rat aus Sachzwängen den Auftrag erteilt hat, die 33% Anteil zu halten, auch mangels Alternativen, weil der Regierungsrat keine andere Lösung vorgelegt hat, und dies als Provisorium gelten könnte, haben Sie nicht bedacht?

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Ich kenne nicht jede einzelne Motion der Grossratsmitglieder. Ich kenne den Auftrag.

Ich kann mir vorstellen, dass dies für einige mit ein Grund war. Aber ich habe auch von Ihnen keine Alternativforderung gehört.

#### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

47 JA

34 NEIN

2 ENT

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5236 ist **erledigt**.

### **48. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend kleinere Bebbi-Säcke**

[16.02.22 22:35:17, WSU, 20.5330.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5330 abzuschreiben.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5330 ist **erledigt**.

### **49. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 127 Andrea Strahm betreffend Vogelschlagbeauftragter Euroairport Basel-Mulhouse (EAP)**

[16.02.22 22:35:32, WSU, 21.5713.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Andrea Strahm (die Mitte/EVP):* schriftliche Interpellationsantwort:

Sehr geehrter Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Statthalter, liebe Regierungsrätinnen und Regierungsräte, liebe Kolleginnen und Kollegen

Herzlichen Dank der Regierung für die umfassende Beantwortung der Fragen meiner Interpellation. Ich stelle mit Befriedigung fest, dass der EAP den Schutz vor Vogelschlag, vor der Kollision eines Fliegers mit Vögeln nämlich, ernst nimmt und Vorkehren trifft. Die Regierung anerkennt in ihrer Antwort die Risiken eines derartigen Zusammenstosses und führt deutlich vor Augen, was passieren kann. Die spektakuläre Notlandung auf dem Hudson River im 2009 etwa geschah aufgrund einer Kollision mit Kanadagänsen.

Die Regierung führt aus, der EAP überwache die Vögel im Flugraum mittels Patrouillen und sieben elektronischen Vogelscheuchen. Bedauerlicherweise wird dabei aber nicht klar, ob diese Massnahmen auch wirklich auf Schweizer Boden erfolgen und den hiesigen Luftraum schützen. Es ging in der Interpellation um die Störche und andern Grossvögel, die über Grossbasel West und der Regio in der Flugschneise zu kreisen pflegen, nicht um Grossvögel in Frankreich. Im Bereich Zoologischer Garten hat es bekanntlich unzählige Störche, die auch im Winter hierbleiben und die sich in der Flugschneise bewegen.

Wenn die Regierung also meine Fragen nach den Risiken von Vogelschlag auf Kantonsgebiet als «äusserst gering» bezeichnet, dann tut sie dies, ohne dass klar ist, ob die Schutzmassnahmen des EAP sich tatsächlich auf Schweizer Territorium erstrecken. Es darf daran gezweifelt werden.

Der Hinweis der Regierung darauf, dass der EAP und die «zuständigen Aufsichtsstellen» für allfällige Massnahmen zuständig seien, ist grundsätzlich richtig, da die Lufthoheit entlang der Grenze an Frankreich abgetreten wurde. Es kann aber nicht angehen, von Frankreich vernachlässigte Sicherheitsvorkehren auf Schweizer Territorium zu dulden, falls dies,



wie ich leider vermuten muss, so geschieht. Die Regierung ist für die Sicherheit der Kantonsbevölkerung zuständig, und hat zur Wahrung der Interessen der Bevölkerung auch Einsitznahme im Verwaltungsrat des EAP.

Die Änderung vom Sichtlandeverfahren zum ILS33 im Jahr 2007 hatte zur Folge, dass Kanton und Schweiz insbesondere bei Südlandungen und Direktstarts stärker überflogen wurden und werden. Es wird seit dann im Südsektor das am dichtesten besiedelte Gebiet rund um den EAP überflogen. Ich fragte deshalb in der Interpellation, ob zum ILS33 eine Risikoanalyse vorliege, was aus rechtlicher Sicht unerlässlich wäre.

Wie die Regierung nun ausführt, ist dies nicht der Fall. Die Regierung verweist auf eine Risikoanalyse aus dem Jahr 2000. Richtig ist jedoch, dass diese aus dem Jahr 2001 stammt und sich mangels hellseherischer Fähigkeiten der Autoren nicht zum ILS33 des Jahres 2007 äussern kann. Sie ist über 20 Jahre alt und wir alle wissen, wie sich der Flugverkehr am EAP in den letzten Jahren entwickelt hat. Die alte Risikoanalyse weist zudem klar auf die Gefahren beim Überfliegen von Siedlungsgebiet hin. Sie führt beispielsweise aus, dass sich 75% aller Unfälle im Zusammenhang mit Start und Landung bzw. am Boden ereigneten. Womit klar ist, dass diese Manöver, wenn immer möglich, über wenig besiedeltes Gebiet zu führen sind. Und nicht, wie hier, über Spitäler, Schulen und unzählige Wohnsiedlungen.

Wenn die Regierung heute nun bestätigt, dass das ILS 33 ohne Risikobeurteilung eingeführt wurde, und auch heute noch, nach gut vierzehn (!) Betriebsjahren, keine Beurteilung des Gefahrenpotentials dieses Flugregimes für den Kanton oder die Region vorliegt, dann kann dies nicht befriedigen.

Auch die Ausführungen der Regierung, die Einführung des ILS 33 entspreche den Empfehlungen ebendieser über zwanzigjährigen Risikoanalyse sind nicht korrekt. Die Regierung hat überlesen, dass diese RA klare Vorbehalte dazu angebracht hatte und ausdrücklich verlangte, eine spätere Quantifizierung der Massnahme über die konkrete Wirksamkeit eines Direktlandesystems über Siedungsgebiet zu machen. Damit forderte sie eine weitere Risikoanalyse (S. 16 der Kurzfassung). Die wurde nie gemacht, vor allem nicht vor Einführung des ILS 33, wie das notwendig gewesen wäre.

Diese Situation ist unhaltbar. Es muss endlich eine Risikoanalyse erstellt werden, die die Gefahr vor Abstürzen für das Siedlungsgebiet etwa wegen Vogelschlag quantifiziert. Und es müssen Massnahmen erarbeitet werden, die die hiesigen Storchensiedlungen einbeziehen. Und dies auf Schweizer Boden, nicht in Frankreich drüben.

Es bleibt mir zu betonen, dass ich die wirtschaftliche Bedeutung des EAP für die Region kenne und anerkenne. Es kann aber nicht angehen, dass die Regierung deswegen ihre Hausaufgaben nicht macht und den Schutz der Bevölkerung derart hinten anstellt.

Zusammenfassen halte ich somit fest, dass ich von der Antwort der Regierung in keiner Weise befriedigt bin.

Die Interpellation ist erledigt.

## **57. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 150 Lea Wirz betreffend Covid-Testkapazitäten an Primarschulen & in Kindergärten**

[16.02.22 22:36:19, GD, 21.5787.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Lea Wirz (GAB):* schriftliche Interpellationsantwort:

Gerne erkläre ich mich auf schriftlichem Weg teilweise befriedigt mit der Antwort auf die Interpellation Nr. 150 vom 8. Dezember 2021 betreffend «Covid-Testkapazitäten an Primarschulen & in Kindergärten». Die Situation sieht mittlerweile ganz anders aus als im letzten Dezember, weshalb ich darauf verzichte eingehend auf die Antwort des Regierungsrates einzugehen.

Die Interpellation ist erledigt.

## **Interpellation Nr. 151 Franz-Xaver Leonhardt betreffend zukünftige Ausrichtung des Kongresszentrums**

[16.02.22 22:36:19]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Franz Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP):* schriftliche Interpellationsantwort:

Besten Dank für die fundierte und aufschlussreiche Antwort auf meine Interpellation Nr. 151.

Die MCH Group, unter anderem auch mit ihrem Kongresszentrum, sind für das tourismusorientierte Gewerbe inklusive seiner Zulieferer von eminent grosser Bedeutung. Die COVID 19 Pandemie zeigt diesem Wirtschaftszweig schmerzlich auf, wie wichtig ein prosperierender Messe- und Kongresstourismus ist. Ohne die Kongress-, und Messebesucher ist es

gewissen Teilen der Tourismus-Wirtschaft – insbesondere den Hotel-, und Gastronomiebetrieben – kaum möglich wirtschaftlich zu arbeiten.

Die aktuellen staatlichen Unterstützungsmassnahmen, insb. auch die Härtefallhilfe, welche verdankenswerter Weise auch aktuell wieder ausbezahlt wird, leisten einen existenziellen Beitrag an die Hotellerie und Gastronomie.

In der Post-Covid Zeit aber muss das Messe- und Kongresswesen wieder zu alter Stärke zurückfinden, generiert es doch wertvolle Wertschöpfung in unserer Region und sichert dadurch zahlreiche Arbeitsplätze. Aus diesem Grund sind die Entwicklungen der MCH Group für uns entscheidend und wir beobachten diese genau. Ich gehe davon aus, dass Sie als Vertreter des Kantons, der ja wichtiger Aktionär bei der MCH Group ist, die Interessen des Standortes Basel weiterhin mit Vehemenz zu vertreten. Es ist denkbar, sollte der Stellenwert des Standortes Basel aufgrund der neuen Eigentumsverhältnisse bei der MCH-Group oder anderer Komponenten geschwächt werden, weitere politische Schritte nötig werden.

Für den Moment bin ich jedoch mit Ihrer Antwort auf meine Interpellation zufrieden und bedanke mich nochmals dafür.

Die Interpellation ist erledigt.

**Schluss der 5. Sitzung**

22:30 Uhr

Basel, 13. Mai 2022

Jo Vergeat  
Grossratspräsidentin

Beat Flury  
I. Ratssekretär

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 3\_ Offene Wahlen

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	-
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	-
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	95	10	7	0	16	8	15	29	10
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	4	0	0	0	2	0	0	1	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 3\_ Wahl Philip Karger

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Enthaltung
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Enthaltung
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	94	10	7	0	15	8	14	30	10
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Enthaltung	2	0	0	0	1	0	1	0	0
Abwesend	4	0	0	1	2	0	0	0	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 4\_Wahl Annina von Falkenstein

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	-
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Enthaltung
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	95	10	7	0	16	8	14	30	10
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	1	0	0	0	0	0	1	0	0
Abwesend	3	0	0	0	2	0	0	0	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 5\_Abstimmung GRB 1

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Enthaltung
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	-
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	-
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	-
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Enthaltung
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	-

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	-
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	-
Eberhard Melanie	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	-

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	-
Wittlin Stefan	SP	-
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trchsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Enthaltung
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	64	10	6	0	10	7	10	17	4
Nein	8	0	0	1	0	0	2	0	5
Enthaltung	3	0	1	0	1	0	0	0	1
Abwesend	25	0	0	0	7	1	3	13	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 5\_Antrag RR zu GRB 2

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Enthaltung
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	-
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	-
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	-
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Enthaltung
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	-
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	-
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	17	0	0	0	0	0	10	0	7
Nein	63	10	6	1	11	7	2	23	3
Enthaltung	2	0	1	0	1	0	0	0	0
Abwesend	18	0	0	0	6	1	3	7	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 5\_Abstimmung GRB 2

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Enthaltung
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	-
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	-
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	-
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Enthaltung
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	-
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	-
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	-
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	77	10	6	0	12	7	13	22	7
Nein	4	0	0	1	0	0	0	0	3
Enthaltung	2	0	1	0	1	0	0	0	0
Abwesend	17	0	0	0	5	1	2	8	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>



Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 6\_Abstimmung GRB 1

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	-
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	94	9	7	0	17	8	13	30	10
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	5	1	0	0	1	0	2	0	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 6\_Abstimmung GRB 2

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	-
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	94	9	7	0	17	8	13	30	10
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	5	1	0	0	1	0	2	0	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 6\_Eventualabstimmung Antrag GLP /RR und Minderheit zu GRB 3

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Enthaltung
Thommen Oliver	GAB	Enthaltung
Bernasconi Patrizia	GAB	Enthaltung
Hanauer Raffaella	GAB	Enthaltung
Fuhrer Raphael	GAB	Enthaltung
Ineichen Anina	GAB	Enthaltung
Messerli Beatrice	GAB	Enthaltung
Bolliger Oliver	GAB	Enthaltung
Hoppler Laurin	GAB	Enthaltung
Wirz Lea	GAB	Enthaltung
Zürcher Tonja	GAB	Enthaltung
Lachenmeier Michelle	GAB	Enthaltung
Mück Heidi	GAB	Enthaltung
Leuthardt Beat	GAB	Enthaltung
Weibel Fleur	GAB	Enthaltung

Friedl Harald	GAB	Enthaltung
Hazenkamp-von Arx	GAB	Enthaltung
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	-
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	38	10	7	0	0	0	13	0	8
Nein	40	0	0	0	0	8	0	30	2
Enthaltung	18	0	0	1	17	0	0	0	0
Abwesend	4	0	0	0	1	0	2	0	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 6\_Abstimmung GRB 3

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	-
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	45	10	7	0	0	8	11	0	9
Nein	49	0	0	0	17	0	2	29	1
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	5	0	0	0	1	0	2	1	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 6\_Abstimmung GRB 3 Schlussabstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Enthaltung
Bucher Erich	FDP	Enthaltung
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Enthaltung
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Enthaltung
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Enthaltung
Isler-Christ Lydia	LDP	Enthaltung
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Enthaltung
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Enthaltung
Karger Philip	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trchsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	82	10	4	0	17	7	9	29	6
Nein	7	0	0	1	0	0	2	0	4
Enthaltung	8	0	3	0	0	1	4	0	0
Abwesend	3	0	0	0	1	0	0	1	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 6\_Abstimmung GRB 4

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	97	10	7	0	17	8	15	30	10
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	2	0	0	0	1	0	0	0	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 6\_Abstimmung GRB 5

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	-
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Enthaltung
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	95	9	7	0	17	8	14	30	10
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	1	0	0	0	0	0	1	0	0
Abwesend	3	1	0	0	1	0	0	0	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 7\_Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	-
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	-
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	-
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	-

Friedl Harald	GAB	-
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	-
Bothe-Wenk Sandra	GLP	-
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	-
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	-
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	-
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	-
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	74	10	7	0	8	5	13	23	8
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	25	0	0	0	10	3	2	7	3
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>



Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 8\_Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	-
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	-
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	-
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	-
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	-
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	84	10	7	0	13	8	13	25	8
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	15	0	0	0	5	0	2	5	3
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 10.1\_Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	-
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Enthaltung
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	-

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	-
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	-
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	-
Perret Jean-Luc	SP	-
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	72	3	7	0	16	8	11	24	3
Nein	10	3	0	0	0	0	0	0	7
Enthaltung	2	1	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	16	3	0	0	2	0	4	6	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 10.3\_Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	-
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trchsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	83	10	7	0	17	8	13	27	1
Nein	9	0	0	0	0	0	0	0	9
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	7	0	0	0	1	0	2	3	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 12.1\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	50	10	7	0	0	8	15	0	10
Nein	47	0	0	1	17	0	0	29	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	3	0	0	0	1	0	0	1	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 12.2\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Enthaltung
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Nein
Karger Philip	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Enthaltung
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Enthaltung
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	40	5	1	0	17	4	2	9	2
Nein	51	5	6	1	0	3	13	15	8
Enthaltung	3	0	0	0	0	1	0	2	0
Abwesend	6	0	0	0	1	0	0	4	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 12.3\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	-
Thommen Oliver	GAB	Enthaltung
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Enthaltung
Fuhrer Raphael	GAB	Enthaltung
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Enthaltung
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	-
Hazenkamp-von Arx	GAB	Enthaltung
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Enthaltung
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Enthaltung
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Enthaltung
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	19	0	1	0	10	0	1	0	7
Nein	66	10	5	1	0	8	14	26	2
Enthaltung	8	0	0	0	5	0	0	2	1
Abwesend	7	0	1	0	3	0	0	2	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 12.5\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	-
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Enthaltung
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Karger Philip	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	44	0	0	0	17	0	1	15	11
Nein	51	9	7	0	0	7	14	14	0
Enthaltung	2	0	0	1	0	1	0	0	0
Abwesend	3	1	0	0	1	0	0	1	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 12.6\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	82	8	7	0	16	8	14	27	2
Nein	11	2	0	1	0	0	0	0	8
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	7	0	0	0	2	0	1	3	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>



Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 12.8\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Enthaltung
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Enthaltung
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Enthaltung
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	-
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Karger Philip	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	50	0	0	0	16	5	0	29	0
Nein	44	9	7	1	0	1	15	0	11
Enthaltung	3	1	0	0	1	1	0	0	0
Abwesend	3	0	0	0	1	1	0	1	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 12.9\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	40	8	0	0	0	8	14	0	10
Nein	53	1	6	1	17	0	0	28	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	7	1	1	0	1	0	1	2	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 12.10\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Enthaltung
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Enthaltung
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	40	5	6	0	17	8	4	0	0
Nein	54	5	1	1	0	0	8	28	11
Enthaltung	2	0	0	0	0	0	1	1	0
Abwesend	4	0	0	0	1	0	2	1	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 13.2\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	-
Herter Balz	Die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	-
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	-
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	-
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	-

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	-
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	-
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	-
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	-
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	-
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	-
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	-
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	-
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	-
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Nein	67	6	7	0	9	7	11	19	8
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	32	4	0	0	9	1	4	11	3
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 13.3\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	-
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	-
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	-
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	-
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	-

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	-
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	-
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Karger Philip	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	-
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	-

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	-
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	-
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	-
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trchsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	-
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	-
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	-
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Nein	65	8	7	0	8	7	13	17	5
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	34	2	0	0	10	1	2	13	6
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 13.4\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	-
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	-
Ineichen Anina	GAB	-
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	-
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	-
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	-
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	-
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	-
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Karger Philip	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	-
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	-

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	-
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	-
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	-
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	-
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	-
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	2	0	0	1	0	1	0	0	0
Nein	66	9	6	0	9	5	13	16	8
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	32	1	1	0	9	2	2	14	3
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 13.5\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	-
Ineichen Anina	GAB	-
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	-
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	-
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	-
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	-
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Karger Philip	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	-
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	-

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	-
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	-
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	-
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	-
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	-
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Nein	68	9	6	0	10	6	14	15	8
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	31	1	1	0	8	2	1	15	3
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 13.6\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	-
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	-
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	-
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	-
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	-
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Karger Philip	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	-
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	-
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	-
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	-
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	-
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Nein	73	9	7	0	13	7	12	17	8
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	26	1	0	0	5	1	3	13	3
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>



Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 13.8\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Enthaltung
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	-
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	-
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	-
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	45	10	6	0	2	7	14	0	6
Nein	45	0	0	1	13	0	0	26	5
Enthaltung	1	0	1	0	0	0	0	0	0
Abwesend	9	0	0	0	3	1	1	4	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 13.9\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Enthaltung
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Karger Philip	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	22	2	0	0	17	1	1	0	1
Nein	69	7	6	0	0	5	14	27	10
Enthaltung	2	0	0	1	0	1	0	0	0
Abwesend	7	1	1	0	1	1	0	3	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 13.11\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Enthaltung
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Karger Philip	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	50	0	0	0	17	6	0	27	0
Nein	41	10	7	0	0	0	13	0	11
Enthaltung	2	0	0	1	0	1	0	0	0
Abwesend	7	0	0	0	1	1	2	3	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 13.12\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Enthaltung
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	-
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	-
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	-
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	80	10	7	0	16	5	15	27	0
Nein	10	0	0	0	0	0	0	0	10
Enthaltung	2	0	0	1	1	0	0	0	0
Abwesend	8	0	0	0	1	3	0	3	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 14\_Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	-
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	-
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	46	10	7	0	0	5	14	0	10
Nein	46	0	0	0	16	0	1	29	0
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	7	0	0	0	2	3	0	1	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 15\_Anzug oder Motion

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	-

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	-
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Enthaltung
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	78	10	7	0	2	7	14	28	10
Nein	15	0	0	0	14	0	0	0	1
Enthaltung	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Abwesend	6	0	0	1	2	1	1	1	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 15\_Überweisung als Anzug

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Enthaltung
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Karger Philip	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	45	0	0	0	16	0	0	28	1
Nein	50	10	7	0	0	7	15	1	10
Enthaltung	1	0	0	0	1	0	0	0	0
Abwesend	4	0	0	1	1	1	0	1	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 17\_Überweisung als Motion

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	-
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	-
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	-
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Karger Philip	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	-
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	-
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Enthaltung
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	35	1	0	1	0	0	0	24	9
Nein	51	7	7	0	13	7	15	1	1
Enthaltung	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Abwesend	13	2	0	0	5	1	0	5	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>



Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 18\_Überweisung als Anzug

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	-
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	-
Hanauer Raffaella	GAB	-
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	-
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	-
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	-
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trchsel David	SVP	-
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Enthaltung
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	74	8	7	0	13	6	13	27	0
Nein	8	0	0	0	0	0	0	0	8
Enthaltung	2	0	0	1	0	0	0	0	1
Abwesend	16	2	0	0	5	2	2	3	2
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Ordnungsantrag Nachsitzung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Enthaltung
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Enthaltung
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Enthaltung
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	-
Hanauer Raffaella	GAB	-
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	-
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	-
Baumgartner Claudia	GLP	-
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Enthaltung
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Enthaltung
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Enthaltung
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	31	1	1	0	0	1	11	7	10
Nein	50	6	5	1	12	5	3	18	0
Enthaltung	6	2	1	0	0	0	1	2	0
Abwesend	13	1	0	0	6	2	0	3	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 19\_Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	-
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	-
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	-
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	-
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	-
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	45	10	7	0	0	6	14	0	8
Nein	39	0	0	0	14	0	0	25	0
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	15	0	0	0	4	2	1	5	3
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 20\_Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Enthaltung
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	-
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	-
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	49	9	7	1	0	6	15	0	11
Nein	45	0	0	0	16	0	0	29	0
Enthaltung	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	5	0	0	0	2	2	0	1	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 22\_Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	-
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	-
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Enthaltung
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	38	8	5	0	0	0	14	0	11
Nein	50	2	1	0	16	7	0	24	0
Enthaltung	2	0	0	1	0	0	0	1	0
Abwesend	10	0	1	0	2	1	1	5	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 24\_ Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	-
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	41	3	7	0	0	4	15	1	11
Nein	52	7	0	0	16	3	0	26	0
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	6	0	0	0	2	1	0	3	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 25\_ Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	-
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	-
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	38	8	6	0	0	2	14	0	8
Nein	53	1	1	0	16	4	1	28	2
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	8	1	0	0	2	2	0	2	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 29\_Anzug oder Motion

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	-
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	41	10	7	0	0	0	14	0	10
Nein	51	0	0	0	16	7	0	28	0
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	7	0	0	0	2	1	1	2	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>



**Abstimmung**

**Ergebnis der Abstimmung**

**Geschäft:** Trakt. 29\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	-
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Karger Philip	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	51	1	0	0	16	7	0	27	0
Nein	40	9	7	0	0	0	14	0	10
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	8	0	0	0	2	1	1	3	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 30\_Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	-
Fuhrer Raphael	GAB	-
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	-

Friedl Harald	GAB	-
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Enthaltung
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	-
Eberhard Melanie	SP	-
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	-

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	-
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	62	1	7	0	11	7	13	23	0
Nein	20	9	0	1	1	0	0	0	9
Enthaltung	1	0	0	0	0	0	1	0	0
Abwesend	17	0	0	0	6	1	1	7	2
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 35\_Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Enthaltung
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	-
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	Enthaltung
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	-
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Enthaltung
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	-
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	-
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	68	9	7	0	0	3	14	26	9
Nein	18	0	0	0	14	3	0	1	0
Enthaltung	3	1	0	1	1	0	0	0	0
Abwesend	11	0	0	0	3	2	1	3	2
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 39\_Motion oder Anzug

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	-
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	-
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	44	10	7	0	0	5	14	0	8
Nein	46	0	0	0	16	2	0	28	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	10	0	0	1	2	1	1	2	3
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 39\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Enthaltung
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	-
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Enthaltung
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Enthaltung
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Karger Philip	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	-
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	49	2	0	0	16	3	0	28	0
Nein	38	7	7	0	0	3	13	0	8
Enthaltung	3	1	0	0	0	1	1	0	0
Abwesend	10	0	0	1	2	1	1	2	3
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 41\_Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	-
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	-
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	-
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	-
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	70	10	5	0	0	6	14	27	8
Nein	16	0	0	0	16	0	0	0	0
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	14	0	2	1	2	2	1	3	3
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 43\_Frist

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	-
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	-
Thiriet Jérôme	GAB	-
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	-
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	-
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Karger Philip	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	-
Kabakci Mahir	SP	-
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	-
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	-
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	59	7	5	0	0	6	14	24	3
Nein	19	1	0	0	14	0	0	0	4
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	22	2	2	1	4	2	1	6	4
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

## Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Vorgezogene Budgetpostulate zum Budget 2023:			
1.	Michelle Lachenmeier betreffend Erziehungsdepartement, Dienststelle 290, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Robi-Spielaktionen, Kindertankstellen)			21.5838.01
2.	Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Bau- und Verkehrsdepartement, 661 Globalbudget Öffentlicher Verkehr, Produktgruppe Tram und Bus (Verlängerung Buslinie 64)			22.5018.02
3.	Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Bau- und Verkehrsdepartement, 661 Globalbudget Öffentlicher Verkehr, Produktgruppe Tram und Bus (Taktverdichtung)			22.5019.01
2.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2022–2025. Staatsbeiträge an die Trägerschaften Verein «Knaben- und Mädchenmusik Basel 1841», Verein «Knabenkantorei Basel», Verein «Mädchenkantorei Basel», Verein «Musikverband beider Basel», Genossenschaft «Musikwerkstatt Basel Genossenschaft zur Förderung improvisierter Musik» sowie Bericht der Kommissionminderheit	<b>BKK</b>	PD	21.0630.02
3.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Stadtbibliothek Basel für die Jahre 2022-2025	<b>BKK</b>	PD	21.0626.02
4.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Otto Schmid und Konsorten betreffend Öffnung der Wolfsschlucht für Velos		BVD	16.5494.04
5.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend kleinere Bebbi-Säcke		WSU	20.5330.02

### Überweisung an Kommissionen

Keine

### An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

6.	Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz) sowie zur Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Vereinfachung bei der Berechnung der Grundstückgewinnsteuer (P155459)	<b>WAK</b>	FD	20.0651.03 15.5459.05
7.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend der Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau		BVD	21.5638.02
8.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend vermehrte WC-Anlagen im öffentlichen Raum		BVD	21.5510.02
9.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Patrick Hafner betreffend kundenfreundliche Steuerverwaltung		FD	21.5015.02
10.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Präventionskampagne «Plastik im Rhein reduzieren»		WSU	19.5442.02
11.	Motionen:			
1.	Andrea Strahm und Konsorten betreffend gelebter Baumschutz			22.5020.01



2.	Sandra Bothe und Konsorten betreffend "Lernbrücken für Lernlücken" zum Ausgleich der Nachteile aufgrund der Corona-Schuljahre		22.5035.01
12.	Anzüge:		
1.	Salome Bessenich und Konsorten betreffend Stärkung der Plakatsammlung Basel		22.5021.01
2.	Beda Baumgartner und Konsorten betreffend kein Einsatz von biometrischen Erkennungssystemen in Basel-Stadt		22.5022.01
3.	Johannes Sieber und Konsorten betreffend Einrichtung eines runden Tisches für LGBTI-Anliegen		22.5023.01
4.	Joël Thüring und Konsorten betreffend Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am ICT Scouts/Campus		22.5024.01
5.	Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten für einen weiteren Standort der Rettungs-Sanität im Hirzbrunnen oder Riehen		22.5036.01
6.	Tim Cuénod und Konsorten betreffend der Finanzierung der ÖV-Transportkosten für Besuche ausserschulischer Lernorte auf der Sekundarstufe I		22.5037.01
7.	Heidi Mück und Konsorten betreffend Besteuerung der Einnahmen aus Einspeisevergütungen von Photovoltaik-Kleinanlagen und Netzentgelt		22.5038.01
8.	Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend 30'-Takt im ÖV-Nachtnetz		22.5039.01
9.	Harald Friedl und Konsorten betreffend Einrichtung eines Stadtaubenkonzpts		22.5040.01
10.	Eric Weber betreffend kostenfreie Müllentsorgung		22.5045.01
11.	Eric Weber betreffend jeder Schüler bekommt E-Mail Adresse vom Kanton		22.5046.01
12.	Eric Weber betreffend Rathaus soll im Schweizer Pass gezeigt werden		22.5047.01
13.	Eric Weber betreffend Staatskalender soll es wieder in Druck-Ausgabe geben		22.5048.01
14.	Lisa Mathys und Konsorten betreffend Frühlingserwachen der "kleinen" Kulturangebote in Zeiten der Unsicherheit		22.5053.01

**Kenntnisnahme**

13.	Rücktritt von Michela Seggiani als Mitglied des Erziehungsrates per 26. April 2022		22.5025.01
14.	Nachrücken von Philip Karger als Mitglied des Grossen Rates per 1. Februar 2022	PD	22.5003.02
15.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend eine durchgehende Fussgänger Verbindung am Kleinbasler Rheinbord (stehen lassen)	BVD	17.5312.03
16.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend Drohnen (stehen lassen)	JSD	19.5129.02
17.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Strassenverkehr rund um die Roche	BVD	21.5800.02
18.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Oliver Bolliger betreffend Angebot und Höhe der Integrationszulage in Freiwilligenangeboten	WSU	21.5715.02
19.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jérôme Thiriet betreffend Abwärmennutzung von IT-Equipment	WSU	21.5738.02

## Anhang C: Neue Vorstösse

### Motionen

#### 1. Motion betreffend gelebter Baumschutz

22.5020.01

In der Bevölkerung entsteht jeweils viel Unmut, wenn Bäume gefällt werden sollen. Geschieht dies, weil die betreffenden Bäume krank sind, wehrt sich wohl niemand gegen eine Fällung. In letzter Zeit geschah dies jedoch vermehrt aus rein «planerischen Gründen».

Gerade eben wurden am Wielandplatz und an der St. Albantor-Anlage gesunde Bäume gefällt, am Wielandplatz deren 13. Wie die BaZ am 28. Dezember 2021 schrieb, soll ein «Quartierplatz mit mehr Raum für Fussgängerinnen und Fussgänger» anstelle der gerade in eine Stadt notwendigen, schattenspendenden hohen Bäume entstehen. Das ist unverständlich. Zum einen ist die Schützenmatte als Begegnungsort in allernächster Nähe, nämlich gleich über der Strasse, und schattenspendende Bäume sind für die Anwohnenden dieses offenen Platzes von grosser Wichtigkeit.

Das kantonale Baumschutzgesetz erlaubt gemäss §6 Fällungen von Bäumen auf öffentlichem Grund nur, wenn

- a) mit dem Fortbestand eines Baumes eine Gefahr verbunden ist;
- b) eine Fällung als Pflegemassnahme für den übrigen Baumbestand oder
- c) aus Gründen der Wohnhygiene geboten erscheint.
- (d) *entfällt bei öffentlichen Bauvorhaben*).

Offensichtlich werden diese Bestimmungen bei öffentlichen Bauvorhaben sehr grosszügig interpretiert.

Die Motion möchte angesichts dessen, dass gerade ältere Bäume für das Klima äusserst wertvoll sind, erreichen, dass ältere, gesunde Bäume nur dann gefällt werden, wenn dies absolut notwendig ist. Der Baumbestand muss besser in Planungen einfließen. Ist dies nicht möglich, muss verpflanzt anstatt gefällt werden. Eine Fällung muss wenn immer möglich vermieden werden.

Der Regierungsrat wird deshalb aufgefordert, eine Regelung vorzulegen, nach welcher

1. das Baumschutzgesetz enger ausgelegt wird (rein ästhetische, planerische Ziele sollen nicht mehr als Fällgrund genügen) und
2. bei notwendigen Veränderungen zu prüfen ist, ob ein Baum nicht verpflanzt statt gefällt werden könnte (unter Angabe allfälliger Mehrkosten).

Eine Fällung darf nur als Ultima Ratio und bei klarem überwiegendem öffentlichen Interesse stattfinden, und nicht bloss deswegen, weil ein gestalterisches Konzept den Baumbestand weghaben will.

Andrea Strahm, Nicole Strahm-Lavanchy, Pascal Messerli, Joël Thüring, Roger Stalder, Gianna Hablützel-Bürki, Pasqualine Gallacchi, Karin Sartorius, Tonja Zürcher, Raphael Fuhrer, Oliver Thommen

#### 2. Motion betreffend "Lernbrücken für Lernlücken" zum Ausgleich der Nachteile aufgrund der Corona-Schuljahre

22.5035.01

In der Beantwortung der Interpellation betreffend "kein Nachteil in der Schullaufbahn wegen Corona" kommt zum Ausdruck, dass der Regierungsrat bisher weder zusätzliche Massnahmen zum Ausgleich der Nachteile aufgrund der Corona-Schuljahre ergriffen hat (Forderung Anzug Benz Oktober 20) noch diese in Zukunft plant.

Nach zwei Jahren Pandemie braucht es verbindliche Unterstützungsmassnahmen. Die Lernbedingungen für die Schüler:innen haben sich seit Beginn der Pandemie Anfang 2020 stark verändert. Die Erwartungen an die Leistungen der Kinder und Jugendlichen sind hingegen dieselben. Basierend auf den Erkenntnissen der Umfrage der "Swiss Corona Stress Study" vom März und November 2021 der Universität Basel lässt sich sagen, dass der Schuldruck - verursacht durch die Pandemie aufgrund des verpassten Lernstoffs wegen des Lockdowns und Quarantänemassnahmen - ein gewichtiger Belastungsfaktor ist und zu schweren depressiven Symptomen bei Kindern und Jugendlichen führen kann.

Nach den Herbstferien 2021 hat sich die Lage in den Schulen nochmals gravierend zugespitzt. Der Ausfall von Lehr- und Fachpersonen auf allen Schulstufen führt zu zusätzlichen Unterrichtsausfällen. Schülerinnen und Schüler werden von Stellvertretern unterrichtet, Förderunterricht und individuelle Förderlektionen werden teilweise gestrichen. Der Umstand führt zu weiteren schulischen Defiziten und in der Folge zu einer Verschlechterung der Bildungsqualität. Leistungsunterschiede zwischen den Schüler:innen und innerhalb der Klasse werden verstärkt und die Chancengerechtigkeit leidet. Besonders belastend ist die Situation für Schülerinnen und Schüler, die von einem Stufenwechsel am Ende der 6. Primar- bzw. am Ende der 3. Sekundarklasse betroffen sind.

Einerseits ist die Bildungsqualität auf allen Schulstufen sicherzustellen und andererseits sollen die Folgen der Corona-Schuljahre weder schulisch noch gesundheitlich langfristig zu einem Nachteil der Basler Schülerinnen und Schüler werden. Deshalb sind Ausgleichsmassnahmen zur Unterstützung und Schliessung der Wissenslücken notwendig, damit die Kinder und Jugendlichen ein Fundament haben, um ihr effektives Potential auszuschöpfen.

Die Motionär:innen fordern den Regierungsrat auf, nachteilige Konsequenzen bei der Schullaufbahn der Schülerinnen aufgrund der Corona-Pandemie auszugleichen. Die Massnahmen sollen befristet für die Schuljahre 2022/23 und 2023/24 gültig sein und sind innerhalb von 6 Monaten umzusetzen.

Anfang 2024 soll die Situation gemeinsam mit den Schulstandorten neu beurteilt werden. Der Erziehungsrat kann im Rahmen seiner Aufgaben und Kompetenzen über eine Weiterführung der Massnahmen beraten. Die befristeten Anpassungen dienen dazu, die Bildungsqualität sicherzustellen ohne zusätzlichen Druck auf die Schüler:innen aufzubauen.

#### Sekundarschule

- Nach Eintritt in die Sekundarschule soll der Lernstand in den Grundlagefächern Deutsch/Mathematik/Fremdsprachen in allen drei Leistungszügen P/E/A bei den Schülerinnen erhoben werden. Die Standortbestimmung wird von der Fachlehrperson vorgenommen. Ein zusätzliches Förderangebot soll diejenigen Schülerinnen und Schüler unterstützen, die Lernlücken in einzelnen Fächern aufweisen und die Lernbrücke freiwillig besuchen (z.B. Herbst- bis Frühlingsferien).
- Wechsel in einen Leistungszug mit tieferen Anforderungen: Damit die Schülerinnen und Schüler Zeit haben, ihre Wissenslücken zu schliessen, werden sie im ersten Semester provisorisch befördert, wenn sie die Leistungsanforderungen nicht erreichen. In das Zeugnis wird «provisorisch befördert» eingetragen.
- Wechsel in einen Leistungszug mit höheren Anforderungen: Für Schülerinnen und Schüler, die in ihrem Leistungszug stark unterfordert sind, ist ein Wechsel in einen Leistungszug mit höheren Anforderungen gemäss bestehender Laufbahnverordnung weiterhin möglich.

#### Weiterführende Schulen (Gymnasium/FMS/IMS/WMS)

- Befristet auf die Eintritte in den Schuljahren 22/23 und 23/24 treten Schüler und Schülerinnen definitiv in die betreffende weiterführende Schule über.

Die Dauer der Corona-Schuljahre hat Konsequenzen auf allen Schulstufen, auch auf die Primarschule, hier insbesondere auf die Mittelstufe (4. bis 6. Klasse). Basierend darauf bitten die Unterzeichneten, diese Schülerinnen und Schüler besonders im Blick zu behalten und die Kinder mit niederschweligen Förderangeboten zu begleiten, zu unterstützen und die Chancengerechtigkeit sicher zu stellen.

Sandra Bothe, Pascal Pfister, Edibe Gölgeli, Karin Sartorius, David Wüest-Rudin, Beatrice Messerli, Claudio Miozzari, Fleur Weibel, Niggi Daniel Rechsteiner, Brigitte Kühne, Oliver Bolliger, Johannes Sieber, Marianne Hazenkamp-von Arx, Jérôme Thiriet, Melanie Nussbaumer, Tim Cuénod, Sasha Mazzotti, Lea Wirz, Bülent Pekerman, Christoph Hochuli, Mahir Kabakci, Franz-Xaver Leonhardt

## Anzüge

### 1. Anzug betreffend Stärkung der Plakatsammlung Basel

22.5021.01
------------

Die Basler Plakatsammlung ist national einzigartig und international bedeutsam. Sie wird seit der Schliessung des Museums für Gestaltung 1996 von der Schule für Gestaltung geführt. 2018 ist die Plakatsammlung zusammen mit der Bibliothek für Gestaltung vom früheren Standort auf der Lyss auf den Campus der Künste im Dreispitz umgezogen. Mit dem Umzug wurden die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Plakatsammlung verbessert und eine neue Leitung für die Plakatsammlung eingesetzt.

Offen blieben aber gleichzeitig die grundsätzlichen Fragen bezüglich der langfristigen Ausrichtung und Organisation dieser einzigartigen Sammlung, deren Bedeutung und Umfang weit über eine herkömmliche Studiensammlung einer Schule hinausgehen. In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, zu prüfen:

- wie die Plakatsammlung Basel entsprechend ihrer Bedeutung als kulturhistorische Institution ausgerichtet werden kann;
- ob ein entsprechendes Betriebs- und Sammlungskonzept erarbeitet, publiziert und umgesetzt werden kann;
- wie anstehende Herausforderungen wie beispielsweise die digitale Aufbereitung der Sammlung angegangen werden können;
- wie der ebenfalls von der Schule für Gestaltung angemietete aber bisher kaum bespielte Ausstellungsraum auf dem Campus der Künste in diese Konzeption miteinbezogen und vermehrt genutzt werden kann;
- wie die Zusammenarbeit der Plakatsammlung mit den anderen Institutionen auf dem Campus der Künste auf dem Dreispitz und mit der Universität Basel sowie anderen Basler Kulturinstitutionen gestärkt werden kann;

- ob ein fachliches Aufsichts- oder Begleitgremium (Kommission) für die Plakatsammlung Basel eingesetzt werden soll;
- ob die Integration der Plakatsammlung in eine andere Basler Gedächtnisinstitution oder ein Betrieb als eigenständige Gedächtnisorganisation sinnvoll wäre.

Salome Bessenich, Claudio Miozzari, Johannes Sieber, Joël Thüning, Alexandra Dill, Roger Stalder, Jessica Brandenburger, Jérôme Thiriet, Mahir Kabakci, Oliver Thommen, Catherine Alioth, Michael Hug, Brigitte Gysin, Harald Friedl, Lukas Faesch

## 2. Anzug betreffend kein Einsatz von biometrischen Erkennungssystemen in Basel-Stadt

22.5022.01

Die Diskussion rund um biometrische Erkennungssysteme wird weltweit aber auch in der Schweiz immer intensiver geführt. In Ländern wie China hat der Staat bereits eine sehr umfassende Infrastruktur aufgebaut, um beispielsweise die Gesichtserkennung massenhaft einsetzen zu können. Gewisse, für den Gesundheitsschutz temporär notwendige, Instrumente (bspw. Scans bei Eintritten in Läden) in der Covid-Pandemie befeuern auch in der Schweiz die Frage, warum solche Systeme nicht auch längerfristig einsetzbar sein sollen. Der Einsatz von biometrischen Erkennungssystemen zur Identifizierung von Personen im öffentlich zugänglichen Raum stellt jedoch eine Gefahr für die Grundrechte dar.

Biometrische Erkennungssysteme werden dazu eingesetzt, Individuen anhand ihrer biometrischen Daten aus einer Menge von Menschen zu identifizieren oder zu überwachen, wobei sie als Referenz auf eine Datenbank zurückgreifen. Die häufigste Form sind Gesichtserkennungssysteme. Die Identifikation kann jedoch auch anhand anderer biometrischer Daten (wie Gang, Augen, Stimme) erfolgen. Der unterschiedslose Einsatz solcher Systeme im öffentlich zugänglichen Raum ermöglicht eine biometrische Massenüberwachung.

Gesichtserkennungssysteme können oft diskriminierend wirken, da sich gezeigt hat, dass sie beispielsweise Menschen dunkler Hautfarbe oder Frauen weniger gut erkennen. Dies führt bei diesen Gruppen zu einer höheren Anzahl an falsch positiven Treffern - was, zum Beispiel im Strafverfolgungskontext, relevante Auswirkungen auf Personen haben kann. Grund dafür ist, dass die Daten, mit denen die Systeme trainiert wurden, nicht repräsentativ sind bzw. überproportional Daten von Menschen weisser Hautfarbe und Männern enthalten. Gleichzeitig ist es aber so, dass eine Verbesserung der technologischen Ebene die Problematik nicht beseitigt, weshalb ein Moratorium für die Anwendung solcher Systeme nicht ausreichend ist: Der Einsatz von biometrischen Erkennungssystemen im öffentlichen Raum ermöglicht eine undifferenzierte Massenüberwachung, die mit den Grundrechten in Konflikt steht. Wenn Menschen im öffentlichen Raum jederzeit identifiziert und überwacht werden können, verletzt dies nicht nur ihr Recht auf Privatsphäre und Datenschutz, sondern hat auch eine abschreckende Wirkung, die sie vom Wahrnehmen von Grundrechten wie der Meinungsäusserungs- oder Versammlungsfreiheit abhält. Der Einsatz dieser Systeme im öffentlichen Raum kann demnach per se nicht auf grundrechtskonforme Weise geschehen, sondern ist mit zentralen demokratisch garantierten Freiheiten inkompatibel. Als erste Stadt in den USA hat San Francisco 2019 den Einsatz von Gesichtserkennungstechnologien durch Behörden verboten. Auch das Europäische Parlament spricht sich gegen eine Massenüberwachung durch künstliche Intelligenz aus (<https://www.netzwoche.ch/news/2021-10-07/europaeisches-parlament-lehnt-masseneueberwachung-durch-ki-ab> (24.11.2021)).

Darum wird der Regierungsrat gebeten zu prüfen und zu berichten,

- wie sichergestellt werden kann, dass sämtliche kantonalen Organe (auch die Kantonspolizei) auf den Einsatz von biometrischen Überwachungssystemen verzichten
- wie und ob der Einsatz von biometrischen Überwachungssystemen durch private Dritte im öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raum verhindert werden kann. Dies könnte beispielsweise durch Bewilligungsverfahren oder Verbotszonen geschehen.

Beda Baumgartner, Thomas Gander, Michelle Lachenmeier, Fleur Weibel, Salome Bessenich, Johannes Sieber, Jérôme Thiriet, Jessica Brandenburger, Heidi Mück, Lea Wirz, Tonja Zürcher, Barbara Heer

## 3. Anzug betreffend Einrichtung eines runden Tisches für LGBTI-Anliegen

22.5023.01

Die zahlreichen Stellungnahmen zur Vernehmlassung (18. August - 17. November 2021) des Entwurfs vom neuen Gleichstellungsgesetz zeigen, dass die differenzierte Betrachtungsweise von Geschlecht und die Berücksichtigung der sexuellen Orientierung als Diskriminierungsmerkmal grossmehrheitlich begrüsst wird. Das Gesetz bietet eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung der kantonalen Gleichstellungsarbeit, die zu einem Ansatz der Vielfalt finden muss.

Für die Anzugstellenden ist zentral, dass die Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes nahe an der Bevölkerung und im Sinne der betroffenen Personen stattfindet. Unter dieser Prämisse haben wir die im Budget 2022 vorgesehene Erhöhung des Personalbudgets bei der Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern zur Umsetzung des neuen Gleichstellungsgesetzes gutgeheissen. Die hier angeregte Massnahme soll innerhalb von diesem Personalbudget umgesetzt werden.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- Ob für eine Umsetzung vom neuen Gleichstellungsgesetz nahe an der Bevölkerung und zwecks Austausch aktueller Themen, gesetzlicher Neuerungen und geplanter Massnahmen ein halbjährlich stattfindender, institutionalisierter Dialog («Runder Tisch für LGBTI-Anliegen») mit regionalen zivilgesellschaftlichen Organisationen und engagierten Mitgliedern der LGBTI-Communities sowie Gleichstellungsbeauftragten seitens kantonaler Verwaltung eingerichtet werden kann.
- Wünschenswert wäre, dass ein «Runder Tisch für LGBTI-Anliegen beider Basel» mit bikantonomer Trägerschaft realisiert wird, damit die Gleichstellungsbeauftragten beider Kantone gleichermaßen davon profitieren können.

Johannes Sieber, Sandra Bothe, Michela Seggiani, Fleur Weibel, Bülent Pekerman, Niggi Rechsteiner, Beatrice Messerli, Pascal Pfister, Andrea Strahm, Jérôme Thiriet, Salome Bessenich, David Wüest-Rudin, Claudia Baumgartner, Jessica Brandenburger, Claudio Miozzari, Raphael Fuhrer, Barbara Heer

#### 4. Anzug betreffend Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am ICT Scouts/Campus

22.5024.01
------------

In der Schweiz besteht Informatik-Fachkräftemangel. Dagegen kämpfen über 600 MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik)-Förderangebote. Sie alle beruhen auf der punktuellen Ansprache von mehrheitlich bereits interessierten Jugendlichen. Dadurch geht aber ein Grossteil des Talentpools verloren, bevor es für diese Berufe aktiviert werden konnte.

Um diesem Umstand entgegenzuwirken hat sich im Jahr 2013 ein Verein gegründet, welcher mit privaten Geldgebern den «ICT Scouts/Campus» entwickelt hat. Dieses Programm unterscheidet sich vom Gros der Angebote durch vier Alleinstellungsmerkmale: So ist es das einzige MINT-Förderprogramm, welches ICT-Talente mittels Scouting an der Volksschule systematisch findet, diese im ICT Campus kontinuierlich betreut und begleitet und anschliessend mit den Lehrbetrieben und weiterführenden Bildungsinstitutionen vernetzt. Ein viertes Alleinstellungsmerkmal ist die Themenvielfalt im ICT Campus.

Das ICT Scouting birgt für die partizipierenden Schulen Vorteile. Einerseits werden Grundkenntnisse der Programmierung gemäss Lehrplan 21 vermittelt. Andererseits unterstützt das anschliessende Engagement der Jugendlichen im ICT Campus den Berufswahlunterricht und die Motivation und Leistung der ICT-Talente zurück in der Schule. Für die betroffenen Jugendlichen ergeben sich zusätzliche Chancen und berufliche Möglichkeiten.

In unserer Region ist der ICT Scouts/Campus seit 2016 in Muttenz in den ehemaligen Räumlichkeiten der FHNW aktiv. Mitglieder des Vereins sind Firmen/Verbände wie die BLKB, Coop, Endress & Hauser, Google, Roche, UBS, der Arbeitgeberverband Basel und die Handelskammer beider Basel, welche dem Campus in Muttenz ihren Namen gibt. Im Beirat sitzen u.a. Anita Fetz und Elisabeth Schneider-Schneider. Gut 10'000 Jugendliche haben bisher die sogenannten Scouting-Workshops besucht.

Zwar werden auch in Basel-Stadt Scoutings durchgeführt. Aber wenige. So kamen im Jahr 2021 nur 18 von 70 möglichen Klassen in den Genuss des Workshops. In Baselland sieht das anders aus: Im 2021 fanden 82 Scoutings statt, im Fricktal deren 12. Basel-Stadt liegt also im Rückstand, obwohl ca. 2/3 der regionalen Informatik-Lehrstellen von Unternehmen im Stadtkanton angeboten werden. Erschwerend kommt hinzu, dass die Leistungen (Durchführung der Workshops und Betrieb Campus) des Trägervereins vom Kanton Basel-Stadt nicht abgegolten werden. Im Gegensatz zu Baselland und Aargau. Baselland hat seit mehreren Jahren einen Leistungsauftrag über 40'000 Franken pro Jahr.

Mit einem Antrag an den Regierungsrat ersuchte der Förderverein um finanzielle Unterstützung von 30'000 Franken p.a. über drei Jahre (total: 90'000 Franken). Als Gegenleistung erhielt Basel-Stadt so Scouting-Workshops. Das heisst, extra geschulte Scouts decken in den 1. Klassen der Sekundarschulen Leistungen gemäss Lehrplan 21 ab (0.5% der Jahreslektion nach Lehrplan Medien und Informatik (MI) 2.2g). Sie führen einen Workshop «Einführung in die Programmierung» durch und «scouten» gleichzeitig interessierte/talentierte Schüler. Ganz egal, welche schulischen Leistungen diese erbringen. Die «entdeckten» Jugendlichen werden anschliessend auf den Campus eingeladen, wo sie während drei Jahren jeden zweiten Samstag freiwillig an ihren ICT-Projekten arbeiten können. Das heisst: Programmieren lernen, Roboter bauen, Games oder Anderes programmieren, Websites bauen etc.

Das ED beschloss vor wenigen Tagen, dem Antrag des Fördervereins in der gewünschten Form nicht stattzugeben, auf einen Leistungsvertrag mit dem Trägerverein ICT Scouts&Campus zu verzichten und stattdessen eine einmalige Zahlung von 10'000 Franken für das Jahr 2022 zu tätigen.

Das ist aus Sicht der Anzugsstellenden bedauerlich. Schliesslich erarbeiten sich die Jugendlichen in der Campus-Zeit Kompetenzen, die ihnen später auf dem Lehrstellenmarkt oder in weiterführenden Schulen enorm helfen. Der Campus leistet einen gewichtigen Beitrag gegen den Fachkräftemangel, den wir in der Region haben. Gemäss Aussagen eines Trägers von «be-digital» der HKBB fehlen in der Region Basel um die 500 ICT Fachkräfte.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat deshalb zu prüfen und zu berichten,

1. ob dem Antrag von ICT Scouts/Campus, damit auch Basel-Stadt einen offiziellen Leistungsauftrag erhält, baldmöglichst stattgegeben werden kann, um sicherzustellen, dass das Angebot und die Leistungen auch nach 2022 geregelt angeboten werden können.

2. wie die baselstädtische Lehrerschaft aufgemuntert werden kann, das Angebot rege zu nutzen, sodass möglichst alle Schülerinnen und Schüler im Kanton in den Genuss der Workshops «Einführung in die Programmierung» kommen.

Joël Thüring, Luca Urgese, Roger Stalder, Brigitte Gysin, Lorenz Amiet, Felix Wehrli, Michael Hug, Gianna Hablützel-Bürki, Lukas Faesch, Jenny Schweizer, Catherine Alioth, Lydia Isler-Christ, Niggi Rechsteiner, Daniela Stumpf, Sandra Bothe, Thomas Widmer-Huber, Christoph Hochuli, Pascal Messerli, Johannes Sieber

**5. Anzug für einen weiteren Standort der Rettungs-Sanität im Hirzbrunnen oder Riehen**

22.5036.01

Das Basler Hirzbrunnen-Quartier sowie die Gemeinden Bettingen und Riehen sind durch die Autobahn und Eisenbahn vom restlichen Kantonsgebiet und damit dem bestehenden und dem im Zeughaus geplanten Stützpunkten der Rettungs-sanität abgetrennt. In den Stosszeiten tagsüber oder im Falle eines Grossereignisses bei der Bahn (Gefahrguttransporte) oder auf der Autobahn ist dieser Kantonsteil schwer erreichbar oder gar isoliert. Dies waren auch die Überlegungen, die in früheren Zeiten zu einer zweiten Geschützten Operationsstelle (GOPS) beim Claraspital führten. Ebenfalls betreibt das Claraspital schon heute eine rund um die Uhr betriebene Notfallstation.

Sowohl die Feuerwehr wie auch die Polizei unterhalten Stützpunkte, die Polizei in den Gemeinden Bettingen und Riehen, die Stützpunktfeuerwehr Riehen leistet sogar die Ersteinsätze in ihrem Einzugsgebiet. Bei der Rettungs-sanität zeigt sich die Situation aber leider anders. Weit weg vom geographischen Mittelpunkt des Kantons (Im Heimatland, nahe dem Claraspital) befindet sich an der Hebelstrasse der bisherig einzige Standort der Sanität und ihrer Fahrzeuge, künftig ergänzt durch einen zweiten Standort im Zeughaus. Geplant und gebaut wurde der bisherige Standort damals am Cityring, einer aus damaliger Sicht leistungsfähigen Verkehrsachse von und durch die Stadt zu den Aussenquartieren und Gemeinden. Heute bekommt dieser Ring, vor allem in seiner Fortsetzung Feldbergstrasse, eine neue Bedeutung als Wohnstrasse mit geplanten Tempo 30 Zonen.

Aufgrund der oben erwähnten Ausführungen führt der Weg in jedem Fall über durch Verkehrsdruck überlastete Strassen und über die Autobahn. Entsprechender Zeitverlust ist die Folge. Und wie heisst es doch auf der Webseite der Sanität: Bei einem Herz-Kreislauf-Stillstand kommt es auf jede Minute an. Von beiden Standorten aus ist im Interventionsfall mit täglichem Stossverkehr und Stau zu rechnen. Die Chance, Einsatzorte in den Landgemeinden des eigenen Kantons rechtzeitig zu erreichen, schwinden. Für den Bereich östlich der Auto- und Eisenbahn drängt sich daher ein Standort entweder im Umfeld der Notfallstation des Claraspital oder in Riehen-Niederholz auf, um eine weitere Basis für die Rettungs-sanität und Notarzt zu betreiben.

Aus diesen Gründen bitten die Unterzeichneten den Regierungsrat zu prüfen und berichten, ob im nordöstlich von Rhein und Autobahn/Eisenbahn gelegenen Kantonsgebiet (Hirzbrunnen-Quartier bzw. Gemeinde Riehen), zum Beispiel beim Claraspital, ein weiterer, permanent besetzter Standort für die Rettungs-sanität in Betrieb genommen werden kann. Dies insbesondere im Hinblick auf die geplante Ausweitung der Tempo-30-Zonen.

Nicole Strahm-Lavanchy, Raoul I. Furlano, Joël Thüring, Beatrice Messerli, Michela Seggiani, Andrea Strahm, Beatrice Isler, Niggi Daniel Rechsteiner, Beat Braun, Balz Herter, Luca Urgese, Olivier Battaglia, Semseddin Yilmaz, Daniel Hettich, Beat K. Schaller, Jeremy Stephenson, Edibe Gölgeli, Sasha Mazzotti, Harald Friedl, Christoph Hochuli, Jérôme Thiriet, Mahir Kabakci, Brigitte Gysin, Catherine Alioth, Sandra Bothe, Bülent Pekerman, Fleur Weibel, Andreas Zappalà, Felix Wehrli

**6. Anzug betreffend der Finanzierung der ÖV-Transportkosten für Besuche ausserschulischer Lernorte auf der Sekundarstufe I**

22.5037.01

In der Bundesverfassung (Art. 19) sowie im Schulgesetz (Art. 75) ist gesetzlich verankert, dass die Volksschule für die Schüler und Schülerinnen unentgeltlich ist. Zu einem vielseitigen und differenzierten Unterricht gehören auch ausserschulische Lernorte, deren Besuche Kosten verursachen können. Zudem gibt es auf der Sekundarstufe obligatorische ausserschulische Anlässe, welche von den Schülerinnen und Schülern verpflichtend besucht werden müssen und die für diese nur mit dem öffentlichen Verkehr zu erreichen sind (z.B. Berufsschauen, Wandertage, Betriebsbesichtigungen, etc).

Die Einführung des Lehrplans 21 erforderte eine Anpassung an den Inhalt des Schulstoffes, was einhergeht mit neuen Lerninhalten und einem anderen und tendenziell verstärkten Bedarf an ausserschulischen Anschauungsmöglichkeiten. Alle diese Reisekosten müssen im Moment von den Schülerinnen und Schülern auf Sek 1-Ebene selber gedeckt werden (resp. natürlich von ihren Eltern). Dadurch verschiebt sich die finanzielle Belastung vermehrt auf die Seite der Erziehungsberechtigten. Dies kann nicht im Sinne einer öffentlichen, unentgeltlichen Volksschule sein, was auch der Bundesgerichtsentscheid vom Dezember 2017 über die „Kostenbeteiligung der Eltern“ bestätigt.

Abgesehen davon führt die heutige Regelung zu einer Reihe an praktischen Problemen, die für Lehrpersonen sehr entmutigend wirken. Wenn Schülerinnen und Schüler das Geld für die Transportkosten nicht dabei haben, kommt es an ÖV-Stationen fort zu Stresssituationen. Lehrpersonen müssen ÖV-Kosten ihrer Schützlinge vorschliessen. Da die

Rückerstattung dieser Kosten bürokratisch sehr aufwändig ist, lassen sie es dann oftmals bleiben. Gerade engagierte Lehrpersonen, (z.B. RZG Lehrpersonen, die ihren Schülerinnen und Schülern Geschichte und Geographie von Stadt und Region näherbringen wollen) werden dadurch bestraft und entmutigt.

Aus diesen Gründen ist es notwendig, dass der Kanton die aktuelle Situation betreffend den Besuch ausserschulischer Lernorte auf der Sekundarstufe I überdenkt und diese an die aktuellen Erfordernisse anpasst. Reisen auf dem TNW-Netz sollte für alle Beteiligten auf der Sekundärschule I kostenlos möglich sein. Lehrpersonen sollten Ausgaben dafür in Zukunft auf eine unbürokratische Art belegen und abrechnen können.

Die Kosten für schulische Fahrten mit dem ÖV (Kurzstrecken- und 1-Zonen-Fahrten im Tarifverbund Nordwestschweiz) werden in der Primarstufe durch den Kanton übernommen. Gemäss mündlichen Aussage resp.- Schätzung des Erziehungsdepartementes würde eine Ausdehnung dieser Regelung auf die Sekundarstufe I Kosten von rund 150'000 Franken pro Jahr zur Folge haben. In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, die folgenden Fragen zu prüfen und zu beantworten:

1. Würde es tatsächlich bloss 150'000.- kosten, die Regelungen für die Übernahme schulischer Fahrten mit dem ÖV der Primarschule auf der Sek 1-Ebene zu übernehmen?
2. Ist der Regierungsrat bereit, die genannte Regelung für schulische Fahrten mit dem ÖV auf der Primarstufe 1:1 auf der Sekundarstufe I zu übernehmen?
3. Mit Kosten in welcher Höhe wäre zu rechnen, wenn man die Regelung der Primarstufe I - ausgedehnt auf die Sek 1-Ebene - auf das ganze TNW-Gebiet ausdehnen würde (z.B. wegen Wandertagen oder dem Besuch von Berufsschauen in Pratteln oder Liestal)?
4. Wäre es im Sinne der Reduktion unnötiger Bürokratie nicht am einfachsten, schulische Fahrten im Rahmen der obligatorischen Schulzeit (in Anwesenheit einer Lehr- oder anderen schulischen Betreuungsperson) im ganzen TNW-Gebiet für kostenfrei zu erklären? Was für Kosten wären damit verbunden?
5. Ist der Regierungsrat bereit, sich im Rahmen des TNW dafür einzusetzen?

Tim Cuénod, Beatrice Messerli, Anina Ineichen, Sasha Mazzotti, Claudio Miozzari, Michela Seggiani, Sandra Bothe, Christoph Hochuli, Mahir Kabakci, Edibe Gölgeci, Brigitte Gysin, Jenny Schweizer

**7. Anzug betreffend Besteuerung der Einnahmen aus Einspeisevergütungen von Photovoltaik-Kleinanlagen und Netzentgelt**

22.5038.01
------------

Der Kanton Basel-Stadt hat sich zum Ziel gesetzt, das Klima zu schützen. Dieses Ziel soll unter anderen erreicht werden, indem die Energieeffizienz gesteigert und von fossilen Energieträgern wie Öl und Gas auf erneuerbare Energien umgestiegen wird. Die IWB ermuntern Hausbesitzer\*innen, Solaranlagen zu installieren und sichern auf ihrer Webseite umfassende Unterstützung zu.

Von Hausbesitzer\*innen, die auf ihrem Hausdach schon eine Solaranlage montiert haben, war jedoch zu erfahren, dass die Steuerverwaltung Basel-Stadt per Steuererklärung für das Jahr 2020 die Besteuerungspraxis bezüglich der Einnahmen aus Einspeisevergütungen aus Photovoltaikanlagen geändert hat. Neu müssen die Einnahmen aus Einspeisevergütungen für Photovoltaikanlagen unter „übrige Einkünfte“ aufgeführt und versteuert werden.

Die Steuerbehörde begründet die Änderung der Besteuerungspraxis mit einem Bundesgerichtsurteil vom 16. September 2019 (2C\_510/2017 bzw. 2C\_511/2017) und nennt als gesetzliche Grundlage für diese Besteuerung die sog. Einkommensgeneralklausel, die sich für das kantonale Recht in § 17 des Gesetzes über die direkten Steuern (StG) vom 12. April 2000 und für das Bundesrecht in Art. 16 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) vom 14. Dezember 1990 findet.

Diese Änderung der Besteuerung von Solaranlagen hat verschiedene negative Auswirkungen: Die Besitzer\*innen von Solaranlagen müssen höhere Steuern zahlen, was die Amortisationszeit ihrer Photovoltaikanlagen verlängert. Zudem erheben die IWB offenbar auf die Nutzung der Photovoltaikanlage ein Entgelt für die Netznutzung in nicht unerheblicher Höhe.

Aufgrund der Besteuerung und der Netznutzungsentgelte büsst die Erstellung von Solaranlagen somit für Privatpersonen an Attraktivität ein, denn Steuer und Entgelt reduzieren die Rentabilität der Anlage merklich. Diese Tatsache widerspricht nicht nur den Zusicherungen in Bezug auf die Rentabilität, sondern auch dem Klimaschutz, einem von der Regierung selbst formulierten Schwerpunkt im Legislaturplan 2021-2025.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten

- wie viele Personen von dieser Änderung der Besteuerungspraxis betroffen sind
- wie hoch die zusätzlichen Einnahmen aufgrund der Änderung der Besteuerungspraxis für den Kanton Basel-Stadt sind
- welche Möglichkeiten es gibt, die Einspeisevergütung weiterhin steuerfrei zu belassen, allenfalls beschränkt für Kleinanlagen (bis 10 KW Peak)
- wie hoch die Entgelte für die Netznutzung, die auf Photovoltaikanlagen erhoben werden, im Einzelnen und gesamthaft sind
- ob die generierten Mehreinnahmen auf anderem Wege den Steuer- und Entgeltspflichtigen wieder rückvergütet werden können

Heidi Mück, Andreas Zappalà, Jeremy Stephenson, Luca Urgese, Karin Sartorius, Beatrice Messerli, Beatrice Isler, Oliver Thommen, Brigitte Gysin, Lorenz Amiet, Erich Bucher, Michael Hug, Beat K. Schaller, Joël Thüring, David Wüest-Rudin, Jérôme Thiriet, Edibe Gölgeli, Johannes Sieber, Harald Friedl, Daniel Hettich, Christoph Hochuli, Franziska Roth, Catherine Alioth

#### 8. Anzug betreffend 30'-Takt im ÖV-Nachtnetz

22.5039.01

Das TNW-Nachtnetz genügt in den Nächten Fr/Sa und Sa/So nicht mehr den heutigen Ansprüchen. Aktuell fahren sämtliche Nachtlinien gleichzeitig um 1.30 Uhr, 2.30 Uhr und 3.30 Uhr vom Knoten Barfüsserplatz/Theater in Basel ab. Die Kurse um 3.30 Uhr verkehren nicht bis aufs Land. Seit seiner Einführung wurde das Nachtnetz nicht weiterentwickelt. Die einzige Veränderung war die Abschaffung des Nachtzuschlags im Jahr 2012.

Mit dem verabschiedeten 9. Generellen Leistungsauftrag für die Jahre 2022–2025 (Vorlage 2020/686) im Kanton Basel-Landschaft und dem ÖV-Programm 2022–2025 (Vorlage 20.0813.01) des Kantons Basel-Stadt wurde beschlossen, das Nachtnetz an die Tagesstrukturen anzupassen. Die separaten Linienführungen werden damit verschwinden. Diese sinnvolle und attraktive Anpassung erfolgt voraussichtlich ab Dezember 2023.

Der Regierungsrat hält jedoch vorerst am 60'-Takt des Nachtnetzes fest. Einzelne Nachtkurse sind indes bereits heute sehr stark ausgelastet und gelangen an ihre Kapazitätsgrenze. Mit der Anpassung an die Tagesstrukturen wird das nächtliche ÖV-Angebot weiter an Attraktivität gewinnen. Manche der Tageslinien verfügen ohne Zweifel auch nachts über ein genügend grosses Fahrgastpotenzial, um einen dichteren Takt als 60' zu rechtfertigen.

Andere Schweizer Städte bieten ihr Nachtnetz bereits im 30'-Takt an, beispielsweise Zürich. Auch Luzern und Bern haben auf den vergangenen Dezember ihr Nachtnetz ausgebaut.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- ob das TNW-Nachtnetz ab Basel (sämtliche oder ausgewählte Tram- und Buslinien) im 30'-Takt angeboten werden kann.
- welche finanziellen Mittel dafür notwendig sind.
- ob gesetzliche Grundlagen dafür angepasst werden müssen.
- ob diese Anpassung auf den 10. GLA/ÖV-Programm BS gewünscht ist und geplant werden kann.

Im Landrat des Kantons Basel-Landschaft wird ein gleichlautender Vorstoss eingereicht.

Jean-Luc Perret, Beda Baumgartner, Tonja Zürcher, Heidi Mück, Melanie Nussbaumer, Jessica Brandenburger, Daniel Sägesser, Michael Hug, Beat K. Schaller, Lisa Mathys, Mahir Kabakci, Laurin Hoppler, Beat Braun, Johannes Sieber, Annina von Falkenstein, Edibe Gölgeli

#### 9. Anzug betreffend Einrichtung eines Stadttaubenkonzepts

22.5040.01

Die Taube ist eines der ältesten Haustiere des Menschen. Sie ist auf allen Kontinenten verbreitet und gehört zum Stadtbild vieler Städte. Die Haltung der Menschen in den Städten gegenüber den Stadttauben ist eher negativ geprägt. Für die meisten Leute sind die Tauben ein einziges Ärgernis, die nur Schmutz verursachen und Krankheiten übertragen. Viele Menschen versuchen daher die Tauben mit drangsaliierenden Massnahmen von Balkonen oder Nischen zu vertreiben, um das Brüten zu verhindern. Dazu werden die sehr gefährlichen Taubenspikes installiert, an denen sich Tauben und andere Vögel verletzen können und zu grossem Leid führen. Dass Stadttauben einen schwierigeren Stand haben als andere Tiere in der Stadt hat aber auch mit vielen Klischees und Vorurteilen zu tun. Wenn man sich mit ihnen näher auseinandersetzt, erhält man rasch ein anderes Bild.

Wie Medienberichte Anfang des Jahres zeigten, werden Stadttauben auch in Basel kontrovers diskutiert (vgl. bzBasel vom 4. und 8. Januar). Sie zeigen auf, dass das Thema nicht ignoriert werden kann und dass rasche Massnahmen notwendig sind. Aktuelle Schätzungen des Kantons gehen von einer Taubenpopulation von rund 5000 - 8000 Tieren aus, wobei es keine genauen Zahlen gibt, wie der Regierungsrat in der Antwort der Schriftliche Anfrage Harald Friedl 21.5312 vom 14.04.2021 schreibt. Als einzige Massnahme hat der Kanton nach der Schliessung von den bis zu 13 Taubenschlägen im kantonalen Übertretungsstrafgesetzes ein Fütterungsverbot für freilebende Tauben (§ 21 Abs. 1, ÜStG) eingeführt. Ein einberufener runder Tisch, um die Probleme im Gundeldingerquartier anzugehen, wurde leider nach einer einmaligen Durchführung wieder aufgegeben.

Der richtige Umgang mit Stadttauben und die Verantwortung der öffentlichen Hand ist umstritten und führt zu unterschiedlichen Konzepten, vor allem im deutschsprachigen Raum. Dabei ist es nicht vorteilhaft, dass viele verschiedene Meinungen vorhanden sind, die sich teilweise diametral widersprechen. Dazu zwei Beispiele:

- Der Kanton spricht bei Stadttauben konsequent von Wildtieren, während Studien belegen, dass Stadttauben verwilderte Haustiere sind, die auf Menschen angewiesen sind.<sup>1</sup>
- Der Kanton schreibt, dass das Betreiben von Taubenschlägen wirkungslos sei. Eine neue umfangreiche Studie aus Deutschland widerlegt dies eindrücklich und zeigt die Wirkung in über 30 untersuchten Städten mit betreuten Taubenschlägen auf.<sup>2</sup> Die Betreuung der Tiere und kontrollierte Fütterung hat äusserst positive Wirkung auf Gesundheit der Tauben. Auch eine Kontrolle der Population ist so möglich.



Basel war einst Pionierin in Europa bezüglich dem Taubenmanagement. Bereits 1988 wurde ein erster Taubenschlag erstellt und bis 1999 wurden bis zu 13 Taubenschläge von einem Taubenwart betreut, um den Stadttauben einen Unterschlupf und geschützten Aufenthaltsort zur Verfügung zu stellen und sie gesund zu halten. Dabei wurden auch die gelegten Eier mit Gipseiern ausgetauscht um die Population der Tauben zu kontrollieren. Der Taubenkot, gemäss Aussagen des Taubenwarts körnig und trocken, wurde als hochwertiger Dünger, gerne von umliegenden Landwirtschaftsbetrieben entgegengenommen. Leider wurden diese Taubenschläge von heute auf morgen geschlossen, scheinbar einzig aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel. Als Folge verteilen sich die standorttreuen Tauben in der Nähe der ehemaligen Taubenschläge in den Quartieren. Einige der ehemaligen Schläge sind offensichtlich noch vorhanden und könnten reaktiviert werden.

Die Anzugsstellenden sind der Meinung, dass es Aufgabe der Stadt und des Kantons ist, mehr Verantwortung für die Stadttauben zu übernehmen. Für Pflege und Betreuung von Stadttauben stehen diverse Konzepte in anderen Städten der Schweiz und Deutschland als Anschauungsbeispiele zur Verfügung. Sie beruhen auf der Einrichtung von betreuten Taubenschlägen mit artgerechter Fütterung, gesundheitlicher Betreuung und Regulation der Population mittels Eiertrappen. Die Tauben verbringen die meiste Zeit im Schlag und der Kot verbleibt dort. Weiterum bekannt ist das Modell der Stadt Augsburg, wo 12 Taubenschläge betrieben werden.<sup>3</sup> Das wirksamste Stadttaubenkonzept der Schweiz hat wohl die Stadt Bern<sup>4</sup>, zu dem es eine eindrückliche Reportage von SRF gibt.<sup>5</sup> Auch der Stadtrat von Thun hat letzthin beschlossen ein Stadttaubenkonzept einzuführen.<sup>6</sup> Zudem hat auch Basel-Stadt schon selbst Erfahrung in der Betreuung von Stadttauben, auf die er zurückgreifen kann.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

1. Wie eine vogelkundige Fachstelle mit genügend Ressourcen für die Aufgaben der Stadttaubenpflege geschaffen werden kann. Dazu soll der Kanton auch Kooperationen mit lokalen Tierparks und/oder Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen inklusive Taubenschutzvereinen in Betracht ziehen.
2. Wie der Kanton die Stadttaubenpopulation nachhaltig und tierschutzkonform betreuen und kontrollieren kann. Dabei soll er sich insbesondere am Modell der Stadt Bern orientieren mit der Errichtung von städtischen Taubenschlägen mit einem Fütterungskonzept in den Schlägen oder definierten Fütterungsplätzen inklusive Geburtenkontrolle mit Eiertrappen.
3. Ob für die Erstellung eines kantonalen Stadttaubenkonzepts (wie unter Pkt. 2 beschrieben) eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe Stadttauben eingesetzt werden kann unter Berücksichtigung des Basler Taubenschutzes.
4. Wo es optimale Standorte für den Betrieb von Taubenschlägen gibt. Dabei sollen auch die geschlossenen, aber noch intakten Schläge, sowie neue Taubentürme oder Taubenhäuser in den Parks in Betracht gezogen werden, wie sie vereinzelt in deutschen Städten oder im Iran bekannt sind.
5. Wie die Bevölkerung über den Umgang mit Tauben über das Stadttaubenkonzept aufgeklärt und sensibilisiert werden kann.

<sup>1</sup> <https://www.erna-graff-stiftung.de/dna-studien-zeigen-die-strassentaube-ist-kein-wildvogel/>

<sup>2</sup> [https://www.tierrechte.de/wp-content/uploads/2021/12/2021\\_MfT\\_Stadttauben-Umfrage\\_final.pdf](https://www.tierrechte.de/wp-content/uploads/2021/12/2021_MfT_Stadttauben-Umfrage_final.pdf)

<sup>3</sup> <https://www.sueddeutsche.de/panorama/voegel-in-den-staedten-kommt-her-ih-er-taubchen-1.4444037-2>

<sup>4</sup> <https://www.tierpark-bern.ch/index-de.php?frameset=181>

<sup>5</sup> <https://www.srf.ch/play/tv/einstein/video/streitfall-taube-verhasst-und-vergoettert?urn=urn:srf:video:95438af6-cbf1-406e-a27f-a8c359ece330>

<sup>6</sup> [https://vorstoesse.thun.ch/de/index.html?tx\\_egovgremium\\_vorstosslist%5Baction%5D=show&tx\\_egovgremium\\_vorstosslist%5Bcontroller%5D=Vorstoss&tx\\_egovgremium\\_vorstosslist%5Bvorstoss%5D=277&cHash=4ef49ab80a210eb77593b4aa907a9008](https://vorstoesse.thun.ch/de/index.html?tx_egovgremium_vorstosslist%5Baction%5D=show&tx_egovgremium_vorstosslist%5Bcontroller%5D=Vorstoss&tx_egovgremium_vorstosslist%5Bvorstoss%5D=277&cHash=4ef49ab80a210eb77593b4aa907a9008)

Harald Friedl, Oliver Thommen, Nicole Strahm-Lavanchy, Heidi Mück, Pascal Pfister, Claudia Baumgartner, Raffaella Hanauer, Jérôme Thiriet, Brigitte Kühne, Tonja Zürcher, Lea Wirz, Christoph Hochuli

## 10. Anzug betreffend kostenfreie Müllentsorgung

22.5045.01

Nicht alle Menschen können sich den teuren Bebbi-Sack leisten. Daher habe ich noch nie in meinem Leben einen Bebbi-Sack gekauft. Man kann ganz legal Müll im Badischen Bahnhof entsorgen oder während der Herbstmesse, wenn überall grosse Container stehen.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, dass in Basel fünf bis zehn Container hingestellt werden, wo ein jeder Mensch kostenfrei seinen Müll entsorgen kann.

Eric Weber

## 11. Anzug betreffend jeder Schüler bekommt E-Mail Adresse vom Kanton

22.5046.01

Leider ist bei den jungen Menschen das E-Mail schon veraltet. Die Schüler setzen auf TikTok und Insta. Insta steht in Kurzform für Instagram. E-Mail ist wichtig, denn es führt zu einem guten Deutsch.

Der Regierungsrat wird daher gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass jeder Schüler im Kanton Basel-Stadt eine persönliche E-Mail Anschrift erreicht, mit der Endung bs. Ich danke.

Eric Weber

**12. Anzug betreffend Rathaus soll im Schweizer Pass gezeigt werden**

22.5047.01

Im Schweizer Pass wird auf der Seite von Basel das Spalentor gezeigt.

Das Zentrum von Basel und das Symbol von Basel muss aber das Rathaus sein und bleiben.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass im Schweizer Pass neu das Rathaus und nicht das Spalentor gezeigt wird.

Eric Weber

**13. Anzug betreffend Staatskalender soll es wieder in Druck-Ausgabe geben**

22.5048.01

Seit bald 40 Jahren bin ich Grossrat und von allen Parlamentariern am längsten dabei, nämlich seit 1984. Und ich bleibe bis 2055.

Ich liebe die Tradition. Und so fehlt mir nun die Druck-Ausgabe vom wichtigen Staatskalender.

Seit rund drei Jahren gibt es diesen nicht mehr als Broschüre. Ich glaube 2018 ist die letzte Ausgabe erschienen.

Der Regierungsrat wird daher gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass der Staatskalender wieder gedruckt wird und wie die letzten vierzig Jahre immer kostenfrei an alle Abgeordneten abgegeben wird. Merci.

Eric Weber

**14. Anzug betreffend Frühlingserwachen der "kleinen" Kulturangebote in Zeiten der Unsicherheit**

22.5053.01

Der Anzug 20.5395 forderte eine Defizitgarantie für Kulturveranstaltungen, die trotz Corona-Schutzmassnahmen durchgeführt werden, obwohl die Veranstaltenden die zu erwartenden Einnahmen kaum kalkulieren können. Fürs Publikum wird so ein Mindestangebot an "kleinen" Kulturveranstaltungen (keine Grossveranstaltungen, von unabhängigen Veranstaltenden, meist in kleinen Sälen und auf kleineren Bühnen, die wichtig sind für die Vielfalt des Angebots) aufrechterhalten - und für die (regionalen) Kulturschaffenden bleiben ein paar wenige wichtige Plattformen erhalten. Es sollten nicht mehr allein jene Kulturveranstalter:innen Corona-Hilfe beantragen können, die verständlicherweise ganz aufs Veranstalten unter Einhaltung aufwändiger Schutzmassnahmen verzichten - sondern auch jene eine Absicherung haben, die unter grossem persönlichem Einsatz und mit erheblichem finanziellen Risiko weiterhin für Kulturangebote sorgen.

Im Grossen Rat hatte diese Idee eine überdeutliche Mehrheit. Schon die Unterzeichnendenliste allein umfasste über die Hälfte der Ratsmitglieder. Der Regierung wurde die Umsetzung über ein sogenanntes Schwerpunktprojekt des Swisslos-Fonds empfohlen.

Ein knappes Jahr später beantragt die Regierung den Anzug zur Abschreibung - dies mit Verweis auf andere existenzsichernde Massnahmen für Kulturschaffende und -betriebe und auf die juristische Lage, die ein "Schwerpunktprojekt" gemäss Swisslos-Fonds-Verordnung nicht eindeutig zulasse. Der Grosse Rat folgt diesem Antrag voraussichtlich. Es bleibt aber eine Unterstützungs-Lücke bestehen für Kulturbetriebe (Veranstaltungsorte und weitere Veranstalter:innen (z.B. Künstler:innen-Agenturen)), die trotz der schwer kalkulierbaren, sich laufend verändernden Voraussetzungen bereit sind, Kulturveranstaltungen zu planen und durchzuführen - und dabei alle Mitwirkenden anständig zu entlohnen. Nochmal: Sie schaffen damit zum einen für die Kulturschaffenden die dringend benötigten Plattformen und gewährleisten fürs Publikum ein wertvolles kulturelles Grundangebot gemäss Art. 2 Abs. 2 Bundesverfassung.

Wenn bald die nächste Phase der Pandemie (sei es durch die Anpassung resp. Beendigung der Massnahmen und mit hoffentlich auch wieder sinkenden Fallzahlen) anbricht oder diese sich in eine endemische Phase wandelt und allenfalls sowohl einschränkende wie auch unterstützende Massnahmen beendet werden, soll auch die Veranstaltungsvielfalt in Basel ein "Frühlingserwachen" erleben, und die Veranstaltenden sollen ermutigt werden, ihre Programme trotz der widrigen Umstände nun zu planen.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung, möglichst rasch zu prüfen und zu berichten,

wie das Einrichten eines Impulsprogramms in Form von Defizitgarantien, einer Anschubfinanzierungsform o.ä. zur Wiederaufnahme auch kleinerer Kulturangebote ab Frühling möglich ist.

was eine sinnvolle Definition eines Kreises von Antragsberechtigten ist. Es soll dabei um die "kleinen" Angebote (siehe oben) gehen, die ohne den Rückhalt einer grossen Institution als Absicherung und ohne existenzsichernde Staatsbeiträge ein grosses Risiko eingehen.

ob eine Finanzierung mit Swisslos Fonds-Geldern möglich ist oder welche andere Finanzierungsform sich dafür anbietet.

Lisa Mathys, Claudio Miozzari, Laurin Hoppler, Johannes Sieber, Franz-Xaver Leonhardt, Franziska Roth, Luca Urgese

## Interpellationen

### Interpellation Nr. 1 betreffend Heizungsersatz in Quartieren, in welchen keine Fernheizungsanschlüsse möglich sind

22.5030.01

Trotz der Anstrengungen zum Ausbau des Fernwärmenetzes wird es Ein- und Mehrfamilienhäuser geben, die weder einem Wärmeverbund noch der Fernheizung angeschlossen werden können. Die IWB sind bemüht, Informationen für jede Liegenschaft im Kanton zu geben. Eine interaktive Plattform gibt Auskunft über Fernwärme-Bezugsmöglichkeiten für die einzelne Liegenschaft und den voraussichtlichen Zeitpunkt der Anschlussmöglichkeit. Bei Strassenzügen ohne Fernwärme lautet die Antwort: «Dieses Gebiet wird nicht mit Fernwärme oder einem Wärmeverbund erschlossen. Beim Heizungsersatz sind erneuerbare Heizsysteme, wie Wärmepumpen oder Holzpellettheizungen eine Alternative».

Nicht angeschlossen werden sollen zum Beispiel Liegenschaften auf dem Bruderholz, einem Quartier mit sehr vielen Einfamilienhäusern. Eigentümerschaften solcher Häuser werden benachteiligt durch die fehlende Möglichkeit, sich einer kollektiven Lösung anzuschliessen. Es drängt sich deshalb auf, überall dort, wo weder ein Wärmeverbund noch ein Anschluss an die Fernheizung geplant ist, detaillierte Auskünfte zu erteilen über das Spektrum der Möglichkeiten, eine mit Heizöl oder Erdgas betriebene Heizung umweltverträglich zu ersetzen. In jedem Fall ist es wichtig, möglichst frühzeitig zu informieren; nur so kann eine sorgfältige Renovations- und auch Finanzplanung erfolgen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wann werden alle Liegenschaftseigentümerschaften verbindliche Informationen erhalten über den Zeitpunkt der Anschlussmöglichkeit an die Fernheizung oder einen Wärmeverbund und die Ihnen dadurch anfallenden Kosten?
2. Wie und zu welchem Zeitpunkt werden die Eigentümerschaften verbindlich informiert, deren Liegenschaften weder an die Fernwärme noch an einen Wärmeverbund angeschlossen werden können?
3. Besteht Bereitschaft, Informationsveranstaltungen über die Wärmeversorgung in den Quartieren durchzuführen, in denen ausschliesslich individuelle Heizungsanlagen möglich sind?
4. Können Modelle entwickelt werden mit Wärmepumpen oder Holzpellettheizungen, die so platziert und betrieben werden, dass sie mehrere Häuser mit Wärme versorgen können?

Für die Beantwortung der Fragen danke ich im Voraus bestens.

Andreas Zappalà

### Interpellation Nr. 2 betreffend unerfüllbare Auflagen für Jungfasnachtler

22.5031.01

Die sich speziell an junge Fasnachtler richtende Vorfasnachtsveranstaltung «Laaferi» musste vorerst abgesagt und auf ein noch zu findendes Datum verschoben werden. Gleiches widerfuhr dem «Offizielle Brysdrummle und -pfyffe», dass neu auch die Kategorie «Binggis» führt; hier hätten die «jungen» Kategorien nicht ausgetragen werden können. Die Verantwortung für diese grosse Enttäuschung bei Basels Jungfasnachtlern trägt das Basler Gesundheitsdepartement (GD), welches den beiden Veranstaltungen mit unerfüllbaren Auflagen quasi den Stecker zog.

Die beiden Vorfasnachtsveranstaltungen waren mit strengem Schutzkonzept und 2G-Voraussetzung für alle über 16-Jährigen geplant. Dies entspricht den Regeln des Bundes. Der Bundesrat hatte zum Schutze der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen diese Personengruppen von Massnahmen ausdrücklich ausgenommen. Die Auflagen des GD verlangten aber 2G+ für alle, also auch für Kinder jeglichen Alters. So hätte beispielsweise ein 6-jähriges Kind, welches an einer dieser Veranstaltungen teilnehmen möchte, genesen oder geimpft sein und zusätzlich noch für jede einzelne Vorstellung einen aktuellen negativen Test vorlegen müssen.

Diese Auflagen waren unmöglich zu erfüllen. Kinder unter 12 Jahren können erst seit sehr kurzer Zeit überhaupt geimpft werden. Die Zeit bis zur Veranstaltung hätte für eine vollständige Impfung gar nicht gereicht. Das GD ignoriert mit der Auflage 2G+ für Kinder jeglichen Alters zudem die Impfpfehlungen des Bundes. Zur Erinnerung: Der Bund empfiehlt Kindern die Impfung nur dann, wenn diese (a) wegen einer chronischen Krankheit bereits stark gesundheitlich beeinträchtigt sind, um möglichst jede zusätzliche Infektion/Krankheit zu verhindern, oder (b) wenn diese enge Kontakte (z. B. Haushaltsmitglieder) von besonders gefährdeten Personen sind, welche sich selbst mit der Impfung nicht ausreichend schützen können (z. B. Menschen mit geschwächtem Immunsystem).

Dazu stellen sich die folgenden Fragen:

1. Wieso verfügt das GD Auflagen, die im Widerspruch zu den Empfehlungen des Bundes stehen?
2. Wäre es nicht ehrlicher gewesen, gar keine Bewilligung in Aussicht zu stellen, statt die Veranstalter mit unerfüllbaren Auflagen zur Aufgabe quasi zu nötigen?
3. Wie steht der Regierungsrat zum Vorwurf, mit diesem Vorgehen aktiv zum psychischen Leid von Kindern und Jugendlichen beizutragen, welche ohnehin Hauptleidtragende der Corona-Massnahmen sind?

André Auderset

**Interpellation Nr. 3 betreffend was unternimmt der Regierungsrat, dass endlich Quartier-Parkings entstehen?**

22.5032.01

In verschiedenen Medien hat die Vorsteherin des Bau- und Verkehrsdepartements, Regierungsrätin Esther Keller, in den letzten Tagen behauptet, dass in Basel aktuell diverse Quartier-Parkings realisiert werden und es nicht ausschliesslich zu einem Abbau oberirdischer Parkplätze kommt. Als Beispiele nannte sie jedoch dann nur zwei Projekte im Westfeld und im Erlenmatt. Weitere Quartier-Parkings wurden nicht erwähnt, wohl weil sie auch nicht entstehen.

Wobei zusätzlich darauf hingewiesen werden muss, dass aktuell die Quartier-Parking-Projekte "Landhof" und "Tschudi-Matte/UKBB" beerdigt wurden resp. in der geplanten Form nicht realisiert werden. Noch im Wahlkampf zu den Regierungsratswahlen hat Esther Keller das Quartier-Parking UKBB abgelehnt, nun sind ihre Aussagen zur Weiterentwicklung des Projekts widersprüchlich.

Noch in seiner Stellungnahme auf eine Interpellation (Nr. 20.5157) von Beat K. Schaller vom 1.7.2020 antwortete der Regierungsrat in seiner alten Zusammensetzung, dass "auch weiterhin bei anstehenden Arealentwicklungen und bei relevanten neuen Überbauungen die Möglichkeiten eines Quartier-Parkings» geprüft werden. Im April 2021 beantragte der Regierungsrat zudem, den vom Grossen Rat überwiesenen Anzug Luca Urgese (Nr. 19.5087) betreffend konkrete Planung von Quartier-Parkings stehen zu lassen, um "Grundlagen aufzuarbeiten".

Die obenstehenden, in Medien geäusserten, Behauptungen der Departementsvorsteherin sind angesichts der unkonkreten Beantwortung der vorgenannten Vorstösse etwas irritierend und schwammig. Es ist angesichts des permanenten Abbaus von oberirdischen Parkplätzen und der zunehmenden Parkplatzknappheit für Anwohnende und Gewerbetreibende in den Quartieren aber wichtig, dass die zuständige Bau- und Verkehrsdirektorin in der Öffentlichkeit verlässliche und präzise Aussagen zur Situation und zum Planungsstand macht.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Parkplätze werden in den von der Bau- und Verkehrsdirektorin im telebasel erwähnten Quartier-Parkings im Westfeld und Erlenmatt für die Bevölkerung geschaffen? Wie viele davon sind Parkplätze für Anwohner mit Anwohnerparkkarten, private Mieter und Dritte (wie bspw. Besucher)? Bitte einzeln auflisten.
2. Wann werden diese beiden Parkings eröffnet?
3. Welche weiteren Quartier-Parkings werden in den kommenden zwei bis drei Jahren realisiert resp. wie ist der aktuelle Planungsstand anderer solcher Quartier-Parkings?
4. Was unternimmt der Regierungsrat konkret, um Quartier-Parkings zu ermöglichen?
5. Welche kurzfristigen Massnahmen unternimmt der Regierungsrat, um den Parkplatzaabbau für Gewerbetreibende und Anwohnende, wie bspw. jüngst an der Neuweilerstrasse/am Neuweilerplatz, zu kompensieren und den besagten Gruppierungen ausreichend Parkraum in unmittelbarer Nähe des bestehenden Angebots zur Verfügung zu stellen?

Roger Stalder

**Interpellation Nr. 4 betreffend Erwerb des Clara-Areals**

22.5033.01

Gemäss Medienmitteilung des Regierungsrates vom 14. Januar 2022 hat der Kanton das 22'750 Quadratmeter grosse Clara-Areal erworben. Wie bei solchen Objekten üblich, ist dieser Kauf wohl im Rahmen eines durch die Verkäuferin organisierten Bieterverfahrens zustande gekommen. Offenbar konnte sich der Kanton gegenüber den Konkurrenten mit dem höchsten Preisangebot durchsetzen.

Der Unterzeichnende ersucht die Regierung, um die Beantwortung nachfolgender Fragen:

1. Mit welcher Preisofferte ist der Kanton in dieses i.d.R. mehrstufige Bieterverfahren eingestiegen?
2. Um wieviel musste der Kanton seine Offerte in der zweiten, allenfalls – falls mehrere Runden stattfanden – in der letzten Runde aufbessern?
3. Hat der Gesamtregierungsrat jeweils den in der ersten Runde offerierten Preis und den schliesslich bezahlten Kaufpreis genehmigt?
4. Bekanntlich gibt es im gesamten Areal Wohnungen in verschiedenen Preiskategorien. Darunter hat die bisherige Eigentümerin auch sehr günstige Wohnungen angeboten. Sieht der Regierungsrat dennoch Korrekturbedarf? Welche Preisstrategie verfolgt er mit dieser Akquisition?
5. Wurde der Kauf für einen offenbar sehr hohen Preis getätigt, weil der Regierungsrat befürchtet hat, dass die privaten Konkurrenten eine unverantwortliche Mietpreispolitik betrieben hätten und deshalb eine Intervention des Staates notwendig war?
6. Wenn Frage 5 bejaht wird: Gab es Anzeichen für solche Befürchtungen?
7. Mit welcher Rendite hat der Regierungsrat den von ihm im mehrstufigen Bieterverfahren offerierten ersten Angebotspreis kalkuliert und mit welcher Rendite den definitiven Kaufpreis?
8. Aus der Medienmitteilung ist zu entnehmen, dass sich der Regierungsrat mit dieser Akquisition einen Handlungsspielraum schaffen wolle, um die Entwicklung des Wohnraumangebots im Interesse der Bevölkerung beeinflussen zu können. Offenbar sieht er das als öffentliche Aufgabe an. Weshalb hat der

Regierungsrat diese Investition, welche folglich als Verwaltungsvermögen in die Ausgabenkompetenz des Parlaments fallen würde, nicht dem Grossen Rat unterbreitet?

Michael Hug

**Interpellation Nr. 5 betreffend Einführungsklassen Schuljahr 21/22 und 22/23, Vorgehen**

22.5043.01

Mit dem Grossratsbeschluss vom 20. März 2019 wurde die Wiedereinführung der Einführungsklassen beschlossen. Der Wunsch nach Einführungsklassen, kam nicht nur von einer Petentschaft, sondern auch von der Lehrerschaft und vom Erziehungsrat. Es wurde berechnet, dass wenn 1 Kind pro erste Primarschulklasse einen Platz in einer Einführungsklasse belegt, 10 Klassen pro Jahrgang gebildet werden müssen. Es ist den jeweiligen Schulleitungen an ihrem Standort überlassen zu entscheiden, ob sie Einführungsklassen bilden oder nicht. Auch steht den Schulstandorten die Möglichkeit offen, sich mit anderen Standorten zusammenzuschliessen, um eine vertretbare Grösse der Einführungsklassen zu bilden oder zu finanzieren.

Über eine Zuweisung eines SuS in eine Einführungsklasse sprechen sich die Eltern und die abgebende und übernehmende Lehrerschaft untereinander ab.

Um so erstaunlicher ist es für die Interpellantin, dass im Schuljahr 2021/22 im Kanton keine einzige Einführungsklasse gebildet wurde. Sie kann sich nicht vorstellen, dass nicht genug SuS dafür hätten vorgesehen werden können. (Zum Vergleich: Riehen mit einem viel kleineren Schüleranteil hat 2 Einführungsklassen gebildet).

Die Interpellantin bittet daher den Regierungsrat höflich die nachstehenden Fragen zu beantworten:

- Wie viele SuS hätten am jeweiligen Schulstandort in eine Einführungsklasse eingeteilt werden können, da sie zwar Entwicklungsverzögerungen, jedoch keine Verhaltensauffälligkeiten zeigen? Bitte die einzelnen Standorte einzeln ausweisen.
- In der Überzeugung, dass es Schüler für diese Einführungsklassen gab, weshalb wurden dann in der Konsequenz keine Einführungsklassen gebildet?
- Waren alle betroffenen Eltern dieser Kinder damit einverstanden, dass ihr Kind nicht in eine Einführungsklasse eingeteilt wird, sondern ihm andere Fördermassnahmen zuteilwerden.
- Gab es Gespräche zwischen verschiedenen Schulstandorten, sich in einem Verbund zusammenzuschliessen.
  - Wenn ja, weshalb wurde von einem Zusammenschluss abgesehen?
  - Wenn nein, weshalb wurde davon nicht Gebrauch gemacht, um Einführungsklassen bilden zu können?
- Gibt es ein Konzept, wenn sich die Schulen zusammenschliessen und die Schulwege deshalb für einige Kinder zu lang werden, einen Schülertransport zu organisieren?
- Gibt es schon Abklärungen, ob im nächsten Schuljahr 22/23 Einführungsklassen gebildet werden?
- Kann sich der Regierungsrat vorstellen, zukünftig Standorte zu benennen, wo Einführungsklassen angeboten werden, damit nicht mehr die Schulleitungen darüber befinden?
- Gab es schon Anregungen der Lehrerschaft, dass zukünftig vermehrt Gebrauch von Einführungsklassen zu machen ist, um die SuS und die Lehrerschaft zu entlasten?

Jenny Schweizer

**Interpellation Nr. 6 betreffend Durchführung Fasnacht 2022**

22.5057.01

Viele Fasnächtler erwarten mit grosser Spannung den Entscheid der Regierung, wie die Fasnacht durchgeführt werden kann.

Stand heute soll die Fasnacht 2022 ohne Cortège stattfinden. Gässeln soll von 07:00h bis 23:00h möglich sein und ob der Morgestraich stattfindet, ist noch offen.

Dass der Cortège nicht stattfinden kann, ist unter Berücksichtigung der hohen Covid-Fallzahlen nachvollziehbar. Für Laien sind die anderen bis heute bekannten möglichen Einschränkungen jedoch nur schwer durchblickbar. Darum bittet der Interpellant die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

**Gässle:**

1. Welche epidemiologischen Gründe sprechen für eine Begrenzung des Fasnachtstreibens von 07:00h – 23:00h?
2. Was spricht gegen eine Freinachtbewilligung für die Gastronomie?
3. Ist die Covid-Ansteckungsgefahr aus heutiger Sicht ab 23:00h grösser?

**Morgestraich:**

Ohne Bewilligung würden wahrscheinlich «wilde» Gruppierungen trotz Verbot einen Morgestraich durchführen, ohne von den Ordnungskräften belangt zu werden. Junge Garden würden verzichten, da sie sich an das Gesetz halten wollen und einen rechtssicheren Raum bevorzugen. Das führt dazu, dass gerade Kinder und Jugendliche

ausgeschlossen wären, obwohl gerade unsere jungen Fasnächtler das grösste Fasnachtsnachholbedürfnis haben.

4. Was spricht gegen eine Bewilligung des Morgestraichs, inkl. Lichterlöschen? Ist der Morgestraich epidemiologisch bedenklicher als das Fasnachtstreiben am Tag?

**Handlungsspielraum der Regierung:**

5. Welchen Handlungsspielraum hat die Basler Regierung? Gibt es noch Vorschriften vom Bund, welche bzgl. der Durchführung der Fasnacht berücksichtigt werden müssen?

Beat Braun

**Interpellation Nr. 7 betreffend kantonale Umsetzung Bundesgerichtsentscheid zur Unterstellung von Betreuer:innen in Privathaushalten unter das Arbeitsgesetz (2C\_470/2020)**

22.5059.01

Gemäss Urteil des Bundesgerichts vom 22. Dezember 2021 (2C\_470/2020) sind Betreuer:innen in Privathaushalten (24-Stunden-Betreuer:innen) definitiv dem Arbeitsgesetz zu unterstellen. So sind auch die Regelungen betr. Einhaltung der Arbeits- und Ruhezeiten einzuhalten und deren Einhaltung entsprechend zu überprüfen. Der Vollzug des Arbeitsgesetzes liegt bei den Kantonen. Es obliegt nun also dem Kanton Basel-Stadt zu überprüfen, ob jene Mitarbeitende, die Betreuungsarbeit in hiesigen Privathaushalten leisten, nach den zwingenden Normen des Arbeitsgesetzes beschäftigt sind. Da der Kanton bisher die Unterstellung dieser Beschäftigten unter das Arbeitsgesetz bestritt, sind folglich bisher keine vollziehenden Kontrollen durch das zuständige Amt erfolgt. Aus dem Bundesgerichtsurteil ergibt sich folglich eine Vergrösserung des Kontrollbereichs des AWA. Zudem handelt es sich um Arbeitsplätze, die für Kontrollen nicht gleichermassen zugänglich sind wie andere.

Es stellen sich mir daher folgende Fragen:

1. Wie gedenkt der Regierungsrat den Vollzug des Arbeitsgesetzes in Privathaushalten zu garantieren?
2. Ab wann sind Vollzugskontrollen in diesem Bereich vorgesehen?
3. Wie viele Kontrollen plant das zuständige Amt pro Jahr vorzunehmen?
4. Wie werden die Kontrollen zur Einhaltung der Arbeits- und Ruhezeiten konkret erfolgen?
5. Wie werden die betroffenen Mitarbeitenden in den Kontrollen einbezogen?
6. Wie werden die Mitarbeitenden vor allfälligen Repressionen geschützt, wenn sie im Rahmen einer Kontrolle Auskunft geben?
7. Unter welchen Umständen bzw. wie, ist es aus Sicht des Regierungsrates möglich, Kontrollen an den eigentlichen Arbeitsplätzen, d.h. in den Privathaushalten vorzunehmen?
8. Werden die Mitarbeitenden, die die Kontrollen in diesem sensiblen Bereich durchführen, für diese besonders geschult bzw. sensibilisiert?
9. Wie viele Firmen gibt es derzeit, die eine Betreuung durch sogenannte 24-Stunden-Betreuer:innen (sogenannte "Private Spitex") anbieten?
10. Wie viele 24-Stunden-Betreuerinnen/Beschäftigte gibt es in Basel-Stadt, die in der häuslichen Pflege und Betreuung in Privathaushalten arbeiten, zurzeit?
11. Wie viele Stellenprozente werden für die Kontrollen in diesem Bereich abgestellt?
12. Sollten die personellen Ressourcen des zuständigen Amtes aufgestockt werden, damit der Vollzug des Arbeitsgesetzes in unserem Kanton gewährleistet bleibt?

Bitte um begründete Antwort.

Toya Krummenacher

**Interpellation Nr. 8 betreffend Umgang mit den Corona Massnahmen an der Volksschule und der Sek II**

22.5060.01

Anfang Februar 2020 hat die COVID-19-Pandemie auch die Schweiz erreicht und fordert uns seither im Alltag auf allen Ebenen heraus. Täglich werden Debatten über Quarantänedauer, Varianten, Durchseuchung, Impfquoten, Maskenpflicht etc. geführt. Auch an den Schulen sind das die Themen mit denen sich die Lehrpersonen, Schulleitungen, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler auseinandersetzen müssen. Alle sind gefordert, gerade auch jetzt mit dem endlich eingeführten Masken- und Spucktestobligatorium. Das aus Sicht vieler Lehrpersonen ebenfalls zu spät eingeführt wurde. Richtigerweise dürfen genesene und geimpfte Kinder trotz positivem Klassen-Pooltest am nächsten Tag in die Schule und müssen je nach Situation in einer fremden Klasse beschult werden. Die Zahl dieser Kinder nimmt logischerweise zu. Die Schulleitungen stehen am Abend des Spucktestes vor einer grösseren logistischen Aufgabe. Lehrpersonen, Eltern, Schülerinnen und Schüler warten zum Teil bis spät abends, d. h. manchmal bis 23.00h, bis die Resultate eintreffen. Diese Situation hat sich leicht verbessert, aktuell kann es bis 21.00h dauern. Mit dem Eintreffen der Resultate beginnt aber erst die Arbeit der Schulleitungen und Lehrpersonen, die sich dann bis weit in die Nacht hinein ausdehnen.

In der Volksschule sind die Kinder zwischen 4 - 12 Jahre alt. Wenn sie am nächsten Tag bei einem positiven Pooltest zum Depooling müssen, ist in der Regel eine Lehrperson dabei plus jeweils eine Betreuungsperson des Kindes, wie auch im Schreiben des ED vom 21. Dezember 2021 indirekt formuliert «Die Lehrpersonen unterstützen die Kinder und Sie als Eltern beim individuellen Nachttest.». Bis das Resultat bekannt ist, dürfen weder die Lehrpersonen noch die Schülerinnen und Schüler den Unterricht besuchen. Mittlerweile kann es geschehen, dass die Lehrpersonen und Kinder nicht nur am Depooling-Tag fehlen, sondern auf Grund der hohen Fallzahlen auch noch tags darauf.

Das Alter der Kinder an den Kindergärten und den Primarstufen und die damit verbundene Verantwortung, die Neuerung, dass die genesenen Kinder am Depooling-Tag an den Schulen betreut werden und die hochansteckende Omikron-Variante mit den damit verbundenen hohen Fallzahlen, belasten insbesondere diese Stufen seit Beginn der Pandemie besonders stark.

Nun gibt es aber unterschiedliche Handhabungen des Spucktestes, je nach Stufe. Für die Sek II Stufe erfolgt die Auswertung der Speichelproben zunächst ebenfalls mittels Pooling. Teile der Proben werden zusammengeführt und wie bei den Volksschulen mit einem PCR-Test getestet. Aber im Gegensatz zu den Volksschulen werden bei positiven Poolergebnissen die zurückbehaltenen Individualproben nochmals einzeln getestet. Dadurch liegt das Testresultat zeitnah vor und wird an die Teilnehmenden direkt gemeldet. Ein Vorgehen, das schon längst nicht nur bei den Gymnasial-Lehrpersonen und notabene deren Schülerinnen und Schüler auch bei den stark geforderten Lehrpersonen der Volksschule hätte umgesetzt werden können, ja müssen. Die Interpellantin ist sich bewusst, dass auch an den Volksschulen Anpassungen und damit Erleichterungen im Covid-Prozess geplant oder bei der Beantwortung der Interpellation sogar umgesetzt sind. Der viel zu späte Zeitpunkt dieser Anpassung und die dadurch verursachten und vermeidbaren Aufwände an der Volksschule erfordern aber nachfolgende Fragen an die Regierung.

Die Interpellantin bittet den Regierungsrat um Stellungnahme zu folgenden Fragen:

1. Weshalb wurden die Lehrpersonen der Volksschulen nicht gleichbehandelt, wie die Lehrpersonen der Gymnasien?
2. Wie kommt es, dass Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums den Lehrpersonen der Primarstufe und Sek I, die in einer oder mehreren Klassen unterrichten müssten oder auch für die geimpften oder genesenen Kinder den Unterricht aufrechterhalten müssten, bei der individuellen Auswertung der Pooltest bevorzugt behandelt wurden?
3. Weshalb wurde die Ungleichbehandlung nicht spätestens im Herbst 2021 behoben?
4. Warum brauchte es noch ein Pilotprojekt, um das bereits längst umgesetzte Testverfahren an den Gymnasien nun auch an den Volksschulen umzusetzen?
5. Wurden die Lehrpersonen der Volksschulen über die Ungleichbehandlung informiert?  
Wenn Nein, können Sie die Gründe dazu erläutern?
6. Wurden die Schulleitungen der Volksschulen über das Testsystem der Sek II informiert und hatten sie ein Mitspracherecht?  
Wenn Ja, wie erklären Sie sich, dass sich niemand gewehrt hat?
7. Wie unterstützt das ED seine Schulleitungen und die Kollegien an den Volksschulen in der oben erwähnten Herkules Aufgabe?
8. Wie werden die von den Schulleitungen zusätzlich bis in die späten Abendstunden geleisteten Zusatzarbeiten entgolten? Wie bei den Lehrpersonen?
9. Sind Schulleitungen und Lehrpersonen im Entscheidungsgremium für Covid-Massnahmen an den Schulen eingebunden?  
Wenn nein. Was sind die Gründe, dass weder Schulleitungen noch Lehrpersonen im Entscheidungsprozess der Covid-Massnahmen ihr Wissen einbringen können?

Gerade in diesen Zeiten ist für Kinder in schwierigen Verhältnissen und mit einer instabilen psychischen Verfassung, psychologische Hilfe notwendig. Die Lehrpersonen sind alle täglich vor Ort. Mit Masken halten sie den Betrieb aufrecht und versuchen den Kindern einen Alltag und eine Struktur zu bieten. Sie brauchen insbesondere jetzt zusätzlich Unterstützung vom Schulpsychologischen Dienst. Die Interpellantin hat erfahren, dass diese eine Homeoffice-Pflicht auferlegt erhielten und deshalb zurzeit – mit einigen Ausnahmen - keine Unterrichtsbesuche abhalten.

10. Wie erklären sie diesen Entscheid und diese unhaltbare Situation den Schulleitungen, Lehrpersonen, Eltern, die alle dringend zu Gunsten der Kinder Unterstützung brauchen?

Ich danke für die Beantwortung meiner Interpellation.

Sasha Mazzotti

#### Interpellation Nr. 9 betreffend bleibt die Art Basel in Basel?

22.5061.01
------------

Die Art Basel wurde vor 52 Jahren von den Galeristen und Kunsthändlern Ernst Beyeler, Trudi Bruckner und Balz Hilt gegründet. Sie hat seither Basel weltweit zu einer hervorragenden Position in der internationalen Kunstwelt verholfen. Die Art Basel gilt unbestritten als die grösste und wichtigste Kunstmesse der Welt.

Nun hat die Art Basel den Zuschlag für die Durchführung einer Messe für zeitgenössische Kunst in Paris erhalten.

Viele Exponenten aus der Basler Galerie-, Hotelier- und Tourismus-Branche beobachten diese Entwicklung mit grosser Sorge.

Die Frage, wie es mit der Art Basel in Basel weitergeht, ist für unsere Stadt von strategischer Bedeutung. Ein Wegzug der Art Basel würde nach dem Verlust der Basel World-Messe und anderen Messen ernsthafte Konsequenzen haben und könnte das Ende der Messestadt Basel bedeuten.

Der Kanton Basel-Stadt hält im Moment mit dem Kanton und der Stadt Zürich 33.4% der Aktien (Basel alleine 30.21%).

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die neue strategische Ausrichtung der Art Basel ein?
2. Welchen Einfluss hat der Kanton Basel-Stadt im Verwaltungsrat der MCH Group auf deren strategische Entscheidungen?
3. Der grösste private Aktionär der MCH, James Murdoch, hat bei seiner Übernahme der Aktien (32.32%) mitgeteilt, die Art Basel würde mindestens weitere 15 Jahre in Basel durchgeführt werden. Kann dies weiterhin bestätigt werden?
4. Falls dies nicht bestätigt werden kann: was gedenkt der Regierungsrat zu tun?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat den Stellenwert der Art Basel für Basel und wie setzt er sich für die Art Basel zum Wohle von Basel ein?

Catherine Alioth

#### Interpellation Nr. 10 betreffend Kosten und Dauer der Corona-Tests

22.5063.01

Der Interpellant hat in den letzten knapp zwei Jahren einige PCR-Tests vorgenommen resp. zum Teil vornehmen müssen. Auch im Rahmen des Grossratsmandates hat sich der Interpellant dem Angebot angeschlossen und getestet sich regelmässig (Gurgetest/PCR/Pool). Der Basler Zeitung vom 31.01.2022 entnehme ich nun, dass die öffentliche Hand pro Test in der Schweiz durchschnittlich CHF 88.-- bezahlt, Die Testergebnisse werden nach eigener Erfahrung erst gut 48 Stunden nach Abgabe per SMS zugestellt. In Österreich sind gemäss vorgenanntem Artikel die Testkosten 14mal tiefer (€ 6.--) und die Wartezeit bis zum Resultat beträgt durchschnittlich 17 Stunden; also zumindest nach meiner Erfahrung und nach Presseberichten in einem Drittel des Schweizer Zeitrahmens. Der österreichische Konkurrent geht da mit seinen Vorwürfen sehr weit: «Geldgier der Schweizer Laborbetreiber» oder «Bürger ausrauben». Diese Wertung will und kann der Interpellant hier nicht ungeprüft teilen! Die teureren und vor allem langsameren PCR-Tests in der Schweiz sind für mich jedoch objektiv nicht erklärbar.

In diesem Zusammenhang stelle Ich folgende Fragen:

1. Was zahlt der Kanton pro PCR-Test (Gurgetest)?
2. Wer ist der Anbieter?
3. Gab es hier ein Submissionsverfahren (kantonal/eidgenössisch)?
4. Ist der Regierungsrat auch der Ansicht, dass vor allem der deutlich längere Zeitrahmen bis zur Bekanntgabe des Testergebnisses auch epidemiologisch problematisch ist?
5. Wie lassen sich diese frappanten Unterschiede erklären resp. was sind mögliche Erklärungsmuster hiefür (Kleinräumigkeit resp. kleinere Strukturen ausgenommen)?
6. Ist der Regierungsrat auch der Ansicht, dass hier auch eine Notlage ausgenützt wird resp. eine unerklärliche Differenz zulasten der öffentlichen Hand, aber auch der zum Teil selbstzahlenden Bürgerinnen, verbleibt?
7. Was zahlt der Kanton seit Pandemiebeginn für solche Tests monatlich?

René Brigger

#### Interpellation Nr. 11 betreffend (unzulässiger?) Beeinflussung des Abstimmungskampfes zur Initiative „Ja zur Primateninitiative“ durch den Regierungsrat

22.5064.01

Im Laufe des 25. Januar 2022 veröffentlichte das private Abstimmungskomitee „Tierschutz statt Menschenrechte“ gegen die Primateninitiative auf seiner Webseite eine Videobotschaft von Regierungsrat Lukas Engelberger und verbreitete es anschliessend auf den Sozialen Medien. Im Video posiert Lukas Engelberger vor einem Plakat des genannten Komitees. Auf dem Plakat der Satz „Tierschutz nicht Menschenrechte“ zu sehen, der tatsachenwidrig insinuiert, die Initiant\*innen forderten Menschenrechte für nichtmenschliche Primaten. Die Initiative verlangt jedoch Grundrechte (!), was auch die beiden Urteile des Appellationsgerichts und des Bundesgerichts betreffend die Zulässigkeit der Initiative klar bestätigen.

In seiner Botschaft warnt Lukas Engelberger u.a. vor „Verwässerung der Menschenrechte“ und „gravierenden Folgen“ bei Annahme der Initiative und schliesst mit den Worten „Deshalb empfiehlt Ihnen der Regierungsrat ein Nein zu dieser Initiative“ (vgl. auch Artikel in der BZ vom 28.01.2022 und online reports vom 31.01.2022 dazu).



Es ist der Regierung nicht grundsätzlich untersagt, sich in einem Abstimmungskampf zu beteiligen. Die Regierung ist aber angehalten sachlich und ausgewogen zu informieren. Spätestens mit dem oben zitierten Schlusssatz muss beim „durchschnittlich aufmerksamen und politisch interessierten Stimmbürger“, auf dessen Wahrnehmung es gemäss Rechtsprechung zur Verletzung der politischen Rechte und der Freiheit der Meinungsbildung ankommt, der Eindruck entstehen, es handle sich um eine offizielle Verlautbarung des Regierungsrates als Behörde analog der (zulässigen und sachlichen) Empfehlung im Abstimmungsbüchlein (und nicht etwa um eine private Einzelaktion von Herrn Engelberger). Die Information erfolgt hier allerdings nicht, wie sonst üblich und zulässig, auf offiziellen Kanälen, wie etwa im Rahmen einer Medienkonferenz, sondern durch ein privates Abstimmungskomitee, das das ihm zur Verfügung gestellte Videostatement öffentlich verbreitet und kommentiert.

Diese Art und Weise der Intervention von Regierungsrat Engelberger in einen Abstimmungskampf erweckt staatspolitische und staatsrechtliche Bedenken, die über die aktuelle Abstimmungsvorlage zur Primateninitiative hinausgehen.

In diesem Zusammenhang stellt die Interpellantin dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Wusste der Gesamtregierungsrat vom Vorgehen von Lukas Engelberger in Bezug auf die Unterstützung des privaten Abstimmungskomitees? Hat er diesem zugestimmt? Falls nicht: Beabsichtigt er, sich davon zu distanzieren? Wenn ja: In welcher Form?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat das Vorgehen von Lukas Engelberger in a) staatspolitischer b) staatsrechtlicher Hinsicht in Bezug auf das von der Rechtsprechung entwickelte behördliche Propagandaverbot und die Pflicht zur sachlichen und ausgewogener Information?
3. Hält er die Behauptung, die Volksinitiative verlange „Menschenrechte“ für Primaten, für eine sachliche Information über das Volksbegehren?
4. Wie beabsichtigt der Regierungsrat in der kurzen noch verbleibenden Zeit bis zur Volksabstimmung den potentiell entstandenen Schaden an der Meinungsbildung durch die Intervention von Lukas Engelberger in Bezug auf die Primateninitiative zu beheben?

Michelle Lachenmeier

#### **Interpellation Nr. 12 betreffend den Sporthallensanierungen auf dem Campus Bäumlihof, Drei Linden und Hirzbrunnen**

22.5066.01

Bei den Gesamtsanierungen der Schulstandorte Bäumlihof (2014 - 2018) und Hirzbrunnen (2013 – 2014) wurden die dortigen Schwimm- und Sporthallen ausgenommen. Sowohl die Schwimm- und Sporthallen Bäumlihof wie auch die beiden Turnhallen Hirzbrunnen sind nun dringend sanierungsbedürftig. Die Turnhallen Hirzbrunnen sollen bald saniert werden. Dafür steht ein Projektierungskredit zur Verfügung. Die Sanierung der Sporthallen Bäumlihof ist im Anschluss geplant.

Mit den anstehenden Sanierungen besteht für den Campus, wie auch für Basel die einmalige Gelegenheit den Mangel an Sporthallen etwas zu lindern. Bereits mit der Ausarbeitung des Ratschlags Baumassnahmen für die Schulharmonisierung und der damit verbundenen Neuaufteilung des Schulraums wurde festgestellt, dass das jetzige Sporthallenangebot für die geplanten Klassenzahlen zu gering ist. So hat auch das Sportamt damals vorgeschlagen, dass die zwei alten Hirzbrunnen-Hallen durch einen Ersatzneubau einer Dreifachturnhalle zu ersetzen sind. Zu diesem Zeitpunkt lag die Anzahl der Klassen noch deutlich tiefer, wie aktuell. Es ist anzunehmen, dass diese Zunahme sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird und der Raumbedarf auch im Schulsportbereich weiter zunimmt.

Im 2021 hat der Grosse Rat die Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Planung eines neuen Hallenbads und einer neuen Publikumssporthalle an die Regierung überwiesen. Der Mangel an Sporthallen in Basel war bereits vor dieser Motion unbestritten.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie werden die höhere Anzahl Schulklassen und der Bedarf der Vereine in den aktuellen Projektierungsarbeiten der Turnhallen Hirzbrunnen berücksichtigt?
2. Was hält der Regierungsrat vom bereits früher geforderten Plan, die beiden Hirzbrunnen-Hallen mit einer Dreifachturnhalle zu ersetzen?
3. Sollte die Regierung bez. Schulsporthallenbedarf zu einem anderen Schluss als früher kommen bzw. keine Dreifachturnhalle vorsehen: Auf welchen Grundlagen basiert dieser Entscheid? Ich bitte um eine Ausführung.

Thomas Gander

#### **Interpellation Nr. 13 betreffend Vorbereitung auf eine Strommangellage**

22.5067.01

Im Herbst 2021 rief Wirtschaftsminister Guy Parmelin in einem Video die Unternehmen auf, sich auf Strommangellagen vorzubereiten und das Bundesamt für Versorgungssicherheit versandte schweizweit eine Broschüre der Organisation für Stromversorgung in Ausserordentlichen Lagen (OSTRAL) an Unternehmen, in welcher dargestellt ist, welche Massnahmen im Falle einer Strommangellage vorgesehen sind. In Interviews mit der

BaZ legte Bundesrätin Sommaruga am 27.10.2021 und am 22.01.2022 dar, wie der Bundesrat gegen drohende Strommangellagen vorgehen möchte. Die stark steigenden Strompreise, welche bei Stromproduzenten wie der Alpiq Liquidationsengpässe verursachen, verschärfen die instabile Situation auf dem Markt zusätzlich und verdeutlichen die Notwendigkeit mit Europa ein Stromhandelsabkommen abzuschliessen zu können.

Basels Energie- und Verkehrspolitik mit ihrem zunehmend Fokus auf Ablösung fossiler Treibstoffe durch Elektrizität, aber auch die – sehr wünschenswerten – Fortschritte in der Digitalisierung dürften einen erhöhten Strombedarf mit sich bringen. Die Handelskammer beider Basel warnte bereits im April 2021 vor den sich abzeichnenden Risiken für die Region. Auch Grossverbraucher im Kanton Basel-Stadt – also Stromkunden mit einem Jahresverbrauch von mehr als 100'000 kWh – wären im Falle einer ungenügenden Stromversorgung von allfälligen Kontingentierungen betroffen, ebenso in allen Nachbarkantonen (weshalb bereits eine ähnlich lautende Interpellation auch im Landrat BL eingereicht wurde). Selbstredend ist für die Attraktivität des Lebens-, Forschungs-, Kultur- und Wirtschaftsraums Basel eine intakte, ausreichende, bezahlbare und zuverlässige Stromversorgung eine unabdingbare Grundvoraussetzung.

Ich bedanke mich bei der Regierung im Voraus für ihre Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Gefahr einer Strom-Mangellage im Kanton Basel-Stadt ein?
2. Besteht eine quantitative Analyse dazu, wie sich eine Strommangellage im Kanton auswirken würde?
3. Welche Daten können für diese Einschätzung kantonale verwendet werden?
4. Wie arbeitet der Kanton mit dem Bund und den anderen Kantonen, insbesondere den Nachbarkantonen, bei dieser Thematik zusammen?
5. Wie gedenkt die Regierung, sicherzustellen, dass sich Unternehmen und Privathaushalte bestmöglich bei der Vorbereitung auf mögliche Stromknappheit und/oder massive Stromverteuerung vorbereiten können?
6. Welche Unterstützungsmöglichkeiten für Privathaushalte und Unternehmen sieht der Regierungsrat im Falle des Eintritts von Stromknappheit bzw. massiver Verteuerung?
7. Welche Massnahmen ergreift der Kanton Basel-Stadt ergänzend zu den Vorkehrungen und Plänen des Bundes, um die Folgen einer möglichen Strommangellage für die Bevölkerung und Unternehmen zu vermindern?
8. Sind die Zielsetzungen in der Energieplanung Basel-Stadt mit den Vorkehrungen und Plänen des Bundes vereinbar? Bzw. wo sieht der Regierungsrat allfälligen Anpassungsbedarf?
9. Wie ist der kantonale Krisenstab, welcher im Falle einer Strommangellage aktiv würde, ausgestaltet? Wie wird mit OSTRAL und den Nachbarkantonen und benachbarten Gebietskörperschaften in Deutschland und Frankreich zusammengearbeitet?
10. Welche Rolle, Aufgaben und Verantwortlichkeiten sieht die Regierung bei den vorhergehenden Fragen bei der IWB?

Andrea Elisabeth Knellwolf

**Interpellation Nr. 14 betreffend Aufarbeitung der Ereignisse beim Messeplatz vom 24. November 2018**

22.5068.01

Die Ereignisse rund um die rechtsextreme Kundgebung vom 24. November 2018 beschäftigen Gerichte, Medien und Öffentlichkeit noch immer. Mittlerweile steht dabei eine Schlüsselszene im Vordergrund, in der es in der Mattenstrasse zu einem Gummischrot-Einsatz kam.

Dieser Einsatz war bereits Thema einer früheren Interpellation (Nr. 138/2020), die sich auf einen Ausschnitt der Polizeivideos von den genannten Ereignissen bezog, der damals öffentlich wurde. Dieser Ausschnitt wurde von der Staatsanwaltschaft als Beweismittel in strafrechtlichen Verfahren verwendet. Allerdings wurde dabei die Tonspur gelöscht. Die Tonspur enthielt ein Gespräch zwischen zwei Polizisten, welche bezeugen, dass die Aggression nicht von den Demonstrierenden, sondern der Polizei ausging. Der Gummischroteinsatz sei, so die Polizisten im Videoausschnitt, ein Ablenkungsmanöver gewesen, damit sich die Rechtsextremen unbemerkt von der Standkundgebung entfernen könnten.

Bei der Beantwortung der Interpellation 138/2020 zitierte der damalige Regierungsrat zu besagtem Sachverhalt die Staatsanwaltschaft mit folgenden Sätzen: «Die Polizisten, die das Video drehten, hatten keinen Überblick, sahen nicht in die Mattenstrasse hinein und kamen von ihrem Standpunkt einzig mit, dass plötzlich Gummischrot geschossen wurde. Sie mutmassen daher, dass grundlos geschossen worden sei und es sich um eine Ablenkung gehandelt habe. Da andere Aufnahmen durch andere Polizisten in der Polizeikette dieselbe Sequenz aus einem anderen Blickwinkel zeigen und die akustischen Vorwarnungen der Polizei sowie die Distanzmässigkeit durch die Gegendemonstranten zweifelsfrei belegen, hatte die Staatsanwaltschaft keinen Anlass ein Ermittlungsverfahren gegen die Polizei einzuleiten.»

Nun sind die genannten anderen Videoausschnitte auch öffentlich geworden. Diese sind unter anderem in einem Bericht der SRF-Fernsehsendung 10vor10 vom 16.12.2021 zu sehen. Der ehemalige Basler Polizeikommandant, Markus Mohler, sagt dort zum Polizeieinsatz: «Ich habe nicht verstanden, was gesagt wurde durch das Megafon [als Abmahnung durch die Polizei], ob das eine Aufforderung war oder nicht. Aber wenn es eine gewesen sein sollte, dann ist der Gummischroteinsatz ziemlich schnell darauf erfolgt. So dass gar keine Zeit war einer allfälligen

Aufforderung nachzukommen.» Die öffentlich gewordenen Bilder lassen starke Zweifel an der Darstellung der Situation durch die Staatsanwaltschaft in der besagten Interpellationsantwort aufkommen, insbesondere was die Einhaltung der Distanz und den Einsatz von Gummischrot als Selbstverteidigung betrifft (unter anderem sieht man in den Videos, dass in die Rücken von fliehenden Menschen geschossen wurde), aber auch in Bezug auf den Blickwinkel der filmenden Polizisten.

Mittlerweile wurde in dieser Sache auch eine Strafanzeige gegen die Kantonspolizei und die Staatsanwaltschaft eingereicht. Dabei wird gefordert, dass diese Führung des Strafverfahrens an eine ausserkantonale Staatsanwaltschaft zu übertragen sei.

In diesem Zusammenhang stellt der Interpellant dem Regierungsrat folgende Frage:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat seine Beantwortung zu den Fragen 1 + 5 der Interpellation 138/2020, insbesondere in Kenntnis des von der Staatsanwaltschaft zur Entlastung angeführten Videomaterials?
2. Wird die Staatsanwaltschaft die Führung dieses Strafverfahrens an eine ausserkantonale Staatsanwaltschaft übertragen?
3. Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat um allfällig über einen anderen Weg, eine unabhängige Aufarbeitung der Ereignisse zu garantieren?

Pascal Pfister

**Interpellation Nr. 15 betreffend „Stadtflucht von Schweizerinnen und Schweizer infolge links-grüner Regierungsmehrheit – was wird dagegen unternommen?“**

22.5069.01

Die Basler Zeitung nahm vor einigen Tagen in ihrer Berichterstattung Bezug auf eine UBS-Studie mit entsprechenden Zahlen über alle Gemeinden der Schweiz. Diese Studie kommt zum fatalen Schluss, dass immer mehr Ansässige Basel verlassen und wegziehen. Seit Jahren verlassen mehr Schweizer Bürgerinnen und Bürger die Stadt, als zuziehen.

Die Studie belegt weiter, dass Basel deutlich an Anziehungskraft verloren hat – es wird gar von einer „angespannten Situation“ gesprochen. Tückisch dabei ist, dass dieser Trend nicht auf den ersten Blick ersichtlich ist, da die internationale Zuwanderung diesen Umstand verdeckt.

Weiter kommt hinzu, dass diese internationalen Zuwanderer („Expats“) Basel nur als Durchlauferhitzer sehen. Deren Zuwanderung in die Stadt ist nicht nachhaltig, da sie nach einer gewissen Zeit Basel entweder wieder verlassen, um an einem anderen Ort weiterzuarbeiten, oder aber – wie die ehemals ansässigen Schweizerinnen und Schweizer – selbst in andere Kantone ziehen.

Mit der Annahme der extremen Wohnschutzinitiative Ende November 2021 wird sich dieser Trend noch verschärfen. Auch die vom Regierungsrat angestrebte Wohnbauoffensive wird diese Stadtflucht kaum beheben können, da die weiteren Effekte wie hohe Krankenkassenprämien und Steuern (sehr hohe Progression), einseitiges Verkehrsregime, schlechte Sicherheitslage und ein miserables Bildungsniveau an den städtischen Schulen für den Mittelstand und Familien weiterhin problematisch bleiben.

Somit zeigt sich, dass die vergangenen 17 Jahre links-grüne Regierungsmehrheit keinesfalls ein Erfolg für unsere Stadt waren. Die negative Binnenwanderung, die höher als in anderen Grossstädten der Deutschschweiz ist, hält unvermindert an und hat mittel- und langfristig erhebliche Konsequenzen für das Zusammenleben in unserer Stadt.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist diese negative Binnenwanderung für den Regierungsrat nicht auch alarmierend und welche Schlüsse zieht er aus der besagten Studie der UBS?
2. Weshalb steht Basel im Vergleich zu anderen Grossstädten und Gemeinden der Deutschschweiz so viel schlechter da?
3. Angesichts dieser Stadtflucht: Welche Ziele setzt sich der Regierungsrat, um sicherzustellen, dass insbesondere wieder vermehrt Schweizerinnen und Schweizer in die Stadt ziehen resp. keine weiteren Schweizerinnen und Schweizer aus der Stadt abwandern?
4. Wird sich aus Sicht des Regierungsrates diese Situation angesichts der von der Stimmbevölkerung angenommenen Wohnschutzinitiative noch verschärfen?
5. Ist der Regierungsrat bereit, dringende Sofortmassnahmen zu ergreifen, um diesem Trend entgegenzuwirken und namentlich Verbesserungen im Bereich Sicherheit, Sauberkeit, Bildung und Steuern zu ergreifen?

Pascal Messerli

**Interpellation Nr. 16 betreffend einer klimafreundlichen Nationalbank**

22.5070.01

Mit der Ratifizierung des Klima-Übereinkommens von Paris hat sich die Schweiz verpflichtet, die Finanzmittelflüsse hinsichtlich Treibhausgase mit einer emissionsarmen und gegenüber Klimaänderungen widerstandsfähigen Entwicklung in Einklang zu bringen.

Demgegenüber investiert die Schweizer Nationalbank (SNB) gemäss Untersuchungen von

Nichtregierungsorganisationen jährlich Milliarden in Unternehmen, die fossile Energieträger abbauen, verarbeiten oder damit handeln. Auch ist auf der Homepage der SNB zu lesen, dass 60% ihrer zinstragenden Anlagen mit einem AAA-Rating bestückt sind. Nur 6 Firmen weltweit besitzen ein AAA Rating, darunter einer der grössten Mineralölkonzerne der Welt. Es stellt sich hiermit die Frage, ob die SNB das Pariser Abkommen und damit internationale Verpflichtungen der Schweiz untergräbt.

Die Schweizer Kantone sind in Besitz von 59% der Stimmrechtsaktien der Schweizer Nationalbank. Als Aktionäre haben sie verschiedene Möglichkeiten, auf die Nationalbank Einfluss zu nehmen (vgl. Art. 34f. NBG). Unter anderem können sie zuhause der Generalversammlung Fragen stellen. Die nächste Generalversammlung der SNB findet am 29. April 2022 statt.

Folgende Fragen wären aus meiner Sicht dringend:

- Wie bringt die SNB ihr Anlageportfolio sowie die geld- und finanzpolitischen Massnahmen in Einklang mit dem 1.5 Grad-Pfad Klimaziel sowie den Biodiversitätszielen? Wird überhaupt an einem Transitionsplan gearbeitet und wenn Ja, wann wird er veröffentlicht?
- Welche strukturellen Massnahmen werden angesichts der Verpflichtungen, die die Schweiz auf der COP21 und der COP26 eingegangen ist, ergriffen, um Finanzströme von fossilen Brennstoffen und kohlenstoffintensiven Aktivitäten abzuziehen? Wann wird die SNB fossile Energieunternehmen von ihren Investitionen ausschliessen? Warum hat die SNB bis jetzt keine detaillierte Investitionsliste veröffentlicht?
- Welche Massnahmen werden ergriffen, um die rasche Energiewende zu unterstützen, die inzwischen allgemein als notwendig betrachtet wird? Was spricht dagegen, beispielsweise mit «Green TLTRO» (targeted long-term refinancing operations) Anreize für Banken zu schaffen, grüne Projekte zu finanzieren? Sollte die SNB nicht dem Beispiel anderer Zentralbanken folgen, welche niedrigere Zinssätze für positive Energiewendeprojekte anbieten?
- Sollte die SNB bezüglich der Dringlichkeit sowohl einer Energiewende, wie auch der sozialen Sicherung (z.B. AHV) nicht viel mehr von ihren akkumulierten Gewinnüberschüssen (ca. 100 Milliarden Franken) an den Bund und die Kantone ausschütten, wie sie es normalerweise nach Art. 99 der Verfassung tun muss?
- Angesichts der oben genannten dringenden Fragen und in Anbetracht der Tatsache, dass die letzte strategische Überprüfung der SNB-Politik vor fast 20 Jahren in einem ganz anderen Kontext stattfand – wann erfolgt eine strategische Überprüfung der SNB, welche öffentlich nachvollziehbar ist und eine breite Gruppe von Akteur:innen in den Konsultationsprozess miteinschliesst – wie es bei der Europäischen und der Amerikanischen Zentralbank erfolgte?

Unter der Berücksichtigung, dass Basel-Stadt den Klimanotstand ausgerufen hat, aber auch im Bewusstsein, dass der Kanton Basel-Stadt einen sehr kleinen Anteil der Stimmrechtsaktien besitzt, wende ich mich an den Regierungsrat, und danke im Voraus für die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, die baselstädtische Kantonsvertretung mit oben formulierten Fragenstellungen zuhause der nächsten Generalversammlung der SNB vom 29. April 2022 zu beauftragen?
2. Wenn Ja, würde der Regierungsrat zusätzliche Fragen stellen? Welche?
3. Wenn Nein, Wie würde der Regierungsrat an der Generalversammlung die dringende Transformation der SNB-Anlage- und Investitionspolitik thematisieren wollen?
4. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, weitere Kantone zu motivieren, gemeinsam auf die SNB-Anlage- und Investitionspolitik im Sinne des Klima-Übereinkommens von Paris Einfluss zu nehmen?

Patrizia Bernasconi

#### Interpellation Nr. 17 betreffend Gärtnerhaus im Schwarzpark

22.5073.01
------------

Nachdem sich der Verein «Gärtnerhaus Schwarzpark» seit einem Vierteljahrhundert um den Unterhalt und die öffentliche Nutzung des Gärtnerhauses im Schwarzpark kümmerte, soll er jetzt vertrieben werden. Der Kanton möchte eine volksnahe Aktivierung des Gebäudes, schliesst aber durch die Verfahrensart den naheliegendsten Bewerber – den eben genannten Verein – quasi von Beginn an aus. Zudem will das BVD für die Benutzung Allmendgebühren eintreiben. Dafür soll das Gelände extra verallmendisiert werden.

Dazu stellen sich der Interpellantin folgende Fragen, um deren Beantwortung sie den Regierungsrat bittet:

1. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass der Verein, der sich schon lange um das Gärtnerhaus kümmert, optimal geeignet ist, dieses auch weiterhin zu betreiben?
2. Weshalb muss die Vergabe des Auftrags nach GATT/WTO-Richtlinien erfolgen, wenn es darum geht, das Gebäude volksnah zu aktivieren und bereits eine Gruppierung aus dem Quartier ebendies schon seit 25 Jahren tut?
3. Weshalb soll das Gelände zu Allmend umgewandelt werden? Dient dies allein dem Zweck, Gebühren eintreiben zu können?
4. Inwiefern sieht der Regierungsrat im Falle des Interesses am Gebühreintreiben die Kompatibilität zum soziokulturellen Auftrag, der in der Ausschreibung an die künftige Betreiberschaft gestellt wird?
5. Weshalb hält das BVD seine selbst gesetzten Fristen (Entscheid Präqualifikation/ Zustellung der Unterlagen

für die zweite Bewerbungsrunde) nicht ein? Wenn es sich tatsächlich um zu hohe Arbeitslast handelt, weshalb werden dann die Fristen zu kurz gesetzt?

6. Wie rechtfertigt das BVD, dass die eigenen Fristen wiederholt bei weitem nicht eingehalten werden, eine Verlängerung der Rekursfrist über die Weihnachtstage mit Verweis auf die Gesetzeslage aber partout nicht gewährt werden kann?
7. Wie wurde die Partizipation der Bevölkerung im konkreten Fall sichergestellt?

Annina von Falkenstein

#### Interpellation Nr. 18 betreffend "Mobilfunkloch Basel-Stadt"

22.5074.01
------------

Anfang Februar flatterte Mietern im Raum Marktplatz-Universität ein Schreiben der Swisscom ins Haus, in welchem die Swisscom die Abschaltung einer Mobilfunkantenne im Raum Marktplatz ankündigte.

Der grösste Mobilfunkanbieter der Schweiz kündigte im genannten Schreiben bedauernd an, dass in Gebäuden "das Telefonieren leider eingeschränkt oder nicht mehr möglich" sein wird. Weiter: "Die mobile Datennutzung steht leider nicht mehr oder nur mit reduzierter Geschwindigkeit zur Verfügung". Kurz: Mobilfunktechnisch wird das Herz Basels um 20-30 Jahre zurückgeworfen.

Grund für diesen eklatanten Versorgungsengpass ist die Tatsache, dass – laut Swisscom – eine bestehende Antenne ausser Betrieb genommen werden muss und es bislang nicht möglich war, einen Ersatzstandort zu akquirieren. Als Abhilfe wird den Betroffenen die Nutzung von WLAN empfohlen. Man möchte in der heutigen digitalen Welt an einen schlechten Scherz glauben.

Deshalb wird die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen ersucht:

1. Hat die Regierung Kenntnis vom angekündigten Mobilfunkengpass im Netz der Swisscom im Raum Marktplatz-Universität und ist die Verwaltung davon ebenfalls betroffen?
2. Kennt die Regierung den Grund, warum die bestehende Antenne im Raum Marktplatz am 23. Februar ausser Betrieb genommen werden muss?
3. Hat die Swisscom diesbezüglich oder hinsichtlich eines Ersatzstandortes bei der Regierung um Unterstützung ersucht?
4. Erachtet es die Regierung als für die Bevölkerung zumutbar, dass man im Jahr 2022 im Stadtzentrum von Basel, mutmasslich ohne Verschulden des Anbieters, per Mobiltelefon nicht mehr oder nur noch schlecht erreichbar sein wird?
5. Ist sich die Regierung bewusst, dass hiervon auch zahlreiche Unternehmen betroffen sein dürften und sich Basel ohne rasche Abhilfe im Standortwettbewerb zurückgeworfen wird?
6. Sieht die Regierung Möglichkeiten, um, z. B. mittels beschleunigtem Bewilligungsverfahren oder der provisorischen Bewilligung von mobilen Antennen im Eilverfahren, die entstandene Lücke zumindest temporär rasch füllen zu können?
7. Bemüht sich die Regierung aktiv um Kompensation der Netzabdeckung durch Montieren von Antennen auf Gebäuden im Eigentum des Kantons oder ist sie bereit, dies in Zukunft zugunsten einer funktionierenden Telekommunikationsinfrastruktur zu tun?
8. Kennt die Regierung weitere ähnliche Probleme von Mobilfunkanbietern im Kantonsgebiet?
9. Versteht die Regierung eine leistungsfähige Mobilfunkinfrastruktur als Voraussetzung für das Schwerpunktthema Digitalisierung gemäss Legislaturplan bzw. welche Bedeutung misst die Regierung einem funktionierenden Mobilfunknetz im Kantonsgebiet als Teil der städtischen Infrastruktur ganz grundsätzlich bei?

Lorenz Amiet

#### Interpellation Nr. 19 betreffend „Die Steuerverwaltung geht in die Quartiere – wieso wird das Feld nicht den privaten und gemeinnützigen Institutionen überlassen?“

22.5075.01
------------

Gemäss Medienmitteilung vom 7.2.2022 will die Steuerverwaltung Basel-Stadt die Vorteile der Online-Steuererklärung an sogenannten „Bal Tax Help Points“ der Bevölkerung in den Quartieren näherbringen.

Dem Kanton sei es ein Anliegen, dass möglichst viele Personen vom neuen Onlineportal eSteuern.BS profitieren können, weshalb nun Mitarbeitende der Steuerverwaltung ab dem 15.2.2022 bis zum 17.3.2022 an zehn verschiedenen Standorten je einmal jeweils von 9 bis 16 Uhr anwesend sein werden.

Angebote in Bezug auf die Unterstützung des Ausfüllens der Steuererklärung gibt es bereits von vielen privaten und gemeinnützigen Institutionen wie bspw. Pro Senectute oder der GGG. Auch wenn der Kanton mitteilt, dass es an diesen Stellen in den Quartieren explizit nicht um steuerliche Beratungen geht, erscheint es aus Sicht des Interpellanten sinnvoller, wenn auch dieses Beratungsangebot über die bestehenden Kanäle erfolgen kann – zumal dort häufig auch bereits die entsprechenden Kontakte bestehen.

Ich ersuche den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb wurde dieses Angebot nicht in Zusammenarbeit mit privaten und gemeinnützigen Institutionen, wie bspw. Pro Senectute oder der GGG, erarbeitet und so angeboten?
2. Wie hoch sind die Kosten (Personal- und Sachaufwand) für diese Aktion in den Quartieren?
3. Strebt der Kanton über den Endzeitpunkt vom 17.3.2022 eine Kooperation mit privaten und gemeinnützigen Institutionen an, um das Angebot der Unterstützung für das Onlineportal aufrechtzuerhalten?
4. Wie viele Steuererklärungen wurden im ersten Anwendungsjahr bereits so eingereicht?
5. Ist der Kanton mit der Rücklaufquote zufrieden und entsprach sie den Erwartungen?

Joël Thüring

**Interpellation Nr. 20 betreffend Antänzer in Basel - Migrantenübergriffe zu Silvester**

22.5076.01

Silvester. Ein unschuldiges Vergnügen für Tausende von Menschen. Das alte Jahr wird ausgeläutet und das neue Jahr wird willkommen geheissen. Allerletzte Zigaretten, allerletzte Biere, allerletzte Achtel Wein etc.

Ein letztes Mal dem Laster frönen, bevor man sich den guten Vorsätzen hingibt. Begleitet von Feuerwerk und guter Musik. Mitten in Europa werden Frauen belästigt, bedrängt und Schlimmeres. Ein Spiessrutenlauf durch eine Schar von jungen Männern. Es dauerte Anfang 2022 in Wien einige Stunden, bis die Öffentlichkeit von den Geschehnissen erfahren hat. Und die Öffentlichkeit wurde informiert mit Begriffen wie „Antanzen" und „demographischem Ungleichgewicht".

Das sogenannte Antanzen - also die Belästigung einer Frau - verschleiert den Versuch, das Opfer seiner Habseligkeiten - Telefon und Briefftasche – zu berauben.

Das demographische Ungleichgewicht wurde durch die verfehlte Migrationspolitik der letzten Jahre verursacht. Die grosse Mehrheit der Zuwanderer - wiederum grossteils Wirtschaftsflüchtlinge - sind junge Männer. Bei einer derartigen Quantität besteht keine Chance darauf, genügend junge Frauen im selben Alter kennen zu lernen.

Was wiederum zu Geschehnissen führt wie in Köln vom Jahreswechsel von 2015 auf 2016. Jüngst wiederholt in der norditalienischen Metropole Mailand, wo deutsche Touristinnen Opfer von jungen Migranten wurden, welche sich in der Disziplin des Antanzens üben.

Ein weiteres importiertes Problem. Der sogenannte Frauenmangel, welcher sich bereits in China und Indien ob der gezielten Abtreibung von Mädchen spürbar macht.

Seit ich Kind bin, lese ich jeden 2. Januar in der Basler Zeitung, dass in der Silvester-Nacht im Elsass wieder zahlreiche Autos brannten.

Die Silvester-Nacht gehört auch für die Basler Polizei zur intensivsten Zeit. Auch auf dem Claraplatz und auf dem Barfi kam es in der letzten Silvester Nacht zu Problemen mit Antänzern.

In diesem Zusammenhang folgende Fragen an die Regierung:

1. Ist es richtig, dass die Basler Polizei für die Silvester Nacht rund 50 % mehr Personal aufbietet?
2. Wie sieht die Basler Polizei die letzten Silvester-Nächte in Basel?
3. Es gab Antänzer in Basel auf dem Claraplatz und auf dem Barfi. Frauen wurden belästigt. Kann die Polizei bitte sagen, wie viele Anzeigen gab es, die sich auf die Silvester-Nacht 2021/2022 bezogen?
4. Hat die Basler Polizei ein Programm oder ein Flugblatt, dass sich an junge Migranten Männer wendet, in dem steht, wie man eine Frau richtig behandelt?
5. Was empfiehlt die Polizei jungen Frauen für den Ausgang? Dass diese nach der Disco mit dem Taxi und nicht mit dem Tram nach Hause fahren? Welches sind die Verhaltens-Ratschläge, die die Polizei diesbezüglich auch bei Schul-Besuchen gibt?

Eric Weber

## Schriftliche Anfragen

1. **Schriftliche Anfrage betreffend Ausstattung von aktuellen Parkieranlagen-Projekten mit E-Ladestationen**

22.5042.01

Am 24.06.2021 hat der Grosse Rat beschlossen, den § 74 des Bau- und Planungsgesetzes (BPG) um Absatz 4 zu ergänzen: Beim Bau von neuen Parkieranlagen müssen künftig mindestens 25% der Parkplätze mit Ladestationen für Elektroautos ausgestattet werden. Für die restlichen Parkplätze sind bauliche Vorkehrungen (Einbau von Leerrohren) zu treffen, um diese zu einem späteren Zeitpunkt nachrüsten zu können. Bis Dato wurde der neue Artikel noch nicht in Kraft gesetzt.

Ferner hat der Grosse Rat am 17.11.2021 dem Regierungsrat die UVEK-Motion betreffend einem raschen Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos in Basel-Stadt zur Ausarbeitung einer Vorlage innert zwei Jahren überwiesen. Diese fordert unter anderem die Erstellung von ca. 1'000 E-Ladestationen in privaten, öffentlich zugänglichen Parkings, sowie ein allgemein zugängliches Förderprogramm für E-Ladestationen auf privatem Grund.

Beide Beschlüsse hat der Grosse Rat mit grossem Mehr getroffen. Die Botschaft ist unmissverständlich: bei der Dekarbonisierung des motorisierten Individualverkehrs soll keine Zeit mehr verloren gehen.

Eine Frage ist nun, wie der Kanton mit Bauprojekten umgeht, deren Baugesuch noch vor dem Inkrafttreten der neuen Regelung und Fördermöglichkeiten eingeht. Diese Frage stellt sich der Interpellant insbesondere hinsichtlich des neuen Parkhaus Erdbeergraben, für welches der Zoo Basel kürzlich die Baubewilligung erhalten hat. Das geplante Parkhaus wird über 300 Parkplätze verfügen. Um dem neuen § 74 Abs. 4 des BPG zu entsprechen, müssten demnach mindestens 75 Parkplätze mit einer Ladestation ausgestattet werden und Leerrohre für die übrigen rund 225 gelegt sein. Es wäre eine vergebene Chance, wenn dieses Parkhaus, nicht diesen neuen Minimalanforderungen entsprechen würde und nicht vom geplanten Förderprogramm des Kantons profitieren könnte. Dies gilt auch für andere Bauprojekte, für die in Zwischenzeit Baugesuche eingereicht werden.

Die Ausstattung neuer Parkieranlagen mit E-Ladestationen ist im Interesse des Kantons - sowohl zur Erreichung der Mobilitätsziele gemäss USG als auch für das künftige Energiemanagement im Kanton.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Per wann gedenkt der Regierungsrat, § 74 des BPG, Absatz 4, in Kraft zu setzen?
2. Wie viele der 300 Parkplätze des geplanten Parkhauses Erdbeergraben, sollen mit einer Ladestation für Elektroautos ausgestattet werden?
3. Kann der Regierungsrat schon mit heutiger Rechtslage, z. B. im Baubewilligungsverfahren, darauf hinwirken, dass neue Parkieranlagen möglichst den neuen Mindestanforderungen gemäss § 74 des BPG, Absatz 4 (neu) entsprechen?
  - a) Falls ja, wie?
  - b) Falls ja, nutzt er diese Möglichkeiten schon heute?
  - c) Falls ja, hat er diese Möglichkeiten bei der Behandlung des Baugesuchs fürs Parkhaus Erdbeergraben des Zoo Basel genutzt?
  - d) Falls ja, ist der Regierungsrat bereit die nötigen Massnahmen zu treffen, um diese Möglichkeiten bis zur Inkraftsetzung von § 74 des BPG, Absatz 4 auszuschöpfen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, in Zusammenarbeit mit der Bauherrschaft des Parkhauses Erdbeergraben, dafür zu sorgen, dass eine grosse Zahl der Parkplätze mit einer E-Ladestation ausgestattet werden und alle restlichen wenigstens für die spätere Nachrüstung vorbereitet werden?
5. Ist der Regierungsrat bereit dafür zu sorgen, dass Bauherr\*innen schon heute in irgendeiner Form vom Förderprogramm im Sinne der UVEK-Motion profitieren können?

Daniel Sägesser

**2. Schriftliche Anfrage betreffend der Unterfinanzierung der Kosten für die akademische Lehre und Forschung am Universitären Zentrum für Zahnmedizin Basel (UZB)**

22.5044.01

Das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin Basel (UZB) ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons Basel-Stadt. Es entstand am 1.1.2016 durch die Zusammenlegung der öffentlichen Zahnkliniken des Kantons (Schul- und Volkszahnklinik) mit den universitären Zahnkliniken der Universität Basel. Das UZB ist die jüngste und kleinste Gesundheits-einrichtung des Kantons. Das UZB dient der Sicherstellung der zahnmedizinischen Versorgung der Basler Bevölkerung. Es stellt insbesondere die soziale Zahnpflege sicher (SG 328.210 – Verordnung betreffend die soziale Zahnpflege). Zudem ist das UZB Trägerin der akademischen Lehre und Forschung im Bereich der Zahnmedizin.

Das UZB finanziert sich aus drei Quellen:

1. Erträge aus der Behandlung von Patienten/innen
2. Leistungsauftrag des Kantons Basel-Stadt zur Abgeltung der Leistungen in der sozialen Zahnmedizin und in der Alterszahnmedizin sowie Beitrag an die Weiterbildungskosten der Assistenz Zahnärzte/innen
3. Leistungsauftrag der Universität Basel zur Abgeltung der Leistungen in Lehre und Forschung (L+F).

Das UZB erwirtschaftet einen Jahresumsatz von rund CHF 38 Mio., davon macht die Leistungsvereinbarung mit dem Kanton rund 20%, jene mit der Universität rund 27% aus. Aufgrund von Sparmassnahmen der Universität reduzierte sich die Abgeltung für L+F zwischen 2016 und 2020 um TCHF 776 (-7.1%). Eine ganzheitliche Analyse der Kosten für L+F am UZB zeigt, dass diese Kosten (Basis 2020) im Umfang von CHF 1.1 Mio. unterfinanziert sind. Insbesondere die Personalkosten sowie die Kosten für die Nutzung der Räume und Anlagen sind nicht kostendeckend finanziert. Vor diesem Hintergrund hat das UZB zwei Handlungsoptionen. Einerseits können die Leistungen in der L+F so reduziert werden, dass die Unterfinanzierung beseitigt wird. Diese Massnahme wäre mit einem spürbaren Qualitäts- und Reputationsverlust in der L+F verbunden. Andererseits kann die Unterfinanzierung

durch eine Quersubventionierung der Kosten für L+F mit Erträgen aus der Patientenbehandlung kompensiert werden. Da das Geschäftsmodell des UZB nur eine sehr bescheidene Marge zulässt, ginge diese Quersubventionierung zu Lasten des Ergebnisses des UZB. Das UZB optimiert seine Kosten und Prozesse laufend, um eine effiziente und effektive Leistungserbringung sicherzustellen. In der vom Regierungsrat verabschiedeten Eignerstrategie für das UZB, sind Profitabilitätsvorgaben definiert. Diese Vorgaben lassen eine Quersubventionierung der ungedeckten Kosten für L+F nicht zu.

Aus diesem Grund hat das UZB das Gesundheitsdepartement im April 2021 gebeten, die Unterdeckung der Kosten für L+F, wie bei allen anderen Gesundheitseinrichtungen im Kanton, anteilig über gemeinwirtschaftliche Leistungen (GWL) zu finanzieren. Der Regierungsrat lehnte dieses Ansinnen mit der Begründung ab, dass die Frage der Unterfinanzierung von L+F durch die Universität grundsätzlich und unter Einbezug des Kantons Basel-Landschaft anzugehen ist.

Um die kantonalen Profitabilitätsvorgaben dennoch einzuhalten, hat das UZB für das Geschäftsjahr 2022 die folgenden temporären Massnahmen beschlossen: Nichtbesetzung vakanter Stellen im Forschungsbereich, Betreuungsreduktion in der Studentenklinik sowie Ausdünnung der Sekretariatsdienste, Umlagerung von Forschungs- in klinische Tätigkeit. Eine Weiterführung dieser Massnahmen über das Jahr 2022 hinaus würde zum oben erwähnten Qualitäts- und Reputationsverlust in der L+F führen. Zudem erhöht die Universität die Abgeltung für die Räumlichkeiten für L+F.

Somit ist das UZB die einzige Gesundheitseinrichtung im Kanton, die die Unterdeckung der Kosten für L+F vollumfänglich selbst zu tragen hat. Folgende Institutionen erhalten vom Kanton GWL zur teilweisen Deckung der unterfinanzierten Kosten für L+F: USB, UPK, UAFF, Merian Iselin, REHAB, St. Claraspital. Insgesamt erhalten diese Institutionen für die GWL Periode 2022 – 2025 einen Betrag von CHF 30.507 Mio.

Im Sinne der Gleichbehandlung aller Gesundheitsinstitutionen des Kantons, müssten dem UZB die ungedeckten Kosten für L+F ab 2023 zu 57.6% (entspricht rund TCHF 634 pro Jahr) abgegolten werden. Damit wäre die Höhe des Ausfinanzierungsgrads der Deckungslücke beim UZB gleich hoch wie bei den anderen Gesundheitseinrichtungen<sup>1</sup>.

Im Lichte obiger Ausführungen bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie erklärt der Regierungsrat die Ungleichbehandlung des UZB gegenüber den übrigen öffentlich-rechtlichen Gesundheitseinrichtungen des Kantons und gegenüber von Privatspitälern bezüglich der Abgeltung der ungedeckten Kosten für Lehre und Forschung? Wie begründet er, dass ausgerechnet nur die kleinste Gesundheitseinrichtung die ungedeckten Kosten für Lehre und Forschung vollumfänglich selbst zu tragen hat?
2. Welchen Stellenwert misst der Regierungsrat einer hochstehenden akademischen Lehre und Forschung in der Zahnmedizin bei? Wie beurteilt er deren Bedeutung für den Life Sciences Cluster Basel sowie für die hier ansässigen global tätigen Medtech Firmen im Bereich der Zahnmedizin?
3. Ist der Regierungsrat bereit, die oben beschriebenen temporären Massnahmen 2022, wie z.B. Nichtbesetzung von Stellen im Forschungsbereich, Betreuungsreduktion in der Studentenklinik, Umlagerung von Forschungs- in klinische Tätigkeit, auch längerfristig in Kauf zu nehmen?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat die systematische Unterfinanzierung von Lehre und Forschung im Bereich des Gesundheitswesens? Beabsichtigt der Regierungsrat konkrete Massnahmen zu ergreifen, um diese Situation zu korrigieren? Falls ja, was soll konkret und mit welchem Zeitplan unternommen werden?
5. Wie stellt sich der Regierungsrat zu einer Abgeltung der ungedeckten Kosten für Lehre und Forschung am UZB in der Höhe von CHF 634'000 pro Jahr für die Periode 2023 – 2025? Erachtet er einen solchen Betrag vor dem Hintergrund der Bedeutung der Lehre und Forschung in der Zahnmedizin für Basel sowie unter dem Aspekt der Gleichbehandlung der Gesundheitseinrichtungen des Kantons als vertretbar?
6. Wäre der Regierungsrat bereit, die Profitabilitätsvorgaben für das UZB in seiner Eignerstrategie zu reduzieren, falls dem UZB die ungedeckten Kosten für Lehre und Forschung nicht abgegolten würden?

<sup>1</sup> Gemäss Ratschlag 21.1344.01, Kap. 5.2.3, Seite 12

Catherine Alioth

### 3. Schriftliche Anfrage betreffend Aktion Hände hoch

22.5049.01
------------

Ich sehe dieser Tage, dass an der Schiffflände ein grosser Pavillon der Polizei Basel aufgebaut wird. Da ich dazu noch nichts in der Zeitung gelesen habe, stelle ich diese Anfrage.

1. Warum wurde dieser Pavillon mit der Aufschrift „Hände hoch“ an der Schiffflände aufgebaut? Was wird dort gemacht? Welches Infomaterial soll dort verteilt werden?
2. Wie teuer kommt der Aufbau von diesem Gebäude?
3. Wie lange soll das Gebäude stehen bleiben?
4. Muss die Polizei für diesen Platz Miete bezahlen oder entfällt dies, da es sich um Boden vom Kanton Basel-Stadt handelt?

Eric Weber



**4. Schriftliche Anfrage betreffend Deutscher Ritterorden in Basel**

22.5050.01

Der Deutsche Ritterorden hatte für viele Jahre eine Vertretung in Basel. Das war wie die Botschaft der BRD in der Schweiz, vor vielen Hundert Jahren. Der Deutsche Ritterorden hatte seinen Sitz in der Rittergasse. Wenn man vom Kunstmuseum in Richtung Münster geht, dann ist dort auf der rechten Seite so eine kleine Kappelle mit Haus. Dort war bis vor ein paar Jahren ein Schild, wo erklärt wurde, dass hier in den Jahren von so und so, der Deutsche Ritterorden seinen Sitz in der Schweiz hatte, quasi seine Schweizer Ausland-Vertretung.

Nun sehe ich, dass dort kein Schild mehr ist. Das Schild sah ich erstmals vor knapp 40 Jahren. Es waren so kleine graue Schilder, die auf wichtige Gebäude in der Stadt Basel aufmerksam machten. Ich ging immer davon aus, diese Schilder sind vom Kanton Basel angebracht.

In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Warum ist beim ehemaligen Sitz vom Deutschen Ritterorden kein Schild mehr, wo erklärt wird, dass dort der Deutsche Ritterorden seinen Sitz in der Schweiz hatte?
2. Diese kleinen länglichen und dünnen Schilder, wurden die vom Kanton Basel damals angebracht?
3. Wurden diese Hinweis-Schilder abgeschafft? Gibt es diese nicht mehr. Wenn dem so ist, seit wann ist es genau? Und warum gibt es diese sehr guten Hinweis-Schilder nicht mehr. Bei meinen Stadtrundgängen fehlen mir nun diese Hinweis-Schilder sehr.
4. Was ist über den Deutschen Ritterorden in Basel bekannt? Es gibt diesen wohl nicht mehr?

Eric Weber

**5. Schriftliche Anfrage betreffend unklare Aussagen beim Notruf der Polizei**

22.5051.01

Durch meine Tätigkeit in der Pressestelle für die Scheichs aus Abu Dhabi, hatte ich lange eine ausländische Handy Nummer. Seit zwei Jahren habe ich nun eine Handy-Nummer mit Schweizer Nummer.

Rief ich mit der ausländischen Handy Nummer in Basel z.B. den Notruf der Polizei an, kam es öfters vor, dass der Polizist am anderen Ende der Leitung den Notruf nicht als richtig anerkannte und einfach sagte: „Sie rufen mit einer ausländischen Nummer an“. Nach meiner Meinung spielt es keine Rolle, was man für eine Nummer hat. In diesem Zusammenhang folgende Fragen an das Polizei Departement von mir als Grossrat:

1. Macht es einen Unterschied, wenn man den Polizei Notruf anruft, wenn man eine ausländische Handy Nummer hat?
2. Werden bei der Polizei nicht alle Anrufe, egal aus welchem Netz, gleich behandelt?
3. Rät die Polizei, allen Menschen, die in Basel wohnen, eine Schweizer Handy Nummer zu haben? Oder kann man in Basel auch mit einer ausländischen Handy Nummer glücklich und friedvoll leben?
4. Wie muss ich konkret die Aussagen der Polizisten verstehen, die bei mir bemängeln, man nehme meine Handy Nummer nicht ernst, da ich aus dem Ausland anrufe? Dabei bin ich ja in Basel und man kann den Basler Notruf gar nicht aus dem Ausland, sondern nur aus Basel, anrufen.

Eric Weber

**6. Schriftliche Anfrage betreffend dem Verhältnis von Basel zur EU**

22.5052.01

Angesichts des Scheiterns der siebenjährigen Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der EU im Jahr 2021 und der Vorbereitung auf die Wahlen 2023 spielt das Verhältnis zu Europa eine grosse Rolle auch in Basel.

Die SVP, die den grössten Anteil an Parlamentssitzen hält, betont die Souveränität, während Gewerkschaften und Linke eher Freizügigkeit und Arbeitnehmerrechte hervorheben werden. Die Grünen, die bei den Wahlen 2019 stark abschnitten, wollen das wiederholen, da die Sitze im Bundesrat nach den Stimmenanteilen bei zwei aufeinanderfolgenden Wahlen verteilt werden.

Das Wirtschaftswachstum der Schweiz liegt über dem Trend, aber unter dem von 2021. In diesem Zusammenhang bitte folgende Fragen an den Regierungsrat:

1. Das Rahmenabkommen fand nicht statt. Was konkret bedeutet dies nun für den Kanton Basel-Stadt? Darf ich hier bitte um ein paar Beispiele bitten.
2. Ist der Regierungsrat für einen Beitritt der Schweiz zur EU? Ich denke in 50 Jahren ist die Schweiz auch EU-Mitglied und hat eigene Abgeordnete im Europa-Parlament.
3. Ist das Wirtschafts-Wachstum in Basel im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr, 2020, leicht zurückgegangen?

Eric Weber

**7. Schriftliche Anfrage betreffend Rekord-Zahlen von psychiatrischen  
Klinikaufenthalten in unserem Kanton (BaZ-Artikel vom 24.01.2022)**

22.5054.01

Die Basler Zeitung vom 24.01.2022 zeigt auf Seite 17 eine Statistik, wonach für das Jahr 2020 die standardisierte "psychiatrische" Hospitalisierungsrate der Bevölkerung des Stadt-Kantons Basel fast doppelt so hoch sei, wie im Schweizer Durchschnitt. Ein Zahlenvergleich mit anderen Städten fehlt dabei allerdings. Für einen aussagekräftigen Vergleich müssten jedoch die Zahlen von BS auch mit den Zahlen anderer Schweizer Städte, und nicht nur dem gesamtschweizerischen Durchschnitt, verglichen werden.

Ich bitte die Regierung, diese Vergleichszahlen zusammenzustellen und zu kommentieren und – wenn möglich – die Entwicklungen seit 2020 aufzuzeigen (Einfluss der Pandemie).

Ich bedanke mich im Voraus für die Bemühungen.

Andrea Elisabeth Knellwolf

**8. Schriftliche Anfrage betreffend Erdbeben-sichere Orte in Basel**

22.5055.01

Das Archiv der Paul Sacher Stiftung in Basel ist europaweit einzigartig. In klimatisierten, gesicherten Räumen und Tresoren werden in säurefreien Mappen wertvolle Musik-Dokumente des 20. und 21. Jahrhunderts für die Ewigkeit konserviert.

Nicht nur gegen Schimmel und Licht werden die Partituren berühmter Komponisten wie Igor Strawinsky und Steve Reich geschützt, sondern sogar gegen Erdbeben. Der Dirigent Paul Sacher, der wohl berühmteste Musik-Mäzen der Schweiz, vergab über 200 Kompositionsaufträge an mehr als 60 Komponisten. Mit seinem Basler Kammerorchester führte er die Werke auf und sammelte sie seit den 70er-Jahren im Archiv. Finanziert wurde alles mit dem Vermögen seiner Frau aus dem Pharma-Unternehmen Hoffmann-La Roche.

Wie ich nun mitbekam, wird das Basler Staatsarchiv neu gebaut. In all diesem Zusammenhang diese folgenden, sehr wichtigen Fragen, die viele Basler und Sammler bewegen:

1. Wie sieht es um das neue Basler Staatsarchiv aus? Geht und verläuft alles nach Plan?
2. Was kommt in das alte Basler Staatsarchiv hinein? Das alte Staatsarchiv befindet sich hinter dem Rathaus.
3. Ist das Basler Staatsarchiv gegen Erdbeben geschützt? Wenn ja, wie genau? Es sei erinnert, dass vor ein paar Jahren das Kölner Staatsarchiv einfach so einstürzte und es gab glaub dort auch Tote.
4. Welche Gebäude sind in Basel erdbeben-sicher?
5. Hat das Basler Staatsarchiv auch säurefreie Mappen? Und was genau sind säurefreie Mappen?
6. Warum gehört die Paul Sacher Stiftung nicht zum Basler Staatsarchiv? Wäre es nicht sinnvoll, alle Archive in Basel zu fusionieren und so den Forschern, die weltweit nach Basel anreisen, die Arbeit zu erleichtern?

Eric Weber

**9. Schriftliche Anfrage betreffend Sicherheit und Ordnung**

22.5056.01

In Basel zu leben, muss heissen, sicher zu leben. Das muss für alle Mitbürger gelten, auf der Strasse, zuhause und im Internet. Unsere Polizei und die vielen Engagierten in der Feuerwehr und beim Katastrophenschutz garantieren diese Sicherheit.

1. Wie viele Polizisten arbeiten im Kanton Basel-Stadt?
2. Wie viele Polizisten arbeiten nur in Teil-Zeit?
3. Gehört der Katastrophenschutz zur Polizei?

Eric Weber

**10. Schriftliche Anfrage betreffend Entwicklung der Energiepreise im Kanton Basel-Stadt, wie sauber ist der Strom tatsächlich und was macht der Regierungsrat gegen den bevorstehenden Strom-Blackout?**

22.5058.01

In den interkantonalen Vergleichen hat sich gezeigt, dass die Energiepreise im Kanton Basel-Stadt schweizweit am höchsten sind. So bezahlen die Einwohnerinnen und Einwohner, aber auch Gewerbetreibende, deutlich mehr für Wasser, Strom und Gas, als an anderen Orten der Schweiz.

Der zunehmende Anstieg der Energiepreise ist für die Bevölkerung eine grosse Belastung. Teilweise ist dieser Anstieg auf die Weltmarktsituation zurückzuführen. Jedoch liegt die Kostensteigerung auch am ökologischen Umbau, wie der CEO der IWB jüngst in der Basler Zeitung in einem Interview zugeben musste. So gibt er an, dass die Kostensteigerung bei der Fernwärme zu gut einem Drittel auf die links-grüne Energiepolitik unseres Kantons zurückzuführen ist, welche Baslerinnen und Basler immer ärmer macht.

Immerhin: Eine geplante Erhöhung des Fernwärmearifs um satte 12.5% konnte die IWB vorerst nicht umsetzen, da der Regierungsrat seine vorherige Zustimmung wieder kassiert hat – nachdem er bei der Preiserhöhung die Stellungnahme des Preisüberwachers nicht abgewartet hat. Die Erhöhung der Gaspreise um rund 25% (!) konnte die IWB hingegen umsetzen.

Gleichzeitig rühmen sich Kanton und IWB damit, dass in Basel-Stadt der Strom zu 100% aus erneuerbaren Energiequellen stammt. Aktuelle Recherchen der NZZ zur Energielage belegen nun, dass der tatsächliche Strommix, der in die Schweiz fliesst, viel weniger sauber ist, als die Herkunftsnachweise es ausweisen. So stammt bspw. der Strom des grössten Stromlieferanten unseres Landes, Deutschland, noch immer zu fast 40% aus fossiler Energie wie Kohle und Gas. Pro Kilowattstunde entsteht durch den Importstrom daher viel mehr CO<sub>2</sub> als durch die inländische Produktion.

Während die Schweizer Stromproduktion, so die NZZ weiter, im Jahr 2021 durchschnittlich 58g CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde ausgestossen hat, sind es beim Importstrom mit 193g mehr als dreimal so viel.

Das aktuelle Prinzip des Systems der Herkunftsnachweise hilft also v.a. Strom aus Ländern mit CO<sub>2</sub>-intensiver Stromproduktion als grün zu deklarieren. Ganz so sauber also, wie uns dies links-grüne Energiewende-Experten weismachen wollen, scheint die Stromversorgung nicht zu sein.

Gleichzeitig droht der Schweiz eine Strom-Mangellage. Gemäss neusten Berechnungen des Bundes ist der Strom-Blackout bereits in zwei oder drei Jahren Realität. In einem entsprechenden Video hat der damalige Bundespräsident Guy Parmelin im Jahr 2021 Unternehmen dazu aufgefordert, sich darauf vorzubereiten. Auch die IWB haben reagiert und Grosskunden vor dieser bevorstehenden Strom-Mangellage gewarnt.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Auflistung der Entwicklung des Preises für Wasser, Strom und Gas (jeweils einzeln) im Kanton Basel-Stadt seit dem Jahr 2015 (pro Jahr und Erhöhungsschritt einzeln).
2. Preisvergleich der Preise für Wasser, Strom und Gas (jeweils einzeln) im Kanton Basel-Stadt mit der Preisentwicklung in anderen Kantonen und Städten (bitte mindestens berücksichtigen: Kanton und Stadt Zürich, Kanton und Stadt Bern, Kanton Basel-Landschaft, Kanton und Stadt St. Gallen, Kanton Aargau, Kanton Solothurn) seit dem Jahr 2015 (pro Jahr und Erhöhungsschritt einzeln).
3. Stammt der Strom den IWB tatsächlich zu 100% aus erneuerbarer Energie oder wird, wie die NZZ berichtet, auch bei den IWB mit dem System der Herkunftsnachweise gearbeitet und damit der Bevölkerung etwas vorgegaukelt?
4. Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat, um den drohenden Strom-Blackout noch abzuwenden und die Versorgungssicherheit für alle Bezüger zu garantieren?
5. Gibt es hierzu einen bereits ausgearbeiteten Notfallplan seitens Regierungsrats und / oder IWB?

Joël Thüring

#### 11. Schriftliche Anfrage betreffend Löhne von Personen in der Ausbildung

22.5071.01

Ob und welche Lehre eine Person antritt, hängt in erster Linie von Interessen, Fähigkeiten und der Verfügbarkeit eines entsprechenden Ausbildungsplatzes ab. Unter Umständen ist auch die Höhe des Lehrlingslohns ein Anreiz für die Auswahl des Lehrberufs und des Lehrbetriebs.

Gemäss einer Studie der Universität Bern gelingt es den heute auszubildenden Betrieben im Durchschnitt, die Lehrlingsausbildung bereits während der Lehre kostenneutral bis rentabel zu gestalten. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die heutigen Lehrlingslöhne in jedem Fall angemessen sind, d.h. der Produktivität der Personen in der Ausbildung in den einzelnen Branchen entsprechen, und ob allenfalls über eine Erhöhung der Ausbildungslöhne ein erhöhter Anreiz für einen Lehreinstieg geschaffen werden kann.

Ich bitte den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Lehrverträge wurden im Kanton Basel-Stadt auf Beginn des Schuljahres 2021/2022 neu abgeschlossen?
2. Bei wie vielen dieser Lehrverträge ist der Lehrlingslohn im ersten Lehrjahr unter CHF 800.-/Monat (bitte um Angabe in Prozent)?
3. Bei wie vielen dieser Lehrverträge ist der Lehrlingslohn im ersten Lehrjahr unter CHF 1000.-/Monat (bitte um Angabe in Prozent)?
4. Bei wie vielen dieser Lehrverträge ist der Lehrlingslohn im ersten Lehrjahr unter CHF 1200.-/Monat (bitte um Angabe in Prozent)?
2. Bei welchen Branchen ist ein überwiegender Anteil der Lehrlingslöhne im ersten Lehrjahr unter CHF 800.-/Monat?
3. Bei welchen Branchen ist ein überwiegender Anteil der Lehrlingslöhne zwischen CHF 800.- und CHF 1000.-/Monat?
4. Bei welchen Branchen ist ein überwiegender Anteil der Lehrlingslöhne zwischen CHF 1000.- und CHF 1200.-/Monat?

5. In welchen Branchen kann ein Ausbildungsbetrieb die Ausbildungskosten kaum decken, in welchen Branchen ist die Ausbildung einer Lehrperson eher rentabel?

Claudio Miozzari

## 12. Schriftliche Anfrage betreffend tiefe Abschlussquote

22.5072.01

In einem Interview in der bz vom 8. Januar 2022 und auch im Schulblatt vom 14. Januar legt der Vorsteher des Erziehungsdepartements dar, dass in Basel-Stadt 15 Prozent der jungen Menschen im Alter von 25 Jahren keinen Lehr- oder Mittelschulabschluss haben. Damit steht Basel-Stadt gegenüber dem schweizerischen Durchschnitt um 5% schlechter da, gegenüber dem schweizweit angestrebten Ziel um 10%.

Auf Basis dieser Zahlen sollen keine Schnellschüsse getätigt werden. Um sie richtig einzuordnen, ist es vielmehr wichtig, mehr über die Betroffenen und deren Laufbahnen zu erfahren, weshalb die Regierung um Beantwortung folgender Fragen gebeten wird:

1. Wie viele der betroffenen Personen sind mit 25 noch in einer Lehre oder einer Mittelschule?
2. Wie viele haben gar nie eine Lehre oder eine Mittelschule nach der obligatorischen Schule begonnen?
3. Wie hoch ist der Anteil Personen, die eine Lehre abgebrochen haben und zu welchem Zeitpunkt steigen sie am häufigsten aus der Lehre aus?
4. Wie hoch ist der Anteil von Personen, die eine weiterführende Schule abgebrochen haben und zu welchem Zeitpunkt steigen sie am häufigsten aus (bitte aufschlüsseln nach FMS und Gymnasium)?
5. Wie werden Personen in Ausbildungen bei Problemen unterstützt und was unternimmt der Regierungsrat, um junge Menschen nach einem Abbruch der begonnenen Ausbildung weiter zu begleiten.
6. Welche Personengruppen (Geschlecht, sozioökonomische Hintergründe, Herkunft, Aufenthaltsdauer im Kanton BS, Anzahl absolvierte Schuljahre im Kanton BS, Gesundheitszustand) sind besonders betroffen von einem fehlenden Lehr- oder Mittelschulabschluss?
7. Hat der Regierungsrat vor, die Einflussfaktoren, welche in Basel zu der tiefen Abschlussquote führen, mittels einer Studie zu erheben? Wurden bereits Meta-Analysen der Forschung zu anderen Kantonen gemacht? Oder ist der Regierungsrat der Ansicht, die Einflussfaktoren bereits genügend zu kennen?
8. Welche Handlungsfelder sieht der Regierungsrat, um die tiefe Abschlussquote zu verbessern?

Claudio Miozzari

## 13. Schriftliche Anfrage betreffend chancengerechter Hochschulzugang für Geflüchtete

22.5090.01

Bildung ist gemäss dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, den die Schweiz im Jahr 1992 ratifiziert hat, ein Menschenrecht (UN Pakt I, Art. 13). Für Studierende auf der Flucht gibt es viele, meist unüberwindbare Hürden beim Zugang zu universitärer Bildung (u.a. finanzielle Hürden, mangelnde Anerkennung ausländischer Studienleistungen, Sprachbarrieren, fluchtspezifische Hürden). Die heutigen Bedingungen verunmöglichen auch überdurchschnittlich motivierten und talentierten Menschen den Eintritt oder den Wiedereintritt in ein Studium.

Wie in den Akkreditierungsstandards für Schweizer Hochschulen festgehalten, haben Universitäten als öffentliche Institutionen Vorbild zu sein bei der Erfüllung ihrer «Aufgaben im Einklang mit einer wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung» (UN Pakt I, Art. 13.). Hierzu gehört auch die Integration von geflüchteten Menschen in die Universität (und somit auch in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt).

Eine Diversitäts- und Qualitätskultur zu pflegen ist Teil der Strategie 2022-2030 der Universität Basel. Stand anfangs 2022 gibt es aber keine Massnahmen seitens Universität, um Chancengerechtigkeit von geflüchteten Studierenden herzustellen. Aktiv für den Zugang zu Bildung für geflüchtete Studierende engagiert sich hingegen seit 2016 der Studierenden-Verein «Offener Hörsaal». Dessen ehrenamtliche Arbeit bringt der Universität Basel einen Reputationsgewinn (z.B. SRF Kontext, 21.12.2021) und sorgt nicht zuletzt dafür, dass qualifizierte Geflüchtete und vorläufig aufgenommenen Personen mit einem Hochschulabschluss einen wichtigen Beitrag zur Forschung und Wirtschaft in der Schweiz leisten können.

Seitens Universität Basel, seitens Fachhochschule Nordwestschweiz und seitens Kanton Basel-Stadt sollte geprüft werden, wie die Zugangshürden für Geflüchtete gesenkt und somit das Recht auf Bildung im Kanton gewährleistet werden kann. Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Inwiefern fühlt sich der Kanton zuständig für die Unterstützung von Menschen mit Fluchthintergrund beim Zugang zu tertiärer Bildung? Welchen Wert spricht der Regierungsrat dem Zugang von Geflüchteten zu einer tertiären Ausbildung zu?
2. Wird der Bildungshintergrund im Kanton Basel-Stadt statistisch erfasst? Welche Angaben über den Bildungshintergrund (Schullaufbahn, Vorbildungsausweis) von Asylsuchenden im Kanton Basel-Stadt sind bekannt?

3. Wie viele Asylsuchende, vorläufig aufgenommene Ausländer\*innen und Geflüchtete im Kanton Basel-Stadt verfügen über einen akademischen Abschluss resp. Teilabschluss/angefangenes Studium? Wie viele davon werden durch das kantonale Job-Coaching zur Fortsetzung des Studiums an einer Schweizer Universität (jährlich, seit 2015) begleitet?
4. Wie viele Personen mit Flüchtlingsstatus haben seit 2015 an der Universität Basel einen universitären Abschluss erlangt? Wie viele an der FHNW?
5. Wie viele finanziellen Ressourcen setzen die Universität Basel und die FHNW jährlich ein, um geflüchteten Personen den Hochschulzugang zu ermöglichen? Welche Massnahmen werden umgesetzt? Wie (finanziell, organisatorisch) wird der Verein „offener Hörsaal“ von der Universität unterstützt?
6. Bestehen im Kanton Basel-Stadt Stipendienangebote für Personen mit folgendem Aufenthaltsstatus: N, F Geflüchtete, F Ausländer\*innen, B Geflüchtete, B Ausländer\*innen sowie Staatenlose? Wie viele Personen mit den genannten Aufenthaltsstatus haben solche Stipendien seit 2015 erhalten?
7. Geflüchtete erfahren oft einen Bruch in ihrer Ausbildungsbiografie, da es einige Studienfächer in der Schweiz nicht gibt oder Personen trotz ausländischem Bachelor nicht zu einem Masterstudium zugelassen werden. Wie berücksichtigt der Kanton Personen mit einer fluchtspezifischen Ausbildungsbiografie im Job-Coaching und bei der Vergabe von Stipendien an Geflüchtete (Aufenthaltsstatus N, F Geflüchtete, F Ausländer\*innen, B Geflüchtete, B Ausländer\*innen sowie Staatenlose)?
8. Bestehen an den Hochschulen im Kanton Basel-Stadt professionelle Anlaufstellen, die interessierte Geflüchtete über die Möglichkeit eines Studiums und spezifische Angebote unterstützen und beim Immatrikulationsprozess begleiten? Wie resp. durch welche Institutionen werden Geflüchtete über die tertiären Bildungsmöglichkeiten im Kanton Basel-Stadt und die entsprechenden Voraussetzungen für ein Studium informiert?
9. Die ungenügend dokumentierte Vorbildung von Geflüchteten und die schwierige Studium-Situation kurz vor der Flucht stellt oft ein Problem beim Zugang zu einem Studium dar.
  - a. Inwiefern hat der Kanton Basel-Stadt resp. die Universität Basel und die FHNW alternative Verfahren zur Evaluation und Anerkennung von ungenügend dokumentierter Vorbildung geprüft?
  - b. Werden negativen Auswirkungen einer akuten Kriegssituation auf den letzten Notendurchschnitt beim Zulassungsverfahren an der Universität Basel berücksichtigt?
  - c. Besteht die Möglichkeit, dass die Verantwortlichen des potenziellen Studienfaches für die Äquivalenzprüfung stärker beigezogen werden können, insbesondere wenn die Vorbildung administrativ knapp dokumentiert ist?
10. Verfügen geflüchtete Personen nicht über einen maturitätsäquivalenten Vorbildungsausweis, verlangen viele Hochschulen eine bestandene Matura-Äquivalenzprüfung ECUS für die Zulassung zum Studium. Ab 2011 wurde die staatliche Subventionierung der Vorbereitungskurse für die ECUS-Prüfung (vorher VKHS) eingestellt.
  - a. Existieren im Kanton Basel-Stadt Vorbereitungskurse für die Matura-Äquivalenzprüfung ECUS? Was ist ihr durchschnittlicher Preis?
  - b. Was ist seit 2011 passiert? Leistet der Kanton oder die Universität Basel eine finanzielle Unterstützung an Vorbereitungskurse und Prüfungskosten für Studierende resp. studentische Geflüchtete?
  - c. Was für Handlungsoptionen sieht der Regierungsrat, um den Zugang für Geflüchtete zu den ECUS-Prüfungen wieder zu erleichtern?
11. Bei Geflüchteten hört die offizielle Sprachförderung meist beim Niveau A2 oder B1 auf. Das bedeutet, dass keine Sprachkurse bis zum nötigen Niveau für einen erfolgreichen Studiumsverlauf (B2 / C1) bezahlt werden. Finanzielle Mittel, um solche Kurse selbst zu bezahlen, haben studentische Geflüchtete selten.
  - a. Gibt es im Kanton Basel-Stadt kostenlose Sprachkurse für geflüchtete Studierende über das Niveau A2 oder B1 hinaus?
  - b. Was für Handlungsoptionen sieht der Regierungsrat, um das Erreichen eines hohen Deutschniveaus für studentische Geflüchtete im Kanton zu erleichtern?
12. Weshalb bestehen im Kanton Basel keine Integrationsvorstudien resp. Akademische Brückenangebote wie beispielsweise an der Universität Zürich (START! Studium), die studentische Asylsuchende, vorläufig aufgenommene Personen und anerkannte Geflüchtete auf ein Studium in der Schweiz vorbereiten. Kann sich der Regierungsrat den Aufbau eines solchen Angebots vorstellen?
13. In welchen weiteren Bereichen sieht der Regierungsrat kantonalen Handlungsspielraum für den Abbau von Zugangshürden zur tertiären Bildung für qualifizierte Geflüchtete und vorläufig aufgenommene Personen, um deren Recht auf Bildung im Kanton zu gewährleisten?

Barbara Heer

**14. Schriftliche Anfrage betreffend Stand der Einführung des elektronischen Patientendossiers**

22.5091.01

Das Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier (EPDG) ist seit dem 17. April 2017 in Kraft. Mit dem elektronischen Patientendossier sollen die Qualität der medizinischen Behandlung gestärkt, die Behandlungsprozesse verbessert, die Patientensicherheit erhöht und die Effizienz des Gesundheitssystems gesteigert sowie die Gesundheitskompetenz der Patientinnen und Patienten gefördert werden (Art. 1 Abs. 2 EPDG). Gerade die Corona Pandemie hat gezeigt, dass die Digitalisierung von Prozessen im Gesundheitswesen ein hohes bisher zu wenig genutztes Nutzenpotential beinhaltet. Auch war zu sehen, dass die Realisierung digitaler Lösungen rasch möglich ist, wenn ein entsprechender Wille vorhanden ist (z.B. Covid App oder Covid Zertifikat).

Hingegen lässt die flächendeckende Einführung des elektronischen Patientendossiers (EPD) weiter auf sich warten. Ursprünglich hätten sich alle Spitäler bis April 2020 einer Stammgemeinschaft anschliessen müssen. Dieser Termin wurde mehrfach verschoben. Gemäss aktuellem Factsheet von ehealthsuisse zur Einführung des EPD haben seit Mai 2021 sieben Stammgemeinschaften die Zertifizierung bestanden: eHealth Aargau(emedo), Südost (eSANITA), CARA, Mon Dossier Santé, Associazione e-Health Ticino, XAD-Stammgemeinschaft und Abilis. eHealth Aargau. CARA und Südost bieten das EPD bereits der ganzen Bevölkerung in ihren Kantonen an.

Basel-Stadt hat sich der XAD-Stammgemeinschaft angeschlossen. Auf der zugehörigen Internetseite (xsana.ch) ist zu erfahren, dass Dossiers ab Anfang 2022 eröffnet werden können, allerdings scheint das bis jetzt noch nicht der Fall zu sein.

Der Regierungsrat wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

- Wann ist der Start der Eröffnung von EPDs für die Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt vorgesehen?
- Was ist geplant, um die Eröffnung und Nutzung des EPD zu fördern?
- Welche Erwartungen hat der Regierungsrat an die Ausbreitung und Nutzung des EPD?
- Welche Kosten sind für die Einführungsphase des EPD zu rechnen? Was wird der reguläre Betrieb des EPD kosten? Wie werden diese Kosten finanziert?

Tobias Christ

**15. Schriftliche Anfrage betreffend „Zwangsschliessung wegen Corona: Erfüllt der Verein Jazz-Live Basel (Bird's Eye) die Bedingungen für den Staatsbeitrag noch?“**

22.5094.01

Gemäss Vereinbarung zwischen dem Kanton und dem Verein Jazz-Live Basel erhält der „Bird's Eye Jazz Club“ Staatsbeiträge, um Auftritte junger regionaler Berufsmusikerinnen und Berufsmusiker innerhalb eines „regelmässigen, qualitativ hochstehenden Konzertprogramms“ zu ermöglichen. Für das Jahr 2022 sind hierfür gemäss Ratschlag Nr. 21.0939.01 p.a. CHF 95'000.- budgetiert. Bis im Jahr 2021 wurden die Beträge über die sogenannte Kulturvertragspauschale BS/BL abgewickelt.

Die vom Kanton ausgeschütteten Gelder sind somit, wie eingangs beschrieben, an einen konkreten Leistungsauftrag gebunden.

Wie bereits im Oktober 2021 bekannt wurde, musste der Bird's Eye Jazz Club auf Anordnung des Gesundheitsdepartements geschlossen werden, da das Lokal die Zertifikatspflicht nicht umsetzen wollte und schon seit September 2021 regelmässig bei Veranstaltungen gegen die geltenden Regeln verstossen habe.

Hierzu bezog der Jazz-Club auch in einer Medienmitteilung Stellung. Konkret: „Mit der Zertifikatspflicht wurde für uns indes eine Grenze überschritten, bei der wir nicht mehr mitgehen können.“

Der Club ist weiterhin geschlossen (bis 10.3.2022) und kann somit vermutlich den mit dem Staatsbeitrag verbundenen Leistungsauftrag nicht erfüllen.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Kann der Verein „Jazz-Live Basel“ – als Betreiber des Jazz-Clubs – die vom Regierungsrat an den Staatsbeitrag gekoppelten Leistungen derzeit erbringen, obschon der Club seit mehreren Monaten geschlossen ist?
2. Falls ja, wie und in welchem Umfang?
3. Falls nein, hat der Verein dennoch (also insbesondere konkret seit Inkraftsetzung der Zertifikatspflicht) Staatsbeiträge erhalten resp. sind Rückzahlungen mangels Erfüllung des Leistungsauftrages eingefordert und allenfalls bereits geleistet worden (bitte auch Angabe des Umfangs)?
4. Sind an den Verein, obschon die Schliessung eigenverschuldet geschah, weitere Staatsbeiträge resp. auch Unterstützungszahlungen wie Corona-Hilfskredite überwiesen worden?
5. Welche weiteren Massnahmen hat der Regierungsrat ergriffen resp. ist angedacht, dass andere Vereine die im Leistungsauftrag beschriebenen Leistungen für den Kanton erbringen?

Joël Thüring

**16. Schriftliche Anfrage betreffend Mustermesse Basel**

22.5095.01

Ohne den Kanton Basel wäre die Mustermesse Basel wohl schon pleite. Wir als Parlament tagen pro Monat zwei volle Tage in der Mustermesse Basel und daher bekommt die Mustermesse Basel für diese zwei Tage rund 60'000 Franken.

1. Wieviel bekommt die Mustermesse Basel konkret pro Monat vom Grossen Rat oder von der Regierung, weil wir dort tagen?
2. Wäre es für den Kanton nicht billiger, wir würden ein Online-Parlament machen und jedem Abgeordneten einen Computer geben, damit er von zu Hause sich dazu schalten kann?
3. Stimmt es, dass die Mustermesse Basel von Basel weg will und die Hallen schon zum Kauf dem Kanton Basel-Stadt angeboten hat?
4. Findet es die Regierung nicht auch problematisch, wenn jetzt die Art Basel in Paris durchgeführt werden soll. Durch die Nähe zu Basel werden dann viele Galerien nicht mehr in Basel ausstellen?
5. Was wünscht sich der Kanton BS konkret von der Mustermesse Basel? Und wurde das der Mustermesse Basel auch schon so genau übermittelt?
6. Welcher Regierungsrat von Basel ist zuständig für die Mustermesse Basel?

Eric Weber

**17. Schriftliche Anfrage betreffend Kinder-Parlament Basel**

22.5096.01

Lange habe ich nichts mehr gehört vom Kinder-Parlament Basel.

1. Gibt es das Kinder-Parlament Basel noch? Oder wurde es abgeschafft?
2. Wieviel Geld bekommt das Kinder-Parlament Basel?
3. Welche Parteien sind dabei beteiligt?
4. Dürfen sich alle Parteien daran beteiligen, die im Parlament vertreten sind?
5. Warum wurde noch nie die Partei von Grossrat Eric Weber dazu eingeladen?

Eric Weber

**18. Schriftliche Anfrage betreffend Umbau Clara-Posten und Spiegelhof (bei besserer Diskretion)**

22.5097.01

Ist man auf dem Clara-Posten und holt sich dort Prospekte oder kleine Geschenke ab, die die Polizei verteilt oder man gibt dort eine Anzeige auf, so bekommt man alles mit, was andere Bürger der Polizei berichten. So war ich im Januar 2022 kurz auf dem Posten und habe mitbekommen, wie ein Trickbetrüger einer alten Frau gefolgt ist und diese bestohlen hat. Oder wie einem Mann sein Wohnmobil im nahen Elsass gestohlen wurde. Und das alles nur in 20 Minuten.

Bis zu 20 Menschen sitzen dort in einem grossen Raum. Es kam noch eine Frau hinzu, die vergewaltigt wurde, von ihrem Freund. Diese Frau wurde dann in einen Nebenraum gebracht.

Wie ich von Polizisten erfahren habe, ist die Situation wegen dem Datenschutz auf diesem Posten nicht gut. Es ist angedacht, ein Umbau, mit so einzelnen Zellen.

1. Wie sieht die Regierung die Sache Datenschutz, wenn jemand eine Anzeige aufgibt und dann alle Leute mithören können, die auch dort sind, weil sie eine Anzeige aufgeben?
2. Wird der Claraposten umgebaut? Und diesbezüglich verbessert.
3. Zurzeit ist ja der Posten Spiegelhof geschlossen. Auch dort wird gebaut. Aber kehrt der dortige Polizei-Posten dort hin zurück oder nicht?
4. Wo sind nun die Mitarbeiter vom Spiegel-Posten im Einsatz? Ihre Dienststelle ist ja geschlossen.
5. Was wird dort gebaut, im Spiegelhof?
6. Obwohl Grossrat, habe ich die Übersicht verloren. Man sage mir bitte: Wo überall kann jemand bei der Polizei in Basel eine Anzeige aufgeben? Man stelle bitte eine kurze Übersicht mit allen Anschriften zusammen. Merci.

Eric Weber

**19. Schriftliche Anfrage betreffend Tätigkeit vom RAV in Basel**

22.5098.01

Ich möchte klarstellen, dass das RAV sehr gute Arbeit macht. Und ich bedanke mich. Ich selbst konnte an zwei wichtigen Kursen in Sachen Social Media in Zürich und in Frankfurt teilnehmen.

Vergleicht man aber das RAV z.B. mit einem ausländischen Arbeitsamt, fallen einem sehr grosse Unterschiede auf. Verlangen ausländische Arbeitsämter von den Arbeitslosen, dass diese umgehend als Hilfsarbeiter in einer Fabrik arbeiten, tut sich diesbezüglich beim RAV nichts.

Ausländische Arbeitsämter machen pro Woche bis zu fünf Vermittlungs-Vorschläge für Arbeitslose, wo sich diese bewerben müssen. Wenn man sich dort nicht bewirbt, kann die Leistung gestrichen werden.

Ich habe in zwei Jahren RAV keine einzige Vermittlung zugeschickt bekommen. Gut, ich brauchte es auch nicht, da ich meine Firmen mir selbst ausgesucht habe.

1. Warum verschickt das RAV in Basel an Arbeitslose keine Vermittlungen? Ich meine Adressen von Firmen, wo man sich bewerben soll.
2. Sicherlich, der Kanton Basel-Stadt hat ein sehr spannendes Stellen-Portal, das man kostenfrei im Abo beziehen kann. Aber man muss immer aufpassen, denn nach einem halben Jahr oder nach einem Jahr, sprudeln die offenen Kantons-Stellen nicht mehr per E-Mail rein. Warum muss man dieses Abo, von den offenen Stellen beim Kanton BS, immer wieder neu anmelden? Oder ist es so geregelt, jetzt, dass das Abo automatisch weiterläuft, sofern man es nicht kündigt?
3. Warum vermittelt das RAV Empfänger von Geld-Leistungen, die jeden Monat pünktlich reinkommen, nicht in Fabriken zum Arbeiten? Warum wird das nicht gemacht? Man braucht nicht 30 Tage pro Monat für Bewerbungen zu machen.

Eric Weber

**20. Schriftliche Anfrage betreffend Polizei-Grossaufgebote für den FC Basel**

22.5099.01

Es kam in den Medien, dass der Kanton BS immer die ganze Sache bezahlen muss, wenn bis zu 1'000 Polizisten wegen FC Basel Match im Einsatz sind.

Wie ist nun die Lage.

1. Gibt es jetzt vom Kanton schon Bestrebungen und Bemühungen, dass die enorm hohen Kosten der Polizei auf den FC Basel übergehen oder dass der FC Basel rund 30 bis 50 % davon bezahlt?
2. Wenn das nicht der Fall ist, warum nicht?

Eric Weber

**21. Schriftliche Anfrage betreffend Fördermöglichkeiten für Haus-Sanierung**

22.5100.01

Viele Länder der Welt kennen Förderprogramme. Wenn man sein Haus dämmen lassen will, wenn man sein Dach dämmen lassen will und und und. Es gibt Zuschüsse vom Staat.

Leider lese ich in Basel diesbezüglich nichts, für Häuser in Basel.

1. Will jemand sein Haus dämmen lassen, in Basel, kann er dann ein kostenfreier Zuschuss beantragen?
2. Wenn jemand Photovoltaik auf sein Dach setzen lassen will, bekommt er dann auch einen Zuschuss?
3. Wo genau kann man Gelder und Zuschüsse beantragen, wenn man Hauseigentümer in Basel ist?
4. Wie viele Anträge hat es diesbezüglich in Basel in den letzten Jahren gegeben?

Eric Weber

**22. Schriftliche Anfrage betreffend wird Altpapier entsorgen nun was kosten?**

22.5101.01

Ich habe gelesen, es gibt Bestrebungen vom Kanton, dass die Altpapier-Abfuhr nicht mehr gratis sein soll. Der Bürger müsse auch dafür bezahlen.

Dazu möchte ich festhalten:

Das Altpapier wird kostenfrei vor die Türe gestellt. Es wird abgeholt. Und der Kanton hat ja dann das Altpapier. Und ich gehe davon aus, dass der Kanton das Altpapier gut verkaufen kann.

In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Das Altpapier ist doch für den Kanton ein Hinzu-Gewinn-Geschäft?
2. Anders gefragt: Wie hoch sind die Ausgaben für die Fahrer und die Wagen, die das Altpapier einsammeln? Sind das Fremd-Firmen oder ist das vom Kanton Basel-Stadt?
3. Wieviel Geld bekommt der Kanton BS für das ganze Altpapier, dass er einsammelt?
4. Ab wann möchte denn der Kanton dem Bürger Geld abverlangen, für das Altpapier?

Eric Weber



**23. Schriftliche Anfrage betreffend Lachs im Basler Rhein**

22.5102.01

Trotz eines seit vielen Jahren laufenden Rettungsprogramms ist es um den Lachs im Rhein nicht gut bestellt. Um vom Atlantik zu ihrer Kinderstube Rhein zurückzukehren, legen Lachse Hunderte Kilometer zurück. Doch trotz der sehr aufwendigen Projekte für ihre Wiederansiedlung scheint die Zahl der Fische wieder zu sinken.

Im einst wichtigsten Lachsfluss Europas starben die Wanderfische Mitte des 20. Jahrhunderts aus. Überfischung, Wasserverschmutzung, Staustufen und Wasserkraftwerke machten ihnen im Rhein damals den Gar aus.

Ende der 1980er-Jahre begannen Programme zur Wiederansiedlung von Lachsen. Ich glaube der Basler Fisch-Chef, ein Herr Herrmann oder so ähnlich, war damals mit mir im Grossen Rat Mitglied.

Neue Kläranlagen verbesserten die Wasserqualität. Schliesslich wanderten zur Freude von Naturschützern wieder jedes Jahr Hunderte Lachse aus dem Atlantik ins Rheineinzugsgebiet, um hier in der kalten Jahreszeit zu laichen. Doch seit etwa 13 Jahren scheint ihre Zahl wieder insgesamt zu sinken. Klimawandel, Niedrigwasser, Schiffsschrauben, Fressfeinde, Querbauwerke, all dies spielt eine Rolle.

Laut dem Institut für Umweltwissenschaften der Uni Koblenz-Landau können die Wanderfische noch nicht ohne Unterstützung im Rhein überleben. Über eine Million Besatzfische werden jährlich in Deutschland besetzt. Hinzu kommen Wiederansiedlungen in der Schweiz und in Frankreich. Es handelt sich um sehr kosten- und arbeitsintensive Aktionen. Dennoch sinkt die Zahl der registrierten Rhein-Lachse, die nach ihrem Ausflug in den Atlantik wieder in ihr Heimatgewässer zurückkehren.

Jörg Schneider vom Büro für fisch- und gewässerökologische Studien in Frankfurt hat seine Doktorarbeit über den Lachs geschrieben, der einst als wichtigster Fisch der Berufsfischer von der niederländischen Rheinmündung bis zum Schweizer Rheinfeld in Schaffhausen galt. Das weit wandernde Tier sei mit seinen hohen Ansprüchen an geeignete Lebensräume „ein guter Indikator auch für andere Arten. Wenn der Lachs in Schwierigkeiten gerät, ist das ein Hinweis, dass ein ganzes Ökosystem betroffen sein kann.“

Vom Klimawandel profitiert der Wels, der grösste Fisch im Rhein, der bis zu drei Meter lang sein kann. Er frisst die Lachse sehr gerne. Ihr Bestand im Rhein hat in den letzten 20 Jahren sehr stark zugenommen.

1. Stellt das Schwarzangeln in Basel ein Problem dar? Gibt es in Basel Fischwilderei?
2. Wer ist beim Kanton für die Fische zuständig? Ist es richtig, dass es eine Sonderstelle Fisch gibt, die mit fünf Mitarbeitern bestellt ist?
3. Werden Welse in Basel gesichtet?
4. Werden Lachse in Basel gesichtet?
5. An welchen Fisch-Rettungs-Programmen beteiligt sich der Kanton BS?
6. Arbeitet BS mit der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) in Koblenz zusammen? Wenn nicht, warum nicht?
7. Im Programm „2040“ will man wieder mehr Fische im Rhein haben. Zu dem Programm gehört neben der Beseitigung von Hemmnissen für Wanderfische auch die Verringerung von Mikroverunreinigungen etwa mit Pflanzenschutzmitteln, Medikamenten und Röntgenkontrastmitteln um mindestens 30 Prozent bis 2040. Kennt BS das Programm 2040?
8. Wenn ich am Rhein stehe und mit der Hand etwas Wasser schöpfe, um es zu trinken, kann man das Wasser aus dem Rhein trinken?
9. Beim Kraftwerk Birsfelden gibt es doch solche Fisch-Stufen. Auch als Grossrat lerne ich gerne dazu. Sind diese Fisch-Stufen vom Kanton BS oder vom Kanton BL? Oder sind es Fisch-Stufen beider Basel? Ich gehe davon aus, dass BS und BL diesbezüglich eng zusammenarbeiten, geht es ja um die Rechte der Fische.

Eric Weber

**24. Schriftliche Anfrage betreffend Fortnite, Minecraft und Amang Us**

22.5103.01

Früher haben wir an der Schule diskutiert, was wir am Tag zuvor im Fernsehen gesehen haben. Alle Schüler sahen dasselbe. Man hatte meistens nur drei TV-Programme: Schweizer Sender, ARD und ZDF.

Heute gibt es Tausende von TV- und Radio Sendern und so eine Diskussion gibt es nicht mehr. Denn die Auswahl ist zu gross.

Für die Jugendlichen stehen Spiele im Vordergrund, wie Fortnite, Minecraft und Amang Us.

1. Gehen die Lehrer mit den Schülern auf diese modernen Spiele ein? Ich meine, gibt es dazu einen Lehrplan? Oder in welchen Fächern werden diese Spieler dem Schüler erklärt?
2. Es ist bekannt, dass einzelne Kinder bis zu 12 Stunden pro Tag oder noch länger solche Spiele machen. Es führt zu einer Sucht?
3. Ab welcher Klasse wird mit den Schülern Tik Tok besprochen?
4. Ab welcher Klasse wird mit den Schülern Instagram besprochen?

Eric Weber

**25. Schriftliche Anfrage betreffend Verkehrsschilder von Bäumen verstellt und nicht richtig einsehbar**

22.5104.01

Basel rühmt sich, die Weltfirma Roche zu haben. Ist man aber an der Kreuzung von Peter Rot-Strasse zu Grenzacherstrasse, so ist an dieser Ecke, in Richtung Roche, mit den Verkehrsschildern alles durch einen Baum und Äste verstellt.

Ich finde das kann nicht sein.

1. Wie handelt das Baudepartement, wenn aus privaten Grundstücken Äste und Bäume die Verkehrsschilder behindern? Wie ist da die Rechtslage?
2. Das Baudepartement hat viele Mitarbeiter. Warum wird da seit Jahren nichts gemacht an dieser Kreuzung bei Roche?

Eric Weber

**26. Schriftliche Anfrage betreffend WC Schützenmattpark**

22.5105.01

Besorgte Eltern haben sich an mich gewandt. Beim Schützenmattpark gibt es scheinbar WC Container. Die Kinder sind dort und können nicht auf das WC. Da der Container oft geschlossen ist oder verdreckt oder einfach nicht benutzbar.

In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Wie ist es mit WC Containern beim Schützenmattpark? Wie oft pro Tag werden diese sauber gemacht?
2. Ich verstehe, dass man dort nicht stündlich reinigen kann. Aber wie ist die Lage? Stimmt es, dass die WCs oft nicht benutzbar sind, wegen Verdreckung?

Eric Weber

**27. Schriftliche Anfrage betreffend Schaffung einer polizeilichen «Fachstelle Tierdelikte»**

22.5125.01

Gemäss Art. 1 des eidgenössischen Tierschutzgesetzes (TSchG, SR 455) sind die Würde und das Wohlergehen von Tieren zu schützen. Und gemäss Art. 24 ff. TSchG ist unverzügliches behördliches Einschreiten bis hin zur Strafanzeige (und Bussenandrohung bis zu CHF 20'000 bzw. Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren) gefordert bei Vernachlässigung bzw. völlig ungeeigneten Haltungsbedingungen von Tieren.

Im Jahr 2020 kam es in der Schweiz zu beinahe 2'000 strafrechtlich verfolgten Zuwiderhandlungen gegen das TSchG (davon rund 120 in Basel-Stadt), wobei die Dunkelziffer um einiges höher liegen dürfte. Dies zeigt einerseits, dass es durchaus zu Strafanzeigen bei Tierdelikten kommt und andererseits, dass es in unserem fortschrittlichen Land mit der gern zitierten strengen Tierschutzgesetzgebung dennoch einiges zu verbessern gibt hinsichtlich des konkreten Schutzes von Tieren.

Andere Kantone wie Zürich, Aargau, Solothurn oder Bern haben bereits erkannt, dass sich die Tierschutzsituation für alle Beteiligten durch die Schaffung einer zusätzlichen «Fachstelle Tierdelikte» innerhalb der Kantonspolizei wesentlich verbessert, und eine solche realisiert, obwohl bekannterweise bereits andere verantwortliche Fachstellen vorhanden sind. Die Polizei ist oftmals nah am Geschehen vor Ort und gut vernetzt mit anderen Behörden, aber auch mit privaten Akteur:innen im Austausch. Durch eine zentrale polizeiliche Fachstelle wird die Expertise im Tierschutzbereich gebündelt und zusammen mit allen Akteur:innen ein Netzwerk unterhalten, mit welchem die Aufgaben, welche die eidgenössische Tierschutzgesetzgebung den Kantonen überträgt, direkt und speditiv verfolgt und behandelt werden können, ohne dass dafür neue Ressourcen geschaffen werden müssen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts einer zu dieser Thematik laufenden Petition, die innerhalb kürzester Zeit bereits von über 1'000 Personen unterstützt wird, ersuche ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Statistiken liegen dem Regierungsrat vor hinsichtlich der Einhaltung der Tierschutzgesetzgebung? Wie interpretiert der Regierungsrat diese (u.a. Effektivität, Effizienz der Strafverfolgung)? Wie wird insbesondere die Thematik «Dunkelziffer» angegangen?
2. Mit welchen Ressourcen ist der Kanton für Prävention/Aufklärung, Schutz/Überwachung und Strafverfolgung/Sanktion im Bereich der Tierschutzgesetzgebung ausgerüstet?
3. Wurden polizeiern (z.B. mittels Umfragen) bereits Abklärungen dahingehend vorgenommen, wie ggf. noch besser mit Tierschutzdelikten umgegangen werden kann? Wird das zweifellos bei verschiedenen Polizeimitarbeitenden bereits vorhandene Fachwissen gezielt abgerufen bzw. gefördert?
4. Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen welchen verantwortlichen Behörden konkret? Gibt es eine unabhängige Kontrollfunktion?
5. Mit welchen privaten Akteur:innen gibt es zusätzlich einen regelmässigen Austausch (Tierschutzorganisationen, Quartierbevölkerung, Vereinen u.a.)?

6. Was spräche dagegen, sich die genannten Kantone zum Vorbild zu nehmen, deren Expertise zu nutzen und (ggf. im Erfahrungsaustausch mit diesen) mit den vorhandenen polizeilichen Ressourcen eine analoge «Fachstelle Tierdelikte» bei der Kantonspolizei Basel-Stadt einzurichten?

Ich bin überzeugt, dass der Kanton Basel-Stadt mit einer Fachstelle innerhalb der Polizei noch fokussierter und effektiver gegen Verletzungen der Tierschutzgesetzgebung vorgehen kann, um dafür Sorge zu tragen, dass es allen Bewohnenden in diesem Kanton, auch den Tieren, gut geht.

Claudia Baumgartner

**28. Schriftliche Anfrage betreffend den Auswirkungen der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der medizinischen Versorgung**

22.5126.01

Das biologische Geschlecht hat markante Auswirkungen auf das Auftreten, den Verlauf sowie die Therapie von Krankheiten. Frauen und Männer weisen nicht nur verschiedene Symptome auf, sondern reagieren aufgrund physiologischer Unterschiede oft sehr unterschiedlich auf Medikamente. Diese Unterschiede sind jedoch nur ungenügend erforscht, da Frauen in Studien bis heute unterrepräsentiert sind und Grundlagenforschung vor allem an männlichen Zellen und Tieren betrieben wird.

In der medizinischen Lehre werden die Geschlechtsunterschiede und deren Auswirkungen auf Diagnose und Behandlung kaum vermittelt: Wie die Schweizerische Ärztezeitung im Januar 2020 feststellte, ist die Integration geschlechtsspezifischer Medizin in die medizinischen Curricula in der Schweiz nicht geregelt und die Thematik kaum verankert (Schweizerische Ärztezeitung 2020; 101(6): 169-171). Den meisten Ärztinnen und Ärzten fehlt es deshalb an fundierten Kenntnissen über abweichende Dosierungen von Medikamenten oder unterschiedliche Symptome von Krankheiten bei Frauen und Männern.

Auch Patientinnen und Patienten sind zu wenig gut über diese Unterschiede informiert, wie das Beispiel Herzinfarkt zeigt: Die Krankheit gilt als typische Männerkrankheit und Frauenspezifische Symptome sind kaum bekannt. Dies führt dazu, dass Frauen gemäss einer Studie des Zürcher Stadtspitals Triemli (Meyer MR, Bernheim AM, Kurz DJ, et al. Gender differences in patient and system delay for primary percutaneous coronary intervention: current trends in a Swiss ST-segment elevation myocardial infarction population. Eur Hear J Acute Cardiovasc Care. 2019;8:283–90. doi:10.1177/2048872618810410) bei einem Herzinfarkt länger zögern als Männer, bis sie medizinische Hilfe in Anspruch nehmen. Dieser Zeitverlust kann fatale Folgen haben. Internationale Studien haben ausserdem gezeigt, dass Frauen signifikant länger in der Notaufnahme warten, bis sie behandelt werden, weniger häufig als Notfälle eingestuft werden und weniger effektive Schmerzmittel bekommen (<https://www.bbc.com/future/article/20180518-the-inequality-in-how-women-are-treated-for-pain>). Auch der Bundesrat stellt fest, dass es Hinweise darauf gibt, «dass den geschlechtsspezifischen Unterschieden in der Medizin nicht ausreichend Rechnung getragen wird.» (Stellungnahme des Bundesrates vom 21.08.2019, Motion 19.3577).

Eine evidenzbasierte Medizin hat geschlechtsspezifischen Unterschieden Rechnung zu tragen. Der Kanton Basel-Stadt trägt gerade auch in seiner Funktion als wichtiger Forschungs- und Bildungsstandort in der Schweiz die Verantwortung für eine chancengleiche medizinische Versorgung, Forschung und Prävention wesentlich mit.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Mit welchen Massnahmen wird den Auswirkungen der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der medizinischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt Rechnung getragen?
2. Welche Mechanismen haben die Basler Spitäler, an denen der Kanton als Eigner beteiligt ist, eingebaut, um den Auswirkungen der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der medizinischen Forschung, Prävention, Versorgung und Aus- und Weiterbildung Rechnung zu tragen?
3. Welche Massnahmen haben die Basler Spitäler, an denen der Kanton als Eigner beteiligt ist, schon ergriffen um den Auswirkungen der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der medizinischen Forschung, Prävention, Versorgung und Aus- und Weiterbildung Rechnung zu tragen?
4. Was planen die Basler Spitäler, an denen der Kanton als Eigner beteiligt ist, in Zukunft zu tun um das Problem der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der medizinischen Versorgung anzugehen?

Jessica Brandenburger

**29. Schriftliche Anfrage betreffend Rückstufungen und Entzug von Aufenthaltsbewilligungen seit Einführung des neuen AIG 2019 und der COVID-19-Pandemie**

22.5127.01

Wer den Status einer B- oder C-Bewilligung hat und in die Lage kommt, über kürzere oder längere Zeit auf Sozialhilfe angewiesen zu sein, riskiert eine Rückstufung des Aufenthaltsstatus oder im schlimmsten Fall gar eine Ausweisung.

In der Beantwortung meiner Interpellation vom 3. Februar 2021 betreffend «Widerruf, Nichtverlängerung und Rückstufung von ausländerrechtlichen Bewilligungen in Folge der COVID-19-Pandemie» hat die Regierung festgehalten, dass den Betroffenen aufgrund der Pandemiesituation berücksichtigen keine zusätzlichen Nachteile entstehen sollen und dass bei Sozialabhängigkeit zu berücksichtigen sei, ob diese durch die Pandemiesituation und

ihre Folgen eingetreten bzw. verlängert worden ist. Die Regierung hat ebenfalls versichert, dass das Migrationsamt BS diesen Weisungen entsprechend handelt.

Ich bitte den Regierungsrat deshalb folgende Fragen zu beantworten:

- Wie viele Personen wurden seit dem 1. Januar 2019 von der Sozialhilfe ans Migrationsamt gemeldet und wie viele Fälle wurden aufgrund dessen eröffnet (bitte um Aufschlüsselung nach Aufenthaltsstatus)? Gab es eine Zunahme der gemeldeten Fälle seit Februar 2020?
- Wie viele Personen waren seit dem 1. Januar 2019 bis heute von einer Rückstufung aufgrund von Sozialhilfebezug betroffen (bitte um Aufschlüsselung nach Aufenthaltsstatus)? Ist dies eine Zunahme im Vergleich zu vor dem Jahr 2019? Wie viele Rückstufungen wurden nach dem Februar 2020 ausgesprochen (bitte um Aufschlüsselung des Aufenthaltsstatus)?
- Was waren die relevanten Gründe des Migrationsamtes, mit welchen die Rückstufungen oder Ausweisungen gerechtfertigt wurden (bitte um Aufschlüsselung nach Aufenthaltsstatus)?
- Wie vielen Personen wurde seit dem 1. Januar 2019 die Aufenthaltsbewilligung aufgrund von Sozialhilfebezug nicht verlängert?
- Wie viele Personen wurden seit 1. Januar 2019 bis heute aufgrund von Sozialhilfebezug ausgewiesen (bitte um Aufschlüsselung des Aufenthaltsstatus)? Ist seit dem 1. Januar 2019 im Vergleich zu vorher eine Zunahme der Ausweisungen aufgrund eines Bezugs von Sozialhilfe festzustellen?

Nicole Amacher

### 30. Schriftliche Anfrage betreffend Re-Use und Baustoffkreisläufe für klimafreundlicheres Bauen

22.5128.01
------------

Erstellungs- und Betriebsemissionen von Gebäuden verursachen rund 40% des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstosses. Dieser Ausstoss kann vermindert werden, wenn Gebäude länger genutzt, Tragstrukturen erhalten, Bauteile wiederverwendet und zurückgebaute Baustoffe wieder dem jeweiligen Materialkreislauf zugeführt werden. Für die Klimabilanz und insbesondere die anzustrebende Klimaneutralität ist der gesamte CO<sub>2</sub>-Ausstoss massgebend. Die Lebenszyklen von Gebäuden sind lang, zur Bekämpfung des Klimawandels sind hingegen rasch greifende Massnahmen notwendig. Dies bedingt auf den bereits vorhandenen Gebäudebestand zu fokussieren und nach innovativen sowie umsetzbaren Lösungen zu suchen.

Die noch junge Disziplin des Re-Use unterscheidet dabei verschiedene Ebenen, mit jeweiligen Potenzialen für die CO<sub>2</sub>-Reduktion und den Erhalt von «Grauer Energie».

1. Gebäude: Weiter- und/oder Umnutzung des Gebäudes.
2. Tragstruktur: Für den Teilneubau eines Gebäudes wird die alte statische Tragstruktur erhalten.
3. Bauteile: Bauteile aus bestehenden Gebäuden werden für die Sanierung und/oder Neubau wiederverwendet.
4. Materialkreisläufe: Abbruchmaterial ist sortenrein zu trennen, so dass dies in die jeweiligen Stoffkreisläufe zurückfliessen kann. Bei Neubauten ist proaktiv auf die Trennbarkeit zu achten.

Der Aufbau einer Dokumentation im Sinne einer Inventarisierung vorhandener Bauteile sowie verwendeter Materialien ist dabei ein wichtiger methodischer Bestandteil (bspw. Urban Mining-Ansatz der Stadt Wien, ein Materialpass oder ein Madaster). Erste umgesetzte Projekte zeigen, dass sich mit einem hohen Wiederverwendungsanteil bei der Sanierung und Erstellung von Gebäuden bis zur Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen gegenüber konventioneller Bauweise einsparen lassen. Re-Use von Bauteilen und Materialkreisläufe aus Sekundärrohstoffen haben in der Planung sowie der Bauwirtschaft immer noch einen Pioniercharakter. Damit eine Hebelwirkung bezüglich Klimanutzen erreicht und ausserdem der Einsatz von gebrauchten Bauteilen und Sekundärrohstoffen auch wirtschaftlich wird, ist ein starker Ausbau und eine Standardisierung von Baustoffkreisläufen notwendig.

Alleine die planerischen und baulichen Aktivitäten des Kantons Basel-Stadt könnten bereits ein signifikantes klimanützlich und emissionseinsparendes Potenzial haben. Darüber hinaus hat ein proaktives Handeln im Bereich des nachhaltigen Bauens eine Signalwirkung, sensibilisiert, trägt zur Experimentierfreude bei und stärkt den innovativen Architekturstandort Basel.

Wenn Bauteil- und Materialkreisläufe rege genutzt werden, wird die Verfügbarkeit von Bauteilen und Sekundärrohstoffen verbessert und die Kosten gesenkt. Dazu könnten bei Planungen und baulichen Massnahmen an bestehenden Gebäuden Bauteilinventare und Materialpässe erstellt werden. Dies sind wichtige Voraussetzungen für ein funktionierendes Re-Use und die Kreislaufwirtschaft. Bei Neubauten kann die zukünftige Wiederverwendung von Bauteilen und -verwertung von Materialien von Anfang an mitgeplant und dokumentiert werden.

Der Kanton kann in eigenen Projekten eine Vorbildfunktion einnehmen und verbindliche Projektziele bezüglich der Einsparung von CO<sub>2</sub> festlegen.

Im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtungsweise soll auch die «Graue Energie» bei Infrastrukturen mitberücksichtigt werden. Dabei geht es um alle vom Gemeinwesen und privaten erstellten Bauteile im öffentlichen Dienst. Eine kurze und nicht abschliessende Aufzählung zeigt, wo überall Infrastrukturen vorhanden sind: Es beginnt unter dem Boden mit den Wasser-, Fernwärme-, Strom- sowie Netzwerkleitungen. Es geht weiter mit den Strassenbelägen, den in den

Strassen verbauten Tramschienen und Absatzsteinen und endet bei Brücken, Strassensignalisation, Bilettautomaten, Fahrwerksleitung.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welchen Stellenwert räumt der Kanton Basel-Stadt dem Thema Re-Use und der Wiederverwendbarkeit von Materialien und Bauteilen in der baulichen Weiterentwicklung der Gebäude und Infrastrukturen ein?
2. Wie gedenkt der Kanton Basel-Stadt das Potenzial von Re-Use und der Wiederverwendbarkeit von Materialien und Bauteilen zu fördern und voranzutreiben?
3. In welchen eigenen Gebäuden und Infrastrukturen des Kantons, der IBS und jenen der ausgelagerten Betriebe wird bereits mit gebrauchten Bauteilen gebaut und wieviel CO2 und Abfall- resp. Deponievolumen wird damit eingespart?
4. Hat der Kanton Basel-Stadt eine Übersicht über potenziell wiederzuverwendende Bauteile in den eigenen Gebäuden und jenen der ausgelagerten Betriebe?
5. Ist der Kanton bereit, bei den geplanten, den bestehenden und insbesondere bei älteren oder von baldigen Sanierungen betroffenen Gebäuden eine Inventarisierung der noch länger nutzbaren Bauteile zu machen und diese standardmässig neuen Nutzungen zuzuführen (bspw. Urban Mining Ansatz der Stadt Wien)?
6. Hat der Kanton Basel-Stadt eine Übersicht oder Schätzung über «Graue Energien» in von ihm verbauten Bauteilen für die Infrastruktur? Dazu gehören die Energie-Werte für die wichtigsten Bauteile der oben genannten Infrastrukturen.
7. Wenn nein, wäre es technisch möglich, diese Werte in den Beschaffungstools zu hinterlegen und damit eine Übersicht zu gewinnen?
8. Wie berücksichtigt der Kanton Basel-Stadt bei der Planung seiner Bauten und jener der ausgelagerten Betriebe und der Pensionskasse sowie bei seinen Infrastrukturprojekten eine umfassende CO2-Bilanz (Erstellungs- und Betriebsemissionen) über den gesamten Lebenszyklus und inwiefern sind diese zeitlich auf die Klimaziele abgestimmt?
9. Achtet der Kanton Basel-Stadt bei eigenen Gebäuden und jenen der ausgelagerten Betriebe auf eine erhöhte Robustheit von Tragwerk und Gebäudestruktur?
10. Stellt der Kanton Basel-Stadt in der Planung die Weiter- und/oder Umnutzung einer bestehenden Gebäudestruktur in einer ökonomischen und ökologischen einem potenziellen Ersatzneubau gegenüber?
11. Bevorzugt der Kanton Basel-Stadt bei Neubauten modulare, adaptierbare, unterhaltsarme, reparierbare und flächeneffiziente Bausysteme, damit das Potenzial für eine zukünftige Weiter- und /oder Umnutzung erhöht wird?
12. Berücksichtigt der Kanton Basel-Stadt bei Sanierungen und Neubauten Sekundärrohstoffe und regionale nachhaltige Baustoffe und wenn ja, in welchem Masse?
13. Kann sich der Kanton Basel-Stadt vorstellen, einen geeigneten Materialpass für seine Neubauten und für Projekte auf den Transformationsarealen einzuführen?
14. Ist der Kanton bereit, selbst oder in Zusammenarbeit mit Dritten die Abläufe für die Wiederverwendung von Bauteilen zu erproben und Best Practice-Ansätze zu entwickeln und umzusetzen?
15. Befasst sich die regionale „Task Force Baustoffkreislauf Region Basel“ mit den obgenannten Thematiken?

Alexandra Dill

### 31. Schriftliche Anfrage betreffend Sicherung von Suizidhotspots

22.5129.01
------------

In einer Interpellation regte Felix Eymann im Oktober 2019 an, die Münsterpfalz baulich so zu sichern, dass suizidale Personen sich nicht mehr ohne Hindernisse in die Tiefe stürzen können. In Basel bieten die zahlreichen Brücken ebenfalls eine Möglichkeit für Suizidversuche. Eine Studie, die in Bern durchgeführt wurde und im Jahr 2014 publiziert wurde, hat gezeigt, dass die Suizidrate durch das Anbringen von Sprungsicherungen wie Netzen nicht nur die Anzahl Suizide am gesicherten Ort, sondern auch in den umliegenden Regionen, reduziert.

Wie beantwortet der Regierungsrat folgende Fragen:

- Was wurde seit der genannten Interpellation aus dem Oktober 2019 in Bezug auf die Sicherung der Münsterpfalz und allenfalls anderen Orten, die öfters für Suizidversuche aufgesucht werden, unternommen?
- Werden Daten erhoben, die zeigen, welche Orte besonders oft für den Versuch über einen Sprung in den Tod genutzt werden?
- Falls ja, werden diese regelmässig ausgewertet und folgen darauf Massnahmen?
- Ist der Regierungsrat bereit, die baulich-ästhetischen Konsequenzen von Sicherungsvorkehrungen wie Fangnetzen mitzutragen und in Kauf zu nehmen, wenn dadurch Menschenleben gerettet und lebensbedrohliche, jedoch nicht tödliche Verletzungen vermieden werden können?

- Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, auch bei denkmalgeschützten Bauobjekten Alternativen der erhöhten Sicherung zu prüfen?  
Annina von Falkenstein

**32. Schriftliche Anfrage betreffend Auswirkung von Covid-19 auf Eigenfinanzierung des Campus Gesundheit**

22.5131.01

Das Universitätsspital Basel USB plant Investitionen von 1.4 Milliarden Franken für die Weiterentwicklung des Campus Gesundheit, die sich über einen Zeitraum von siebzehn Jahren erstrecken. Die Baukosten sollen gemäss dem USB vollumfänglich über Erträge finanziert werden. Voraussetzung sind jährlich wiederkehrende EBITDAR-Margen von mindestens 11 Prozent. Diese Marge hat das USB bisher nie erreicht. Im ersten Corona Jahr 2020 ist der EBITDAR von 8.5 Prozent (2019) auf 5.6 Prozent gesunken. In den fünf Jahren vor Corona (2015 bis 2019) betrug die EBITDAR-Marge im Durchschnitt 7.34 Prozent.

Eine Finanzierung einer so grossen Investition bedingt nicht nur eine ausreichende Marge, sondern auch ausreichende Umsätze, das heisst ausreichend mit Abgeltung versehene (i.d.R. stationäre) Fälle und damit Marktanteile in der Region.

Vom 26. Januar bis 25. Februar 2022 sind die Änderungen des bestehenden Bebauungsplanes Nr. 215 für das neue Klinikum 3 des Universitätsspitals Basel öffentlich aufgelegt. Für das Grossprojekt sind die Architekten Herzog & de Meuron zuständig. Die Umsetzung wird verschiedentlich als komplex beschrieben. Sie erfolgt im „Rotationsprinzip“ durch eine temporäre Verschiebung eines Teils der Nutzungen des Klinikums 2 ins Klinikum 3.

Das USB schreibt auf der Website (Link, Stand 3.2.2022): «Kurzfristige Rückschläge wie Covid-19 verunmöglichen die langfristigen Investitionen nicht. Auf Basis dieser Planung sind diese Investitionen finanzierbar und für das Universitätsspital Basel tragbar.»

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Erachtet der Regierungsrat die Finanzierung mit einer jährlich wiederkehrend zu erreichenden EBITDAR-Marge von 11 Prozent weiterhin als realistisch?
2. Setzt die Refinanzierung eine forsche Wachstumsstrategie voraus, die zu verstärktem Konkurrenzkampf des USB mit den anderen Spitälern der Region (öffentlich-rechtlich wie privat-rechtlichen Eigentums) führen könnte?
3. Welche Auswirkungen hat Covid-19 auf die Weiterentwicklung und namentlich die Finanzierbarkeit des Campus Gesundheit aus Eigenmitteln?
4. a) Welche Finanzierung sieht die Regierung vor, falls die Investition nicht vollumfänglich über Eigenmittel des USB finanziert werden kann?  
b) Kann eine Mitfinanzierung der Weiterentwicklung des Campus Gesundheit über das Kantonsbudget weiterhin ausgeschlossen werden?  
c) Kann eine solche auch ausgeschlossen werden, falls die geplanten Baukosten aufgrund der hohen Komplexität überschritten werden sollten?
5. Falls Nein,  
a) sind Bauverzögerungen und Mehrkosten zu befürchten, falls ein Teil der Baukosten im Kantonsbudget einzustellen und zu genehmigen ist?  
b) Zu welchen Verzögerungen könnte ein allfälliges fakultatives Referendum gegen Beschlüsse über das Budget und über die Genehmigung der Staatsrechnung führen?
6. Müsste nicht das Parlament bei diesem hohen Investitionsvolumen und den damit verbundenen Risiken (Bau und Refinanzierung) vorgängig vom Regierungsrat konsultiert werden und die Investitionen und die Finanzierbarkeit über Eigenmittel vorgängig prüfen können (allenfalls im Rahmen der Finanzkommission, ggf. mit Mitbericht der Gesundheitskommission)?
7. Wäre es nicht grundsätzlich angezeigt, bei einer Investition von CHF 1.4 Mia. Franken auch das Volk zu befragen?

Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen.

David Wüest-Rudin